

König Friedrich der Grosse

Reinhold Koser





Bibliothek deutscher Geschichte.

König Friedrich der Große

Von

Reinhold Koser

Zweiter Band, zweite Hälfte:

Letzte Regierungszeit (1763—1786)

Erste und zweite Auflage



Stuttgart und Berlin 1903

J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger

G. m. b. H.

ADDITIONAL REVISIONS REQUIRED

REVISIONS REQUIRED

REVISIONS REQUIRED

REVISIONS REQUIRED

THE NEW YORK
PUBLIC LIBRARY
300689
ASTOR, LENOX AND
TILDEN FOUNDATION
NEW YORK
MAY 19 1905

Bibliothek

Deutscher Geschichte

unter Mitwirkung von

D. Gutschke, W. Schulze, E. Mühlbacher, M. Manitius,
J. Jastrow, G. Winter, Th. Lindner, W. v. Kraus, G. Ggelhaaf,
M. Ritter, R. Koser, A. Th. Seigel

herausgegeben von

H. v. Zwiédineck-Südenhorst



Stuttgart und Berlin 1903

J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger
G. m. b. H.

König Friedrich der Große

Von

Reinhold Koser

Zweiter Band, zweite Hälfte

Letzte Regierungszeit (1763—1786)

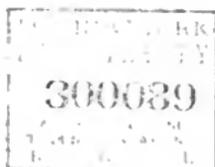
Erste und zweite Auflage



Stuttgart und Berlin 1903

J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger

G. m. b. H.



Alle Rechte vorbehalten

Druck der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart

Inhaltsverzeichnis.

Sechstes Buch.

Drei Offensivfeldzüge, 1756—1758.

	Seite
Erster Abschnitt. Verlauf und Wirkungen des Feldzuges von 1756	11—53
Borbereitungen, Besetzung von Sachsen 11—26. Lobositz und Pirna 26—37.	
Ausbau der Koalition gegen Preußen 37—53.	
Zweiter Abschnitt. Prag und Kolin	54—98
Borbemerkung 54—55. Verhandlungen mit England und Hannover 56—62.	
Feldzugsplan 62—76. Prag 76—86. Kolin 86—98.	
Dritter Abschnitt. Von Kolin nach Leuthen	99—148
<u>Feldzug gegen die Oesterreicher in Böhmen und der Lausitz 99—114. Feldzug gegen die Franzosen, Schlacht bei Kollbach 114—136. Breslau und Leuthen 136—148.</u>	
Vierter Abschnitt. Das Jahr 1758	149—196
<u>Die Gegner nach Leuthen 149—158. Bis zum Abzug von Olmütz 159 bis 175. Rückzug durch Böhmen, Schlacht bei Hornsdorf 175—186. Schlacht bei Hochkirch, Ausgang des Feldzugs 186—196.</u>	

Siebentes Buch.

Vier Defensivfeldzüge, 1759—1762.

Erster Abschnitt. Feldzug von 1759	199—238
Borbereitungen und Stimmungen 199—213. Der Feldzug bis Kunersdorf 213—225. Defensive nach Kunersdorf, Kapitulation von Maxen 225—238.	
Zweiter Abschnitt. Friedensverhandlungen. Feldzug von 1760	239—279
Friedensverhandlungen und neue Kriegsvorbereitungen 239—251. Bis zur Schlacht bei Liegnitz 251—265. Torgau 265—279.	
Dritter Abschnitt. Das Jahr 1761	280—300
Borbereitungen 280—284. Verlauf des Feldzugs 284—294. Ergebnisse 294 bis 300.	
Vierter Abschnitt. Siebenter Feldzug und Friedensschlüsse	301—336
Umschwung der politischen Lage, Friede mit Rußland und mit Schweden 301—313. Verlauf des Feldzugs 313—323. Friede von Hubertusburg 323—331. Schlußbemerkungen 331—336.	

Ahtes Buch.

Wiederaufnahme der Friedensarbeit und neue Gebietserweiterung.

	Seite
Erster Abschnitt. Das Reetablisement	339—382
Vorbermerkung 339—340. Heimkehr aus dem Felde 340—344. Reetablisement des eigenen Hauses 344—352. Reetablisement des Staates 352—382.	
Zweiter Abschnitt. Verwaltungsreformen und Schutz der nationalen Erwerbs- thätigkeit.	383—423
Verwaltungsreformen 383—395. Gewerbepolitik 395—406. Handelspolitik 406—416. Agrarisches Schutzsystem 416—423.	
Dritter Abschnitt. Bündnis mit Rußland und erste Teilung Polens	424—474
Bündnis mit Rußland und polnische Königswahl von 1764 424—439. Be- ginn des polnischen Bürgerkrieges und des russisch-türkischen Krieges 439—451. Preußens Mittelstellung zwischen Rußland und Oesterreich 452—463. Die erste Teilung Polens 463—474.	
Vierter Abschnitt. Westpreußen	475—496
Besitzergreifung 475—477. Abtretung durch den polnischen Reichstag 477 bis 481. Einrichtung der neuen Verwaltung 481—496.	
Fünfter Abschnitt. Staatshaushalt und Heerwesen	497—514
Staatshaushalt 497—501. Heeresstärke 501—502. Zustand des Heeres 502 bis 512. Strategie 512—514.	

Neuntes Buch.

Lehter Krieg und lehter Friede.

Erster Abschnitt. Bairischer Erbfolgekrieg	517—539
Uebersicht der auswärtigen Politik seit 1772 517—522. Vorgeschichte des Krieges 522—530. Militärischer Verlauf 530—535. Friede von Teschen 535—539.	
Zweiter Abschnitt. Justizpflege und Kirchenpolitik. Landrecht und Staatsform 540—561	540—561
Justizpflege 540—547. Kirchenpolitik 547—556. Landrecht und Staatsform 556—561.	
Dritter Abschnitt. Der alte König und die neue Bildung	562—601
Verhältnis zu der älteren und der jüngeren französischen Bildung 562—580. Abwendung von der spekulativen zur Moralphilosophie 580—587. Pädä- gogische Bestrebungen 587—597. Verhältnis zu der deutschen Litteratur 597 bis 601.	
Vierter Abschnitt. Der deutsche Fürstenbund von 1785	602—621
Abwandlungen der europäischen Politik seit 1779 602—612. Entstehung des Fürstenbundes 612—618. Seine Bedeutung 618—621.	
Fünfter Abschnitt. Ausgang und Ergebnisse	622—666
Historischer Nachenschaftsbericht 622—630. Jahreseinteilung, Berührungen mit der Außenwelt 630—639. Stillleben in Potsdam 639—652. Letzte Krankheit und Tod 652—656. Nachklänge und Nachwirkungen 656—666.	
Anmerkungen	667—694

Achtes Buch.

Wiederaufnahme der Friedensarbeit und neue Gebietserweiterung.

Erster Abschnitt.

Das Retablissement.

Sabe ich mich gut gehalten? so will König Friedrich seinen Vater im nächtlichen Traume gefragt haben, der ihn inmitten der heißesten Drangsale des Siebenjährigen Krieges in die Tage seiner bewegten Jugend zurücktrug.

Wie oft hat Friedrich Wilhelm I., wenn er sich von seinen Verbündeten mißachtet glaubte, zornig gesagt, er wolle nicht ihr Beiläufer, ihr Galopin, ihr Nietsgaul sein. Jetzt hatte sein Staat die großen Mächte, die vormals als Bundesgenossen ihn ihr überlegenes Gewicht hatten fühlen lassen, als Gegner vor sich auf dem Plane gehabt. Am Kampfe gegen die fürchtbarste Koalition, die Europa je geschaut hatte, an dem ersten allgemeinen europäischen Kriege war der König von Preußen wahrlich nicht als Nebenfigur, als „Beiläufer“, auch nicht mehr als Zweiter an der Seite eines Größeren beteiligt gewesen, wie noch in seinen beiden ersten Kriegen, sondern als der Hauptkämpfer, der starke Gewaltige, der Held des blutigen Stücks. Die Meinung war gründlich widerlegt, daß Preußen Erfolg und Gewinn nur einem dreisten Spiel, dem Zufall, seiner Geschicklichkeit, andere für sich arbeiten zu lassen, zu danken gehabt habe. Als der Mann des Jahrhunderts ging der König, als der Staat der Zukunft sein Königreich aus dem ungeheuren Ringen hervor.

Unter den Militärmächten Europas nach dieser Kraftprobe unbedingt als die erste anerkannt, befand sich Preußen trotz seiner knappen Hülfsmittel zwischen den Großstaaten jetzt auch finanziell in nicht ungünstiger Lage. So überraschend es klingen mag, Friedrich war der Meinung, daß sein Staat, der die Kriegsschulden sofort hatte abtragen und den Staatschatz sofort hatte auffüllen können, finanziell leistungsfähiger aus dem Kriege hervorgegangen sei, als England, Frankreich oder Oesterreich. Er glaubte das eigentümliche Verhältnis feststellen zu können, daß dort die Regierungen mit Schulden überlastet und fast ohne Kredit seien, die Völker dagegen nur an dem höheren Steuerdruck den Krieg empfunden hätten, während in Preußen das Land durch die feindlichen In-

vationen ausgefogen, die Regierung aber im Besitz hinlänglicher Geldmittel geblieben sei. Solange die Geldbeutel der Großstaaten leer sind, folgerte er, solange werden wir in Ruhe und Sicherheit leben; und er gestand, daß diese Ebbe in den Kassen ihm als ein zureichenderer Grund für die Friedensliebe seiner bisherigen Feinde erscheinen wolle, als ihre Humanität.

So war Preußens Finanzlage beim Ausgang des Krieges eine durchaus andere als in der Epoche nach dem Frieden von Dresden, in der ein Staatschatz erst allmählich wieder gesammelt werden mußte. Schon nach wenigen Jahren durfte sich der König mit dem Gedanken beschäftigen, Schwedisch-Pommern und Stralsund bei den Geldverlegenheiten der Krone Schweden durch Kauf in preussischen Besitz zu bringen. Und als Rußland demnächst seinen Krieg gegen die Pforte führte, war Preußen ohne weiteres im Stande, die Subsidien zu bezahlen, die es in seinem Bündnis mit Rußland für den Kriegsfall verheißen hatte.

In diesem Bündnis mit dem nordischen Nachbarn lag ein weiteres Moment der Stärke und Sicherheit Preußens nach dem Siebenjährigen Kriege.

Um das Bündnis mit Rußland, als der Macht, gegen die Preußen im Kampfe nichts gewinnen, sondern nur verlieren könne, hatte der König in den Anfängen seiner Regierung eifrig, aber erfolglos geworben. Aus gewichtigen Gründen hat dann die letzte der vier fürstlichen Frauen, die zu Friedrichs Zeiten die Geschichte Rußlands gelenkt haben, die Freundschaft Preußens der österreichischen vorgezogen; schon machte der Gegensatz sich geltend, der in ihrem Verhältnis sowohl zu Polen wie zu der Pforte zwischen den beiden im Siebenjährigen Kriege verbündeten Kaiserhöfen bestand. Die damaligen Abwandlungen der Geschichte Polens hat das preussisch-russische Einvernehmen überdauert; das neue Problem der orientalischen Frage hat zu der Auflösung des Bündnisses geführt, die den König von Preußen am Abend seines Lebens nötigte, noch einmal nach neuen Verbündeten Umschau zu halten.

Als König Friedrich am 15. Februar 1763 zu der ruhmreichen Beendigung des Krieges mit dem Worte beglückwünscht wurde, dieser Tag werde der schönste seines Lebens sein, entgegnete er: „Der schönste Tag im Leben ist der, an dem man es verläßt.“ In dieser weltmüden Stimmung hatte er während des Krieges gern von seinem Plane gesprochen, beim Friedensschlusse die Regierung niederzulegen, da man zwischen all den Wirrwarr und das letzte Stündlein eine Ruhepause einschieben müsse: da wolle er dann ohne jeden Zwang auf dem Lande leben, in einem einfachen Hause, dessen Zeichnung er sich schon entworfen hatte, 100 000 Thaler jährlich von den Staatseinkünften sich vorbehalten, 12 000 für seine Tafel, 20 000 für Liebhabereien verwenden, den Rest als Jahrgelder unter seine Gefährten verteilen; jeder Fremde von Geist und bekanntem Namen solle willkommen sein, bis auf die lediglich durch ihre Neugierde herbeigeführten Gaffer; das heiße sich die letzte kurze Strecke des Lebenspfades mit Blumen bestreuen.

Mit einem ähnlichen Plan zur Weltflucht und zu beschaulichem Stillleben hatte auch sein Vater gespielt, und noch manch anderer Fürst und Staatsmann hat unter des Tages Last und Hitze beteuert, sich nach voller Ruhe zu sehnen. Aber wem eine Herrscherseele und die Herrscherkunst zum Erbteil gefallen sind, dem bleibt doch, hoch über allen Anwandlungen der Müdigkeit, „zu seiner Kunst die ewige Leidenschaft“, und er wird mit Willen nie der starken und stärkenden Gewohnheit des Befehlens, des Wirkens entsagen. Der ruhige Genuß wäre seiner Herrenart zuwider.

Zudem aber vergaß eine Herrschernatur wie König Friedrich nie, daß Herrschaft Dienst ist, und daß des Staates erster Diener, als den er vorlängst sich bezeichnet hatte, durch seine Dienstpflicht an den Staat gekettet blieb.

Vorab galt es, das Versprechen einzulösen, das er 1760 inmitten der größten Schrecknisse des Krieges in einem Erlaß aus seinem Hauptquartier niedergelegt hatte: „daß er hiernächst als ein rechtschaffener und treuer Landesvater alles ihm auf der Welt nur mögliche thun werde, was zum Soulagement seiner getreuen, durch die feindliche Invasión betrübten und verunglückten Unterthanen geschehen könne.“

Friedrich hatte in seiner brandenburgischen Geschichte seinem Urgroßvater, dem Großen Kurfürsten, nachgerühmt, daß er in der allgemeinen Auflösung am Vaterlande nicht verzweifelt habe. „Am Vaterlande nicht verzweifeln, sondern dem Verderben den Mut entgegenwerfen,“ das wurde jetzt seine eigene Lösung für die Wiederaufrichtung des zu Boden getretenen, aus tausend Wunden blutenden Staates. Der trostlose Zustand seiner meisten Provinzen erinnerte ihn nur zu lebhaft an die Zerrüttung Brandenburgs beim Ausgang des Dreißigjährigen Krieges. Damals war der Landesherr nicht reich genug gewesen, zu helfen, zu heilen, aufzubauen, und so war nach Friedrichs zutreffender Bemerkung ein volles Jahrhundert verstrichen, ohne daß die Spuren der großen Verwüstung ganz verwischt waren. Eben diese Erfahrung bestärkte ihn in dem Entschluß, jetzt mit voller Hand überall seine Hülfspläne auszuführen.

Aber nicht lediglich die Heilung der Kriegsschäden, nicht die einfache Herstellung des früheren Zustandes wurde angestrebt. Große Kulturaufgaben, die vor dem Kriege entweder ganz hintenangesezt oder nur ungenügend gefördert und noch durch Hindernisse aufgehalten worden waren, sie wurden jetzt inmitten des allgemeinen Verfalls mit frischem Antriebe ergriffen, als sollten nach dem langen Stoßen der Verwaltungsthätigkeit die sieben verlorenen Jahre jetzt in schnellstem Anlauf wiederingebracht werden. Hebung der Volksschule, Besserung der Lage des Bauernstandes, Schaffung der noch fehlenden Manufakturen, das waren drei große Ziele, die alsbald nach der Unterzeichnung des Friedens den beteiligten Behörden mit Nachdruck gewiesen wurden.

Des Königs erster Besuch galt nach dem noch im Leipziger Hauptquartier festgestellten Reiseplane der Provinz, um die all die unermesslichen Ströme Blutes geflossen waren und die keine Gewalt auf Erden ihrem Besitzer zu entreißen vermocht hatte. Eben hatte Schlesien allerorten das Friedensfest gefeiert, jetzt schmückte sich Stadt und Land aufs neue zur Begrüßung des siegkrönten Herrschers. Eine jede dieser in den Kriegsnotén verarmten Bürgerchaften leistete

an Festlichkeiten, was ihr möglich war, und der König ließ sich die von Herzen gut gemeinten, aber einigermaßen ermüdenden Huldigungen geduldig gefallen, auch wenn bei der Fahrt durch die festlich beleuchteten Straßen von Breslau die dichtgebrängte Menge seinen Wagen immer von neuem zum Halten nötigte. Daß er auf reiche Abwechslung nicht rechnen durfte, gewährte er gleich in Löwenberg, dem Grenzstädtchen am Rober, wo er bei der Ausfahrt aus der Stadt den ihm schon unter der Ehrenpforte am Eingangsthor vorgeführten lebenden Standbildern, Knaben in römischer Tracht und Schäferinnen, wohlgelaunt zurief: „Kinder, seid ihr schon wieder da?“ Was äußerlich einem Triumphzug glich, war seinem Zwecke nach eine Dienstreise und Erkundungsfahrt. Nicht um der Schaustellung willen kam der Landesherr, das Elend wollte er mit eigenen Augen sehen. Ueberall mußten Berichte und Zahlen vorgewiesen werden, als Unterlagen für die Bemessung der überall unentbehrlichen Spenden an Geld, an Ausfaat und Brotkorn, an Vieh und Baustoff.

Zum 30. März meldete sich Friedrich in Berlin an. Die Straße aus Schlessien führte ihn an dem Runersdorfer Schlachtfeld vorbei. Der Besuch dieser Schicksalsstätte am Morgen des 30. war gleichsam der letzte Abschied vom Kriege vor der Rückkehr in die Hauptstadt. Auch sonst gab es unterwegs allenthalben Aufenthalt. Zu Talsdorf, sechs Meilen vor Berlin, begrüßte den König während des Pferdewechsels der Landrat v. Rühlner von Niederbarnim und schilderte ihm den Nothstand der Kreisinsassen in Gegenwart einer großen Menschenmenge — denn überall auf den Vorspannplätzen war viel Volk aus der Umgegend zusammengeströmt. Der König beschied ihn für den zweitnächsten Tag nach Berlin auf das Schloß; dort werde er mit allen Landräten der Kurmark besprechen, wie er dem Lande helfen könne und wolle.

So wurde erst in später Abendstunde, zwischen 8 und 9 Uhr, die Hauptstadt erreicht; seit Stunden erwartungsvoll auf dem Platze, hatten die Bürger sich noch eben mit Fackeln versehen. Unter der Ehrenpforte am Frankfurter Thor nahm der König die Glückwünsche des Magistrats entgegen; den ihm von der Stadt dargebotenen Prunkwagen mit den „goldbehängten Rossen“ bestieg er nicht, sondern lenkte mit seinem Reisegespann, weiteren Huldigungen ausweichend, durch abseits gelegene Straßen dem Schlosse zu, wo die Königin mit den Prinzen und Prinzessinnen und dem ganzen Hofstaat ihn erwartete. Am Morgen kamen die einzelnen Abordnungen mit ihren gestern abend nicht überreichten Glückwunschgedichten zu ihrem Recht: die Kaufmannschaft, die französische Kolonie, das Schlächtergewerke als die vornehmste Innung, die Schützengilde. Ihrem Empfang schloß sich gegen Mittag eine große Cour an; dann zeigte sich der König der jubelnden Bevölkerung auf einer Umfahrt durch die Straßen nachträglich in dem Einholungswagen, ihrem Geschenk. Eine allgemeine Illumination und mehrfache Hoffestlichkeiten blieben für die nächsten Tage aufgespart.

„Ich befinde mich in einer Stadt,“ schreibt Friedrich kurz nach seiner Ankunft an seine Schwester Ulrike nach Stockholm, „wo ich die Mauern kenne, aber wo ich die Personen, die der Gegenstand meiner Ehrfurcht oder meiner Freundschaft waren, nicht wiederfinde. Ich bin fremd hier, meine liebe Schwester, diese sieben Kriegsjahre haben die ganze Stadt verändert, es bleiben wenige

übrig von meiner Bekanntschaft, und wenn ich von den Gebäuden absehe, würde ich hier so fremd sein, als ob ich in London wäre.“

Die Landräthe waren am 1. April pünktlich zur Stelle. Nüßler führte das Wort, lebhaft und eindringlich. Der König unterbrach ihn: „Sei Er stille und lasse Er mich reden. Hat Er Crayon? — Nun, so schreibe Er auf: die Herren sollen aufsehen, wie viel Roggen zu Brot, wie viel Sommerfaat, wie viel Pferde, Ochsen und Kühe ihre Kreise höchst nötig brauchen. Ueberlegen Sie das recht, und kommen Sie übermorgen wieder zu mir.“ In der Zwischenzeit führte der alte Eichel mit einigen Vertrauensmännern die Besprechung fort; er zeigte ihnen „ganze Bände“ von Unterstützungsge suchen. Nicht alle Bitten ließen sich erfüllen, aber wenigstens so weit konnte der Not gesteuert werden, daß, wie Nüßler anerkannte, „kein Unterthan zu Grunde ging“.

Die Arbeit schien kein Ende nehmen zu wollen. Auch im kleinen und kleinsten wurde das Eingreifen des Königs verlangt, seine Geduld wurde bisweilen auf eine harte Probe gestellt. „Sie schreiben mir von Wachslöchern,“ antwortet er am 14. April dem Marquis d'Argens, „und hier spricht man mir von Heringen. In der That, darum verlohnste es sich, Krieg zu führen, daß ich auf meine alten Tage zum Krämer werden soll. Ich gehe auf das große Ganze, mein Lieber, ich ordne den Münzfuß und andere Dinge von größerer Bedeutung für den Staat; Brot und Fleisch gehören zu dieser Kategorie, aber Heringe, Stiefeln und Wachslöcher werden von selbst in Ordnung kommen, wenn die Hauptsache geregelt ist. Adieu, mein Lieber, ich habe den ganzen langen Tag gerechnet, ich bin müde.“

Ende April war die Masse der dringendsten Geschäfte so weit aufgearbeitet, daß er sich bei dem schönen Frühlingswetter ein paar Erholungstage in Sanssouci gönnen durfte. „Wirklich,“ schreibt er dort am 12. Mai „jetzt ist die Zeit, da es auf dem Lande am schönsten ist, wenn man jeden Tag Knospen und Blüten und das Fortschreiten aller Schöpfungen der Natur schaut, die miteinander zu wetteifern scheinen, um ihren Nährboden und alle Fluren zu schmücken. Ich spreche mit Entzücken davon, da ich schon seit acht Tagen dies reizende Schauspiel hier genieße.“ Er segne den Himmel, gesteht er einige Wochen später dem Prinzen Heinrich, daß er jetzt nur dummes Zeug als Stoff für seine Briefe habe: „das ist mehr wert als Feldzugspläne im Vorrat für drei oder vier voraussehende Verzweiflungsfälle.“

Längere Ruhe durfte er erst nach Beendigung der Rundreise durch die Provinzen — nur Ostpreußen erhielt keinen Besuch — erhoffen. Das nächste Ziel war Pommern. Stargard, Greifenberg, Treptow, Kolberg wurden besichtigt, in Kolberg mit besonderer Aufmerksamkeit die Stätten der wiederholten rühmlichen Verteidigung. „Ich habe,“ schreibt der König am 26. Mai nach der Wiederankunft in Berlin, „die vom Kriege am schwersten geschädigten Gegenden durchseht und habe gethan, was von mir abhing, um ihnen wiederaufzuhelfen. Obgleich manche Landstriche sehr gelitten haben, ist das Unheil nicht so groß, wie es die Uebertreibung gemacht hat, und ich schmeichle mich, daß Pommern in zwei Jahren bevölkerter und besser im stande sein soll, als vor dem Kriege. Die Neumark ist in voller Thätigkeit, alles regt sich, ein jeder legt die Hand ans Werk.“

An der Fahrt durch die westlichen Provinzen im Juni beteiligte sich Prinz Ferdinand von Braunschweig; er durfte dem Könige seine Siegesfelder von Minden, Bellinghausen und Krefeld zeigen. Auf seinem Landstz bei Kleve wurde ein alter Jugendfreund besucht, jener Spaen, der einst in die Fluchtpläne des Kronprinzen eingeweiht gewesen war und dann in holländischen Diensten es zum General gebracht hatte. Auch hier gab es zwischen den Empfängen und Festlichkeiten aller Orten ernste und anstrengende Arbeit; auch hier sahen sich die Beamten mit jener in medias res führenden Frage: „habt Ihr Crayon?“ begrüßt; Berichte, Listen und Anträge wurden eingefordert und alsbald, noch an Ort und Stelle, genau geprüft und mit eingehenden Bescheiden versehen.

So war das Retablissement überall in die Wege geleitet; die Früchte mußten abgewartet werden. Erst jetzt durfte der König an sich selbst, an das Retablissement seines eigenen Heims, seiner „Penaten“, denken. Der alte Kreis, die klassische Tafelrunde von Sanssouci, war zeriprengt. Sollte es gelingen, noch einmal einen starken Helden im Reiche der Geister zu gewinnen, der die anderen um Haupteslänge überragte, der einen Voltaire und dessen seit vier Jahren zu den Toten entbotenen Widerpart Maupertuis ersetzen mochte? Wie vor 23 Jahren Maupertuis, begleitete den König auf der Rückfahrt vom Rhein nach Potsdam Jean Le Rond d'Alembert, das Haupt der Encyclopädisten, der Mann, auf den sich jetzt Friedrichs ganze Hoffnung sowohl für sich persönlich wie für seine Akademie richtete.

D'Alembert wurde von dem Augenblick an, da er am 11. Juni in Geldern zu dem königlichen Reisezuge stieß, von Friedrich mit warmer Herzlichkeit wie ein alter Freund, von allen anderen mit ehrerbietiger Auszeichnung behandelt. Beim Besuch der braunschweigischen Verwandtschaft in Salzbadlum waren er und Graf Borcke, der Oberhofmeister des Prinzen von Preußen, die einzigen nichtfürstlichen Teilnehmer an der Familientafel, und d'Alembert mußte sich dafür gefallen lassen, an diesem Hofe von jedermann als Marquis angedredet zu werden. Mehr Zeit als unterwegs konnte Friedrich seinem berühmten Gaste in Potsdam widmen, an der Mittagstafel, die statt einer Stunde in dieser Gesellschaft mehr als zwei währte, beim Souper, das sich bis gegen Mitternacht ausdehnte, im Konzert, bei den Spaziergängen selbstweit im Park von Sanssouci, wo der König eine Rose pflückt und sie dem Begleiter mit den Worten reicht: gern gäbe er ihm Besseres. So zeigte er sich andauernd in fröhlichster Stimmung, von der lebenswürdigsten Seite; glaubte doch d'Alembert einer vertrauten Freundin nach Paris schreiben zu dürfen, niemand könne weniger zur Medisance neigen, mehr bereit sein, alle Dinge von ihrer guten Seite zu sehen: „Seine Art zu unterhalten ist von eignem Reiz, heiter, mild, lehrreich.“ Ueber rascht war der Franzose trotz allem, was ihm vorher gesagt worden war, von der Vertraulichkeit dieses deutschen Fürsten mit der französischen Litteratur, als hätte er sein ganzes Leben auf ihre Lektüre verwandt: „Ich kann ihm keine bedeutende Stelle anführen, zumal aus unseren Dichtern, ohne daß er sie eben-

jogut kennt, als ich.“ Friedrich zeigte ihm mit Behagen und eingehend seine auserwählte kleine Bücherammlung im Turmzimmer von Sanssouci und führte ihn zwei Stunden lang in der Bildergalerie herum, „ebenso beredt über Malerei, wie über Kriegsführung oder Politit“. Weniger erfreulich war dem Gast der Aufenthalt in Charlottenburg; die Unterkunft in dem kahlen, noch alle Spuren der feindlichen Plünderung tragenden Schlosse sehr unbehaglich, die Mahlzeiten, zu denen hier Generale und Staatsbeamte Einladungen erhielten, steif und langweilig: alle diese Herren scheinen ihm Mönche aus La Trappe zu sein, sie sprechen kein Wort und begnügen sich dann und wann zu dem, was sie hören, pflichtschuldig zu lachen. D'Alembert wohnte in der Charlottenburger Schloßkapelle mit dem Könige jener Aufführung des Gramsichen Ledeum bei, der nachmals die Sagenbildung sich bemächtigt hat; er wurde in Schönhausen der Königin vorgestellt und besuchte in Berlin am 14. Juli die Sitzung der Akademie.

Damit war die entscheidende Stunde gekommen. Bedeutungsvooll fragte ihn der König, was sein Herz ihm sage — schon in Potsdam hatte er die Anspielung gemacht: ob d'Alembert nicht mit den armen Waisen Mitleid haben würde. Der Philosoph war seit lange vorbereitet. Schon 1752, während einer schweren Erkrankung Maupertuis', war ihm die Anwartschaft auf den Vorsitz in der Akademie angeboten worden; jetzt galt in Frankreich seine Ernennung schon als vollzogen. Aber d'Alembert scheint keinen Augenblick zweifelhaft gewesen zu sein. Er erklärte, daß er fest entschlossen sei, auf sein Vaterland nicht zu verzichten, und Friedrich entgegnete, er wolle warten und seine „sträflichen“ Wünsche zurückdrängen. Es hatte wohl nicht erst der Warnungen des unverzöhlten Voltaire bedurft, der untrösllich gewesen wäre, wenn es seinem verhassten nordischen Salomo gelungen wäre, für ihn, den Verstoßenen, Ersatz zu schaffen. Freiheitsinn und Heimweh waren zwei gleich starke Antriebe für d'Alembert. Während dieses zweimonatlichen Aufenthaltes an einem Hofe, der ein Hof eigentlich nicht war, ergaben sich doch sofort für seine Lebensgewohnheiten eine Anzahl von Störungen, die ihm auf die Dauer unerträglich gewesen wären. Und dieses Preußen blieb ihm ein Land, „wo die Gesellschaft weder gut noch schlecht ist, weil es überhaupt keine gibt“. Der König erscheint ihm als der einzige Mensch im Königreich, mit dem man Konversation führen kann, d. h. „die Art von Konversation, die man nur in Frankreich kennt, und die unentbehrlich wird, wenn man sie einmal kennt“. Er bedauert deshalb diesen König, „der, in jeder Beziehung so groß und liebenswürdig, inmitten seines Ruhms das eine große Unglück hat, allzu hoch über dem ganzen Rest der Nation zu stehen und niemand zu haben, weder zur Hilfe bei seiner großen unendlichen Arbeit, noch zur Erholung nach der Arbeit für die Konversation“.

Friedrich selbst scheint beim Scheiden eine Empfindung dieser Art gehabt zu haben. D'Alembert thue seiner Seele wohl, sagte er ihm; er werde sich nachher sehr verwahrloßt fühlen. Ueber dem letzten Souper am 25. August lag eine gedrückte Stimmung. Und in einem Abschiedsbriefe sagte Friedrich: „Ich werde nie das Vergnügen vergessen, einen wahren Philosophen gesehen zu haben. Ich bin glücklicher gewesen als Diogenes, denn ich habe den Menschen, den der so lange gesucht hat, gefunden — aber er geht.“

Der Präsidentenstuhl in der Akademie, so erklärte Friedrich, sollte unbesetzt bleiben, bis d'Alembert zurückkehren werde. Aber man war auf Nimmerwiedersehen geschieden. Nur aus der Ferne wurde der Verkehr fortgesetzt, in einem Briefwechsel, der sich uns als das wertvollste Zeugnis für Friedrichs Stellung zu dem geistigen Leben dieser Epoche bewähren wird.

Die Einsamkeit und Einförmigkeit des Potsdamer Lebens, die den Gast aus Paris so seltsam berührte, schloß für Friedrich doch keine Entbehrung ein. „Ich führe hier,“ so oder ähnlich äußert er sich oft, „das allereingezogenste und stillste Leben, wie es meinem Alter und meiner Anschauungsweise entspricht . . . Ich lebe mit der Welt in Ehescheidung und trenne mich von ihr, ehe sie mich verläßt.“ Doch beneidete er d'Alembert und jeden andern, der über die Alpen reisen konnte; „das alte und das moderne Italien“ war von je das Land seiner Sehnsucht gewesen: ¹⁾ „Ich würde gleich von der Partie sein, wenn die Geiß nicht grasen müßte, wo sie angebunden ist.“ Sehr selten, meinte er, könnten Souveräne solche Vergnügungen sich gewähren: „entweder haben sie keine Zeit, oder sie werden durch andere Rücksichten verhindert.“

Vielleicht hätte sich um d'Alembert, wenn er geblieben wäre, eine neue Kolonie französischer Gelehrter und Schöngelister gesammelt. So aber verschwanden die Franzosen allmählich aus Friedrichs Umgebung; man meinte in Berlin in ihren Kreisen, daß der König über die französische Bildung jetzt geflüchtig abschätzig urtheile, ja daß thatsächlich eine innere Entfremdung eingetreten sei, zum Teil in Erinnerung an die Zänkereien, die sich unter seinen Augen abgespielt hätten. Letzter Vertreter der alten französischen Zeit war Marquis d'Argens, von dem d'Alembert sagte, daß er in der Unterhaltung bedeutend mehr wert sei, als in seinen Schriften. Eigentlich erst während des Krieges war er dem Könige recht nahe getreten, als der Einzige, dem Friedrich in Briefen, welche doch vielmehr Selbstgespräche waren, seine schmerzlichen Beichten abzulegen wagte. Daß dieser den Verkehr jetzt wieder auf einen leichteren Ton stimmte und den alten Scherzen über d'Argens' eingebildete Krankheiten und sonstige Schrullen wieder weiten Spielraum ließ, verdroß den treuen Gefährten, der für seine Behandlung, je älter die Freundschaft geworden war, auch um so zartere Rücksicht beanspruchte. Man wußte sich in das erneute Zusammensein nicht mehr ganz zu schicken; d'Argens, immer hypochondrischer, begann sich nach seiner warmen provençalischen Sonne zurückzusehnen, und nun glaubte wieder Friedrich, sich beklagen zu dürfen, da er argwöhnte, daß sein Isaak eine Fahnenflucht vorbereite.

Aus der Zahl der anderen alten Freunde war Graf Gotter, der Ritter vom Orden der vergnügten Einsiedler — hermites de bonne humeur — im letzten Kriegsjahr gestorben, am Abend seines Epiturreerdaseins schwer von Sicht und Wassersucht heimgesucht. Algarotti weilte seit 1753 beharrlich in seiner italienischen Heimat; er hatte zu allen preußischen Siegen in artigen, mit lateinischen Citaten verzierten Briefen Glück gewünscht, ebenso dann zum Friedensschluß nach einem Kampfe, in welchem sein Held nicht wie Scipio, Cäsar und

¹⁾ Bb. I, 479.

Alexander immer nur einen Feind, sondern fast ganz Europa bestanden habe. Friedrich hat ihn auf diesen Glückwunsch, nun auch seinerseits mit seiner kranken Lunge Frieden zu schließen, wie Preußen mit Oesterreich, aber schon nach Jahresfrist erlag Algarotti zu Pisa seinen Leiden, und der König von Preußen weihte dort im Campo santo dem „Schüler Newtons und Nachseiferer Dvids“ das schöne Denkmal mit der Inschrift „Algarottus non omnis“.

Ein neuer Trauerfall in der königlichen Familie im November 1765, der Tod seiner Schwester Sophie, der Markgräfin von Schwedt, führte den Bruder in einem Brief an die jetzt achtzigjährige Gräfin Camas auf die schmerzliche Betrachtung: „Unsere Familie scheint mir einem Walde gleich, dessen schönste Bäume der Orkan gebrochen hat, hier und da sieht man noch eine abgeästete Tanne, die sich mit den Wurzeln noch festklammert, nur um den Zusammensturz der Gefährtinnen, die Opfer und den Raub des Windbruchs, zu betrachten. Ich wünsche, meine liebe Mama, daß dieses Wehen des Todes Ihnen fernbleibe, daß wir Sie noch lange behalten, und ich Ihnen noch oft die Versicherung meiner alten und treuen Freundschaft wiederholen kann.“ Ein halbes Jahr später betrauerte Friedrich auch diese seine mütterliche Freundin. „Könnte ich sie auferwecken,“ schrieb er an die Königin, „ich thäte es auf der Stelle. Ihr Tod ist ein wirklicher Verlust, sowohl wegen ihres Verdienstes und ihrer großen Eigenschaften, wie wegen dieses Bannes von Würde und Glücklichkeit, den sie dem Hofe auferlegte.“

Aufrichtige Freude bereitete ihm nach so manchem schmerzlichen Verluste das Wiedersehen mit George Keith, dem Lord-Marschall von Schottland. Nach Abschluß des preussisch-englischen Bündnisses von seinem Landesherrn, König Georg II., begnadigt, hatte der alte Jakobit 1763 nach fast fünfzigjähriger Verbannung den heimathlichen Boden noch einmal betreten dürfen, und Friedrich sprach ihm sein Bedauern aus, daß seine Elbkähne zu einer Landung in Schottland, um den Lord aufzuheben und wegzuführen, allzuwenig geeignet seien; er versicherte dem Freunde, daß er ihn im Sommer und im Winter, bei Tag und bei Nacht, all' Zeit und Stunde, mit offenen Armen aufnehmen werde. Lord Marschall kam und lebte noch vierzehn Jahre an Friedrichs Seite in dem behaglichen Hause, das ihm in unmittelbarer Nähe von Sanssouci eingerichtet wurde, und als er, vom Alter gelähmt, nach seiner Selbstschilderung neuer Augen, neuer Ohren, neuer Beine und eines neuen Magens bedürftig, des Königs Tischgenosse nicht mehr sein konnte, da ging der König durch seinen Schlossgarten fleißig zu dem „Nachbar Ameise“, um sich des Gesprächs mit dem Alten, seiner Munterkeit und seines „attischen Salzes“ zu freuen. D'Alembert hat uns das gute Wort aufbewahrt, das Friedrichs Freundschaft für Lord George kennzeichnet: „Ich habe Treulosigkeit, Undank und Schlechtigkeit der Menschen so viel an mir erfahren, daß ich vielleicht zu entschuldigen wäre, wenn ich nicht mehr an Tugend glaubte, aber der gute Lord hat mich wieder zu diesem Glauben gezwungen.“

Noch ältere Ansprüche als Lord Marschall hatte Fouqué, neben dem gichtbrüchigen, allzeit in alter Gunst stehenden General Wplich der letzte der Jugendgenossen aus der Rheinsberger Zeit. Der Held von Landshut¹⁾ lehrte

¹⁾ Vgl. oben S. 257.

aus der Kriegsgefangenschaft zu Karlstadt nicht zu seinem Regiment nach Magy zurück, sondern nahm Wohnsitz in Brandenburg als Domherr des dortigen Kapitels. Er kam während der nächsten Jahre, bis körperliche Gebrechlichkeit ihn unbeweglich machte, wiederholt zum Besuch nach Potsdam, noch häufiger aber lud sich der König bei seinem ältesten Freund zu Gaste: „ich beanspruche nichts“, so meldete er sich einmal an, „als eine gute Suppe und eine Schüssel Salat, des Wirtes freundliche Miene, und daß ich Sie bei guter Gesundheit antreffe.“ Friedrich hat nicht nur die „Breschen“ des Fouquéschen Vermögens mit freigebiger Hand ausgefüllt und ihm den Verlust seiner fahrenden Habe durch eine „fürstliche“ Wohnungseinrichtung, silbernes Tafelgerät und die schnell sich steigenden Kunstleistungen der Berliner Porzellanmanufaktur ersetzt, er war auch in jenen kleinen Aufmerksamkeiten und Geschenken uner schöp flich, die nach dem Sprichwort die Freundschaft erhalten: er labt den kranken Freund mit Rheinwein von 1684 oder der letzten Flasche Ungarwein aus dem Vorrat König Friedrichs I., er schickt ihm Trüffel von Perigord und Früchte aus den Potsdamer Gärten, Nektarbalsam aus Konstantinopel und türkischen Kaffee; bald gibt der Gedenktag der Schlacht von Prag, aus der Fouqué rühmliche Narben trug, zu einem Geschenk Anlaß, bald das Christfest, denn „es ist Brauch, daß Verwandte sich zur Weihnacht beschenken, und ich betrachte Sie als Familienmitglied, sowohl in Ihrer Eigenschaft als ehrenfesten und wackeren Ritter ohne Furcht und Tadel, wie in der meines alten Freundes“.

Von den anderen großen Kriegeshelden lebte Prinz Heinrich still in Rheinsberg und erschien bei Hofe nicht öfter, als unerläßlich war. Ferdinand von Braunschweig, vor dem Kriege einer der täglichen Gefährten und der bescheidene Jögling des Königs, war von seinem westdeutschen Kriegsschauplatz, an Siegen reich, mit berechtigtem Selbstbewußtsein zurückgekehrt, und wenn er während des großen Ringens manch' scharfem Wort gegenüber seine Empfindlichkeit hochherzig zurückgedrängt hatte, so war er jetzt, im Frieden, auf seinem Magdeburger Gouverneurposten weniger geneigt, Selbstverleugnung zu üben: anläßlich eines verdrießlichen Vorganges bei der Revue von 1766 erbat er seinen Abschied und zog sich auf sein braunschweigisches Landgut Wexhede zurück, ein neuer Cincinnatus, wie sein getreuer Westphalen rühmte, ein neuer Belisar, wie Friedrich verstimmt spöttelte. Seyblich kam in den ersten Friedensjahren aus seinem Standort Dhlau noch wiederholt nach Potsdam; zu den Vertrauten zählte er nicht; es hieß, daß der König sich mit seinen sarkastischen Einfällen und kleinen Neckereien einem Manne gegenüber zurückhielt, dem es unter Umständen nicht darauf ankam, mit gleicher Münze zu dienen. Mit ausgesprochenem Wohlwollen wurde Zieten behandelt, aber doch mehr als ehrwürdige Ruine, als überständiger Veteran, auf den für den Felddienst nicht mehr gerechnet wurde. Als der Vier- undsechzigjährige zu Ende des ersten Friedensjahres nach Jahren des Witwerstandes einer sechsundzwanzigjährigen Nichte die Hand zum Ehebunde reichte, wünschte ihm der König „alles Glück und Vergnügen, so Ihr nur dazu wünschen und verlangen möget, wie Ich denn, wenn Ich wüßte, wo Ihr Euer Hochzeitsfest celebrieren werdet, selbst dahin kommen würde, um auf selbigem zu tanzen“. Dem ersten Sprößling aus der neuen Ehe legte sein königlicher

Pate ein Kornettspatent und die Anweisung auf ein Lieutenantstraktament in die Wiege.

Zum ständigen militärischen Gefolge gehörten noch aus der alten Zeit Hans Friedrich von Krusemark und Rupert Scipio von Lentulus. Krusemark, acht Jahre jünger als Friedrich, bereits 1747 als junger Gendarmenlieutenant zum Flügeladjutanten ernannt, seit 1759 an Stelle des bei Ray gefallenen Wobersnow erster Generaladjutant, war fast während des ganzen Krieges des Königs Begleiter gewesen. Ein Mann von unermüdblicher Arbeitskraft, ausgezeichnete Kavallerist, als Vorgesetzter streng und, wenn es sein mußte, schroff; als er einige Jahre nach dem Friedensschluß Chef der Gendarmen wurde, that er das Seine, um die flüßerhaften Auswüchse in dem vornehmen Offiziercorps nach Möglichkeit auszurotten; einem Offizier, der sich der Kleiderordnung nicht fügte, ließ er bei der Parade durch einen schnell herbeigeholten Schneider kurzer Hand die vorchriftswidrigen Rockschöße abschneiden. Der „schöne“ Lentulus, jetzt Chef der Leibkürassiere, Schweizer von Geburt und Sohn eines österreichischen Feldmarschalls, hatte die Aufmerksamkeit des Königs von Preußen auf sich gelenkt, als er 1744 nach dem Falle von Prag im Unmut über die Waffenstreckung der Oesterreicher seinen Degen lieber zerbrach, als daß er ihn den Preußen eingehändig hätte. Schnell hatte es dann die bestückende Schuld des Siegers dem jungen Kriegsgefangenen angethan; nach dem Frieden von Dresden nahm er preußische Kriegsdienste, der König zog den weltmännisch gebildeten, vielgereisten, liebenswürdigen Cavalier in sein Gefolge und widmete 1748, als Lentulus sich mit einem Fräulein von Schwerin vermählte, dem Brautpaare ein scherzhaftes Poem über die nationalen Eigentümlichkeiten des Freiermannes, des „Schult-heißen“ Lentulus, wie ihm das Berner Patrizierkind als Mitglied des großen Rats seiner Vaterstadt hieß. Bei Leuthen und bei Zorndorf hatte er als Brigadegeneral die Gendarmen und Gardes du Corps zum Siege geführt und bei Reichenbach unter des Königs Augen den letzten großen Reiterangriff dieses Krieges kommandiert.

Einen neuen Günstling hatte der Krieg in dem Generaladjutanten Heinrich Wilhelm von Anhalt emporgebracht. Friedrich sah in diesem Enkel des alten Dessauers einen „neuen Turenne“ kommen und bezeichnete ihn als den besten Offizier seines Heeres nächst dem Prinzen Heinrich, als den geborenen Heerführer, den man in einem künftigen Kriege vorzugsweise zu verwenden haben werde, trotz der Fehler, mit denen er sonst behaftet sei. In den Kreisen seiner zahlreichen Gegner galt Anhalt als der Mann, der das „schwärzeste Herz mit dem besten militärischen Kopf verbinde“, als der „Tyrann der Armee“; er war gleichsam der Erbe des Hasses, der sich früher auf einen Winterfeldt entladen hatte; dem Herzog Ferdinand, so wurde behauptet, sei der preußische Dienst vor allem durch diesen Mann unleidlich geworden.

Durch häufige, oft gerabezu dringende und stets sehr schmeichelhafte Einladungen an das Hoflager wurde der Pommer Anton von Krocow ausgezeichnet, Chef des Dragonerregiments zu Lüben in Schlesien. Wie ehemals Graf Rothenburg, war Krocow bei Beginn des letzten Krieges aus dem französischen Heere, dem er 23 Jahre hindurch angehört hatte, in den Dienst seines Landesherren

übergetreten und vor dem Feinde schnell vom Obersten zum Generalleutnant emporgestiegen. Dem Könige war dieser Altersgenosse — Krockow war nur zwei Jahre jünger als Friedrich — an seiner Tafelrunde als wichtiger Unterhalter, als „angenehmer Parleur“ willkommen; wiederholt hat er ihn gebeten, unbeschadet des Dienstalters für das Regiment dem Potsdamer Aufenthalt noch ein paar Tage zuzulegen; anderen war Krockow als böse Zunge verdächtig.

Zu den Auserwählten des engeren Kreises gehörten auch die beiden Offiziere, die dem Könige in den schwersten Stunden seines Kriegeslebens unvergeßliche Dienste geleistet hatten: Prittwiß, einer der ersten Schlesiener, die in das preußische Heer eingetreten waren, der Lebensretter von Knersdorf, jetzt unter Zieten Kommandeur der Leibhusaren, und der in elf Schlachten erprobte Lestwiß, bei Torgau zu höchstem Ruhme gelangt, im letzten Kriegsjahr zum Kommandeur eines der Berliner Infanterieregimenter und demnächst zum Chef der Potsdamer Grenadiergarde ernannt. Beide hatte Friedrich zum Lohne ihres Verdienstes in reicher Weise mit Grundbesitz ausgestattet: Lestwiß hat den Staat und Prittwiß den König gerettet, pflegte er wohl zu sagen. Er meinte, daß Lestwiß das Zeug habe, ein großer General zu werden, und nannte Prittwiß einen hervorragenden Offizier, der zu allem befähigt sei, wozu man ihn auch gebrauchen möge. Als Gesellschafter waren sie ihm in ihrer jetzigen dienstlichen Stellung stets schnell erreichbar.

Eine der eigenartigsten Rollen spielte in Potsdam der gelehrte Offizier, den der König im Feldzug von 1759, bald nach seinem Eintritt in das preußische Heer, nach einer Disputation über die Geschichte der Pharsalus-Schlacht Quintus Icilius getauft und unter diesem Namen beim Parolebefehl dem ihm anvertrauten Freibataillon vorgestellt hatte. Der Vorgang kennzeichnet die Stellung des Mannes; er gehörte zu den Opfern, an denen Friedrich bei allem Wohlwollen beständig seinen Witz übte, da sie für die Abwehr weder das Ansehen noch die Schlagfertigkeit eines Seydlitz hatten. Bald kamen über diese kleinen Drangsale des lateinischen Offiziers eine Fülle von Geschichtchen im Umlauf, wahre und erfundene. Kind der Pfälzerkolonie in Magdeburg, Sohn nicht, wie erzählt wurde, eines Töpfers, sondern eines Beamten, hatte sich Karl Theophil Guischard auf deutschen und holländischen Universitäten seine klassische Bildung verschafft und war später als Offizier der Generalstaaten mit einem gelehrten Werk über die Kriegsführung der Griechen und Römer an die Öffentlichkeit getreten. So machte er sich nach dem Uebertritt in den preußischen Dienst dem Könige nicht nur als Freischarenführer nützlich, sondern auch als Orakel für kriegswissenschaftliche Antiquitäten, ohne daß er mit seiner Gelehrsamkeit den Gebieter jedesmal glücklich beraten hätte: Beweis die auf Quintus' Vorschlag zurückgehende Inschrift *Nutrimetum spiritus* über der Berliner Bibliothek, die allzu wörtliche Uebersetzung des „Nourrissement de l'Esprit“, das dem Könige als Bezeichnung für eine Bibliothek aus dem einst mit vielem Vergnügen gelesenen Sethos, dem ägyptischen Roman des Abbé Terrasson, in Erinnerung geblieben sein wird. Fast scheint es, daß Friedrich in seinem Lateiner weder den Offizier noch den Gelehrten ganz für voll ansah; sein abschätziges Urteil

über die Freitruppen und ihre freibeuterischen Offiziere¹⁾ hat er ihm nicht vorenthalten, und als Quintus zu seinem Sitz in der Akademie der Wissenschaften auch ein Gehalt erbat, wurde er mit der Belehrung abgemiesen: „Die Academie nimmt nicht Leute an, deren Bücher so schändlich wie Seine seind kritisiert worden.“ Auch haben seine Nachenschaften bei Gründung der Berliner Bank, seine Geschäftsverbindungen mit allerhand verdächtigen Glückrittern seinem Ansehen offenbar geschadet. Eine Zeit lang hat Quintus nach einem scharfen Zusammenstoß sich schmallend zurückgezogen, aber der König that dann das Seine, den Gefränkten zu verjöhnen, und der Stellung des Seigneur de Wassersuppe, wie Gnißhard in seinen letzten Lebensjahren nach seiner haveländischen Besitzung betitelt wurde, ist der Zwischenfall nur zu gute gekommen.

Das junge Geschlecht vertraten des Königs Neffen, die beiden Söhne des verstorbenen Prinzen von Preußen und die Prinzen Friedrich und Wilhelm von Braunschweig. Die jungen Welfen zählten 1763 bei ihrem Eintritt in das preussische Heer 23 und 18 Jahre — der ältere Bruder hatte sich 1761 durch die Wiedereroberung von Wolfenbüttel bereits einen geachteten Namen als Truppenführer gemacht. Friedrich war bei näherer Bekanntschaft „entzückt“ von dem Eifer, dem Wissensdrang, der Bescheidenheit seiner beiden Schwesterjöhne, er nannte sie die wohlgezogensten Kinder, die sich denken ließen, und widmete den „jungen Helden“ eine launige, poetische Epistel über die Vorzüge der glücklichen Jugend vor dem freudlosen Alter.

Dann und wann sah Potsdam auch Damen als Gäste. „Ich erwarte hier in den nächsten Tagen,“ schreibt Friedrich am 14. August 1763, „einen ganzen Schwarm von Neffen und Nichten; ich bin im Begriff, der Onkel von ganz Deutschland zu werden, wie ich ehemals ein Fräulein von Sonsfeld kannte, welche die Tante von aller Welt war. Wenn man nicht Großvater ist, kann man doch Großonkel werden und durch sein Gefasel den Großneffen zum Kinderpott dienen; das ist der fünfte Akt des Stüdes, und zum Schluß wird man ausgepiffen.“ Bei solchem Verwandtenbesuch schwelgte dann Friedrich gern mit den Schwestern in alten Erinnerungen aus „fast fabelhaften“ Tagen — „wie die alten französischen Oberstlieutenants sich von ihren einstigen Waffenthaten unterhalten“. Für das Vergnügen der jungen Nichten ließ sich freilich schwerer sorgen: „sie brauchen einen Ball, es fehlt uns an Damen, man wird es vielleicht ins Intelligenzblatt einrücken müssen, daß jede mittanzeln kann, die da will“.

Friedrich selbst zog sich von allem, was Feillichkeit, Repräsentation und Zeremonie hieß, immer mehr zurück, anders als der „alte Baron“, der ewig jugendliche Pölnitz, der noch ganz wie ehemals „in der Zeremonie lebte und webte“. Auch der Winteraufenthalt in Berlin anlässlich des Karnevals²⁾ wurde immer mehr eingeschränkt. Friedrich zog vor, die Rückkehr des Frühlings zu Potsdam „in seinem Loch“ abzuwarten: „Wir Greise leben erst im Frühling wieder auf und sind lebendig nur im Sommer; der Winter ist gut nur für die

¹⁾ Vgl. oben S. 286. 287.

²⁾ Vgl. Bd. I, 545.

heiße, stürmische Jugend, die sich mit Schlittensfahrten und Schneebällen abkühlt.“ Ab und zu heischte ein großes Familienfest die Mitwirkung des Oberhauptes. Im Juli 1765, als die Vermählung des Thronerben mit Elisabeth von Braunschweig gefeiert wurde, glich der Berliner Hof nach Friedrichs Schilderung „einer allgemeinen Reichsversammlung des heiligen Römischen Reichs“: „wir sind umgeben von dreißig Prinzen und Prinzessinnen, und im übrigen verhindern mich meine Gebreite, an allen Gelagen teilzunehmen. Ich finde mich zu den großen Solennitäten ein und versuche, in den Pausen etwas Erholung zu finden. Der alte Baron verhöhnt meine verkrüppelten Beine, er ist mit dem Prinzen Friedrich um die Wette gelaufen: ich, der ich mich als Hinkelbein hinschleppe, ungefähr wie eine Schildkröte, betrachte ihren ungeflügelten Lauf wie ein Gelähmter, der sich ein Ballett ansieht.“

„Das Leben, mein lieber Darget,“ schreibt er zu Neujahr 1768 an seinen alten Vorleser,¹⁾ „ist eine hundsöttische Sache, wenn man alt wird. Entweder muß man sich entschließen, auf der Stelle unzukommen, oder sich Stück für Stück dahinstirben zu sehen. Aber bei alledem gibt es eine Art, glücklich zu sein: man muß sich ideell verjüngen, von seinem Körper absehen und sich bis zum Ende des Stücks eine innere Heiterkeit erhalten und die letzten Schritte des Pfades mit Blumen bestreuen.“ Zum Glück plagte die Gicht nicht immer. Ja, nach dem Besuch des Laudecker Bades im Sommer 1765 wollte er schon glauben, die Gicht nie gehabt zu haben; nur hatte ihm die Kur an sich wenig behagt, und er erklärte, sich im Wasser „deplaciert“ zu fühlen und das Element der Thales und Buffon den Aalen, Butten, Hechten und Enten überlassen zu wollen. Freund Jouqué empfahl zur Erhaltung der Gesundheit das Rezept des alten Dessauers: Exercizien, Manövrieren und bisweilen etwas Aerger. „Sie denken,“ antwortete Friedrich, „daß ich noch so lebhaft wie ehemals bin, aber Sie täuschen sich, ich habe Wasser in meinen Wein gethan“; beim Exercizien helfe er wohl noch, aber ohne sich aufzuregen. Vor der Front schien sein Körper noch die ganze Zähigkeit und Spannkraft der vergangenen Tage zu besitzen: „zu Pferde würde man ihn für einen Centauren halten,“ meinte der Franzose Guibert, als er den König 1773 bei der Parade sah. Und in seinem Reisewagen trogte er bei der Fahrt über Stock und Stein oder durch den fußhohen Sand allen Unbilden seiner Landstraßen.

Mit diesen unermülich fortgesetzten anstrengenden Rundsfahrten, diesen „tumultuarischen“ Unterbrechungen seines „Klausnerlebens“, lehrten Jahr für Jahr, meist zu denselben Zeiten, für die Provinzen die Tage scharfer Prüfung und genauer Abrechnung wieder. „Ich reise viel,“ sagt er einmal, „und bei meinen Reisen erfahre ich manches.“ Die erste Frage des Gebieters aber galt jetzt immer den Fortschritten seines „Retablissementes“.

Was man in der zweiten Hälfte dieser Regierung amtlich unter Retablissement verstand, beschränkte sich nicht auf die unmittelbar nach dem Friedens-

¹⁾ Bd. I, 202.

schlusse zur Heilung der schwersten Kriegsschäden ergriffenen Maßnahmen, sondern setzte sich in einer langen Reihe großer, auf Staatskosten auszuführender Kulturarbeiten fort, die aber doch nicht ins Unendliche ausgedehnt werden, sondern an einem bestimmten Ziele einhalten sollten: Urbarmachung und Besiedelung von Wüsteneien und insgemein Heranziehung von Einwanderern, Hebung der Bodenkultur und Vermehrung des Viehstandes, Gemeinheitsteilungen und Anlage neuer Bauerngüter, Verbesserung der bäuerlichen Rechts- und Besitzverhältnisse. So erklärte er dem Minister Derschau 1775 für das „Retablissementswesen“ der Kurmark, es sei seine Absicht, mit den Verbesserungen fortzufahren, „bis die ganze Provinz in Ordnung ist und nichts mehr zu thun übrig“.

Von den Barbeständen der Feldkriegskassen, der königlichen Dispositionskasse und des großen, für die Zwecke der Kriegsführung gebildeten Zentralfonds ist für das Retablissement nur ein verhältnismäßig geringer Teil aufgenendet worden, alles übrige wurde Jahr für Jahr aus den Ueberschüssen der laufenden Verwaltung bestritten. Jene Bestände betragen nach einer dem Könige bei der Rückkehr aus dem Felde vorgelegten Abrechnung nicht weniger als 29 430 814 Thaler, fast genug, um die Kosten zweier weiterer Feldzüge zu decken. An Bürgschaften für die Landesverteidigung wurde nun auch in erster Linie gedacht. Für die Ergänzung der Waffen, Uniformen und Felddausrüstung wurden 7 Millionen, für Geschütze 250 000, für das Fuhrwesen 193 000 Thaler angewiesen, in den Kriegsschatz 14 ½ Million, in die Mobilmachungskasse 700 000 Thaler gelegt. Die bei den Ständen der einzelnen Provinzen aufgenommene Anleihe und ein von der märkischen Landschaft geborgter Vorschuß im Betrage von insgesamt 4 Millionen in altem Golde wurden schon im März 1763 mit 5 413 586 Thalern nach dem Münzfuß von 1758 zurückgezahlt.

Der geringe Gehalt der während des Krieges ausgeprägten Münze verminderte nun allerdings den Metallwert des neu aufgefüllten Tresors sehr erheblich. Mehr als 6 ½ Million Thaler lagerten hier in Sorten schlechtester Währung, d. h. in den sogenannten neuen Augustdor, deren Gehalt nicht viel über ein Drittel des Nennwertes betrug, und in den noch berüchtigeren Bernburger Münzen. Zur Wiederanbahnung eines gesunden Münzwesens, wobei Härten und Aergernisse freilich unvermeidlich waren, wurde durch zwei Edikte vom 21. April und 18. Mai 1763 angeordnet, daß für die Zeit vom nächsten Trinitatistermin ab nur noch das nach dem Münzfuß von 1758 geprägte Geld, das sogenannte brandenburgische Mittelgeld, als gesetzliches Zahlungsmittel gelten sollte, jene Münze, von der 19 ¾ Thaler auf die feine Mark Silber kamen.¹⁾ Für die Abtragung der in den verschiedenen Abschnitten der Kriegszeit eingegangenen Zahlungsverbindlichkeiten, für die Einlösung der einstweilen noch im Umlauf befindlichen geringeren Münzsorten und für die Begahlung der nach dem alten Wert einzuziehenden Steuern und Amtspachten wurden genaue Umrechnungssätze bekannt gegeben. Bereits aber war es die Absicht des Königs, zu dem Münzfuß von 1750 zurückzukehren, die Mark Silber wieder zu 14 Thalern ausbringen zu lassen und die Prägung nicht durch Unternehmer, sondern auf Rechnung

¹⁾ Oben S. 311.

des Staates vornehmen zu lassen, „ohne mit Juden oder Christen weiter melieret zu sein“ — so eröffnete er am 29. Mai 1763 seinem jetzigen Berater in Münzangelegenheiten, dem General Tauenzien, indem er die Absicht aussprach, zunächst drei Jahre hintereinander je 12 Millionen nach dem alten Fuß ausmünzen zu lassen. Das Münzgebitt vom 29. März 1764 hat diesen dann wiederhergestellt.

Außer den Millionen in den Kriegskassen lagen beim Friedensschluß in den Magazinen reiche Vorräte an Korn, Mehl und Raufutter für die Fortsetzung des Krieges bereit, und das Heer hatte im letzten Winter durch Werbung und Aushebung seine Lücken ergänzt; allein Ostpreußen hatte nach dem Abzug der Russen 15 000 Rekruten gestellt. Die Regimenter waren wieder „vollzählig nach dem großen Kriegsfuß“. Durch Entlassung von 30 780 Landeskindern wurden den Provinzen die Arbeitskräfte, deren zumal der Landbau dringend bedurfte, zurückgegeben, und da die Husaren 400 Mann auf das Regiment, die Kürassiere und Dragoner je 150 Mann ausmusterten, da die Artillerie und der Train ihre Gespanne fast ganz abgaben,¹⁾ so konnten 35 000 Pferde im Lande verteilt werden. An Roggen und Mehl wurden 25 000, an Hafer 17 000 Wispel aus den Magazinen gespendet. So wurde, wie Friedrich sagte, dem Volk vorerst einmal Mut gemacht, wieder an die Arbeit zu gehen; denn die wirksamste Hilfe blieb allemal der eigene Fleiß.

Nach Pommern war schon im April 1762, sobald der Friede mit Rußland und Schweden gesichert erschien, der Geheime Finanzrat Schönberg von Brendenhoff geschickt worden, ein soeben aus anhaltischen Diensten übernommener Beamter, dessen Thatkraft und Findigkeit der König während des Krieges bei mehr als einer Gelegenheit schätzen gelernt hatte. Brendenhoff sollte Vorschläge machen, wie Land und Leute „wieder auf die Beine zu bringen seien“. In Danzig lagen 6000 Wispel Roggen und 2000 Wispel Hafer bereit, die jetzt in Pommern zur Verteilung kamen; mit barem Geld wurde der Kommissar reichlicher erst ausgestattet, als die Friedensverhandlung zu Hubertusburg dem Abschluß nahe war. Bis zum Juni 1763 waren der pommerschen Retabliementskasse 1 202 920 Thaler zugeflossen, eine halbe Million aus dem großen Dispositionsfonds des Königs, das übrige aus den pommerschen Einkünften. Ausgegeben waren damals für den Ankauf der im Lande zu verteilenden Pferde 109 135 Thaler, für Ochsen 311 650, für Schafe 230 367, für Brot, Getreide, Mehl und Seefrachten 240 898 Thaler. 22 000 erhielten die Domänenämter für Sommersaat, 5 000 der Magistrat von Kolberg für die Herstellung seiner Vorwerke. Zu dem Rest von 283 870 Thalern wurde für das nächste Rechnungsjahr die gesamte pommersche Einnahme mit 593 488 Thalern geschlagen. Nun ging es an den Ankauf von Rüben; mehr als 50 000 fehlten; wenigstens der sechste Teil sollte beschafft werden, 8766 Stück, die Rub zu 25 Thalern gerechnet, was 220 150 Thaler ergab. Nochmals wurden für Pferde 30 000, für Ochsen 50 000, für Brot- und Saatforn 40 000 Thaler angewiesen. Die Städte erhielten als Beihilfe 200 000 Thaler, die bedürftigsten bäuerlichen Wirte 48 065 Thaler; man rechnete 50 Thaler für den abgebrannten Hof, ausschließlich des freien Bauholzes. Zur

¹⁾ Vgl. Bb. I, 550.

Wiederaufführung der Gebäude auf den Aemtern wurden 134 000 Thaler ausgeworfen; die Domänenpächter berechneten ihren Kriegsschaden an verlorenem Vieh und Inventar und an „feindlichen Erpressungen“ auf 372 695 Thaler; um ihnen aufzuhelfen, wurden ihnen ihre Pachtstückstände erlassen und ihre Kontrakte verlängert. In den Dörfern der Provinz lagen 1286 Häuser, Scheunen und Ställe in Trümmern. Die bäuerliche Grundsteuer blieb einigen Kreisen bis zum 1. September 1763 erlassen, anderen auf ein oder zwei weitere Vierteljahre, den am härtesten heimgesuchten Gegenden, dem Fürstentum Rammin, den Kolberger Kapiteldörfern, der Starostei Draheim, bis zum 1. September 1764.

Auch auf die Neumark erstreckten sich Brendenhoffs Vollmachten. Hier waren allein auf dem platten Lande 1974 Häuser eingeweiht; die Hauptstadt Küstrin war durch die Beschießung von 1758 völlig zerstört. Für den Wiederaufbau dieses Platzes hatte der König gleich damals 200 000 Thaler angewiesen, im ganzen wurden für solchen Zweck 683 000 ausgegeben. Frankfurt, Rottbus, Krossen hatten während des Krieges zusammen 144 000 Thaler an Unterstützung erhalten. Auf das Retablissement des platten Landes wurden jetzt 768 149 Thaler verwendet, und neben 6342 Zugpferden kamen hier, wo ein großer Teil der Einwohnerschaft von der Wollspinnerei und Tucherei lebte, 68 866 Schafe zur Verteilung.

Die Kurmark hatte 1760 nach dem Einfall der Russen und Oesterreicher eine Unterstützung von 400 000 Thalern erhalten und außerdem hatte der König der Stadt Berlin ihre Kriegskontribution von 2 Millionen gedeckt und 12 000 Thaler an die Armen von Berlin, Potsdam und Charlottenburg verteilen lassen. Freilich berechnete damals die Provinz ihren Schaden auf 6 218 896 Thaler, einschließlich des Wertes der verlorenen Tiere: fast 25 000 Pferde, 17 000 Ochsen, 20 900 Kühe, 121 000 Schafe, an 35 000 Schweine. Was jetzt noch an Gnadengaben angewiesen wurde, kam wieder nur den Bedürftigsten zu gute. Die abgebrannten Bauern, Rossäten und Spinner im Kreise Lebus erhielten 22 000, ein Duzend besonders hart betroffener Edelleute insgesamt 39 000 Thaler. Zum Ankauf von 4000 Pferden, 3053 Ochsen, 3373 Kühen wurden 379 050 Thaler bestimmt, von den Magazinspenden entfielen auf diese Provinz 1777 Wispel Roggen, 1587 Wispel Hafer, 1289 Wispel Gerste. 100 000 Thaler wurden an die Kreise Ober- und Niederbarnim, Teltow, Zauche, Beeskow-Storkow, Lebus verteilt, zu Gunsten der am ärgsten geschädigten Bauern. Doch haben die niederbarnimischen Kreisstände nur die Hälfte der Summe zur Verteilung gebracht, mit der anderen Hälfte die Ausfälle der Kreisasse gedeckt, und überall war der Anteil des Einzelnen nur gering: so erhielten im Kreise Beeskow-Storkow die Bauern, deren Bedürftigkeit überhaupt anerkannt wurde, Spenden von 3—24 Thalern.

Die Provinz Preußen war von den Russen weit glimpflicher behandelt worden als Pommern, die Marken und Schlesien. Betrachteten sie doch dieses Land bereits als ihr eigenes, und so benutzte man hier klug die Gelegenheit, der harten Behandlung Sachsens durch die Preußen ein leuchtendes Beispiel entgegenzustellen. Der Landesherr wies für die vom Feinde geräumte Provinz aus der Einnahme des Rechnungsjahres 1762/63 700 000 Thaler zu Ent-

schädigungen an. Dieser Betrag wurde indes zu anderen Zwecken, vor allem für Naturallieferungen an das Feldheer und zur Bezahlung der nach Pommern bestimmten Getreidevorräte, sowie der den Russen abzukaufenden Magazine verwendet. So mußten die Retablissementsgelder aus anderen Fonds flüssig gemacht werden, und die Abwicklung des Entschädigungsgeschäftes zog sich hier jahrelang hin.

In Schlesien waren auf dem platten Lande 3323 Häuser, 2225 Scheunen, 3495 Ställe abgebrannt oder sonst in Verfall geraten, in den Städten 2917 Häuser, 399 Scheunen, 1380 Ställe. Bereits im September 1764 waren 4371 Häuser neu errichtet, 1325 im Bau begriffen; im Laufe des Jahres 1766 wurden auf den Dörfern die Ersatzbauten zu Ende geführt; in den Städten waren Ende August 1766, nachdem inzwischen 519 weitere Häuser durch große Feuersbrünste zerstört worden waren, noch 644 Häuser, 95 Scheunen, 829 Ställe zu bauen. An Pferden sollen in dieser Provinz 17000 Stück verteilt worden sein. Als der Minister Schlabrendorff im Mai 1764 Oberschlesien bereifte, fand er den ganzen Landstrich von Neiße über Neustadt, Leobschütz, Ratibor, Odersberg bis nach Pleß „in recht guten, kultivierten Umständen“: „Die Leute haben einen so guten Pferde- und Viehstand wie vor dem Krieg und haben ihre Wirtschaft recht gut eingerichtet, daß man ihrem Fleiß das billige Lob nicht versagen kann.“

Ein schlesischer Schriftsteller, der Pfälzer Klöver, schrieb 14 Jahre nach dem Kriege, daß Schlesien unter österreichischer Herrschaft die Spuren des Dreißigjährigen Krieges noch 100 Jahre lang getragen, von den Nachwehen des Siebenjährigen Krieges überraschend schnell sich erholt habe. Und der König selbst hat nach seinen Reisen wiederholt seine Befriedigung über die guten Fortschritte der Heilung ausgesprochen. „Ich bin hier in einer Provinz,“ schreibt er am 1. September 1766 aus Breslau an Voltaire, „wo man die Physik der Metaphysik vorzieht. Man bestellt die Felder, man hat 8000 Häuser wieder aufgebaut und man zeugt alljährlich Tausende von Kindern, um die zu ersetzen, welche die Raserei der Politik und des Krieges dahingerafft hat.“ „Wenn Sie nach der Gesamtzahl der Verwüstungen wißbegierig sind,“ fügt er im nächsten Briefe hinzu, „so vernehmen Sie, daß ich im ganzen in Schlesien 8000 Häuser wiederaufgebaut habe, in Pommern und in der Neumark 6500, macht nach Newton und d'Alembert 14500.“ Doch klagt er noch nach Jahren, daß die Wunden noch immer bluten, daß viel Werk gethan ist, aber noch sehr viel zu thun übrig bleibt.

Großes Aufsehen erregte allerorten der kostspielige Bau des „zweiten Sanssouci“, des sogenannten Neuen Palais, der nach dem schon im Frühjahr 1756 festgestellten Entwürfe unmittelbar nach dem Kriege, im Mai 1763, begonnen wurde. Der Prinz von Preußen sagte zu dem österreichischen Gesandten, das neue Schloß werde größer als das Berliner, und dieser berichtete seinem Hofe, des Königs vorherrschende Leidenschaft sei ohne Widerrede der Ruhm; nicht zufrieden mit dem im Kriege durch sein Talent und sein Glück erworbenen, wolle er jetzt Ludwig XIV. und Versailles nachahmen. Die Zeitgenossen fabelten, daß der Bau 11 Millionen gekostet habe und die innere Einrichtung ebensoviel. Die

Annahme griff vielleicht um das Zehnfache zu hoch; beträchtlich aber blieben im Gegensatz zu der sonstigen Sparsamkeit der Hofhaltung die Aufwendungen unter allen Umständen; nachweislich sind in den beiden Jahren der stärksten Bau-thätigkeit je 200 000 Thaler für den Bau selbst und je 100 000 Thaler für Möbel ausgegeben worden. Friedrich hat nachmals gesagt, dieser Bau unmittelbar nach dem Kriege sei eine „Fasaronnade“ gewesen. Aber er hat auch einmal seinem Minister von der Horst erklärt, das Bauen sei ein vortreffliches Ding, selbst wenn die Bauten unnütz scheinen möchten; denn jeder Künstler und jeder Tagelöhner finde dabei Arbeit, sobald er sie verlange. Uebersehen wir vor allem nicht, daß die gewinnbringenden Aufträge für die prunkvolle Ausstattung der Gemächer den einheimischen Fabriken zu gute kamen und daß ohne diese Bestellungen die Berliner und Potsdamer Luxusindustrien, zumal die junge Seidenmanufaktur, in schweren Jahren eines geschäftlichen Stillstandes und Rückganges, der sich nicht auf Preußen beschränkte, sich kaum würde aufrecht gehalten haben.

Die wirtschaftliche Krisis, die seit dem Hochsommer von 1763 auf einen Teil von Europa drückte, begann mit dem Bankbruch eines der größten Häuser von Amsterdam, der Brüder de Neufville. Der Amsterdamer und der Hamburger Geldmarkt hatten mit den peinlichsten Schwierigkeiten zu kämpfen; in der Hansestadt stellten 95 Firmen ihre Zahlungen ein. „Woher kommen alle diese Bankerotte?“ fragte der König von Preußen erstaunt seinen Hamburger Residenten; „seit ich auf der Welt bin, habe ich nichts dergleichen gehört.“ Er glaubte zunächst, eine Kabale bestimmter kaufmännischer Kreise annehmen zu sollen. Nur zu bald kamen auch Berlin, Magdeburg und andere preussische Städte an die Reihe; als der erste in der Hauptstadt Soklowsky. Von dem Könige wegen seiner Erfahrung und Findigkeit in Handelsangelegenheiten geschätzt und seit lange vielfach verwendet, hatte dieser unternehmende Mann während des Krieges durch umfangreiche Lieferungen und weitausgreifende Wechselgeschäfte große Summen verdient, zugleich aber allzuviel gewagt und gewettet, als daß er jetzt in dem großen Zusammenbruch hätte bestehen können. Der König mußte sich bald überzeugen, daß das Verhängnis nicht zu wenden war; er versuchte dann, dem Bankerotten wieder aufzuhelfen; aber nach 3 Jahren war Soklowsky abermals zahlungsunfähig.

Die allgemeine Erschütterung der Kreditverhältnisse, im Verein mit anderen Kalamitäten, Viehsterben und mehreren Missernten, lähmte also das Geschäft auf Jahre hinaus; viele Berliner Kaufleute glaubten, ihre Kapitalien im Auslande unterbringen zu müssen. Abhülfe versprach sich der König von der Gründung einer Bank.

Projekte dazu waren schon dem ersten preussischen Könige von unternehmungslustigen Fremdlingen vorgelegt worden. Dann hatte der Münzdirektor Graumann 1752 die Gründung unter dem Gesichtspunkt empfohlen, das preussische Kommerzium von der Willkür und Bedrückung der Hamburger Börse unabhängig zu machen. König Friedrich hatte damals den Vorschlag als eine der „allerinteressantesten“ Angelegenheiten und die Gründung bereits als „beschlossene Sache“ bezeichnet. Aber von anderen Projektenmachern und der Berliner Kaufmannschaft gleichmäßig bekämpft, war Graumanns Plan nicht zur

Ausführung gelangt. Auch jetzt ergaben sich Schwierigkeiten ohne Ende. Berater des Königs war diesmal ein dunkler Ehrenmann aus der klassischen Heimat des Wechselgeschäfts und der Finanzkünstler, Calzabigi aus Livorno. Den Deutschen fehlte es für das Bankwesen noch allzusehr an Erfahrung und an Verständnis. Die staatswissenschaftliche Litteratur in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts predigte nach den blenden Erfolgen der 1694 begründeten Londenbank die Nachfolge als sicherstes Mittel der Volksbeglückung, ohne das Problem wissenschaftlich zu prüfen und vom Wesen und den Voraussetzungen des Bankverkehrs eine klare Vorstellung herauszuarbeiten. Die Praktiker, die Kaufleute, die Bankiers verhielten sich fast durchweg ablehnend, in einem Grade, daß ein preussischer Beamter endlich ungeduldig meinte, man dürfe nicht in dem Wahn begriffen bleiben, „daß alle neuen Sachen nichts taugen“. Doch teilte im allgemeinen das Beamtentum, bei voller Unkenntnis der Aufgabe, Unlust und Mißtrauen der Kaufmannschaft. Der vom König zur Leitung der Bank zunächst in Aussicht genommene Justizminister Graf Neufß äußerte entsagungsvoll, er gelange zur Direktion, wie der Unschuldige zur Ohrfeige. Wiesen die Enthusiasten auf London, so beriefen sich die Gegner des Neuen auf das abschreckende Beispiel des Law'schen Bankenschwindels in Frankreich, auf die Mißerfolge der Banken von Kopenhagen und Stockholm. Das von vornherein reichlich vorhandene Mißtrauen der gewerblichen und Handelskreise erhielt dadurch weitere Nahrung, daß nach Calzabigis Plan die Bank Handelsgeschäfte verschiedenster Art mit weitgehenden Vorrechten an sich nehmen sollte. Davon wurde nun bald abgesehen, gleichwohl aber blieben die Zeichnungen des Privatkapitals, auf die man für die Beschaffung des Stammvermögens gerechnet hatte, so gut wie ganz aus.

Es blieb nichts übrig, als die Bank auf Staatskosten mit Betriebsmitteln und Bürgschaftsstock auszustatten. Die Verordnung vom 17. Juni 1765 kündete unter Hinweis auf die noch nicht geheilten Wunden, die der Krieg dem Staat geschlagen habe, die Eröffnung einer Giro-, Diskonto- und Leihbank in Berlin zum kommenden 20. Juli an, zu dem Zwecke, „durch den mehreren Umlauf des Geldes in allen Wechsel- und Handelsgeschäften das Kommerzium blühend zu machen“. Alle Unkosten der Errichtung und Verwaltung übernahm der König, erklärte aber zugleich, daß die Bank von den Staatsbehörden völlig unabhängig sein solle, daß „lebendig und allein“ er persönlich sich vorbehalte, „von dem Zustand der Bank, nach Unserem hohen Gefallen und Belieben, Wissenschaft einzuziehen“. Als Grundkapital sollten der Bank 8 Millionen aus dem Staatsschatz dienen, doch wurden zunächst nur 400 000 Thaler eingeschossen, später weitere 900 000 niedergelegt.

Die Anfänge des Geschäfts ließen sich günstig an. Aber die tiefe Abneigung der am meisten beteiligten Kreise war um so weniger zu überwinden, als die ersten Leiter schwere Fehlgriffe, ja, wie es scheint, Untreue sich zu schulden kommen ließen. Die Geschäfte der Bank kamen somit nicht in Fluß, und nach einem Jahr erklärten dem Könige der Großkanzler der Justiz und das Generaldirektorium, der auswärtige Kredit sei infolge der Bankgründung noch mehr gesunken, indem fast jedermann fürchte, statt baren Geldes zuletzt Papier zu bekommen. Unstreitig sei, daß der früher in Berlin und Breslau betriebene

ausländische Wechselhandel sich nach Leipzig, Braunschweig, Frankfurt a. M., Prag gezogen habe. Ein neuer Entwurf des betriebfamen Calzabigi, der den Mißerfolg des ersten Versuches nicht leugnen konnte, wurde von den Ministern zum großen Verdruß des Monarchen einer Kritik unterzogen, die in den Worten gipfelte: „Wir sind vollkommen überzeugt, daß die Feinde von Ew. Königl. Majestät höchsten Person und Hause sich freuen würden, wenn dieser Plan publiziert und zur Exekution gebracht würde.“ Der König antwortete sehr ungnädig, aber Calzabigis Rezept, das die Bank zu einer Zwangsanstalt für jeglichen Geldumsatz in der Höhe von mehr als 150 Thalern machen wollte, wurde preisgegeben, und ebenso aus dem ersten Statut eine Anzahl als störend erkannter Vorschriften. Dagegen erhielt jetzt die Bank, gleichzeitig unter schärfere Aufsicht gestellt, das Recht zur Ausgabe von Noten; sie gewannen sich Vertrauen und wurden schon Anfang 1768 in Hamburg um ein Drittel Prozent teurer als gute Wechsel bezahlt. Von entscheidender Bedeutung wurde aber erst die Verfügung an die Gerichte vom 18. Juli 1768, alle Mündelgelder und sonstigen Deposita, soweit sie nicht gegen hypothekarische Sicherheit untergebracht werden könnten, zinsbar bei der Bank anzulegen. Nun flossen die Gelder ihr oft allzu reichlich zu, sie wurde lebensfähig und erfüllte vollauf ihren Zweck, durch Aufrechterhaltung des Wechselverkehrs den Handel zu stützen und zu beleben, bis sie gegen Ende des Jahrhunderts ihren Schwerpunkt in das Depositen- und Hypothekengeschäft verlegte. Der Umsatz steigerte sich von Jahr zu Jahr, der dem Staat zufallende Reingewinn wuchs von den 22 289 Thalern des Rechnungsjahres 1767/68 im nächsten Jahr auf 46 739 und bis 1785/86 auf 216 166. Der König war schon nach wenigen Jahren zufrieden, und voll Lobes für den Minister Hagen, der endlich der Bank auf den Weg geholfen habe.

Schwer lasteten auf den Städten die zur Bestreitung feindlicher Brandschätzung aufgenommenen Invasionsschulden. Der Regel nach blieb ihre Tilgung Sache der Gemeinde. So ordnete Schlabrendorff für Schlesien an, daß die Bürgerschaften die Schuld allmählig an diejenigen abzutragen hätten, „welche ihren Kredit zu solcher erprekten Kontribution employieret“. Nur in den dringendsten Fällen trat der Staat dazwischen: Landshut erhielt 200 000 Thaler, Striegau 40 000, Halle, das seinen Schaden auf 520 000 Thaler berechnete, 80 000, Kroffen und Neppen in der Neumark 24 000 und 6 000, Minden 20 000, Bielefeld 15 000. Die Stände von Halberstadt 40 000, die von Hohnstein 13 000. Aber auch sonst empfangen die Städte in zahlreichen Fällen außerordentliche Zuwendungen, zumal für Bauzwecke, so die schlesischen Städte 1774 eine Summe von 56 000 Thalern und 1777 eine Anweisung auf 288 000 Thaler.

Bielleicht noch schwerer als die Städte litt unter den Nachwehen des Krieges der adeliche Grundbesitz. Die Rittergüter waren tief verschuldet; die Moratorien, die den Besitzern von Gerichte wegen auf zwei Jahre gewährt wurden, hatten, wie Friedrich sagt, nur die Wirkung, den Kredit des „ersten und glänzendsten Standes“ vollends zu zerstören. Die Lage der Schuldner war um so schwieriger, als die Veräußerung von Rittergütern an Bürgerliche,¹⁾ während der Kriegs-

¹⁾ Vgl. Bd. I, 369.

läufte häufiger vorgenommen, nach dem Friedensschluß alsbald wieder auf das Neueste erschwert und schließlich ganz verboten wurde. Sollte ein allgemeiner Zusammenbruch abgewendet werden, so mußte der Staat eintreten.

Der König half auf zweierlei Weise, mit unmittelbaren Geldspenden und durch die Schöpfung landwirtschaftlicher Kreditverbände. Ein segensreiches Werk von unendlicher Tragweite wurde eingeleitet, als am 12. Januar 1767 der Großkanzler der Justiz den Auftrag erhielt, die Besitzverhältnisse des Adels in Pommern und der Neumark zu ermitteln: den Wert jedes Gutes, die Höhe seiner Schulden, den Ueberschuß der im Landbuche eingetragenen Hypotheken über die Hälfte des Wertes, eine Abschätzung der Kriegsschäden der einzelnen Güter. In einer besonderen Rubrik sollten die „ganz armen und durch den Krieg vorzüglich mitgenommenen Ebellente“ aufgeführt werden. Schon Friedrich Wilhelm I. hatte für Ostpreußen an die Gründung einer Landeskreditkasse zum Besten des verschuldeten ländlichen Grundbesitzes gedacht. Wie es scheint, folgte Friedrich II. jetzt einer Anregung des Berliner Kaufmanns Büding, dessen „Plan zu einer allgemeinen Leihbank auf liegende Gründe und Häuser“ darauf hinausging, daß jedes Rittergut abgeschätzt und zur Hälfte oder zu zwei Dritteln des Wertes Darlehen aus der landschaftlichen Kasse zur Befriedigung der Gläubiger erhalten sollte.

Das erste Ergebnis wurde in Schlesiern erzielt. Der Staat bezahlte hier von den Schulden des Adels 300 000 Thaler; der Gesamtbetrag der Schuld wurde auf 25 Millionen geschätzt, der Wert des adelichen Besitzes auf 60 Millionen. Der Freiherr von Carmer,¹⁾ soeben zum Chefpräsidenten sämtlicher schlesischer Oberamtsregierungen ernannt, wollte dem Notstand durch Begründung einer schlesischen „Gesellschaft zur Beförderung der Landesökonomie, des Handels und der Fabriken“ steuern, aber nach Rücksprache mit dem Könige wurde der Plan auf eine Organisation des Großgrundbesitzes eingeschränkt. Carmer hat erzählt, wie der König in einer ersten Audienz mit keinem Worte eine eigene Meinung ausgesprochen, ihn lediglich befragt habe: über Pfandrecht, Hypothekenswesen und verwandte Rechtsgegenstände. In der zweiten Audienz seien die Rollen gleichsam vertauscht gewesen, und der König habe mit voller Sachkunde und Bestimmtheit die Grundsätze der zu errichtenden Pfandbriefanstalt aufgestellt. Gerade den Schlesiern war eine derartige Einrichtung nicht neu; denn in den Fürstentümern Schweidnitz und Jauer hatte man ehemals die „ledernen Briefe“ gekannt, Pergamentverschiebungen, die, über den halben Kaufpreis eines Landgutes ausgestellt, im Handel mit Grund und Boden sich großer Beliebtheit erfreut hatten. Eine Flugsschrift „Gedanken eines Patrioten über den Entwurf zur Wiederherstellung des allgemeinen Kredits des schlesischen Adels“, die Arbeit des 23 jährigen Referendars Suarez, bekämpfte mit Geschick die Einwände „eigennütziger, unpatriotischer Bucherer und Mäcker“. Ein allgemeiner Landtag des schlesischen Adels im Sommer 1770 machte sich den Entwurf zu eigen: der Adel als Genossenschaft handelte die erforderlichen Gelder gegen Pfandbriefe auf seinen Kredit, setzte den Gläubigern sein gesamtes Vermögen zum Unterpfande und erhielt

¹⁾ Bb. I, 341.

feine Rückficherung durch die besondere Verpfändung derjenigen Güter, auf welche die Darlehen gesucht worden waren, nahm aber Hypotheken nur bis zum halben Tagwert des Gutes an. Die kleineren Pfandbriefe sollten jederzeit, die größeren auf halbjährige Kündigung einlösbar sein. Um die unausschiebbaren Zahlungen zu sichern, überwies der Staat der schlesischen Landschaft ein Kapital von 200 000 Thalern gegen zwei Prozent Zinsen. In Anlehnung an die neue Schöpfung nahm nun auch Carmers „Patriotische Gesellschaft“ Gestalt an.

Sechs Jahre nach der Begründung der schlesischen Landschaft empfing der König in Potsdam am 18. Januar 1776 vier Vertreter der kurmärkischen Stände. Er wies sie auf das Vorbild der Nachbarprovinz hin: „Das müssen Sie imitieren, es gehet exzellent.“ Er wollte den Einwand nicht gelten lassen, daß eine ganze Provinz ruiniert werden könne, etwa wie im Dreißigjährigen Kriege, und daß dann bei der solidarischen Haftpflicht der Landschaft jeder einzelne Besitzer dem Unglück mitverfallen sei: „Darauf müssen Sie gar nicht reflektieren, das ist nur lächerlich; denn wenn der Himmel einfällt, so sind alle Vögel gefangen, und wenn der jüngste Tag kommt, so machen wir alle Bankrott. Und wenn auch eine Provinz ruiniert würde, so muß alsdann der Herr zutreten, denn dieser und die Stände machen nur eins aus.“ Die „Kreditsozietät“ für die Kur- und Neumark ist dann im folgenden Jahre, vom Staate wieder mit einem Stammkapital von 200 000 Thalern ausgestattet, auf der Grundlage zu stande gekommen, daß hier nur die Besitzer der mit Pfandbriefen belasteten Güter als Teilnehmer beitraten und nach Ablösung der Briefe jederzeit auscheiden konnten, eine Abweichung von dem schlesischen Muster, die Carmer als „verunglückt“ betrachtete.

Inzwischen hatte in der Neumark und in Pommern die Ritterschaft sehr ansehnliche Unterstützungen vom Staate erhalten: die neumärkische zur Schulden-tilgung ein unverzinsliches Gnadengeschenk von 154 000 Thalern, und zu Meliorationszwecken weitere 100 000 Thaler, deren zweiprozentige Zinsen in der Höhe von 2000 Thalern zur Unterstützung armer adelicher Witwen dienen sollten; die pommerische zu denselben Zwecken 381 000 Thaler zinsfrei und über eine halbe Million gegen zwei Prozent Zinsen. Summen, die sich in den letzten Regierungsjahren noch um eine ganze Million für Pommern und fast eine halbe für die Neumark erhöhten. Als dann die Pommern aus eigenem Antrieb um eine Kreditanstalt baten, kam ihnen der König bereitwillig entgegen und erklärte ihren Vertrauensmännern mit warmen Worten: „Ich will Ihnen gerne helfen, denn ich liebe die Pommern wie meine Brüder, und man kann sie nicht mehr lieben, als ich sie liebe; denn sie sind brave Leute, die mir jederzeit in Verteidigung des Vaterlandes, sowohl im Felde als zu Hause, mit Gut und Blut, beigestanden haben, und ich müßte kein Mensch sein oder kein menschliches Herz haben, wenn ich Ihnen bei dieser Gelegenheit nicht meine Dankbarkeit bezeigen wollte.“ So erhielt auch Pommern 1780 sein Kreditwerk. Die anderen Provinzen folgten vorerst noch nicht, aber für den ganzen Staat wurde am 20. Dezember 1783 die allgemeine Hypothekenordnung erlassen, die in anderen deutschen Territorien lebhafteste Beachtung und vielfache Nachfolge fand.

Die beiden uns überlieferten Ansprachen an die märkischen und die pom-

merschen Abgeordneten kennzeichnen Friedrichs persönliches Verhältnis zu seinem Adel. Wir erinnern uns der Zeugnisse, die das politische Testament von 1752 den Edelleuten der einzelnen Provinzen ausgestellt hatte.¹⁾ Als Friedrich 1768 dieses Testament umarbeitete, hat er seine Urtheile hier und da etwas umgeprägt und die Charakteristik diesmal auch auf die breite Masse der Bevölkerung ausgedehnt. Nach wie vor erhalten die Bewohner und insonderheit die Edelleute des Herzogtums Kleve die schlechteste Note: es sind diejenigen Unterthanen, von denen man sich am wenigsten Vorteil versprechen kann. Auch die geringe Meinung des Königs von den Brandenburgern ist unverändert geblieben: der Adel gilt ihm als verschwenderisch und leichtsinnig, es gibt nur wenige, die man mit Erfolg gebrauchen kann; das Volk ist auf seine Meinung veressen, geschworener Feind alles Neuen, sie verabscheuen sogar die Fremden, sind aber nicht bössartig. Das günstige Urtheil über die pommerschen Edelleute erhält eine Einschränkung: sie würden nicht ohne Geist sein, wenn sie mehr Bildung hätten; der gemeine Mann ist argwöhnisch und eigensinnig, selbstsüchtig, aber nicht grausam oder blutdürstig, vielmehr gutmütig. Man bedarf also keiner Strenge, um sie zu regieren, sie geben gute Offiziere und vortreffliche Soldaten ab. Die Magdeburger und Halberstädter zeichnen sich gegen die benachbarten Märker durch feineren Schiffs aus; selbst der gemeine Mann zeigt Ehrgefühl; die edle Bereitwilligkeit wird gerühmt, mit der die Magdeburger während des Krieges den von den Russen ausgeplünderten Pommern 10 000 Thaler geschickt — ein Seitenstück zu der Opferfreudigkeit, mit der die Provinzen Magdeburg und Halberstadt auf die Anregung des Kammerpräsidenten Blumenthal dem König nach der Schlacht bei Kolin 4000 Pferde gestellt hatten, um den Reiterregimentern ihren Verlust zu ersetzen. Gleiches Lob wird der Gesinnung der Bewohner von Minden und Ravensberg gespendet: „Während des letzten Krieges haben sich die Bauern freiwillig gemeldet, um für das Vaterland zu kämpfen;“²⁾ was haben die alten Römer schöneres gethan?“ Hier ist „das beste Volk der Welt“, klug, arbeitsam, gewerbsthätig und treu. In Schlesien unterscheidet der König. Die Niederschlesier erhalten kein unvorteilhaftes Zeugnis: sie wissen sich zu benehmen, selbst der Bauer; der Adel besitzt Geist, und wenn man seine Oberflächlichkeit bekämpft, kann man in Heer und Verwaltung vortreffliche Dienste von ihm erwarten. Auf Oberschlesien aber ist wenig zu rechnen: die Grafen meist mit Oesterreichern verwandt, zum Theil in Mähren und Böhmen begütert; der gemeine Mann stöckkatholisch, schaudert vor dem Worte Ketzer und wird durch seine Priester und durch seine religiöse Voreingenommenheit an das Haus Oesterreich gefesselt — wie denn das gesamte „Mönchsgezücht“ und die Breslauer Domherren während des Krieges ihre wahre Gesinnung offenbart hätten.³⁾

Den Ostpreußen zürnte der König, seit er sie bei Borndorf hatte fliehen sehen. Er machte in dem Testament dem Adel den Vorwurf, daß er während der fünf Jahre der russischen Einlagerung mehr russisch als preussisch gesinnt

¹⁾ Bb. I, 368.

²⁾ Oben S. 286.

³⁾ Oben S. 160. 161. 286. Bb. I, 391. 407 ff. 413. 414.

gewesen sei, aber er erklärt zugleich, daß er alles vergessen habe, nachdem er sie ihr Unrecht und seine Unzufriedenheit habe fühlen lassen. Unverkennbar haben sich Spuren dieser Unzufriedenheit doch auch später gezeigt, und eine gewisse Abneigung der ostpreussischen Junker gegen den Offiziersdienst, auf die er mehrfach hieß, gab immer erneuten Anlaß zum Tadel. Noch 1781 erwiderte er auf eine Eingabe der Ritterschaft von Samland, Rautangen und Oberland: sie möchten sich „hüßlich daran zurückerinnern, wie sie sich im Kriege 1756 betragen haben“; sie hätten keine Liebe zum Vaterlande und könnten mithin nicht verlangen, daß der König Liebe für sie haben sollte. Indes war es kein leeres Wort, wenn er in seinen Denkwürdigkeiten schrieb, er habe nicht gewollt, daß diese Provinz den anderen nachstehen solle. Spenden aus dem Staatsfädel hat er mit freigebiger Hand auch ihr zufließen lassen.

Die Höhe der den einzelnen Provinzen zu teil gewordenen Beträge und ihre Gesamtziffer lassen sich rechnermäßig nicht mehr feststellen. Der König nennt zum Schluß seiner Geschichte des Siebenjährigen Krieges, die er Anfang März 1764 vollendete, die Summe von 6 Millionen Thalern bar, von denen drei auf Schlesien, 1 400 000 auf die Neumark und Pommern, 700 000 auf die Kurmark, 100 000 auf Kleve, 800 000 auf Preußen entfallen seien. Offenbar sind in diesen Posten einzelne Titel enthalten, die teils schon während des Krieges ausgezahlt, teils aber, wie die Gelder für Ostpreußen, vorerst nur angewiesen waren. Zehn Jahre später, in seinen Denkwürdigkeiten über die Periode nach dem Hubertusburger Frieden, beziffert der König den Gesamtbetrag der Spenden auf 20 389 000 Thaler, und diesmal sind darunter auch Ausgaben verstanden, die nicht für die Heilung der Kriegsschäden unmittelbar, sondern für das Retablissement im weiteren Sinne geleistet worden waren. Im Jahre 1768 berechnete er die Summe, die jährlich für „Meliorationen und Fortifikationen“ verfügbar bliebe, auf 1 400 000 Thaler, d. h. ungefähr den zehnten Teil der damaligen Staatseinnahme; im Laufe des nächsten Jahrzehnts stieg der so verfügbare Betrag auf 3 700 000 Thaler; im Jahre 1774, aus dem ein eigenhändiger Voranschlag des Königs vorliegt, sind für Kulturzwecke aus diesem Dispositionsfonds 1 976 000 Thaler angewiesen worden, für militärische Ausgaben 1 040 000, für die Subsidienzahlung an Rußland¹⁾ 480 000. Nach den Berechnungen, die der Minister Herzberg für Friedrichs letzte Regierungsjahre auf Grund eines heute nicht mehr erhaltenen Materials angestellt hat, betrug die Ausgabe des Dispositionsfonds zur Förderung der Landeswohlfaht 1782/83 2 118 000 Thaler, im folgenden Jahre 2 070 000, in den beiden letzten 2 236 156 und 2 900 000; wie denn Herzberg in seiner Festrede vor der Akademie der Wissenschaften am 25. Januar 1785 die Gesamtsumme der seit 1763 gewährten außerordentlichen Unterstützungen auf mehr als 40 Millionen annahm.

Der König konnte freigebiger spenden in dem Maße, als die allgemeine Finanzlage des Staates, wie wir es noch verfolgen werden, sich günstiger gestaltete. „Ich lasse eine oder anderthalb Millionen mehr im Tresor oder nicht, das ist gleichviel, und besser, wenn ich noch bei meinem Leben Gutes damit

1) Oben S. 340.

liste“ — so erklärte er jener Abordnung der pommerischen Ritterschaft. Jeder Provinz maß er alljährlich den Betrag zu, den sie im Extraordinarium erhalten sollte; dem war dann der Umfang der auszuführenden Arbeiten anzupassen. Erst seit dem Anfang der achtziger Jahre wurden solche Meliorationspläne, Jahresvoranschläge auch für das Fabrikwesen ausgearbeitet, dessen Förderung im übrigen als eine Aufgabe für sich, außerhalb des Reetablissemments, betrachtet wurde.

Ein allgemeiner Grundsatz war, die voraussichtlich einträglichsten Meliorationen zuerst vorzunehmen: „wo aber der wenigste Vorteil dabei herauskommt, das lassen wir alles bis zuletzt“. Deshalb wurde in allen Provinzen mit der ein schnelles Ergebnis versprechenden Verbesserung der Wiesenwirtschaft der Anfang gemacht. Ein anderer Grundsatz: die verfügbaren Mittel sollten nicht in zu kleine Beträge zersplittet werden: „Wir müssen uns in acht nehmen, da wir vielen Menschen helfen wollen, es nicht geschehe, daß wir keinen helfen.“

Wenn der König im Juni, zu Beginn des Statsjahres, seine höchsten Verwaltungsbeamten zur Beratung und Abrechnung, zur „Ministerrevue“, versammelte, so wurden regelmäßig auch die Reetablissemmentsfragen erörtert, alte Wünsche in Erinnerung gebracht, neue Aufgaben bezeichnet. Dann pfliegten zur Weihnachtszeit die inzwischen ausgearbeiteten Pläne vorgelegt und geprüft zu werden, mündlich mußten die einzelnen Minister des Generaldirektoriums, bisweilen auch der aus Breslau herbeigerufene schlesische Provinzialminister, ihre Anschläge erläutern, und um die Entwürfe desto eingehender mit ihnen besprechen zu können, eröffnete ihnen der König Ende 1775, daß er sie künftig nicht alle auf einmal, sondern je zwei und zwei empfangen werde. Oder er lud sich die Minister zur Tafel und unterhielt sie während und nach der Mahlzeit über wirtschaftliche Gegenstände und Aufgaben aller Art, so daß sie wohl das Merkwürdigste von diesen Tischgesprächen nachher eilig zu Protokoll nahmen, „um die königlichen Absichten nicht zu verfehlen, vielmehr darnach ein und anderes Notwendiges allenfalls zu versügen“.

In dem damaligen Regierungssystem lag es, daß von dem großen Werk des Auf- und Ausbaues erhebliche Teile nicht der obersten Verwaltungsbehörde zugewiesen, sondern durch besondere Aufträge an Vertrauenspersonen erledigt wurden. Der unermüdlche Wohlthäter Pommerns und der Neumark, Brendenhoff, war weder Minister noch Kammerpräsident; als Geheimer Finanzrat und vortragender Rat im Generaldirektorium, ging er mit außerordentlichen Vollmachten in die seiner Fürsorge und Thatkraft anvertrauten Provinzen und bildete dort eine Macht für sich, in den wichtigsten Dingen nur dem Könige zur Rechenschaft verpflichtet, nur an des Königs Befehle gebunden. Nach Brendenhoffs Tode setzte ein Geheimer Finanzrat Schütz in ähnlicher Ausnahmestellung das Werk fort. Auch die Kammerpräsidenten unterwies der König in Meliorationsangelegenheiten mit Vorliebe unmittelbar aus dem Kabinett. Und fuhr er durch die Lande, so war es ihm gerade recht, wenn er, unerwartet eingetroffen, bei den neuen Anlagen gelegentlich nicht die Spitzen der Behörden antraf, sondern etwa, wie am 13. Juli 1775 im Holmer Bruch, nur einen biederen Grabenwärter, aus dem sich allerlei Lehrreiches herausfragen ließ und der sich

dann für seine Wissenschaft und Aukunft durch ein Geschenk von 7 Thalern zu neuen Wasserstiefeln belohnt sah.

Benigstens ein Paar von den eigenhändigen französischen Notizblättern haben sich erhalten, auf denen Friedrich während oder nach der Reise zu vermerken pflegte, was es zu verbessern oder neu zu schaffen gab. Anlässlich seines Besuches in Schlesien im Herbst 1780 zeichnet er 14 Punkte auf, sorgsam mit fortlaufender Zählung versehen: „Auf den Gütern des Grafen Wallis verkaufen sie ihren Flach nach Böhmen; warum spinnt und verarbeitet man ihn nicht in der Grafschaft Glas? — Die Stadt Striegau beklagt sich, daß sie keine Manufakturen und nichts, was sie bereichert, hat; ich sehe nicht, wie ihr zu helfen ist, wosern man nicht irgend eine neue Manufaktur dort ansetzen kann, irgend eine Zubereitung von Vitriol oder ähnliche Dinge. — Den Städten Schweidnitz und Keiße fehlt es noch vielfach an Ziegeldächern, Notabene, woran man zu denken haben wird. — Der Amtmann des Grafen Wallis hat mir gesagt, daß sie eine Kolonie von 30 Familien ansetzen können; prüfen, ob das geht, und wie es zu machen. — Notabene, für den Kataster von Glas muß man einen Unterschied machen zwischen den guten und ehrenwerten Edelleuten und den Fremden. — Wenn im Glasischen ein Bauer oder Bauernsohn auswandert, werde sein Gut sequestriert. — Klagen der Schmiedeberger, die behaupten, daß die Kaufleute sie erdrücken; die Sache prüfen und mir einen Bericht erstatten. — Von einigen Edelleuten, die noch Kolonisten im Gebirge ansetzen wollen. — Man könnte mehr Schafe im Glasischen halten, wenn man sie in den Wäldern, die auf den Bergen sind, weiden ließe; aber die Frage, ob ihre Wolle gut ist oder nicht; mindestens wäre das eine Hülfe für den armen Landmann, der von der Schafmilch sich nähren könnte. — Ich gebe 1000 Thaler für jeden der beiden Edelleute, Arnold und den anderen, dessen Namen ich vergessen habe, die zwischen Kroffen und Glogau durch die Ueberschwemmung der Oder gelitten haben. — Noch etwas Geld für Neustädte, für die Vorstädte. — Dienstreglement für Oberschlesien jenseits der Oder. — Ob man mehr kleines Geld nach Polen einführen könnte oder nicht. — Der neue Weg für die Porzellanerde, Pjau — ein Ingenieuroffizier — hat die Zeichnung.“ Zum Schluß folgen einige Vermerke über anzuzweisende Gelder.

Wenn so der Aufmerksamkeit des Gebieters nichts zu gering erschien, so hatte der schlesische Provinzialminister vollen Anlaß, seine Veranstaltungen zu treffen, daß alles und jedes, was der König bei einer Fahrt durch Schlesien geäußert hatte, ihm sofort getreulich berichtet wurde.

Am dringendsten nötigten verheerende Naturereignisse, Feuerbrünste und Ueberschwemmungen, immer von neuem den Staat zu außerordentlicher Hülfsleistung. „Es schien“, schreibt Friedrich im Jahre 1773 in seinen Memoiren, „als ob das Unglück, das die Preußen verfolgte, sich noch nicht erschöpft hatte“; er zählt die Städte auf, die bald nach dem Kriege, Königsberg sogar zweimal, durch schweren Brandschaden heimgesucht wurden. Von den 130 Städten und Marktflecken Schlesiens pflegten durchschnittlich in jedem Jahre zwei ganz oder teilweise abzubrennen. Die größte Hochwassernot brachte das Frühjahr 1785 im Flußgebiet der Oder, Spree und Elbe; der König gab damals für die

Marken und das Herzogtum Magdeburg 655 000 Thaler, für Schlesien 100 000, also dreiviertel Millionen, etwa den dreißigsten Teil der Jahreseinnahme des Staates. Der Schaden der Schlesier war auf 150 000 Thaler abgeschätzt worden; wenn ihn nun der König zu zwei Dritteln gedeckt hatte und gleichwohl noch Klagen aus dieser Provinz an ihn kamen, so durfte er mit Recht die Frage aufwerfen: „Welcher Landesherr in der Welt wird das thun? Damit sollten sie also doch wohl zufrieden sein.“

In Zeiten des Mißwachses wurde, wie es gleich nach dem Friedensschlusse geschehen war, Saat und Brotkorn unentgeltlich an Hülfbedürftige überwiesen, und der König war sehr entrüstet, als die Kurmärkische Kammer einige Jahre nach der Teuerung von 1772 die Bauern zur Erstattung des Geldbetrages veranlassen wollte: „Wie könnt Ihr der Kammer das zugeben?“ fragte er den vorgesezten Minister, „und wie kann diese sich unterstehen, wenn ich den armen Unterthanen einmal was geschenkt habe, ihnen nachher solches wieder abzunehmen? Das ist ganz unverantwortlich und ganz und gar gegen meine landesväterliche Gesinnung.“

Für die fortdauernden Arbeiten wurde am 21. Oktober 1774, zunächst für die Kurmark, ein zusammenfassender Plan aufgestellt. Die Vorschrift lautete: die kleineren Flüsse, zu besserer Kultur der anliegenden Wiesen und Acker, in Kanäle zerlegen und zum Teil schiffbar machen, die größeren mit Bewallungen einfassen; die noch vorhandenen Brüche und der Ueberschwemmung ausgesetzten Niederungen durch Gräben urbar oder nutzbarer machen; auf das so gewonnene Land Büdner ansetzen, zur Vermehrung der Zahl der Tagelöhner und Handarbeiter.

Auf den Rittergütern wurden die Meliorationen, die der Staat veranlaßte und mit seinen Geldvorschüssen bestritt, auch unter der Aufsicht von Staatsbeamten ausgeführt. Wer als sicher galt, erhielt beim Beginn der Arbeiten einen Teil der ausgesetzten Gelder, den Rest beim Abschluß; anderenfalls erfolgten alle Zahlungen nicht durch den Gutsbesitzer, sondern durch die Kammer.

Für das Retablissement der kurmärkischen Städte wurde in einem Entwurf vom 29. Januar 1770 die Wiederbebauung der „wüsten Stellen“ in Aussicht genommen. Solcher Baustellen wurden in der Kurmark nach einer Tabelle vom 18. Oktober 1770 nicht weniger als 447 ermittelt, die zum Teil noch seit dem Dreißigjährigen Kriege ungenutzt dalagen, die meisten, 200 an der Zahl, in Stendal, wo damals ganz neue Straßen entstanden. Wohl ergab sich, daß über 100 von diesen 447 Stellen zur Bebauung sich nicht eigneten; immerhin waren bis Ende 1775 in Ausführung des Planes 276 Häuser errichtet und mit 487 Familien besetzt, darunter 40 Häuser für die sogenannten Kreisgärtner, die, zumeist aus Süddeutschland berufen, in den einzelnen Kreisen der Kurmark die Lehrmeister der Gartenkunst werden sollten. Zur Hebung des städtischen Ackerbaues verfügte der König, daß in sämtlichen Ackerstädten bei der Wahl des Magistrats darauf Bedacht zu nehmen sei, allzeit wenigstens einen „tüchtigen Oekonomieverständigen“ in der Stadtverwaltung zu haben. Gern hätte der König den städtischen Handwerkern die Landwirtschaft gänzlich unterfagt, da sie davon nichts verstünden und ihre Lehrlinge nicht auf dem Felde, sondern in der

Werkstatt zu beschäftigen hätten. Ein dahin zielendes Edikt vom 25. August 1763 wurde am 19. September 1765 durch den Befehl verschärft, daß die „Professionisten“ die in ihrem Besiß befindlichen Aecker verkaufen oder verpachten sollten. Nun aber erklärten in den kleineren Städten zahlreiche Handwerker, daß sie allein von ihrer Profession nicht leben könnten, und die Kammern sahen sich deshalb genöthigt, es mit der Ausführung des Edikts nicht allzu genau zu nehmen.

Zur Versicherung gegen die verheerenden Feuersbrünste wurden nach dem Vorgang des Feuersozietätsvereins für die schlesischen Städte von 1748 und der kurmärkischen Generallandfeuersozietät von 1765 überall Verbände auf Gegenseitigkeit gestiftet. Feuerlöschordnungen erhielten die einzelnen Städte nach dem Muster der Berliner. Wo Truppen in der Stadt lagen, hatte der Kommandeur die Leitung der Löschanstalten; für die schlesischen Städte ohne Garnison bestellte der König besondere Beamte, die im Range unmittelbar hinter dem Bürgermeister stehen, den vom Könige selber gewählten Titel Feuerbürgermeister führen und die Stadt „schlechterdings“ niemals verlassen sollten. Wo der König durch die Städte fährt, fällt sofort auf die haufälligen und feuergefährlichen Häuser. „Zu Reife“, schreibt er 1780 dem schlesischen Provinzialminister, „sind noch 14 Häuser, die sehr schlecht sind, dem General von Rothkirch habe ich sie gezeigt.“ Zu Landshut bemerkt er das Jahr darauf einige schlechte haufällige Häuser gleich am Thore, von lauter Holz: „wenn da mal Feuer auskommt, so ist kein Retten“.

Ihre glänzendsten Erfolge erzielte die Meliorationsarbeit des Staates im Kampfe mit Sumpf und Moor. Brendenhoffs Urbarmachung des neumärkischen Nege- und Warthebruches von Driesen und Friedeberg über Jantoch und Landsberg bis nach Sonnenburg, die Ausführung eines vorlängst von dem Könige geplanten Werkes,¹⁾ das glänzende Seitenstück zu der Trockenlegung der Oberbrüche, wurde das Vorbild für andere größere Unternehmungen dieser Art. Hierher reisten zu ihrer Belehrung die Beamten aus anderen Provinzen, wie der schlesische Provinzialminister, dem der König nach einem Besuche schrieb: „Ihr werdet daselbst sehr viele gute und nützliche Sachen gesehen haben“. Auf einem Gebiet von mehreren Quadratmeilen, wo bisher nur Raubzeug und Schlangenbrut gehaust und keine andere Nutzung stattgefunden hatte, als daß man bei strengem Frost das Gesträuch zur Feuerung abholzte, wurden Feldmarken ausgemessen, und Dorf reihte sich an Dorf. Ende 1775 war an der Nege, wie der König anerkannte, wenig mehr zu thun, und Brendenhoff erhielt den Befehl, nunmehr auch in Pommern „alles in guten Stand und Ordnung zu bringen“. Schon in den vorangegangenen Jahren waren hier am Madüsee, dem „pommerschen Meere“, über 14 000 Morgen dem Wasser abgewonnen und die Brüche auf der Insel Usedom trockengelegt worden. An der Plöne und der Jhna, am Lebäsee und bei Rammin wurden die Entwässerungsarbeiten fortgesetzt. Noch heute heißt dem Volke in Pommern ein Abzugsgraben mit Vorliebe Brendenhoffskanal.

¹⁾ Vgl. Bd. I, 376. 627.

So oft der König von Potsdam nach Berlin fuhr, verdroß ihn das jumpfige, mit Gebüsch bestandene Hopfenbruch, das sich zur Linken der Landstraße von Schöneberg und dem Botanischen Garten bis nach Charlottenburg erstreckte. Bei der „Ministerrevue“ von 1774 brachte er den vernachlässigten Zustand dieses Geländes zur Sprache: trocken gelegt, mit Gräben durchzogen, werde es den Eigentümern weit größeren Ertrag bieten, als jetzt durch Holznutzung und Viehweide. Nun aber kamen die Schöneberger Bauern mit gar kläglichen Vorstellungen, daß sie in ihrer Armseligkeit die Kosten der Urbarmachung nicht erschwingen könnten. Der König ließ deshalb die erforderlichen Arbeiten für 6088 Thaler und 4 Groschen von Staats wegen ausführen. Zwischen Mittenwalde und Saarmund an der Notte und Nuthe, an der Havel zwischen Werder und Brandenburg, am Rhyn und an der Dosse, auf der Wische bei Stenbal, an der Biese und Milbe in der Altmark, im Zienbruch bei Ziesar, überall wurden hier Wiesen und Weiden, dort Aecker und Ansiedelungen aus dem Sumpfe hervorgezaubert, wo bis dahin weder Mensch noch Vieh hatte den Fuß setzen können. Die unter den Augen der Königs entstandenen Anlagen in den Havelniederungen erwiesen sich in der Folge als solider, als die anfänglich so gepriesenen Brendenhoffschen Schöpfungen im Warthebruch. Seit 1776 war man in der Altmark mit der Austrocknung des Drömling beschäftigt, dieses 6 Meilen langen, 3 Meilen breiten toten Waldmoors. Gern hätte man die benachbarten Staaten, Braunschweig und Hannover, zur Beteiligung an dem großen Werke herangezogen; aber Friedrich überzeugte sich bald, daß daran „nicht zu denken“ sei. Preußen mußte allein vorgehen. Hier wurden binnen wenigen Jahren durch angestrengte Arbeit 90 000 Morgen für eine ergiebige Wiesen- und Waldwirtschaft und für neue Anwesen gewonnen, und im Jahrzehnt nach Friedrichs Tode hat sich dieses urbar gemachte Gebiet bis auf 176 000 Morgen vermehrt.

Für Ostfriesland wurde 1765 die Anlage von Moorcolonien gefordert, für das Herzogtum Kleve 1774 die Urbarmachung „der vielen noch vorhandenen wüsten und Haidengründe“ angeordnet. In den Grafschaften Tecklenburg und Lingen wurden die bis dahin unangebauten Grenzstriche mit Ansiedlern besetzt. Für Ostpreußen und Litauen wurden 1777 Erhebungen über die noch ungenützten Bruchländereien veranlaßt. Große Flächen an Umland und Urwald wurden hier der Kultur näher gerückt, als man von 1764—1766 zur Verbindung der masurenischen Seen mit dem Pregel die große Wasserstraße ausbaute, die von Johannisburg und dem Niedersee in einer langen Kette von Kanälen und Seen bis zur Angerap führte, zunächst für die Zwecke der Holzflößerei, weiter aber in der Absicht angelegt, den polnischen Handel auf diesem neuen Schiffahrtswege nach Königsberg zu ziehen und von der Weichsel abzulenken.

Zur Siedelung ohne vorangehende Urbarmachung hatte der Staat auf seinem reichen Domänenbesitz weiten Spielraum. Die meisten Aemter umfaßten neben dem Haupthofe mehrere Vorwerke. Man machte jetzt Ernst mit dem, was vor dem Kriege nur in vereinzelt Fällen geschehen war, indem man zahlreiche Vorwerke, vorzugsweise die kleineren und vom Haupthofe entlegenen, in

Bauerngüter zerschlug und in Erbpacht austhat und so aus dem Vorwerk ein Dorf schuf. Daß der finanzielle Ertrag dabei kleiner und weniger sicher wurde, beirrte den König nicht. Er rechnete, daß manches alte Vorwerk nicht mehr als sechs Leute beschäftigt habe — außer den zum Frondienst verpflichteten Bauern aus den anliegenden Ortschaften — daß die neue Ansiedelung dagegen mindestens 25—30 Einwohner vereinige. Er gibt an, daß bis 1779 mehr als 150 Vorwerke in Bauerndörfer verwandelt worden seien, und bis 1785 war die Zahl auf mehr als 300 gestiegen.

Hier auf den Vorwerken wurde nun auch das Beispiel gegeben für eine andere wirtschaftlich ungemein wichtige Neuerung: man begann hier mit den Gemeinheitsteilungen oder Separationen, d. h. mit einer neuen Aufteilung der bisher im Gemenge durcheinander geworfenen Wiesen und Ackerstücke, bei der jeder Besitzer seine Hüfen und Hütungen auf gesondertem Fleck, in geschlossenem Lese, angewiesen erhielt. Für die im Gemenge mit bäuerlichen Grundstücken liegenden Acker der pommerschen Domänen schon 1752 angeordnet, sollte diese Maßregel nach dem Kriege verallgemeinert werden — in der Ministerkonferenz vom 11. Juni 1765 erklärte der König seinen Entschluß dazu und erteilte zugleich eine Anzahl vorbereitender Weisungen. Eine spätere Verordnung scheidet die zu zerlegenden Gemeinheiten in zwei Klassen: „Die raunen Gemeinweiden, Heiden, großen Brücher und großen Anger“, und die in den Gemeinden unter sich, mit oder ohne Teilnahme der Herrschaften, auf den Feldmarken, der Brache, den Stoppeln und Wiesen eingeführten Hütungen. Teilungskommissionen wurden bestellt, Landmesser und Ingenieure sollten den Grund und Boden aufnehmen und die Güte der einzelnen Lagen feststellen, „ehrliebe und verständige Kameralisten und Dekonomen“ die neue Auslegung vornehmen, Vertreter der Landesjustizbehörden für gerechte Bemessung der neuen Anteile sorgen und jede Verdrückung und Uebervorteilung der geringen Leute verhindern; auch aus dem Bürger- und Bauernstande sollten Vertreter, „Dekonomekommissare“, herangezogen werden und in voller Freiheit ihre Meinung sagen dürfen, und wo sie etwa mit dem Ausdruck sich nicht zurechtfinden würden, sollte man ihnen darin zu Hilfe kommen.

Die wirtschaftlichen Vorteile lagen auf der Hand, und unermüdlieh wies der König die Anhänger des bestehenden Zustandes immer von neuem darauf hin. Die Gemengelage bebingte den Flurzwang, die Nötigung zu gleichzeitiger und gleichartiger Bestellung und Aberntung der Schläge; vor allem aber, und diese Seite betonte der König am stärksten, das häufig sehr ausgedehnte gemeinsame Weideland wurde in höchst unwirtschaftlicher, unverständiger Weise der intensiveren Ausnützung entzogen, auf die ein Einzelbesitzer durch das eigene Interesse sofort geführt werden mußte. Erweiterung des Ackerbaues und Vermehrung der Viehzucht, das war der doppelte Vorteil, den der König sich und den Landwirten von der geplanten Reform versprach. Die Kammerpräsidenten erhielten den Befehl, „durch gültliche und gründliche Vorstellungen“ alle Beteiligten, vorab die Departements-, Land- und Steuerräte und die Magistrate, über diese seine Ziele und Gesichtspunkte aufzuklären. Um noch unmittelbarer nachzuhelfen, verfügte er nach einigen Jahren, daß ein „ganz platt Büchelgen“, das die Bauern

wie den Kalender für wenige Pfennige kaufen könnten, gedruckt und in jedem Dorfe und jeder Stadt verbreitet werden sollte. Aber nicht bloß der Bauersmann konnte sich mit der Neuerung nicht befreunden, auch die Behörden, die Vertrauensmänner der Ritterschaften, schließlich selbst die Minister kamen mit Bedenken und Einreden. Der König wurde ungeduldig, ungnädig. Die hinterpommerschen Landstände bedeutete er auf ihr Widerstreben, sie sähen seine landesväterliche Fürsorge nicht ein und ließen sich durch Eigensinn, Neid und Mißgunst hinreißen. Und den Ministern vom Generaldirektorium gab er in einer Rücksprache am Weihnachtsheiligabend 1769 seine Unzufriedenheit über die Vernachlässigung einer ihm so wichtigen Sache in recht empfindlicher Weise zu erkennen: er berief sich auf das Beispiel der Schweiz und zumal Englands; das sei ein freies Land, und doch sei die Sache dort durchgesetzt worden; nur hier zu Lande könne er es nicht dahin bringen, weil die Leute so dumm wären, daß sie ihren eigenen Vorteil nicht verstehen wollten. Aber er werde die Sache gewiß nicht fallen lassen, es könne geschehen und müsse geschehen, und möchten die Leute bis zum jüngsten Tage schreien — Gewalt und Unrecht dürfe ihnen nicht angethan werden. Von nun an mußten die Minister regelmäßig alle drei Monate ein Verzeichnis über den Fortgang der Auseinandersetzungen vorlegen.

Soviel ist dank der Entschiedenheit und Beharrlichkeit des Königs noch bei seinen Lebzeiten erreicht worden, daß ein sehr beträchtlicher Teil des ritterschaftlichen Besitzes aus der Vermengung mit Bauerngrundstücken gelöst wurde, während die Bauern unter sich vorwiegend noch an der alten Flurordnung festhielten. Vollständig ist die Ausführung des Scheidungsverfahrens erst um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts erzielt worden, und zwar ist die Auseinandersetzung bis zuletzt nicht bloß den von Friedrich aufgestellten Leitfäden, sondern auch den Einzelbestimmungen seiner anfänglich mit so lebhaften Mißtrauen bekämpften Erlasse gefolgt.

Zähester Gegner der auf die Hebung der Bodenkultur gerichteten Bestrebungen war der märkische Sand. Ihn zu bekämpfen, entlich sich Friedrich Waffens aus England. Er versuchte es in ausgedehntem Maße und beharrlich mit der Anlegung künstlicher Wiesen, dem Anbau der von den englischen Landwirten erprobten Futterpflanzen, Luzerne, Esparsette, Klee, Turnips, zu denen er später noch die aus Italien verschriebene Lupine treten ließ. Gleich nach dem Krieg hatte er mehrere junge Leute, die Söhne märkischer Domänenpächter, die englische Landwirtschaft an Ort und Stelle studieren lassen; er ging ihre tagebuchartigen Berichte auf das Genaueste durch und begann dann mit Hilfe eines sachkundigen Engländers auf den Domänen in der Mark, später auch in anderen Provinzen, diese Erfahrungen nutzbar zu machen, ganz ohne Erfolg wohl nur in der Niedergrafschaft Rügen. Rittergutsbesitzer, die dem Beispiel mit eigenen Anlagen nachfolgten, erhielten Staatsunterstützungen. Neben der Verbesserung des Sandbodens galt es der allgemeineren Einführung der Stallfütterung mit ihrem doppelten Vorzug reicheren Milchertrages und sparsamer Auffammlung des Düngers. Der König nahm an diesen Dingen andauernd so lebhaften Anteil, daß sie ihm nicht zu gering schienen, Voltaire einen Bericht darüber zu erstatten: „Ich gestehe“, schreibt er am 10. Januar 1776, „daß,

Libyen ausgenommen, wenige Staaten sich rühmen können, im Punkte des Sandes uns gleichzukommen. Indes bauen wir dieses Jahr 76000 Morgen Wiesen an; diese Wiesen nähren 7000 Kühe, deren Mist wird unseren Sand düngen und verbessern, und die Ernten werden mehr wert sein. Ich weiß, daß es den Menschen nicht gegeben ist, die Natur der Dinge zu ändern, aber ich denke, daß man durch viel Fleiß und Arbeit dahin gelangt, unfruchtbares Land zu verbessern, und daß man es wenigstens in mittelmäßigen Boden verwandeln kann. Und damit dürfen wir uns begnügen“. Einem Versuchsfeld mit der Kultur der Futterrüben oder Turnips, das er in der Nähe von Sansjoui anlegen ließ, galt eine Zeit lang fast täglich sein Spaziergang.

Da, wo nicht allzutief unter der Sandoberfläche Lehm lagerte, ließ sich hoffen, durch Rajolen eine Umschüttung und Verbesserung des Erdbodens zu erzielen. Nach den ersten Versuchen in dieser Richtung verfügte der König im Herbst 1779 an die kurmärkische Kammer: „Nun sehen Se. Königl. Majestät da wohl, daß das keine Operation vor Edelleute ist, vor die ist das viel zu kostbar, die können da nichts prästieren; aber vor Se. Königl. Majestät ist das eher eine Sache“. Er beabsichtigte, in größerem Maßstabe diese Arbeiten dann ausführen zu lassen, wenn man mit der Austrocknung der Brüche fertig sein werde.

Wo aber der Sandboden allen Befehrungsversuchen unverbesserlich trogte, da sollte Kiefern Samen ausgefät werden; wenn dann auch nur elendes Krummholz anwuchs, so erhielt doch der Sand so viel Halt, daß er nicht mehr vom Winde auf fruchtbares Land verweht wurde, und als Brennholz war das Gestrüpp immerhin zu verwerten. Nach einer Uebersicht aus dem Jahre 1782 waren in den letzten sechs Jahren nicht weniger als 20000 Morgen loser Sandjollen mit Kiefern besät worden.

In welchem Maße die Forstwirtschaft während des großen Krieges in Verfall geraten war, hat Friedrich in seinen Memoiren mit lebhaften Farben geschildert. Ungetreue Beamte, die den Staat für rettungslos verloren und sich selbst späterer Verantwortung überhoben glaubten, hatten durch räuberische Abholzungen weite Waldreviere verwüstet; Pommern und die Marken, die vor dem Kriege der Generaldomänenkasse bisweilen eine Jahreseinnahme von mehr als 150000 Thalern aus ihren Wäldern zugeführt hatten, mußten jetzt peinlich geschont, gleichsam neu aufgeforschet werden. Auch die Forstwirtschaft der Rittergüter und der Stadtgemeinden wurde vom Staate unter genaue Aufsicht genommen. Kein Waldeigentümer, sagt ein Edikt vom 24. Mai 1764, soll vergeßen, was er sich, der Nachwelt und dem Staate schuldig sei; alle „unordentlichen und übermäßigen“ Holzfällungen sollen deshalb durch die königlichen Förster sofort der Kammer angezeigt und mit Bußen von 50 bis 1000 Thalern belegt werden. Wohl war es einigermaßen schwierig, bei dem Grundsatz äußerster Schonung des Baumbestandes den Ansprüchen an „Freiholz“ gerecht zu werden, die nach dem Friedensschluß die gesteigerte Bauhätigkeit stellte, wenn den Unterthanen ihre zerstörten Häuser wieder hergestellt und den zugewanderten Kolonisten neue erbaut werden sollten. Um so mehr drängte der König darauf, daß in den Forsten „kein Fleck unbesät, und kein Platz, wo ein Baum stehen

kann, unbepflanzt“ bleibe. Wenn er auf seinen Reisen gewahrt, „daß noch greuliche Distrikte öde sind“, die nach den Tabellen schon zehnjährige Stämme tragen müßten, so scheint ihm keine andere Erklärung möglich, als daß die von den Oberförstern vorgelegten Listen „nach Jägerart sehr lügenhaft und falsch verfaßt sind“. Er droht den „nachlässigen und incorrigiblen“ Förstern mit der Festung, den Oberforstmeistern, wenn sie nicht bessere Veranstaltungen treffen werden, mit Kassation; er greift endlich zu einem auch in anderen Bereichen der Zivilverwaltung gelegentlich angewandten Zwangsmittel, indem er die Forsten durch einen seiner Offiziere, den gefürchteten Generalmajor von Anhalt, bereisen läßt und dessen Vorschläge 1773 einer neuen Dienstanzweisung zu Grunde legt. Auch diese Waldverbesserung wurde durch Zuschüsse aus dem Reetablissemensfonds gefördert; noch kurz vor seinem Tode wies der König von neuem eine größere Summe, 150 000 Thaler, für Anpflanzungen an. Am wertvollsten waren die Forsten der Kurmark; sie trugen fast dreimal so viel ein wie die an zweiter Stelle stehenden pommerschen; dann folgten in Abstufung nach unten die Kammerbezirke Neumark, Magdeburg, Königsberg, Litauen, Kleve, Halberstadt; ganz unbedeutend waren die westfälischen und ostfriesischen Forsten.

Den sichersten Maßstab für die Fortschritte seines Reetablissemens wollte der König allemal in der Zunahme der Bevölkerung sehen. In jenen dem Friedensschluß folgenden Zeiten starker Bauhätigkeit hat er der mit ihren Gebäuelisten prunkenden pommerschen Kammer einmal erklärt, daß ihm mehr an Menschen, als an leeren Häusern gelegen sei. Im ganzen durfte er mit den Ergebnissen der Volkszählungen zufrieden sein. Die durch den Krieg um mehr als ein Viertel der Bevölkerung, von 213 467 Seelen auf 156 439 zurückgebrachte Neumark hatte von 1762 auf 1763 sofort um fast 30 000, bis Ende 1765 um weitere 25 000 Einwohner zugenommen und damit den Verlust bis auf 3449 ersetzt, und 1777 wurden hier 28 843 mehr gezählt als 1756. Nächst der Neumark hatte Pommern den stärksten Menschenverlust zu beklagen gehabt, mehr als 72 000 von fast 370 000 Einwohnern. Hier glich sich der Abgang nach anfänglicher schneller Zunahme (fast 17 000 von 1762 auf 1763) schwerer aus: er betrug 1764 noch 44 380 Seelen, 1765 noch 37 859. Aber 1774 war die Zahl von 1756 schon um 15 000 überschritten. Schlesien erreichte seinen Tiefstand erst im zweiten Friedensjahre, nachdem 1763 im fast umgekehrten Verhältnis zu dem statistischen Durchschnittsergebnis auf 47 259 Geburten 62 393 Todesfälle gekommen waren. So zählte die Provinz 1 111 961 Einwohner statt der 1 162 355 von 1756, und noch Ende 1765 betrug das Minus 37 300. Aber schon das folgende Jahr brachte gegen 1756 ein Mehr von 21 000, und die Einwohnerzahl ist dann bis 1785 auf 1 680 932 gestiegen. Am wenigsten von allen Provinzen durch die Kriegsdrangsale erreicht, wies das Herzogtum Magdeburg schon 1765 eine um 1468 Seelen stärkere Bevölkerung auf, als bei Beginn des Krieges. In Ostpreußen und Litauen ergab die während der russischen Zwischenregierung 1759 veranstaltete Zählung gegen die Ziffer 625 749 von 1754 eine Verminderung der Bevölkerung auf 521 223 Personen; 1775 wurden 775 329 gezählt. Für die Kurmark, wo die Zählungen starke Schwankungen aufwiesen, wurde das Generaldirektorium zweifelhaft, ob die Zahl von

1756 — 576000 Einwohner — eine zuverlässige Grundlage biete; wie es scheint, war doch auch hier der Kriegsverlust nach wenigen Jahren ersetzt.

Aus dem Jahre 1775 liegen zwei voneinander unabhängige Bevölkerungslisten vor, von denen die größere die ganze Militärgemeinde einschließt, während die kleinere nur die auf das platte Land entlassenen Urlauber samt ihrem Hausstand mitberücksichtigt. Die eine zählt für die schon 1756 unter preussischem Zepher vereinigten Provinzen 4308840 Seelen, die andere 4480171 — gegen das Jahr 1756 mit einer Gesamtziffer von etwa 4100000 Einwohnern, unter allen Umständen eine sehr erhebliche Zunahme. Weber die Nachbarländer Kurfachsen und Hannover, noch irgend einer von den größeren europäischen Staaten hat im achtzehnten Jahrhundert einen gleich starken Bevölkerungszuwachs aufzuweisen gehabt.

Der Ueberschuß der Geburten über die Todesfälle erreichte im Jahre 1784 mit der Zahl 59162 den Höhepunkt. Indes ist ein sehr starker Bruchteil des Bevölkerungszuwachses nicht auf Rechnung dieser natürlichen Vermehrung zu setzen, sondern auf die der Einwanderung. Für die Kurmark hat man berechnet, daß in den Jahren 1763—1786 der Zuwachs von 163614 Seelen sich auf 78656 Mehrgeburten und 84958 Einwanderer verteilt.

Die innere Kolonisation, deren kräftige Anfänge und deren Formen wir kennen gelernt haben,¹⁾ wurde alsbald nach dem Kriege mit Nachdruck wieder aufgenommen. Schauplatz der Dorfgründung im großen Stile wurden jetzt die Neumark und Schlessien. Dort bedeckten sich vor allem das trockengelegte Warthe- und Negebruch mit Kolonien. Eine Liste von 1779 weist ihrer 110 auf, dazu 19 durch den „Abbau“ von Borwerken²⁾ entstandene Niederlassungen, und Herzberg hat die Gesamtzahl der Ortsgründungen in der Neumark für die Regierungszeit Friedrichs II. auf 152 mit 3643 Familien angegeben. Für Schlessien wurde das große Werk durch das grundlegende Edikt vom 28. August 1773, bei einem Besuch des Königs in der Hauptstadt Breslau, angeordnet. Bis dahin waren in dieser Provinz seit 1743 72 Dörfer angelegt worden. Jetzt wurde die Gründung von nicht weniger als 200 vorgesehen, und zwar auf den adelichen Domänen; für jede Katasterstelle versprach der König dem Grundherrn eine Vergütung von 150 Thalern. Schon zu Anfang 1777 war die Aufgabe im wesentlichen erfüllt. Nur in Oberschlessien fehlten noch 26 Dörfer, schon errichtet waren 128 hier und 46 in Niederschlessien, mit einer Staatsunterstützung von 348702 Thalern, einer Summe, die sich in den nächsten Jahren durch weitere Aufwendungen auf eine halbe Million erhöhte. Nach einer neueren Berechnung müssen in Schlessien von 1742 bis 1786 mindestens 61000 Kolonisten angeführt worden sein, und zwar zu vier Fünfteln nach dem Siebenjährigen Kriege. Freilich fristeten viele der neuen Dörfer, zumal in den unwirtlichen Gegenden Oberschlessiens, ihr Dasein nur kümmerlich.

In Pommern und in der Kurmark wurden jetzt im Gegensatz zu den massenhaften Dorfgründungen der Zeit um 1750 neue Ortschaften, abgesehen

¹⁾ Bd. I, 374 ff.

²⁾ Oben S. 368.

von dem Abbau der Vorwerke, nur noch vereinzelt angelegt. Erst 1782 entschloß sich der König für die Kurmark zu einem neuen großen Anlauf. In einer Audienz, die er dem kurmärkischen Provinzialminister von Werder am 9. Oktober erteilte, entwickelte er ihm seinen Plan: „Mitten rum, wo die Dörfer weit auseinander liegen, geschieht die Anlage eines neuen Dorfes, zu dessen Besetzung dann aus jedem umherliegenden Dorfe ein oder zwei Bauernsöhne genommen werden. Ein jeder bekommt etwa drei Kühe und was sonst erforderlich ist, die ich dann auch das erste Jahr ernähren muß, weil sie noch nichts gewinnen können. Was dann die Anlegung eines solchen Dorfes in allem kostet, dazu gebe ich das Geld, und die Leute verbleiben unter eben der Herrschaft, wohin sie vorhin gehört. Ihr werdet sehen, wieviel ein dergleichen Dorf anzulegen kostet, und alsdann werde ich sehen, wieviel neue Dörfer ich ein Jahr nach dem anderen anlegen und erbauen lassen kann.“ Die Feldmark sollte auf Unland ausgelegt werden, soweit sich dies durch jene Kultur künstlicher Wiesen¹⁾ anbaufähig machen ließ. Nach drei Jahren der Vorbereitungen wurde im Oktober 1785 ein Entwurf festgestellt, wonach im ganzen 208 Dörfer, jedes für zwölf Familien, gegründet werden sollten. „Wenn ich mit der Zeit,“ schrieb der König am 30. Oktober 1785, „jährlich ein paarmal 100 000 Thaler dazu herbeige, so muß binnen zehn Jahren doch schon etwas dabei herauskommen.“ Die Gesamtkosten wurden auf 3 120 000 Thaler veranschlagt.

In den dichter bevölkerten Gebieten von Magdeburg und Halberstadt war immerhin noch Raum für eine in den Jahren 1772—77 als einheitliche Maßregel durchgeführte Ansetzung von 1200 Familien. Ostpreußen mit Litauen endlich soll nach Friedrichs eigener Angabe in der Zeit von 1740—1774 einen Zuwachs von 13 000 Familien erhalten haben; in den Akten sind Spuren einer so umfassenden Einwanderung bisher nicht festgestellt worden, mit Sicherheit lassen sich vielmehr nur etwa 15 000 Kolonisten für diese Provinz nachweisen.

Bleibt es unmöglich, genaue Zahlen für die einzelnen Provinzen festzustellen, so dürfen wir doch der Schätzung uns anschließen, nach der im ganzen während der 46 Jahre dieser Regierung 300 000 Einwanderer mit „Kolonistenbenefizien“ in Preußen, damals „dem einzigen europäischen Staate mit starker Einwanderung und staatlich gelenkter innerer Kolonisation“, angesetzt worden sind, so daß ein Sechstel oder gar ein Fünftel der im Jahr 1786 lebenden Einwohner des Staats Kolonisten und Abkömmlinge von Kolonisten gewesen sind. Andauernd waren die verschiedensten Stämme an dieser Masseneinwanderung beteiligt, Mecklenburger und Kurfachsen, Pfälzer, Schwaben und Besterreicher, Böhmen und Polen. In den Hungerjahren 1771 und 1772 sollen an 20 000 Böhmen und ebensoviel Sachsen ein Asyl in den preussischen Landen gesucht haben. Stoff und Art der Zuwanderer blieb sehr ungleich.²⁾ Die Beamten klagten über das nicht zu beschreibende unruhige Wesen dieser Leute; viele waren untauglich, träge, lieberlich, so daß nicht viel daran gelegen war, wenn sie fortliefen, oder, wie es mit militärischem Ausdruck hieß, desertierten.

¹⁾ Eben S. 370.

²⁾ Bgl. Bd. I, 378.

Viele aber zeigten ſich zuverlässig, geſcheit, gewandt, dem Durchſchnitt der Eingeborenen geiſtig und ſittlich überlegen. Ausdrücklich erklärte der König, in Oberſchleſien nur „vernünftige und geſittete“ Anſiedler aufnehmen zu wollen, die durch ihr Beiſpiel das Volk dort zu Land aus ſeiner „Dummheit und Blindheit“ reißen könnten. Im ganzen hat ſich dieſe Koloniſation Friedrichs des Großen ebenſo bewährt, wie unter ſeinem Vater der Zuzug der Salzburger.

Auch über das Vermögen an Bargeld und Haustieren, das die Zuwanderer einbrachten, wurde Buch geführt. Die wieder nur lückenhaft erhaltenen Liſten weiſen auf: 2079601 Thaler, 150 Dukaten, 22440 Gulden, 6392 Pferde, 7875 Stück Rindvieh, 20548 Schafe, 3227 Schweine. Auch dieſe vierfüßigen Zuwanderer begrüßte der Landesherr bei ſeinen auf die Vermehrung des Viehſtandes gerichteten Beſtrebungen als werthe Gäſte. Der damalige Zuſtand der Schäfereien wird uns noch in anderem Zuſammenhange beſchäftigen.¹⁾ Die Rindviehzucht genügte vorerſt wenig. Fort und fort gab der König durch die Kammern Anweiſungen für die zweckmäßigſte Art der Fütterung, für die Bekämpfung von Seuchen, für die Auswahl und Behandlung der Zuchtthiere. Wo neues Wiefenland gewonnen wurde, ſchenkte er den ärmeren Anwohnern einen Teil des Viehs, das ſie nunmehr halten konnten. So 1781 nach Trockenlegung des Schmolſiner und Kamminer Bruchlandes in Hinterpommern ein Drittel der neu anzuschaffenden 3400 Kühe; er meinte: „wenn die Leute die Kühe ſich ſelbſt kaufen ſollen, wird es lange dauern und auch wohl gar nicht geſchehen, und das viele Geld, ſo auf die Urbarmachung der Brücker verwendet worden, wäre vergebens und weggeworfen“. Doch ſollte jeder Landwirt das Vieh ſelber ausſuchen und ankaufen und nachher das von Staats wegen angewieſene Geld ausgezahlt erhalten: „Die Leute werden immer mit ſolchen Kühen, die ſie ſich ſelbſt angekauft, mehr zufrieden ſein“. Noch immer brauchte der Acker mehr Dünger, der Markt mehr Schlachtvieh und mehr Butter; zumal der Markt der Hauptſtadt war für die ſchnell anwachſende Bevölkerung auf Vieh aus Polen und auf ſächſiſche und holſteiniſche Butter angewieſen. Der König ließ es dem Berliner Schlächtergewerk nahelegen, Aufkäufer nach Pommern zu ſchicken, um das Maſtvieh an Ort und Stelle zu erhandeln. Für die Molkerei blieben die Holländer die Lehrmeiſter; der König hielt es deshalb für erforderlich, noch mehr holländiſche Familien auf Staatskoſten kommen zu laſſen. Auf dem Domänenamte Königshorſt wurden Lehrgänge für Milchwirtſchaft eingerichtet: der Inſtruktor, ſo verfügt der König an den kurmärkiſchen Provinzialminiſter, ſoll den Leuten weiſen, „wie die Gefäße und Maſchinen zum Buttermachen beſchaffen ſein und wie ſolche propre gehalten werden müſſen, und wie die Butter gemacht wird, daß ſie ſich hübsch conſervieret, und daß die Butter, die zu den Speiſen gebraucht wird, ſich beſſer hält und nicht ſo leicht verdirbet, wie die jetzige; das macht, weil die Butter nicht reinlich genug ausgewaſchen wird und die Gefäße und Maſchinen nicht recht propre gehalten werden“. Die ſo bis ins Kleinſte gehenden Bemühungen blieben nicht ohne Erfolg. Die Summe, die aus der Kurmark für Butter über die Landesgrenze ging, verminderte ſich

¹⁾ Unten S. 420. 421.

von Jahr zu Jahr, von 257053 Thalern im Jahre 1775 auf 146000 im Jahre 1780.

Auch der Berliner Eiermarkt war noch vom Ausland abhängig. Eine durch den König veranlaßte Zählung ergab in der Kurmark 1780 einen Bestand von 324175 Hühnern; es fehlten, um den Bedarf zu decken, 36300. „Was will es sagen“, fragte der König, „wenn jeder Bauer auf dem Lande 10 bis 12 Hühner mehr hält? Das Futter kostet ja da nicht viel, und überdem finden die Hühner ihr Fressen meistens in dem Stroh und Mist auf den Höfen“. Ein Verbot der Einfuhr fremder Eier ließ den Marktpreis steigen; die Minister äußerten die Besorgnis, daß der Bedarf sich nicht decken lassen werde; der König antwortete: „Es ist nur der Fehler der Pächters und Bauern, daß sie sich nicht darauf legen. 42 Jahr habe ich darauf gearbeitet, um solches einzuführen. Wenn die Herren Ministers Eier essen wollen, so geben sie sich mehr Mühe mit die Kammern, solches zu bewirken, der Verbot bleibt vor ausländische Eier vor wie nach“. Nur für sechs Monate wurde später eine Unterbrechung gewährt, um den neuen Veranstellungen, zumal dem 1780 eingerichteten Körnerhandel mit Eiern, Butter und Käse, eine Frist zur Entwicklung zu gönnen.

Berühmt wurde in der Mitte des Jahrhunderts die ostpreussische Pferdezucht, seitdem der Kriegs- und Domänenrat Domhardt bei der Ausgestaltung des in Verfall geratenen Stutantes zu Trakehnen das bedeutende Verwaltungstalent offenbart hatte, das sich in der Folge bei größeren Aufgaben bewährte. Nach dem Vorgange des Domhardt'schen Stalles auf dem Gute Worieneu legten nun auch anderwärts in dieser Provinz Edellente und Domänenpächter, durch eine Kabinettsordre vom 13. November 1766 dazu ermuntert, Privatgestüte an.

Wie schon in der Periode vor 1756, wurden auf dem platten Lande die Kolonisten der Regel nach als Erbzinsleute angefaßt, zu dem besten bäuerlichen Rechte, das in den mittleren Provinzen der Monarchie bekannt war, zu dem Recht, dessen der König gern die ganze bäuerliche Bevölkerung theilhaftig gemacht hätte.

Bauernbefreiung und Retablissement wurden beim Ausgang aus dem Siebenjährigen Kriege in Zusammenhang gebracht, indem der König die den pommer'schen Edelleuten in Aussicht gestellten Unterstützungen an die Bedingung knüpfte, daß sie die Leibeigenschaft auf ihren Gütern abschaffen sollten: sonst würden sie „weder jezt noch jemalen einige Hülfe oder Assistenz zu gewärtigen haben und dessen ohnerachtet dazu angehalten werden, ihre Güter gleich zu retablieren und mit der gehörigen Anzahl Unterthanen wieder zu besetzen“. So sprach es die Instruktion vom 20. April 1762 aus, die Brendenhoff nach Pommern mitnahm, und so wiederholte es der König mündlich im folgenden Jahre am 23. Mai bei dem Besuch in Kolberg: es sollten alle, die sich widersetzen würden, mit Güte oder Gewalt dahin gebracht werden, „daß diese von Sr. Majestät so festgesetzte Idee zum Nutzen der ganzen Provinz ins Werk gerichtet werde“.

Vertrauensmänner der vorpommerschen Ritterschaft, die bald darauf zu Demmin zusammentraten, über sandten dem Könige eine Gegenvorstellung. Man wies darauf hin, daß die Leibeigenschaft in Vorpommern lediglich in dem Sinne von Gutspflichtigkeit bekannt sei, ja daß selbst der Name seit unvordenklicher Zeit nicht mehr gebraucht werde. So sei man gern damit zufrieden, diese ohnehin hier zu Lande unbekannt Leibeigenschaft, auf Grund deren der Herr den Leibeigenen verkaufen, verschenken und vertauschen und alles von dem Leibeigenen Erworbene für sich beanspruchen dürfe, ausdrücklich aufgehoben zu sehen. Sei aber des Königs Meinung, auch die Gutspflichtigkeit der Bauern zu beseitigen, so unterliege das den schwersten Bedenken. Die Gutspflichtigkeit verbinde den Bauern, nicht ohne der Herrschaft Einwilligung das Gut und seinen Hof zu verlassen und seine Kinder, wenn sie als Knecht oder Magd dienen, vorzugsweise dem Gutsherrn „gegen den Lohn, so einem freien Menschen gegeben wird“, zum Dienst zu stellen. Aufhebung dieses Verhältnisses, völlige Freiheit werde unvermeidlich zur Entvölkerung des Landes führen. Die Bauern würden zum Teil fortziehen, zum anderen Teil nicht im stande sein, die Voraussetzung für die Entlassung aus der Gutspflichtigkeit zu erfüllen, nämlich dem bisherigen Grundherrn den Hof zu bezahlen und sich selbst mit Vieh, Ackergerät und anderen Bedürfnissen zu versehen.

Der Hinweis auf die Gefahr einer „Depeuplierung“, des Austrittes zahlreicher Bauern, berührte die schwierigste Seite des ganzen Problems, die Frage, wie weit die persönliche Freiheit mit der Erhaltung des Bauernstandes und des Bauernlandes sich vertrug, und ob es Mittel gab, das bäuerliche Anwesen, das der Inhaber verließ oder veräußerte, für den Kleingrundbesitz zu retten. Die Gesetzgeber des beginnenden neunzehnten Jahrhunderts sind an dieser Frage, dem Dogma des „Freihandels im Grundbesitz“ huldigend, allzu sorglos vorübergegangen, und die Folge war ein gewaltiges Anschwellen des Großgrundbesitzes, eine starke Verminderung der bäuerlichen Wirtschaften. Friedrich dem Großen war die Unantastbarkeit der ländlichen Besitzverteilung oberster Leitsatz aller agrarischen Sozialpolitik: vergrößert durfte die Gesamtfläche des Bauernlandes werden, verkleinert nie. Mit Strenge hatte er bisher darauf gehalten, daß jede ledig gewordene bäuerliche Stelle wieder mit einem Bauern besetzt wurde. Wie aber ließ sich die lästige Pflicht, einen Erbsmann herbeizuschaffen, dem Edelmann weiter auferlegen, wenn für den Bauern der Zwang wegfiel, der ihn verhinderte, seinen Hof aufzugeben? Friedrich Wilhelm I., als er 1718 den ostpreussischen Domänenbauern den erb- und eigentümlichen Besitz ihrer Höfen verließ, hatte sie durch einen körperlichen Eid verpflichten lassen, die Höfe nicht anders als mit dem Tode zu verlassen: das war nur eine andere Art der Gebundenheit an die Scholle, eine Verlegenheitsauskunft.

Auch König Friedrich fand eine befriedigende Lösung nicht. Der Einwand der vorpommerschen Ritterschaft blieb nicht ohne Eindruck. Nicht aus blinder Vorliebe für den Adel oder aus Schwäche hielt er auf der beschrittenen Bahn inne, sondern in der Ueberzeugung, daß die Gewährung voller Freiheit an den Bauer die bestehenden Grundlagen der ländlichen Gesellschaftsordnung, auf denen das Steuerwesen und die Heeresverfassung des Staates ruhten, erschüttern

mußte. Er ließ die Erklärung gelten, daß Leibeigenschaft im juristischen Sinne nicht mehr bestehe, was auch für Hinterpommern zutraf, und er erstreckte seine Kriegserklärung gegen die Leibeigenschaft auf die Gutspflichtigkeit oder Erbunterthänigkeit nicht. Eben deshalb hatte er in den Provinzen, wo er nur Erbunterthänigkeit und keine Leibeigenschaft voraussetzte, zum Einschreiten sich überhaupt nicht veranlaßt gesehen. Daß er an sich gern weiter gegangen wäre, läßt die uns schon bekannte Stelle¹⁾ aus einer staatsphilosophischen Schrift von 1777 ersehen. So aber beschränkte er sich darauf, innerhalb des Bereichs der Erbunterthänigkeit zu reformieren, durch Ausrottung von Mißbräuchen, durch Verbesserung des Besitzrechtes, durch Erleichterung der Dienste und Lasten.

Unter diesem Gesichtspunkt entstand zunächst, ein bescheidener Abschluß des so nachdrücklich angekündigten Reformwerkes, die pommerische Bauernordnung vom 30. Dezember 1764, eine Umarbeitung der alten Bauern-, Schäfer- und Gefindeordnung von 1616. Den von den Ständen vorgelegten Entwurf hat Breudenhoff dem Könige in mündlichem Vortrag erläutert. Die Ordnung stellt den Satz auf, daß die Bauern in Pommern keine leibeigenen Sklaven sind, die verschenkt, verkauft oder als res in commercio traktiert werden können, und daß alles, was sie erwerben, ihr freies und vererbbares Eigentum wird; sie betont aber zugleich, daß Aeder und Hofwehr der Guts herrschaft gehören, und daß, soweit nicht in einigen Dörfern ein anderes ausdrücklich festgesetzt ist, die Bauern keine Erbzins- oder Pachtleute, sondern des Guts eigenbehörige Untertanen und glebae adscripti sind. Sie schützt den Bauer vor ungerechter Vertreibung von Haus und Hof und erleichtert seinen Söhnen den Eintritt in eine städtische Handwerkerzunft. Daß sie andererseits mit der Forderung des gutherrlichen Ehekonsenses die alte Ordnung geradezu verschärfte, war von der Staatsbehörde zunächst übersehen worden; erst durch eine Zusatzverordnung vom 30. Mai 1766 wurde den „lebigen Weibspersonen“ gestattet, sich in das Gebiet einer anderen Guts herrschaft ohne Konsens zu verheiraten.

In ähnlichem Sinne wurde durch die Verordnung vom 8. November 1773 das Verhältnis zwischen Guts herren und Bauern für Preußen, die alte wie die damals neu erworbene Provinz, geregelt. Die Verordnung geht davon aus, daß in Ostpreußen die ehemalige Leibeigenschaft schon längst, in der Zeit von 1719—1724, in Westpreußen durch das Besitzergreifungspatent aufgehoben worden sei. Damit seien aber die Domänenbauern nicht derjenigen Unterthänigkeit entleibt, „womit sie diesem oder jenem unserer Domänengüter verpflichtet sind und dazu als glebae adscripti gehören“; und dasselbe gelte von den Untertanen adelicher oder sonstiger Güter. So wird auch der Gesindebedienstzwang der Kinder, sogar für Ostpreußen, wo er früher schon abgeschafft worden war, als zu Recht bestehend anerkannt, wenigstens in der Ausdehnung auf je fünf Jahre. Zum Schutze des Bauern werden die Fälle aufgeführt, in denen seine Loslassung erfolgen kann und muß.

Obgleich also die Reformpolitik sich nunmehr vorbehaltlos auf den Boden der Erbunterthänigkeit stellte, stieß sie doch auch in dieser Selbstbescheidung aller-

¹⁾ Vgl. Bd. I, 371.

orten auf einen zähen paffiven Widerftand, der die Ergebnisse fehr verkümmert hat.

Was die Fronden anbetrifft, fo hielt der König für die Domänen an dem 1748 aufgestellten Grundfatz feft, daß nirgends mehr als höchstens an drei oder vier Tagen in der Woche Hand- oder Spanndienfte geleiftet werden follten; ja in dem politifchen Testament von 1752 gibt er feiner Genugthuung darüber Ausdruck, daß diefe Beſchränkung überall Platz gegriffen habe. Gleichwohl ift der Befehl des Monarchen keineswegs durchgehend ausgeführt oder wenigftens nicht auf die Dauer gleichmäßig beachtet worden, vielmehr je länger deſto öfter ftillschweigend übertreten. Der Domänenetat follte keine Ausfälle aufweifen: da waren die Kammern in Verlegenheit, wie fie die Pachtverträge in der alten Höhe abſchließen follten, wenn den Pächtern der Anſpruch auf die Bauerndienfte fo erheblich verkürzt wurde. Um auszugleichen, ift der König 1774 auf einen Gedanken zurückgekommen, mit dem man zwanzig Jahre früher in Litauen Verſuche gemacht hatte: die Dienfte nicht nach Arbeitstagen, ſondern nach beſtimmten Leiſtungen, als „Stüd- oder Morgen-Scharwerk“, abzumefſen. Aber damit geriet man vollends ins Unberechenbare. Was auf den Kron- gütern ſo vielen Hemmniffen begegnete, wie hätte das für die ritterſchaftlichen Bauern erreichbar werden ſollen? In Schlefien forderte unter dem friſchen Antrieb, den der Friedensſchluß gab, ein Runderlaß des bauernfreundlichen Miniſters Schlabrendorff vom 15. Mai 1763 die Landräthe auf, bei den Edel- leuten die Beſchränkung der ungemefſenen Dienfte auf eine beſtimmte Anzahl Tage zu betreiben. Der Verſuch, trotz wiederholter Erinnerungen und Rügen des Königs, hatte keinen beſſeren Erfolg, als die 1751 der pommerſchen Ritterſchaft gegebene Anregung: die hinterpommerſchen Stände hatten damals in einer langen Denkschrift beweifen wollen, daß nicht die Hofdienfte Urſache der bäuerlichen Armut ſeien und daß die Rittergutsbeſitzer ohne dieſe Dienfte nicht mehr beſtehen könnten. Und dieſe Vorſtellung hatte in Berlin an den Miniſtern Bodewils und Cocceji, die beide der pommerſchen Ritterſchaft angehörten, rüd- haltſloſe Fürſprecher gefunden; denn die wenigſten unter den hohen Staats- beamten dachten über die Bauernfrage ſo vorurtheilsfrei und human, wie der Märker Schlabrendorff. Es galt auch in dieſen Regionen als ausgemacht, daß durch die Herabſetzung der Frondienfte, für die Cocceji mit freigebigem Anachronismus ein mehr als tauſendjähriges Alter in Anſpruch nahm, der Adel ruiniert und den Bauern nicht geholſen werden würde.

Wie nun aber der König immer wieder auf die ihm aufrichtig am Herzen liegende Sache zurückkam, ſo that der Großkanzler der Juſtiz, Coccejis Nach- folger Fürſt am 8. Juli 1774 endlich einen neuen Schritt, indem er ſämtlichen Landesjuſtizhöfen aufgab, eine den allerhöchſten Abſichten entſprechende Verän- derung des Dienſtwefens in Ueberlegung zu nehmen und allgemeine Grundſätze dafür auffindig zu machen, ohne den beſtehenden Rechten zu nahe zu treten. Damit war dieſer Teil der Reform durch die Bureaufratie zunächſt rettungslos in das Stadium der ſchwebenden Erwägungen geleitet. Erſt zehn Jahre ſpäter kam die Sache dadurch noch einmal in Fluß, daß der König befahl, in der ganzen Monarchie Urbarien anzulegen, wie ſie in Schlefien aus öſterreichiſcher

Zeit noch vorhanden waren, um „Dienste, Pflichten, Schuldigkeiten und Gerechtfame“ der bäuerlichen Bevölkerung genau festzustellen. Das gleiche war schon 1773 für Ost- und Westpreußen angeordnet worden. Dabei wurde als billig bezeichnet, daß dem Bauern nicht mehr Dienstage abgefordert werden sollten, als mit dem Gedeihen seiner eigenen Wirtschaft verträglich seien. Alle ungemessenen Dienste sollten in gemessene verwandelt werden. Das Landvolf nahm die Thätigkeit der Urbarienkommissionen vielfach mit Mißtrauen auf; man fürchtete, daß bei dem neuen Schreibwerk nur neue Last und Plage herauskommen werde. Da und dort führte die Aufregung zu Ausschreitungen. Der Justizminister für Schlesien empfahl, wieder sehr bezeichnender Weise, die Maßregel vorläufig aufzuschieben, aber der König entschied, daß fortzufahren sei: möchte die Angelegenheit auch weilläufig sein und viel Zeit kosten, bei dem Nutzen, den sie dem ganzen Lande bringen werde, sei sie der Mühe Wert; mit den durch falsche Vorspiegelungen aufgewiegelten Kerks werde man schnell fertig werden.

Mit den Bemühungen um ein besseres Erbrecht der Bauern wurde an den im letzten Friedensjahr in Oberschlesien gemachten Versuch wieder angeknüpft. Der schon erwähnte Runderlaß an die schlesischen Landräte vom 15. Mai 1763 erklärte, daß diese „wegen der Kriegsunruhe liegen gebliebene Sache“ ohne Widerrede jetzt zu verwirklichen sei. Ein Bericht Schlabrendorffs vom 20. Januar 1765 nannte dem Könige als die Gesamtzahl der Bauernhöfe in Schlesien 42219, als die der Gärtnerstellen 76955, der Häuslerstellen 54276. Darunter seien nicht erblich: 3263 Bauern, und zwar im Glogauer Kammerbezirk nur 45; 9592 Gärtner, 8418 im Breslauer, 1174 im Glogauer Bezirk; 2074 Häusler, bis auf 109 sämtlich im Breslauer Bezirk. Anscheinend nahm nun die vom Könige verlangte Umwandlung einen sehr günstigen Verlauf. Im Herbst 1766 berichtete Schlabrendorff, daß nur noch 35 Bauern, 259 Gärtner, 157 Häusler nicht im Besitz des Erbrechtes seien, und 1775 wurde versichert, daß die Maßregel vollständig durchgeführt sei. Aber viele dieser Landleute legten auf die Erbllichkeit des Besizes gar keinen Wert, denn der erbliche Pacht verlor manche Vorteile und Ansprüche des Unerblichen, dem der Grundherr die Gebäude im Stand halten, Verluste am Vieh ersetzen und Rückstände an Staatssteuer decken mußte. Und so kam es, daß die Zahl der unerblichen Wirte in Schlesien gegen den Ausgang des Jahrhunderts wieder auf 38918 stieg.

Der pommerischen Ritterschaft gegenüber wurde von dem Versuche, ihren Bauern das Erbrecht zu erwirken, von vornherein abgesehen. Zwar beteuerten die vorpommerischen Herren, daß sie den erledigten Bauernhof der Regel nach einem der Söhne des verstorbenen Bauern, sofern unter ihnen ein guter Wirt sei, übertrügen; in der Bauernordnung von 1764 aber wurde ausdrücklich anerkannt, daß den Bauern keine Erbgerechtigkeit, „nec ex contractu emphyteutico nec libellario nec censuali“, zustehe. In den anderen Provinzen ließ der Staat diese Frage in Ansehung der Privatbauern unberührt. Für die Domänenbauern galt die ihnen schon unter der vorigen Regierung zuerkannte Erbfähigkeit der Söhne als allgemeiner Grundsatz. Friedrich Wilhelm I. hatte diesem Fortschritt mit Recht die größte Bedeutung beigemessen und die Einführung der Erbllichkeit

schlechtlin mit Aufhebung der Leibeigenschaft gleichgesetzt. König Friedrich ging in Anerkennung des Erbspruchs so weit, daß er ihn nicht bloß dem Sohn, sondern auch der Tochter zugestanden wissen wollte. Als auf einem pommerischen Domänenamt einer Bauerntochter der väterliche Hof abgenommen wurde, den sie doch nach Aussage aller Zeugen „recht ordentlich“ bewirtschaftet haben sollte, verfügte er am 20. Februar 1777 sofortige Wiedereinsetzung und sprach es bei diesem Anlaß als durchgehende Regel für alle Provinzen aus, daß alle unter den Aemtern stehenden Bauerngüter den Unterthanen erb- und eigentümlich zu übergeben, von den Eltern auf die Kinder zu vererben seien.

Der König hat sich keiner Täuschung darüber hingeeben, daß er im ganzen mit seinem Bemühen um das Wohlergehen der Bauern nicht weit vorwärts kam. So hat er sich in seinen Memoiren darauf beschränkt, von allen diesen Anläufen nur den einen zu erwähnen, der von unbestreitbarem Erfolg begleitet war: es gelang, die Aufsaugung des Bauernlandes durch den Großgrundbesitz zu verhindern, durch die in jenem Jahrhundert in Mecklenburg und Schwedisch-Pommern die Reihen der Bauern so furchtbar gelichtet wurden. Die beiden Gesetze von 1749 gegen das Bauernlegen, das Hineinziehen von Bauernhöfen in das Areal des Rittergutes, wurden im Juli 1764 dahin erweitert, daß die seit bestimmter Frist eingegangenen Bauernstellen neu besetzt werden sollten. Für Schlesien wurde dabei auf das Jahr 1723 zurückgegriffen, in welchem der bäuerliche Besitzstand durch eine allgemeine Landesaufnahme genau festgestellt worden war, für die anderen Provinzen auf das erste Kriegsjahr 1756. Der König hatte verlangt, daß die in Betracht kommenden „wüsten Stellen“ in Schlesien binnen Jahresfrist neu besetzt sein sollten; der Minister wies auf die Schwierigkeit hin, in so kurzer Zeit geeignete Wirte zu beschaffen, und ließ dafür die Zahlen einer Verlustliste sprechen: von 1723—1749 waren 1500 Stellen dem Kleinbesitz der Bauern, Gärtner und Häusler entzogen worden, seit 1749 weitere 1187 Stellen. Doch gelang es Jahr für Jahr, durch dieses „Metablisement“ den Kleinbesitz nicht unansehnlich zu vermehren, vorzugsweise allerdings nur durch Häuslerstellen, deren von 1763—1779 in Schlesien 3539 geschaffen worden sind. Und völlig erreicht wurde das andere, ein gewiß sehr bedeutendes Ergebnis: für die Zukunft war der Verkleinerung der Bauernstellen und der Bauernzahl ein Ziel gesetzt, das Bauernland, auch das nicht erbfähige, jedem Eingriff und Abstrich entzogen.

Rom ist nicht an einem Tage gebaut worden, mit den Dingen geht es nicht so schnell wie mit den Gedanken — das waren die Sentenzen, mit denen Friedrich die Ungebuld anderer und seine eigene zu beschwichtigen pflegte. Er wußte, daß auch in der inneren Politik, wie in der Diplomatie und in der Kriegsführung, Mißerfolge nicht ausbleiben konnten, Teilerfolge für voll genommen werden mußten. Mit der impulsiven Lebhaftigkeit, die ihm auch im Alter blieb, verband er eine zähe Beharrlichkeit, die nichts ermüdete und nichts langweilte, die nicht absprang und nicht ausspannte. Alles in allem gewahrte er doch mit Genugthuung und stiller Freude, wie von Jahr

zu Jahr die lange, mühselige Arbeit vorschritt, wie das Ziel, das er seinem Retablissement gesteckt hatte, näher rückte. Indem er sich einmal berechnet, daß er binnen zehn Jahren allein für die Kurmark 2700000 Thaler an außerordentlichen Spenden aufgewendet haben wird, so dünkt ihm das „etwas sehr ansehnliches, wovon die Leute schon zufrieden sein können“. Mit Vorliebe nennt er seine wirtschaftlichen Entwürfe und Arbeiten, Sorgen und Freuden das Kinderspielzeug seines Alters. Aber wie viel mehr war das, als Zeitvertreib und Liebhaberei! Als d'Alembert ihn nach einem Krankheitsanfall mahnte, seine Gesundheit zu schonen, um sich seinen Unterthanen, der Philosophie und den Wissenschaften zu erhalten, antwortete er: „Sie erraten richtig meine Absicht, meinem Vaterlande und meinen Zeitgenossen nützlich zu sein während der wenigen Zeit, die ich zu leben haben werde; die Pflicht des Menschen ist, seinesgleichen zu unterstützen in allem, was von ihm abhängt; das ist der Kern aller Moral, und ein Herz am richtigen Flecke wird mit sich selbst unzufrieden sein, wenn es diese Pflicht nicht erfüllt.“

Daß hier etwas Großes geleistet wurde, konnte selbst ein so mißgünstiger Beurtheiler nicht ganz leugnen, wie Friedrichs ehemaliger Flügeladjutant Rekow, der seine „Charakteristik der wichtigsten Ereignisse des Siebenjährigen Krieges“ mit der Bemerkung schloß: Einen Teil der ungeheuren Summen, die infolge neuer Finanzeinrichtungen dem Schatze nach dem Kriege zugeflossen seien, habe der König zu Zwecken der Landeswohlthat verausgabt und dadurch den Schmerz, den jene Einrichtungen verursacht, „gewissermaßen betäubt“. In Wirklichkeit lag das Verhältnis so, daß die Mehrerträge der 1766 geschaffenen Zoll- und Acciseverwaltung, der Regie, wohl ganz auf gemeinnützige Veranstaltungen aufgewandt worden sind: „Sie wissen,“ erklärte der König dem Direktor der Regie, „daß ich von diesen Einnahmen nichts sammle.“

Zweiter Abschnitt.

Verwaltungsreformen und Schutz der nationalen Arbeit.

Dem Nachfolger Friedrichs des Großen ist an der Schwelle seiner Regierung von seiner Umgebung eindringlich die Rückkehr zu den Regierungsgrundsätzen und Verwaltungseinrichtungen seines Großvaters, König Friedrich Wilhelms I., empfohlen worden. In einer der Denkschriften über Aufgaben der inneren Politik Preußens, die sein nachmaliger Minister Böllner für den Thronfolger ausgearbeitet hat, wird zumal für die Finanzverwaltung die Forderung aufgestellt, daß „die Staatsmaschine der Hauptsache nach gerade so wieder montiert werde, als sie Friedrich Wilhelm I. eingerichtet hatte, wo alles einfach, kurz und der Landesbeschaffenheit angemessen war.“

Sollten die einfachsten Formen der Verwaltung allemal auch die besten sein, dann allerdings hätte eine Verwaltungskunst und Verwaltungswissenschaft sich nie zu entwickeln gebraucht. Die Erfahrung eines weiteren Jahrhunderts hat gelehrt, daß überall die Aufgabe der Verwaltungspolitik nur immer künstlicher und verwickelter geworden ist, immer schwieriger das Problem, die Ansprüche und Lebensbedingungen der großen produktiven Erwerbszweige, der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft mit einander in Einklang zu bringen, ein Problem, um dessen Lösung, wie wir sehen werden, auch Friedrich der Große an seinem Teile sich bemüht hat.

Er selbst hatte Grundzüge und System seines Vaters vordem als unantastbar betrachten wollen.¹⁾ Aber wie hätte er die Bedingtheit verkennen sollen, der das konservative Prinzip allzeit unterworfen bleibt? Es ist lediglich ein Beweis für Friedrichs staatsmännische Größe, daß er nach fünfundschwanzig Jahren für die fortschreitenden Bedürfnisse seines Staates auf Umformung und Verstärkung des Triebwerkes dachte. So ist er in der zweiten Hälfte seiner Regierung in viel ausgebehneterem Maße als früher zu Neuerungen geschritten, die

¹⁾ Vb. I, 314.

zwar die Grundlagen unberührt ließen, die Gliederung und den Gang der Verwaltung aber nicht unwesentlich veränderten.

Die einschneidendste administrative Umgestaltung wurde im Zusammenhange mit einer Reform des Steuerwesens herbeigeführt.

Dem König stand ein hohes Ideal vor Augen. Soziale, administrative, fiskalische Zwecke sollten gleichzeitig erreicht werden. Durch Vereinfachung der Verwaltung, durch größere Uebersichtlichkeit der Erhebung sollte ein besseres finanzielles Ergebnis angebahnt, zugleich aber die Möglichkeit geschaffen werden, die Armut zu entlasten, den Reichtum zu stärkerem Beitrag heranzuziehen.

Seit lange beschäftigten ihn diese Gedanken. Schon 1743 hatte er dem Generaldirektorium bezeichnet, was ihm an dem bestehenden System der indirekten Steuern mißfiel: „das zu große Detail bei der Accise“, das den Handel über Gebühr belästige; die willkürliche Berechnung der Abgaben, die Chikanen, die der Steuerbeamte sich erlaube. Der König wies damals ein ganz bestimmtes Ziel: von jedem Gegenstand soll nur einmal, nur an einem Orte, Accise erhoben und der Tarif soll so eingerichtet werden, daß jeder Kaufmann den Betrag der Abgabe im voraus genau wissen kann. Wie das zu erreichen sei, das wurde dem Generaldirektorium zur Erwägung anheingegeben. Und wieder 1748 hatte er dem Minister Boden eröffnet: „Meinen Principiis nach ist allemal darauf zu denken, auf was Art die Armut und der geringe Handwerksmann und Fabricquante in denjenigen Stücken, so selbige zur Erhaltung ihres Lebens unumgänglich nötig haben, soulagiert werden, und müssen daher billig auf das Bier, Brot und Fleisch, wovon die Armut leben muß, nur sehr geringe Taren und Imposten gelegt werden“.

Das Generaldirektorium unterließ nicht, sich auf diesen Befehl zu berufen, sobald in der Accise Ausfälle bemerkbar wurden. Mit den ihr ans Herz gelegten Erwägungen kam die hohe Behörde nicht vorwärts. Während des Krieges starben von den fünf Departementschefs nicht weniger als vier: Happe, Ratte, Adam Ludwig v. Blumenthal, Boden; der einzige Ueberlebende, der Nachfolger des schon vor dem Kriege zurückgetretenen Biereck, Friedrich Wilhelm v. Borcke, dessen Leistungen bei der Verwaltung der kursächsischen Kontribution nicht genügt hatten, nahm Anfang 1764 seinen Abschied. Friedrich hat oft geklagt, daß es schwer sei, geeignete Männer für die Ministerstellen zu finden; was er forderte, war, wie er einem seiner Minister bei Gelegenheit erklärt hat, die Verbindung von adelicher Geburt mit Fachkenntnis und einer auf Neigung und Geschmack beruhenden Hingebung an das Amt. Jetzt ersetzte er den alten Stamm durch zwei Kammerpräsidenten, Valentin v. Raßow aus Minden und den in Magdeburg trefflich bewährten Joachim Christian v. Blumenthal, und durch den jungen, hervorragend befähigten und außerordentlich arbeitsamen Geheimen Finanzrat Ludwig Philipp v. Hagen.¹⁾ Als die neuen Minister im dritten Friedensjahre, am 10. Juni 1765, zur alljährlichen Etatsberatung in Potsdam versammelt waren, erörterte der König die Notwendigkeit, die Staatseinnahmen zu erhöhen. Da soll, wie man sich nachmals in Beamtenkreisen erzählte, Raßow, der die

¹⁾ Vgl. oben S. 359.

Kassenverwaltung leitete, erklärt haben, daß dazu das Land infolge des Krieges zu erschöpft sei. Massow hatte sich vor 20 Jahren als Kammerpräsident harten Tadel zugezogen; ¹⁾ seine Berufung in das verwaiste Generaldirektorium mag also eher eine Verlegenheitswahl gewesen sein, als daß ein großer Staatswirt und Rechenmeister in ihm gesehen worden wäre; immerhin, nach seinem Tode im Jahre 1775 hat der König seine „Geschicklichkeit“ und seinen „Patriotismus“ anerkannt, und auch unmittelbar nach jener mündlichen Beratung hat er im Herbst 1765 mit Massow die Frage der Tarifreform einer eingehenden schriftlichen Erörterung unterzogen.

Zugleich aber hatte er alsbald nach dem Ministerrate Vorbereitungen getroffen, um seine Steuerreform ohne seine neuen Minister durchzuführen. Er hatte sich offenbar abermals in der Meinung bekräftigt, auf die er schon durch frühere Wahrnehmungen geführt worden war: daß seine „großen Perücken“, wie er die Minister gern nannte, lediglich eingeschulte, im alten Gleise einher-schreitende Verwaltungskünstler seien, keine Männer von weitem Blick und schöpferischen Gedanken oder auch nur von Anpassungsvermögen. Selbst von jenem Boden, den er ehemals so hoch geschätzt hatte, sagte er während des Krieges, daß dieser Mann vom Handel, der hohen Finanz und dem Wechselverehr nicht die geringste Vorstellung noch Kenntnis habe. Das schloß nicht aus, daß er die Leistungen einzelner von diesen Ministern in ihrem geschlossenen Wirkungskreise hoch angeschlagen und warm anerkannt hat. Als Hagen nach siebenjähriger Amtstätigkeit 1771 starb, nannte ihn der König in einem Erlass an das Generaldirektorium „einen Minister, dergleichen Seine Königliche Majestät Sich wohl viele wünschen, aber leider wenig haben“; er verfügte, daß ein von ihm gestiftetes Bild des Verstorbenen im Audienzsaal der Behörde, den bisher ausschließlich das Bild König Friedrich Wilhelms I. schmückte, „bei voller Versammlung und offenen Thüren“ feierlich aufgestellt werden sollte „zum immerwährenden Gedächtnis dieses rechtschaffenen Dieners des Staates“.

Nun war ein Vierteljahr vor jener Ministerkonferenz der französische Arzt Helvetius zu mehrwöchentlichem Besuch in Potsdam eingetroffen, von d'Alembert warm empfohlen, dem Könige als Schriftsteller bereits bekannt und trotz grundsätzlicher Vorbehalte als Mann von Geist, Welt und Geschmack und als Befolgter willkommen. Willkommen aber auch als erfahrener Finanzmann. Denn Helvetius hatte seinen Reichtum als Teilhaber einer der großen französischen Steuerpächtereien erworben, und Friedrich war längst begierig, über dieses französische Pachtssystem etwas Näheres zu erfahren, von dem ihm, wie es heißt, Krocow und Quintus ²⁾ allerhand erzählt hatten. Er entschloß sich nach Helvetius' Abreise zu einem Versuche und ließ durch d'Argens, der später allerdings seine Beteiligung leugnete, jenen auffordern, ihm aus Frankreich Fachleute, einen Obmann und fünf Hilfsarbeiter, zu schicken, um bis zum nächsten Rechnungsjahre alles Erforderliche vorbereiten zu können.

So erschien Anfang 1766 der Mann am preussischen Hofe, der während

¹⁾ Bd. I, S. 360.

²⁾ Oben S. 349. 350.

der nächsten zwei Jahrzehnte alle einheimischen Finanzgrößen in den Schatten stellte, de La Haye de Launay, von Friedrich als der Jupiter begrüßt, der ein Chaos entwirren werde.

Des Königs Absicht war ursprünglich, für die Erhebung der Zölle und Accisen einfach die Generalpacht nach dem französischen Muster einzuführen. Bereits verhandelte er durch de Launay mit einer Gesellschaft Pariser Kapitalisten. Es stellte sich heraus, daß de Launays Hintermänner nicht im Stande waren oder nicht Neigung hatten, die 300 000 Thaler, die als Voranschuß für die Einrichtungskosten, vielleicht auch als Kaution, gefordert wurden, zu hinterlegen. Sehr erklärlich, daß nun der König es von der Hand wies, sich von Paris aus durch einen „Areopag von Bettlern“ in seine Angelegenheiten einreden zu lassen. Er machte endlich de Launay, als dem einzigen, der ihm Vertrauen einflößte und der ihm ernsthaft bei der Sache zu sein schien, den Vorschlag, ihm und vier Gehülften gegen festes Gehalt und einen Anteil an dem Reingewinn die Verwaltung zu übertragen. Am 14. Juli 1766 wurde auf dieser Grundlage ein Vertrag auf sechs Jahre, bis zum 31. Mai 1772, abgeschlossen. Die Regisseure übernahmen unter der Aufsicht, nicht unter der Leitung, eines der Minister die Verwaltung der indirekten Steuern, gegen Gehälter im Gesamtbetrage von 60 000 Mark und fünf Prozent an Lantieme von dem, was über die Erträge des Rechnungsjahres 1765/66 einkommen würde.

Schon vor dieser Umgestaltung des Verwaltungsbetriebes hatte der König mit seinem neuen Vertrauensmann über die Grundsätze der anzustrebenden Tarifreform verhandelt.

In einem eigenhändigen Bescheid, den er am 16. März 1766 auf die Vorschläge de Launays erteilte, steht im Vordergrund die sozialpolitische Tendenz des Reformplanes: die unentbehrlichsten Lebensmittel sollen steuerfrei bleiben oder doch möglichst geringe Abgaben erleiden, alle Luxusgegenstände stark belastet werden. Daß das Brot in Zukunft nicht zu besteuern ist, steht von vornherein fest. De Launay will, um den Ausfall zu decken, Fleisch und Bier stärker als bisher heranziehen; der König aber kürzt die vorgeschlagenen Sätze, weil sie ihm für das Volk zu drückend erscheinen. Er will für Fleisch und einheimisches Bier nur eine ganz geringe Erhöhung zulassen und gibt dafür preis alle fremden Biere, alle Weine und den französischen Likör, dazu Pfeffer, Zimmt, Gewürze, mit einem Worte „alles, was zum Luxus gehört“ — „da ist nicht der Arme der Zahler, nicht der Handarbeiter und der Soldat, denn die sind es, als deren Anwalt ich mich erkläre und deren Sache ich führen muß“. Für den Soldaten, der sein Brot in Friedenszeiten damals selber zu kaufen hatte, bedeutete die Aufhebung der Mahlsteuer die allergrößte Erleichterung.

Denselben Gesichtspunkt entwickelte vier Wochen später das „Deklarationspatent“ vom 14. April 1766, das die Notwendigkeit der Reform begründete und die Einsetzung einer Kommission zur Ausarbeitung eines neuen Tarifs ankündigte. Bereits jetzt aber wurde im Sinne der zwischen dem Könige und de Launay vereinbarten Grundsätze die Mahllaccise ganz abgeschafft — bis auf ein geringfügiges, lediglich behufs Verhütung der Unterschleife eingeführtes Visitationsgeld von zwei Pfennig für den Scheffel. Dagegen wurde zur Deckung des

Ausfalls die Branntweincacise erhöht, desgleichen und zwar erheblich die vom Weine, die vom Biere um einen Pfennig für das Quart, die vom Fleische um einen Pfennig für das Pfund, eine Erhöhung, von der das Schweinefleisch, als die Nahrung der Armen, nicht betroffen wurde. Als Zweck der Reform wurde bezeichnet, daß die Staatseinkünfte auf einen festen und beständigen Fuß gebracht werden sollten, ohne dabei eine übermäßige Vermehrung der Abgaben zu erstreben. Daß es an sich auf eine Vermehrung abgesehen sei, daraus wurde also kein Hehl gemacht. Aber der Vermehrung der Steuern sollte ausgleichend zur Seite gehen ihre gleichmäßigere und gerechtere Verteilung. Der König erklärte hier öffentlich, er sei seit dem Kriege unablässig darauf bedacht gewesen, den Unterthanen wieder aufzuhelfen und dadurch Erleichterung zu schaffen, daß ihre Lasten „auf einen billigen und proportionierten Fuß gesetzt und durchgehends mit gleichen Schultern und nach Vermögen der Kontribuenten getragen werden mögen“.

Es ist der Grundgedanke der Weisungen von 1743 und 1748, und derselbe, den Friedrich 1768 in seinem neuen politischen Testamente ausgesprochen hat: „Bei der Verwaltung der Finanzen müssen Billigkeit und Menschenfreundlichkeit mitsprechen; die Menschenfreundlichkeit muß den Vorzug führen und die Art der Auflagen vorschreiben; die Billigkeit verlangt, daß niemand dem Staate über seine Kräfte Steuern zahlt und die Abgaben verhältnismäßig bleiben: wer nur 100 Thaler zu verzehren hat, darf nicht mehr als 2 entrichten, während der, welcher ein Einkommen von 1000 Thalern hat, ohne Beschwer 100 zahlen kann. Die Auflagen dürfen weder den Arbeiter, noch den Soldaten, noch den Armen treffen, sondern nur den wohlhabenden und reichen Bürger.“

Wer wollte verkennen, namentlich auch im Hinblick auf die Grundlagen der direkten Besteuerung in dem damaligen Preußen, daß hier eine Botschaft verkündet wurde, die nur ein schöner Traum war? Das Können und Vollbringen blieb hinter dem Wünschen und Wollen weit zurück. Der Versuch zu einer materiellen Reform der Acciseverfassung scheiterte. Zu gebieterisch sprach das Bedürfnis des Staatshaushalts. Die für die Ausarbeitung neuer Tarife im Sommer 1768 berufene Immediatkommission, übrigens aus Vertretern des alten Beamtentums zusammengesetzt, führte gegen die neue Regie mit klarem Verständnis und großer Sachkunde eine Reihe von Vorschlägen ins Treffen, denen die Franzosen regelmäßig die Befürchtung entgegenhielten, daß dadurch der Fiskus Schaden leiden werde. Der König verließ sich für die steuertechnischen Einzelheiten auf de Launay, und so fiel diesem der Sieg zu. Indem am 21. Dezember 1768 verfügt wurde, daß bei allen fremden Waren die bisherigen Sätze in Kraft bleiben sollten, war das Geschick des sozialpolitischen Programms, ohne daß sein Urheber diese Nachwirkung ermaß, im wesentlichen schon entschieden; denn nur durch Erhöhung jener Sätze hätte sich die beabsichtigte Mehrbelastung der Wohlhabenden erzielen lassen. So aber mußte auch an jenem vorläufigen Tarif der inneren Verbrauchssteuern, die vorzugsweise die Ärmern trafen, dauernd festgehalten werden. Soweit das Deklarationspatent von 1766 positive Bestimmungen enthielt, die doch nur als Übergangsgesetz gedacht worden waren, blieb es eine dauernde Ordnung; soweit es allgemeine Grundsätze aussprach, blieb es unausgeführt. Es war nicht anders, als wie die Kommission es der

Regie zum Vorwurfe machte: gegen früher blieb die Bieraccise um das Doppelte, die Branntweinaccise um die Hälfte erhöht.

Daß damit die Nahrungsmittel des gemeinen Mannes zu hoch besteuert seien, wollte der König nicht anerkennen. Fast erscheinen gegen die Diskussion mit de Launay vom Jahre 1766 die Rollen vertauscht, wenn sechs Jahre später einer der Kammerpräsidenten dringend die Abschaffung des Steuerzuschlages auf Bier, Branntwein und Fleisch befürwortet, der König aber das „irrig und höchst gefährliche Finanzprinzip“ abweist, „wodurch die Revenuen des Staats, die ihre Sicherung und Gewißheit nur in den ersten Bedürfnissen des Menschen finden können, der Willkür und Caprice schlechterdings überlassen bleiben“.

Ohne Frage also führte der Accisetarif, mit dem die Regie arbeitete, eine Mehrbelastung herbei, die auf das bitterste empfunden wurde. Den Wegfall der Kornaccise brachte man nicht in Anschlag, man beachtete nur das Plus, das beim Fleisch und Getränk sich ergab. Die sozialpolitische Absicht der Reform also blieb im wesentlichen unerfüllt und jedenfalls ganz ohne Anerkennung, ganz ohne Dank.

Friedrich selbst betrachtete als das beste, was bei der Accisereform herauskam, die Einschränkung des Schleichhandels. Eine Bewachung der Grenzen hatte im Reiche des „roi des lisieres“¹⁾ bisher ganz gefehlt, alles hatte die Zollverwaltung an den Stadtthoren leisten und verantworten sollen. Jetzt wurden Grenzbureaux eingerichtet und eine zum Teil berittene Grenzwehr aufgestellt, die sogenannten Brigaden. Ursprungszeugnisse und Begleitscheine mußten vorgewiesen, Plomben beim Durchgangshandel angelegt werden — technische Schutzmaßregeln, welche die französischen Beamten aus ihrer Heimat als selbstverständlich mitbrachten. Freilich fehlte viel daran, daß nun der Schmuggel ganz erstickt worden wäre; von einem wirklichen Grenzzollsystem, wie es 1818 geschaffen worden ist, blieben die Anläufe von 1766 doch noch weit entfernt; ja, ein neuerer Forscher ist geneigt, „fast alle Härten, alle über das Ziel hinausgehenden Wirkungen“ der fredericianischen Zoll- und Handelspolitik auf die noch immer erheblichen technischen Mängel der Acciseverfassung zurückzuführen. Verglichen aber mit den Zuständen im damaligen England, müssen die preussischen noch als günstig erscheinen; denn man nahm an, daß vor den seit 1784 durchgeführten Finanzreformen des jüngeren Pitt die Hälfte der englischen Bevölkerung am Schmuggel beteiligt war, daß 5½ Million Pfund Thee jährlich verzollt, 7½ Million aber eingeschmuggelt wurden.

Der größte administrative Fortschritt lag darin, daß die gesamte Verwaltung der indirekten Steuern jetzt einheitlich zusammengefaßt wurde — nur die rheinisch-westfälischen Provinzen erhielten eine Ausnahmestellung, indem sie sich von der Accise durch ein „Abonnement“ loskauften. Im Laufe der Zeiten nacheinander ausgebildet, waren die einzelnen Gefälle bisher an einem und demselben Orte von verschiedenen Beamten verwaltet worden: die urväterischen Zinsen und Zölle, die Licenten, d. h. Hafenzölle aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges, die seit der Regierung des großen Kurfürsten eingeführte Accise, und als Steuer

¹⁾ Vgl. Bd. I, 88.

jüngsten Datums¹⁾ der Transito-Zmpost. Wiederum zerplitterte sich an der Zentralstelle die Verwaltung der Steuern auf die vier Provinzialdepartements des Generaldirektoriums. Jetzt wurden Provinzialdirektoren mit einem Stabe von Gehülfsen und Unterbeamten zur ausschließlichen und einheitlichen Verwaltung der indirekten Steuern bestellt, so daß die Kriegs- und Domänenkammern durch diese neuen Behörden von allen einschlägigen Geschäften entlastet wurden. Und ebenso hatten im Generaldirektorium die Chefs der vier alten Departements mit den indirekten Steuern nichts mehr zu schaffen, sie hatten in diesem Bereiche abzudanken zu Gunsten des Zoll- und Accisepartements mit seinen französischen Regisseuren unter einem deutschen Minister, also eines neuen, alle Provinzen umspannenden Realdepartements, wie ein solches 1740 für Kommerzien und Fabriken, 1746 für die Heeresverwaltung errichtet worden war. Die damals betretene Bahn wurde weiter verfolgt. Mit den laufenden Verwaltungsgeschäften nicht befaßt, vermittelte doch der dirigierende Minister der Acciseabteilung alle Beziehungen, die sich zwischen den Aufgaben der Regie und dem Gange der allgemeinen Staatsverwaltung ergaben, und erstattete vor allen grundsätzlichen Entscheidungen dem Könige sein Gutachten.

Dem Grundgedanken, aus dem heraus das ganze Gebiet der indirekten Besteuerung eigene Organe und einheitliche Leitung erhielt, gehörte die Zukunft. Die Arbeitsteilung innerhalb des Verwaltungskörpers war immer mehr Grundsatz und Notwendigkeit geworden. Gleichwohl haben sich in der Praxis bei der 1766 geschaffenen Ordnung starke Mißstände ergeben. Dem unleugbaren verwaltungstechnischen Fortschritte, der in der einheitlichen Gestaltung des gesamten indirekten Steuerwesens lag, stand der Nachteil gegenüber, daß durch die neue Einrichtung die Finanzverwaltung des Staates als Ganzes noch mehr den Zusammenhang verlor als bisher. Wie bereits früher eine ganze Provinz, das große Schlesien, so wurde jetzt ein ganzer Verwaltungszweig dem eigentlichen Finanzministerium entzogen. Denn nicht bloß mit der Verwaltung und Erhebung der indirekten Steuern, d. h. ungefähr des dritten Teiles der gesamten Staatseinnahmen, auch mit ihrer Verrechnung hatte das Generaldirektorium nichts mehr zu thun. Der ganze Mehrertrag der Acciseverwaltung, der nach Abführung des Pauschquantums an die Generalkriegskasse verblieb, wurde in den Staatshaushalt überhaupt nicht eingestellt, sondern dem königlichen Dispositionsfonds überwiesen, und zwar so, daß das Generaldirektorium nicht einmal die Höhe der Summe erfuhr.

Weiter aber: zum Schaden der Sache begannen nun von neuem zwischen den Ressorts die Reibungen und Kämpfe, die an die Zeiten unmittelbar vor der Gründung des Generaldirektoriums erinnern.²⁾ Die organische Einheit der inneren Verwaltung, die Treffsicherheit des Apparats ging wieder verloren. Das Ganze wurde lediglich durch die Kabinettsregierung, die unmittelbaren Entscheidungen des Königs streng, aber doch nur notdürftig und äußerlich zusammengehalten. Friedrich machte seinen Kammerkollegien insgemein den Vorwurf, daß

¹⁾ Bd. I, 443.

²⁾ Bd. I, 350.

sie Umtriebe machten, um „seine guten Regie-Einrichtungen rückgängig zu machen und über den Haufen zu werfen“.

Und die Messortseiferjucht wurde getragen und geschärft durch den nationalen Gegensatz. Der Einbruch des Franzosentums in die Acciseverwaltung hat nicht den Umfang gehabt, auf den die erregte öffentliche Meinung ihn schätzte. Von den 2000 in Betracht kommenden Stellen sind nur etwa 175—200 mit Franzosen besetzt worden. Gleichviel, diese unter französischer Leitung stehende, nach französischer Regel arbeitende Verwaltung blieb als Fremdherrschaft dem einheimischen Beamtentum wie der Bevölkerung gleichmäßig verhaßt. Dem englischen Gesandten Mitchell wurde das Wort zugeschrieben: die Franzosen sind einmal bei Roßbach von den Preußen geschlagen worden, dafür werden nun die Preußen in allen Städten und alle Tage von den Franzosen geschlagen. Die Zeiten der Vorliebe für französische Art und Bildung und für französischen Besuch waren vorüber. Roßbach und das Auftreten Lessings hatten das ihrige zu dem Umschwunge beigetragen. Selbst einem d'Alembert, der mit der ausgesuchtesten Artigkeit in der Berliner Gesellschaft aufgenommen wurde, entging es nicht, wie im allgemeinen die Stimmung gegen seine Landsleute war; er betrachtete das ihm gemachte Kompliment, einen Franzosen wie ihn habe man hier noch nicht kennen gelernt, als ebenso schmeichelhaft für sich selbst wie bedenklich für seine Nation.

Dem König selber konnten auf die Dauer die der neuen Einrichtung anhaftenden Gebrechen nicht entgehen. Zwar bewahrte er dem Generalregisseur sein Vertrauen und hielt ihn und die Regie gegen alle Angriffe und Anklagen. Aber er wies doch in seinen letzten Lebensjahren die Kritik nicht mehr so kurzer Hand zurück, wie er es früher gethan hatte, und ließ de Launay keineswegs frei schalten und walten. Vor allem aber klagte auch er jetzt über die Unzuverlässigkeit der Franzosen und begann von de Launay zu fordern, daß zur Erledigung gelangende Stellen, wie die des 1781 wegen Betrügereien abgesetzten Stettiner Accisedirektors, mit Deutschen wiederbesetzt werden sollten. Die zwei Jahre hindurch wiederholten Klagen führten endlich in einem Schreiben an de Launay vom 28. Februar 1783 auf die verallgemeinernde Nutzenwendung: „So ist nun die Mehrzahl der Franzosen: zu Hause fortgejagt, setzen sie hier ans Land, erhalten die ersten Stellen in der Regie, plündern die Provinzen und gehen, wenn sie ihr Geld im Beutel haben, nach Frankreich zurück. Ich will insolgedessen nicht mehr, daß Sie Franzosen für dergleichen Stellen nehmen.“

Auch das verdroß ihn, daß trotz aller Einschränkungsversuche die Betriebskosten der Regie sehr hoch blieben. Sie verschlangen andauernd mehr als ein Zehntel der Bruttoeinnahme, während sie unter der alten Acciseverwaltung noch nicht den fünfzehnten Teil beansprucht hatten. Allerdings waren damals die Vorkehrungen für die Grenzbewachung unvollkommener und deshalb weniger kostspielig gewesen. Das finanzielle Gesamtergebnis schwankte. Die an die Generalkriegskasse zu zahlende Abschlagssumme, die sogenannte Fixation, betrug anfänglich, entsprechend den Erträgen der alten Verwaltung im Rechnungsjahre 1765/66, 4 662 210 Thaler; sie wurde 1772 bei Ablauf des ersten Vertrages im Zusammenhang mit anderen Aenderungen auf 4 395 957 Thaler herabgesetzt, womit

sich der an die Königliche Dispositionskasse gelangende Ueberschuß entsprechend erhöhen mußte. Die Bruttoeinnahme ist von 5585000 Thalern im ersten Jahre der neuen Verwaltung auf 7814634 Thaler im Rechnungsjahr 1785/86 gestiegen, nachdem inzwischen eine neue Provinz dem Staate zugefallen war. Lassen wir deren Erträge außer Betracht, so wird der Ueberschuß, der in diesen 20 Jahren gegen den Reinertrag von 1765/66 erzielt worden ist, nach einer neuerdings angestellten Berechnung im ganzen auf 23½ Millionen veranschlagt werden dürfen. Die Gegner der Regie haben schon damals nicht mit Unrecht darauf hingewiesen, daß auch ohne die französische Verwaltung die Acciseerträge mit dem zunehmenden Wohlstand sich erhöht haben würden.

Während bei der Einführung der Regie der fiskalische Gesichtspunkt erst in zweiter Linie stand, war er bei einigen anderen administrativen Reformen das Entschcheidende.

Ganz nach dem Muster der Regie erhielt 1766 das Postwesen eine Neuordnung: ein Generalintendant übernahm die Verwaltung der Posten gegen Ablieferung eines festen Betrages in der Höhe der bisherigen Posteinnahme und führte den Ueberschuß, nach Abzug einer Tantieme für die Beamten, an die Königliche Dispositionskasse ab. Auch hier richtete ein Franzose, Jacques Marie Bernard, den neuen Betrieb ein, wurde aber schon 1769 durch einen deutschen Generalpostmeister ersetzt, nachdem er einem Strafprozeß durch Flucht aus dem Wege gegangen war.

Für die Ausübung des 1765 eingeführten staatlichen Tabakmonopols wurde im Frühjahr 1767 die Generaltabakadministration eingesetzt; ein Versuch, das Monopol zu verpachten, war mißglückt. Die Tabakverwaltung stand unabhängig neben der Regie, so jedoch, daß derselbe Minister die Aufsicht über beide führte. Das finanzielle Ergebnis war durchaus günstig, der jährliche Reingewinn stieg, trotz einer schweren Krisis zu Anfang der achtziger Jahre, bis zum Ende der Regierung auf 1624711 Thaler. Der König war unablässig bemüht, die Erträge durch Verbesserung des im Lande gewonnenen Rohstoffes zu steigern; während des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges, als die Zufuhr aus Virginien stockte, gewann der einheimische Tabakbau eine beträchtliche Ausbreitung, die sich bald als starke Ueberproduktion herausstellte. Viel hätte der König darum gegeben, wenn es gelungen wäre, die virginischen Blätter für die Fabrication vollwertig zu ersetzen. Er habe die Idee, schrieb er am 16. Januar 1780 an den Chemiker Acharb, „ob es möglich sei, eine solche Sauce zu erfinden, die auf keine Weise schädlich ist und dennoch den hiesigen Landblättertobak dergestalt verbessern kann, daß solcher dem virginischen, wo nicht in totum, so doch in tantum an Bonité gleichkömmt“. Aber das Ergebnis der angestellten Versuche bereitete ihm eine große Enttäuschung. Nach einem Bericht der Generaltabakadministration vom 27. Juli 1782 hatten von 1180 eingesandten Proben außer 34 alle übrigen keinen Vorzug vor dem ordinären Landtabak, und die 34, „ungeachtet sie dem äußeren Ansehen nach gute Miene machten“, schienen doch nicht geeignet, ohne Nachteil des Absatzes unter die aus virginischen Blättern hergestellte Ware gemischt zu werden, „weil sie zum Teil den schlechten Landblättergeruch, teils einen ihnen eigenen Geruch hätten, der mit dem virginischen gar nicht übereinkäme“.

Erst 1781 wurde als Seitenstück zu der Tabakadministration die staatliche Kaffeeregierung geschaffen. In diesem Falle bezweckte das neue Monopol aus-geprochenenmaßen, einen erst seit einem Menschenalter zu größerer Verbreitung gelangten Luxusgegenstand, eine „dem Vorteil des Staates höchst schädliche Delikatesse“, stracks zu bekämpfen: „daß nicht alle Maurer, Mägde und dergleichen von ihrer Hände Arbeit sich nährenden Personen Coffee trinken sollten“. Nicht genug, daß eine Summe von mindestens 700000 Thalern jährlich aus dem Lande gehe, werde auch die heimische Bierbrauerei durch dies neumodische Genußmittel „abscheulich heruntergebracht“. „Se. Majestät sind Höchsthelbst in Dero Jugend mit Bieruppe erzogen, mithin können die Leute dorten ebenfogut mit Bieruppe erzogen werden, das ist viel gesunder als der Coffee“, so beschied der König die pommerschen Stände auf ihre Vorstellung gegen die fiskalische Verteuerung des schwarzen Kaffees. Die Errichtung staatlicher Kaffeemagazine und Brennereien, die Bestimmung, daß niemand ohne besondere, nur den Standespersonen erreichbare Erlaubnis rohe Bohnen kaufen und selber brennen durfte, endlich die Festsetzung des schier unerschwinglichen Preises von einem Thaler für das Pfund, das waren die Waffen, mit denen der Kampf zugleich gegen den Konsum und gegen die Kontrebande aufgenommen wurde. Vielleicht würde auf diesem Wege der Kaffee aus der Haushaltung des gemeinen Mannes und des Mittelstandes bald ganz verdrängt worden sein, um durch schauerlichen Sud ersetzt zu werden. Dabei aber hätte nun wieder der Staatsfädel seine Rechnung nicht gefunden; schon klagten de Launay und seine Leute über den Rückgang ihrer Einnahme aus diesem Zweige der Besteuerung. So setzten sie zweimal eine Ermäßigung des Taxpreises durch, bis das Pfund nur noch einen Drittelthaler kostete. Nun stieg die Einnahme, aber der allgemeine Haß gegen die ganze Einrichtung und ihre Werkzeuge, die in alle Küchen und alle Töpfe hineinschnüffelnden Aufpaffer, blieb, und nichts hat der Verwaltung des Königs soviel Mißgunst eingetragen, wie diese „Kaffeeriecherei“.

Die Errichtung einer Lotterie hatte Friedrich schon vor dem Siebenjährigen Kriege ins Auge gefaßt, um den Gewinn, der durch die Einsätze preußischer Unterthanen auswärtigen Auslosungen zufließ, in die eigenen Kassen zu lenken. Unmittelbar nach dem Kriege nahm der Plan Gestalt an. Auf den Vorschlag des uns schon bekannten Livornesen Calzabigi, ¹⁾ nach dem Vorbild des in Italien und den österreichischen Ländern eingebürgerten Zahlenlotto geschaffen, demnächst mit der noch heute bestehenden Klassenlotterie holländischen Musters verbunden, anfangs vom Staate in Selbstverwaltung betrieben, dann an Calzabigi und Genossen, und nach deren Rücktritt an die Staatsminister Graf Reuß und Graf Siedstedt verpachtet, trug dies Unternehmen dem Staate zu Ende der Regierung einen Pachtzins von 75000 Thalern ein, gegen den anfänglichen Betrag von nur 25000 Thalern.

Mit der Einrichtung einer besondern Behörde für die Zoll- und Acciseverwaltung und mit der Abzweigung der Tabakadministration, der Kaffeeregierung und der Lotterie von der allgemeinen Finanzverwaltung, ist die Zahl der organisatorischen Aenderungen der Periode nach 1763 noch nicht erschöpft.

¹⁾ Oben S. 358.

Die alten vier Provinzialdepartements¹⁾ verringerten sich auf drei, als der König 1766 dem von ihm so hoch geschätzten dirigierenden Minister des dritten Departements, Hagen,²⁾ zu seinem die westdeutschen Landesteile Kleve, Mark, Geldern, Mörs und Ostfriesland umfassenden Sprengel noch das vierte Departement mit Halberstadt, Minden, Ravensberg, Tecklenburg, Lingen zu teilte. 1771 wurde auch das Herzogtum Magdeburg, bisher mit der Kurmark verbunden, zu diesem nunmehr alle linkselbischen Provinzen außer der Altmark vereinigenden Departement geschlagen; nach Hagens frühzeitigem Tode folgte ein früherer Offizier, jener Freiherr v. Schulenburg-Kehnert, der, lange Zeit hochangesehen, 1806 durch seinen Anschluß an die fremden Ueberwinder schweres Nergernis gegeben hat. Inzwischen war die alte Vierzahl 1769 wiederhergestellt worden: das erste Departement wurde in der Weise zerlegt, daß der Minister Blumenthal nur Pommern und die Neumark behielt, die Kammerbezirke Königsberg und Gumbinnen dagegen Massow übernahm, der dafür sein bisheriges Departement, das kurmärkische, an Friedrich Wilhelm v. Derschau abgab.

An der damit eingetretenen Verteilung der Provinzen ist zu Friedrichs Lebzeiten nichts mehr geändert worden. Das preussisch-litauische Departement erhielt nach Massows Tode der Magdeburger Kammerpräsident v. Gaudi, wieder ein ehemaliger Offizier, das kurmärkische in Verbindung mit der Salzverwaltung und dem Generalpostmeisteramt nach Derschaus Tode 1779 Friedrich Gottlieb Michaelis, der als Kriegsrat in Breslau, dann als Direktor der kurmärkischen Kammer und zuletzt als Geheimer Finanzrat zahlreiche Sonderaufträge zu des Königs großer Zufriedenheit gelöst hatte, der einzige bürgerliche Minister Friedrichs des Großen. Als Michaelis schon nach zwei Jahren starb, berief der König einen Landrat aus dem Magdeburgischen, der ihm auf seinen Besichtigungsreisen gefallen hatte, den nachmals als Freund Wöllners stark angefeindeten Minister v. Werder. In den beiden anderen Provinzialdepartements haben die 1763 und 1771 ernannten Minister Blumenthal und Schulenburg den König überlebt.

Neue Realdepartements entstanden, außer dem für Accise und Zölle, 1768 für das Bergwerks- und Hüttenwesen, zunächst unter Hagen, dann unter Baiz v. Eschen³⁾ und zuletzt unter dem Freiherrn v. Heinitz, sowie 1770 für die Forstverwaltung unter dem eben genannten Freiherrn von der Schulenburg-Kehnert. Wie das Accisedepartement, erstreckte sich auch die neue Bergwerksverwaltung über die ganze Monarchie einschließlich Schlesiens. Heinitz befürwortete die gleiche räumliche Erweiterung für das älteste der Realdepartements, die Abteilung für Manufakturen und Kommerzien; hier aber wie in der Salzverwaltung ließ der König die Scheidung zwischen Alt- und Neuland bestehen.

Dieses älteste Realdepartement, amtlich stets als das fünfte Departement des Generaldirektoriums bezeichnet, trat Ende 1767 noch mehr als bisher aus dem Rahmen der Gesamtbehörde heraus, indem der König verfügte, daß die Manufaktur- und Fabrikenangelegenheiten überhaupt nicht mehr vor das Plenum

¹⁾ Vb. I, 350.

²⁾ Oben S. 359. 384.

³⁾ Vgl. Vb. I, 437.

gebracht werden sollten. Doch wurde für gewisse Fälle der Zusammenhang mit dem Gesamtkollegium wiederhergestellt, für andere blieb er immer erhalten. Jahrelang unter der persönlichen Einwirkung des Königs von einem „dirigierenden“ Geheimen Finanzrat, dem Schweizer Fäsch,¹⁾ verwaltet, wurde jetzt dieses fünfte Departement wieder einem Minister anvertraut, demselben Freiherrn von der Horst, der im Accise-Departement den Vorsitz führte. Ihm zur Seite standen mit Befugnissen, die über die Stellung eines vortragenden Rats hinausgingen, für Fabrikfachen noch jener Fäsch, und als commissaire général de commerce der uns schon bekannte Freiherr v. Knypphausen, dem für diese Aufgabe die auf den Gesandtschaftsposten zu Paris und London gesammelten Erfahrungen zu gute kamen. Beide traten zurück, als Horst ebenso unbedeutender und unzuverlässiger wie anspruchsvoller Nachfolger, der Sohn des alten Ministers Görne, seine Gehälfen sich straffer unterzuordnen suchte. Dieser Görne nahm ein Ende mit Schrecken, er wurde abgesetzt und wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder zu Festungshaft verurteilt. Aber auch seine Mitarbeiter verdienten sich keinen Dank. Die Anstellung eines neuen vortragenden Rats lehnte der König 1776 mit dem ungnädigen Bescheide ab: „Ich habe noch nicht gesehen, was alle die Rats des ganzen fünften Departements sonderliches geleistet haben.“ Und noch 1782 wiederholte er die Klage, daß er mit dem Geschäftsbetrieb bei dieser Behörde gar nicht zufrieden sei.

Die aus inneren Gründen gegebene Personalunion zwischen dem vierten und fünften, dem Accise- und dem Fabrikendepartement, die unter Horst geschaffen und unter seinen Nachfolgern Görne, Bismarck und Heiniß beibehalten wurde, verlor dadurch an Bedeutung, daß in der Acciseverwaltung der Minister, wie wir sahen, einen wirklichen Einfluß auf die Regieangelegenheiten nicht hatte, sondern hier im wesentlichen nur mit der Beschaffung handelsstatistischer Nachrichten und Verkehrstabellen und mit der Aufstellung der Handelsbilanz befaßt war. Doch hat Horst noch verstanden, sich dem herrischen und geschäftskundigen Regie-director de Launay gegenüber einigermaßen zu behaupten. Horst besaß die persönliche Gunst des Monarchen und wußte sie sich durch eine eigentümliche Mischung von Geschmeidigkeit und Freimut zu erhalten; er erzählte gern, daß der König einmal von ihm gesagt habe: „Horst ist ein ganz eigentümlicher Mann, wenn ich ihm den Kopf gewaschen habe, fordert er eine Audienz.“ Auch als er 1774 sein Amt niederlegte und sich auf sein westfälisches Gut zurückzog, blieb er in Gnaden und ward noch wiederholt als Gast und Tischgenosse in Potsdam gesehen. Im Gegensatz zu den fiskalischen Gesichtspunkten de Launays, der aus Besorgnis vor Ausfällen an der Accise den Ausschluß weiterer fremder Fabrikate von dem heimischen Markt oft ungern sah, vertrat Horst's Departement zu Gunsten der Industrie die rücksichtslose Schutzollendenz. Zwischen beiden Richtungen vermittelte der König, wie uns gesagt wird, „immer mehr im Sinne des Gewerbeschutzes, als der Fiskalität“.

Als zu Beginn der achtziger Jahre Heiniß zweimal auf kürzere Zeit vertretungsweise das vierte und fünfte Departement leitete, versuchte er, die handels-

¹⁾ Bd. I, 427.

politischen Gesichtspunkte gegen de Launay stärker zur Geltung zu bringen. Aber dieses Mannes Stellung hatte sich inzwischen so befestigt, daß der König bei der „Ministerrevue“ am 16. Juni 1783 mit Heinitz über die Angelegenheiten des Accise departements überhaupt nicht sprach, um, wie Heinitz meinte, den Regiedirektor nicht zu verletzen; der Minister erlaubte sich deshalb tags darauf in einem schriftlichen Bericht die Bemerkung: „Die gegenwärtige Arbeit des Ministers vom vierten Departement besteht eigentlich nur darin, Eurer Majestät alljährlich die Extrakte und Rechnungsberichte vorzulegen.“

Wie König Friedrich die Aufgabe des Industrieschutzes aufsaß, hat er seinem französischen Regiechef, als de Launay wieder einmal im Interesse seiner Acciseinnahmen vor prohibitivem Uebereifer warnte, eingehend dargelegt: „Ich prohibiere, so viel ich kann, weil dies das einzige Mittel ist, daß meine Unterthanen sich dasjenige selbst machen, was sie nicht anderswoher bekommen können. . . Wolte ich meinen Unterthanen gestatten, fremde Fabrikwaren, die freilich sehr nach ihrem Geschmack sein würden, einzuführen, was würde in kurzer Zeit aus ihnen werden, da der Luxus in allen Ländern überhand genommen hat und heutzutage die geringste Magd einen Seidenfaden an sich haben will? Sie würden bald alles Bargeld ausgegeben haben, was sie für Wolle, Leinwand und Holz, unsere einzigen Ausfuhrartikel, einnehmen.“ Aber dieser der merkantilistischen Schulweisheit entnommene Grundsatz, daß man das Geld nicht außer Landes gehen lassen dürfe, leitete ihn nicht ausschließlich; es entging ihm nicht, welchen Segen, welche befruchtende Wirkung und schöpferische Kraft die Arbeit als solche in sich birgt. Durchs Arbeiten, war seine Rede, lernt man Geld verdienen, Geld behalten und macht sich dem Gemeinwesen nützlich. Der Wert der Arbeit sollte den Mangel an natürlichem Reichtum ersetzen, in diesem Lande, dessen Kargheit der Monarch seinem Regiedirektor in den lebhaftesten Farben schilderte: in diesem Lande ohne Gold- und Silberminen, mit seinem sandigen Boden und seiner knappen Weide, mit seinem kleinen, mageren Vieh und seinem geringen Wachstum sauren Landweines. „Mein Volk muß arbeiten und würde faul werden, wenn die Industrie keinen gesicherten Absatz hätte. . . Wir wollen uns beide beeifern, meinen Unterthanen die doppelte Kunst zu lehren: ihr Geld zu sparen und Geld zu verdienen.“ Er sprach von der „Lehrzeit“ (apprentissage) seiner Unterthanen, während der es gelte, ihnen zu Hülfe zu kommen. Er gab zu, daß die Leistungen zunächst noch gering seien, aber „Zeit, Gewohnheit und das eigene Interesse, es besser zu machen“, würden nachhelfen. Er betrieb sich darauf, daß ein einziger Fabrikant 1200 Menschen in Nahrung setzen könne, ein Handelsmann kaum zwölf.

In diesem Sinne sagte de Launay nach des Königs Tode kurz und richtig: „Friedrich der Große hat die Industrie beschützt, weil sie seinem Volke Beschäftigung gab.“

Wir kennen bereits die wichtigsten Zweige der damaligen preussischen Industrie. Alle hatten sie unter den Stürmen der Kriegszeit gelitten, alle galt es nicht bloß wiederaufzurichten, sondern, wenn es anging, zu erweitern und zu

vermehrten.¹⁾ Auch die Accisereform von 1766, unter anderen Gesichtspunkten in Angriff genommen, sollte mit ihrer schärferen Grenzshut nebenbei auch dem Industrieschutz dienen.

Wenn bald nach dem Friedensschlusse eine Statistik des Bestandes an Fabriken aufgenommen worden war,²⁾ so wurde nun fort und fort auf die Ausfüllung der Lücken Bedacht genommen. Der Blick des Monarchen umspannte das Größte und das Kleinste. Eine Papierfabrik soll angelegt werden, und es erscheint fraglich, ob der erforderliche Vorrat an feinen Lumpen aufzutreiben sein wird. Friedrich verfügt: „Hier im Lande ist der üble Gebrauch, daß die Dienstmägde sowohl in den Städten als auf dem platten Lande die besten Lumpen zu Zunder verbrennen, um Feuer anzumachen; hiervon muß man suchen, die Leute zu entwöhnen, und müssen in der Absicht diejenigen, so die Lumpen einsammeln, mit Schwämmen versehen sein, die sie den Mägden vor Lumpen geben, womit sie ebenfogut als mit dem Zunder Feuer anmachen können.“ Die Begründung einer neuen Fabrik für Baumwollensstoffe und ostindische Tücher wird ihm vorgeschlagen; der König entgegnet, der Baumwollensfabriken würden zum Schaden der eigenen Landesprodukte bald zu viel werden, und wirft die Frage auf: „Und wozu sind auch ostindische Tücher nötig? Die Leute haben sich so lange mit leinen Schnupstüchern beholfen, und das gereicht doch zum besten unserer Leinensfabrikation.“ Er beobachtet, daß kleine Heiligenbilder bei dem katholischen Volk sehr begehrt sind, und befiehlt deshalb, solche möglichst wohlfeil herzustellen, zuvor aber Erkundigung darüber einzuziehen, „welche Heiligen die Leute am liebsten hätten, die müßten am meisten gemacht werden“.

Da wo das Privatkapital für Anlage und Betrieb neuer Fabriken nicht zureichte, half der Staat mit Prämien oder unmittelbaren Geldzuschüssen aus, die man treffend mit den Bürgschaften gegen etwaigen Zinsausfall verglichen hat, wie sie in einer späteren Periode von Staats wegen bei der Anlage der ersten Eisenbahnen gewährt wurden. „Man weiß doch ein für allemal,“ erklärte der König im Sommer 1779 dem Minister Michaelis, „daß, wenn in meinen Staaten etwas die Kräfte meiner Untertanen übersteigt, es mir obliegt, die Kosten zu übernehmen, und sie weiter nichts zu thun haben, als die Früchte einzusammeln.“ Es war die Zeit, von der Friedrich Nicolai zurückblickend sagte: Jeder Unternehmer nützlicher Fabriken und Manufakturen konnte sich den erprießlichsten Beistand versprechen.

Mittelpunkt aller industriellen Anlagen blieb die Hauptstadt. Anderwärts pflegte der König für den Bau von Fabriken nur Unterstüzungen zu bewilligen; in Berlin und in Potsdam baute er sie durch das Hofbauamt auf Staatskosten und schenkte sie dann den Fabrikanten. Nicht weniger als neun Millionen Thaler sind für diesen Zweck von 1763—1786 in Berlin aufgewendet worden, obgleich die Kosten im einzelnen Falle 6—7000 Thaler nicht übersteigen sollten, denn der König erklärte, „daß es meine Intention nicht ist, den Fabriken-Entrepreneurs sozusagen Palais bauen zu lassen“. Die Zahl der Berliner Gewerbe-

¹⁾ Vgl. Bb. I, 429—438.

²⁾ Oben S. 378.

treibenden betrug vor dem Kriege 18709; 1765, nachdem die Unbilden der Kriegszeit schon einigermaßen verwunden waren, 18411; aber die Zahl der selbständigen Betriebe war von 10062 auf 8866 zurückgegangen, während die der abhängigen Arbeiter von 8647 auf 9545 gestiegen war. Um die Wende des Jahrhunderts war fast jeder vierte Berliner ein Gewerbetreibender, während 1729 erst auf 9—10 Einwohner ein solcher gekommen war; so ganz hat Berlin in diesen 70 Jahren den Charakter der Ackerstadt abgestreift. Man berechnete im Jahre 1786, daß von der Warenerzeugung der Monarchie dem Werte nach fast ein Drittel auf die Hauptstadt entfalle.

So sehr der Siebenjährige Krieg im allgemeinen den Gewerbefleiß lähmte, hat er doch eine einzelne Industrie, die in der Folge zu großer Blüte gelangte, neu entstehen lassen. Die 1751 angelegte Porzellanfabrik von Wegely hatte ihren Betrieb noch während des Friedens wieder eingestellt. Nun bot sich während der Besetzung von Sachsen Gelegenheit, den Meißnern ihr Geheimnis abzugeben. Der rastlose Gokowsky errichtete in Berlin seine Fabrik am Ende der Leipziger Straße und konnte schon während des Winters auf 1762 einige Probestücke im königlichen Hauptquartier vorlegen. Bald nach dem Friedensschlusse kaufte der König von dem Begründer anlässlich seines Bankbruchs¹⁾ die neue Anlage für 225 000 Thaler und wandte ihr nun seine unausgesetzte persönliche Aufmerksamkeit zu; wie oft, wenn er aus Potsdam in die Hauptstadt kam, hat er nicht seiner geliebten Fabrik einen Besuch abgestattet. Im Frühjahr 1764 beschäftigte sie bereits 507 Arbeiter und übernahm Aufträge aus Holland und Rußland, und der König glaubte in der Freude über das Gelingen ihren Erzeugnissen vor dem Meißner Porzellan den Vorzug geben zu sollen; Fremde freilich bemängelten den bläulichen Ton der Berliner Ware. Zur Erhöhung des Absatzes diente das über ausländisches Fabrikat verhängte Einfuhrverbot, der reichliche Gebrauch, den der König zu Geschenkzwecken von diesem Gegenstande machte, und die den Juden auferlegte Verpflichtung, bei Eheschließungen Berliner Porzellan in bestimmtem Betrage abzunehmen.

In dem wichtigsten der älteren Industrien, der Tuchfabrikation, in der mit der Residenz die Landstädte, voran die neumärkischen, wetteiferten, wurde schon im ersten Kriegsjahr über den Stillstand des Geschäfts und die Nötigung zur Herabsetzung der Löhne und zur Entlassung von Arbeitskräften geklagt. 1765 waren in Berlin 3683 selbständige Betriebe im Gange, gegen 5251 von 1755; die Zahl der abhängigen Arbeiter war von 2964 auf 3448 gestiegen. Das Wiederaufblühen dieser Industrie in den Friedenszeiten läßt die Berliner Berufsstatistik von 1786 ersehen: sie verzeichnet 7683 Meisterbetriebe mit 6014 abhängigen Arbeitern. In der Neumark waren 1779 31000 Wollarbeiter thätig, in Pommern dagegen nur 800. Im Magdeburgischen galt schon 1769 der Zustand der Wollfabriken wieder als befriedigend; im folgenden Jahre wurden dann noch 100 deutsche und polnische Tuchmacherfamilien in dieser Provinz angesiedelt. In Schlesien hatte sich im Kriege die Zahl der Meister von 3519 auf 3090 verringert; an vielen Orten war, wie der König 1763 auf seiner Rund-

¹⁾ Uben S. 336.

reise feststellte, kaum die Hälfte der Tuchmacher von 1756 noch vorhanden; er machte es den Behörden dringend zur Pflicht, Fabrikanten aus Sachsen und Arbeiter aus Oesterreich und Polen heranzuziehen, und Schlabrendorff als Haupt der Provinz ließ es an Eifer nicht fehlen. Ihm vor allem hat in diesem Lande, dessen Bewohner lange Zeit sich in das aus schlesischer Wolle zu Aachen oder Leiden gefertigte Tuch gekleidet hatten, die Wollenmanufaktur ihren Aufschwung zu danken gehabt; auf seine Anordnung wurden jetzt Spinnschulen eingerichtet, die Knechte auf dem Lande sollten nicht heiraten dürfen, ehe sie spinnen könnten, und seine Erfahrungen aus Pommern sagten ihm, daß es des Zwanges nicht lange bedürfen werde. Das jetzt auch auf Schlesien ausgebreitete Verbot der Wollausfuhr und Wolldurchfuhr verhehlte seine Wirkungen auf die österreichischen und sächsischen Fabriken nicht. Das Tuchreglement für Schlesien und Glas von 1765 verband den Hauptinhalt der alten Innungsartikel mit technischen Anleitungen und Vorschriften für die Fabrikation. Erst jetzt begann in dieser Provinz ein Betrieb modernen Stils, indem leistungsfähige Häuser zur Anlage größerer Fabriken nach dem Muster der Berliner und Potsdamer angehalten wurden; bisher hatte der schlesische Kaufmann, wie Schlabrendorff schalt, in der Tuchmanufaktur nichts anderes gethan, „als nur darauf zu raffinieren, wie man dem armen Tuchmacher seine Tücher abpressen und kaum das liebe Brot darauf lassen möge“.

Dank den Bemühungen des Königs und des Ministers stieg der schlesische Tuchexport von 1763—1769 von 49143 Stück auf 67290. Nach weiteren acht Jahren beziffert Friedrich in einem Briefe an Voltaire den Wert dieses Ausfuhrzweiges für Schlesien auf 1200000 Thaler, und Heinis nahm 1783 1234000 Thaler an. Den Wert der Leinenausfuhr, wohl der des ganzen Staates, bemasß der König 1777, allerdings zu hoch, auf 5 Millionen. Für Schlesien allein berechnete Heinis 1783 vorsichtig nur 3418000, während die offiziellen Aufstellungen Jahr für Jahr rund 4 Millionen, für 1785 sogar 4½ Millionen ergaben. Beide Ausfuhrartikel betrachtete der König als die einzigen, die in nennenswerter Weise die Gesamthandelsbilanz des Staats günstig gestalteten.

Daß er die schlesische Leinwand noch immer als sein Pern¹⁾ ansah, beweist sein Wort: er werde in den Bezirken der Leinenindustrie keinen Bergbau dulden, selbst keinen Ban auf Gold, damit den Bleichen nicht das Holz entzogen werde. Um die Lücken des Weberheeres auszufüllen, die der Krieg gerissen hatte, wurde im Auslande kaum minder eifrig geworben, als für die Rekrutierung der Regimenter, und jeder zuwandernde Weber erhielt einen Wertstuhl geschenkt. Leider blieb das Los dieser schlesischen Leineweber, dieser in allen deutschen Landen so gedrückten, auch im Volkslied als armselig verspotteten Zunft, überaus kärglich, und es mag schwer zu entscheiden sein, ob das Verhältnis der Gutsunterthänigkeit, in der sich die Mehrzahl befand, ungünstiger wirkte, oder die Art des Betriebes, die keinen Zusammenschluß kannte, sondern den einzelnen Weber ohne Kapital und ohne Intelligenz zum Fabrikanten machte und allen Gewinn dem Händler zufallen ließ.

¹⁾ Vgl. Bd. I, 430.

Sehr nachdrücklich machte der König in Schlesien den Wunsch geltend, daß die adelichen Grundherren und die katholischen Stifter Fabriken einrichten sollten. Einige Standesherrn gingen mit gutem Willen voran, ohne viel Nachfolge zu finden, und die unbedeutenden industriellen Unternehmungen einzelner Klöster erwiesen sich doch bald als verfehlte Anläufe, die man nur dem Herrscher zu Gefallen ihr kümmerliches Dasein von Jahr zu Jahr hinschleppen ließ.

Das Schoßkind der staatlichen Fürsorge und Nachhülfe blieb die junge Seiden- und Sammetindustrie. Man hat berechnet, daß Friedrich während seiner Regierung für diese Industrie in runder Summe 2 Millionen Thaler ausgegeben hat, das Vierfache der den übrigen neuen Fabrikanlagen in der Kurmark zugewandten Unterstützungen. Der Krieg hatte auch hier keine vollständige Stockung, sondern nur eine zeitweilige Einschränkung der Produktion eintreten lassen. Gleich im ersten Friedensjahre entstanden einige neue Unternehmungen, darunter die beiden ersten Anlagen, die an die Stelle der Hausindustrie den fabrikmäßigen Betrieb setzten: die Taffetfabriken zu Frankfurt a. O. und Köpenik. Berlin zählte 1766 schon wieder an 500 Stühle, statt der 400, die zehn Jahre vorher gearbeitet hatten. Aber da der Absatz sich nicht in gleichem Maße steigerte, so führte das genannte Jahr eine schwere Krise herauf, in der nur das Eingreifen des Staates retten konnte, Unterstützung der brotlos gewordenen Arbeiter aus öffentlichen Mitteln, und eine Reihe von Maßnahmen zur Belebung des Geschäfts: eine nicht unerhebliche Erhöhung der schon bisher gewährten Bonifikationen; eine außerordentliche Prämie von zehn Prozent auf größere Verkäufe, welche die Fabriken in den Stand setzte, den Abnehmern einen entsprechenden Rabatt zu gewähren und so die aufgestauten Lager leichter zu räumen; endlich die nach erheblichen Schwierigkeiten geglückte Einrichtung eines Seidenmagazins, das bei wachsendem Umsatz mit erhöhten Mitteln ausgestattet wurde, den Fabriken den Bezug des Rohstoffes erleichterte und Preisschwankungen vorbeugte. Dieser Reform folgte, von einem vorübergehenden Rückschlage im Jahre 1775 abgesehen, ein andauernder Aufschwung. Mit der Zunahme des Umsatzes konnten die Bonifikationen allmählich wieder herabgesetzt werden. 1785 erzielten in Berlin und Potsdam 2935 Stühle einen Ertrag von rund 2 Millionen Thalern; ungefähr der dritte Teil der Ware wurde in die Fremde abgesetzt. Von dem zur Verarbeitung gelangenden Rohmaterial wurde im eigenen Lande jetzt mehr als ein Siebentel gewonnen: 1784 13500 Pfund im Wert von etwa 54000 Thalern, freilich nur zur Verwendung in gröberen Geweben völlig geeignet. Vor allem aber: ein umsichtiger, kluger, leistungsfähiger Unternehmerstand, eine fleißige, geschickte, strebsame Arbeiterchaft waren gerade in der Schule der Seidenindustrie herangebildet worden. Diese Berliner Industrie war darauf vorbereitet, im nächsten Jahrzehnt, als in dem altberühmten Lyon unter dem Schrecken der Jakobinerherrschaft Betrieb und Geschäft darniederlagen, vorübergehend den Weltmarkt zu bedienen. Schon jetzt war die Konkurrenz der sächsischen Seidenfabriken zurückgedrängt, die der hamburgischen aus dem Felde geschlagen.

Auch gegen den Wettbewerb der älteren einheimischen Seidenindustrie wurde den Berliner Unternehmern von Staats wegen Schutz gewährt. Bald

nach Einführung der Regie wurde 1768 in den mittleren und östlichen Provinzen der Monarchie die Einfuhr von Waren aus den Gebieten westlich der Wefer allgemein verboten. Den Anlaß gab die Unmöglichkeit, auf anderem Wege die Einschmuggelung französischer und holländischer Seidenstoffe, die sich als Krefelder Fabrikat aufspielten, zu verhindern. Ueberhaupt aber ergab sich dies Verbot folgerichtig aus einem Wirtschaftssystem, das die geographisch zusammenhängenden mittleren Provinzen als ein abgeschlossenes, einheitlich zu behandelndes Zollgebiet,¹⁾ die abgeprengten Vorlande dagegen als Zollausland betrachtete. Die Krefelder Seidenindustrie ging zwar nicht zurück, wurde aber durch den reisenden Fortschritt der hauptstädtischen erheblich überholt,²⁾ der Wert der Berliner Produktion war gegen das Ende dieser Regierung dreimal größer. Krefeld blieb im wesentlichen auf den Absatz nach dem Auslande, zumal nach Holland und über Holland nach Amerika angewiesen; und um den Nachbarn nicht zu Retorsionen Anlaß zu geben, wurde der Zollschutz hier in diesem abgetrennten Wirtschaftsgebiet der westlichen Provinzen grundsätzlich auf mäßiger Höhe gehalten.

Dagegen sollte Ostpreußen, das eine selbständige Industrie noch nicht entwickelt hatte, sich durchaus als Absatzgebiet für die mittleren Provinzen betrachten. Daß die Königsberger Kaufleute sich sträubten, Tücher und Wolllwaren aus den Landesfabriken zu beziehen, tadelte der König als ein „liebloses“ Verfahren und unterwarf deshalb den Einkauf ausländischer Erzeugnisse immer stärkeren Einschränkungen. „Ohngelegte Waren sind sie noch ein wenig in Städtefachen und in Manufakturen und Industrie gegen polizierte Provinzen,“ sagte er 1780 von den Ostpreußen. Die Tuchfabriken in Wormditten und einigen anderen Städten vermochten nur gröbere Sorten herzustellen; durch die Hausindustrie der Leinenweberei wurde nach Mirabeaus Urteil doch so viel erreicht, daß hier nicht wie im benachbarten Polen drei Viertel der Einwohner ohne Hemd einhergingen. Ein Beispiel gab der Provinz der Oberpräsident Domhardt, der auf seinen Gütern eine Papiermühle nach Holländer Art und Hammerwerke schuf; auf die Vermehrung der Ziegelbrennereien, die Anlage von Segeltuchfabriken im Interesse des Schiffbaus wies ihn der König 1781 nachdrücklich hin.

Der Schiffbau war in dieser Provinz noch unbedeutend. In Königsberg, Memel und Pillau wurden gegen Ende der Regierung jährlich etwa 20 Schiffe vom Stapel gelassen. Mittelpunkt dieser Industrie war vielmehr Stettin. Auswärtige Schiffsbaumeister begannen hier zu Anfang der fünfziger Jahre größere Seeschiffe nach den Regeln der holländischen Kunst zu bauen. Nach dem Kriege wurde an diese Anfänge wieder angeknüpft. 1765 standen 21 Schiffe auf dem Stapel, darunter einige nach Holland und Frankreich zu liefernde große Indienfahrer. Die Werft des Schiffsbaumeisters Quantin auf der „Lafadie“ erhielt nun zahlreiche Aufträge für auswärtige Rechnung; bald wurden auch auf Staatskosten große Handelsregatten zum Verkauf an das Ausland erbaut, und seit 1772 beschäftigte die neugegründete Seehandlung die Stettiner Werften mit

¹⁾ Bd. I, 438.

²⁾ Bd. I, 434.

ihren Bestellungen. Das Geschäft erreichte seine höchste Blüte während des großen Seekrieges von 1780—82, der den Seehandel der westeuropäischen Staaten lähmte; damals herrschte auch auf den kleineren pommerischen Werften, zumal in Rügenwalde, lebhafteste Thätigkeit. 1782 wurden in ganz Pommern, an 21 Orten, 99 Schiffe im Gesamtwert von 1 Million Thaler fertiggestellt; ins Ausland verkauft wurden binnen sechs Jahren 113 Seeschiffe für 872970 Thaler. —

In einer für die ganze Monarchie mit Ausnahme von Schlesien aufgestellten Industrie-Statistik, die Heiniz 1783 dem Könige übergab, erscheinen die Seidenfabriken mit 5055 Arbeitern und einem inländischen Absatz von 1356702 Thalern, einer Ausfuhr von 531026. Das Wollgewerbe beschäftigte 39367 Arbeiter und setzte im Inland für 3344166, nach dem Ausland für 1691305 Thaler Ware ab. Die Leinenweberei mit 22523 Arbeitern weist als entsprechende Absatzzahlen 373506 und 897757 Thaler auf, die Lederfabrikation mit 3595 Arbeitern 996614 und 399986 Thaler, die Baumwollenindustrie mit 4503 Arbeitern 540056 und 106765 Thaler, die der Glas- und Eisenwaren mit 8373 Arbeitern 126675 und 1053844 Thaler. Alle diese Manufakturen mit ihren 83416 Arbeitern und ihrem Absatz von 13½ Millionen verarbeiteten einheimischen Rohstoff im Werte von 4729660, eingeführten im Werte von 3470479 Thalern.

Wenn der Minister Herzberg in der Akademie der Wissenschaften 1785 am Königs-Geburtstage den jährlichen Gesamtertrag der preussischen Fabrikate auf 16 Millionen angab, so griff er zu niedrig. Die Zahl von 30 Millionen, die er im nächsten Jahre an derselben Stelle nannte, ist als starke Uebertreibung verdächtigt worden, weicht aber, genauer geprüft, von dem Ergebnis, zu dem Heiniz unter Ausschluß Schlesiens mit 13½ Millionen gelangte, nicht allzu erheblich ab; denn von Herzbergs Summe entfallen einmal ganze 11 Millionen auf Schlesien, und weiter 4½ Millionen auf verschiedene kleinere, von Heiniz nicht herangezogene Industrieerzeugnisse: Tabak, Zucker, Porzellan, Papier, Goldwaren, Seife, Talg, Del.

Die preussische Industrie, so rühmte Herzberg in der Rede von 1786, reihe sich auf ihrer gegenwärtigen Stufe vielleicht unmittelbar der Industrie Frankreichs, Englands, Hollands an, der Mächte, die seit zwei Jahrhunderten nahezu das Monopol für Manufakturen, Handel und Schifffahrt gehabt hätten: „Wir haben fast alle erdenklichen Fabriken und Manufakturen, sowohl für die Gegenstände des notwendigen Gebrauches, wie für die Annehmlichkeiten und den Luxus.“ Tuch- und Leinenindustrie nannte der Redner als die am meisten zur Vollkommenheit gelangten Zweige; die anderen Industrien seien der Mehrzahl nach vorerst mittelmäßig, würden sich aber mit der Zeit vervollkommen können, wenn man fortfahre, ihnen Aufmerksamkeit, Hilfe und Schutz so zuzuwenden, wie es die Regierung mit wahrhaft verschwenderischer Hand bisher gethan habe.

Unberücksichtigt ließen sowohl Herzberg wie Heiniz in ihren Aufstellungen die Montanindustrie, das Gebiet, das durch Heiniz für die preussische Industrie erst erobert worden ist.

Der Freiherr v. Heiniz ist einer der vielen hervorragenden Männer, die der preussische Staat, dank seiner Anziehungskraft auf große Talente und starke

Charaktere, aus der Fremde gewonnen hat. 1725 in Kursachsen geboren, hatte er den Grund zu der vielseitigen Bildung, die ihn nachmals für die Stelle eines Kurators der Berliner Akademie empfahl, zu Schnlpforta gelegt; er hat dann in Braunschweig und in seiner Heimat, wo er der Schöpfer der Freiburger Bergakademie wurde, sich zum praktischen Bergmann ausgebildet und als tüchtiger Verwaltungsbeamter bewährt und damals auf Dienstreisen die Bergwerke von Schweden und Ungarn besucht. Nach seinem Austritt aus dem sächsischen Staatsdienste benutzte er einen längeren Aufenthalt in Frankreich zum theoretischen Studium der Volkswirtschaft und schaffte sich durch eine Reise nach England eingehende Kenntnis der dortigen Grundzüge und Veranstaltungen für Bergbau und Hüttenbetrieb. Der König von Preußen scheint durch die Minister Waiz v. Eschen und Valentin v. Massow, die beide mit Heiniz seit seiner braunschweigischen Zeit in persönlichen Beziehungen standen, auf ihn aufmerksam geworden zu sein; nach dem Tode des Hessen Waiz übertrug er das Bergwerksdepartement am 7. September 1777 diesem Kursachsen. Heiniz gehört zu den selbständigeren Naturen unter den Beratern Friedrichs des Großen. Der junge Freiherr vom Stein, der unter ihm, der Nichtpreuße unter dem Nichtpreußen, seine Schule als preussischer Beamter und Bergmann durchmachte und seine Geschichte von Heiniz mit „Liebe, Ernst und Weisheit“ geleitet sah, hat ihn dankbar als einen der vortrefflichsten Männer seines Zeitalters und als das Gegenteil eines mittelmäßigen, steifen, in Förmlichkeiten befangenen Vorgesetzten gerühmt: „Dieser religiöser Sinn, ernstes anhaltendes Streben, sein Inneres zu veredeln, Entfernung von aller Selbstsucht, Empfänglichkeit für alles Edle, Schöne, unerhörtes Wohlwollen und Milde, fortdauerndes Bemühen, verdienstvoll tüchtige Männer anzustellen, ihren Verdiensten zu huldigen und junge Leute auszubilden, waren die Hauptzüge dieses vortrefflichen Charakters und brachten die gegenwärtigsten Früchte in dem seiner Verwaltung anvertrauten Geschäftskreise.“

Heiniz hat es als stellvertretender Leiter des Fabrikdepartements mit seinen selbständigen Ideen bei dem Könige nicht getroffen; in der Bergverwaltung ward ihm freierer Spielraum gelassen und dauerndes Vertrauen entgegengebracht. Der vornehmste Schauplatz aber seines Wirkens für diese Verwaltung, die er nach Steins Ausdruck aus dem Nichts erhob, wurde Schlesien, die Provinz, in der nicht weniger als 24 verschiedene Mineralien der Verwertung harren und für die der König durch eine Instruktion vom 15. Juni 1779, als Heiniz dort seinen ersten Besuch abstatten wollte, dem neuen Minister „alle möglichen Verbesserungen“ zur Pflicht machte.

Anlaß zur Errichtung der ersten staatlichen Hochofen in Schlesien hatte 1753 nicht bloß der Wunsch gegeben, auch in dieser Provinz die Ergänzung des Geschützmaterials zu sichern, sondern zugleich die Notwendigkeit, angesichts des österreichischen Prohibitivsystems den Kampf gegen die alte Eisenindustrie des Nachbarreiches aufzunehmen. „Die Werke seien nicht dazu da, um ewig Bomben zu gießen,“ erklärte der König gleich anfangs; er sprach die Hoffnung aus, daß mit der Herstellung von Guß- und Schmiedewaren, Stahl, Draht und Blech der Gewinn sich erheblich steigern werde. Der Krieg mit dem vermehrten

Munitionsbedürfnis schaffte den Werken zwar große Aufträge, hemmte aber im ganzen doch ihre Entwicklung; während der ganzen sieben Jahre haben die beiden Hochofen zu Malapane und die Kreuzburger Hütte, wiederholt vom Feinde verwüftet, nur 180 Wochen arbeiten können. Auf Schwierigkeiten stieß lange Zeit sowohl die Anwerbung geeigneter Meister, wie die Beschaffung des Rohstoffs, bis seit 1768 ergiebiger Erzlager entdeckt wurden. Bald nach dem Kriege fühlte man sich stark genug, um die Einfuhr von Roheisen und Rohstahl aus Oesterreich zu verbieten, und 1767 wurde auf steirische Sensen und Strohmesser ein Eingangszoll von 30 Prozent des Wertes gelegt; sie ganz auszuschließen, konnte man noch nicht versuchen, da die von dem Grafen Posadowsky 1764 zu Peiskretscham bei Tost angelegte Sensenfabrik nicht in die Höhe kam.

Zweifellos fehlte es den schlesischen Hütten anfänglich an geeigneter Leitung. Der Oberforstmeister Rehbanz, der in die Bresche treten mußte, klagte nachmals, er habe Baumeister und Ingenieur, Artillerist und Mechanikus, Schmelzer und Förmer, Bergmann und Kohlenstecher in einer Person sein müssen. Der entscheidende Umschwung erfolgte erst, als die Hütten auf Heinitz's Veranlassung der schlesischen Kammerverwaltung entzogen und dem Berg- und Hüttendepartement übergeben wurden, und als der Freiherr v. Reden an die Spitze des Breslauer Bergamtes trat. Heinitz stellte dem König auf Reden's Gutachten vor, daß die Eisenerze Oberschlesiens mächtig genug seien, um sämtliche Werke der Monarchie auf unabsehbare Zeiten mit Schmelzmaterial zu versehen, und der König genehmigte, daß die Mark und Pommern aus einem in Berlin anzulegenden Haupteisenmagazine ausschließlich mit schlesischem und Harzer Eisen versorgt werden sollten. Die Einfuhr schwedischen Eisens wurde am 4. November 1779 verboten; nur die Provinz Preußen blieb ihm geöffnet, die wegen ihrer Entfernung den Eisenbedarf aus Schlesien schwer beziehen konnte und ohnehin mit ihrer Ausfuhr an Korn und Holz eine günstige Handelsbilanz im Verkehr mit Schweden erzielte. Das alte Vorurteil gegen die Festigkeit des schlesischen Eisens wurde endlich überwunden. Versuche vor den Augen von Artillerie-Offizieren erwiesen, daß die schlesischen Barren schwerer sich zerreißen ließen als die berühmten schwedischen: hatten doch die Potsdamer und Spandauer Gewehrfabriken bisher ausschließlich schwedischen Stahl verarbeitet. Nun forderte der König von den Ältesten der Breslauer Kaufmannschaft die Anlage einer Stahlfabrik, „um dem Lande die durch die Einfuhr fremder Stahl- und Eisenwaren erwachsenden Nachteile zu ersparen“. So entstand seit 1785 an der Malapane die Fabrik Königsfeld mit ihrer großen Zukunft — aus kleinen Anfängen, denn der König mahnte die Unternehmer, „die Sache nicht mit eins so groß zu betreiben und so reinzuplumpen, sondern nur ganz ins kleine damit anzufangen und erst zu sehen, wie die Sache reißeret“.

Heinitz berechnete 1785 den Gewinn der Handelsbilanz seit dem Verbot des schwedischen Eisens im ganzen auf 507786 Thaler, obgleich zunächst noch Einfuhrpässe für dieses Material erteilt wurden, um der von den Privathütten versuchten Steigerung des Eisenpreises entgegenzuwirken. In dem lange gering geachteten Oberschlesien waren damals bereits 47 Hochofen und 185 Eisenhämmer im Betrieb; man berechnete ihre Produktion, im Gesamtwerte von

532 000 Thaler, auf 21 819 Zentner an Gußeisen, 123 840 an Schmiedeeisen, 2000 an Stahl, 200 an Eisendraht, 1200 an Eisenblech.

Einen glänzenden Erfolg hatte 1784 die Wiederaufnahme der Bleiförderung in der Friedrichsgrube bei Tarnowitz. Hier stellte der König aus Staatsmitteln das Betriebskapital zur Verfügung, um einen Zweig des Bergbaus wiederzugewinnen, der seit 1754 nach der Erschöpfung der Silberberger Bleiminen ganz fehlte. Die Mächtigkeit des Lagers erwies sich als so stark, daß Heinitz nicht bloß den ganzen inländischen Bedarf zu decken hoffte, sondern sich noch eine gewinnbringende Ausfuhr versprach. Ueber die Bedeutung der großen Erfindung eines James Watt durch die Berichte seiner nach England gesandten Techniker hinlänglich unterrichtet, gab der König bei diesem Anlaß für das Tarnowitzer Werk seine Zustimmung zum Bau einer „Feuermaschine“; eine andere wurde am 23. August 1785 im König-Friedrichsschacht bei Hettstädt im Mansfeldischen in Betrieb gesetzt; weitere Dampfmaschinen erhielten dann die Berliner Porzellanmanufaktur und die Salinen zu Schönebeck und Unna.

Lag bei der neuen schlesischen Montanindustrie der Schwerpunkt noch in der Förderung des Rohmaterials, so übertraf im Brandenburgischen der Wert der Fabrikate den der Stoffproduktion um ein Erhebliches; aber Heinitz beklagte das hier geltende Monopol der Splitterberschen Stahlwarenfabriken zu Eberswalde, weil das Fabrikat an Schärfe hinter dem westfälischen weit zurückstand.

Die reich entwickelten westfälischen Industriebezirke nahmen das Interesse des Ministers, der im Generaldirektorium zugleich dem Provinzialdepartement für diesen Teil der Monarchie vorstand, in hervorragendem Maße in Anspruch. Er schätzte den jährlichen Wert der westfälischen Eisenindustrie auf 600 000 Thaler und glaubte das Sauerland schon mit den glänzenden Vorbildern von Sheffield und Birmingham vergleichen zu dürfen, deren industrielle Anlagen er durch seine Vergräte an Ort und Stelle prüfen ließ.

Auf den oft und bringen ausgesprochenen Wunsch des Königs suchte Heinitz überall den Steinkohlenbau zu fördern. Mit Sorge betrachteten König und Minister die Abnahme des Waldbestandes, das Steigen der Holzpreise, zumal nach der Verwüstung der Forsten im Siebenjährigen Kriege; ja schon vor dem Kriege hatte der König für die Heizung der Kasernen in Schlesien die Steinkohlen empfohlen. In der Grafschaft Mark ist der Ertrag dieser Kohle in dem halben Jahrhundert seit 1737 von jährlich 467 874 auf 1 707 461 Scheffel gestiegen. Im übrigen preussischen Westfalen wurden 1785 jährlich 1 729 40 Scheffel gehoben, wovon ein Teil die angrenzenden geistlichen Gebiete speiste; im Saalkreis bei noch sehr unbeholfenem Betriebe nicht viel über 100 000 Scheffel, die gerade nur zur Versorgung der Salinen des Herzogtums Magdeburg zureichten. Der stellenweise in dieser Provinz gefundenen, aber kaum angebrochenen Braunkohle sagte Heinitz ihre große Zukunft voraus. In Oberschlesien fehlte es für den Kohlenreichtum an Absatz, da hier Holzangel sich ausnahmsweise noch nicht fühlbar machte und zur Ausfuhr die Verkehrsmittel nicht hinlangten; so wußte Heinitz für die Steinkohlen von Pleß kaum eine andere Verwendung als zur Herstellung von Ruß für die Schwärzung der Wachseleinwand; doch dachte er schon an ihre Verfrachtung nach Magdeburg, indem er annahm, daß trotz der Ent-

fernung ihr Preis sich dort nicht höher als der des Holzes stellen würde. Dagegen stieg im Fürstentum Schweidnitz der Verbrauch der hier geförderten Steinkohle binnen drei Jahren um das Dreifache, d. h. auf nicht weniger als 415 742 Scheffel im Jahre 1785, da schon zahlreiche gewerbliche Anlagen diese Feuerung zu schätzen wußten: es war das mehr als der zehnfache Betrag dessen, was 1740 in ganz Schlesien an Steinkohle gewonnen worden war. 1786 wurde der Verbrauch im Schweidnitzer Land auf 500 000, im Glatzischen auf 100 000, in Oberschlesien auf 50 000 Scheffel berechnet. Hätte das schlesische Bergamt, so urteilte der Breslauer Kammerdirektor v. Klöber in seinem noch bei Friedrichs Lebzeiten erschienenen Buche „Von Schlesien vor und seit 1740“, auch keine andere Aufgabe als die Beschaffung billiger Feuerung durch den Steinkohlenbau, „so würde selbiges dadurch dem Lande schon mehr nützen, als durch den Bau von Gold- und Silberminen“.

Was für Schlesien und Westfalen die Steinkohle leistete, sollte anderen Provinzen ein gesteigerter und verständigerer Betrieb der Torfgräberei erzeigen. Nach Pommern wurden zu diesem Behuf Sachverständige aus Ostfriesland gezogen; die Torfstiche im Magdeburgischen und Halberstädtischen hatte man bis zum Ende dieser Regierung auf den vierfachen Ertrag gebracht; für Ostpreußen und die Marken wurde entsprechendes angestrebt.

Mit dem raschen Aufblühen der Montanindustrie hielt die Entwicklung eines alten Betriebes, des Salinenwesens, nicht gleichen Schritt. Zwar ließ der König von 1769—1774 durch den für diesen Verwaltungsweig als Minister in das Generaldirektorium berufenen Klevischen Kammerpräsidenten v. Derchau Reformen sowohl in der Verwaltung der Generalsalzkasse wie in den Grundsätzen für Verpachtung und technische Leitung der Siedereien durchführen, und die Saline Schönebeck stand gegen Ende der Regierung nach wiederholtem Umbau mit einer Leistungsfähigkeit von 17 500 Lasten und einer Schar von etwa 840 Arbeitern als die größte in Deutschland da. Aber über die Güte des gewonnenen Salzes wurde nicht ohne Grund geklagt; die Pächterinnen der großen Staatsjalinen, zwei adeliche Damen, waren einseitig auf ihren Vorteil bedacht, die Wirtschaft war durchaus nicht mustergültig. Wandel hat hier wieder erst Heinitz geschaffen, als er unter Friedrichs Nachfolger das Salzdepartement übernahm.

Heinitz berechnete 1785, daß von der Bevölkerung der Monarchie der sechste Teil sich in den auf das Mineralreich gerichteten Industrien bethätige. Das genügte ihm noch nicht, wenn er in England ein Drittel, in Schweden, Sachsen, Oesterreich drei Achtel der Einwohner von diesen Erwerbszweigen leben sah. —

In den Verfügungen, die der König in Gewerbeangelegenheiten an die Minister, Kammerpräsidenten ergehen ließ, begegnet uns immer wieder die Mahnung zu erhöhtem Eifer, eine gewisse Ungebuld, der die Erfolge nicht schnell genug sich einstellen, oft scharfer Tadel, ja verletzende Drohung. Wenn aber der strenge Gebieter das Gesamtergebnis jahrzehntelanger Arbeit in diesem Bereiche musterte, so erklärte er sich doch auch hier mit dem Fortschritt zufrieden und bekannte, daß alles in seinem Staate Kern sei und daß jeder an seinem Platz auf Bervollkommnung hinarbeite. Er betrachtet seine Regierungszeit als die Epoche des Aufblühens der preussischen Industrie; durch die Begründung

seiner neuen Manufakturen, so stellt er sich in einer Denkschrift aus dem 42. Jahre seiner Herrschaft das Zeugnis aus, habe er die passive Handelsbilanz der vorangegangenen Regierung zu sehr bedeutendem aktiven Ueberfluß emporgetrieben. Voltaires Wort: „Le siècle de la Prusse est à la fin venu“ — die Selbstvariation eines Verses aus dem Mahomet — galt auch für Preußens Industrie.

So urteilte auch der Hamburger Büsch, dessen von 1759—1800 erschienene nationalökonomische Schriften in unseren Tagen als die wohl lehrreichste zeitgenössische Kritik der preussischen Verwaltung bezeichnet worden sind: „Friedrichs des Großen Meisterwerk war, daß er seinen Staaten, welchen die Manufakturen bis dahin so sehr fehlten, einen so großen Erwerb durch das von ihm geschaffene Manufakturgewerbe gegeben hat.“ Nicht jede Manufaktur lasse sich überall einführen, wahr aber bleibe: „Es gibt Manufakturen, die ein jedes Volk muß haben können, wenn es sie haben will.“ Büsch kannte als Hamburger alle die Klagen seiner Landsleute über die Schädigung ihrer Interessen durch die preussische Wirtschaftspolitik, er betrachtete viele Maßnahmen dieser Politik als verfehlt und tabelte andere sehr scharf; aber er stellte die Thatfache fest, daß trotz aller Prohibitionen und Erschwerungen der Zwischenhandel Hamburgs mit den brandenburgisch-preussischen Staaten infolge ihres wirtschaftlichen Aufblühens jetzt bei weitem größer als vordem geworden sei, sodaß es sehr thöricht sein würde, die Mark Brandenburg in ihren ehemaligen „betrübten und kümmerlichen Zustand“ zurückzuwünschen.

Ohne Frage blieb hinter den Erfolgen der Industrie die Entwicklung des Handels zurück.

„Der Dreißigjährige Krieg,“ so schreibt Friedrich einmal an Voltaire, „hat Deutschland mehr geschadet, als die Fremden glauben. Man hat zuerst mit dem Landbau wieder anfangen müssen, dann mit den Manufakturen, endlich mit einem schwachen Handel.“ Diese im Wachstum zurückgebliebene jüngste Schwester war einstweilen noch das Nischenbrödel; ihre Ansprüche wurden den Bedürfnissen des Industrieschutzes, der im Mittelpunkt der staatlichen Wirtschaftspolitik stand, fast unbedingt untergeordnet.

Es kam hinzu, daß da, wo die Umstände an sich eine Begünstigung des Freihandels nahe legten, wie im Verkehr zwischen Schlesien und den österreichischen Landen, nun wiederum das Industrieschutz-System der Nachbarmacht zur Gegenwehr, zu Sperrmaßregeln nötigte.

Der Rechtsanspruch auf Aufrechterhaltung des alten freien Handels an der schlesischen Grenze, den Preußen durch die Friedensschlüsse von 1742 und 1745 bis zu gewissem Grade gewonnen hatte, war bei den Verhandlungen von Hubertusburg, wie wir sahen,¹⁾ preisgegeben worden. Der dreizehnte Artikel des Friedens von 1763 erhielt den ausdrücklichen Zusatz, daß bis zu dem zu erstrebenden Abschluß eines Handelsvertrages jeder der beiden Staaten alles auf den Handel

¹⁾ Oben S. 331.

Bezügliche „selon sa volonté“ einrichten werde. So hatte bald nach der Einstellung des Kampfes mit den Waffen der Zollkrieg von neuem begonnen; in Wien aber glaubte man die schädliche Wirkung der Kampfsölle leichter tragen zu können, als der Gegner. Der durch die österreichischen Einfuhrverbote vom 24. März 1764 wiedereröffnete Kampf galt insonderheit den preußischen Seidenwaren, Wollzeugen und Tüchern, auch den Hüten und Strümpfen; für Preußen war neben zahlreichen, seit dem Mai 1764 erlassenen Einfuhrverboten das wirksamste Kampfmittel jene Sperre der Wollausfuhr,¹⁾ wodurch man die mühsam sich herausarbeitenden österreichischen Fabriken zu bedrängen hoffte.

Nicht anders das Bild an den preußisch-sächsischen Grenzen. Ein Wollausfuhrverbot, vorübergehend schon 1755 als Waffe angewendet, dann 1761 erneut, wurde 1763 durch eine Sperre der Durchfuhr polnischer Wolle erweitert. Den vollständigen Bruch führte das Dresdener Edikt vom 27. März 1765 herbei, das alle preußischen Fabrikate aus Sachsen ausschloß. Ein preußisches Edikt vom nächsten 7. Mai vergalt Gleiches mit Gleichem in Bezug auf alle seidenen, wollenen, baumwollenen, leinenen Waren, Gold- und Silbergerät und Porzellan. Nach wiederholtem Austausch von Bescherden und Anklagen benutzte gegen das Ende des Jahres die Kurfürstin Marie Antonie den eigenhändigen Briefverkehr, den sie seit dem Kriege mit dem Könige von Preußen unterhielt, zu dem Versuch einer persönlichen Friedensvermittlung.

Eine ganz eigenartige Diskussion begann. An eine Betrachtung über die Notwendigkeit, durch Industrie und Handel die Wunden, die der letzte Krieg geschlagen, zu heilen, knüpfte die Kurfürstin ihr Bedauern über die eingetretenen handelspolitischen Mißhelligkeiten: „Sie sind so erleuchtet, Sire, Sie kennen die gesunden Grundsätze, ich muß notwendig annehmen, daß Eurer Majestät schlecht begründete Berichte, gehässige Insinuationen vorliegen. Glauben Sie mir, Sire, ich kenne ein wenig unsere Geschäfte, obgleich ich nicht am Ruder sitze. Unser großes Prinzip ist die Freiheit des Handels und die Gegenseitigkeit. Wenn Eure Majestät dieses System sich zu eigen machen will, mit den Einschränkungen, die das innere Bedürfnis jedes Staates notwendig machen mag, so werden Sie uns zu allem bereit finden, was zu dem gemeinsamen Wohl beider Staaten beitragen kann.“ Der König antwortet mit dem Hinweis auf das sächsische Edikt, durch das er erst zu Repressalien genötigt worden sei, und bemerkt dann ausweichend, die ganzen Streitigkeiten, diese kleinen Erbärmlichkeiten, gingen nur auf die Minister, die großen Perrücken, zurück, die überall von demselben Schlage seien, in Sachsen wie in Preußen: „Borausgesetzt, daß diese Herren nicht den Verkehr, den Sie, Madame, mit mir zu unterhalten geruhen, verbieten, verzeihe ich ihnen den Rest.“ Aber so läßt sich die Fürstin nicht abfinden; sie stellt jetzt gleichsam die Vertrauensfrage; sie bittet um eine direkte Verhandlung, bei der man viel schneller zu einem erspriechlichen Handelsvertrag kommen werde, als wenn man die großen Perrücken, die Feder in der Hand, in Schlachtordnung aufstelle; sie gibt noch einmal ihre Losung aus: „Liberté et réciprocité“. Friedrich bekennt bewundernd, daß die Kurfürstin in einer Handelskammer oder an der

¹⁾ Oben S. 398.

Seite eines Richelieu ebenso an ihrem Plage sein würde, wie als Kunsttrichterin auf dem Barnack; er seinerseits kenne zu gut seine Schwäche, um nicht zu wissen, wie schlecht er sich als Unterhändler ihr gegenüber behaupten werde. Ernster fährt er dann fort: „Seit einem halben Jahrhundert, seit Europa anfängt, sich über die Interessen seines Handels aufzuklären, gibt es keinen Staat, wo eine völlige Handelsfreiheit besteht, und was zwischen Nachbarn geschehen kann, beschränkt sich auf eine Uebereinkunft über gewisse, beiden Theilen gleichmäßig vorteilhafte Punkte, was immer eine Beschränkung der Einfuhr voraussetzt.“ Er schlägt dann die Ernennung von Kommissaren vor, denn nur sie, mit voller Kenntniss des unermesslichen Details, seien solchen Verhandlungen gewachsen. Die Kurfürstin dankt für das Entgegenkommen, der König schließt: „Wir werden also große Perrücke gegen große Perrücke loslassen, und sie werden Wunder thun. Aber eine innere Stimme sagt mir: ‚Verrate nicht die Interessen des Volkes, das dir anvertraut ist,‘ und eben nach dieser inneren Stimme wird meine große Perrücke ihre Instruktionen erhalten.“

Und so geschah es. Friedrich bedeutete seine Minister, daß der einzige Punkt, der bei den Konferenzen zur Beratung kommen dürfe, ein Abkommen für den Meßverkehr in Frankfurt a. D. und Leipzig sei: „von allen übrigen Sachen, die ich schon auf einen festen Fuß eingerichtet habe, wird nicht mehr die Rede sein können“. So hielt sich das Ergebnis der Beratung in bescheidensten Grenzen.

Die stärkste Waffe in der Hand des preussischen Königs war für diesen wirtschaftlichen Kampf sein System der Durchgangszölle. Zum Unglück für die Zeitgenossen, klagte jener Hamburger Büsch in seiner sechs Jahre nach Friedrichs Tode erschienenen „Darstellung der Handlung“, habe die geographische Lage seines Staates diesen König zum Meister von fünf der größten Flüsse und von den vorzüglichsten Handelsstraßen in Europa gemacht. Immerhin war diese Waffe zweischneidig; eine gewisse Schädigung des eigenen Handels mußte mit in den Kauf genommen werden. Zunächst allerdings hatte, nach der Einführung des Transitzollens in den vierziger Jahren,¹⁾ der Magdeburger Handel einen großen Aufschwung genommen, und so glaubte der König 1765, zu dem bisherigen Durchgangszoll unbedenklich noch einen Aufschlag erheben zu können. Der Erfolg sprach dagegen. Die Einnahme aus den Transitogefällen ging im Rechnungsjahr 1766/67 von 118000 Thaler auf 40000 herunter, zwischen Hamburg und Leipzig lenkte der Verkehr den preussischen Straßen aus und scheute nicht den Umweg durch das Hannöversische, westlich um den Harz herum. Der König sagte sich, daß er zu viel versucht hatte, und erließ am 20. Januar 1768 eine neue, zu etwas niedrigeren Sätzen zurückkehrende und vor allem wesentlich vereinfachte Zollordnung; durch Einzelbestimmungen ergänzt, ist sie während der beiden nächsten Jahrzehnte in Kraft geblieben. Nun hoben sich die Zolleinnahmen wieder und überschritten allmählich den bis 1765 eingekommenen Betrag nicht unerheblich. Das letzte Ziel freilich, die Absicht, den ganzen Zwischenhandel den Magdeburgern in die Hände zu spielen, wurde nicht erreicht, obgleich die Abgaben wesentlich geringer waren, wenn die nach Mitteldeutschland bestimmten Waren

¹⁾ Bb. I, 443.

nicht einfach durchgeführt, sondern auf den Packhöfen zu Magdeburg oder Halle abgeladen wurden.

Dieses vornehmlich gegen den sächsisch-hamburgischen Handel gerichtete Magdeburger Durchgangszollsystem wurde seit 1765 mit einigen Abwandlungen auf Schlesien und den sächsisch-polnischen Handel ausgedehnt. Der Zoll wurde hier schließlich auf Säze gebracht, die hoch genug waren, um den Wettbewerb der sächsischen Fabrikate zurückzuhalten, und noch gerade niedrig genug, um den sächsisch-polnischen Handel mit Tüchern, Wachs, Garn, Wolle, Rohleder, Vieh und Getreide nicht auf den Umweg durch das österreichische Gebiet zu drängen.

Die Magdeburger Kaufleute bezeichneten es bei ihren Klagen über den Transitivoll als das Beschwerlichste, „daß man so viele Formalien introduziert habe, die Expedition der Waren durch die vielen Anweisungen und Instanzen aufhalte und den auswärtigen Fuhrmann, der weder lesen noch schreiben könne, durch die vielen Zettel in Verwirrung setze“. Man gewöhnte sich allmählich an die Neuerungen, zumal als seit 1773 nach den mancherlei Schwankungen ein Zustand eintrat, an dem nichts Wesentliches mehr geändert wurde. Als später nach dem Thronwechsel die Abänderung dieser Zollverfassung in Erwägung gezogen wurde, gab dieselbe Magdeburger Kaufmannschaft, die bei der Einführung der Zölle den völligen Ruin des Elbhandels vorausgesagt hatte, ihre Stimme dahin ab, daß man tiefer eingreifende Umwandlungen nicht vornehmen solle.

Sehr gering war der Ertrag der letzten noch bestehenden Binnenzölle. Der König betrachtete sie vornehmlich als eine Kontrolle gegen den Schmuggel, nicht als Geldquelle. Vor der wissenschaftlichen Kritik fanden sie längst keine Gnade mehr.

Auch die großen politischen Umgestaltungen der Landkarte übten immer von neuem ihre störende Wirkung aus, indem alte Handelswege durchschnitten, alte Absatzgebiete versperrt wurden. Für den schlesischen Handel, insbesondere den Viehhandel nach dem Gebiet der unteren Donau war es ein schwerer Schlag, als Galizien österreichisch wurde und sich mit Zollgrenzen umgab. Und Rußland hatte von seinem Anteil an Polen kaum Besitz ergriffen, so legte man der Getreideausfuhr nach Preußen Erschwerungen auf, die der Königsberger Kaufmannschaft hange Sorge bereiteten.

Den nachteiligen Wirkungen, welche die zum Schutze der heimischen Industrie geführten Zollkriege auf den Handel ausübten, suchte der König, wie schon vor dem Siebenjährigen Kriege,¹⁾ vornehmlich durch zwei Mittel positiv entgegenzuwirken: durch die Anbahnung von Handelsverträgen und durch die Begünstigung kapitalistischer Unternehmungen.

Einer seiner Minister hat ihm vorgestellt, es sei in der Handelspolitik ebenso nötig, sich Nachbarn wie sich Kolonien zu erhalten — damals hatten die Engländer die ihren in Nordamerika gerade verloren. Der Rat war trefflich, aber im Zeitalter des starren Merkantilismus, wo eben jeder Staat sich mit Zollschranken umgab, war es freilich schwer, die Voraussetzungen für einen Handelsvertrag zu finden. Das vor dem Kriege mit Mühen erlangte Abkommen mit Frankreich hätte Preußen gern erneuert, aber der Wind wehte nicht mehr, der

¹⁾ Bb. I, 447—456.

1753 der Verhandlung die Segel geschwehlt hatte; bei der zwischen den beiden Höfen andauernden Spannung führten die Handelskonferenzen der Jahre 1768—69 zu keinem Ergebnis. Um so mehr wurde eine Verhandlung mit Polen durch die politische und kommerzielle Konjunktur begünstigt. Als dieses Nachbarland durch die Ereignisse des Jahres 1772 von der See abgeschnitten war, erklärte de Launay dem Könige: „Eure Majestät dürfen nur den Schlagbaum zuhalten, um Ihren Staaten den ganzen Zwischenhandel mit Polen zu sichern.“ Nach einigem Sträuben nahm man dort die preussischen Anträge an, um nur etwas Gewisses zu haben, wie in der Delegation des Reichstages gesagt wurde, und nicht ganz von der Willkür des Nachbarn abzuhängen. Der Vertrag vom 19. März 1775 errichtete an den preussisch-polnischen Grenzen Differenzialzölle für die Waren der beiderseitigen Unterthanen und die Waren jedes dritten; diese wurden mit einer Abgabe von zwölf Prozent des Wertes belegt, jene nur mit einer zweiprozentigen. So hoffte Preußen sich den polnischen Markt für seine Fabrikate zu erobern, den fremden Wettbewerb matt zu setzen und zugleich den polnischen Kornhandel nach Königsberg, Pillau, Elbing und Stettin zu ziehen, auf Kosten Danzigs, das, noch polnisch, jetzt doch als Zollausland behandelt und unter den erhöhten Zoll von zwölf Prozent einbegriffen wurde. Der Vertrag, von dem Könige als großer Gewinn betrachtet, wurde von einem Teil der preussischen Kaufleute, zumal von den schlesischen, mit scheelen Blicken angesehen. Man klagte, daß der schlesische Durchgangshandel jetzt den Gnadenstoß erhalte, und wies die Bertröstung ab, daß bald der Stapel- und Expeditionshandel um so größeren Aufschwung nehmen werde. Auch Heinitz hatte Bedenken, de Launay glaubte sie widerlegen zu können. Der König berief eine Kommission zur Prüfung, sie hielt zu Heinitz, aber der König entschied für de Launay und die Beibehaltung des Tarifs von 1775.

Einen wichtigen Erfolg bedeutete der Handelsvertrag mit Spanien von 1782: die schlesische Leinwand, fortan beim Eingang nicht höher besteuert als die französische, vermochte jetzt trotz des weiteren Weges jene auf dem spanischen Markte zu unterbieten und zurückzubringen. Als damals jenseits des Weltmeeres eine neue Republik entstand, beehrte sich König Friedrich, dort Handelsbeziehungen anzuknüpfen, um Tuche, Wollstoffe und Leinwand, Eisenwaren und Porzellan gegen Reis, Indigo und virginischen Tabak umzusetzen. Der Meistbegünstigungsvertrag zwischen Preußen und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 10. September 1785 hat dann freilich den von beiden Teilen an ihn geknüpften Erwartungen nur wenig entsprochen, da noch auf lange hinaus die maritim und kapitalistisch leistungsfähigeren Engländer im Welthandel die Vermittler zwischen diesen abtrünnigen Kolonien und der alten Welt blieben.

Nichts ist den Fanatikern eines neuen national-ökonomischen Dogmas an der Wirtschaftspolitik Friedrichs des Großen so anstößig, so verdammenswürdig, so unbegreiflich erschienen, als seine Monopole. Ein Mirabeau erklärte, daß er den Ursprung dieser Vorliebe für exklusive Privilegien, den Grund der Verblendung Friedrichs gegen ihre verderblichen Wirkungen nicht habe entdecken können; als Vermutung sprach er aus, daß neben dem rein fiskalischen Gesichtspunkte — denn anscheinend seien diese Monopole dem Staate für schweres Geld abgekauft worden — die Hoffnung mitgewirkt habe, dem Schmuggel Abbruch zu

thun, da natürlicherweise die Furcht vor der Einziehung der Freibriefe die Inhaber zu um so genauerer Beachtung der Zollgesetze angetrieben habe.

Wie völlig griff solche Vermutung fehl! Friedrich hatte über das Monopolenwesen seine eigene Theorie. Er betrachtete es als ein notwendiges Uebel, als ein Aushülfsmittel, als eine Uebergangsform des volkswirtschaftlichen Betriebes. Erklusivprivilegien wurden deshalb an Fabrikanten grundsätzlich nur verliehen, um die Einführung eines neuen Artikels zu erleichtern, zumal wenn es galt, einen Großbetrieb zu ermöglichen und schnell in die Höhe zu bringen, gleichsam als ein Patent, um für Kosten und Gefahr dem Unternehmer einen Vorsprung zu sichern. Grundsätzlich erfolgte somit die Verleihung auch nur auf befristete Zeit und wurde nicht erneut, wenn die Unternehmung Kraft gewonnen hatte, auf eigenen Füßen zu stehen. Es versteht sich, daß es dabei bisweilen schwer war, den entscheidenden Zeitpunkt genau zu bestimmen. Den Berliner Unternehmern die Tuchlieferungen für die Regimenter zu Gunsten der neuen westpreussischen Manufakturen zu verkürzen, wollte sich der König nicht entschließen: „Man muß nicht Paulum ausziehen, um Petrum zu bekleiden,“ so verfügte er eigenhändig. Es blieb nicht aus, daß fortbestehende Alleinrechte ihre Berechtigung im Sinne der Theorie doch schon verloren hatten und nur noch schädlich wirkten, wie nach Heinikens Auffassung jenes Privilegium der Splitterbergschen Stahlwaren.¹⁾ Der König selbst leugnete solche schlechten Erfahrungen nicht und kargte deshalb später mit der Bevorzugung Einzelner, wie das andererseits auch die folgerichtige Wirkung der Zunahme des Nationalreichtums und der allgemeinen Leistungsfähigkeit war. „Ein Monopolium wollte ich nicht gerne haben, denn das hat immer einen üblen Erfolg,“ so erklärte er in seinem letzten Lebensjahre dem schlesischen Provinzialminister, als es sich um die Begründung der dortigen Stahlwarenfabrik²⁾ handelte; „der Monopolist wendet keinen rechten Fleiß und Betriebsamkeit an auf die Sache, weil er niemanden neben sich hat, der ihm nachseifert; daraus kommt denn, daß er seine Arbeit negligieret und schlechte Ware macht.“ So ganz wußte Friedrich die Bedeutung der Konkurrenz für den gewerblichen Fortschritt zu würdigen. Und als Daniel Jzig 1781 für seine neu zu begründende Luxusleberfabrik wünschte, daß die Schlächter angehalten werden sollten, ihm jährlich eine Zahl roher Rindshäute nach fester Tare zu liefern, verfügte der König: „Das geht nicht an! Freilich können sie an ihn verkaufen, soviel sie wollen; allein kein Zwang muß dabei sein.“

Auch mit den Beihilfen für neue Fabrikanlagen war er zuletzt zurückhaltender geworden. Als er 1781 um 6000 Thaler Zuschuß für die Gründung einer Segeltuchfabrik in Ostpreußen angegangen wurde, antwortete er dem Oberpräsidenten Domhardt sehr unwirsch: „Ihr seid nicht geschickt, das ist nichts. Die Leute müssen das für ihr eigenes Geld thun, denn sie haben ja den Profit davon. Warum soll ich das Geld geben? Das wird dann nur verzehrt, und aus der Fabrik wird nachher nichts. Wenn die Leute diese Sachen für ihr eigenes Geld machen, so wenden sie auch mehr Fleiß darauf und geben sich mehr Mühe darum.“

¹⁾ Oben S. 404.

²⁾ Oben S. 408.

In dem Maße nun, als Handelsunternehmungen, zumal überseeische, größerem Risiko ausgesetzt waren als industrielle Anlagen, erforderten sie auch stärkere und vor allem längere Unterstützung durch Monopole. Die Bildung großer kapitalkräftiger Handelsgesellschaften hatte schon der Lehrmeister des Kronprinzen Friedrich, der Kammerdirektor Hille, in jener Denkschrift von 1725¹⁾ gefordert, aber noch immer galt seine Klage, daß der Kaufmann, reich geworden, den Handel lieber aufgebe und Grundbesitz erwerbe. „Statt daß die Bürger solche Sachen machen und ihre Gelder anlegen sollten,“ schreibt der alte König 1780, „wollen sie Güter kaufen.“ So fand auch sein Bestreben, den Magdeburger Eigenhandel auf Kosten der Nachbarn in die Höhe zu bringen, bei der Kaufmannschaft geringes Entgegenkommen. Und in Breslau klagte die Kammer fort und fort über die schlaffe Bequemlichkeit der Kaufleute, die „nach ihrem bekannten Genie“ die Waren von den Fremden abholen ließen, statt sie selber auf die auswärtigen Märkte zu führen. Ein Fachmann endlich, der unternehmendste Kaufmann des damaligen Schlesiens, der aus Westfalen zugewanderte Peter Hasenclever, warf seinen neuen Landsleuten vor, daß sie für gemeinnützige Veranstaltungen nie Geld hätten, nie daran dächten, auf gemeinsame Kosten Sachverständige ins Ausland zu schicken, „um Fabriken und Handelsgeheimnisse zu erforschen“, daß die Landshuter Kaufmannsinnung im Laufe von elf Jahrzehnten noch nicht einen Groschen für einen kaufmännischen Fonds gesammelt hätte, und daß es in Hirschberg nicht besser stünde.

So verstehen wir, daß der König trotz seines Mißtrauens gegen hergelaufene Projektentmacher²⁾ sich zu dem Grundsatz bekannte, bei Begründung von Handelsgesellschaften oder neuen Industrien Ausländer aus den Staaten heranzuziehen, in denen dieser Handelszweig oder jene Manufaktur schon in Blüte stehe. Wenn er dann auch einmal an einen Betrüger komme, so ärgere und entmutige ihn das doch nicht. Ein Kleeblatt dieser Schmarotzer — Messieurs les Écornifleurs — hat er in beißenden Spottversen verewigt.

Als eine Handelsgesellschaft im größten Maßstabe und mit den mannigfachen Aufgaben war ursprünglich die preussische Bank gedacht worden:³⁾ sie sollte neben den eigentlichen Bankgeschäften und der Münze den gesamten auswärtigen Holzhandel, den schlesischen Leinenhandel, das Geschäft nach Rußland, Polen und Skandinavien, nach dem Mittelmeer und China an sich nehmen und endlich auch als Gesellschaft zur Schiffsversicherung wirken. Wenn nun eine so gewaltige Gründung sich sofort als unausführbar herausgestellt hatte, so wurden doch die Stücke dieses zerstückelten Riesenentwurfes sämtlich festgehalten und der Reihe nach einzeln verwirklicht.

Die Seeasssekuranz-Gesellschaft, am 31. Januar 1765 zu Berlin mit einem Stammkapital von einer Million Thaler zu 4000 Aktien gegründet, hatte anfangs, wie die Bank selbst, mit dem hartnäckigsten Mißtrauen zu kämpfen; die Stettiner Kaufleute weigerten sich, sie zu benutzen, da sie in Amsterdam oder Hamburg ihre Schiffe billiger und bequemer versichern konnten. Erst ganz all-

¹⁾ Ab. I, 424.

²⁾ Ab. I, 453.

³⁾ Oben S. 358.

mählich gewann die einheimische Anstalt in den preussischen Hafenstädten Boden. Eine Brennholzgesellschaft zur Versorgung der Residenzstädte Berlin und Potsdam, die beim Verkauf eine Laxe nicht überschreiten durfte, sollte der willkürlichen und wucherischen Verteuerung des Holzes vorbeugen; eine Nutzholzgesellschaft war in erster Linie bestimmt, den Elbhandel nach Hamburg einheitlich zu organisieren und erhielt zu diesem Zweck das ausschließliche Recht zur Ausfuhr des Schiffs-, Stab- und Kaufmannsholzes aus den Staats- und Kammereiforsten der Kurmark und des Herzogtums Magdeburg und das Vorkaufsrecht auf alles zur Ausfuhr bestimmte Nutzholz aus den Privatforsten. Beide Gesellschaften, 1766 gegründet, gaben in der Folge ihre Geschäfte an eine staatliche Verwaltung ab.

Erfolglos war, zum Teil wegen ungeeigneter Leitung, die 1765 ins Leben getretene Levantische Kompanie, eine Aktiengesellschaft mit dem Monopol, die bisher auf dem Landwege über Triest und Wien bezogenen Waren, macedonische Baumwolle und türkisches Garn, Kameelhaare, Del und Süßfrüchte zur See einzuführen. Sie mietete fremde Schiffe, da den preussischen die zum Schutze gegen die seeräuberischen Barbaresken unentbehrlichen Türkenpässe fehlten, mußte aber schon 1769 ihre Zahlungen einstellen, als der Hauptunternehmer, der Hofbankier Clement, ein Holländer, sich in den Bankbruch eines Amsterdamer Hauses verwickelt sah. Für das Geschäft nach Rußland erhielt 1766 das Schweiggerische Bankhaus gegen die Verpflichtung, jährlich für 15000 Thaler Porzellan aus der königlichen Manufaktur abzusetzen, ein gewichtiges Vorzugsrecht: alle Waren aus Rußland, die nicht auf Rechnung seines Petersburger Kontors gingen, unterlagen in Stettin einer Zollerhöhung von zwei Prozent des Wertes; gleichzeitig wurde auf alle russischen Ausfuhr, die nicht auf Rechnung preussischer Unterthanen gingen, ein Zuschlag von fünf Prozent in Stettin und von acht Prozent auf der Elbe gelegt. Der König dachte damit die russische Durchfuhr durch preussisches Gebiet fremden Zwischenhändlern zu entziehen und zugleich mehr und mehr von Hamburg nach Stettin zu lenken;¹⁾ er hielt deshalb die neue Ordnung sowohl gegen die diplomatischen Vorstellungen der Zarin, wie gegen die beweglichen Klagen der Breslauer Kaufmannschaft mit Entschiedenheit aufrecht.

Unerfüllt blieb zunächst sein Wunsch, den unmittelbaren Handelsverkehr mit Ostasien²⁾ wieder aufgenommen zu sehen. Erst in seinen letzten Regierungsjahren fanden die Embener Handelsherren abermals Schiffe nach Bengalen, Batavia und China, nachdem ihnen ihr einträglicher Cabotagehandel während des neuen Seekriegs zwischen England und Frankreich frischen Unternehmungsgeist eingestoßt hatte. Erfolgreich trat seit 1769 die Heringskompanie von Embden dem Wettbewerb der Dänen, Schweden und zumal der Holländer entgegen. Mit 6 Schiffen anfangend, ließ sie 1782 schon 32 in See gehen, und in dem Maße, als sie ihren Betrieb erweiterte, konnten ihr immer neue Provinzen zur ausschließlichen Versorgung überwiesen werden, aber mit der Beschränkung, daß der Preis gegen den in ihrem Gründungsjahr für die holländische Ware marktgängigen nicht erhöht werden durfte.

¹⁾ Vgl. Bd. I, 441 ff.

²⁾ Bd. I, 453.

Alle diese Unternehmungen übertraf und überdauerte die Seehandlungsgesellschaft von 1772, die nach Erwerbung einer neuen Provinz Anlässen, welche uns noch beschäftigen werden, ihre Entstehung verdankte.

Sorgsam fortgesetzt wurden die im Jahre 1747 eingeführten Handeltabellen. Mirabeau, der von seinem freihändlerischen Standpunkt aus die Aufstellung einer Handelsbilanz überhaupt für „unnützlich und illusorisch“ erklärte, hat über die Zahlen der amtlichen preussischen Handelsstatistik sehr abschätzig geurtheilt. Er verwarf das Bild, das Herzberg danach zeichnen zu können meinte, als „ein absolut falsches, ohne Grundlage, ohne Wirklichkeit, ohne Scheinbarkeit, ohne Möglichkeit“. Nach den richtigeren Ziffern, über die Mirabeau zu verfügen glaubte, würde die preussische Handelsbilanz sich vielmehr so gestellt haben, daß aus ihr nur der Schluß übrig blieb, Preußen eile mit Riesenschritten seinem Ruin entgegen.

Richtig ist, daß diese Tabellen einen unbedingten Wert nicht für sich beanspruchen konnten. Eine neuerdings für die schlesischen Listen angestellte Prüfung hat ergeben, daß von den drei Rubriken „fabrizierte, im Laube verhandelte, ausgeführte Waren“ nicht jede die gleiche Glaubwürdigkeit verdient, und schon Heinitz hat den Fehlerquellen dieser bei den Provinzialsteuerdirektionen ausgearbeiteten Zusammenstellungen nachgeforscht. Er hat nach einem Besuch der Frankfurter Messe die Messberichte der Kriegs- und Domänenkammer einer scharfen Kritik unterworfen und seinerseits, statt des offiziell angenommenen Umfanges von $2\frac{1}{2}$ Million Thalern für eine einzige Messe, nur im ganzen 3 Millionen für drei Messen herausgerechnet. Als Ressortminister in der Lage, die statistischen Grundlagen genau zu prüfen, als Reformminister, der er für das fünfte Departement werden wollte, nachdrücklich bestrebt, sie sehr scharf zu prüfen, wird Heinitz für die Nachweise, die er uns der offiziellen Statistik gegenüber als berichtigte gibt, besondere Beachtung beanspruchen dürfen, größere als Herzberg für die seinen, der dieser Minister in einem abseits liegenden amtlichen Wirkungskreise nicht aus den tiefsten Quellen schöpfen konnte.

Heinitz berechnete für das Jahr 1781/82 für das „Pflanzenreich“ den Wert der Ausfuhr auf 8586223, den der Einfuhr auf 3069328 Thaler, für das „Tierreich“ dieselbe Bilanz auf 4648178 gegen 3648868, für das „Mineralreich“ auf 843495 gegen 709447, für die allen drei Reichen angehörigen Erzeugnisse auf 519098 gegen 1759791 Thaler, während für die eigentlichen Luxusartikel, Wein, Thee, Kaffee, Schokolade, Zucker u. s. w., sich eine überaus starke Passivbilanz ergab, mit dem Ausfuhrwert von 270872 gegen eine Einfuhr von 2675011 Thalern. Insgesamt übertraf nach dieser Berechnung der Wert der Ausfuhr (14867516) den der Einfuhr (11834691) um 3032825 Thaler. Der ganze Umsatz, Ein- und Ausfuhr zusammen, betrug also 26 bis 27 Millionen, während die Aus- und Einfuhr Großbritanniens 1786 auf fast 32 Millionen Pfund Sterling, die Frankreichs 1780 auf 377 $\frac{2}{3}$ Millionen Livres berechnet wurde.

Unter den Provinzen erzielten Ostpreußen und Pommern mit ihrer für den Handel günstigen Küstenlage nach der amtlichen Statistik eine Aktivbilanz von fast 500000 und 400000 Thalern; die neue Provinz Westpreußen gewann im

Handel 150000 Thaler; die Neumark dank ihrem Zuckerport 180000; Schlesien über 1700000 vornehmlich durch seine Woll- und Leinenwaren; Magdeburg und Halberstadt 168000; Kleve, Mors und Geldern zusammen 110000; die Grafschaft Mark durch ihre Metallwarenausfuhr fast 500000; Minden, Ravensberg und Lingen 356000; Ostfriesland 316000. Die einzige Provinz mit einer Passivbilanz war die Kurmark; sie verlor beim Austausch nahezu eine halbe Million, bei dem großen Bedarf der Residenzstädte Berlin und Potsdam an Nahrungsmitteln, an Rohstoffen für die Fabriken und an Luxusgegenständen.

Die Zahl der Seeschiffe betrug nach den Erhebungen von Heinitz 1782 in Preußen und Litauen 90 mit 816 Matrosen; in Pommern 303 mit 2235; in Ostfriesland 892 mit 5395. Von den preussischen und pommerschen Schiffen waren nicht weniger als 25 dort und 89 hier während der beiden letzten Jahre 1780 und 1781 gebaut worden, denn durch den Anschluß an das internationale System der bewaffneten Seeneutralität hatte Preußen in dem großen Seekriege Englands gegen Frankreich, Spanien und Holland sich die Unverletzlichkeit seiner Handelsflagge gesichert und damit einen stark gesteigerten Handelsverkehr nach und zwischen den Häfen der Gegner Englands gewonnen. So hat sich die Stettiner Reederei, die 1751 erst 79 Schiffe mit 3899 Lasten zählte, bis 1784 auf 165 Schiffe mit 21791 Lasten vermehrt. Hatte sich die Gesamtzahl der aus- und einlaufenden Schiffe gegen die Zeit vor dem Siebenjährigen Krieg¹⁾ verringert, so waren doch die einzelnen Schiffsgefäße jetzt ungleich größer: 1751 besaß Stettin nur 2, 1786 78 Schiffe über 100 Lasten. Ein- und Ausfuhr Stettins betrug 1739 zusammen 300000 Thaler, 1786 4½ Million.

Aus der allgemeinen Klage der Kaufleute, daß der Handel unter dem doppelten Drucke der Schutzzölle und der Regie erstickt werde, nahm Heinitz Veranlassung, seine Berechnungen für Schlesien aus den Jahren 1768 und 1782 mit einander zu vergleichen. Er konnte feststellen, daß zwar der Wert des Transits von 1766875 Thalern auf 1239875, der der Einfuhr minder stark von 2231279 auf 2177040 zurückgegangen, daß dagegen der Wert der Ausfuhr fast um eine Million, von 2819730 auf 3746813 Thaler gestiegen war. Er fand es ungerechtfertigt, unter diesen Umständen von einem Verfall des schlesischen Handels zu sprechen, und sah nur die Wahrheit des Satzes bestätigt, daß man sich ganz sichere Kenntnisse über das Ganze verschaffen müsse, ehe man über Grund oder Ungrund der Klagen entscheiden könne. Zu demselben Ergebnis wie Heinitz für den schlesischen, kam damals eine von privater Seite angestellte Berechnung für den preussischen Ostseehandel.

Blieben die Schlussergebnisse trotz aller schonungslosen Umrechnungen, die Heinitz in den offiziellen Listen vornahm, doch noch günstig im Sinne einer starken „Aktivität“, so durfte er hoffen, den König von der irreführenden Schönfärberei der herkömmlichen Statistik zu überzeugen. In der That gab Friedrich bei der gemeinsamen Prüfung der Handelsbilanz für 1781/82 dem Minister zu, daß sie offenbare Irrtümer, Verwechslungen, Doppelanfänge enthalte, und strich, Heinitz zur Genugthuung, allein bei den zwei Titeln Wolle und Seide fast zwei

¹⁾ Vgl. Bb. I, 442.

Millionen. Daraufhin setzte ihm Heinitz auch im nächsten Jahre bei Vorlegung der diesmal besonders günstigen Bilanz eingehend die Gründe auseinander, aus denen man sich auf den angegebenen Gewinn von 5423010 Thalern nicht verlassen dürfe; er betonte namentlich, daß durch die Kontrebande ein beträchtlicher Teil des berechneten Aktivüberschusses verloren gehe. Der König verfügte auf den Bericht: „Ich rechne auf 4 Millionen“. Er machte eben selber recht erhebliche Abstriche von der offiziellen Statistik, wie er denn zu Heinitz einmal gesagt hat, es sei kein Schade, derartige zu glänzende Tableaux zu haben, wenn nur die, welche davon Gebrauch zu machen hätten, das Wahre und das Falsche zu unterscheiden wüßten. Aber unverkennbar ist er doch immer sehr geneigt gewesen, das zu glauben und anzunehmen, was seinem Herzen wohl that, und Heinitz täuschte sich, wenn er meinte, daß der König den „nationalen Gewinn“ wirklich nur auf 3 Millionen jährlich berechne. Friedrichs eigenhändige Aufzeichnungen von 1777 und 1782 ergeben vielmehr, daß er ihn das erste Mal auf 4400000, das zweite Mal auf 4430000 Thaler ansetzte. Umgekehrt betrachtete er die Statistik des Auslandes gern durch ein Verkleinerungsglas; einer seiner Tischgenossen gewährte zu seiner Verwunderung oft, wie der alte König „über die Bevölkerung, die Staatseinkünfte und Aehnliches in den fremden Ländern sich absichtlich zu geringe Vorstellung machte und festhielt“.

Wenn der König berechnigte oder unberechnigte Klagen über den Rückgang des Handels hörte, hat er wohl abweisend geäußert, die Kaufleute seien wie die Landwirte, denen es der liebe Gott niemals recht machen könne.

Vor dem Richterstuhle der neuen Theorie fand seine Agrarpolitik noch weniger Gnade als sein System des Industrieschutzes und der Handelsbalance. „Er hat stets,“ schalt Mirabeau, „die Landwirtschaft erdrückt, um die Fabriken zu heben.“ Nun haben wir gehört, mit wie bedeutenden Spenden Friedrich der Landwirtschaft zu Meliorationszwecken und für die Regelung der Schulverhältnisse zu Hilfe gekommen ist.¹⁾ Aber daß er den Kornhandel unter staatliche Aufsicht nahm und die Wollausfuhr verbot, das waren in den Augen dieser Doktrinäre seine beiden großen Verbrechen gegen den Landmann.

Von den preußischen Provinzen erzielten das Herzogtum Magdeburg und das Fürstentum Halberstadt, mit ihrem fetten Boden den übrigen landwirtschaftlich weit voraus, einen Ueberschuß und hatten deshalb in früheren Zeiten einen einträglichen Ausfuhrhandel mit Roggen und Weizen nach Hamburg betrieben. Die Marken, Pommern und Schlesien erzeugten im allgemeinen nur das, was der eigene Bedarf erforderte; das Herzogtum Preußen erntete wieder mehr. Kornausfuhrländer waren im damaligen Europa England, dessen Getreidebau in der ersten Hälfte des Jahrhunderts durch hohe Ausfuhrprämien neuen Antriebe erhalten hatte, und Polen, das gewaltige Massen an Weizen und Roggen über Europa ausschüttete. Das osteuropäische Korn war billiger, schwerer, zum Verschiffen geeigneter als das deutsche; es beherrschte den Weltmarkt für Ge-

¹⁾ Oben S. 359 ff.

treide, dessen Mittelpunkt damals noch Amsterdam bildete; es hatte zeitweilig selbst den inländischen Getreidemarkt des brandenburgisch-preussischen Staates ernstlich bedroht, bis Friedrich Wilhelm I. den Kornhändlern die Einfuhr aus Polen verbot, und nur noch die Durchfuhr nach Königsberg und Stettin für den überseeischen Handel gestattete.

Für seine eigenen Einkäufe, für die Ergänzung seiner Magazine hielt sich der Staat den polnischen Markt dagegen offen, und eben deshalb sprachen die Gegner seiner Wirtschaftspolitik von Verstaatlichung des Kornhandels, von dem Getreidemonopol des Königs von Preußen, des größten Kornhändlers in seinem Reiche.

Auch hier beruhten die Anklagen zum wesentlichen Teile auf Unkenntnis der Verhältnisse und der leitenden Gesichtspunkte. Friedrichs Getreidehandelspolitik kennzeichnet sich, wie neuere Forschungen es überzeugend dargelegt haben, als der erfolgreiche Versuch zu einem Ausgleich zwischen den Ansprüchen der Landwirtschaft und der Industrie, der ackerbauenden Bevölkerung, die sich hohe Kornpreise ersehnt, und der kleinen Leute in der Stadt, die billiges Brot brauchen. „Dem Fürsten liegt es ob,“ erklärt er in dem Testament von 1768, „in den Getreidepreisen die scharfe Richtschnur und Mittellinie zu ziehen zwischen den Interessen des Edelmanns, des Domänenpächters und des Bauern auf der einen Seite und den Interessen des Soldaten und des Arbeiters auf der anderen.“ Die Getreidepreise auf einem Durchschnittsmaß zu halten war deshalb das Ziel aller seiner Bestrebungen, der Grundgedanke eines Systems, das nach dem Siebenjährigen Kriege seine volle Ausbildung erhielt. Der Preis sollte nicht unter den Betrag der Produktionskosten sinken, und für diese gab es einen festen Maßstab an der Kammertare, d. h. an dem von den Kriegs- und Domänenkammern zum Zwecke der Aemterverpachtung aufgestellten Ansätze für den mutmaßlichen Erlös des auf den Pachtäckern geernteten Kornes, einem Sage, der in den westlichen Provinzen höher, in den östlichen niedriger war und gewöhnlich von dem Marktpreise übertroffen wurde. Im Jahre 1752 betrug die Kammertare in der Kurmark 16 Groschen für den Scheffel Roggen, in Pommern 14, in Ostpreußen 12 Groschen.

Das doppelte Ziel dieser Politik ließ sich erreichen mit Hilfe der großen staatlichen Kornmagazine, die, allzeit zugleich aufnahmefähig und abgabefähig, dem Staat in Friedenszeiten es ermöglichten, als Abnehmer oder als Verkäufer, in fetten Jahren durch seine Nachfrage und in mageren durch sein Angebot, den Preis auf ungefähr gleichmäßiger Höhe zu halten. Solche großen Staatspeicher hatte Friedrich Wilhelm I. in der Hauptstadt und in den Landesfestungen errichtet: zu Spandau, Küstrin, Peitz, zu Magdeburg, Stettin, Kolberg, zu Minden und Wesel, und besonders zahlreich in Ostpreußen: zu Königsberg, Pillau, Memel, Ragnit, Insterburg, Preussisch-Holland, Johannisburg, Marienwerder. Friedrich der Große fügte in Schlesien die alten österreichischen „Kornhäuser“ zu Brieg und Glogau dem preussischen System ein und errichtete neue Magazine in Schweidnitz, Glas, Reife, Kosel und Hirschberg, außerdem in der Mark zu Zehdenitz, Havelberg, Tangermünde und Frankfurt. Endlich wurden nach dem Siebenjährigen Kriege die beiden sogenannten Friedens- oder Stadtmagazine in Berlin und in Breslau angelegt.

Grundsatz für alle weiteren Maßnahmen des Staates auf diesem Gebiet blieb die Weisung, die der König 1748 dem Minister Katte für die Magazinverwaltung erteilt hatte. Der Roggen sollte sich in der Kurmark nicht unter 18 Groschen und nicht über einem Thaler verkaufen, die Preisschwankung also in einem Spielraum von 6 Groschen gehalten werden. Sobald in einer Provinz der Marktpreis die Thalergrenze überstieg, sollten die Magazine sich öffnen und den Roggen zu 20 Groschen anbieten; sank irgendwo der Preis bis unter die Kammertaxe, so sollten die Magazinverwaltungen an Ort und Stelle durch Aufkäufe ihn wieder in die Höhe bringen, „damit solchergestalt die Kornpreise beständig dahin balancieret werden, daß der Bürger, Bauer, Beamte und Edelmann mit einander dabei bestehen können“.

Gleich nach zwei Jahren gab die überall sehr reiche Ernte des Sommers von 1750 dem Könige Veranlassung, „zum Soulagement des Landmanns“ in sämtlichen östlichen Provinzen umfangreiche Einkäufe zu machen. Auch in den folgenden durchweg guten Jahren würde in Schlessien der Ueberschuß keinen Abnehmer gefunden haben, wenn nicht der Staat zu den Sägen der Kammertaxe seine Aufkäufe fortgesetzt hätte. Unmittelbar darauf wurde Pommern durch wiederholte Mißernten heimgesucht, und nun konnten wieder die Magazine mit ihren Vorräten ausgleichend und rettend dazwischentreten.

Das große Hungerjahr des achtzehnten Jahrhunderts war das Jahr 1771, der Höhepunkt einer Teuerung, die 1770 begonnen hatte und nach dem nochmaligen Mißwachs des Sommers 1772 bis 1774 anhielt. Inmitten der bitteren Not der angrenzenden deutschen Gebiete, die zahlreiche Opfer dem Hungertod verfallen ließ, erfreuten sich die preussischen Provinzen der wohlthätigen Wirkungen des staatlichen Schutzes. Das Magazinsystem bestand bei diesem Anlaß die Probe glänzend und gewann dem Staate jene Tausende neuer Ansiedler, die der Hunger aus Sachsen und Böhmen über die Grenzen trieb. Das freilich erreichte man in Preußen damals nicht, den Roggenpreis, wie der König es wünschte, auf der Höhe von 1½ Thaler zu halten. Denn die Not war so allgemein, daß man mit einer Erschöpfung der Staatsmagazine rechnen und deshalb die Verkäufe in gewissen Grenzen halten mußte. So stieg 1771 hier und da auch in Preußen der Preis auf 2 Thaler und darüber hinaus; aber auf eine Klage aus Hinterpommern über diese unerhörte Teuerung konnte der König darauf hinweisen, daß der Roggen jetzt in Sachsen 2½, in Mähren 3¼, in der Gegend von Augsburg 7 Thaler kostete.

Erst diese Notjahre lenkten die Aufmerksamkeit der Fremden auf die preussischen Schutzeinrichtungen; ein sächsischer Schriftsteller empfahl ihre Nachahmung. Friedrich selbst aber urteilte nach den Erfahrungen jener Jahre: „Jeder Herrscher, der auf das öffentliche Wohl bedacht ist, hat die Pflicht, sich mit reichlich gefüllten Magazinen zu versehen, um eine Mißernte auszugleichen und der Hungersnot vorzubeugen.“ Es gelte, eine genaue Berechnung zur Hand zu haben über den Ertrag der verschiedenen Getreidearten in guten, mittleren und schlechten Jahren, den Konsum damit zu vergleichen und auf diesem Wege festzustellen, in welchem Umfang die Ausfuhr zu erlauben sei oder eine Ergänzung einzutreten habe.

Bald war infolge der vier gesegneten Ernten von 1777—80 die Marktlage wieder dahin umgeschlagen, daß die Landwirte bei den niedrigen Preisen nicht bestehen zu können meinten, und wieder brachte nun der Staat durch seine Masseneinkäufe den Preis in die Höhe.

Fiskalische Absichten wurden mit diesen staatlichen Käufen und Verkäufen nicht verbunden, nur soziale. Wenn thatsächlich das Magazin Korn in Notjahren etwas teurer abgesetzt wurde, als es in den Zeiten des Ueberflusses eingekauft worden war, so mochte der Unterschied gerade nur den Zinsverlust decken. „Ich will“, so erklärte der König schon 1748 dem Minister Katte, „bei diesem Ankauf und Verkauf nicht das geringste für mich verdienen, sondern nur durch diesen Umschlag die Armut und den gemeinen Mann durch einen leidlichen Kornpreis soulagieren.“ Vorteil erzielte der Staat nur bei den Getreideeinkäufen in Polen. Die preussische Magazinverwaltung konnte das polnische Getreide sehr billig, zu Zeiten den Scheffel Roggen für 6 bis 8 Groschen, erstehen und bewirkte somit ihre Anschaffungen vorzugsweise dort — sobald nicht beim Sinken der Preise auf dem Binnenmarkte die Rücksichten auf die heimische Landwirtschaft ein anderes erheischten.

Die Gesamtwirkung dieser Getreidehandelspolitik läßt eine im Generaldirektorium ausgearbeitete Tabelle mit den Durchschnittspreisen des Roggens in der Mark, in Pommern und im Magdeburgischen für die 23 Jahre von 1763 bis 1787 erkennen. Die Schwankungen waren, von den bezeichneten Hungerjahren abgesehen, sehr gering. In Berlin hat der Roggen in 16 von diesen 23 Jahren genau oder fast genau auf dem Mittelpreise, 30 bis 31 Groschen, gestanden, in fünf Jahren entfernte er sich nach oben oder unten um 8 bis 9 Groschen, nur 1771 und 1772 schnellte er um 22 bis 24 Groschen in die Höhe. Noch geringer waren die Schwankungen in Stettin, stärker dagegen in Halle, wo ein staatliches Kornmagazin fehlte.

Abgesehen von seiner allgemeinen Bedeutung für die Regulierung des Marktpreises gab das Magazinsystem die Möglichkeit zu unmittelbarer Unterstützung der Landwirte bei dringender Not. Saatkorn wurde 1772 vielfach umsonst gespendet, und ungezählt sind die Fälle, in denen der König einen Einzelnen oder eine Gemeinde aus den Staatsvorräten gegen billigstes Entgelt gespeist hat.

Für den Getreidehandel der Privaten blieb allemal noch Spielraum. Die Einfuhr polnischen Getreides war, wie schon unter der vorigen Regierung, an der pommerschen und märkischen Grenze verboten, an der schlesischen war sie einem Zoll unterworfen. Eine noch höhere Auflage traf dort die Einfuhr von Getreide aus Oesterreich. Je nach der Lage des Marktes wurde in Schlessien der Verkehr mit den Nachbarländern bald erleichtert, bald erschwert oder ganz gesperrt. Die Ausfuhr von Getreide aus dem Magdeburgischen und Pommern wurde nach dem Siebenjährigen Kriege nur noch gegen Pässe, die der König eigenhändig vollzog, gestattet. Ostpreußen behielt seine freie Ausfuhr und das Recht, das auszuführende Getreide aus Polen zu beziehen; der Landwirt dort zu Lande klagte, daß für das einheimische Korn infolgedessen kein Absatz sei, und der König gab zu, daß er mit Magazinkäufen allein nicht helfen könne,

wenn die Kaufleute im Inlande nicht kaufen wollten. Trotz des neuen Wettbewerbs der russischen Ostseehäfen¹⁾ wurden aus Königsberg 1784 noch an 48 000, 1785 an 42 000 Wispel ausgeführt. Der Magdeburger Kornhandel blieb trotz aller Erschwerungen der Ausfuhr und Durchfuhr²⁾ stets von großer Bedeutung, da für die Verminderung des Abjazes nach dem Auslande die Versorgung der Hauptstadt Berlin mit Brotkorn einen Ausgleich bot. Um den Getreidehandel auf der Elbe und Oder zu heben, empfahl der König wieder die Bildung von Aktiengesellschaften: als er am 27. Dezember 1769 die Minister vom Generaldirektorium an seiner Tafel vereinigt sah, entwickelte er ihnen während des Mahles eingehend seine Gedanken über die zweckmäßigste Art, wie Rittergutsbesitzer und erfahrene Kaufleute sowohl auf der Elbe wie auf der Oder den Korn- und Holzhandel betreiben könnten, zumal um den Hamburgern den Zwischenhandel zu entreißen; den Edelleuten, die dadurch die Einkünfte ihrer Güter merklich verbessern würden, könne die Beteiligung an solcher Handlungsgesellschaft „zu keiner Verkleinerung“ gereichen, „indem nicht abzusehen, warum sie nicht auf die beste Weise aus ihren Denrées den besten Nutzen ziehen sollten“. Schnell nahm der Plan Gestalt an; am 5. Februar 1770 erhielten die Magdeburger Kompanien ihre Freibriefe: das Recht zur Ausfuhr einheimischen Getreides, soweit der Roggen auf den Märkten von Berlin und Magdeburg unter einem bestimmten Preise bleiben würde, und das ausschließliche Recht zur Durchfuhr fremden Getreides aus Anhalt und Sachsen. Dagegen ist die für den Oberhandel geplante Gesellschaft nicht zu stande gekommen.

Nicht anders als um die Einschränkungen des Getreidehandels stand es um das Verbot der Wollausfuhr. In beiden Fällen entschädigte die wachsende Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes den Landwirt für den Verlust auswärtiger Absatzgebiete.

Die Klagen und Befürchtungen, zu denen 1719 den Schäfereibesitzern das Ausfuhrverbot Friedrich Wilhelms I.³⁾ Anlaß gegeben hatte, fanden einen Wiederhall in Schlessen, als seit 1754 die Sperrmaßregeln, im Zusammenhang der zollpolitischen Maßregeln gegen die Nachbarn, auf diese Provinz ausgedehnt wurden. Die Schafzucht stand in Schlessen in hohem Flor. Man wandte ihr hier eine Sorgfalt zu, die anderwärts noch unbekannt war, in Auswahl der Zuchtböcke, der Weideplätze, des Winterfutters, der Streu. Die schlesische Wolle aus der Gegend um Ramlau und Dels wurde auf dem europäischen Markt kaum geringer als die spanische geschätzt; nach Holland wurde zu Anfang des Jahrhunderts, ehe die österreichische Regierung die Ausfuhr mit einem Zoll belegte, schlesische Wolle für eine halbe Million Thaler verkauft, um in Leyden zu Tüchern im Werte von 2 $\frac{1}{2}$ Million verarbeitet zu werden, während daheim die Tuchwirker für ihre damals noch gröbere Ware die Mittelwolle bevorzugten. Nach Oesterreich ging um 1750, vor dem Beginne des Zollkriegs, schlesische Wolle jährlich im Durchschnittswerte von 99 000 Thalern, und auch die sächsischen

¹⁾ Vgl. oben S. 213.

²⁾ Vgl. oben S. 6.

³⁾ Vb. I, 429.

Tuchfabriken bezogen einen sehr großen Teil ihres Rohstoffes aus Schlesien, im Werte von jährlich 120 000 Thalern. Trotzdem waren bei der Größe des Schafbestandes die Wollpreise in Schlesien niedriger als in der Mark; sie fielen im Jahre 1755 infolge der neuen Prohibitivpolitik noch um ein beträchtliches, und das 1755 ausgesprochene Verbot der Ausfuhr nach Sachsen wurde deshalb bald durch einen mäßigen Ausfuhrzoll ersetzt. Gleich darauf kam der Krieg und brachte die Wollpreise auf unerhörte Höhe, indem er aller Orten, in Schlesien, in Sachsen, in der Mark, furchtbare Verheerungen unter den Schäfereien anrichtete. Zwar wurde wenigstens in Schlesien der Abgang auffallend schnell ersetzt, denn 1765 war hier bereits wieder der Schafbestand von 1763 erreicht; aber inzwischen hatten dieselben Behörden, die vor dem Kriege sich im Interesse der Landwirtschaft gegen das Ausfuhrverbot ausgesprochen hatten, jetzt im Interesse der Industrie dies Verbot gefordert, und so war Anfang Oktober 1761 die Wollausfuhr aus Schlesien gesperrt worden.

Die Folge hat dann gezeigt, daß bei dem Aufblühen der Tuchindustrie die Wollpreise trotz des Ausfuhrverbotes auf einer Höhe blieben, bei der, wie der nachmalige preussische Minister Strumsee in einer seiner staatswirtschaftlichen Abhandlungen hervorhob, sowohl der Landmann als der Fabrikant bestehen konnte. Nur vorübergehend hatte „die Roblesse“, der Stand der Gutsbesitzer, wie es 1755 vorausgesagt worden war, ein Opfer bringen müssen. 1756 waren in den östlichen und mittleren Provinzen über 5 612 362 Schafe vorhanden, davon etwas über eine Million in der Kurmark, ungefähr eine halbe in der Neumark und im Magdeburgischen, 2 200 000 allein in Schlesien. Eine Zählung vom Dezember 1783 ergab für die ganze Monarchie 6 808 089 Stück, während als Schafbestand des damaligen Englands 12 Millionen gerechnet wurden. Damit war in Preußen ein Höhepunkt erreicht. Die nächsten Jahre brachten ein großes Schafsterben, aber auch sonst verringerten, wenigstens in Schlesien, die Besitzer ihre Herden, trotz hoher Wollpreise.

Unter allen Umständen konnten gegen das Ende der Regierung die preussischen Schäfereien, die da gefürchtet hatten, an dem Ausfuhrverbot zu Grunde zu gehen, den Bedarf der einheimischen Industrie nicht mehr decken. Nach der Berechnung von Heinitz mußte jährlich für etwa 350 000 Thaler Wolle aus Spanien, Polen und Mecklenburg eingeführt werden. Teilweise allerdings war dieser fremde Rohstoff den Fabriken wegen seiner Eigenart unentbehrlich; die schlesischen Zeugmacher bezogen für ihre Kammarbeit einschürige Wolle aus Polen, da die zweischürige schlesische nur für Tuche verwendbar war. Für die feinsten Stoffe aber blieb man noch immer auf spanische Wolle angewiesen. Daß Spanien um 1750 die Ausfuhr seiner edlen Zuchttiere bei Todesstrafe verboten hatte, gereichte dem König von Preußen zum schweren Kummer. Erst 1785 wurde das Verbot aufgehoben, und nun wurde nach dem Vorgang von 1748 alsbald wieder eine Herde Böcke und Mutterchafe „tief in Andalusien“ aufgekauft. Was sich durch Veredelung der Zucht noch erreichen ließ, lehrte ein Vergleich mit den Ergebnissen der Musterwirtschaft in England. Dort erzielte man einen Zentner Wolle von 30 Schafen und verkaufte ihn für 110—170 Thaler, in Preußen aber trugen erst 50 Schafe

einen Zentner ein und der Zentner pommerischer und märkischer Wolle wurde nur mit 27 $\frac{1}{2}$ Thaler, der feinsten schlesischer Wolle mit 64 bezahlt.

Die Kritik, die über die preussische Wirtschaftspolitik, als der große König kaum die Augen geschlossen hatte, ein vollständiges und grundsätzliches Verdammungsurteil abgab, hat sich bei Friedrichs Lebzeiten noch im Hintergrund gehalten.

Allerdings ist er bei seinen Ministern, und zwar keineswegs selten, mit seinen Anordnungen und Entwürfen auf Einwände und Widerspruch gestoßen, und wenigstens in einem Falle hat der Widerspruch geradezu eine herausfordernde Form angenommen. Es war im Herbst 1766. Eben hatte der König seine neuen Schöpfungen ins Leben gerufen, die französische Regie des Zoll- und Acciswesens, das straffere Transitollsystem, die Tabakadministration, die Bank, die Handelsgesellschaften. Die allgemeine wirtschaftliche Lage wollte sich noch nicht bessern, der Großkanzler Jariges empfahl deshalb eine Untersuchung über die Ursachen des Verfalls von Handel und Industrie. Der König entgegnete, die Ursachen seien ihm wohlbekannt, und wies vor allem auf die „Caprice“ der Kaufleute gegen seine neuen Einrichtungen hin; indes forderte er vom Generaldirektorium einen eingehenden Bericht ein, wie ihn der Großkanzler wünschte. Diesen Auftrag nun benutzten die Minister zu einem schonungslosen Vorstoß gegen das ganze Gefüge jener neuen Veranstaltungen. Der König war über ihre „impertinente Relation“ entrüstet, er argwöhnte eine Bestechung. Mit Hohn erklärte er, die Minister, die den Bericht unterzeichnet hatten, „mit ihrer Ignoranz“ entschuldigen zu wollen; aber die „Malice und Korruption“ des Konzipienten müsse exemplarisch bestraft werden: „sonsten bringe ich die Kanaille niemals in die Subordination“. Der Verfasser, ein Geheimer Finanzrat Ursinus, hatte früher bei dem Könige einiges gegolten, aber er fand keine Gnade und wurde, da bei der Untersuchung kleine Unregelmäßigkeiten seiner Amtsführung sich ergaben, zu einjähriger Festungshaft verurteilt. Seitdem legten sich die Minister, wenn sie Bedenken geltend zu machen hatten, große Vorsicht auf, wie Heinig mit seinen Angriffen auf die Regie, mit denen er doch nicht zum Ziele kam.

Schärfer oder behutsamer zum Ausdruck gebracht, galten aber diese Einwände immer nur der Ueberspannung des Systems, nicht dem System selbst. Sowohl Ursinus, das Opfer von 1766, wie Heinig waren gemäßigter Merkantilisten, gingen also von derselben Grundanschauung aus wie der König. Grundsätzliche Anhänger des Freihandels, wie etwa der Kriegsrat Bertram in Königsberg, der den Accisetarif für seine Provinz gern in seinem Sinne ausgestaltet hätte, gab es in dem damaligen Preußen gewiß nur in sehr kleiner Zahl. Indem also der Gegensatz der Prinzipien, des alten und eines neu aufsteigenden Systems, bei den Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Könige und seinen Beratern noch nicht in die Erscheinung trat, war Friedrich geneigt, sich dem Widerspruch gegenüber stets als Reformier, als den Vertreter des Fortschritts zu betrachten. „Die Menschen,“ klagt er in dem Testament von

1768, „bewegen sich, wenn man sie antreibt, und halten still, sobald man einen Augenblick aufhört, sie zu stoßen. Jedermann hält nur die Gebräuche seiner Väter für gut. Man liest wenig, man hat keine Lust, sich darüber zu unterrichten, wie man etwas anders machen kann, und von mir, der ich immer nur Gutes gethan, denken sie, daß ich ihnen das Messer an die Kehle setzen will, sobald es sich darum handelt, eine nützliche Verbesserung oder überhaupt eine Aenderung einzuführen. Ich habe mich in solchen Fällen auf meine redlichen Absichten und auf mein gutes Gewissen verlassen, sowie auf die Kenntnisse, die ich mir verschafft habe, und bin ruhig meines Weges gegangen.“

Einige Jahre später gewährte er wohl, daß ein Streit um die ersten Voraussetzungen begonnen hatte, daß jenseit der Landesgrenzen eine neue Auffassung von den Bedingungen und Ansprüchen des staatlichen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens sich Bahn brach. Aber er verließ sich darauf, daß seine alte Praxis mehr wert sei, als die neue Theorie. „Die Herren Encyclopädisten,“ schreibt er am 5. September 1777 an Voltaire, „werden vielleicht nicht immer meiner Meinung sein; ein jeder kann die seine haben. Allemal, wenn die Erfahrung von allen Führern der sicherste ist, so wage ich zu sagen, daß meine Säge einzig allein auf das sich gründen, was ich gesehen und was ich überlegt habe.“

Dritter Abschnitt.

Bündnis mit Rußland und erste Teilung Polens.

In den Anfängen seiner Regierung hatte Friedrich der Große seine Politik ganz auf den Gegensatz zwischen Frankreich und England gestellt. Als so unverföhnlich galt ihm dieser Gegensatz, daß er sicher glaubte, unter allen Umständen bei der einen oder bei der anderen dieser beiden europäischen Vormächte ein Bündnis zu finden. So rein und restlos schien ihm die Rechnung aufzugehen zu müssen, daß er seinen ersten Krieg gewagt hatte, ohne vorher einen Kampfgenossen sich gesichert zu haben.

Später hat er an sich selber erfahren, daß der Versuch, es mit Frankreich und England zugleich zu halten, unmöglich war, daß zwischen beiden gewählt werden mußte. Als er im Januar 1756 mit England den Westminstervertrag schloß, verließ ihn der Gefährte seiner beiden ersten Kriege tief verletzt und schloß sich in dem dritten schlesischen Kriege Preußens Gegnern an.

Der Gegensatz zwischen den beiden großen Westmächten bestand auch nach den Friedensschlüssen von 1762 und 1763 in aller Schärfe fort. Ein enges Bündnis zwischen Frankreich und Englands altem Gegner Spanien, der Familienvertrag zwischen den beiden bourbonischen Kronen und Streitigkeiten zwischen Spanien und England jenseit des Weltmeeres brachten schon nach wenigen Jahren neuen Krieg in Sicht. Und bald beobachteten Englands europäische Widersacher mit Schadenfreude Beginn und Verlauf des verderblichen Kampfes zwischen dem britischen Mutterlande und den amerikanischen Kolonien, an dem die Macht, welche im Siebenjährigen Kriege ihren stolzen Erbfeind gedemütigt hatte, in neuen sieben Kriegsjahren sich erschöpfte.

Der Gegensatz zwischen Frankreich und England bestand fort, aber er brachte keinen Vorteil mehr für Preußen. Die französische Politik hielt ihm ihr Antlitz beharrlich abgewandt. Andere politische Kombinationen, andere Allianzen kamen und gingen, das Bündnis der Höfe von Versailles und Wien hat von 1756 bis zu der großen französischen Staatsumwälzung unerschütterlich angebauert, der einzige feste Pol in der damaligen europäischen Staatenwelt.

Nicht mehr die Wahl zwischen Frankreich und England blieb dem Könige von Preußen, nur nach der englischen Seite bot sich ihm noch die Möglichkeit zum Anschluß. Aber wenn das französische Bündnis nicht erreichbar war, so erschien das englische nicht begehrenswert. König Friedrich hielt sich nach den beim Ausgang des letzten Krieges gemachten Erfahrungen an den oft wiederholten Grundsatz: Man könne zwar mit einem englischen Ministerium ein Bündnis schließen, aber nicht mit der englischen Nation; denn sobald das Ministerium eine Aenderung erleide, würden die von ihm eingegangenen Verpflichtungen als nichtig und ungeschehen betrachtet, wofür sie für die neuen Minister unbequem wären. In der gleichen Auffassung von dem Werte eines Bündnisses mit England hat genau hundert Jahre nach dem Abschluß des Westministervertrages Otto von Bismarck in der berühmten Denkschrift vom 26. April 1856 zurückschauend warnen zu sollen geglaubt: „Die insularische Sicherheit macht es England leicht, einen kontinentalen Bundesgenossen je nach dem Bedürfnis der britischen Politik zu halten oder sitzen zu lassen, und ein Ministerwechsel reicht zur Bewirkung und Rechtfertigung des Revirement hin, wie Preußen das im Siebenjährigen Krieg erlebt hat.“

Außerlich stand man mit dem bisherigen Bundesgenossen ein wenig besser, als mit dem bisherigen Feinde; denn die diplomatischen Beziehungen zu England wurden, trotz einiger Pausen bei der Ablösung der Gesandten, immer aufrecht erhalten, während die zu Frankreich nach dem Kriege noch Jahre hindurch ganz ausgefetzt blieben. Wie man Krieg geführt hatte ohne vorangegangene Kriegserklärung, so war auch kein Friede förmlich geschlossen worden. König Friedrich machte aus seiner Gleichgültigkeit gegen Frankreich kein Geheiß. Als im Frühjahr 1763 ein nach Stockholm bestimmter französischer Diplomat auf der Durchreise durch Berlin um eine Audienz ersuchte, wurde ihm anheimgestellt, sich zu gedulden, bis der König das nächste Mal aus Potsdam kommen werde; es war darauf abgesehen, daß der Franzose sich langweilen und weiterreisen sollte, was dann auch bald geschah. Die Wiederherstellung einer diplomatischen Vertretung wurde zwar im ersten Friedensjahre mehrfach erörtert. Aber der zunächst für den Berliner Posten in Aussicht genommene General Montazet wurde von preussischer Seite als nicht genehm bezeichnet, weil er sich während des ganzen Krieges im österreichischen Hauptquartier befunden habe. Mit der Persönlichkeit des nunmehr vorgeschlagenen Grafen Mailly, eines der Kriegsgefangenen von Roßbach, erklärte sich König Friedrich einverstanden; aber da seine Ernennung dann stillschweigend unterlassen wurde, so ging auch der bereits designierte Baron von der Goltz, der Unterhändler des preussisch-russischen Friedens, nicht nach Paris ab. Am dritten Ort hatten sich die preussischen Diplomaten gegen die französischen Kollegen auf kühle Höflichkeit zu beschränken.

Bei dieser Spannung zwischen Preußen und den beiden Westmächten gewann derjenige Staat für die preussische Politik entscheidende Bedeutung, der zwar nie unterschätzt, aber bisher doch nur als Nebenfaktor in die politische Rechnung eingestellt worden war.

„Von allen Nachbarn Preußens,“ so hatte Friedrich im Jahre 1746 geschrieben, „ist das russische Reich der gefährlichste, sowohl durch seine Macht,

wie durch seine örtliche Lage. Die, welche nach mir unser Land regieren werden, haben Anlaß, die Freundschaft dieser Barbaren zu pflegen, da sie im Stande sind, durch die ungeheure Zahl ihrer leichten Truppen Preußen von Grund aus zu verwüsten, während man ihnen den Schaden, den sie anrichten können, nicht vergelten kann, wegen der Armseligkeit ihrer an Preußen angrenzenden Landschaften.“ Galt ihm Frankreich als begehrenswerter Bundesgenosse für die Offensive, für einen Eroberungskrieg gegen Oesterreich, war England 1742 und 1745 mit Erfolg als Vermittler des Friedens angerufen worden, so hatte er von Rußland vordem nur passive Assistenz begehrt, schon zufrieden, wenn diese Macht ihm während eines Waffenganges nicht in den Arm fiel; vor Beginn seines ersten, seines zweiten Krieges hatte er sich jedesmal die Frage vorgelegt,¹⁾ ob er Aussicht habe, den Rücken gegen Rußland frei zu behalten. Wiederum war es nach dem zweiten schlesischen Kriege seine Ansicht, daß Oesterreich ohne die Beteiligung Rußlands einen Angriffskrieg gegen ihn nicht wagen würde, und deshalb hatte er im Januar 1756 sein Bündnis mit Frankreich aufs Spiel gesetzt, um mit Englands Hülfe Rußland von der für Preußen bedrohlichen Verbindung mit Oesterreich abzugeben.

Hatte er bei dieser Hoffnung, seine Beziehungen zu Rußland nach dem Verhältnis zu England regeln zu können, die politische Selbständigkeit des nordischen Reiches in verhängnisvoller Weise unterschätzt, so übertraf auch die militärische Leistungsfähigkeit dieses Staates, wie sie sich im Siebenjährigen Kriege offenbarte, alle bisherigen Annahmen um ein Erhebliches. Ein Grund mehr für Preußen, sich um die Wiederherstellung der guten Beziehungen zu bemühen, die einst zwischen Peter dem Großen und Friedrich Wilhelm I. bestanden hatten. Aber das dem rein persönlichen Antriebe eines unfähigen Herrschers entsprungene, den Russen durchaus mißliebige Bündnis vom Frühjahr 1762 war, noch ehe es ratifiziert werden konnte, mit seinem Urheber in das Grab gelegt worden. Und für die Wiederanknüpfung der so schnell zerrissenen Bande konnte es nicht förderlich sein, daß der König von Preußen die den kriegführenden Theilen recht dringlich angebotene russische Friedensvermittlung artig, aber entschieden zurückgewiesen hatte.

Als Gesandter der Zarin ging bald nach ihrem Regierungsantritt der Kurländer Graf Keyserling nach Warschau, dessen wohlmeinende Gesinnung in Berlin, wo er früher einige Jahre hindurch seinen Hof vertreten hatte, bekannt war.²⁾ Vor seiner Abreise aus Petersburg äußerte er im August 1762 zu dem preussischen Gesandten Goltz, es liege zwar nicht im Interesse Rußlands, mit seinen Nachbarn Bündnisse zu schließen, durch die man nur zu leicht in fremde Händel verwickelt werde; gleichwohl werde seiner Ansicht nach die Kaiserin nicht abgeneigt sein, mit Preußen eine engere Verbindung für die Behandlung der polnischen Angelegenheiten einzugehen. König Friedrich, der damals noch Schweidnitz belagerte, beschied seinen Gesandten nicht ablehnend, aber ausweichend. Vorerst müsse er aus dem Labyrinth dieses Krieges hinausgelangt

¹⁾ Bd. I, 48, 49, 91 ff., 201 ff.

²⁾ Bd. I, 560.

sein; sonst aber werde sich ein Abkommen wegen Polen leicht erreichen lassen, da er selber nichts anderes fordere, als daß ein Prinz aus dem Hause Oesterreich unbedingt von der Wahl ausgeschlossen bleibe; jeder andere Kandidat des russischen Hofes, auch ein sächsischer Prinz, werde ihm genehm sein. Er erinnerte sich wohl jenes alten, in Wien thatsächlich noch nicht vergessenen Planes, dem Schwager Maria Theresias, dem Prinzen Karl von Lothringen, die polnische Krone zuzuwenden.

Keyserling war sehr dienstfertig. Auf der Durchreise durch Königsberg stellte er dem Kammerpräsidenten Domhardt vor, Preußens Interesse erheische einen Freundschaftsvertrag, wohl auch einen Handelsvertrag mit Rußland, aus dem sich später vielleicht ein Schutzbündnis entwickeln werde. Aus Ergebenheit für ihre beiden Höfe werde er mit Freuden und mit den zweckmäßigsten Ratschlägen dazu helfen; aber der König möge zu einer geheimen Verhandlung den geeigneten Mann nach Warschau schicken, denn auf die Verschwiegenheit des dortigen preussischen Gesandten Benoit — Keyserlingk kannte ihn von seiner früheren Warschauer Mission her — wolle er sich nicht verlassen. So entsandte Friedrich einen ostpreussischen Edelmann, der vor zwanzig Jahren vorübergehend im diplomatischen Dienst verwandt worden war und jüngst nach dem Friedensschluß mit Rußland bei den Ausführungsverhandlungen mitgewirkt hatte, den Geheimen Legationsrat v. Korff. Am 22. Januar 1763 erstattete Korff seinen ersten Bericht. Keyserling bezeichnete als die beiden Ziele der polnischen Politik seiner Gebieterin: Aufrechterhaltung der Wahlfreiheit und Wahl eines Piasten. Bald darauf war er zu der Erklärung ermächtigt, die Kaiserin sei bereit, mit dem Könige über die politische Frage in unmittelbarem Briefwechsel zu treten, wünsche ihn aber von preussischer Seite eingeleitet zu sehen. Doch kam sie gleichzeitig ihrerseits dem Könige um einen weiteren Schritt entgegen. Am 14. Februar ersuchte ihn ihr Gesandter Fürst Dolgoruki im Hauptquartier zu Leipzig im offiziellen Auftrage um Aufklärung über seine Absichten für Polen und regte ein gemeinsames Vorgehen an. Und nun teilte der König der Kaiserin am folgenden Tage eigenhändig den in diesem Augenblick erfolgten Abschluß seines Friedens mit und knüpfte daran die Bemerkung, das sicherste Mittel zur Befestigung des glücklich vollbrachten Werkes werde in der Befolgung der gestern ihm durch Dolgoruki dargelegten Ideen liegen, auf daß nicht beim Tode des nach den neuesten Nachrichten bedenklich erkrankten Königs von Polen das Kriegsfeuer von neuem entbrenne. Von allen Bewerbern um die Krone erklärte er nur die Prinzen vom Hause Oesterreich ausschließen zu müssen, nach den Gesetzen einer gesunden Politik, aber wohl auch im eigenen Interesse Rußlands; mit jedem anderen, den die Kaiserin vorschlage, werde er einverstanden sein, doch scheine ihm ihrem gemeinsamen Interesse am besten ein Piast zu entsprechen.

Katharina antwortete am 4. März, sie willige gern in den Ausschluß eines Oesterreichers, wofern der König jedem von Frankreich unterstützten Bewerber gegenüber das Gleiche thun wolle. Auch sie erklärte sich für einen Piasten, aber für einen Piasten, der nicht am Rande des Grabes und nicht im Solde einer fremden Macht stehe.

Jetzt erst hielt Friedrich den Augenblick für gekommen, die Bedingung

auszusprechen, auf die er den entscheidenden Wert legte. In seinem Briefe vom 5. April, soeben in seine Hauptstadt zurückgekehrt, bezeichnete er der Zarin als das wirksamste Mittel zur Erhaltung des Friedens die Vereinbarung „eines Vertrages und gewisser Garantien, die denjenigen Mächten, welche ehrgeizige Absichten hegen, die Lust, sie in Ausführung zu bringen, nehmen würden.“ Gemeint war, was Katharina sofort verstand, die russische Garantie für den preußischen Besitzstand einschließlich Schlesiens.

Damit war Katharina vor die Entscheidung gestellt. Eine Abrede für den einzelnen Fall, für die polnische Wahl, wollte Preußen erweitern zu einem politischen System: Rußland sollte zwischen Preußen und Oesterreich wählen. Lieber, das scheint Katharinas erster Gedanke gewesen zu sein, verzichtete sie auf das besondere Abkommen ganz. Oder sie machte den Versuch, den bisherigen Meinungsaustrausch so auszulegen und zusammenzufassen, als sei man in der polnischen Frage bereits einig und gegenseitig gebunden. Denn dahinaus geht das ebenso artige wie schlaue Brieflein, das sie am 7. Mai dem Könige von Preußen zur Antwort sandte: Da sie alle beide jetzt mit den inneren Angelegenheiten ihrer Staaten voll beschäftigt seien, fürchte sie fast, durch ein Schreiben lästig zu fallen; andererseits würde Stillschweigen als Gleichgültigkeit oder Kälte erscheinen, angesichts des Inhalts des an sie gerichteten Briefes: „Ich bin von dem, was Eure Majestät mir darin schreibt, überzeugt: daß unsere gegenseitigen Interessen intimere Bande erheischen. Aber ich glaube auch, daß, da wir sie beiderseits wünschen, sie von uns abhängen. Sie sind schon da, obgleich die gewöhnlichen Formalitäten nicht angewandt worden sind. Was die polnischen Angelegenheiten anbetrifft, so verlasse ich mich darin vollkommen auf das Wort Eurer Majestät und danke Ihnen aufrichtigst für die freundschaftliche Art, womit Sie dem, was ich vorschlug, zugestimmt haben.“

So leichten Kaufs aber wollte Friedrich sich nicht ergeben. „Ich werde den Augenblick abwarten,“ antwortete er am 23. Juni, „wo die gewichtigen Dinge, die Sie beschäftigen, Ihnen Zeit lassen werden, präciser auf das zu antworten, was ich die Ehre gehabt habe, Ihnen zu schreiben.“

Gewiß stellte die Kaiserin von Rußland seine Geduld auf eine harte Probe. Aber ihr Zaudern hatte schwerwiegende Gründe.

Die Meinung Keyserlings, daß Rußland nicht wohl daran thue, sich durch eine Allianz die Hände zu binden, scheint damals unter den russischen Staatsmännern in der That die vorherrschende gewesen zu sein. Das Bündnis mit Oesterreich, so rechnete man der Kaiserin vor, habe ihrem Reiche 60 Millionen gekostet, außer ungezählten Menschenopfern. Als der österreichische Gesandte Graf Mercy d'Argenteau den ehemaligen Großkanzler, den aus der Verbannung zurückberufenen greisen Alexei Bestuschew, für die Wiederherstellung des alten Verhältnisses zu dem Wiener Hofe zu gewinnen suchte, meinte dieser erfahrenste und verschlagenste aller russischen Staatsmänner, offenbar aufrichtig, er würde seiner Herrin, falls sie ihn um seine Meinung angehe, den Rat geben, niemals ein Bündnis zu schließen, weder mit dem Wiener noch mit dem Berliner Hofe. Vor die Wahl gestellt, würde aber der alte Widersacher Preußens, obgleich er schließlich durch einen Liebesdienst der österreichischen Diplomatie zu Fall ge-

kommen war,¹⁾ sich auch jetzt noch entschieden mehr der österreichischen als der preussischen Sache zugeneigt haben. Vollenks Woronzow, der noch immer Großkanzler war, der eigentliche Träger der Politik des Siebenjährigen Krieges, mußte einem Bündnis mit Preußen im Innersten entgegen sein. Auch Orlow, der Mörder Peters III., der erklärte Günstling, galt als österreichisch gesinnt, und mit Sorge hörte König Friedrich von dem Gerücht, daß diesem Manne in Wien die Reichsfürstenwürde zugedacht werde. Der von der Kaiserin je länger je mehr zu den auswärtigen Angelegenheiten herangezogene Nikita Panin, durch seine politische Vergangenheit nicht gebunden, wurde von preussischer Seite eifrig umworben, wahrte aber vorerst abwartende Zurückhaltung. Katharina selbst bekannte in einem vertraulichen Schreiben an Keyserlingk, ihr Ziel sei, zu allen Mächten im freundschaftlichen und sogar in einem Defensivverhältnis zu stehen, um sich stets auf die Seite der Vergewaltigten stellen zu können und dadurch der Schiedsrichter von Europa zu sein.

Das Bedenklichste war, daß ein Bündnis mit Preußen sofort eine peinliche, gefährliche Erinnerung wecken mußte. Was der Thronumwälzung von 1762 und der angemaßten Krone der landfremden Tochter eines kleinen und verarmten deutschen Fürstenhauses in den Augen ihrer russischen Unterthanen eine Sanktion gab, war vor allem die Abwendung der neuen Herrin von der Politik Peters III. Wenn sie jetzt den leitenden Gedanken dieser Politik wieder aufnahm, ihr nachträglich eine Rechtfertigung erteilte, so konnte das den noch schwankenden Grundlagen ihrer Stellung den verhängnisvollen Stoß geben. Der preussische Gesandte machte die Wahrnehmung, daß in Petersburg fast allgemein ihrer Herrschaft nur kurze Dauer vorausgesagt wurde. Er sah die Ursachen der Unzufriedenheit mit der Regierung Katharinas in ihrem übertriebenen Reformeifer, in der wenig glücklichen Auswahl der Berater, in der leidenschaftlichen Zuneigung der Zarin für den Favoriten Orlow. Jeden Augenblick konnte ihr eigener Sohn als Gegenkaiser auf den Schild erhoben werden: hielten doch viele dafür, daß die Herrschaft der Mutter nur eine Art Zwischenreich sei, bis der beim Tode des Vaters siebenjährige Großfürst Paul zu seinen Jahren gekommen sein werde. Und weiter: nach der Ermordung Peters III. lebten in Rußland zwar nicht mehr drei Kaiser, wie in der Woche nach Peters Sturz, aber immer noch zwei: neben Katharina der unglückliche Zwan Antonowitsch, der nach einjähriger Regierung als einjähriges Kind entthronte Zar und Enkel eines Zaren, der Gefangene von Schlüsselburg.

So sprachen die stärksten Bedenken gegen eine neue Verbindung mit dem in Katharinas ersten Manifest als „Todsfeind“²⁾ angeklagten Könige von Preußen. Und doch erheischte die Lage der polnischen Angelegenheiten einen schnellen Entschluß. Der Tod König Augusts durfte von heute auf morgen erwartet werden; also stand nach den Erfahrungen von 1733 ein Bürgerkrieg vor der Thür und im Zusammenhang damit vielleicht eine bewaffnete Einmischung fremder Mächte. Unmöglich konnte Rußland abseits bleiben. Aber es war

¹⁾ Oben S. 157.

²⁾ Oben S. 316.

gefährlich, für sich allein, ohne das Einverständnis mit wenigstens einer Macht, vorzugehen. Katharina, die im Juli 1763 ein russisches Corps nach Litauen geschickt hatte, wiegelte einen Monat später stark ab: indem sie ihre Anhänger in Polen vor unvorsichtigen Schritten, vor einer übereilten Schilderhebung warnen ließ, wies sie zumal darauf hin, daß sie noch keine Allianz habe; sie arbeite erst daran.

Noch immer seit hundert Jahren hatte bei jeder Königswahl der König von Frankreich, um die Republik Polen für sein europäisches Föderativsystem zu gewinnen, einem Manne seines Vertrauens, einem seiner Verwandten die Krone auf das Haupt zu setzen gesucht. Ludwig XIV. hatte 1669 und 1674 für den großen Condé, 1696 für den Prinzen von Conty die französische Diplomatie und das französische Gold arbeiten lassen und Ludwig XV. zu Gunsten seines Schwiegervaters Stanislaus Leszczyński ein Heer an der Weichselmündung auf polnischen Boden gesetzt. Damals hatte Rußland die französische Intervention im Bunde mit Oesterreich bekämpft, indem sich die Kaiserin Anna nach dem Vorgange Kaiser Karls VI. für den Kurfürsten von Sachsen erklärte. Wieder war es um 1750, als von neuem ein Conty um die bereinstige Nachfolge des Sachsen sich bemühte, zu einem Einverständnis zwischen den beiden Kaiserhöfen gegen den französischen Bewerber gekommen, diesmal zu Gunsten des Schwagers der Kaiserin Maria Theresia.¹⁾

Aber war es denn möglich, auch heute noch mit dem Bundesgenossen von damals, dem Kampfgefährten aus dem Siebenjährigen Kriege, in Polen zusammenzugehen?

Vor dreißig Jahren hatte Rußland den sächsischen Bewerber, der sich die österreichische Unterstützung durch seine Garantie der pragmatischen Sanction Karls VI. gesichert hatte, um so eher sich gefallen lassen, als dieser Bewerber dem damals am Zarenhofs allmächtigen Grafen Biron die Bezeichnung mit dem Herzogtum Kurland in Aussicht stellte. Jetzt aber lagen die Verhältnisse völlig anders. Rußland hatte seine eigene Partei in Polen, eine geschlossene, zahlreiche, mächtige Partei, deren Wünsche die Zarin berücksichtigen mußte, wenn sie ihrer sicher bleiben wollte.

Den Kern dieser russischen Partei bildete die weitverzweigte Vetterchaft des dem alten litauischen Regentengeschlechte verwandten Hauses der Czartoryski. Bezeichnenderweise nannte man die Partei allgemein „die Familie“, eine Familie, gegen die keine andere im ganzen Land aufkam, die Familie schlechthin. Neben dem Kanzler von Litauen, Fürst Michael Czartoryski, dem 1696 geborenen Senior des Geschlechtes, standen seine Brüder Theodor, der Bischof von Posen, und August, der Woivode von Klein-Rußland, der durch eine kluge Heirat den gewaltigen Reichtum der Familie begründet hatte, dann dessen Sohn Adam, der Hetman von Podolien, vier Vettern aus dem Hause Poniatowski und andere Vettern aus den Sippen der Massalski, Oginski, Lubomirski. Der russische Gesandte verglich die Familie mit einer kleinen, in vortrefflicher Ordnung regierten Republik innerhalb der großen, auf das schlechteste regierten.

¹⁾ Oken S. 427; Bd. I, 563.

In den Thronstreitigkeiten zu Anfang des Jahrhunderts hatten die Czartoryski auf Seiten des Schwedenkönigs und seines Schütlings Leszczyński gegen August den Starken gekämpft, dann mit dem Sieger ihren Frieden geschlossen, bei der zwiespältigen Wahl von 1733 abermals zu Leszczyński gehalten und nach dessen Verdrängung abermals die Partei gewechselt. Zwanzig Jahre hindurch die kräftigste Stütze des sächsischen Hofes, trennte sich die Familie im Jahre 1754 von August III. anlässlich eines schweren Zerwürfnisses mit dem Günstling Brühl und übernahm die Führung der parlamentarischen Opposition, während der Hof sich jetzt mit der Partei der Potocki versöhnte und verbündete, denen sich der Sohn des Grafen Brühl verschwägert hatte. Die Beziehungen zu Rußland aber pflegten die Czartoryski und Poniatowski weiter.

Also sah sich Katharina II. von vornherein auf diese Partei angewiesen und gegen die sächsische Dynastie gestellt. Besondere Anlässe führten beide Teile noch näher aneinander. Von der Ritterschaft Kurlands war 1758 Prinz Karl, der dritte Sohn des Königs von Polen, zum Herzog gewählt worden, dem Hofe zu liebe, aber gegen die kurischen Landesgesetze, die einen Katholiken von der Herzogswürde ausschlossen. Als vier Jahre darauf der alte Biron, aus der Verbannung zurückgekehrt, sein Herzogtum heimforderte, erklärte sich Rußland für ihn, und ebenso im polnischen Senat Michael Czartoryski, zu Katharinas lebhafter Genußthuung. Der sächsische Prinz wurde im April 1763 durch russische Truppen aus Mitau verdrängt, der offene Bruch zwischen der Zarin und dem polnischen Hofe war da. Ueberdies, schon war Katharina entschlossen zur nachdrücklichen Unterstützung der Dissidenten in Polen, zumal der Griechisch-Gläubigen, gegen die Unbuddsamkeit der katholischen Staatskirche Polens. Der Abt des Heiliggeist-Klosters zu Wilna, Theophan Leontowitsch, hatte ihr in wiederholten Unterredungen die gedrückte Lage seiner und ihrer Glaubensgenossen geschildert und auf ihre gerade aufs Ziel losgehende Frage, welchen politischen Vorteil Rußland aus dem Schutze der russisch-griechischen Bekenner in Polen ziehen könne, den lockenden Ausblick eröffnet: „Unser russisches Reich wird 600 Werst des allerbesten, fruchtbarsten Landes mit einer ungezählten Menge rechtgläubigen Volkes gerecht und gesetzlich vor der ganzen Welt an sich nehmen können.“ Und wie mußte nicht eine solche zugleich religiöse und national-russische Propaganda Katharinas Stellung im eigenen Lande befestigen. Bisher, so lange seine polnische Politik auf der Verbindung mit der katholischen Hofburg und dem Konvertitentkönig beruhte, hatte Rußland für die Klagen der griechisch-katholischen Polen nur ein halbes Ohr gehabt und das aus einem Vertrag von 1686 ihm zustehende Schutzrecht nur in sehr bescheidenem Maße geltend gemacht. Katharina nahm die doppelte Forderung in ihr politisches Programm auf: Schutz der Dissidenten für die Zukunft und Ersatz des in der Vergangenheit ihnen entzogenen Besitzes. Auch das konnte sie nur erreichen, wenn sie der sächsischen Herrschaft in Polen ein Ende machte und einem ihrer Anhänger, einem Mitgliede der „Familie“, auf den Thron half.

Katharina entschied sich für den Neffen der Familienhäupter, den jungen und schönen, aber unbedeutenden Grafen Stanislaus Poniatowski, dem sie vor einigen Jahren, als er die Republik Polen in Petersburg vertrat, keine

Gunst versagt hatte. Die Sendung Keyserlingks nach Warschau, so schrieb sie ihrem Auserkorenen gleich nach ihrer Thronbesteigung, bezwecke, ihn nach dem Tode Augusts III. auf den Thron zu erheben; selbstbewußt setzte sie hinzu: „Wenn es meinem Gesandten nicht gelingt, Sie zum Könige zu machen, so will ich, daß Adam Czartoryski König wird.“ Wie es heißt, ist Keyserlingk es gewesen, der ihr geraten hat, nur im Notfall sich für den reichen, klugen, thatkräftigen Czartoryski zu erklären, den glühenden polnischen Patrioten, den Vorkämpfer für eine politische Verjüngung und innere Erstarkung seines Vaterlandes.

Die Entscheidung für die „Familie“, für Poniatowski, schloß noch nicht die Entscheidung für das Bündnis mit Preußen ein. Wenn es gelang, wie vorläufig von Preußen selbst, so auch von den anderen an der polnischen Thronfrage unmittelbar beteiligten Mächten die Zustimmung zu dem russischen Plane zu erzielen, so kam Katharina über die von preussischer Seite gestellten, ihr bedenklichen Bedingungen hinweg. König Friedrich hat es nicht erfahren, daß sie in Versailles und in Wien, in ganz ähnlicher Weise wie bei ihm selber, eine Verständigung wegen der Wiederbesetzung des polnischen Thrones gesucht hat.

In Frankreich wurde ihre Annäherung kühl, fast unfreundlich abgewiesen. Der Wiener Hof nahm den Versuch mit Ueberraschung und entschiedenem Mißtrauen auf. Man argwöhnte, daß Rußland bereits mit Preußen im Einverständnis sei. Und wie der König von Preußen die Zarin zu einem Vertrage zu bewegen suchte, der vor allem ihm Schutz gegen Oesterreich gewähren sollte, so betrachtete man umgekehrt in Wien jedes Abkommen mit Rußland für unnütz, wo nicht lästig, das nicht auf Sicherung gegen Preußen hinauskam. Die österreichische Antwort beschränkte sich somit auf Allgemeinheiten, ließ aber immerhin deutlich erkennen, daß man der Fortdauer des sächsischen Königtums in Polen vor jeder anderen Lösung den Vorzug gab.

Angeichts dieser Zurückhaltung der verbündeten Höfe von Wien und von Versailles ließ sich die Zarin nun endlich herbei, am 20. Juli in einem Briefe an den König von Preußen den Entwurf zu einer Vertragsurkunde zu erbitten. Unverzüglich sandte ihn Friedrich ihr am 6. August zu, mußte aber zu seiner Befremdung bemerken, daß man sich in Petersburg mit der Ausarbeitung eines Gegenentwurfs nicht gerade beeilte. Woche auf Woche verging, alle Vertröstungen Panins auf baldige Antwort blieben ohne Erfüllung, und als die Kaiserin ihm im Oktober Wassermelonen aus Astrachan für seine Tafel schickte, gestand Friedrich seinem Gesandten, jezt dem Grafen Solms-Sonnenwalde, ein Allianztraktat würde ihm lieber sein.

Es unterliegt keinem Zweifel: Katharina hatte die Hoffnung noch nicht aufgegeben, Oesterreich für die Thronkandidatur ihres polnischen Schützlings gewinnen und dann von einem Bündnis mit Preußen absehen zu können. Die Entscheidung mußte fallen, als am 5. Oktober König August III. einem Schlaganfall erlag, nur sechs Monate nach der Rückkehr in seine sächsische Residenzstadt. „Lassen Sie mich nicht aus,“ schrieb Katharina an Panin, „daß ich vom Stuhl aufgesprungen bin, als ich die Nachricht vom Tode des Königs von

Polen erhielt; der König von Preußen ist vom Tisch aufgesprungen, als er es hörte.“ An einem und demselben Tage, dem 17. Oktober, richtete sie eigenhändige Briefe an Friedrich und an Maria Theresia. Dieser schrieb sie, vertrauensvoll wolle sie ihr nicht länger verhehlen, daß sie auf einem gesetzmäßigen, freien und regelrechten Wahltage der Wahl eines Pflasten nicht entgegen sein werde; seien diese Absichten ihr annehmbar, so möge die Kaiserin-Königin ihren Minister in Warschau anweisen, mit dem Vertreter Rußlands zusammenzugehen. Dem König von Preußen durfte sie nach den vorangegangenen Verhandlungen jetzt ohne weiteres den Namen ihres Auserkorenen nennen: obwohl nicht reichbegütert, werde Stanislaus Poniatowski doch an dem Familieninteresse der Czartoryskis eine Stütze finden. In beiden Briefen wurden die russischen Truppenbewegungen an der polnischen Grenze mit dem Interesse Rußlands an der Wahlfreiheit und an dem Ruhestande Polens begründet.

Maria Theresias Antwort war gewunden, verlausuliert, vieldeutig, sie sollte nach Kaunitzens Absicht durch diese ihre Fassung den Russen zu denken geben. Maria Theresia erklärte sich in erster Linie für die Wahl des Kurfürsten von Sachsen, wollte aber auch der Wahl eines polnischen Magnaten nicht entgegen sein, wenn nur das polnische Staatsgebiet unangetastet und die Wahlfreiheit unverletzt bliebe; militärische Demonstrationen empfahl sie zu unterlassen. Friedrich antwortete unbedingt zustimmend. Und schon unmittelbar nach dem Eintritt des Interregnums hatte er aus eigenem Antrieb der Zarin geschrieben, ein Wort von ihr würde genügen, um den sächsischen Kurprinzen von seiner Bewerbung absehen zu lassen.

Katharina konnte nicht mehr zweifelhaft sein. Auf einem Hoffeste im November drückte sie dem preußischen Gesandten ihre Freude über die Antwort seines Gebieters aus: allen Scheelsüchtigen zum Troß werde sie also die Genugthuung haben, in gutem Einvernehmen und als Freundin mit dem Könige zu leben; als sie im Verlauf des Abends den Gesandten in der Nähe ihres Spieltisches bemerkte, sprach sie ihn noch einmal an: sie sei heute sehr guter Laune, sie hoffe, er werde die Ursache erraten.

Gerade jetzt hatten die Gegner Preußens in Katharinas Umgebung noch einen Versuch gemacht, sie mit Mißtrauen zu erfüllen. Den Anlaß bot das Erscheinen eines türkischen Gesandten in Berlin, des ersten Vertreters, den die Pforte am preußischen Hofe beglaubigt hat. Das Schreckgespenst eines Bündnisses zwischen dem Könige von Preußen und dem Großherren wirkte so beunruhigend, daß Katharina in Wien vorstellen ließ, ein solcher Vertrag würde sowohl für Rußland wie für Oesterreich bedenklich, gefährlich sein; man müsse gemeinsam in Konstantinopel den Plan bekämpfen. Aber es gelang dem König, die Zarin von der Thatsache zu überzeugen, daß er seine freundlichen Beziehungen zu der Pforte dahin ausnutzte, sie für die polnische Politik Rußlands günstig zu stimmen.

Es bleibt dahingestellt, wie weit dieser Zwischenfall mit im Spiele war, wenn die Erklärung auf den preußischen Bündnisantrag vom vorigen Sommer noch immer auf sich warten ließ. Katharina beharrte bei ihrer Taktik, die Sache so hinzustellen, als sei bereits alles abgemacht; in diesem Sinne hatte

sie in jenem gleich nach dem Tode Augusts III. an Friedrich gerichteten Briefe die verhängliche Wendung gebraucht, daß damit der Fall des „Konzerts“ gegeben sei. Graf Panin, seit dem November 1763 offiziell mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten betraut, ließ sich zunächst nur angelegen sein, in wiederholten Besprechungen mit dem Grafen Solms zu ergründen, zu welchen Leistungen der König sich für die polnische Wahlcampagne, an die der preussische Vertragsvorschlag noch nicht gedacht hatte, wohl verstehen würde. Er legte dem Gesandten den Entwurf zu einer Erklärung vor, durch die Rußland allen Polen, welche einer Königswahl einen Sonderbund, eine Konföderation entgegenzusetzen versuchen würden, mit Feuer und Schwert zu drohen gedachte; er sprach die Erwartung aus, daß Preußen diese Erklärung durch eine zwar nicht gleichlautende, aber immerhin nachdrückliche Kundgebung unterstützen werde. Er ließ keinen Zweifel darüber bestehen, daß Rußland auf „reelle Assistenz“ rechne, falls die Kaiserin sich veranlaßt sehen sollte, ihre Truppen in Polen einrücken zu lassen; der König von Preußen dürfe sich, wenn er einmal dieersprießlichkeit eines noch zu vereinbarenden Planes anerkannt haben würde, nicht weigern, der Ausführung allen möglichen Vorschub zu leisten.

König Friedrich faßte diese Aeußerungen so auf, als wolle man ihn noch vor Abschluß des Bündnisses zum Handeln, zum Eingreifen in die polnischen Wirren drängen. Er war fest entschlossen, nur Zug um Zug vorzugeben. Er wies darauf hin, daß Rußland nach seinem Bündnis mit der Republik — kraft der Bürgschaft, die Peter der Große 1716 für die polnische Verfassung übernommen hatte — berechtigt sei, unter Umständen seine Truppen in Polen einrücken zu lassen, daß dagegen Preußen durch nichts zu dem gleichen Schritte ermächtigt werde; zur Eiumischung werde ihm vielmehr erst das Verteidigungsbündnis mit Rußland unter Umständen einen Rechtstitel bieten.

Panin ließ eine Aeußerung fallen, die, wie es schien, einen loedenden Ausblick eröffnen sollte. Indem er kurz vor Neujahr in einer der Besprechungen mit Solms dringender denn je die Notwendigkeit betonte, auch preussische Truppen an den Demonstrationen zu beteiligen, setzte er bedeutsam hinzu, der König werde es nicht zu bereuen haben, Verpflichtungen gegen den russischen Ho eingegangen zu sein; denn wenn wider alles Erwarten die Dinge zum Aeußersten kommen sollten, so stehe er, Panin, dafür, daß Preußen seine Mühe belohnt finden werde, ebenso wie Rußland: man werde nicht umsonst gearbeitet haben. Es sei das eine Sache, die er im voraus eingeleitet habe, über die er sich aber zur Zeit noch nicht näher auslassen könne. Aber der König ließ einfach antworten, trotz seiner aufrichtigen und stetigen Absicht, der Kaiserin alle von ihm abhängenden Gefälligkeiten zu erweisen, sei es ihm unmöglich, seinen Staat in gefährliche Dinge zu verflechten ohne vorherigen Abschluß eines Bündnisses. Seinem Gesandten gestand er: „Ich glaube zu durchschauen, daß dieser Minister vaste Absichten auf das Königreich Polen hat, die er einstweilen noch verbirgt.“

Je mehr Zeit ins Land ging, um so verstimmter und mißtrauischer wurde Friedrich. Schon äußerte er gegen Solms den Verdacht, daß die Russen ihn mit der Perspektive eines Bündnisses so lange „amüsieren“ wollten, bis sie mit seiner Hilfe in Polen am Ziele sein würden, um dann das Bündnis auf sich

beruhen zu lassen. In einem Brief, den er am 14. Januar anlässlich jener Verhandlung mit dem Sultan an die Zarin richtete, schwieg er von dem angebotenen Bündnis ganz. „Ich will sehen,“ so erläuterte er seinem Gesandten seine neue Taktik, „ob diese Leute mehr Empressment, zum Abschluß zu kommen, zeigen werden, wenn ich meinerseits keines zeige.“

Derweil hatte in Polen der Wahlkampf begonnen. Die Bewerber traten in die Schranken. Das eine ergab sich sofort, daß der lebhafteste Widerstand gegen den russischen Kandidaten von dem Kurhause Sachsen ausging.

Die preussische Politik stand der sächsischen Bewerbung wesentlich anders gegenüber als vor dreißig Jahren. König Friedrich hat den Russen rund heraus erklärt, daß an sich die Fortdauer des sächsischen Königtums in Polen das preussische Interesse nicht berühren würde; denn die Regierung Augusts III., dessen Wahl Friedrich Wilhelm I. 1733 als eine empfindliche Schädigung Preußens betrachtete, hatte zwar gewisse Unbequemlichkeiten mit sich gebracht, aber in zwei Kriegen, die Preußen gegen Sachsen geführt hatte, war Polen trotz der Personalunion neutral geblieben. Seit dem letzten Friedensschlusse, seit jener Begegnung in Moritzburg gab sich das sächsische kurprinzliche Paar der Hoffnung hin, bei einer Bewerbung um die polnische Krone preussischer Unterstützung teilhaftig zu werden; ja die nunmehrige Kurfürstin Maria Antonie glaubte sich in dem Briefe, den sie unmittelbar nach ihres Schwiegervaters Tode an den König von Preußen richtete, auf ein „Versprechen“ berufen zu dürfen. Solche Hoffnung schnitt Friedrich nun freilich unverzüglich ab. Das Schreiben der Kurfürstin teilte er zur Kennzeichnung der Lage der Kaiserin von Rußland mit — wie sich versteht ohne die auf das angebliche Versprechen bezügliche Stelle; der Schreiberin aber antwortete er sehr deutlich: er fürchte, daß Rußland ihrem Plan mehr entgegen sei, als sie annehme, und daß er seinerseits genötigt sei, auf Rußland Rücksicht zu nehmen. Dabei blieb er auch in allen folgenden Briefen an Maria Antonie. Er könne für Sachsen nichts thun, da mehr als ein Beispiel zeige, daß man bei dem Versuche, es zwei Personen zugleich recht zu machen, es mit allen beiden verderbe. Rußland habe sich entschieden für die Wahl eines Pfaffen: „ich gestehe Ihnen ganz unbefangen, daß ich mich mit der Kaiserin von Rußland nicht überwerfen möchte. Eure Kurfürstliche Durchlaucht weiß, daß die Händel der großen Fürsten nicht vor die Civilgerichte kommen, wie die der Privatleute. Die Jurisprudenz der Souveräne ist für gewöhnlich das Recht des Stärkeren, und der Schwächere, wenn er klug ist, darf sich auf einen Kampf, in welchem er unterliegen muß, nicht einlassen.“ Friedrich hätte die Kurfürstin an das Schicksal ihres wittelsbachischen Vaters, Kaiser Karls VII., erinnern können.

Es war ein schwerer Schlag für die sächsische Sache, daß am 17. Dezember 1763 der milde und wohlmeinende Kurfürst Friedrich Christian nach vierundsechzigjähriger Regierung durch die Blattern dahingerafft wurde. Sein dreizehnjähriger Sohn, Kurfürst Friedrich August, konnte nicht daran denken, in den Wettbewerb um die polnische Krone einzutreten; er überließ die Ansprüche des wettinischen Hauses seinem Oheim und Vormunde, dem Prinzen Kaver. Für ihn, den Schwager, warb jetzt Maria Antonie ebenso eifrig, wie bisher für den Gatten; für ihn, den Lieblingsbruder, wirkte am französischen Hofe die Dauphine

Maria Josepha, und in Polen gab es unter der sächsischen Partei viele, die für diesen nicht regierenden Prinzen lieber als für den Träger des Kurhutes stimmen wollten.

Hätte der König von Frankreich sich entschlossen, offen und entschieden die Bewerbung Kavers zu unterstützen, der Sachse wäre dem russischen Kandidaten ein gefährlicher Gegner geworden. Aber Ludwig XV. hatte auf die wiederholten Anfragen seiner Bundesgenossin, der Kaiserin Maria Theresia, ob er bereit sei, mit Geld und Truppen für Kaver einzutreten, nur ablehnende Antworten. Die französische Politik ließ nicht einmal klar erkennen, ob sie dem sächsischen Prinzen, ob dem Prinzen von Conti den Vorzug gab. Man beharrte in Versailles bei dem Programm des Herzogs von Choiseul: „Wir haben in Bezug auf Polen ein System der Indifferenz und Neutralität angenommen, von dem wir uns nicht entfernen wollen.“ Am wenigsten durfte, das sprach Ludwig selber mit voller Ueberzeugung aus, um Polens willen ein neuer Krieg gewagt werden. Und wenn das Gerücht auftrat, Rußland und Preußen trügen sich mit der Absicht, polnisches Gebiet an sich zu reißen, so tröstete man sich mit der Erwägung, daß die gegenseitige Eifersucht der Nachbarn Polen ausreichend gegen eine Zergliederung schütze. Man beschränkte sich also schließlich auf die ebenso hochtönende wie unaufrichtige Erklärung, daß der König von Frankreich die Republik Polen mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen würde, falls die Wahlfreiheit gefährdet werden sollte.

In ganz unbestimmten, überaus vorsichtigen Ausdrücken trat eine Rundgebung des Wiener Hofes für den Grundsatz der freien Wahl ein. Kam es doch dem Fürsten Kaunitz nach seiner in vertraulichen Schriftstücken oft wiederholten Formel vor allem darauf an, sich mit Ehren und Anständigkeit aus der peinlichen Lage herauszuziehen. Mit Genugthuung, obgleich nicht ganz mit Beruhigung nahm man deshalb in Wien von den Erklärungen Kenntnis, durch die der preussische und der russische Hof die ihnen untergeschobenen Teilungsgelüste nachdrücklich in Abrede stellten.

In der Ueberzeugung, zur Stunde der Entscheidung weder von Oesterreich noch von Frankreich ernsthafte Unterstützung zu erhalten, ist Prinz Kaver im Februar 1764 von seiner Bewerbung zurückgetreten. Der Dresdener Hof ließ sich nunmehr das Feldgeschrei „Piaß gegen Piaß“ gefallen und erklärte sich für den Krongroßfeldherrn Branicki, immer mit dem Vorbehalt, nach dem Tode dieses hochbetagten Magnaten den Prinzen Kaver von neuem vorzuschieben.

Die einheimischen Gegner der Czartoryski ließen es an tapferen Vorfällen und großen Worten nicht fehlen. Branicki machte sich anheischig, das Kronheer auf 20 000 Mann zu bringen, das Haus Potocki und Fürst Karl Radziwill, der Boiwode von Wilna, versprachen, je 10 000 Streiter aufzustellen. So hoffte man, den Russen im Felde gewachsen zu sein, wenn aus Oesterreich und Frankreich wenigstens Geld kam, ohne welches man die Truppen allerdings nicht bei einander zu halten vermochte.

Die Kaiserin von Rußland konnte nicht wissen, wie wenig Ernst es den beiden verbündeten Höfen von Wien und Versailles um ihre Bekämpfung der russischen Kandidatur war. Es war für Rußland kein Kleines, den Bund der

beiden Mächte diesmal gegen sich zu haben, deren Zerwürfniß während des letzten polnischen Interregnums die Entscheidung in die Hände der damaligen Zarin gelegt hatte. Katharina mußte sich auf den Kampf mit ihnen und vielleicht auch mit den Türken einrichten, wenn es nicht gelang, diese Mächte durch eine verstärkte politische Aufstellung einzuschüchtern. Und so entschloß sie sich endlich, das preussische Bündnis anzunehmen.

Am 26. Januar 1764 war Graf Solms in der Lage, das vor einem halben Jahre verheißene russische Gegenprojekt seinem Hofe einzusenden. Am 7. Februar war das Schriftstück in des Königs Hand. Friedrich sandte es umgehend zurück; er hatte, wie er der Zarin am 15. Februar schrieb, „nur ein paar leichte Klarstellungen“ hinzuzufügen gehabt.

Der russische Gegenentwurf, wie er demnach im wesentlichen dem am 11. April unterzeichneten Vertrage zu Grunde gelegt wurde, erhielt sein Gepräge durch die der Haupturkunde angehängte Konvention wegen der polnischen Königswahl mit dem Zweck, gemeinsam dem Stolnik von Litauen, Stanislaus Poniatowski, in kräftigster Weise durch gute Dienste und Bemühungen die möglichste Einstimmigkeit zu verschaffen und ihn auf den Thron zu heben. Die Kaiserin nahm es auf sich, das Feuer einer gegen seine Wahl gerichteten Konföderation mit ihren alleinigen Kräften zu dämpfen, der König sollte dazu vorerst nur durch militärische Demonstrationen an der Grenze und durch Verhandlungen mitzuwirken verpflichtet sein, durch unmittelbare Beteiligung am Kampf erst dann, wenn ein fremdes Truppencorps thatsächlich in Polen eingebracht sein würde, und zwar in solchem Falle durch Entsendung von 20 000 Mann — auf diese Ziffer drückte Friedrich die russische Forderung von 20—30 000 herab. Sollte die eine der beiden Vertragsmächte in den eigenen Grenzen von einer feindlichen Macht angegriffen werden, so war der andere Teil zur Stellung von weiteren 20 000 Mann verpflichtet. Eine an die Polen zu richtende Erklärung, gegen deren Veröffentlichung jetzt, da das Bündnis Gestalt annahm, auf preussischer Seite keine Bedenken mehr bestanden, wollte Friedrich möglichst abgeschwächt wissen; denn niemand solle zu sagen berechtigt sein, daß man mit Gewalt vorgehe. Es wurde dann in der Konvention für diese Rundgebung die Form vorgelesen: „Falls Angehörige der polnischen Nation die Ruhe der Republik stören und eine Konföderation gegen den rechtmäßigen König schließen sollten, so würden die Kaiserin und der König ihre Truppen in Polen einrücken lassen und ohne Schonung alle Härten des Krieges gegen die Personen und ihren Besitz ausüben.“

Die Nebenkonvention sollte geheim bleiben, der Hauptvertrag war bis auf vier Zusatzartikel für die Öffentlichkeit bestimmt. Und hier also erzielte König Friedrich in dem zweiten Artikel, in welchem die beiden Mächte sich den Besitz ihrer in Europa gelegenen Besitzungen verbürgten, den großen Erfolg, daß damit Rußland sich vor aller Welt zur Verteidigung desselben Schlesiens verpflichtete, dessen Losreißung von Preußen der vornehmste Zweck der drei mit Oesterreich geschlossenen Verträge von 1746, 1757 und 1760¹⁾ gewesen war.

¹⁾ Bb. I, 305 (2. Aufl.). Bb. II, 45. 249.

Die dem angegriffenen Teile zu leistende Bundeshilfe wurde im dritten Artikel zunächst zwar nur auf 10 000 Mann zu Fuß und 2000 Reiter festgesetzt, aber im vierten Artikel verhiessen beide Staaten einander im Bedürfnisfalle Unterstützung mit ihrer gesamten Macht. Der erste der Geheimartikel bestimmte, daß die Truppenstellung mit Geld abgelöst werden konnte, wenn Rußland von seiten der Türken und wenn Preußen in seinen westlich der Weser gelegenen Gebieten angegriffen würde, eine Erleichterung der Bundespflichten, die, bei der Unwahrscheinlichkeit eines Krieges im nordwestlichen Deutschland, wesentlich dem Könige von Preußen zu gute kam. Im zweiten Geheimartikel verpflichtete man sich — ein Zugeständnis an den russischen Standpunkt — zur Aufrechterhaltung der in Schweden bestehenden Verfassung; im dritten verbürgte Preußen dem Großfürsten Paul den Besitz des gottorpischen Anteils am Herzogtum Holstein; der vierte stellte Verfassung und Wahlfreiheit der Republik Polen unter den Schutz der beiden Mächte, und ein „Article séparé“ nahm ihr gemeinsames Vorgehen zu Gunsten der polnischen Dissidenten in Aussicht.

Der König verhehlte sich nicht, daß das Bündnis ihn, der soeben aus einem Kampfe auf Tod und Leben hervorgegangen war, sofort in einen neuen Krieg verwickeln konnte, dessen Anlässe ihn im Grunde nichts angingen; denn es war für Preußen in der That an sich gleichgültig, ob der neue König von Polen Poniatowski oder Branicki oder Kaver von Sachsen hieß. Sineceterwegen, äußerte König Friedrich im Hinblick auf die im Hubertusburger Frieden vereinbarte und eben jetzt erfolgte Wahl des Erzherzogs Joseph zum römischen Könige, möge man noch zehn Könige der Römer zu Frankfurt und zwanzig Könige von Polen zu Warschau krönen. Er beruhigte sich damit, daß ein Krieg um die polnische Thronfolge nicht wahrscheinlich sei: „Das beste ist,“ sagte er im Augenblick der Unterzeichnung des Bündnisses, „daß man zu der Annahme Grund hat, den casus foederis nie eintreten zu sehen; sonst würde ich eine große Dummheit begangen haben, mich in diese Dinge einzulassen, gegen meine wahren Interessen und ohne die Hoffnung, einen Vorteil daraus zu ziehen.“ Immerhin kamen ihm von Zeit zu Zeit „kleine Skrupel“. Doch wiederholte er sich dann, daß gerade die vollendete Thatsache des preussisch-russischen Bündnisses eine Friedensbürgschaft sei, daß Oesterreich gegen Rußland und Preußen zugleich den Kampf nicht aufnehmen werde, daß Oesterreich den Frieden ebenso nötig habe, wie er selber.

Die Ereignisse sollten ihm recht geben. Das einzige, was die Höfe von Wien und Versailles gegen die Bewerbung Poniatowskis jetzt noch unternahmen, war der Versuch, die Türken gegen Rußland vorzuschieben. Durch den französischen Gesandten Vergennes aufgereizt, erklärte Mustafa III. zwar seine Zustimmung zu dem von Rußland und Preußen aufgestellten Grundsatz, daß nur ein Kaiser die polnische Krone tragen solle: Stanislaus Poniatowski aber sei zu jung, zu unerfahren und vor allem noch unvermählt; so werde er vielleicht nach seiner Krönung durch eine Heirat seine Macht auf Kosten der polnischen Libertät und zum Schaden der Nachbarn vergrößern wollen. Nicht ohne Erfolg hatten die Feinde der Barin das Gerücht ausgesprengt, daß sie ihrem Geliebten von ehedem alsbald nach seiner Wahl zum Könige die Hand zu reichen gedenke.

Nun gebot Katharina, um den türkischen Gegenzug abzuwehren, ihrem Schützling sehr einfach, sich noch vor der Königswahl zu verheiraten oder doch zu verloben. Schon seine Verwandten hatten ihm das geraten. Stanislaus weigerte sich, gelobte aber demnächst in seiner Wahlkapitulation, keine Ehe ohne Zustimmung von Reichstag und Senat zu schließen, nur eine römische Katholikin zu wählen und den Vorzug allemal einer Polin zu geben.

Inzwischen hatten seine Anhänger mit russischer Hilfe sich freie Bahn geschaffen. Am 7. Mai 1764 wurde zu Warschau der Konvokationsreichstag eröffnet, der die Vorbereitungen für den Wahltag zu treffen hatte, nachdem bei den Wahlen der Landboten auf den stürmischen Palatinatsversammlungen diesmal zur allgemeinen Ueberraschung im ganzen nur zehn Edelleute totgeschlagen worden waren. Die Landboten von der Patriotenpartei, wie sie sich nannten, von Branicki geführt, zogen unter Einspruch gegen die Anwesenheit russischer Truppen alsbald von Warschau ab. Aber Branicki und Radziwill hatten noch keine 10000 Mann unter den Waffen. Am 26. Juni wurde Radziwill in Litauen bei Slonim von den Russen geschlagen und flüchtete auf türkisches Gebiet. Die Wahl Poniatowskis war entschieden, zahlreiche Gegner traten in sein Lager über. Als der Wahlreichstag Ende August zusammentrat, waren nur Parteigänger Rußlands erschienen. Einstimmig wurde Poniatowski am 7. September gewählt. „Ich gratuliere zum König, den wir gemacht haben,“ schrieb Katharina an Panin. Und König Friedrich beglückwünschte seine Bundesgenossin in dem blühenden Stile, dessen er sich in seinen eigenhändigen Briefen an Katharina jetzt zu bedienen pflegte: „Nichts scheint mir bewunderungswürdiger, als daß Sie so viele große Dinge sozusagen ohne Anstrengungen und ohne Anwendung von Zwang oder Gewalt ausgeführt haben. Gott sprach: Es werde Licht, und es ward Licht. Eure Kaiserliche Majestät zwingt alle Welt bis zu der Hohen Pforte, die Trefflichkeit Ihres neuen Systems anzuerkennen. Sie sprechen, und die Welt schweigt vor Ihnen.“

Zimmerhin berechnete man, daß die Unkosten der polnischen Königswahl sich für Rußland auf drei Millionen Rubel beliefen, die Ausgaben für die Verpflegung der russischen Truppen ungezählt.

Das polnische Interregnum war ohne Krieg zu Ende gegangen, das neue Bündnis mit Rußland für Preußen nicht gefährlich geworden.

Aber trotz aller Beteuerung der Freundschaft, Verehrung und Bewunderung in seinen Briefen an die Zarin, trotz aller Ueberschwänglichkeiten in Katharinas Antworten gewann der König von Preußen an diesem Bündnis keine Freude. „Der reelle Vorteil der Verbindung mit Rußland,“ sagte sein Minister Finkenstein einmal, „ist diese anscheinende Intimität, die dem Wiener Hofe imponiert.“ Und damit tröstete sich auch Friedrich selber, so oft ihm an seinen Verbündeten etwas verdroß: „So lange ich im Bunde mit Rußland bin, werde ich mich um die üble Laune des Wiener Hofes wenig kümmern.“

Den nächsten Anlaß zu einer von den Gesichtspunkten der russischen Politik abweichenden Haltung gab dem König der Wunsch und Antrag Katharinas, das

Bündnis mit Preußen zu erweitern zu einer großen nordischen Koalition, deren weitere Teilnehmer in erster Linie England, in zweiter, als mehr „passive Mitglieder“, Schweden, Dänemark, die Niederlande und einige deutsche Staaten, wie Sachsen, sein sollten.

Schon während der dem Abschluß mit Preußen vorausgehenden Verhandlungen hatte Panin der Aufnahme Englands in das Bündnis das Wort geredet, und wieder und wieder kam er auf sein nordisches System zurück. Friedrich berief sich demgegenüber zunächst auf seine Erfahrungen mit England im letzten Kriege, auf die Inkonsequenz der englischen Politik, auf die Unzuverlässigkeit der Minister vom Schlage Butes, auf die für ihn vorliegende moralische Unmöglichkeit, vor einem gründlichen Systemwechsel dort wieder Verbindungen anzuknüpfen.

Stärker noch fiel ein zweiter Grund ins Gewicht. Ausgangspunkt des russischen Vorschlags war die Erwägung, daß ein Gegengewicht gegen die katholische Allianz der bourbonischen Höfe und Oesterreichs geschaffen, gegen den südeuropäischen Bund ein nordeuropäischer gestellt werden müsse. Friedrich aber wollte es gerade vermeiden, in die Streitigkeiten der Briten mit den bourbonischen Kronen abermals, wie 1756, verwickelt zu werden. Er gab den Russen ihre These nicht zu, daß die in Amerika anhebenden Kriege regelmäßig und notwendig ihre Fortsetzung in Europa zu finden hätten. Die Engländer, so legte er den Russen im März 1766 die Grundlinien seiner Auffassung dar, „haben sich von den Franzosen und Spaniern alles zu gewärtigen; mit ihnen in dieser Lage ein Bündnis schließen, heißt sich leichtem Herzens in einen neuen Krieg stürzen, an dessen Gegenstand Preußen kein Interesse hat“. Nur dann sei für ihn eine Verbindung mit England denkbar, wenn ihr jede Verpflichtung fern bliebe, aus der eine Störung des Ruhestandes in Deutschland folgen könne.

Noch weniger Gnade fanden in Friedrichs Augen die von Rußland als passive Teilnehmer gedachten Staaten. Von den Niederlanden, der „Republik der Kaufleute“, sagte er wegwerfend: „Ihr Handel ist ihr Gott und ihr alles.“ Und der holländische Handel gravitierte nach Frankreich und gewann, wenn die Republik in einem europäischen Kriege neutral bleiben konnte. Ein Abkommen mit den Dänen, den Schweden kennzeichnete Friedrich lediglich als eine Geldfrage; doch verlohne es nicht die Mühe, der ganz heruntergekommenen schwedischen Macht Anträge zu machen. Sachsen endlich mußte nach seiner Auffassung ganz außer Betracht bleiben bei der engen Verbindung, die der Dresdener Hof mit dem Wiener und dem Gesamthause Bourbon noch immer unterhalte. Friedrich erklärte offen, daß er die Sachsen zu gut kenne, um ihnen jemals zu trauen. Er glaubte zu bemerken, daß die sächsische Diplomatie seinen Interessen am Hofe Katharinas ebenso entgegenarbeite, wie vor dem letzten Kriege am Hofe Elisabeths und an dem damals mit Preußen verbündeten französischen Hofe. Der „Geist des Grafen Brühl“ schien ihm wieder aufzuleben. Einen besonderen Grund, den er noch gegen eine Allianz mit Sachsen hatte, verschwie er den Russen: denselben Grund, aus dem er früher nichts von der Aufnahme der Sachsen in sein Bündnis mit Frankreich hatte hören wollen. Er war entschlossen, wenn es noch einmal zum Bruch zwischen Preußen

und Oesterreich kam, wieder wie 1756 zu verfahren, das sächsische Gebiet zur Operationsbasis zu machen und als Kornkammer, Goldmine und Aushebungsrevier auszunutzen.

Unausgesprochen blieb den Russen gegenüber auch die Erwägung, daß es dem Könige vorteilhafter schien, wenn die Zarin auf das Bündnis allein mit Preußen angewiesen blieb, als wenn sie sich ein großes föderatives System ausbaute, in welchem Preußen unter Umständen entbehrt werden konnte.

So leicht indes ließen sich die Russen mit ihrem großen Plan nicht abweisen. Als im Frühjahr 1766 der holsteinische Konferenzrat v. Saldern als russischer Gesandter nach Kopenhagen ging, setzte er auf der Durchreise durch Berlin alle Hebel an, um die preussischen Bedenken zu überwinden. Der König empfing ihn wiederholt unter vier Augen. Gründe und Gegengründe wurden ausgetauscht. Saldern bemerkte, wie der König sich verführte, als die Rede auf Sachsen kam, und zum Schluß einer längeren Auseinandersetzung über England trat Friedrich ganz nahe an den Gesandten und flüsterte ihm ins Ohr, als wären Zeugen zugegen, die es nicht hören dürften: „Les Anglais sont des misérables.“

Rußland mußte schließlich auf seinen Wunsch verzichten; die aufdringliche Art aber, mit der Saldern ihm die große Allianz empfehlen wollte, hatte auf den König einen peinlichen Eindruck gemacht. Die „diktatorische“ Sprache dieses Diplomaten erinnerte ihn an einen gern von ihm als klassisches Beispiel benutzten Vorgang aus der römischen Geschichte, das Auftreten des Popilius Lanas vor Antiochus von Syrien. Er fand die Klage seines Gesandten Solms bestätigt, daß die russischen Minister geneigt seien, gegen die Vertreter befreundeter Staaten im Tone der Ueberhebung zu sprechen.

Am meisten verdroß ihn ein Versuch Rußlands, in die inneren Angelegenheiten Preußens einzureden. Die Vorrechte, die das Berliner Bankhaus Schweigger für den russischen Handel erhalten hatte¹⁾, wurden in Petersburg beanstandet, und eine Erhöhung des preussischen Posttarifs gab den Russen zu der Forderung Anlaß, daß diese „ohne vorgängige Unterhandlung und reciprokes nachbarliches Einverständnis“ getroffene Maßregel wegen ihrer finanziellen Nachteile für Rußland aufgehoben werde. Friedrich fuhr auf: das sei die Folge davon, daß man die russischen Minister durch allzuviel Gefälligkeit verzogen habe. Er verkündete es seinen Kabinetministern als seinen festen und unwiderruflichen Grundsatz, daß er einen ersten Schritt „dieser Leute“ zur Einmischung in seine Angelegenheiten nicht dulden werde, möge geschehen, was da wolle; sonst werde er von Rußland abhängig werden, wie Polen und Schweden, oder wie der Hospodar der Walachei den Türken gegenüber. Unter einen der Erlasse an seinen Gesandten, die, wie er wußte, unterwegs von den Russen regelmäßig geöffnet wurden, schrieb er eigenhändig: „Ich fange an, des Joches, das man mir auferlegen will, gründlich müde zu werden. Ich werde mir ein Vergnügen daraus machen, der Bundesgenosse der Russen zu sein, aber solange meine Augen geöffnet sein werden, werde ich nicht ihr Sklave sein. Das können Sie jedem sagen, der es hören will.“

¹⁾ Vgl. oben S. 413.

Der Geschicklichkeit des Gesandten gelang es, die Russen von ihrem Aufsinnen zurückzubringen.

Den innersten Widerspruch, unter dem das preussisch-russische Bündnis litt, hat Friedrich sich nicht verhehlt: daß es ganz gegen das Interesse seines Staates war, wenn er jetzt wohl oder übel die Herrschaft Rußlands in Polen aufzurichten half. Altbrandenburgischer Grundsatz war, daß die im Niedergang begriffene polnische Macht nicht wieder erstarren dürfe, sie, die auf die Mark und auf Pommern drückte, das Herzogtum Preußen von allen Seiten umschloß und von den brandenburgischen Kernlanden trennte und auch der neuesten Erwerbung, der Provinz Schlesien, in ihrer ganzen Länge vorgelagert war. Die Bedrohung, der man von einem starken Pflasterreich sich versah, wurde aber ungleich gefährlicher, sobald Polen ein russisches Nebenland und der ständige Lagerplatz russischer Heere wurde und Rußland derart auf eine Grenzlinie von mehreren hundert Meilen in unmittelbare Verührung zu dem preussischen Staate trat.

Wenn nun in Wien das Vordringen der russischen Macht nach Westen nicht minder mit Sorge betrachtet wurde, so lag die Frage nahe, die Friedrich von jetzt ab sich immer von neuem vorgelegt hat: ob nicht einmal der Tag kommen werde, an dem der gemeinsame Gegenatz gegen den Nachbar im Osten die beiden deutschen Mächte nach so viel Blutvergießen wieder zusammenführen werde.

Zunächst freilich war zwischen ihnen gleich wegen der Ausführung der Friedensbestimmungen neuer ärgerlicher Streit entbrannt. Einer der Artikel von Hubertusburg besagte, daß die beiderseitigen Unterthanen, die während des Krieges zum Eintritt in die Dienste des anderen Staates gezwungen worden seien, ausgeliefert werden sollten. Friedrich erbot sich, 3085 in sein Heer eingereichte Oesterreicher nach Hause zu senden gegen Freilassung einer annähernd gleichen Zahl von Preußen. Nun aber fand es Maria Theresia vom militärischen Standpunkt aus bedenklich, bei den Regimentern, wie Kaunitz es für richtig hielt, kundmachen zu lassen, daß den preussischen Unterthanen auf Verlangen der Abschied erteilt werden würde; denn dann werde man, sagte die Kaiserin, wenigstens noch 6000 auserlesene Mann entlassen müssen, zu den 1200, die man auszuliefern bereit war. So wurde von österreichischer Seite die Verhandlung abgebrochen.

Bald aber begannen die Beziehungen zwischen den beiden Höfen sich wenigstens äußerlich etwas freundlicher zu gestalten.

Am 18. August 1765 starb im Alter von 57 Jahren Kaiser Franz I., von jedermann bald vergessen, nur von seiner Gattin, die ihm sechzehn Kinder geschenkt hatte, als der „vollkommenste und liebenswürdigste Herr“, „ihr Trost in allem in einem harten Lebenslaufe“ schmerzlich, ja leidenschaftlich betrauert. Mitregent in den österreichischen Erblanden an seines Vaters Statt wurde der vierundzwanzigjährige Erzherzog und römische König Joseph, nunmehr römisch-deutscher Kaiser. Ob auch er sich damit begnügte, nur ein „Gast bei Hofe“ zu sein, als den sein Vater in einer Mischung von Scherz und Verdruß sich bezeichnet hatte? Oder zog eine neue Aera der österreichischen Politik mit dem jungen Kaiser herauf? Den König von Preußen beschäftigten diese Fragen leb-

haft. Sein Gesandter Rohd schilderte ihm Joseph als friedfertig und als sparsam, und Friedrich sprach die Hoffnung aus, daß es bei solchen Gesinnungen zu besserem Verständniß zwischen ihm und dem Wiener Hofe kommen, daß man es wenigstens nicht mehr nötig haben werde, jeden Augenblick zum Kampf bis aufs Messer bereit zu sein. Ja, jenem russischen Diplomaten Salbern sagte er von Joseph mit leicht verständlicher Absicht: „Ein guter und friedliebender Fürst, der die Franzosen verabscheut; er wird sich niemals in gefährliche oder zweideutige Dinge einlassen; dafür sage ich gut.“

Fürst Kaunitz galt, wie es den Anschein hatte, bei dem Sohne weniger als bei der Mutter. Daß der Staatskanzler, über die Bevorzugung seines Gegners Lacy durch Joseph, wohl auch über des Kaisers sehr bald bemerkbare Selbständigkeit verstimmt, im Juni 1766 der Kaiserin-Königin ein mit Lebhaftigkeit zurückgewiesenes Entlassungsgesuch eingereicht hat, blieb dem Könige von Preußen nicht unbekannt; als schon früher ein Gerücht über den bevorstehenden Rücktritt umlief, meinte er, der Wiener Hof solle keine Dummheit begehen, denn Kaunitz sei ohne Frage der beste Kopf, über den man dort verfüge. Kaunitz selbst sprach sich gegen den preussischen Gesandten jezt gern in dem Sinne aus, daß ihm für die Ruhe Europas nichts wünschenswerter erscheine, als ein gutes Einvernehmen zwischen seinem jungen Herrn und dem Könige von Preußen. Mit dem Freimuth, auf den er sich etwas zu gute thue, gestehe er offen, daß er dem Könige vordem viel Böses habe zufügen wollen, darüber aber müsse man den Schleier ziehen, und wie sein Einfluß auf die Staatsgeschäfte ja nicht unbekannt sei, so könne er als Ehrenmann versichern, daß Schlessien in Wien jezt vergessen sei und in Zukunft nicht mehr zum Erisapfel werden solle. Schon wagte Kaunitz mit kleinen Geschenken aufzuwarten: mit einer Trüffelendung, mit Desen nach einem von ihm selbst erfundenen Modell. Friedrich maß diesen Annäherungsversuchen keine übertriebene Bedeutung bei, aber er wies seinen Gesandten an, dem Staatskanzler Artigkeiten zu sagen, wo nur immer die Gelegenheit sich biete. Und als Kaunitz angelegentlich den Wunsch äußerte, für seine auserlesene, ihm sehr am Herzen liegende Gemälbefammlung ein getreues Bild des Königs zu besitzen, versprach Friedrich sofort, daß er gegen seine sonstige Gewohnheit sich malen lassen werde, und ließ ihn durch den Gesandten sagen: „Wenn Kaunitz eine schöne Frau wäre, würde ich mich hüten, ihm das Porträt eines hinfälligen Greises zu schicken, aber in seiner Eigenschaft als Minister wird er es, wie ich mir schmeichle, nicht so genau nehmen.“

Auf ernstere Proben durfte die neue Eintracht, die man im Runde führte, freilich nicht gestellt werden. Als Kaiser Joseph im Juni 1766 an eine Reise nach Böhmen einen Besuch des Dresdener Hofes und eine Besichtigung des Torgauer Schlachtfeldes zu knüpfen sich vornahm, glaubte Friedrich nach gewissen Andeutungen, die man in Wien seinem Gesandten gemacht hatte, eine Aeußerung des österreichischen Gesandten Nugent als Aufforderung zu einer Zusammenkunft auffassen zu sollen. Schon hatte er alles zur Reise vorbereiten lassen, einer unmittelbaren Einladung gewärtig. Aber Nugent, der zur Begrüßung seines Gebieters nach Dresden gegangen war, beschränkte sich unerwarteterweise darauf, in einem Brieflein vom 24. Juni an den Minister Finkenstein einfach mitzu-

teilen, daß der Kaiser am 28. in Torgau sein werde und noch denselben Abend in Baugen Nachtquartier zu nehmen gedenke. Nun genügte die Entsendung eines Vertreters zur Begrüßung des hohen Reisenden. Friedrich war äußerst betreten und blieb verstimmt. „Wir sind,“ schrieb er seiner schwedischen Schwester, „bei Komplimenten, Aufmerksamkeiten, Höflichkeiten stehen geblieben; der Teufel wird nichts dabei verlieren, denn es steht geschrieben im Buche des Schicksals, daß Rom und Karthago nicht neben einander bestehen können.“ Er erging sich in Vermutungen über die Gründe des befremdlichen Verhaltens der Oesterreicher; er witterte den Einfluß Kaunitzens oder des Feldmarschalls Lacy, der den Kaiser begleitete. Oder war es die Besorgnis der Kaiserin-Königin gewesen, ihren Sohn durch diese Begegnung betrübt, verführt zu sehen? Oder etwa die Rücksicht auf den französischen Hof? Thatsächlich hatte Maria Theresia von vornherein ihrer Umgebung keinen Zweifel darüber gelassen, daß es ihr ungemein leid thun würde, wenn diese Zusammenkunft stattfände. Und Kaunitz, an sich dem Plane geneigter, wollte doch unter allen Umständen den Schein vermieden wissen, als ob die Anregung von Joseph und nicht von Friedrich ausgehe. So hatte der junge Fürst wohl oder übel darauf verzichten müssen, einen Mann zu sehen und zu sprechen, der, wie er seiner Mutter nachher freimütig gestand, seine Neugierde außerordentlich gereizt hätte. Die Kaiserin aber frohlockte: „Die Zusammenkunft, die er und der König wünschten, ist nicht zu stande gekommen, weil die Vorkehrung es nicht so wollte.“

Aussichtslos von vornherein war ein Einfall, den Kaunitz in demselben Jahre gesprächsweise vorbrachte. Zu seiner großen Ueberraschung hörte der junge preussische Legationsrat Edelsheim, der den beurlaubten Rohd im Herbst für einige Zeit vertrat, eines Tages aus dem Munde des Staatskanzlers einen längeren moralisch-politischen Vortrag über die Schäden, die Vorurteil und Ehrgeiz der Menschheit zufügten. Religiöses Vorurteil führe den Klöstern, politischer Ehrgeiz den großen Armeen fortgesetzt Scharen von Staatsbürgern zu und mache sie zu unnützen Gliedern der menschlichen Gesellschaft. Wozu einen verdeckten Krieg führen mitten im Frieden? Sei es denn nicht möglich, sich über eine allgemeine Abrüstung zu einigen, etwa nach dem Maßstabe, daß jeder Staat drei Viertel der Streitkräfte, die er im Zeitpunkte der Friedensschlüsse von 1763 unter den Waffen gehabt habe, entlasse und daß man durch Bevollmächtigte die gewissenhafte Ausführung dieser Vereinbarung gegenseitig überwache? Der König von Preußen eröffnete seinem Vertreter, er habe sehr wohl gethan, sich auf diesen Gegenstand nicht einzulassen. Sollte Kaunitz darauf zurückkommen, so möge Edelsheim ihm bemerken, daß dieses Projekt ein wenig nach den Ideen des Abbé St.-Pierre schmecke, des bereits vor mehr als zwanzig Jahren von Friedrich unsanft abgewiesenen¹⁾ Schwärmers für den ewigen Frieden.

Wenige Monate nach diesem verschämten Abrüstungsantrage sahen sich die beiden Mächte zu neuen Kriegsvorbereitungen gegen einander veranlaßt. Denn in Polen hatte sich wiederum Zündstoff aufgehäuft für einen europäischen Brand.

¹⁾ Vgl. Bd. I, 178 (2. Aufl.).

Katharina II. hatte mit Hülfe der Familie Czartoryski die Wahl des ihr genehmen Königs kaum erzwungen, als schon ihre bisherige Partei von den Wegen Rußlands abzulenken begann. Beide, die Zarin und die Czartoryskis, wollten das Königtum Poniatowskis als Werkzeug für ihre besonderen Zwecke benutzen. Katharinas großes Ziel blieb die Herstellung der konfessionellen Parität, die Czartoryski glaubten die Stunde für ihre Verfassungsreform gekommen. Auf dem Konvokationsreichstag von 1764 hatte Rußland die Reformpartei, um ihrer Unterstützung im Wahlkampf sicher zu bleiben, bis zu gewissem Grade gewähren lassen. Mit den dort eingesetzten ständigen Kommissionen für Rechtspflege und Finanzen, Heerwesen und Polizei waren als Gegengewicht gegen die Willkür und Mißwirtschaft der großen Kronbeamten Verwaltungskörper geschaffen worden, die als Ansätze für die Ausgestaltung einer festeren Staatsordnung dienen mochten. Auf dem Krönungsreichstag im Herbst 1764 waren dann die Gegensätze schon auf einander gestoßen, ohne daß von hüben und drüben der Kampf offen aufgenommen wurde. Der König und die Reformpartei beugten sich dem Machtgebot Rußlands, indem man an die Ausrottung des Grundübels, die Abschaffung des Liberum Veto, für diesmal nicht heranging, und einen Gesetzentwurf zur Anerkennung der Religionsfreiheit der Dissidenten vor den Reichstag brachte; Katharina aber nahm es hin, daß diese Vorlage von den Landboten unter wildem Toben, ohne auch nur zur Verlesung zu gelangen, totgeschrien wurde.

Als zwei Jahre später der gesetzliche Zeitpunkt für die Einberufung des ersten ordentlichen Reichstages gekommen war, hatte die Gnade Katharinas ihren ehemaligen Schützlingen sich bereits ganz abgewandt. Rußland war entschlossen, seine Paritätsforderung mit Waffengewalt durchzusetzen und unterlagte andererseits jede Reformpolitik. Dadurch werde ihm, schrieb König Stanislaus beweglich nach Petersburg, sein Königtum zum Nessushemd; er sehe sich vor die Wahl gestellt, entweder zum Reichsverräter zu werden, oder sich von der Kaiserin loszusagen. Er entschied sich für das Zweite. Er wagte, in der Religionsfrage den Kampf gegen Rußland aufzunehmen. Indem er für die Vorrechte des katholischen Bekenntnisses zu der überwiegenden Mehrheit der Nation stand, hoffte er, daß sie ihm ihrerseits auf der Bahn der Reform folgen werde. Aber der Reichstag ließ den König in der Verfassungsfrage im Stich. Zugeständnisse zu Gunsten der Dissidenten wurden abgelehnt, aber auch die von Stanislaus empfohlenen politischen Reformen. Durch feierlichen Beschluß wurde die Fortdauer des Liberum Veto ausgesprochen; nur für die Wahl zum Reichstage und zu den Gerichtshöfen sollten Mehrheitsbeschlüsse gelten.

Verlauf und Ergebnis dieses Reichstags von 1766 offenbarten, wenn es dessen noch bedurft hätte, die ganze Zerfahrenheit und Fäulnis der öffentlichen Zustände in Polen. Parteihaber, Unbeständigkeit und Eigennuß hatten sich stärker erwiesen, als jede andere Regung und Rücksicht. Das Liberum Veto wurde doch deshalb vor allem als ein Palladium der polnischen Freiheit betrachtet, weil es bei der allgemeinen Bestechlichkeit für jeden einzelnen ein nutzbares Recht war. Die Einführung des Majoritätsprinzips wäre den Schlachtigen an den Geldbeutel gegangen. Das Wort des Königs von Preußen an seinen

Gesandten in Warschau traf völlig zu: „Sie wissen doch, daß man in Polen mit Geld alles macht.“

Bei der Käuflichkeit der Kleinen wie der Großen, bei der unbezähmbaren Eifersucht zwischen den Parteihäuptern durfte die Zarin sich sagen, daß sie stets die eine Hälfte der Nation für die ehrgeizigen Pläne Rußlands zur Verfügung haben werde; daß die, welche gestern noch Rußlands Gegner gewesen waren, morgen dieser auswärtigen Macht zum Knappendienste bereit standen, sobald die Aussicht sich bot, die einheimischen Rivalen aus dem Regiment, aus den gewinnbringenden Aemtern zu verdrängen. Die Gegner Rußlands von 1763 und 1764, die Ueberbleibsel der alten sächsischen Partei, alle endlich, die aus irgend einem Grunde mit der Regierung des Poniatowski und der Hegemonie der Czartoryskis unzufrieden waren, hatten zur Zeit die Augen auf Rußland gerichtet, schon ganz bereit, in der soeben noch als Gewissenssache bezeichneten Frage der Dissidentenrechte Zugeständnisse zu machen. So konnte Rußland sich anschicken, das was auf dem Reichstag ihm mißglückt war, nach dem Reichstag und ohne den Reichstag auszuführen. Hatte sich der Reichstag der russischen Politik versagt, so hatte sie noch einen stärkeren Hebel anzusetzen: den organisierten Bürgerkrieg, die Konföderation.

Eine polnische Konföderation, der wildeste Auswuchs der chronischen Anarchie, zu welcher in diesem unglücklichen Lande der völlige Bankbruch des Parlamentarismus geführt hatte, kennzeichnete sich als ein gleichsam völkerrechtlicher Bund der souveränen Edelleute beim Versagen der staatsrechtlichen Organe des nationalen Lebens. „Zum Besten des Königs und der Republik“ verpflichteten sich die Mitglieder auf ein Bundesprogramm und seine gewaltsame Durchführung, erklärten sich als die zeitweiligen Inhaber der öffentlichen Gewalt und hielten sich für befugt, der Republik während dieses Ausnahmezustandes auf einem Konföderationsreichstage ihre Bundesartikel nach dem sonst durch die Geschäftsordnung ausgeflossenen Mehrheitsprinzip als gültige, dauernde Gesetze aufzuerlegen. Deshalb hat Jean Jacques Rousseau in dem Wesen der polnischen Konföderation die altrömische Diktatur wiedererkennen wollen. Durch den Reichstagsbeschluß von 1716 verpönt, war der Konföderationsunfug während der Zwischenreiche von 1733 und 1764 doch wieder aufgelebt, und jetzt hatte die Zarin den Triumph, nicht eine Konföderation, sondern zwei für sich anzubieten.

Die Häupter der Protestanten und der Griechen konföderierten sich unter Führung des Grafen Goltz und des Generals Grabowski, die katholischen Gegner des Hofes, darunter auch zahlreiche Prälaten, erwählten zu ihrem Marschall denselben Karl Radziwill, der 1764 ein Heer gegen die Russen geführt hatte; jetzt hatten ihn die Russen sich mit ihren Kubeln verpflichtet und aus seinem Dresdener Exil zurückgerufen. Genugthuung für die Dissidenten und Abschaffung aller seit 1764 eingeführten Reformen war die gemeinsame Lösung aller Konföderierten: die Zarin durfte zufrieden sein.

Der König von Preußen sah dieser neuen Wendung mit getheilten Empfindungen zu. Der Kampf gegen die Verfassungsreform, die Bewegung für das Liberum Veto hatte durchaus seine Billigung; denn mit seinen Ministern bekannte er sich ohne Einschränkung zu dem von den Vätern ererbten Grundsatz,

daß jede Aenderung der polnischen Verfassung, jeder Versuch zur Beseitigung der „Anarchie“, jede Erstarkung Polens als eine Gefahr für Brandenburg zu betrachten sei. Unter diesem Gesichtspunkt war er anfänglich, als Katharina und Panin des neuen polnischen Königs noch sicher zu sein glaubten und deshalb eine Stärkung seiner Regierungsgewalt noch für nützlich hielten, viel entschiedener als Rußland für das Liberum Veto eingetreten; er hatte dringend vor Neuerungen gewarnt, deren politische Tragweite sich nicht absehen ließ. Andererseits hatte er allzeit, nach erfolgter Königswahl nicht minder als während des Zwischenreiches, der Zarin Mäßigung an das Herz gelegt, sich immer von neuem gegen die Anwendung von Zwang und Waffendruck ausgesprochen. Er fürchtete, daß diese unverhüllte Herrschsucht und Gewaltthätigkeit, die immer wiederholte Einlagerung russischer Truppen auf polnischem Boden, die militärische Assistentz Rußlands bei allen Staatsakten der Republik doch endlich einmal die Nachbarn, die Oesterreicher vor allen und vielleicht auch die Türken, in den Harnisch bringen würde. Dann war doch der casus foederis für ihn da, dem er vor drei Jahren glücklich entgangen war.

Mittelsmann zwischen der Hofburg zu Wien und dem Königsschlosse zu Warschau war, was dem Könige von Preußen nicht unbemerkt blieb, Fürst Andreas Poniatowski, der Bruder des Königs Stanislaus, Generalfeldwachtmeister in österreichischen Diensten. Durch ihn ließ Kauniz dem Könige und den Czartoryskis raten, angesichts der Drohungen Rußlands und Preußens den Mut nicht zu verlieren, sondern mit Adel und Geistlichkeit fest zum Schutze des Glaubens zusammenzustehen. Zugleich rief man den Bundesgenossen in Versailles zu gemeinsamem Vorgehen auf, um dem König von Polen zu größerer Selbständigkeit zu verhelfen und ihm ein Bündnis mit der hohen Pforte zu vermitteln. Und doch konnte sich Kauniz des Zweifels nicht erwehren, ob nicht etwa Stanislaus und Katharina insgeheim einverstanden waren. Gleichviel, man hielt es für erforderlich, sich den Anschein zu geben, daß Oesterreich, wenn die Dinge in Polen auf die Spitze getrieben würden, sich zu entscheidenden Gegenmaßregeln zu entschließen vermöge. Dem englischen Gesandten erklärte Maria Theresia um die Jahreswende mit der Haltung und dem Blicke, die ihr bei ernstern Eindrücken und in Augenblicken der Erregung eigen waren: „Ich will offen mit Ihnen reden und Sie werden es verstehen, wenn wir nicht mit gekreuzten Armen zulassen können, daß ein Fürst, mit dem wir in Freundschaft leben, freventlich unterdrückt wird.“ Man rüstete also und rüstete eifrig. Befehle ergingen zur Zusammenziehung größerer Truppenmassen und zur Anlegung von Magazinen in Böhmen und in Mähren, und General Laudon wurde nach Wien berufen, wie es hieß zur Feststellung des Feldzugsplanes, dessen Ausführung ihm obliegen würde.

Nach Berlin gelangten die ersten Nachrichten über österreichische Rüstungen in den letzten Tagen des Jahres 1766. Der König wollte zunächst nicht glauben, daß seine alten Gegner wirklich an Krieg dächten. Nun aber mehrten sich die Anzeichen. Friedrich hatte seine Augen und Ohren überall; er rühmte sich, daß nicht der kleinste Vorgang in den Erblanden der Kaiserin-Königin ihm entgehen solle. Wie vor elf Jahren stellte er sich die von allen Seiten, aus Wien, von

den schlesischen Grenzen, aus Dresden, aus dem Haag einlaufenden Berichte zusammen, verglich sie miteinander, theilte sie seinen Gesandtschaften mit zur Begutachtung und zur Prüfung und als Anhaltspunkte für ihre eigenen Beobachtungen, übermittelte sie zur Warnung dem russischen Hofe. Freilich konnte er sich die politische Rechnung der Oesterreicher nicht wohl erklären. Eine Einwirkung von französischer und spanischer Seite, vom allgemeinen katholischen Standpunkte aus, erschien unwahrscheinlich, und ebenso, daß man in Wien seine Hoffnung auf die Türken gestellt haben sollte. Vielleicht, daß man durch diese militärischen Demonstrationen Rußland einschüchtern zu können hoffte. Eine vierte Möglichkeit, die Friedrich in Erwägung zog, beunruhigte ihn am meisten: arbeitete man etwa von Wien aus auf eine Palastrevolution hin, auf den Sturz Katharinas? Nach seinem Grundsatz, daß Vorsicht die Mutter der Sicherheit sei, setzte auch er sich in Positur. „Da ich meine Vorbereitungen den ihren proportioniere,“ schreibt er am 12. Februar dem Prinzen Heinrich, „soll mich die Königin von Ungarn nicht unversehens erwischen, was auch ihre Absichten sein mögen. Die Armeen sind schon eingetheilt, die Märsche geregelt und sehr viel Werk und Arbeit vorausgethan. Wir können zum Beginn 140000 Mann ins Feld stellen und diese Zahl wird sich im zweiten Feldzug um 30000 Mann vermehren lassen.“ „Ich lasse diese Leute,“ schreibt er drei Tage später, „ruhig thun, was sie beschlossen haben, und wenn es zum Aeußersten kommen muß, soll man uns früher fertig finden, als man denkt.“

Die Vorfrage war ihm keinen Augenblick zweifelhaft. Unbedingt war er entschlossen, wenn die Russen und Oesterreicher wegen der polnischen Wirren handgemein wurden, seine Verpflichtungen gegen den Bundesgenossen zu erfüllen. So hart es ihn ankommen mochte. Denn nicht damit genug, daß er für Rußland sich in neuen Krieg stürzen sollte, mußte er sich auch sagen, daß er durch seine Waffenhilfe wiederum dazu beitrug, die russische Macht zu vermehren, die russische Anmaßlichkeit zu steigern, die Unterjochung Polens unter die russische Herrschaft zu besiegeln. „In ganz Europa,“ schrieb er seinem Gesandten Solms am 12. Februar 1767, „sagt man frei öffentlich, daß die Kaiserin Polen auf kurländischen Fuß hinabbrücken und einen König haben will, der das Land unter russischer Leitung regieren und nichts ohne der Kaiserin Erlaubnis thun soll.“ Er machte es diesem Gesandten zum Vorwurf, daß er die russische Politik beschönige, über die russische Herrschsucht den Schleier ziehe. Aber trotz allem kam er zu dem Ergebnis: „Man muß die Prozeduren der Russen in Polen ertragen, weil wir wenn sie mit dem Wiener Hofe im Bunde sünden, diese Prozeduren ebenso dulden müßten.“ Die Oesterreicher, äußerte er in demselben Gedankengange, würden jetzt zu spät gewahr, daß sie ehedem den Russen allzuviel Gelegenheiten geboten hätten, ihren jetzigen großen Einfluß auf die europäischen Angelegenheiten zu gewinnen.

Entschlossen, trotz solcher Bedenken das Bündnis mit Rußland inmitten der neuen Wirren festzuhalten, hielt König Friedrich es doch für geboten, sich für den Kriegsfall den Anspruch auf Entschädigung, und zwar auf Landgewinn zu sichern. Die Aeußerung Panins aus dem Dezember 1763, daß Preußen, wenn die Dinge zum Aeußersten kämen, nicht umsonst gearbeitet haben

folgte, sie war, damals anscheinend überhört, nicht vergessen worden. Friedrich ließ den russischen Staatsmann jetzt an jene Worte erinnern, als er am 19. Februar, nach wiederholter Berathung mit seinen Kabinetministern, den Entwurf zu einem neuen, den Zeitläuften angepaßten Vertrag nach Petersburg sandte. Dort ging man gern und ganz und diesmal auch rasch auf einen Vorschlag ein, dessen unmittelbare Vorteile durchaus auf russischer Seite lagen. Das am 4. Mai 1767 zur Unterzeichnung gelangte Abkommen verpflichtete den König von Preußen, bei bewaffnetem Vorgehen Oesterreichs gegen die in Polen eingerückten russischen Truppen auf Ansuchen der Zarin mit seiner gesamten Macht eine Diversion gegen die Erblande der Kaiserin-Königin zu machen. Rußland übernahm, ihn gemäß dem Bündnis von 1764 mit einem Hülfscorps, erforderlichen Falls aber mit ganzer Macht zu unterstützen und ihm beim Friedensschluß eine den „immensen“ Kriegskosten entsprechende Entschädigung zu verschaffen. Auf Wunsch der Russen wurde noch ein Artikel aufgenommen, wonach es freier Vereinbarung vorbehalten blieb, den Geldbeitrag, den Preußen 1764 für den Fall eines russisch-türkischen Krieges zugesagt hatte, in Truppenhülfe zu verwandeln.

Preußen hatte jetzt diplomatisch und militärisch seine Aufstellung genommen. Wäre es damals zum Bruche gekommen, so hätte der Krieg, allem Ermessen nach, dem Könige nur Gewinn bringen können. Seine Lage war in Anbetracht seiner Stellung zu Rußland und bei der Lethargie Frankreichs ungleich günstiger als 1756. Jetzt wie damals wurde in beiden Lagern gerüstet, in Preußen wie in Oesterreich. Jetzt wie damals war der König von Preußen entschlossen, wenn es sein mußte, vom Leder zu ziehen, zugleich aber entschlossen, den äußersten Notfall, einen wirklichen Zwang abzuwarten. Jetzt wie damals verfolgten seine militärischen Maßnahmen den Nebenzweck, über die Absichten des Gegners Klarheit zu gewinnen. Und die Klärung wurde herbeigeführt, damals wie jetzt; aber diesmal in entgegengesetzter Richtung. Weit davon entfernt, die preussischen Rüstungen als willkommenen Vorwand für die Fortsetzung der eigenen zu benutzen, wie 1756, lenkte man in Wien ein, wie 1749,¹⁾ und ließ beschwichtigende Erklärungen abgeben. Im Auftrage des Fürsten Kaunitz eröffnete Nugent schon Anfang Februar 1767 dem Grafen Findenstein anlässlich der Gerüchte über österreichische Rüstungen, alles, was in Wien geschehe, gelte einzig und allein dem Plane des Kaisers zur Verbesserung seines Heerwesens. Findenstein entgegnete, auch die preussischen Vorkehrungen bezweckten nichts anderes, als die Reiterei auf den kompletten Friedensfuß zu bringen. „Die Reiterpferde, die wir kaufen lassen, haben ihnen den Floh ins Ohr gesetzt,“ folgerte der König; „sie haben begriffen, daß wir mit Rußland im reinen sind.“ Er erklärte, jetzt die weitere Entwicklung ruhig abwarten zu wollen: „Ich bin auf alles gefaßt. Muß Krieg geführt sein, so werde ich ihn führen, und muß Friede gehalten werden, so werde ich ihn halten. Und offen gesagt, nach den Unglücksschlägen, die lezthin den Staat getroffen und erschüttert haben, wäre es zu wünschen, daß wir noch einige Jahre hätten, um ihn sich erholen zu lassen und zugleich streitbar zu machen.“

¹⁾ Vgl. Bd. I, 473 ff.

Es zeigte sich dann immer deutlicher, daß die österreichischen Rüstungen in der That nur, wie Friedrich es vermutet hatte, als Demonstrationen gemeint gewesen waren, auf die man einen stärkeren Trumpf nicht folgen zu lassen beabsichtigte. Im Juni 1767 urtheilten der König von Preußen und Graf Panin übereinstimmend, daß der Wiener Hof angesichts der engen Verbindung zwischen Rußland und Preußen jetzt auf jeden Einspruch verzichtet habe. Die Vorsicht des Staatskanzlers begegnete sich mit der tiefen Abneigung der Kaiserin gegen neuen Krieg. Sie schaudere, hat Maria Theresia einige Wochen später dem päpstlichen Nuntius gesagt, wenn sie daran denke, wieviel Blut während ihrer Regierung geflossen sei. Nur die äußerste Nothwendigkeit werde sie dahin bringen, daß um ihretwillen noch ein Tropfen vergossen werde.

So verlief das Jahr 1767 ruhiger, als ihm an seiner Schwelle vorausgesagt worden war. Auch in Polen kam es nicht zum offenen Bürgerkriege, zu einer Erhebung gegen die russischen Unterdrücker. Rußland beherrschte, wie es schien, mit dem unter seinem Schirm zusammengetretenen Sonderbunde die Lage völlig.

Allerdings mußte diese Konföderation beständig unter eiserner Hute gehalten werden. Zwei Gewaltakte des russischen Gesandten Repnin bezeichnen ihre Geschichte. Als zu Radom in Kleinpolen Anfang Juni die Einzelkonföderationen sich verschmolzen, gelangte die Bundesakte der Generalkonföderation in dem von Repnin vorgeschriebenen Wortlaut doch erst zur Unterzeichnung, als russische Soldaten das Versammlungshaus umstellten und ihre Kanonen aufzuhren. Und als am 3. Oktober der von den Konföderierten verlangte außerordentliche Reichstag zusammengetreten war, konnte Repnin nicht anders zum Ziel kommen, als daß er die Wortführer der Gegenpartei, die Bischöfe von Krakau und von Kiew und drei weltliche Würdenträger, verhaften und in die Gefangenschaft nach Rußland abführen ließ, unter dem Vorwand, daß sie sich gegen die Majestät der Zarin vergangen hätten. „Alles ist verloren,“ meldete damals der päpstliche Nuntius nach Rom. Die vom Reichstag eingesezte Kommission beschloß nun wie Repnin es verlangte; sie mußte sich von dem Bischof von Kujavien die höhnische Frage gefallen lassen: ob sie denn auch den Koran angenommen haben würde, wenn Repnin es geboten hätte. Das große Ergebnis war, daß die Kommission und demnächst der Reichstag die staatsbürgerliche Gleichstellung der Katholiken und der Dissidenten, sowohl der nichtunierten Griechen wie der Protestanten aussprach und den nicht katholischen Edelleuten den Zutritt zu allen Aemtern und Würden, allein die Königskrone ausgenommen, eröffnete. Für die Geschäftsordnung hatte Rußland den Reformfreunden so viel nachgegeben, daß während der drei ersten Wochen eines Reichstages für die Erledigung der Finanzvorlagen Mehrheitsbeschlüsse Platz greifen sollten.

Am 5. März 1768 löste die Konföderation sich auf, die russischen Truppen begannen das Gebiet der Republik zu räumen.

Der König von Preußen freute sich der politischen Windstille: Europa endlich einmal nicht angefüllt „von Faktionen, Negotiationen und Intriguen“, nicht in den „Geburtswehen eines neuen Krieges“. „Ich bin viel zufriedener,“ schreibt er am 20. Januar 1768 an den Gesandten in Wien, „wenn Sie mir

über Opern, Schlittenfahrten und ähnliche Vergnügungen von dort berichten, als wenn Sie mir politische Verwickelungen anzukündigen haben.“ Und an den Prinzen Heinrich nach Rheinsberg am 1. Februar: „Die beste Nachricht, die ich Ihnen von hier senden kann, ist die, daß es keine gibt.“

Aber schon am 12. März meldete ihm sein Gesandter in Warschau, daß in der polnischen Ukraine eine neue Konföderation im Entstehen war. Friedrich beklagte den Zwischenfall als höchst ungelegen, da er den Russen einen Vorwand bieten werde, ihre Truppen in Polen zu lassen. Die Bewegung griff weiter um sich. Was anfangs ein „Strohfeuer“ schien, kennzeichnete sich dem König von Preußen nach zwei Monaten als „ein Aufstand des ganzen Königreichs gegen das Ergebnis des letzten Reichstags“. Die Stadt Bar in Podolien war der Ausstrahlungspunkt. Die Religion gab das Panier. Die Konföderation nannte sich die heilige, Lutheraner und Calvinisten, getaufte Juden und nichtunierte Griechen wurden von dem Bunde ausgeschlossen. Die große Gegnerschaft der Czartoryskis, in ihrer Hoffnung den König Stanislaus gestürzt zu sehen durch die Russen getäuscht, trat jenem Bündnis wider Rußland bei, wie vor anderthalb Jahren dem für Rußland. Der Kleinkrieg mit allen seinen Schrecken begann. Kaum mehr als 10000 Russen standen noch auf polnischem Boden. Man überfiel sie in ihren Quartieren, ermordete oder verstümmelte sie; man goß den gefangenen Kosaken siedendes Pech in den Hals. Nun fannen die Russen, wo Konföderierte in ihre Hände fielen, auf noch schrecklichere Martern.

Wie König Friedrich sofort zutreffend vermutete, wurde die Bewegung geschürt und ermutigt durch den französischen und den sächsischen Hof. Prinz Karl von Sachsen verhiess 4000 Mann aufzubringen, Frankreich sandte Gelder und Offiziere. Freilich waren die Wahrnehmungen, die Oberst Dumouriez im Lager der Konföderierten alsbald über die Zuchtlosigkeit der Truppen, über den Leichtsinm und die Lieberlichkeit der Führer, ihre Eifersucht und ihre Zänkereien machte, so niederdrückend wie möglich für die fremden Gönner.

Mehr als von den Polen erwartete man in Versailles von den Türken. Die französische Diplomatie am goldnen Horn ließ es nicht an sich fehlen. Eine Verletzung der türkischen Grenze bei Balta durch die Russen im Juli 1768, bei Verfolgung podolischer Konföderierten, gab der Kriegspartei im Divan das Uebergewicht. Nach dem Sturze des friedliebenden Großveziers wurde Anfang Oktober der Krieg gegen Rußland beschlossen, der russische Gesandte Obreskow als Staatsgefangener in das Verließ der sieben Türme geworfen.

Bis zuletzt hatte König Friedrich nach dem Ereignis von Balta gehofft, daß trotz der Gärung, in welche die europäische Politik, einer siedenden Flüssigkeit gleich, geraten sei, der Friede gewahrt bleiben werde. Jetzt sah er im Gefolge des russisch-türkischen Zusammenstoßes den allgemeinen Krieg kommen, „die Frucht der Intriguen Frankreichs“, falls das nicht der Penetration des Herzogs von Choiseul allzuviel Ehre erweisen heiße. „Umgeben von so viel Mächten,“ schreibt er am 28. November 1768, „die schon in Aktion sind oder dicht vor ihr stehen, werde ich nicht mit gekreuzten Armen stehen bleiben können; man muß sein Wörtchen mitsprechen wie die anderen.“

Auf dem Reichstage von 1662 hat König Johann Kasimir von Polen seinen Landsleuten ihr Schicksal vorausgesagt. Gott möge ihn einen falschen Propheten sein lassen, rief er ihnen zu, aber er fürchte, daß dank ihrem weltberühmten Recht der freien Königswahl dereinst noch der Moskowiter, der Brandenburger und der Oesterreicher die Republik Polen unter sich teilen würden.

Zu jener Zeit hat der große Kurfürst im Marienburger Vertrag von 1656 von dem ihm verbündeten Schwedenkönig sich als Ersatz für die Kriegskosten den Besitz der vier Palatinate Kalisch, Posen, Sieradz und Lenczycza, d. h. fast des ganzen Großpolens, zusichern lassen, dann aber dieser verlockenden Aussicht mit der Abkehr von dem schwedischen Bündnis entsagt. In dem großen nordischen Kriege zu Anfang des achtzehnten Jahrhunderts hat der König von Polen selber eine Teilung des polnischen Staatsgebiets angeregt, bei der er ein Los an das siegreiche Schweden, ein zweites an Brandenburg-Preußen überlassen und den Rest für sein sächsisches Kurhaus als Erbkönigreich behalten wollte, und nach dem Altranstädter Frieden hat derselbe König August, um die polnische Krone für sich wiederzugewinnen, den Nachbarn nochmals Stücke von Polen angeboten. Der erste König von Preußen ist 1710 auf diese Entwürfe mit Eifer eingegangen, er begehrte das polnische Preußen, Ermland und Samogitien, auch die Anwartschaft auf Semgallen und Kurland; aber nach der Vernichtung des schwedischen Heeres bei Pultawa fühlte sich Peter der Große so sehr als Herr der Lage im europäischen Osten, daß er von der Teilung eines Landes, welches jetzt ganz in seine Hände gegeben war, nichts hören wollte. Nach der zwiefältigen Königswahl von 1733 hat sowohl Frankreich im Namen seines Schütlings Stanislaus Leszczyński, wie die Zarin Anna als Patronin des wettinischen Gegenkönigs dem Berliner Hofe einen Streifen Landes zur Verbindung zwischen Pommern und Ostpreußen angeboten. Aber Friedrich Wilhelm I. fand nicht den Entschluß, für die eine oder die andere Sache offen Partei zu nehmen, obgleich er einmal geäußert hat, er wolle für Marienburg, Pelplin, Stargard und Mewe — die Stationen auf seinen Fahrten nach Königsberg oder Marienwerder — mit Vergnügen seine Ansprüche auf Jülich und Berg drangeben.

So hat auch der Kronprinz Friedrich in dem territorialen Zukunftsbild des preussischen Staates, das der Gefangene von Küstrin 1731 mit jeder Feder entwarf, Polnisch-Preußen als ein unentbehrliches Bindestück eingezeichnet. Er hat in den „Politischen Träumereien“ des Testaments von 1752 nochmals auf diese Erwerbung hingewiesen, und wieder als der Krieg mit Rußland kam, hat er zu Zeiten an sie gedacht.¹⁾

Eben in den Herbsttagen von 1768, bei denen unsere Erzählung angelangt ist, am 7. November, brachte Friedrich eine Umarbeitung seines „Politischen Testaments“ von 1752 zum Abschluß. Wieder ergeht er sich in „Politischen Träumereien“; wieder sieht er im Geiste dereinst Sachsen, Schwedisch-Pommern,

¹⁾ Vgl. Friedrich der Große als Kronprinz (2. Aufl.) S. 195, 265 und oben Bd. I, 299, Bd. II, 56, 243.

Polnisch-Preußen in die Grenzen seines Staates einbezogen. Dann werde man nach Befestigung einiger Weichselpläze Ostpreußen gegen russische Anschläge verteidigen können. Aber er sagt sich zugleich, daß eben Rußland diejenige Macht sei, bei der man wegen des polnischen Preußen das größte Hindernis finden würde. So werde es vielleicht besser sein, jenes Land durch Verhandlung stückweise zu gewinnen, als durch das Recht des Krieges. Vielleicht werde Rußland in einem Falle, da sich ihm der preußische Beistand als ein dringendes Bedürfnis ergäbe, geneigt sein, Thorn, Elbing und eine Bannmeile an Preußen zu überlassen, zur Verbindung von Pommern mit der Weichsel.

An sich konnte die Lage Preußens in Europa zu jenem Zeitpunkt für die Aufnahme großer Entwürfe günstig erscheinen. König Friedrich, mit seinem Rückhalt an Rußland, sah sich von den seit kürzerer oder längerer Zeit ihm entfremdeten oder verfeindeten Mächten auf einmal angelegentlich umworben.

Frankreich, sein Bundesgenosse von ehedem, nahm damals einen großen Anlauf, sein durch den Ausgang des letzten Krieges stark erschüttertes Prestige wiederherzustellen. Im Sinne seiner alten osteuropäischen Politik, die als eine ihrer vornehmsten Aufgaben die Unterstützung Polens betrachtete, hatte Frankreich die Türken zu ihrer Kriegserklärung gegen Rußland gebracht. Und den Engländern zum Tort riß man im Mittelmeer ein starkes Außenwerk an sich: durch Kauf erwarb man von der Republik Genua die Insel Korsika, auf die Gefahr hin, daß England darob zu den Waffen griff. Im Zusammenhang dieser Politik hielt es der Herzog von Choiseul nicht nur für angezeigt, die diplomatischen Beziehungen zu Preußen wieder aufzunehmen, sondern empfahl schon im Herbst 1767 dem Wiener Hofe, gleichfalls eine Annäherung an Preußen zu suchen, um diese Macht aus der engen Verbindung mit Rußland herauszuziehen und damit dessen Stellung in Polen zu schwächen.

Oesterreich ging nach anfänglichen Bedenken auf diese Anregung ein. Kaunitz, bei dem die Neigung für künstliche politische Kombinationen mit den Jahren zunahm, schwelgte in weiten Ausblicken. Er hielt einen gegen Rußland gerichteten Dreibund zwischen Oesterreichern, Preußen und Osmanen nicht für unmöglich, ja er sah bereits Schlesien unter das österreichische Joch zurückkehren, indem er annahm, daß Preußen zwar nicht sofort, aber in der Folge, etwa beim Erlöschen des auf wenigen Augen stehenden Mannestammes der Dynastie, sich bereit finden könne, Schlesien gegen Kurland und einen Teil von Polnisch-Preußen umzutauschen. Wohl möge sein Gedanke, meinte er, abenteuerlich erscheinen. Aber habe man nicht auch seinen großen Plan, Frankreich für Oesterreich zu gewinnen, 1749 als chimärisch bezeichnet? Und doch habe der 1756 Gestalt angenommen. Die Jugend urteilte in diesem Falle nüchterner als das Alter. Der junge Kaiser unterzog des alten Kanzlers „Projekt zu einem neuen politischen System“ einer einschneidenden, abweisenden Kritik, und die Kaiserin-Königin stellte sich auf die Seite ihres Sohnes. Darin aber waren alle drei einig, daß eine Verständigung mit Preußen augenblicklich wünschenswert sei und daß man den Versuch machen müsse. In einer Audienz, die Maria Theresia am 4. September 1768 zu Schönbrunn dem preußischen Gesandten erteilte, kam der Gedanke offen zur Aussprache, daß Oesterreich und Preußen

in den Wirren des Ostens durch ihr Einverständnis den Ton angeben könnten. Maria Theresia stellte weitere Eröffnungen in Aussicht.

In London, wo das Vorgehen Frankreichs im Mittelmeer zwar ohne Einspruch, aber mit großem Unbehagen aufgenommen wurde, hatte der Staatssekretär Hofeort gegen das Ende des Jahres ein Gespräch mit dem preussischen Gesandten Malkan über die allgemeine politische Lage und sprach schließlich die Bereitwilligkeit Englands zu Subsidienzahlungen an Preußen aus; zwar werde das Parlament in Friedenszeiten Hülfsgelder nicht bewilligen wollen, aber im Kriegsfall könne man sie doppelt reichlich bemessen.

Auch Rußland begann wieder, dem preussischen Verbündeten eine engere Verbindung mit England zu empfehlen. Im übrigen beschränkte sich Panin gegen den Grafen Solms nach dem Bruch mit der Türkei auf die allgemeine Bemerkung, daß man jetzt Preußen als Freund in der Not zu erproben hoffe.

Wie sollte der König von Preußen zwischen den entgegengesetzten Interessen, Ansprüchen und Anträgen der vier großen Mächte Stellung nehmen?

Den Westmächten gegenüber war sie leicht gefunden. Friedrich war fest entschlossen, sich ihren Handeln völlig fernzuhalten und deshalb weder mit England noch mit Frankreich eine nähere Verbindung einzugehen.

Bei der Wiederanknüpfung mit Frankreich, zu der er sich bereit fand, ging er wesentlich von dem Wunsche aus, Handelsvorteile zu gewinnen, und vermied alles, was die Russen mit Mißtrauen erfüllen und bei ihnen den Anschein erwecken konnte, als wenn er die Franzosen vielmehr suche, als sich von ihnen suchen lasse. Das dürfe ihm, sagte er dem Minister Zinckenstein, nicht als spießbürgerliche Eitelkeit gedeutet werden.

Das Subsidienangebot der Briten wies er stolz und schroff zurück. „England scheint sich einzubilden,“ schrieb er seinem Gesandten, „daß es sich mit seinem Gelde beliebig viel Bundesgenossen verschaffen kann. England täuscht sich indessen fürchtbar, wenn es sich schmeichelt, mich durch diesen Köder in seine Allianz hineinzuzerren. Nach den Verrätereien, die ich von seiner Seite zu Ausgang des letzten Kriegs erfahren habe, werde ich sicher weder sein Gold noch seine Freundschaft suchen. Der König von Preußen nimmt Subsidien nur, wenn ganz Europa gegen ihn verbündet ist und man ihm an die sieben Provinzen auf einmal entrißen hat. Und wenn sie mir Tausende an Subsidien anböten, ich werde nicht wieder ihr Verbündeter werden, es sei denn unter dem Zwang des äußersten Unglücks.“

Ganz anders Friedrichs Verhalten gegen die Oesterreicher. Nach jenem huldvollen Empfange seines Gesandten durch die Kaiserin-Königin wies er diesen sofort an, gesprächsweise auf die Zweckmäßigkeit eines Abkommens für den Ruhestand des deutschen Reichs hinzuweisen. Der Gedanke fiel in Wien auf fruchtbaren Boden. Im November kehrte Graf Nugent, der kaiserliche Gesandte, mit eingehenden Instruktionen von einer Urlaubsreise nach Berlin zurück. Am 15. empfing ihn der König in Potsdam. Nugent hatte zu versichern, daß die kaiserlichen Majestäten, so wenig sie einen neuen Krieg scheuen würden, „die Beibehaltung der allgemeinen Ruhe, wenigstens in Deutschland“, zum ersten und größten Endzweck ihrer Politik gemacht hätten. Der König stimmte mit Leb-

haftigkeit ein: „Wir sind Deutsche, was liegt uns daran, ob in Kanada und auf anderen amerikanischen Inseln die Engländer und Franzosen sich zusammen herumschlagen? Ob der Paoli den Franzosen wegen Korrika die Hände voll zu schaffen gibt? Ob die Russen und die Türken sich einander in die Haare fallen? So lange wir zwei, das Haus Oesterreich und ich, uns wohl einverstehen, hat Deutschland von Kriegsunruhen wenig zu befahren. Die Kaiserin-Königin und ich haben lange verderbliche und kostspielige Kriege wider einander geführt, und was haben wir endlich davon?“ Rugent schlug nun vor, da der Abschluß von Verträgen unliebsames Aufsehen zu erregen pflege, so möchten die Monarchen brieflich sich bindende Zusagen geben, oder auch von Mund zu Mund bei einer Zusammenkunft. „Sie haben recht,“ erwiderte der König, „wir werden uns Kavaliersparole geben, wie Franz I. und Karl V., das wird sicherer sein, als alle Verträge.“

Man nahm eine Zusammenkunft für den nächsten Herbst, die Zeit der schlesischen Revuen, in Aussicht. In weiteren Verhandlungen, bei denen es nicht an vorübergehenden Mißverständnissen fehlte, wurde verabredet, daß der Kaiser Anfang September zum Besuche des Königs nach Reize kommen würde.

Eine Neutralitätserklärung für Deutschland hatte dem König von Preußen vor zwölf Jahren die Freundschaft seines damaligen Verbündeten gekostet. Graf Fincenstein mahnte zur Vorsicht: vielleicht lege es der Wiener Hof nur darauf an, Preußen und Rußland auseinanderzubringen. Der König erwiderte, die Russen würden aus seiner Haltung sehr wohl entnehmen, daß er sich von der Allianz nicht ablenken lasse; denn er erfülle alle Vertragspunkte und beabsichtige außerdem, die Erneuerung des Bündnisses zu beantragen.

In der That begann Preußen demnächst ohne Weigern mit der Zahlung der 1764 ausbedungenen Hilfsgelder für den Türkentrieg, so schmerzlich es dem Könige ankam, diese 400 000 Rubel jährlich ins Ausland gehen zu lassen. Die Erneuerung des Bündnisses aber, von dessen acht Jahren fast fünf bereits abgelaufen waren, wünschte er sowohl an sich, weil die Verlängerung von größter Wichtigkeit für seine Machtstellung in Europa war, wie in der Hoffnung, im gegenwärtigen Augenblicke günstigere Bedingungen zu erzielen, um für sein theures Geld nicht das leere Nachsehen zu haben.

Unter dem Gesichtspunkt, daß neue Schwierigkeiten, türkische Schmerzen zu den bereits reichlich vorhandenen polnischen, die Russen den Interessen Preußens zugänglicher machen würden, hätte er das Eingreifen der Türken in die polnische Frage sich schon genehm sein lassen, wenn nicht ganz entschieden die Befürchtung überwogen hätte, daß aus diesem orientalischen Krieg ein allgemeiner Brand entstehen könnte. „Guter Gott,“ so seufzte er, „warum hat man sich nicht darauf beschränkt, die polnische Königswahl zu machen? Alles ging wunderschön, aber diese unglückliche Dissidentensache hat alles verdorben.“

Was begehrte er nun aber von Rußland am Vorabend dieses orientalischen Krieges als Preis für die Erneuerung des Bündnisses und als Balsam für das schmerzliche Geldopfer? Ueberraschend wenig. Nichts anderes als die russische Bürgschaft für den Erbananspruch der königlichen Linie seines Hauses auf die Markgrafentümer Ansbach und Baireuth — einen Wechsel auf voraussichtlich

ferne Zukunft, der allen Wert verlor, wenn der Erbfall nicht mehr während der Dauer dieser Allianz eintrat. Er weichte am 2. November Findenstein in diese seine Absichten ein; er nahm sich zugleich vor, die Russen kommen und einsteuilen kein Wörtchen von einer Verhandlung laut werden zu lassen. Gleichwohl that er dann in einem Briefe an die Zarin vom 15. Dezember seinerseits den ersten Schritt und bot ihr nicht bloß die Verlängerung des Bündnisses an, sondern machte auch zugleich eine Andeutung über seine Hauptbedingung, „die sein Haus sehr interessierende Angelegenheit“.

Denn daß er in der That nur Ansbach und Baireuth dabei im Sinne hatte, läßt mit aller Deutlichkeit sein nächster Schritt ersehen. Am 21. Januar 1769 übersandte er auf Katharinas Ersuchen einen Entwurf zu dem neuen Vertrage: der eingefügte Artikel wegen der fränkischen Erbfolge offenbarte jetzt den Russen, wie billig die Verlängerung des Bündnisses zu haben war.

Im politischen Meinungsaustausch mit dem Prinzen Heinrich hat der König später selber zugestanden, daß diese Bürgschaft für Ansbach und Baireuth, sein einziger Gewinn aus dem Bündnis mit Rußland, nicht viel bedeute; aber er vertrat dem Bruder gegenüber die Ansicht, daß einen Landzuwachs nach der polnischen Seite weder Rußland noch Oesterreich ihm gönnen würden. Heinrich nahm im Gegenteile an, daß beide sich in diesen schweren Zeitläuften wohl dazu würden bequemen müssen. „Ich will Sie als Herrn der Ufer des Baltischen Meeres sehen,“ ruft er dem Könige einmal zu. Erwerbung eines guten Stückes von Polen wurde allmählich des Prinzen *ceterum censeo*.

Vielleicht ist Heinrich schon Anfang 1769 beteiligt gewesen, wenn der König damals, vierzehn Tage nach der Uebersendung seines Vertragsentwurfes, sich nachträglich entschloß, mit aller Vorsicht einen Fühler auszustrecken. Einem Erlaß an Solms vom 1. Februar fügte er eigenhändig eine Nachschrift hinzu, einen kleinen Roman: der Graf Lynar sei nach Berlin gekommen zu einem Hochzeitsfest, derselbe, der die Konvention von Kloster Zeven abgeschlossen habe, ein großer Politiker, der aus dem Innersten des Dorfes — Lübbenau im Spreewald —, auf das er sich zurückgezogen habe, noch Europa regiere. Dieser Graf Lynar habe eine ziemlich sonderbare Idee, um alle politischen Interessen zu vereinigen und den Dingen in Europa auf einen Schlag ein anderes Aussehen zu verleihen: „er will, daß Rußland dem Wiener Hofe für seinen Beistand gegen die Türken Lemberg mit Umgebung anbiete, uns Polnisch-Preußen mit Ermland und dem Schutzrecht über Danzig gebe und sich selber als Kriegskostenentschädigung einen ihm zusagenden Teil von Polen angliedere.“

Der König überließ es seinem Gesandten, ob er von dieser „Idee“ mit dem Grafen Panin sprechen wollte oder nicht. Solms brachte nach einigem Zaudern seinen Wechselbalg zum Vorschein. Panin durfte, da er Preußens Bedingung für die Erneuerung des Bündnisses bereits kannte, sich auf eine rein akademische Betrachtung beschränken. Aber bezeichnend bleibt die Wendung, die er sofort der „Idee“ gab. Es würde sich nicht verlohnen, drei so große Mächte in ein Bündnis zusammenzufassen einzig und allein um die Türken über den Dnjeestr zu werfen; solch ein Bund müßte nichts Geringeres bezwecken, als sie ganz aus Europa und einem guten Stück von Asien zu vertreiben. Und als-

dann könne Oesterreich mit türkischem Gebiet, nicht aber in Polen, sich entschädigen, und Preußen werde in diesem Falle allerdings das polnische Preußen und Ermland beanspruchen dürfen. Rußland selbst, erwiderte Panin auf eine Frage des Grafen Solins, besitze bereits mehr Land, als man regieren könne und werde sich deshalb allemal mit einigen Grenzfestungen begnügen.

Friedrich bemerkte seinem Gesandten lakonisch, er zweifle, ob der Plan Panins so leicht auszuführen als zu entwerfen sei; in Wien werde man große Schwierigkeiten machen. Von dem Pseudo-Lynarschen Projekt ward nun nicht weiter gesprochen. Erklärten sich doch die Russen nicht einmal mit dem bescheidenen preußischen Vertragsentwurf ohne weiteres einverstanden. Die Forderung der Bürgschaft für die fränkische Erbfolge begegnete Einwänden. Wie 1763 schleppte sich die Verhandlung endlos hin. Rußland hatte den Vorteil, daß der bestehende Vertrag noch auf drei Jahre lief, während derer man also im ungestörten Genuß der preußischen Subsidien blieb. Schon war der August herangekommen, und nunmehr eröffnete König Friedrich dem Minister Finkenstein seine Absicht, die Verhandlung jetzt seinerseits hinzuziehen. Die für die Begegnung mit Joseph II. verabredete Zeit war gekommen. „Ich bin neugierig, zu hören,“ meinte Friedrich, „was der Kaiser mir sagen wird. Sollten wir sehr vorteilhafte Anträge erhalten, so müßte man sie zurückweisen, wenn wir die Unvorsichtigkeit gehabt hätten, uns vorschnell zu binden; während, wenn der Kaiser nichts Interessantes sagt, es noch immer Zeit sein wird, unseren Vertrag mit den Russen abzuschließen.“

In der Frühe des 25. August traf der König in Reiße ein und stieg in der bischöflichen Residenz ab, begleitet von dem jetzt fünfundsanzigjährigen Thronfolger und seinen Kriegsgefährten, dem Prinzen Heinrich, Seydlitz, Tauenzien. Um die Mittagsstunde kam der Graf von Falkenstein, denn unter diesem Namen reiste Kaiser Joseph, mit seinem Schwager, dem Herzog Albert von Sachsen-Teichen, und den beiden nach Dauns Tode angesehensten Führern seines Heeres, Lacy und Laudon. Der Besuch währte drei Tage. Der Kaiser, der sein Inkognito streng festhielt, wohnte im Gasthose zu den drei Kronen und war des Königs Gast nur an der Tafel, auf der in den Augen der Oesterreicher die Weine und das Obst mehr Anerkennung fanden, als die „militärische Auswahl“ der Speisen. Das Wort führten bei Tisch ausschließlich die beiden gekrönten Häupter. Die Vormittagsstunden waren der Besichtigung der Truppen, die Abende der italienischen Oper gewidmet. Für die politischen Gespräche war Joseph von Kaunitz mit einer sehr ausführlichen Denkschrift ausgerüstet. Er fand keine Gelegenheit, über die künftige Regelung der Erbfolge in Preußen sich auszulassen, die Kaunitz in der Weise sich dachte, daß für die österreichische Anerkennung des weiblichen Erbrechtes im preußischen Hause der König der Nachfolge in Ansbach und Baireuth entsagen sollte. Auch ging Friedrich Erörterungen über das Verhältnis Oesterreichs zu Frankreich und sein eigenes zu Rußland möglichst aus dem Wege. Er gestand indes ein, daß das Bündnis mit Rußland ihm bisweilen unbequem sei, und daß, wenn nicht heute, so doch vielleicht in zwanzig Jahren ein Zusammenschluß zwischen Oesterreich und Preußen, das deutsch-patriotische System, wie er sich ausdrückte, erforderlich

werden könne, um den Herrschgelüsten, dem Despotismus Rußlands zu steuern. Seinen Wunsch, mit dem Wiener Hofe gute Freundschaft zu halten, betonte er stark. Und als Joseph von reiflichen Erwägungen sprach, die voranzugehen haben würden, entgegnete Friedrich mit Lebhaftigkeit: „Nein, fangen wir gleich heute an. Als ich jung war, war ich ehrgeizig; ich bin heute nicht mehr derselbe, nein, nicht mehr derselbe. Ihr haltet mich für unzuverlässig, ich weiß es, ich habe es ein wenig verdient, die Umstände verlangten es, aber das hat sich geändert.“

Das Ergebnis der Verhandlungen von Neisse war, daß Joseph das Versprechen unbedingter Neutralität für alle kriegerischen Verwickelungen, das er haben wollte, von dem Könige doch nicht erhielt. Solche uneingeschränkte Zusage stand in dem aus Wien von ihm verlangten Entwürfe zu den Briefen, die verabredetermaßen zwischen den beiden Herrschern ausgetauscht werden sollten. Aber Friedrich verstand sich nur dazu, für den Fall eines neuen Krieges zwischen Frankreich und England die Nichteinmischung unbedingt zu geloben. Für alle anderen Fälle versprach er nur, den Kaiser nicht in seinen eigenen Besitzungen mit Krieg überziehen zu wollen. Diese Zusage konnte insofern unbedenklich erteilt werden, als Oesterreich auf eine bewaffnete Einmischung in die polnischen Händel längst völlig verzichtet hatte und somit nicht zu erwarten stand, daß der casus foederis des preußisch-russischen Abkommens von 1767 noch eintrat, das ja den König unter Umständen zu einem Angriff auf die österreichischen Erblande verpflichtete. Dagegen behielt Friedrich durch die Verklausulierung dieses Reverses von Neisse völlig freie Hand, wenn es wegen der Türken zum Bruch zwischen Oesterreich und Rußland kam, der Zarin sein vertragsmäßiges Hülfscorps zu stellen.

Und deshalb hielt der Kaiser den politischen Ertrag der Zusammenkunft für wenig befriedigend: die ausgetauschten Zulagen, so wie der König sie verklausuliert habe, seien ohne Bedeutung. Kaunitz urteilte, Friedrich halte offenbar die Russen für weit weniger furchtbar, als er sie hinstelle, und fürchte in Wirklichkeit nur das eine, daß der Wiener Hof sie früher oder später ihm abspenstig mache. Bestimmt über den Ausgang der ersten von ihm geführten Verhandlung und zugleich offenbar von dem Wunsche befeelt, sich der Mutter als den Unbestochenen, Unversührten zu zeigen, kennzeichnete Joseph ihr ihren großen Feind: „Ein Genie und ein Mann, der bewundernswert spricht, aber jede seiner Aeußerungen verrät den Fourbe.“

Der alte König hat den jugendlichen Fürsten, der diese Schilderung von ihm entwarf, damals sehr günstig beurteilt. Er war, so lesen wir in der 1775 entstandenen Fortsetzung der *Histoire de mon temps*, „von der liebenswürdigsten Lauterkeit und Offenheit, voll Lebhaftigkeit und Frohsinn. Eine schöne Seele, reine Absichten verbanden sich mit einem unermesslichen Verlangen, sich zu unterrichten, und dem edlen Ehrgeiz, seinem Vaterlande nützlich zu sein. Bei einem solchen Charakter knüpften die Bande der Hochachtung und Freundschaft sich zwischen den beiden Monarchen schnell.“ In einem Briefe an d'Alembert nannte er gleich nach der Zusammenkunft Joseph II. den besten Kaiser, den Deutschland seit lange gehabt habe. Er glaubte in der That damals, auf dem besten Wege

zu sein zur allmählichen Herstellung eines Einvernehmens, das gegen den Ehrgeiz Rußlands ein Gegengewicht bilden mochte. Allerdings, als Prinz Heinrich ihn zu der Aussicht beglückwünschte, daß Friedrich und Joseph dereinst das römische Reich unter sich aufteilen würden wie Octavian und Antonius, da wies er solchen Optimismus zurück: nicht er mehr werde die Versöhnung erleben.

Jedenfalls hatte für jetzt der Kaiser dem Könige nichts „Interessantes“ in jenem Sinne eröffnet oder vorgeschlagen, daß danach die Erneuerung des Bündnisses mit Rußland entbehrlich oder gar unzweckmäßig erscheinen konnte. Andererseits liefen unmittelbar nach der Zusammenkunft, und offenbar im inneren Zusammenhang mit ihr, Erklärungen aus Petersburg ein, die dem preussischen Standpunkt durchaus entgegenkamen. Denn man war nunmehr dort bereit, den Artikel wegen Ansbach und Vaireuth ohne Vorbehalt anzunehmen, und verzichtete zugleich auf eine stärkere Bindung Preußens in der schwedischen Frage und auf die Hereinziehung Englands in das Bündnis. So stand dem Abschluß nichts mehr im Wege. Am 23. Oktober 1769 wurde die neue, den alten Vertrag bis Ende März 1780 verlängemde Urkunde in Petersburg unterzeichnet.

Die Russen hatten in ihrem Kriege gegen die Türken dieses erste Jahr erst gegen das Ende des Feldzuges mit der Einnahme der Festung Chozim und dem Einmarsch in die Moldau einen Erfolg erzielt. Den Generalen Katharinas, spottete Friedrich in seiner alten Geringschätzung der russischen Kriegskunst,¹⁾ fehle es in der Taktik und Lagerkunde an den einfachsten Grundbegriffen, aber die Generale des Sultans seien noch unwissender. Das Jahr 1770 brachte größere Entscheidungen. Die Zarin entsandte ihre Ostseeflotte ins Mittelmeer, um den Inselgriechen die Freiheit zu erkämpfen. In der Bucht von Tschesme gegenüber Chios wurde am 5. Juli die türkische Seemacht vernichtet, wenige Wochen später überwältigte in Bessarabien General Rumianzow an zwei Schlachttagen zuerst das Aufgebot des Tatarenchans und dann das Heer des Großveziers. Die Pforte rief die Vermittlung Oesterreichs und Preußens an.

Unter so veränderten Aspekten hatte der zu Reise dem Kaiser zugejagte Gegenbesuch des Königs von Preußen statt. Am 3. September traf Friedrich mit dem Thronfolger, seinem Bruder Ferdinand, dem Erbprinzen von Braunschweig und dem General Lentulus zu Mährisch-Neustadt ein. Seine Erwartung, auch die Kaiserin-Königin hier zu treffen, erfüllte sich nicht. Wohl aber hatte der Staatskanzler den Kaiser diesmal begleitet — 40 Jahre waren verflossen, seit Friedrich den jungen Grafen Kaunitz im sächsischen Lustlager bei Mühlberg zuerst gesehen hatte.²⁾ Die Preußen waren in weißen Waffenröcken gekommen, um ihren Gastfreunden den Anblick des ihnen aus den Kriegen sattjam bekannten Blau zu ersparen, und als sein Rock bald die Spuren des Schnupftabaks zeigte, scherzte der König: „Ich bin nicht reinlich genug, um Ihre Farbe zu tragen.“ Das Gefolge hatte den Eindruck, daß Kaiser und König „ohne alle Präensionen und Reserven“ miteinander verkehrten; die Unterhaltung während den Mahlzeiten war so heiter und anregend wie nur möglich. Mit feinen Schmeicheleien

¹⁾ Vgl. oben S. 216.

²⁾ Vgl. „Friedrich der Große als Kronprinz“ S. 36 (2. Aufl.).

kargte Friedrich nicht. Indem er sich einmal den General Laudon als Tischnachbar ausbat, setzte er hinzu: „Ich habe ihn lieber an meiner Seite, als mir gegenüber,“ und als Laudon sich verspätet hatte, bemerkte Friedrich: „Sonst ist er oft genug früher als ich zur Stelle gewesen.“ Nach einer der militärischen Besichtigungen äußerte er artig: „Wenn Gott Mars sich eine Leibgarde aussuchen müßte, so würde ich ihm raten, die kaiserlichen Grenadiere zu wählen.“ Daß die österreichische Infanterie gegen früher sehr gewonnen habe, bekannte er auch seinen eigenen Leuten, meinte aber, er wolle nicht tauschen; die Artillerie schien ihm sehr gut, die Reiterei erbärmlich. Am dritten Tage der Zusammenkunft richtete ein Wolkenbruch fürchtbare Verheerungen unter dem Lagerzeug und Gepäck der Oesterreicher an; Friedrich selbst mußte stundenlang in seinen Mantel gehüllt am Herdfeuer stehen, während Rock und Weinleider zum Trocknen aufgehängt waren. Er sprach sein Bedauern aus, daß die Truppen ihn vermaledeien würden, diesen Teufelskerl, der selbst jetzt im Frieden ihnen Not mache. Und in der That entlokte dieser überaus störende Zwischenfall keinem Geringeren als dem Kaiser selber den Stoßseufzer: „Es scheint, daß uns dieser Mensch überall Pech bringt.“

Bei den Verhandlungen führte diesmal Kaunitz für seinen Hof das Wort. Er hatte sich in seiner methodischen Umständlichkeit auf das sorgfältigste vorbereitet, den Gang, den er den Unterredungen zu geben wünschte, genau überlegt. An Friedrichs springender Art das Gespräch zu führen vermißte er logische Folgerichtigkeit; ja er glaubte in einem Falle von des Königs „kindischen“ Ideen sprechen zu dürfen, die er einem Manne von soviel Geist nicht zugetraut habe. Mehr Klarheit in dieses Mannes verworrene Vorstellungen zu bringen, ihn weiter und schärfer blicken zu lehren, bezweckte nach Kaunitzens ausgesprochener Absicht der einstündige politische Vortrag, den er am 4. September dem König hielt, nachdem er vorher ausdrücklich gebeten hatte, ihn nicht zu unterbrechen. Kaunitz entwickelte hier mit eingehender Begründung die Gesichtspunkte, die beide Höfe zu befolgen haben würden, um Mißtrauen und Eifersucht aus ihrem Verkehr miteinander völlig zu bannen. In einem Schriftstück, das er seinen politischen Katechismus nannte, hatte er diese Regeln auf zehn Paragraphen gezogen — was lag näher als von Kaunitzens Dekalog zu sprechen? Die neuen zehn Gebote waren zum Teil sehr allgemeiner Natur. Greifbare Bedeutung hatte der Vorschlag, daß weder Oesterreich in Petersburg, noch Preußen in Versailles Annäherungsversuche machen solle, und daß man etwaige Bündnisanträge der Franzosen an Preußen oder der Russen an Oesterreich wechselseitig sich mitteilen möge. Auch empfahl der Katechismus, einer solle des anderen Vorteil nicht hindern, sobald es sich nur um geringe Dinge handle; wo Größeres vorliege, solle man ein auf Gegenseitigkeit beruhendes Abkommen anstreben.

Seine wohlgefehte Rede trug dem Staatskanzler eine Umarmung und reiche Lobsprüche ein. Offenbar galt des Königs Befriedigung mehr noch der Endschast des Vertrags, als dem Inhalt. Er erbat sich eine Abschrift des Katechismus und erklärte, die allgemeinen Leitsätze sich ohne weiteres aneignen zu können. Aber die gegenwärtige Lage störe und beunruhige ihn: dieser „verfluchte Türkenkrieg“.

Es war ihm nun nicht unerwünscht, daß man ihn bevollmächtigte, den Russen eine Mitteilung darüber zugehen zu lassen, daß Oesterreich unter Umständen sich zu Gunsten der Pforte den russischen Fortschritten und Ansprüchen mit bewaffneter Hand entgegenstellen werde. Danach hoffte er, für den Sultan milde Friedensbedingungen zu erlangen, diesen sich wohlgefinnt zu erhalten und einen Krieg aus der Welt zu schaffen, der so leicht allgemeine Ausdehnung gewinnen konnte.

So schied man aus Neustadt beiderseits zufrieden. Friedrich wiederholte sein wohlwollendes Urtheil über Joseph und nannte Kaunitz einen Mann von viel Geist, der sich dessen aber auch bewußt sei und einige Huldbigung verlange. Kaunitz wiederum, für den ihm gespendeten Weibrauch sehr empfänglich, glaubte den König beehrt zu haben. Er werde mit anderen Empfindungen über und für die Oesterreicher von dannen gezogen sein. „Ich habe Grund zu glauben,“ sagte Kaunitz, „daß er uns nun künftighin trauen wird, soweit es ihm möglich ist, jemand zu trauen, und daß auch wir ihm mehr trauen dürfen, als es bisher vernünftig gewesen wäre.“

Alles kam nun darauf an, wieviel sich unter dem Eindruck der Neustädter Tage zu Gunsten der Türken, der gemeinsamen Schützlinge von Preußen und Oesterreich, bei ihren Ueberwindern erreichen ließ. In einem eigenhändigen Schreiben an Katharina II. vom 14. September legte ihr König Friedrich die Frage vor, ob die Vermittelung der beiden Mächte ihr genehm sein werde; er habe Kaunitz maßvoller gefunden, als er erwartet. Zur Erläuterung ließ er durch seinen Gesandten den Russen sagen, Oesterreich werde voraussichtlich sich ruhig halten, wofern nur Moldau und Walachei unter türkischer Herrschaft blieben. Auch bat er im Einverständniß mit dem Wiener Hofe um einen Plan zur Beilegung der polnischen Wirren.

In Petersburgur hatte man die zweite Zusammenkunft der beiden deutschen Fürsten mit gesteigerter Eifersucht und Sorge sich vorbereiten und abspielen sehen. Ein so merkwürdiges Phänomen wie diese Annäherung zwischen zwei Gegnern, die aller Welt als unversöhnbar gegolten hatten, machte es der Zarin wünschenswert, ihr Verhältnis zu Preußen gleichfalls persönlicher auszugestalten und im Lichte der Vertraulichkeit und Freundschaft erstrahlen zu lassen. Der Anregung zu einer Zusammenkunft zwischen Zarin und König war Friedrich im Vorjahre ausgewichen. Nunmehr hatte Katharina bereits im Juli den Prinzen Heinrich eingeladen, seinen brüderlichen Besuch in Stockholm bei der Königin Ulrike auf Petersburg auszudehnen, und der König hatte seine Zustimmung zu der Reise erteilt.

Heinrich erreichte Petersburg am 12. Oktober. Nach den Unbilden einer langen stürmischen Seefahrt sah er sich alsbald in den Strudel der ihm zu Ehren veranstalteten Festlichkeiten und Vergnügungen hineingerissen. Aber trotz des ebenso glänzenden wie herzlichen Empfanges mußte er sich bald überzeugen, wie schwierig der ihm mit auf den Weg gegebene Auftrag war, diesen Hof zur Mäßigung und Nachgiebigkeit sowohl den Türken wie den Polen gegenüber zu bestimmen. Von Woche zu Woche war der preussische Prinz Zeuge der berauschenden Wirkung, welche die rasch sich folgenden Triumphposten vom türkischen Kriegs-

Schauplatz auf die hauptstädtische Bevölkerung, den Hof, die Kaiserin ausübten. In voller Siegeszuversicht schienen ihm die Russen ganz von dem Gedanken befeelt, ihre militärischen Erfolge politisch möglichst vollständig auszunützen. Dabei ließ Graf Panin immer von neuem durchblicken, daß es leicht sein werde, die Oesterreicher, mit denen doch Preußen die Russen scharren wollte, durch Zusage eines Anteils an der Beute in diesen heiligen Krieg mithineinzuziehen. Andeutungen, die den Prinzen veranlaßten, seinerseits zu bemerken, daß österreicherische Erwerbungen an türkischem Gebiete dem König von Preußen in anderer Weise zu Gute geschrieben werden müßten. Aber er glaubte Grund zu der Vermutung zu haben, daß man hier sich sehr schwer dazu herbeilassen werde, Preußen einen Gewinn nach der polnischen Seite hin zu gönnen; gegen Erwerbungen in Deutschland werde man nichts einzuwenden haben.

Schon kurz vor der Ankunft des Prinzen Heinrich hatte die Zarin am 9. Oktober die Vermittelung der anderen deutschen Mächte abgelehnt, da sie sonst auch England zu dieser Vermittelung hinzuziehen müsse. Nur „gute Dienste“, die schonendste Form diplomatischer Dazwischentunft, wollte sie sich gefallen lassen, erteilte aber alsbald ihrem General Rumianzow den Befehl, durch unmittelbare Verhandlung mit dem Großvezier einen Versuch zur Herstellung des Friedens zu machen. Der Versuch mißlang. Bis man darüber klar sah, mußten die sich herandrängenden Friedensstifter hingehalten werden. Erst Anfang November übergab Panin dem Prinzen Heinrich einen Entwurf zur Herstellung des Ruhezustandes in Polen mit einigen Zugeständnissen in der Dissidentenfrage; erst am 20. Dezember ließ die Zarin eine Mitteilung über die von ihr beabsichtigten Forderungen an die Pforte nach Berlin abgehen.

Sie begehrte: es sollten Moldau und Walachei, gerade die Gebiete, die der Wiener Hof als unantastbar betrachtet wissen wollte, entweder als Entschädigung für die Kriegskosten auf 25 Jahre in russischen Besitz übergehen oder in unabhängige Staaten verwandelt werden; die große und die kleine Karabdei am Nordabhang des Kaukasus, samt Asow und einer Insel des griechischen Archipels, unmittelbar an Rußland fallen. Es sollte den Tatarenstämmen vom Dnepr bis zur Krim die Unabhängigkeit gewährt und dem russischen Handel und der russischen Schifffahrt das Schwarze Meer geöffnet werden.

Prinz Heinrich riet seinem königlichen Bruder, den Widerstand gegen dieses Friedensprogramm dem Wiener Hof und der Pforte zu überlassen. Damit werde er sich bis auf weiteres freie Hand wahren. Andersfalls laufe er Gefahr, die russische Allianz zu verlieren.

König Friedrich faßte die Lage und seine Aufgabe anders auf.

Er hatte den ganzen Herbst hindurch in seinen Briefen an den Bruder und in seinen Erlassen an den Gesandten immer von neuem den Russen Mäßigung gepredigt. Panins Hoffnung auf einen Bund mit Oesterreich schien ihm „absolut unpraktisch“, denn nie und nimmer werde Kaunitz mit den Türken, den Freunden seiner französischen Freunde, brechen wollen, um den Kuchen mit den Russen zu teilen. Die Zarin, so warnte er, siehe an Rubikon. Sie könne den Krieg nicht fortsetzen, ohne einen allgemeinen Brand zu entfesseln.

Er hatte schon die Zurückweisung seiner Vermittelung, noch mehr aber die

mit unverhüllter Beziehung auf sein Anerbieten eingeleitete direkte Verhandlung mit dem Großvezier den Russen sehr verdacht. „Die Leute können uns als Vermittler annehmen oder ablehnen, aber sie sollen sich nicht offen über uns mokieren,“ schalt er damals. Jetzt, am 2. Januar 1771, schrieb er dem Prinzen Heinrich: „Mir sind Hörner gewachsen, als ich die Friedensbedingungen erhielt!“ Das sei eine Kriegserklärung, nicht geeignet in Wien vorgelegt zu werden; das sei zu stark, für alle europäischen Mächte unerträglich. Alle Gefälligkeit für einen Bundesgenossen habe ihre Grenzen, die Staaten lenke das eigene Interesse. Was auch die Folge sein möge, ihm sei es unmöglich, in diesem Augenblick zu dissimulieren, es gelte deutlich zu reden. Er antwortete dann der Zarin unumwunden, daß er wohl für Asow, die Kabardeien und die Schifffahrt auf dem Schwarzen Meer die Zustimmung Oesterreichs zu erwirken hoffen könne, für den Rest der Bedingungen nicht.

Ehe diese Antwort in Petersburg einlief, war dort eine Wendung erfolgt, die den preussischen Gast seiner Besorgnis überhob, anlässlich dieser Friedensbedingungen einen Bruch zwischen den beiden verbündeten Höfen eintreten zu sehen. Der Wiener Hof selbst leistete der ihm so ärgerlichen preussisch-russischen Allianz den Dienst, einen Ausweg aus den Fährnissen zu weisen, die ihren Bestand bedrohten.

Im polnischen Grenzgebiet nach Ungarn zu hatte sich seit dem Sommer 1769 geräuschlos eine österreichische Occupation vollzogen. Den ersten Anlaß gab das Ersuchen des Königs Stanislaus an den Wiener Hof, in dem polnischen Teile der Zips, dem nach Ungarn vorspringenden, durch die hohe Tatra von Polen getrennten Bezirk der dreizehn Flecken, den Ausschreitungen der polnischen Konföderierten zu wehren. Bereitwillig kamen die Oesterreicher dieser Anforderung nach, nahmen aber nun alsbald Veranlassung, in der ganzen Gemarkung die kaiserlichen Adler aufzupflanzen, um einen alten Rechtstitel der Krone Ungarn in Erinnerung zu bringen, denn die dreizehn Flecken waren vor mehr als 300 Jahren, in dem Jahrhundert höchster Entfaltung der Jagellonenmacht, damals als auch Westpreußen an Polen verloren ging, durch König Sigmund von Ungarn an Wladislaw II. verpfändet worden. Im Friedensschluß von 1589, nach der Niederlage der habsburgischen Waffen in der Schlacht bei Bitichen, hatte Kaiser Rudolf auf die Wiedereinlösung des Pfandes Verzicht geleistet. Aber man befann sich jetzt darauf, daß diesem Vertrage noch die Bestätigung der ungarischen Stände fehle, man machte die weitere Entdeckung, daß das verpfändete Gebiet im Augenblick des Uebergangs an Polen weit umfangreicher gewesen sei, als der spätere Dreizehnfleckenbezirk, und der Präsident des Hofkriegsrats erhielt deshalb im Juli 1770 Befehl, die Truppen und die Grenzzeichen so weit vorzuschieben, daß nunmehr auch Teile der Starosteien Neu-Sandel, Neumarkt und Czorstyn in den Bereich der Occupation fielen.

Sofort erhob der polnische Großkanzler auf Befehl seines Königs Einspruch. Er erhielt die Antwort, daß die Kaiserin-Königin zu einer gütlichen Beilegung der streitigen Grenzfragen gern die Hand bieten werde. Eine neue Verwahrung

blieb nicht aus, und Kaunitz, der von Anfang an Bedenken gegen die Besetzung der drei Starosteien geltend gemacht hatte, bekaunte seiner Gebieterin, er könne nach dem was er von den verschiedensten Seiten über den Wert der Ansprüche höre, zu seinem Bedauern sich des Eindrucks nicht erwehren, daß man nur allzu sehr recht habe, das Geschehene einfach eine Eroberung zu nennen. Maria Theresia erwiderte — es war Ende Oktober 1770 —: „Ich habe eine sehr geringe Meinung von unseren Ansprüchen.“ Schon aber hatte die österreichische Verwaltung in den umstrittenen Landesteilen sich häuslich eingerichtet. Eine dritte Beschwerde des polnischen Großkanzlers stellte die Thatsache fest, daß der Administrator Török den Adel der Starostei Neu-Sandel schriftlich befragt habe, ob er die Kaiserin als Erbherrin anerkenne, und zumal das Amtssiegel der österreichischen Behörde mit seiner Umschrift „Sigillum administrationis terrarum recuperatarum“ gab den Polen schweres Aergernis.

Wie hätten sich die Russen diese Blöße ihrer Gegner entgehen lassen sollen? Als Prinz Heinrich am 6. Januar 1771 von einem Ausfluge nach Moskau wieder in Petersburg eintraf, stand die Kunde von dem Streit um die Starosteien im Mittelpunkt des politischen Tagesgesprächs. Am 8. Januar abends war der Prinz in kleiner Gesellschaft Gast der Kaiserin. Im scherzenden Tone erzählte sie ihm das Vorgehen der Oesterreicher und fügte hinzu: „Aber warum sollte alle Welt nicht auch zugreifen?“ Der Prinz antwortete, der König, sein Bruder, habe in Polen zwar einen Kordon gegen die Pest ziehen lassen, aber keine Starosteien occupiert. „Aber warum nicht occupieren?“ sagte die Kaiserin lachend. Bald darauf trat Graf Zacharias Tschernyschew, der als ein Wortführer der Kriegspartei im Staatsrate galt, auf den Prinzen zu, brachte das Gespräch auf denselben Gegenstand und schloß: „Aber warum nicht das Bistum Ermland wegnehmen? Denn schließlich muß doch jeder etwas haben!“

Das Eis war gebrochen. Man bot in Petersburg, was man bisher sorgsam vermieden hatte, den Preußen ein Stück polnischen Landes an. In den Woronzowischen Palast an der Gartenstraße, sein Absteigequartier, zurückgekehrt, entwarf der Prinz noch in der Nacht einen Bericht an den König über das, was er soeben gehört hatte: „Obgleich das nur wie im Scherz hingeworfen war, ist es doch sicher nicht um nichts und wieder nichts gesagt, und ich bin fest überzeugt, daß es sehr wohl möglich sein wird, von dieser Gelegenheit Nutzen zu ziehen.“ Der Prinz schloß seinen eiligen Brief mit der Ankündigung eines weiteren Berichtes über eine Unterredung, zu der ihn für morgen Graf Panin aufgefordert habe.

Diese Verhandlung des nächsten Tages galt der Haltung Oesterreichs gegenüber den russischen Ansprüchen an die Pforte. Der russische Minister wollte die Lage nicht so ernst auffassen, wie der König von Preußen. Ueber die Besetzung der Starosteien äußerte er sich nicht gerade zufrieden, von Ermland sagte er kein Wort. Im Gespräch mit dem preußischen Gesandten Solms meinte Panin, Rußland und Preußen müßten Oesterreichs Vorgehen in Polen eher hindern, als seinem Beispiel folgen; so werde er es der Kaiserin raten. Gleichwohl blieb der Prinz, wie er an den König schrieb, der Meinung, daß man nichts auf Spiel setze, wenn man unter einem plausiblen Vorwande sich Ermlands be-

mächtige, vorausgesetzt, daß die Oesterreicher die Starosteien, auf die sie dem Vernehmen nach Rechtsstitel geltend machten, wirklich genommen hätten.

In eben diesen Tagen sagte der russische Botschafter Volkonski in Warschau zu dem preussischen Gesandten Benoit, er wünsche lebhaft, daß der Wiener Hof bei seinem Entschlusse beharren möchte, und daß Preußen und Rußland übereinkämen, ebenso zu verfahren, und zwar für ein bedeutend größeres Stück Land, das die Mühe verlohnen würde. Offenbar waren die Ansichten in den russischen Regierungskreisen geteilt. Panin hielt fest an dem wiederholt feierlich verkündeten Grundsatz, daß Rußland eine Zerstückelung Polens nicht dulden dürfe. Das war ehrenvoll für die Zarin und brachte Gewinn: den Vorteil, daß Polen ausschließlich dem russischen Einfluß unterworfen blieb. Andererseits beunruhigte das Vorrücken der Oesterreicher über die polnische Grenze. Solchen Entschlusses hatte man von dieser Seite sich wohl nicht versehen: was war dahinter zu suchen? Rußland befand sich in einem heiklen Dilemma. That man nichts, um Preußen bei guter Laune zu erhalten und an das russische Bündnis zu fesseln, so war die Gefahr vorhanden, daß Oesterreich, im Rücken frei geworden, zu Gunsten der Türken losschlug; bot man die Hand zu einer Vergrößerung Preußens, so war vielleicht noch mehr zu befürchten, daß Oesterreich losschlug, um diese Vergrößerung seines alten Widersachers zu verhindern.

Als König Friedrich den Brief seines Bruders vom 8. Januar erhielt, stand er noch ganz unter dem peinlichen Eindruck der Mitteilung über die Friedensbedingungen, die seine Bundesgenossen sich erzwingen wollten. Wohl hatten die Andeutungen, die man dem Prinzen Heinrich in Petersburg gemacht hatte, äußerlich einen Berührungspunkt mit Friedrichs eigenen Wünschen. Aber der Grundgedanke seines Pseudo-Lynarschen Projektes war die Erhaltung des Friedens, der Ausgleich zwischen Rußland und Oesterreich auf Kosten Polens gewesen, und Preußen hatte seinen Anteil am Gewinn ohne Blutgeld, als Maklerohn, einheimen sollen. Jetzt dagegen war dem Anschein nach dieser Gewinn nur als Kampfpreis zu haben. Denn so scharf, wie sich der Gegensatz zwischen den beiden Kaiserhöfen neuerdings zugespitzt hatte, schien der Versuch ganz aussichtslos, Oesterreich als dritten im Bunde zu gewinnen.

Friedrich war überdies nicht der Meinung, daß Oesterreich die besetzten Starosteien behalten wollte. In dem Kriege, den er erwartete, werde es sich, so urteilte er, um ganz andere Dinge handeln, als um Grenzregulierungen in Polen. Er sah also in dem versteckten Angebot Rußlands nur den ledigen Versuch, ihn mit einem recht dürftigen Köder für den Krieg gegen Oesterreich einzufangen: Ermland sei nicht wert, sechs Sous dafür auszugeben. Viel geratener schien, neutral zu bleiben und die Gelegenheit abzuwarten. Jeder Augenblick, um den der Frieden sich verlängerte, gab dem Staate neue Kräfte, derweil Rußland und Oesterreich sich im Kampf miteinander erschöpfen mochten. So schrieb er dem Prinzen Heinrich am 24. Januar, und am 31. wiederholte er: „Was die Besitznahme von Ermland anbetrifft, so habe ich davon abgesehen, weil das Spiel die Kerze nicht wert ist. Die Portion ist so winzig, daß sie das Geschrei, das sie veranlassen würde, nicht lohnen würde. Polnisch-Preußen wäre der Mühe wert, selbst ohne Danzig, denn wir erhielten die Weichsel

und die freie Verbindung mit dem Königreich, eine wichtige Sache. Handelte es sich darum, Geld daran zu wenden, so wäre es der Mühe wert, sogar reichlich zu geben. Aber wenn man sich nach Kleinigkeiten reißt, so macht das den Eindruck der Habsucht und Unerfättlichkeit, und ich möchte nicht, daß man mir noch mehr von diesen Eigenschaften zumißt, als man es ohnehin in Europa thut.“

Also auch für Polnisch-Preußen, auch für den größeren Gewinn, wollte er nur Geld einsetzen, nicht Gut und Blut. Er sei entschlossen, eröffnete er am 7. Februar dem Minister Findenstein, an seinem Neutralitätsplan absolut und um jeden Preis festzuhalten: „Das ist eine Erwägung, die wir im Lauf dieser Unterhandlung beständig vor Augen haben müssen, und ich verständige Sie darüber vorweg, als über einen Grundsatz, von dem ich mich niemals entfernen werde.“

In diesen Anschauungen und Vorfäßen trat ein Umschwung ein mit der Wiederankunft des Prinzen Heinrich. Ihn erwartete der folgenreichste Augenblick seines politischen Lebens; er gewann auf den entscheidenden Entschluß seines königlichen Bruders einen Einfluß, wie Friedrich ihn sonst wohl niemals einem seiner Gehülfen vergönnt hat.

Noch am Morgen des 17. Februar, an dem der Prinz abends in Berlin wieder eintraf, hatte der König in einem Erlaß an den Gesandten in Wien die von den Oesterreichern besetzten polnischen Landstriche als „kleine Parzellen“ bezeichnet. Tags darauf kam Heinrich nach Potsdam und blieb bis zum 24. Auch Findenstein wurde zu den Beratungen hingezogen. Eine Niederschrift über ihren Inhalt liegt nicht vor. Aber aus allen vorangegangenen und allen folgenden Briefen des Prinzen an den König läßt sich leicht abnehmen, mit welchen Gründen er seine Sache geführt hat. Er wird noch einmal gewarnt haben, durch eine übellaulige Kritik der russischen Ansprüche, durch eine Drohung mit dem Rückzug auf die Linie der gleichgültigen Neutralität das Bündnis mit der Zarin zu verschmerzen; er wird seiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben haben, daß Rußland angesichts der streitbaren Haltung des Wiener Hofes zu Zugeständnissen an Preußen sich bereit finden, Oesterreich aber vor einem Kriege am letzten Ende zurückschrecken werde. „Sie halten die Wage zwischen Oesterreich und Rußland,“ so schrieb er dem Bruder recapitulierend bald nach dem Besuche in Potsdam; „Rußland wird sich schließlich dazu bequemen müssen, für die Vorteile, die Sie ihm verschaffen, Ihnen einen Vorteil zuzugestehen; wenn das die Oesterreicher sehen, werden sie ebenfalls einen Vorteil suchen, und so werden die drei Mächte über ihre wahren Vorteile zu einem Vergleich auf Gegenseitigkeit gelangen.“

Die Frucht der Beratungen im Potsdamer Stadtschlosse, der entscheidende Erlaß an den Grafen Solms vom 20. Februar 1771, wurde von Findenstein entworfen und von Heinrich, wie der König verbindlich sagte, „approbiert“. „Wenn unsere kleinen Acquisitionsprojekte glücken,“ schrieb er dem Prinzen einige Wochen später, „so werden sie Ihnen, mein lieber Bruder, ausschließlich gedankt werden.“

Der Erlaß an Solms geht davon aus, daß die Oesterreicher ein Gebiet, zwanzig Meilen lang, vom Saroscher Komitat bis zur schlesischen Grenze gerechnet, mit mehreren Städten und an 97 Dörfern in ihren Kordon hinein-

gezogen und die Beschwerde der Republik Polen ausweichend beantwortet hätten, so jedoch, daß ihre Absicht, alte Ansprüche geltend zu machen, deutlich werde. Auch Preußen habe derartige Ansprüche. Der König beabsichtige, das Beispiel der Oesterreicher zu befolgen und sich in den Besitz einer kleinen polnischen Provinz zu setzen, um sie herauszugeben, wenn jene von ihrem Unternehmen abstehen würden, oder sie zu behalten, wenn jene ihre angeblichen Ansprüche geltend machen wollten. Es handle sich nicht mehr darum, Polen in seinem Gesamtumfang zu erhalten, da die Oesterreicher einen Teil abgliedern wollten, sondern es gelte zu verhindern, daß diese Abgliederung das Gleichgewicht zwischen der österreichischen und der preussischen Macht beeinträchtige, dessen Erhaltung so erheblich für Preußen und so wichtig für Rußland selbst sei.

Mit welchem Eifer der König im Gegensatz zu seiner bisherigen Zurückhaltung diese Idee jetzt ergriffen hatte, läßt ein zweiter Erlass von demselben Tage ersehen, in welchem er den Gesandten anspornte, die Gelegenheit, seinem Gebieter einen hervorragenden Dienst zu leisten, wahrzunehmen. Ob größer oder kleiner, werde die Erwerbung den Staat allemal für die an Rußland gezahlten Subsidien entschädigen. „Salbe für die Brandwunde!“ setzte der König eigenhändig unter die Ausfertigung; „Ihre Aufgabe wird es sein, zu sehen, wie Sie die Sache glücken lassen.“

Als Aequivalent für seine Subsidien also war die Erwerbung gedacht; nicht als Lohn für eine noch zu leistende Waffenhilfe. Noch immer also hielt der König daran fest, daß aus dem türkischen Kreuzzuge der Russen kein allgemeiner Kampf, keine Beteiligung Preußens am Kriege folgen solle, folgen dürfe. Die Kombination, die ihm vorschwebte, tritt uns ganz erst aus einem dritten Erlass entgegen, der am 27. Februar an Solms abging. Panin hatte dem preussischen Gesandten, als Prinz Heinrich schon abgereist war, gesagt, wenn Rußland auf alle Vorteile aus seinem Kriege gegen die Pforte verzichten solle, so müsse man darauf denken, ihm eine Entschädigung für solchen Verzicht zu verschaffen. Eben das war des Königs Meinung. Rußland möge doch, so schrieb er an Solms, seine Entschädigung in Polen suchen. Dann entfiel für Oesterreich, so ergänzte sich die Gedankenreihe, der Anlaß zur Einmischung in den Türkenkrieg und dann wiederum für Preußen die Pflicht zur Truppenstellung an Rußland.

Noch war alles unsicher. Der König bezeichnete die dem Grafen Solms aufgetragene Unterhandlung als ebenso wichtig wie schwierig. Ob Rußland auf den Plan eingehen werde, war durchaus noch nicht abzusehen, wenn auch Friedrich daran erinnern ließ, daß mehrere Persönlichkeiten am Petersburger Hofe bereits auf denselben Gedanken gekommen seien.

Um die Mitte des März entlegte sich Solms in wiederholten Besprechungen mit Panin seines großen Auftrags. Der russische Minister verhielt sich nicht so ablehnend, wie jener gefürchtet hatte. Wohl bezeichnete er es als überaus schwierig und peinlich, daß Rußland nach so vielen feierlichen Erklärungen zu Gunsten der Unverletzlichkeit des polnischen Besitzstandes diesen Grundsatz jetzt verlassen solle; aber Solms gewann den Eindruck, daß Panin sich der Mehrheit im Staatsrat werde fügen müssen. Vor jedem weiteren Schritte hielt es Panin

für erforderlich, eine Aeußerung der Kaiserin-Königin über die österreichischen Rechtsansprüche auf die polnischen Grenzgebiete herbeizuführen, und ließ den König von Preußen auffordern, die entsprechende Anfrage nach Wien zu richten.

Inzwischen hatte der Wiener Hof in richtiger Voraussicht der Deutungen und Nutzenwendungen, denen seine eigenmächtige Grenzschiebung ausgesetzt war, bereits die Formel für die öffentliche Vertretung seines Vorgehens gefunden und sich zugleich für alle Fälle eine Rückzugslinie gesichert. Schleunigst änderte man die verdächtige, verräterische Amtsbezeichnung, die der Administrator der „wiedererworbenen“ Provinzen bisher geführt hatte, in einen minder vorgreiflichen Titel. Und in einem Schreiben an den König von Polen vom 26. Januar 1771 erklärte Maria Theresia sich bereit, freundschaftlich über „Arrangement und Determination der notorisch seit jeher ungewissen und strittigen Grenzen zwischen Ungarn und Polen“ verhandeln zu wollen — sobald der Friede zwischen Rußland und der Pforte geschlossen und das Königreich Polen zu befestigtem Ruhestand zurückgeführt sein werde. Schon jetzt aber müsse sie erklären, daß sie unabhängig von dieser Grenzverhandlung den unter dem Namen der Zipser Städte bekannten Distrikt ihres Königreichs Ungarn wiederinzulösen beabsichtige. Daß man im stillen hoffte, bei der freundschaftlichen Verhandlung schließlich auch die drei Starosteien zu gewinnen, erhellt aus dem Vorschlag, den Kauniß am 18. April der Kaiserin-Königin machte: man solle eine Verständigung mit dem König von Polen auf der Grundlage suchen, daß man seinem Bruder Andreas Poniatowski die ihm zustehenden Einkünfte aus den Starosteien auf Lebenszeit ließe oder eine gleiche Summe anderweit auswürfe.

Genau im Sinne des Schreibens an den Polenkönig war nun auch die Erklärung gehalten, die der Gesandte van Swieten am 27. April in der Audienz abgab, in der König Friedrich, um gemäß der Verabredung mit Rußland die Ansicht des Wiener Hofes zu erkunden, ihm vorstellte: das Zweckmäßigste für die Erhaltung des Friedens werde sein, wenn Rußland sich für die Kosten seines Türkenkrieges nicht mit türkischem, sondern mit polnischem Gebiet entschädige, wenn Oesterreich den in Besitz genommenen Grenzstrich behalte und auch Preußen dann seine Konvenienz in Polen suche.

Schon aus dieser Unterredung und mehr noch aus einigen Gesprächen Zindensteins mit dem österreichischen Gesandten gewann Friedrich den Eindruck, daß Oesterreich dem Teilungsplan doch nicht entgegen sein werde. Zwar beteuerte jener, daß es mit der Gesinnung der Kaiserin-Königin nicht in Einklang stehe, in Polen mehr zu nehmen, als sie von Rechts wegen fordern dürfe; aber er ließ doch die Aeußerung fallen, wenn es nicht glücke, die Türken zu ausreichenden Abtretungen an Rußland zu bestimmen, werde allerdings Polen erhalten müssen. Und wenn er bei Erörterung der Einzelheiten des Plans bemerkte, daß der für Oesterreich bestimmte Anteil mit dem den Russen zu überweisenden nicht zu vergleichen sei, so zogen der König und Zindenstein den freilich unzutreffenden Schluß, daß Oesterreichs Bedenken nicht dem Teilungsplan an sich, sondern nur der Kleinheit der Portion gälten, daß nur Neid und Eifersucht noch im Wege stünden.

Nach Petersburg meldete der König tags nach der Audienz des österreichi-

ischen Gesandten als vorläufiges Ergebnis, daß die Kaiserin-Königin seiner Meinung nach das occupierte polnische Gebiet behalten, nie aber in eine Abtrennung der Wolbau und der Walachei von der Türkei willigen werde.

Benignstens in dem zweiten Punkt traf Friedrich das Richtige. Davon überzeugte sich Panin am 31. Mai in einer Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Lobkowitz. Panin teilte ihm offiziell, in Gegenwart des preussischen Vertreters, das russische Friedensprogramm mit, in welchem jetzt die Erwerbung der beiden Kabarbeien gestrichen war und statt der russischen Sequestration der Donaufürstentümer nur deren Lostrennung vom türkischen Staatskörper gefordert wurde. Panin setzte hinzu, eine Andeutung des Teilungsplanes: es scheine, daß man sich in Wien für die Kosten der Rüstung mit polnischen Gebieten, auf die man Rechtsansprüche habe, schadlos halten wolle; auch Preußen werde dann vermutlich derartige Ansprüche gegen Polen erheben; dafür könne man Polen entschädigen durch die Wolbau und die Walachei. Lobkowitz verlas darauf einfach den Satz seiner Instruktion, der es als mit den Interessen Oesterreichs unvereinbar bezeichnete, diese Fürstentümer von der türkischen Herrschaft befreit zu sehen.

Dem leitenden russischen Staatsmann hätte viel daran gelegen, eine Verständigung mit Oesterreich zu erzielen. Vertraulich hat er Lobkowitz gewarnt: das Vorrücken der Oesterreicher in Polen könne einen unruhigen Nachbar verleiten, das gleiche zu thun, was den Russen keineswegs erwünscht sein würde. Eine Aeußerung, die in Wien sehr beachtet wurde und wohl annehmen läßt, daß Panin eine andere Lösung, im Einverständnis mit Oesterreich auf Kosten der Türken herbeigeführt, dem Ausgleich auf Kosten der Polen im Einverständnis mit Preußen allemal vorgezogen haben würde. Bei der ablehnenden Haltung des Wiener Hofes blieb aber jetzt nichts übrig, als einseitig mit Preußen sowohl die Friedensverhandlung mit der Pforte wie den polnischen Teilungsvertrag zum Abschluß zu bringen, um dann vor den fertigen Thatfachen von den Oesterreichern ihr letztes Wort zu heischen. Unmittelbar nach der Konferenz mit Lobkowitz eröffnete also Panin dem Grafen Solms, daß er von seiner Gebieterin beauftragt sei, die Verhandlung wegen der beiderseitigen Erwerbung polnischen Gebietes mit Preußen in die Wege zu leiten und demgemäß um einen Vertragsentwurf zu bitten.

Dem Könige von Preußen war es an sich nur recht, daß die beiden Kaiserhöfe auf dem Wege direkter Verhandlung einander nicht näher gekommen waren. Um so mehr, als er sich jetzt ganz der Meinung des Prinzen Heinrich angeschlossen hatte, Oesterreich werde sich schließlich allem fügen, zumal wenn die Muselmanen inzwischen die Waffen niederlegten. Als demnächst der Wiener Hof auf die russischen Eröffnungen vom 31. Mai eine förmliche Ablehnung nach Petersburg sandte und sie nach Berlin mitteilte, sagte Friedrich zu Swieten in einer langen Audienz am 13. August: „Es thut mir leid, daß mein Projekt nicht den Beifall Ihrer Kaiserlichen Majestäten gefunden hat. Es war eine Verständigungs Idee, die mir gekommen war und die ich vorgeschlagen hatte, weil ich ein Mittel finden wollte, eine Sache, die zu weit gehen könnte, ins Gleiche zu bringen; ich werde noch nach zwanzig anderen Ideen suchen, wenn ich kann, und sie Euch

vorschlagen; vielleicht findet sich eine, die Ihr Euch zu eigen machen könnt. Sehen Sie, ich bin alt, mein Hirn ist verbraucht, daher kommen mir nur hohle Ideen, aber Ihr sollt sie prüfen und beurteilen. Uebrigens bin ich in der Politik nur eine Novize im Vergleich zu dem Fürsten Kaunitz.“ Eine neue Variation der in Neustadt dem Staatskanzler bargebrachten Huldbigungen.

Weber am preussischen noch am russischen Hofe ahnte man, daß inzwischen Kaunitz in aller Stille einen Gegenzug gethan hatte, der folgerichtigerweise hätte zum Bruch führen müssen. In der Nacht vom 6. auf den 7. Juli 1771 wurde zu Konstantinopel im tiefsten Geheimnis zwischen dem österreichischen Internuntius Thugut und den Bevollmächtigten des Großherrn ein Bündnis unterzeichnet. Oesterreich verpflichtete sich, einen Uebergang der Russen über die Donau als Kriegsfall zu betrachten, und versprach der Pforte seine Beihülfe zu einem Frieden entweder auf der Grundlage des Belgrader Vertrags von 1739 oder unter anderen, nach Zeit und Umständen annehmbaren Bedingungen. Dafür ließ man sich die Abtretung der kleinen Walachei, westlich von der Muta, und Hülfsgelder in der Höhe von 11¼ Millionen Gulden, zahlbar zum fünften Teil sofort, zu vier Theilen binnen acht Monaten, von den Türken zusichern, trotz der Abneigung Maria Theresias gegen solches Geldgeschäft: „Ich nehme nicht gerne Geld von diesen Leuten,“ schrieb sie nach Abschluß des Vertrages an Kaunitz. Sie hatte sich aus Gewissensbedenken erst nach langem Sträuben auf diese Verbindung mit den Ungläubigen eingelassen.

Der Staatskanzler hatte sich schon zu Anfang des Jahres zu seiner Sicherheit von der Kaiserin-Königin ein Handschreiben ausfertigen lassen, des Inhalts, daß sie sich nach reiflicher Ueberlegung fest entschlossen habe, die Erfolge Rußlands nicht mehr mit der bisherigen Gleichgültigkeit zu betrachten. Zugleich hatte sie die Zusammenziehung eines Heeres von 60000 Mann angeordnet. Durch diese Veranstaltung und durch die nunmehr in Petersburg abgegebene Erklärung, daß Oesterreich einen Donauübergang der Russen als Kriegsfall betrachten würde, glaubte Kaunitz die Lage zu beherrschen. Wirklich Krieg zu führen, hielt er für bedenklich, falls nicht, was jetzt kaum noch anzunehmen war, Preußen neutral blieb; ja, Kaiser Joseph hatte seine Stimme sogar dahin abgegeben, daß man nur mit Preußen im Bunde die Waffen gegen Rußland kehren dürfe. Gleichviel, der Staatskanzler verließ sich fest auf den tiefen Eindruck, den seine Rüstungen machen würden; des preussischen Königs „Furcht vor einem Kriege“ war der, wie er meinte, unanfechtbare Ansaß seiner politischen Rechnung. So schmeichelte er sich mit der „wohlbegründeten Hoffnung“, die Kaiserin-Königin „nicht nur mit Wahrung ihres Ruhmes und ihrer Sicherheit, sondern auch ohne Wagnis und Gefahr und sogar mit einigen wirklichen Vorteilen“ aus allen Wirren hervorgehen zu lassen. Oder, wie Joseph es einmal zusammenfaßte, es galt: Rußland mit „einigen mäßigen Vorteilen“ zu befriedigen; die Türken aus Oesterreichs Händen einen leidlichen Frieden entgegennehmen zu lassen; für das Erzhaus die kleine Walachei einzuheimsen und die dreizehn Zipser Städte samt der Herrschaft Lublo „wiedereinzulösen“; durch Verzicht auf den ganzen Rest des besetzten polnischen Grenzgebiets Rußland dafür zu gewinnen, daß es in Gemeinschaft mit Oesterreich eine Teilung Polens

verhinderte; den König von Preußen endlich, und zwar ihn allein, leer ausgehen zu lassen.

Für nicht weniger als dreizehn verschiedene Fälle hat Kaunitz damals in einer seiner großen Denkschriften vorgebaut. Zwei Umstände aber ließ er außer Betracht: daß Rußland sich keineswegs mit „einigen mäßigen“ Vorteilen zu begnügen gedachte, vielmehr jetzt fest entschlossen war, sich für jeden Verzicht nach der türkischen Seite reichlich auf der polnischen zu entschädigen, und daß des preussischen Königs „Fürcht vor einem Kriege“ eben nur in der Einbildung von Kaunitz bestand.

Friedrich sah seit Mitte August seine Hoffnung mehr und mehr schwinden, durch den polnischen Teilungsplan zugleich den Krieg abzuwenden und sich Gewinn zu sichern. Er bezeichnete den Krieg zwischen Rußland und Oesterreich schon als unvermeidlich, es müßte denn sein, „daß der Beichtvater das Gewissen der Kaiserin-Königin erweichte wegen des für die Türken zu vergießenden Christenblutes“. Er beabsichtigte nicht mehr, wie im vorigen Winter, dann neutral zu bleiben. Auch er rüstete. Er „bereitete sich auf alle Rollen vor, ohne den Krieg zu wünschen und ohne ihn zu fürchten“.

Aber wenn er einerseits sich durch die Rüstungen der Oesterreicher nicht einschüchtern ließ, so verlangte er andererseits von den Russen, daß sie kein Mittel zur Verständigung mit jenen unversucht ließen. Noch schwebte die Streitfrage, in welcher der König von Anfang an den springenden Punkt erkannt hatte; von ihrer Erledigung in seinem Sinne ließ er die Zusage seiner Waffenhilfe abhängen. „Panin,“ schreibt er am 14. August an den Prinzen Heinrich, „muß sich entscheiden über Moldau und Walachei, darin liegt der Knoten.“ Bei der Verhandlung über den polnischen Teilungsvertrag machte er nunmehr, am 30. September, die Fortdauer der türkischen Oberherrschaft über die beiden Fürstentümer ausdrücklich zur Bedingung.

Damit wollte er den Oesterreichern ihren Rückzug erleichtern. Hatte er doch soeben gehört, wie Maria Theresia im Grunde ihres Herzens dachte. In einer langen Unterredung mit dem preussischen Gesandten Rohd hatte sie am 5. September appelliert an die freundschaftliche Gesinnung seines Königs: in Friedrichs Hand liege es, die Russen zum Verzicht auf die Donaufürstentümer zu bestimmen und dann die Türken zur Annahme der sonstigen russischen Bedingungen geneigt zu machen. Friedrich war aufrichtig erfreut. Er las den Bericht seines Gesandten dem Oesterreicher van Swieten vor, der sich „ein wenig deroutiert“ fühlte; er brauchte beständig den Ausdruck „das Ultimatum des Wiener Hofes“ und gab seine Befriedigung in beinahe stürmischer Weise zu erkennen. „Seine Lebhaftigkeit,“ berichtete Swieten nach Wien, „und sein Eifer für den Frieden waren außerordentlich; meine Arme, Schultern und Hände haben zum öfteren den Druck seiner Gesten zu spüren bekommen.“

Auch Kaunitz fühlte sich durch die Offenherzigkeit seiner Gebieterin „deroutiert“. Er beklagte sich bitter, durch die Erklärung der Kaiserin das Werk dreier Jahre zerstückt zu sehen; denn niemand werde jetzt mehr an den Ernst der österreichischen Kriegsvorbereitungen glauben. Er beeilte sich, durch den Gesandten in Berlin die Aeußerungen der Kaiserin abschwächen zu lassen, und dort setzte man deshalb die eigenen Rüstungen einstweilen fort.

Endlich, erst in den Weihnachtstagen, erhielt König Friedrich von der Zarin die bindende Erklärung, daß sie, so schmerzlich es ihr sei, christliche Provinzen unter das Joch der Ungläubigen zurückkehren zu lassen, die Donaufürstentümer herausgeben wolle. Und nach einem weiteren Monat gab van Swieten dem preussischen Hofe Kenntniß von der nach Petersburg gesandten Erklärung seiner Regierung, daß Oesterreich nach Beseitigung jenes Streitpunktes den Rest der russischen Vorschläge in Konstantinopel unterstützen werde und zugleich bereit sei, sich über die Erwerbung polnischer Gebietes mit Rußland und Preußen zu verständigen.

Die Entscheidung in Wien war erfolgt unter dem doppelten Eindruck neuer türkischer Niederlagen und der Erkenntnis, daß Rußland und Preußen in der polnischen Frage bereits handelseins geworden seien. Noch immer aber wünschte man das Obium der Vergewaltigung Polens auf die beiden anderen Mächte allein abzuwälzen. Sieben verschiedene Projekte hatte Kaunitz wieder ausgeklügelt, alle darauf berechnet, dem Erzhaufe statt polnischer Gebiets Landgewinn anderwärts zu verschaffen. Unter allen Lösungen die liebste wäre ihm gewesen, statt der polnischen Teilung eine Teilung der europäischen Türkei zwischen den beiden Kaiserhöfen, mit Wiederherstellung ihrer alten Allianz und Abkehr Rußlands von Preußen. Nie aber hätte Maria Theresia zu solchem Verrat an ihren islamitischen Verbündeten die Hand geboten. Dagegen war sie ganz damit einverstanden, daß noch ein Versuch gemacht wurde, durch ein Tauschgeschäft mit Preußen um die polnische Erwerbung herumzukommen.

Van Swieten wurde mit den erforderlichen Vorschriften versehen. Am 4. Februar 1772 entledigte er sich vor König Friedrich seines heiklen Auftrages. Er begann damit, daß sein Hof geneigt sein würde, durch das ihm zuge dachte, aber nicht eben zusagende Teilstück polnischer Landes den für Preußen bestimmten Anteil zu vergrößern. „Aber,“ fragte der König, „warum wollt Ihr, daß ich Eure Portion nehme? Ich verstehe nicht.“ Nun gab jener die Erläuterung: „Eure Majestät könnte uns die Grafschaft Glatz und ein Stück von Schlesien abtreten.“ — „Comment! Comment!“ rief der König mit Lebhaftigkeit. Van Swieten bot seine ganze Beredsamkeit auf, um den Vorschlag einleuchtend zu machen, bis der König ihm bedeutete: „Aber der Kaiser hat mir selbst versprochen, daß er niemals daran denken würde, Schlesien oder Glatz wiederzubahaben, und Fürst Kaunitz hat es mir sehr förmlich und feierlich wiederholt.“

Drei Tage nach dieser Unterredung schrieb Friedrich an Finkenstein: „Ich merke, wie Kaunitz sich bedrückt fühlen muß, seinen Plan gestört und sich genötigt zu sehen, den Umständen zu weichen. Aber was auch die Projekte sein mögen, die er in seinem Haupte wälzt, so glaube ich doch hinreichend wahrzunehmen, daß er nicht vom Leder ziehen will, und diese Ueberzeugung genügt mir, um mich zu beruhigen und um für den Verlauf unserer Angelegenheiten das Beste zu hoffen. In der That, vorausgesetzt, daß wir festhalten, Rußland und ich, und daß mein Vertrag mit dieser letzteren Macht gezeichnet wird, wird der Wiener Hof wohl sich fügen und sich schließlich gern oder ungern mit der Portion begnügen müssen, die ihm von Polen angewiesen werden wird.“

Inzwischen war der preussisch-russische Teilungsvertrag am 15. Januar zu

Petersburg in der That unterzeichnet worden. Ein Zusatzartikel betraf den Fall, daß die beiden Mächte aus diesem Anlaß Krieg mit Oesterreich bekamen. Aber am 5. August 1772 hat der Wiener Hof sich dem Abkommen angeschlossen.

Niemand hat damals das Vorgehen der Teilungsmächte gegen Polen und ihr eigenes Vorgehen schärfer verurteilt, als Maria Theresia. Bis zuletzt hat sie gegen die Politik ihrer Berater angekämpft. Mehr als einmal offenbart sich in ihren Briefen und Denkschriften ihre ergreifende Gewissensangst. Sie bekennt, daß sie sich schämt, sich sehen zu lassen. Als alle ihre Länder angefochten waren, habe sie sich auf ihr gutes Recht und den Beistand Gottes gestützt; jetzt sei das Recht himmelschreiend gegen sie. Seit dem Anfang ihrer unglücklichen Regierung sei all ihr Trachten auf eine wahrhaftige und gerechte Haltung, Worthalten, Mäßigung und treue Erfüllung ihrer Verpflichtungen gerichtet gewesen, das habe ihr das Vertrauen, ja die Bewunderung von ganz Europa, die Ehrfurcht und Anerkennung selbst der Feinde gewonnen. Seit einem Jahr sei das alles verloren, und nichts auf der Welt habe sie mehr geschmerzt, als dieser leider nicht unverschuldete Verlust ihres guten Rufes.

In der österreichischen Politik seit 1770 sah sie eine lange Kette von Fehlern. „Der allzu drohende Ton gegen die Russen, unser geheimnisvolles Betragen sowohl gegen unsere Verbündeten als gegen unsere Gegner, alles folgte aus dem von uns aufgestellten Grundsatz, aus dem Kriege zwischen der Pforte und Rußland Gewinn zu ziehen, um unsere Grenzen auszudehnen und Vorteile zu erlangen, an die man vor dem Kriege überhaupt nicht gedacht hatte. Man wollte auf preussische Manier handeln und gleichzeitig den Anschein der Ehrlichkeit retten.“ Jetzt habe man sich in die Lage gebracht, selbst von dem König von Preußen der Falschheit und Doppelzüngigkeit beschuldigt zu werden, und zwar mit Recht.

Am meisten schmerzte es die Kaiserin, daß die beiden anderen Teilungsmächte nicht unterließen, auf das Beispiel hinzuweisen, das Oesterreich ihnen gleich im Anfang mit der Besetzung polnischer Grenzlande gegeben hatte. „Unsere Unternehmungen gegen polnisches Gebiet,“ sie gestand es ein, „gewährten dem Könige von Preußen einen Vorwand, einen Teil dieses Königreichs zu besetzen. Unsere Konvention mit der Pforte gab Anlaß zu der zwischen Preußen und Rußland. Unsere kriegerischen Kundgebungen bestimmten die russische Macht, ihre Anstrengungen zu verdoppeln und sich mehr und mehr des Königs von Preußen zu versichern, indem sie ihm einen Anteil an der Zerstückelung Polens zugestand.“ Statt selbst im trüben zu fischen, um einige elende Distrikte zu erlangen, hätte man, so meinte die Kaiserin, sich darauf beschränken sollen, für den Fall eines preussischen Anschlags auf Polen ein Heer zum Einmarsch in Schlesien bereit zu halten.

Wie Maria Theresia lehnte auch Kaunitz die Verantwortung von sich ab; beide, die alte Kaiserin und ihr Kanzler, wälzten sie dem jungen Kaiser zu. Preußen habe, sagte Kaunitz in einem Rückblick, so lange nicht den kleinsten Schritt zur Vergrößerung auf Kosten Polens gewagt, bis Oesterreich die anfangs nur im Interesse der eigenen Sicherheit geplanten Maßnahmen für den Grenzschutz wider seinen, des Staatskanzlers, Rat „in einen Eroberungsplan“ ver-

wandelt und dadurch dem Könige von Preußen die gewünschte Gelegenheit gegeben habe, sich auf dieses Beispiel zu beziehen.

Als Friedrich der Große 1775 bei Fortsetzung seiner zeitgeschichtlichen Denkwürdigkeiten die Geschichte der polnischen Teilung schilderte, schrieb er, daß ein so entscheidender Schritt wie die Besetzung der an die Lips anstößenden Starosteien durch die Oesterreicher den Teilungsvertrag „verursacht“ habe. In dem der königliche Geschichtschreiber einige Jahre später seinen ersten Entwurf umarbeitete, hat er sorgsam abwägend den Ausdruck dahin abgeschwächt, daß der Schritt der Oesterreicher dem Teilungsvertrage „am meisten die Wege geöffnet“ habe. Die Wege geöffnet — in dem Sinne, daß ohne jenes Vorgehen Oesterreichs Rußland sich dem Wunsche Preußens nach Erwerbung des Zwischenlandes zwischen seinen alten Provinzen nicht ohne weiteres gefügt haben würde.

Vierter Abschnitt.

Westpreußen.

Die Opfer an Land und Leuten, welche die Teilungsverträge von 1772 dem polnischen Reiche auferlegten, sind nicht sein erster Eigentumsverlust gewesen. In den Zeiten seiner Machtfülle, nach der Vereinigung mit Litauen, unter der kräftigen Fremdherrschaft der Jagellonen schnell emporgestiegen, zum Schrecken und Schaden schwächerer Nachbarn, hatte das große Reich schon im siebzehnten Jahrhundert einen erheblichen Teil seiner Eroberungen wieder aus der Hand geben müssen: im Frieden von Oliva Livland an Schweden und kleinere Gebiete samt der Souveränität über das Herzogtum Preußen an Brandenburg, im Frieden von Andrussow weite Landschaften am Dnjepr mit Smolensk, Tschernigow und Kiew an Rußland.

Durch das Abkommen von 1772 erwarb Preußen das Bistum Ermland, die Voivodschaften Marienburg, Kulmerland und Pomerellen, aber nicht die Städte Danzig und Thorn; dazu Teile der großpolnischen Voivodschaften Posen, Gnesen, Inowrazlaw und Brzesk; Rußland das bisher im polnischen Besitze gebliebene Stück von Livland und die weißrussischen, zum großen Teil von griechischen Katholiken bevölkerten Gebiete Litauens östlich von der Düna und von der Quelle des Drujal bis zu dessen Einmündung in den Dnjepr; Oesterreich die nach den alten Landen Galitsch und Wladimir benannten, aus den Stücken von sieben kleinpolnischen Voivodschaften zusammengesetzten Königreiche Galizien und Lodomirien. Als die Oesterreicher gegen den Buchstaben der Petersburger Abkunft über Bug und Weichsel noch hinausgriffen und ihre Grenzen durch den fruchtbarsten Teil Podoliens von der Podgorze zum Zbrucz vorschoben, hat auch König Friedrich Veranlassung genommen, seinen Anteil zu erweitern. Die Vertragsbestimmung, daß die Neße Grenze seiner Erwerbung seien und ganz (en entier) ihm gehören solle, wurde dahin ausgelegt, daß am linken Ufer des Stroms bis zur Südspitze des Goplo-Sees eine Lisiere — das Ueberschwemmungsgebiet der Neße, wie man sagte — von Preußen beansprucht werden dürfe. Nur ein kleiner Teil des unter dieser Begründung besetzten Gebietes ist nach

endlosen Verhandlungen mit Rußland und Polen, da auch Oesterreich seine nachträgliche Forderung einschränkte, wieder geräumt worden.

Bei einer von der russischen Regierung veranlaßten vorläufigen Schätzung war man davon ausgegangen, daß die Lose der drei Mächte an innerem Wert, der Umfang, die Bevölkerungszahl und die Erträge ineinander gerechnet, sich gleich sein sollten. Nach dieser russischen „Evaluation“ wurde für den preussischen Anteil angenommen, daß er, sowohl an Umfang wie an Einwohnern, hinter den beiden anderen zurückbleiben, aber an Einkünften mehr als das Doppelte des österreichischen, mehr als das Dreifache des russischen Anteils abwerfen würde. Zu einer irgendwie sicheren Vergleichung waren doch die damals verfügbaren statistischen Unterlagen viel zu dürftig. Ueber Bodenfläche und Seelenzahl ihrer Erwerbungen haben sich die neuen Besitzer nur allmählich und immer noch nur ungenau zu unterrichten vermocht. Der Landzuwachs Preußens, damals auf 630 Quadratmeilen angenommen, war in Wirklichkeit um etwa 30 größer; der russische hat nicht ganz 1700 Quadratmeilen betragen; der österreichische nicht 2700, wie bei der Besitzergreifung ein Ingenieur berechnete, sondern nur wenig über 1500.

Der Besitzergreifung trat nirgends Widerstand entgegen. Westpreußen hatte sich in die Gemeinschaft mit der Republik Polen nie ganz hineingelebt. Im ersten Jahrhundert nach der Losreißung von der Ordensherrschaft nur durch Personalunion mit dem Jagellonenreiche verbunden, hatte das eroberte Land noch seine alte landständische Verfassung bewahrt; damals durfte auf dem Gesamtlandtage der drei preussischen Palatinate nicht polnisch gesprochen werden. Erst der Lubliner Reichstag von 1569 hatte der Sonderstellung von Polnisch-Preußen ein Ende gemacht; erst seitdem erschienen preussische Landboten auf der polnischen Reichsversammlung, von der man dann freilich die Städtevertreter schnell verdrängt hat. Im letzten Jahrhundert war diese Reichsstandschaft ganze Jahrzehnte hindurch unterbrochen gewesen; denn von 1713—28 und von 1735—60 waren die westpreussischen Gesamtlandtage, auf denen die Abgeordneten zum Reichstage zu wählen waren, nie zu stande gekommen. Jetzt begrüßten in Westpreußen die zahlreichen Protestanten, wie vor einem Menschenalter ihre Glaubensgenossen in Schlesien, die neue Landesherrschaft mit ungeheuchelter Freude; sie, die bisher, wie es in einem Bericht an den König heißt, der „Härte und Gewalt“ des polnischen Adels und der katholischen Geistlichkeit hilflos überantwortet gewesen waren. Noch standen die Greuel des Thorner Blutbades von 1725 in schreckhafter Erinnerung; hoffte doch der König, daß alles, was dissidentisch in Polen war, jetzt bei ihm eine Zuflucht suchen würde. Aber auch unter den Katholiken fehlte es nicht an solchen, die mit dem Uebergang unter preussische Botmäßigkeit ganz einverstanden waren. Die gelehrte Gräfin Skorzewska, am Berliner Hofe längst wohlbekannt und von dem König als „eine Art Phänomen“ gepriesen, kam bei Nacht und Nebel verkleidet zu dem preussischen Grenzkommissar gefahren, um ihn zu bestimmen, ihre Güter am linken Neße-Ufer in die Abmarkungslinie hineinzuziehen. Vorsichtshalber wurden auf dem platten Lande bei dem gemeinen Mann Hausfuchungen nach Waffen angeestellt, die aus dem letzten Bürgerkrieg noch vorhanden sein mochten; indes war die neue

preußische Provinz schon seit zwei Jahren von den Streifzügen der Konföderierten nicht mehr heimgesucht worden. Wo in der Nachbarschaft jenseits der neuen Landesgrenze einzelne Starosten bewaffnete Haufen als sogenannte Haustruppen zusammenzogen, erschienen preußische Kommandos, um die sofortige Auflösung dieser Banden zu fordern. Bei solchen und ähnlichen Anlässen blieben zwischen den preußischen Offizieren und den polnischen Edelleuten Reibungen nicht aus; aber als der Generalmajor Lossow einen Magnaten fordern zu müssen meinte, schrieb ihm der König: „Meine Generals würden viel zu schaffen haben, wenn sie sich mit jedem dergleichen polnischen Narren und Windbeutel wollten zu thun machen und herumerschießen — es sollte mir leid sein, um solch einer polnischen Kanaille halber einen braven General zu riskieren.“

Er hatte sich seine Anschauung von den polnischen Edlen gebildet, als er sie, noch Kronprinz, 1735 zu Königsberg an dem Emigrantenhofe des Königs Stanislaus beobachten konnte, wie sie den französischen Gesandten umschwärmten, wenn er Wechsel bekommen hatte, und unsichtbar wurden, sobald der Franzose sein Geld verteilt hatte — so hat Friedrich das erbauliche Schauspiel dreißig Jahre später einem russischen Diplomaten geschildert. Die Polen, „diese ganze imbecille Gesellschaft mit den Namen auf ti“, blieben ihm „eine in jeder Hinsicht verächtliche Nation“, deren einzige Entschuldigung ihre Unbildung sei: „stolz in der Sicherheit und feige in der Gefahr“. Mit welchem Hohn überschüttet nicht sein 1771 entstandenes burleskes Heldengebicht „La guerre des Confédérés“, ein Seitenstück zu dem Palladion von 1749,¹⁾ die Kämpen der „heiligen“ Konföderation von Bar, die „Bastardkinder der Zwietrachtsgöttinnen“, sie selber und ihre zelotischen geistlichen Hintermänner! Ohne Frage spannte hier die Satire ihren Bogen zu straff; denn wenn auch Dumouriez und die anderen Franzosen im konföderierten Lager über die polnische Wirtschaft dieser Glaubenskämpfer kaum minder wegwerfend urteilten als Friedrich, so bildet immerhin jener vierjährige Guerillakampf gegen die russische Invasion ein nicht unrühmliches Blatt in der Geschichte des polnischen Zerfetzungsprozesses.

Nun aber war auch schier alles ausgeschöpft und verbraucht, was an Kräften des moralischen und physischen Widerstandes in der unglücklichen Nation noch vorhanden gewesen war. Dnehin wurde jeder weitere Kampf völlig aussichtslos in dem Augenblick, da nicht bloß Preußen mit den Russen gemeinsame Sache machte, sondern auch Oesterreich, auf dessen Unterstützung die Liga von Bar bis zuletzt gehofft hatte. Nach dem Fall ihrer letzten Festen entwichen die Führer der Konföderierten, wie der wädere Pulawski, in das Ausland.

Niemand wird die polnischen Unabhängigkeitskämpfer schelten dürfen, weil sie angeichts der ungeheuren gegen ihr Vaterland zusammengetretenen Koalition die Waffen niederlegten. Aber noch hätte dem vergewaltigten Reiche zur Rettung der nationalen Ehre der Weg des passiven Widerstandes offen gestanden. Es hätte gegolten, dem Gewalttact des Dreibundes unter keinen Umständen die legale Anerkennung, die Sanktion durch einen Reichstagsbeschluß zu erteilen.

Auf eine feierliche Anerkennung ihrer Erwerbungen, eine Abtretung in

¹⁾ Bd. I, 506 (2. Aufl.).

rechtlichen Formen, legten die drei Mächte, wie sich versteht, den größten Wert. Um eine Art Grundlage für die Verhandlung zu schaffen, veröffentlichten sie Manifeste über ihren angeblichen Rechtstitel. „Wir wollen für die Gültigkeit unserer Rechte nicht einstehen, auch nicht für die der russischen und noch weniger für die der österreichischen,“ schreibt König Friedrich in demselben Geschichtswerk, in welchem er die Ansprüche seines Hauses auf Schlesien als „unbestreitbar“ bezeichnet hatte.

Zum 19. April 1773 stand die Eröffnung des Reichstags bevor, der mit den drei Nachbarn über die Abtretung verhandeln sollte. Der Jarenhof empfahl den beiden anderen Mächten das russische Hausmittel, das auf so vielen polnischen Reichstagen Wunder gewirkt hatte: die Bestechung. Kauniz war zweifelhaft. Er meinte, es sei von dem polnischen Adel nimmermehr zu erwarten, daß er sich mit dem Vorwurf des Vaterlandsverrates beladen werde; er hielt deshalb Zwang für ein sichereres Mittel und schlug die Besetzung noch weiterer polnischer Gebiete vor. Man entschied sich dann für ein gemischtes System, bei dem Ueberredung, Zwang und Bestechung ineinandergreifen sollten. Die drei Gesandten, der Russe Stadelberg, der Preuße Benoit und der Oesterreicher Reviczky, die Triumvirn, wie sie sich nannten, verständigten sich über die Verwaltung einer gemeinsamen Kasse, aus der die Blutgelber an die Senatoren und die Landboten gezahlt wurden. Es kam, wie Salbern, Stadelbergs Vorgänger, beim Scheiden aus Warschau geraten hatte: „Versorgen Sie sich nur gut mit Kassa, allhier muß jeder vier bis sechs Freunde unter den Personen von Gewicht und eine Anzahl Schreier haben; es genügt nicht, Geld unter diese Leute auszuteilen, man muß mit ihnen leben, sie bewirten und trunken machen, in vino veritas!“

Schon hatten Fürst Adam Czartoryski und andere Magnaten ihren Frieden mit der Zarin geschlossen, der eigentliche Geschäftsführer der drei Mächte auf dem Reichstage aber wurde der Reichstagsmarschall Graf Poninski. Die Versammlung tagte, um dem Liberum veto die Spitze abzubringen, in den Formen eines Konföderationsreichstages¹⁾. Am 14. Mai überwies das Plenum die Verhandlung mit den Mächten einer Delegation; bis dahin hatte die Kasse der Triumvirn 8000 Dukaten aufgewendet. Um die Mitte des September waren die Gesandten mit der Delegation einig; am 30. wurden die Ausschlußbeschlüsse vom Reichstage nach mehreren erregten Sitzungen einstimmig angenommen. Voll Genugthuung meldete der österreichische Gesandte nach Hause, die Formen seien derart gewahrt worden, daß es ganz den Anschein habe, als ob ein ungezwungener und freiwilliger Vergleich abgeschlossen worden sei; auch habe die Sache nicht viel Geld gekostet, nur 15000 Dukaten für jeden der drei Höfe aus der gemeinsamen Kasse. Die Volksvertreter waren nicht allzu anspruchsvoll gewesen, ein polnischer Fürst hat seine Stimme für 30 Dukaten gekauft, und manche hatten kein Gold genommen, sondern sich mit einigen Tonnen Salzes begnügt.

Mit Beschämung gewahrte der sächsische Gesandte Essen, der an sich mit feinen Sympathien auf der Seite der Polen stand, wie schmachvoll diese Märtyrer

¹⁾ Vgl. oben S. 446.

sich gebärdeten und wie die Ausschußmitglieder am Pharaos-Tische dieselben Friedrichsbor und Imperiale auf die Karte setzten, die sie eben von dem preussischen oder russischen Gesandten erhalten hatten. Und der päpstliche Nuntius bestätigte ihm, daß die geistlichen Herren nicht besser seien als der Laienadel. „Es ist fast nicht mehr möglich, das Bild der hiesigen Vorgänge zu zeichnen,“ klagte dieser sächsische Diplomat; „soviel die Zeitungen auch darüber schreiben mögen, sie sagen nicht genug. Sie sprechen nur von Inkonsequenz, von Leichtfertigkeit und von den lächerlichen Erscheinungen, aber sie kennen nicht die Rechtsverletzungen, die Räubereien, das öffentliche Feilbieten der Erkenntnisse in den Prozessen, den Ruin ganzer Familien und die schauerhaften Dinge, welche die Häupter der Delegation treiben, wosern nur Gold in ihre Beutel rinnt. . . . Auch läßt mich diese Verderbtheit, dieser Sittenverfall fürchten, daß das Unglück der Nation noch nicht an seinem Ziele ist.“

Mangel an Gemeinfinn und schmutzige Habgier, Parteifanatismus und Korruption, alle schon so oft gezeihelten Schäden des öffentlichen Lebens, alle wüsten Auswüchse der polnischen „Anarchie“ waren auf diesem Reichstage, der die Augen von ganz Europa auf sich lenkte, in erschreckender Weise zu Tage getreten.

In ihrer Anarchie, in der Auflösung aller staatlichen Ordnung und politischen Zucht, ist den Polen zuerst die Integrität ihres Gebietes und zwei Jahrzehnte später ihre nationale Selbständigkeit verloren gegangen. Nachdem sie selbst in wahnwitziger Demurenarbeit die Fundamente ihres Staatswesens abgegraben hatten, mußte der Bau endlich zusammenbrechen.

Diese polnische Anarchie war gehegt und gepflegt worden nicht bloß von den Polen selbst, als das gepriesene Palladium ihrer republikanischen Freiheit, sondern auch von den auswärtigen Mächten. Nicht bloß von den Nachbarn, sondern auch von denen, die sich als die Erbsfreunde und berufenen Beschützer Polens hinstellten. Denn auch französische Staatsmänner haben nach 1760 die polnische „Anarchie“ als für Frankreich ersprießlich bezeichnen zu sollen geglaubt, ganz wie vom russischen Standpunkte aus Katharina II. von der „glücklichen Anarchie“ Polens sprach.

Frankreich hat sich angesichts der polnischen Teilung mit seiner historischen Beschützerrolle wohlfeil abgefunden, indem es an dem verbündeten Wiener Hofe eine vorwurfsvolle Vorstellung anbrachte, die dem Fürsten Kaunitz die sarkastische Bemerkung entlockte, dieser Unmut werde schnell verrauchen: „vanæ sine viribus iræ.“ Auch der Versuch Frankreichs, seinen alten Feind England zu gemeinsamem Einspruch gegen das Vorgehen der drei Ostmächte zu gewinnen, mußte sich seiner Aussichtslosigkeit von vornherein bewußt sein. Das britische Kabinet beschränkte sich darauf, seinen Vertretern im Ausland zu eröffnen: obgleich der Teilungsvertrag die Befürchtung nahelege, daß der Handel Europas darunter leiden könnte, so messe doch weder der König von England noch eine andere handeltreibende Macht der Veränderung solche Bedeutung bei, daß man sich ihr direkt widersetzen müsse. England beunruhigte sich erst, als Klagen aus Danzig nach London kamen, und stachelte nun die Danziger zum Widerstand gegen Preußen auf, sah aber sofort von dieser Einmischung ab, als ein Edikt vom 11. Mai 1774 dem

britischen Handel in Westpreußen die unter polnischer Herrschaft ihm gewährten Vergünstigungen auch für die Zukunft verbürgte.

Auf den ersten Blick fällt an dem Vorgang von 1772 nur die eine Seite auf, daß drei Starke einen Schwachen vergewaltigt haben. Vom Standpunkt der preussischen Geschichte tritt uns vielmehr die Rehrseite entgegen, daß die eine der drei Teilungsmächte den beiden anderen, die miteinander verbündet noch vor kurzem den erbittertsten Krieg gegen die dritte geführt hatten, mit den Waffen der Diplomatie einen großen politischen Erfolg abgerungen hat. Kaunitz hatte es im Jahre des Hubertsburger Friedenschlusses als unverrückbaren Grundsatz für die österreichische Politik aufgestellt, daß man Polen in seinem Besihsstande zu erhalten suchen müsse; er hatte damals gemeint, daß die Erwerbung einer Landesverbindung zwischen Weichsel und Oder für Preußen noch von größerem Vorteil sein würde, als die Eroberung Schlesiens. Und noch mehr als Oesterreich hatte Rußland wünschen müssen, Preußen an der Weichsel nicht festen Fuß fassen zu sehen.

Rußland erhob seit dem Beginn des Jahrhunderts den Anspruch, als der Erbe Schwedens das altumstrittene dominium maris baltici auszuüben. Die Gestade der Ostsee im Osten, Süden und Westen kamen unter russische Herrschaft oder russischen Einfluß. Ingermanland, Karelien, Esthland, Livland wurden russische Provinzen, Kurland eine russische Satrapie, die Herzöge von Holstein und von Mecklenburg, mit Prinzessinnen aus dem Hause Romanow vermählt, Schützlinge zugleich und Schildknappen der russischen Politik. Und im Jahre 1713 hat die schwedische Festung Stettin sich einem russischen Belagerungsheer ergeben. Damals zuerst offenbarte sich, was das Emporkommen der preussischen Monarchie im nördlichen Deutschland bedeutete. Als Russen, Polen und Dänen über die Spolien der zusammenbrechenden schwedischen Macht das Los warfen, da ließ sich das waffenstarke Preußen nicht wieder, wie 1648 das noch fast wehrlose Brandenburg, von den Fremden den Platz an der Sonne wegnehmen; die Oder, nach der Klage des Großen Kurfürsten lange Zeit „fremder Nation Gefangene“, wurde frei, die Obermündung wurde preussisch. Jetzt, 60 Jahre später, wurde auch die Weichsel in ihrem unteren Lauf wieder ein deutscher Strom. Mit Rußlands Zustimmung, wie 1713 die untere Oder, und doch im Grunde gegen Rußland. Dem Jaren Peter III. war es von den Russen schwer verdacht worden, daß er Ostpreußen dem angestammten Besiher zurückgegeben hatte; es ist nicht verwunderlich, daß Peters Nachfolgerin sich lange gesträubt hat, Westpreußen diesem Nachbarn zu überantworten. Eine Aeußerung Katharinas gegen Panin läßt ersehen, daß die Jarin fürchtete, Preußen werde im Besihs von Danzig sich alsbald eine Kriegsflotte schaffen. Deshalb war man gegen den dringenden Wunsch des Königs, seinem Anteil Danzig zugelegt zu sehen, in Petersburg schlechterdings taub geblieben. Sehr zutreffend urteilte Kaunitz, daß Rußland nur durch die Macht der Verhältnisse gezwungen in die Teilung Polens gewilligt habe, denn es habe dadurch verloren; viel mehr als um die Erwerbung einiger polnischer Landschaften sei es der Jarin um die Behauptung ihres ausschließlichen Einflusses in Polen zu thun, den sie mit keiner anderen Macht teilen wolle.

So wenig ist Friedrich der Große, wie er bisweilen es gefürchtet hatte,¹⁾ in dem russischen Bündnis Rußlands Sklave geworden. Preußen hatte, obgleich sein Los äußerlich das kleinste war, doch den Hauptgewinn bei der Teilung davongetragen und war der einzige unter den drei Gewinnern, der sich des Erreichten mit ungemischter Empfindung freute.

Wäre Polen nicht bereits seit lange dem russischen Einflusse so tief verfallen gewesen und hätten nicht noch zuletzt, vor und während dem Siebenjährigen Kriege, die Einheimischen und die Fremden, die Czartoryskis und ihr Anhang und die österreichische Diplomatie, miteinander gewetteifert, das Uebergewicht Rußlands in Polen immer stärker zu befestigen, so hätte der preussischen Politik vielleicht noch ein anderer Weg offen gestanden. Preußen hätte an den Versuch denken können, im Bündnis mit Polen dem Vordrängen der russischen Macht an die Weichsel bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen. Aber schon war Polen in seinem selbstverschuldeten traurigen Zustande gar nicht mehr bündnisfähig: das zerbrochene Rohr, welches dem die Hand durchbohrt, der sich darauf stützen will.

König Friedrich vereinigte die Hauptmasse des neu erworbenen Gebietes zu einem Kammerbezirk, zu dem von altem Besitz noch die bisher Königsbergischen Ämter Riesenburg und Marienwerder gelegt wurden; die Königsberger Kammer erhielt zum Ersatz aus der neuen Erwerbung das Ermland. Zu Marienwerder schlug die neue Kammer ihren Sitz auf. Im Neßlande wurde eine besondere Verwaltung zu Bromberg bestellt; zuerst selbständig, ist sie 1775 der Behörde in Marienwerder als „Kammerdeputation“ angegliedert worden. Der Hauptbezirk wurde in sieben, der brombergische in vier Kreise zerlegt, deren Landräte, wie in Ostpreußen, ohne Mitwirkung der Kreisinsassen vom Könige ernannt wurden. Beide Bezirke erhielten den Gesamtnamen Westpreußen und der königliche Titel „König in Preußen“ wurde jetzt nach der „Wiederergänzung“ des Reiches²⁾ in „König von Preußen“ verwandelt.

Die Kammerverwaltung der beiden neuen Bezirke trat zunächst nicht unter die Zentralverwaltungsbehörde des Staates, das Generaldirektorium, sondern unmittelbar unter das Kabinet. Doch blieb die Sonderstellung hier nicht wie die der schlesischen Kammern eine endgültige; nach einem Jahrzehnt ist das Neuland dem Amtsbereich des Generaldirektoriums eingefügt worden, beim Tode des ersten westpreussischen Kammerpräsidenten, des trefflichen Domhardt.

Johann Friedrich Domhardt war als braunschweigischer Unterthan geboren. Der Vater, vom Harz nach Litauen eingewandert, konnte als Domänenpächter auf keinen grünen Zweig kommen; erst der Sohn brachte die Wirtschaft in die Höhe. Er erwarb sich als Amtmann die Anerkennung Friedrich Wilhelms I. und wurde auch dem Kronprinzen Friedrich persönlich bekannt. Ein Praktiker von dem Schlage, wie Friedrich sich seine Staatspächter wünschte,³⁾ war er

¹⁾ Oben S. 441.

²⁾ „Regno redintegrato“ lautete die Umschrift der Guldigungsdenkmünze.

³⁾ Bb. I, 359. 360 (2. Aufl.).

1746 zum Kriegs- und Domänenrat in Königsberg ernannt, und gleich darauf nicht zum wenigsten wegen seines Rufes als Pferdezüchter ¹⁾ an die Gumbinner Kammer versetzt worden. Zu Beginn des Krieges wurde er deren Präsident auf Empfehlung des Feldmarschalls Lehwaldt, dem er sich beim Erscheinen des Feindes unentbehrlich gemacht hatte. Domhardt ist während der russischen Occupation, wie alle Beamten für die Zarin in Pflicht genommen, für das Wohl der Provinz geschickt und hingebend eingetreten; selbst in einem Augenblick starker Verstimmung hat König Friedrich nachmals das Verdienst an Domhardt anerkannt, daß er die Russen zu schonenderer Behandlung des Landes vermocht habe. Sein aus kleinsten Anfängen erwachsenes Vermögen hatte der kluge Rechner auch während der Kriegsläufe zusammenzuhalten und zu mehren verstanden; so war er im Stande, als nach dem Friedensschluß der Bodenpreis niedrig stand, seinen Grundbesitz in der Provinz sehr ansehnlich zu vergrößern. Zu dem Vorſitz in der litauischen Kammer erhielt er jetzt auch den in der Königsberger. Domhardt ist in seiner langen Amtsthätigkeit, bis zuletzt, nicht selten strengen Verweisen ausgesetzt gewesen, und mehr als einmal ganz unverdienten. Aber der König hat ihn dann wieder durch das völlig aufrichtige Zeugnis beschwichtigt, daß Domhardt von allen seinen Präsidenten einer der tüchtigsten sei, und als er den treuen Diener bald nach dem Ausgang des Krieges zu Beratungen über das Wohl der Provinz zu sich beschied, gab er ihm bei einer Wanderung durch den Park von Sanssouci einen seiner historischen Krüdstöcke zum Andenken. Andere Gunstbeweise folgten. Die Schwierigkeiten der Stellung des zugewanderten Noturiere neben den vornehmen alteingewessenen preußischen Oberräten, den Mitgliedern des Königsberger Etatsministeriums, gleich der Monarch 1771 dadurch aus, daß er dem Kammerpräsidenten den Adel und das berechte Standeswappen mit der goldenen Garbe und dem silbernen Pferd verlieh.

Noch während Friedrich mit den Russen über das Schicksal Polens verhandelte, hatte ihm Domhardt Nachweisungen über die Ertragsfähigkeit der benachbarten polnischen Gebiete vorlegen müssen. Für die Einrichtung der preußischen Verwaltung in der neuen Provinz hätte keine geeignetere Kraft ausgewählt werden können, als dieser erprobte Organisator, Kameralist und Landwirt mit seiner fest geschlossenen, sich überall durchsetzenden Persönlichkeit. Domhardt befiel die Leitung seiner beiden alten Kammerbezirke bei, als er jetzt mit dem Titel eines „Oberpräsidenten der preußischen Kammern“ auch die westpreussische übernahm. Die Berufslast des bereits Sechzigjährigen in seinem weiten, von den Grenzen der Neumark bis an die Memelmündung auseinandergestreckten Reichthüm hatte eine minder thatkräftige und schaffensfreudige Natur erdrücken mögen. Ein wahres Nomadenleben, wie treffend gesagt worden ist, begann jetzt für ihn, und voll Anerkennung schreibt ihm sein König einmal eigenhändig: „Sie haben jetzt so viel zu thun, daß ich Sie nicht überladen muß mit mehrerer Arbeit.“ Wohlwollend und human, ohne akademisches Studium ein Mann von echter Herzensbildung, ging Domhardt in seiner unmittelbaren Aufgabe, das fiskalische Interesse zu vertreten und „das Kameralwesen in gehörigen Zug zu bringen“, nicht auf,

¹⁾ Oben S. 376.

sondern behielt allezeit das höhere Ziel, die große Erziehungsarbeit im Auge, aus den neuen Unterthanen, wie der König es ihm gesagt hatte, „Menschen und nützliche Glieder des Staates zu machen“.

Ein selbstgemachter Mann, ein Beamter ohne gelehrte Berufsbildung wie Domhardt war auch der erste Verwalter des Negebodistrikts, Franz Balthasar Schönberg von Brendenhoff. Ein Wirt aus der hohen Schule Leopolds von Anhalt, nach damaligem bessaaischen Zuschnitt ohne jeden höheren Unterricht aufgewachsen, beschlagen nur in der Landwirtschaft und in Geldsachen, bis zu seinem fünfundzwanzigsten Jahre Page des alten Fürsten, später unter dem Sohne und Enkel Kammerdirektor, hatte er nach seinem Uebertritt in preußische Dienste das Reetablisement in der Neumark und in Pommern zur vollen Zufriedenheit des Königs durchgeführt.¹⁾ So war er an der Nege schon zu Hause, wie Domhardt an der Weichsel. Auch für ihn begann mit dem Augenblick der Besitzergreifung ein unruhiges Wanderleben, die Zeit, von der er wohl sagte, sein ganzer Gehalt habe damals kaum zur Unterhaltung seines Wagens und zum Biergeld für die Vorspanner zugereicht. In dem Grenzgebiet zwischen deutschem und slavischem Wesen gewährte der untersetzte fettleibige Mann, mit den leuchtenden Augen in dem roten vieredigen Gesicht, dem polnischen Magnaten und Schlachtigen eine Gastfreundschaft, die ihrem Umfang nach fürstlich, in ihren Formen ganz ländlich und patriarchalisch war, wo der Schafstall abwechselnd als Schauspielhaus und als Speiseaal diente, wo Grafen, Excellenzen, Durchlauchten, Männlein und Weiblein, in derselben Stube auf einer Streu vorlieb nehmen mußten, und wo es dem Hausherrn nicht darauf ankam, an der Tafel schlechte Adersleute zwischen seine vornehmen Gäste zu setzen. Mancher kleine deutsche Fürst, so hieß es, unterhalte weniger Leute in Sold und Brot als Brendenhoff. Seinen Reichtum hatte dieses Original vor dem Siebenjährigen Kriege im kleinen durch Pferdehandel, während des Krieges im großen durch Lieferungen für das preußische Heer und glückliche Finanzspeculationen gewonnen. Als preußischer Beamter setzte er seine Handelsgeschäfte fort, jetzt freilich nicht immer mit Erfolg. Neumärktische Tücher, die er für die russischen Truppen im Türkentriege lieferte, ließ er in der Moldau, wo er zeitweise ein Gut in Pacht hatte, gegen Häute, Wachs, Talg und Honig eintauschen. Dreister Speculant mit sorgloser Verachtung einer ordentlichen Buchführung, hatte er sich doch schließlich verrechnet, auch seine landwirtschaftlichen Experimente auf seinen ausgedehnten Besitzungen schlugen vielfach nicht ein, und große Kapitalien, die er ausgeliehen hatte, übertrug er mit den Beständen der ihm ohne hinreichende Aufsicht übergebenen Meliorationsklasse. Zu spät, erst während Brendenhoffs letzter Krankheit, gewährte der König die „versteufelte Konfusion“ in der Geschäftsführung des Mannes, dem er das unbedingteste Vertrauen geschenkt hatte und bei dessen Tode im Jahre 1780 sich nun ein Defekt von über 100 000 Thalern offenbarte. Allerdings wurde dieser Betrag durch den Brendenhoff'schen Grundbesitz gedeckt, und vielleicht übertroffen durch die Summen, die er mit freigebiger Hand aus seinem Eigen in die seiner Leitung anvertrauten gemeinnützigen Unternehmungen gesteckt hatte.

¹⁾ Oben S. 354. 367.

Den Domhardt und Brendenhoff, seinen rüstigen und umsichtigen Landpflegern in dem so lange verwahrlosten „wiedergewonnenen“ Gebiete, stellte der König für eine vorübergehende, aber überaus wichtige und schwierige Aufgabe als dritten den Geheimen Finanzrat Roden zur Seite: der sollte im ganzen Neulande die Vermessung der Liegenschaften, die Klassifikation des Bodens, die Veranlagung einer Grundsteuer nach dem Fuß des ostpreussischen Generalhubenschusses in die Wege leiten. Der König hatte diesen Beamten 1763 beim Re-etablissement im Klevischen als anständig und brauchbar kennen gelernt und dann in die Finanzverwaltung nach Berlin gezogen. Jetzt umgab er ihn mit einem großen Stabe von Kriegsräten, „den besten und ausgelesensten aus allen Kammern“, von Ingenieuren und Feldmessern, und diktierte ihm selber zu Sanssouci seine Instruktion. „Ich weiß,“ so entließ er Roden nach Westpreußen, „daß Er auf dem Generaldirektorio der fleißigste ist; sei Er mir auch in Preußen fleißig und reite Er brav umher, so wird Er mager werden und gesund wieder nach Hause kommen.“

„Ich werde hinkommen, um alles selber zu befehlen und einzurichten,“ hatte Friedrich am 1. April 1772 an Domhardt geschrieben. Am 4. Juni erreichte er in seinem Reifewagen nach der Fahrt durch seine neue Provinz die Weichsel gegenüber von Marienwerder. Domhardt erwartete ihn am linken Ufer bei der roten Bude; drüben waren die Beamten der neuen Kammer zur Stelle, sämtliche von ihr abhängige Landräte, Forst- und Accisebeamte, sowie Roden mit seinen Gehülfsen. Nach dem Uebersetzen über den Strom stieg der König zu Pferde und ritt durch die Stadt in das Lager der zur Heerschau versammelten ostpreussischen Regimenter. Die Pausen zwischen den Truppenübungen dieser Tage wurden durch die Vorträge der Beamten ausgefüllt. Als am 7. wegen Unwetters das Manöver abbestellt werden mußte, ließ sich der König doch nicht hindern, nach der Motauer Spitze zu fahren, um für die Strombauten, die er zu Gunsten der Nogatstschiffahrt vorzunehmen beabsichtigte, ein Bild von der Vertikalität zu gewinnen. Jahr für Jahr kam er nun zum Besuch seiner „Salzwilben“ wieder, regelmäßig im Juni. Im Dorfe Mokrau, in dessen Nachbarschaft die Truppenunterkunft stattfand, zwischen Marienwerder und Graudenz, ließ er sich für seine Unterkunft den schlichten Fachwerkbau unter einem Strohdach herrichten, der nun bis 1785 die klassische Stätte seiner westpreussischen Regententhätigkeit blieb. Er selbst war doch, die Verdienste eines Domhardt in Ehren, der „eigentliche Oberpräsident“ der neuen Provinz, als den ein Mitglied der Marienwerderschen Kammer ihn bezeichnet hat.

Friedrich sagte bei seinem ersten Besuch zu jedem, der es hören wollte, er habe auf der ganzen Reise nichts gesehen, als Sand, Nadelholz, Heidekraut und Juden. Um so weniger, meinte er, werde man ihm den neuen Besitz neiden. Im stillen gab er zu, daß er das beste Los gezogen habe. „Ich habe dies Preußen gesehen,“ schreibt er nach der Reise an den Prinzen Heinrich, „das ich gewissermaßen aus Ihren Händen erhalte. Es ist eine sehr gute, sehr vorteilhafte Erwerbung, sowohl für die politische Lage des Staates wie für die Finanzen. . . Unser Anteil ist der vorteilhafteste in Anbetracht des Handels. Wir werden Herren über alle Erzeugnisse Polens und über seine ganze Einfuhr,

und der allergrößte Vorteil ist, daß wir als Herren des Getreidehandels zu keiner Zeit mehr einer Hungersnot ausgesetzt sein werden.“

Allerdings mußte er hinzusetzen, er halte Kanada für ganz ebenso gestiftet wie dieses mit keinem anderen europäischen Lande zu vergleichende Polen: „Keine Ordnung, alles außer Rand und Band. Kulm z. B. sollte 800 Häuser haben, nicht 100 stehen, und ihre Bewohner sind Juden und Mönche, noch dazu von der elendesten Art.“ Auch die 27 kleinen Städte in dem großpolnischen Landstrich zwischen Drage, Nege und Weichsel waren fast ausschließlich von Juden bevölkert. Von Inowrazlaw sagt Friedrich, er habe nie eine miserabler gebaute Stadt gesehen. Brombergs Einwohnerzahl war auf 600 gesunken. Fast überall in diesen armseligen Städten fehlten Ärzte und Apotheken. Einander gleich in ihrer Dürftigkeit, unterschieden sie sich um so mehr durch die Mannigfaltigkeit von Maß und Gewicht.

Als d'Alembert das Baltische Meer zu seinem neuen Herren beglückwünschte, antwortete ihm Friedrich, daß er keine große Neigung habe, mit diesem Meere, nach dem Vorbild des Dogen von Venedig, seine Vermählung zu feiern, denn das Klima dieser Gegend sei rauh und die Anwohnerschaft ähnele ein wenig den Jerosesen. „Man hat mir ein Stück Anarchie zu bessern und zu befehren gegeben,“ schreibt er seinem gelehrten Freund ein andermal. Hier wäre ein großartiges Versuchsfeld für die Staatsweisheit und Regierungskunst der Herren Encyclopädisten: „So schön ihr Staatsgebilde sein mag, ich verzweifle an meinem bißchen Verstand, es so in Gang zu bringen, wie Ihre gelehrten Gesetzgeber, die niemals regiert haben, es vorschreiben. Schließlich, es wird dabei herauskommen, so viel wie kann, und man wird mir meinen guten Willen in Anrechnung bringen, etwa wie einem Schüler, der in Abwesenheit seiner Lehrer Lektionen erteilen will und, weil er sie nicht recht begriffen hat, es verkehrt macht“.

Der alte Praktiker, mit seinen ironischen Komplimenten für die modernsten der Staatstheoretiker war gegen eine Schwäche jedenfalls gefeit: gegen den dilettantischen Uebereifer, der die Ergebnisse nicht abwarten kann und, wie Friedrich es nachmals an seinem Nachahmer Joseph getadelt hat, den zweiten Schritt thun möchte, bevor der erste gethan ist. Ohne Raft, aber auch ohne Haft sollte die Kulturarbeit an dem preußischen „Kanada“ oder „Sibirien“ gethan werden. „Eines nach dem andern!“ und „Nicht ins Wilde hinein“ waren die Losungen, die er mehr als einmal ausgab, wenn seine braven Werkmeister, um ihren Eifer zu zeigen, zu viel Gutes auf einmal leisten wollten.

Den Vortritt vor allen anderen Aufgaben hatte das große Werk, das gleichzeitig mit der Besitzergreifung begonnen, mit staunenswerter Spannkraft binnen 16 Monaten zu einem ersten Abschluß gebracht wurde. Wie die neue Erwerbung eine Landbrücke zwischen der Mitte und dem Osten der Monarchie darstellte, so sollte alsbald zwischen Ober und Weichsel auch eine Wasser Verbindung geschaffen werden. Um sich wegen des Danziger Handels schadlos zu halten, sei er gewillt, so eröffnete der König am 26. Februar 1772 dem Präsidenten Domhardt, Weichsel und Nege durch einen Kanal zu kombinieren, die Rogat mehr räumen und schiffbar machen zu lassen, um so den Danziger Handel unvermerkt nach Elbing und Bromberg zu ziehen. Noch in demselben Jahre mußte

mit dem Kanalbau zwischen Brahe und Neße, Bromberg und Nakel, der Anfang gemacht werden. Brendenhoff besorgte die Anschläge. Arbeiter wurden aus Sachsen, Anhalt, Thüringen, Böhmen herangezogen. In der ersten Zeit gruben an 6000 Mann Tag und Nacht. Brendenhoff beklagte nachher, daß man sich nicht Zeit gelassen hatte, das Bruchland bei Nakel vorher auszutrocknen, was die Aushebung des Kanals erleichtert haben und vielen Arbeitern Gesundheit und Leben erhalten haben würde. Als der König im Juni 1773 durch das Neßeland fuhr, sah er die ersten beladenen Schiffe auf der neuen Wasserstraße. Im Jahre 1775, als die ganze Arbeit gethan war, strichen bereits 222 Schiffe und 1151 Flöße durch den Kanal. Der König hatte 680 000 Thaler für das Werk angewiesen; bis auf 40 000 wurden sie verbraucht. An diesen Bau schloß sich die Regulierung der Neße zwischen Nakel und Driesen. Dann wurden einige Nebenflüsse der Neße und der Weichsel schiffbar gemacht. Die Absicht des Königs, den Wasservorrat der Weichsel „successive, immer mehr und mehr, nach der Rogat zu zwingen und abzuleiten“, wurde durch die Strombauten an der Montauer Spitze so weit erfüllt, daß die Rogat, bisher nur halb so stark wie die Weichsel nach der Gabelung, von jetzt ab mehr Wasser führte als der Hauptstrom. Nach diesem Ergebnis wurde 1783 zwischen der Rogat und Elbing der anderthalb Meilen lange Krassuhlskanal angelegt.

Während Brendenhoff den großen Kanal baute, brachte Roden sein Katasterwerk zu stande, allerdings ohne die Vermessung vollständig durchzuführen. Männiglich mußte Rede und Antwort stehen, seine Ansprüche erhärten und seine Verschreibungen vorweisen. So eröffnete sich den Kommissaren und dem König ein voller Einblick in den Abgrund der polnischen Anarchie.

Vom Neßegebiet hieß es: „Das Land wüste und leer, die Viehassen schlecht und entartet, das Ackergerät höchst unvollkommen, bis zur Pflugchar alles ohne Eisen, die Acker ausgefogen, voll Unkraut und Gestein, die Wiesen versumpft, die Wälder gelichtet.“ Ebenso untröstlich sah es im polnischen Preußen aus, am schlimmsten im Kulmischen und zwischen Konig und Hammerstein. Ueber die Starostenwirtschaft berichtete Domhardt: „Unordnung und Finsternis haben bisher in diesen Gegenden ihr festes Quartier gehabt. Lebighlich die despotische Willkür der Starosten gab den Ausschlag bei Bestimmung der Praestandorum und bei Benutzung der Pertinenzien. Man findet weder Register noch Rechnungen von den bisherigen wirklichen Einnahmen. Ausmitteln läßt sich, daß meistens, namentlich in Pommerellen, die Bauernzinsse so in die Höhe getrieben sind, daß es für die Folge unmöglich ist, dieselben zu erzwingen, wenn man die Holzdiebereien nicht länger passieren lassen will, aus deren Erträgnis größtenteils Brot und Zins genommen wurde. Es gibt einzelne Starosten mit unbankbarem Boden, wo sich die Mehrzahl der Bauern ohne Brot behelfen und von Wurzelwerk und schlechtem Gemüse leben mußte. Das wenige Getreide, das sie bauten, verkauften sie, um die ihnen auferlegten Lasten zu erschwingen.“ Auch die Geistlichkeit hatte noch jüngst ihre finanziellen Ansprüche an die Bauern sehr erheblich gesteigert.

„Das einzige Land, wo die Masse des Volkes aller Rechte der Menschheit entbehrt,“ so hat ein König von Polen, Stanislaus Leszczyński, sein Reich gekennzeichnet: man betrachte hier die Bauern als Geschöpfe einer anderen Art

und verweigere ihnen fast die Luft zum atmen. Und wenn im eigentlichen Polen die Grundhölben der königlichen Tafelgüter und der Geistlichkeit besser gestellt waren als die des Adels, so war in Westpreußen die Lage ihrer aller gleich schlecht. Schon durch die polnische Prozeßordnung von 1523 der Verfügungsfähigkeit vor Gericht beraubt, waren sie leibeigen im eigentlichen Sinne, seitdem die Konföderationsakte von 1573 den Grundherren unumschränkte Gewalt über ihre Bauern zuerkannt hatte, verkaufbar und vertauschbar, ohne Eigentumsrecht an ihrer beweglichen Habe, die dem Peculium der römischen Sklaven gleichgerechnet wurde, geschweige denn an den Höfen und Hufen, jederzeit absetzbar, ungemessenem Frondienst unterworfen. Auch das Besitzrecht der verhältnismäßig nicht zahlreichen persönlich freien Bauern, zumeist deutscher Zuwanderer, die ihre Grundstücke in emphyteutischem Besitz als Zeitpächter bewirtschafteten, war unter dem Druck der Grundherren und in den Stürmen der Bürgerkriege immer unsicherer geworden. Und selbst die wenigen erblichen Wirthe, die zu kulmischen Recht angezessenen Freischulzen und Lehnbauern und die ihnen ungefähr gleichgestellten Hauländer, Erbzinäleute auf gerodetem Waldboden, litten unter der Willkür der die Staatsgewalt vertretenden und schändenden Starosten.

Nicht viel besser als die Lebenshaltung der Bauern war die des vielverspotteten polnischen Bauernadels, dieser Edlen, die barfuß einhergingen, weil sie den Baststich verschmähten, der sie den Bauern gleichgemacht haben würde. „Privilegierte Taugenichtse,“ hat sie ein Kenner genannt, „Leute ohne Besitz und ohne Heimstätte, stupide unwissend, käufliche Sklaven der großen Herren, aber des Glaubens lebend, daß ihr Liberum veto und ihr Privileg, sich, soweit sie es dazu haben, zu berauschen, ihre Edelmannsqualität genugsam erhärten.“ Unter denen, die noch Grund und Boden ihr eigen nannten, waren manche doch an der Grenze des Nichts angelangt. Auf dem Gut Soboncz in der pommerellischen Starosteireichthum fanden die preussischen Kommissare nicht weniger als zwölf Edelleute als Besitzer vor, einer hatte zwei Hufen im Besitz, drei je eine, fünf je eine halbe, drei zusammen drei Viertel Hufen.

Die neue preussische Verwaltung schuf sich zunächst reinen Tisch durch völlige Beseitigung der Starosteiverfassung. Die Starosten, für die Wahrnehmung ihrer richterlichen und sonstigen obrigkeitlichen Aufgaben mit dem Nießnuß von Staatsgütern ausgestattet, hatten nach einem Gesetz von 1562 die „Duarte“ ihrer Einkünfte, wie sie alle fünf Jahre durch eine „Lustration“ ermittelt werden sollten, an den Staat zu zahlen; wie es um die Ausführung dieses Gesetzes stand, ergibt die 1769 festgestellte Thatsache, daß ein halbes Jahrhundert hindurch diese Schätzungen unterblieben waren. Der König von Preußen verfügte jetzt die sofortige Einziehung sämtlicher Starostengüter. Bis zum 1. Juni 1773 sollten sie, um die Erträge festzustellen, von Staats wegen bewirtschaftet, von da ab, zunächst immer auf die kurze Frist von drei Jahren, verpachtet werden. Den bisherigen Inhabern wurde eine mäßige Geldentschädigung in Aussicht gestellt. Es war dem König ganz willkommen, daß sich eine Anzahl Starosten zur Hulbigung vor seinen Bevollmächtigten in Marienburg am 27. September 1772 nicht einfanden und damit einen Anlaß gaben, ihr Amtsgut ohne weiteres einzuziehen; hat doch ein westpreussischer Graf damals zu der Rolle

eines agent provocateur sich bereit gefunden. Im ganzen sind im westpreussischen Kammerbezirk als Entschädigung an Starosteibesitzer 380 000 Thaler ausgezahlt worden, einschließlich 50 000 Thaler zur Deckung der Schulden des Bischofs von Ermland. Ohne Härten ist es bei dieser Wiedereinziehung der Staatsgüter nicht abgegangen, aber der König berief sich darauf, daß er mehr gegeben habe, als aus gleichem Anlaß die österreichische Regierung, oder gar die Russen, die gar keine Entschädigung gewährt hätten.

Andere Staatsäcker waren unter polnischer Herrschaft ohne Verbindung mit einem obrigkeitlichen Amte als Gratialgüter an Manutenare ausgegeben worden, teils auf Lebenszeit, teils erblich auf vier oder sechs Augen. Diese wurden zum größeren Teil in Rittergüter verwandelt.

Die Herrichtung der in das Staatseigentum zurückkehrenden Ländereien erforderte sehr erheblichen Aufwand. Die Wohnhäuser waren zumeist „in den schlechtesten Umständen und mehr Viehhäßen ähnlich“, auch die sogenannten Schlösser der Starosten nur von Holz oder Lehmfachwerk, und als im Sommer 1775 die westpreussische Kammer eine lange Liste der durch einen Sturm umgestoßenen Scheunen und Ställe vorlegte, meinte der König, das wundere ihn bei dem Zustand der Gebäude in dem alten polnischen Preußen nicht. Insgesamt hat das „Retablissement“ der westpreussischen Domänen mehr als 4 Millionen Thaler erfordert.

Der Verstaatlichung der Starosteien ging zur Seite eine Sequestration des Kirchengutes. Alle geistlichen Liegenschaften, nur die Pfarräcker der „geringen und Dorfpfaffen“ ausgenommen, wurden in staatlichen Wirtschaftsbetrieb genommen, in der Weise, daß der Grundherr, Bischof, Prälat oder Abt, nach Abzug aller Unkosten die Hälfte des Reinertrages, der Staat als Grundsteuer die andere Hälfte erhielt; jede aus späteren Verbesserungen erwachsende Mehreinnahme sollte zu der fiskalischen Halbscheid geschlagen werden. Eine Klausel zu Gunsten des status quo der katholischen Kirche in dem 1773 mit der Republik Polen geschlossenen Abtretungsvertrag ließ der König für diese inzwischen thatsächlich bereits durchgeführte Neuordnung nicht gelten. Begründet wurde die Maßregel mit dem offenkundigen Verfall der geistlichen Gutsverwaltung und mit dem Hinweis darauf, daß die Prälaten durch die Wirtschaftsmühen von den Aufgaben der Seelsorge allzusehr abgelenkt würden. „Unsere Bischöfe,“ schrieb der König an Voltaire, „behalten 24 000 Thaler Rente, die Äbte 7000. Die Apostel hatten nicht so viel. Man verständigt sich mit ihnen in der Weise, daß man sie von den Sorgen dieser Welt entlastet, auf daß sie sich ohne Ablenkung befeißigen, das himmlische Jerusalem zu gewinnen, das ihre wahre Heimat ist.“

Nur mit der Hälfte des den Geistlichen auferlegten Satzes, mit 25 Prozent vom Reinertrag der Güter, wurden die Edelleute zur Staatssteuer, der den Grundbesitzern des ostpreussischen Generalhubenschusses nachgebildeten Kontribution, veranlagt, und der protestantische Adel erhielt noch einen Nachlaß von 5 Prozent. Außerdem hatten Rittergutsbesitzer und freie Bauern Lehnspferdegelder nach dem Muster der alten Provinzen zu entrichten. Für die Besteuerung der Bauern hatte der König die Richtschnur gegeben, daß die kleinen Leute möglichst geschont

werden sollten. Demgemäß wurden bei der Einschätzung der gutsunterthänigen Bauern alle Fronen, Zehnten und Lasten, die sie dem Grundherrn oder zu Kirchen- und Schulzwecken schuldeten, von dem Bruttoertrag der Wirtschaft abgezogen; von dem so berechneten Reinertrag hatten sie dann an Kontribution 33 $\frac{1}{3}$ Prozent zu zahlen. Die Kölmer und sonstigen Freibauern wurden, soweit sie nicht Lehnspferdegeber aufbrachten, mit 28, sonst mit 25 Prozent vom Reinertrag veranlagt. Von den Stadtgemeinden zahlten die kleinen Ackerstädte Kontribution, die etwas größeren Gemeinwesen Accise.

Den Bauern verkündete gleich bei der Besitzergreifung das Patent vom 28. September 1772 die Befreiung von Sklaverei und Leibeigenschaft. Die damit nicht aufgehobene Erbunterthänigkeit der gutspflichtigen Bauern wurde durch die uns schon bekannte Verordnung vom 8. November 1773¹⁾ geregelt. Hatte der König anfänglich Domhardt mit der Weisung versehen, daß kein Bauer mehr als drei Tage in der Woche Frondienste leisten solle, so wurde jetzt der Dienst der Amtsbauern sogar auf 60 Tage im Jahre beschränkt, und es wurde streng darauf gehalten, daß die Domänenpächter mit den Leuten nicht „nach dem harten polnischen Fuß“ umgingen. Den adelichen Grundherren empfahl die Verordnung von 1773, die Dienste ihrer Bauern nach den für die Ämter aufgestellten Grundsätzen zu regeln; da, wo bisher Dienstkontrakte nicht bestanden, sollten die Edelleute sie binnen Jahresfrist abschließen oder gewärtigen, daß auf ihren Gütern ohne weiteres die den Amtsbauern gewährten Bedingungen rechtliche Geltung gewönnen. Den erblichen Besitz ihrer Güter sicherte den Bauern eine Verordnung vom 20. Februar 1777.

Es ist kennzeichnend, daß der König bei der Volkszählung, die er in der neuen Provinz alsbald anstellen ließ, die Nationalität, die Sprache festgestellt wissen wollte. Der Wunsch, das Land möglichst zu germanisieren, war von vornherein vorhanden und machte sich je länger desto entschiedener geltend.

Zwei Mittel wurden gleichzeitig angewandt: Zurückdrängung des polnischen Adels aus dem Grundbesitz und Ansiedelung deutscher Bauern und Bürger.

In erster Hinsicht war mit der Einziehung der Starosteigüter schon ein Erhebliches erreicht. Der König entschied, daß die aus diesen und den geistlichen Gütern entstandenen 79 Domänenämter nur an Deutsche zu verpachten seien, zielbewußter als Domhardt, der kein Arg dabei gehabt hätte, „bemittelte und vernünftige polnische Edelleute“ als Staatsappächter zu empfehlen. In derselben Tendenz wollte der König die Ankäufe, die der Staat zur Vergrößerung seines Domänenbesitzes machte, nur auf die Güter polnischer Grundherren erstreckt wissen, um, wie er wiederholt an Domhardt schreibt, das „unordentliche polnische Volk“, das „garstige und kobbriige Polenzeug“ loszuwerden. Gelegenheit zu solchen Ankäufen erwartete er genug, in der Annahme, daß die *sujets mixtes*, diejenigen Edelleute, die gleichzeitig noch unter polnischer Oberhoheit, oder jetzt auch unter russischer und österreichischer standen, den Wunsch haben würden, sich eines Teiles ihrer Güter zu entäußern, um sich „unter einer Herrschaft zu fixieren“. Fugte es sich bei solchem Ankauf, daß protestantische Bauern aus

¹⁾ Oben S. 378. 380.

der „Oppression“ einer katholischen Grundherrschaft gelöst wurden, so war das dem Könige um so lieber. Und entgegen seinem sonstigen Grundsätze gestattete er in der neuen Provinz, daß adeliche Güter, soweit sie bisher in polnischen Händen gewesen waren, von bürgerlichen Deutschen erworben werden durften, wosern die Käufer nicht die „alte polnische Wirtschaft“ fortsetzen, sondern den Betrieb „ordentlich und regelmäßig“ einrichten würden. „Obwohl in anderen Provinzen es wider die Gesetze läuft“, so legt er in einer Instruktion für die Bromberger Kammerdeputation seine Beweggründe dar, „daß Leute bürgerlichen Standes adeliche Güter acquirieren, so wollen Seine Königl. Majestät doch in Westpreußen solches accordieren, um nur die Polen los zu werden, weil Ihnen dorten ein guter Bürger lieber ist, als alles das polnische Volk.“ „Das polnische adeliche Zeug,“ schilt der König ein andermal anläßlich eines Berichtes über Grundsteuer-Rückstände, „ist nicht ordentlich und verthut sein Geld in Polen;“ er befahl deshalb, daß den am Hofe in Warschau und sonst in Altpolen weilenden Edelleuten kein Pfennig von ihren Einkünften verabfolgt werde, bis sie ihre Abgaben völlig berichtigt haben würden.

Den Gedanken, westpreussische Rittergüter aufzukaufen, um sie unter bäuerliche Kolonisten auszuteilen, hat der König in seinen letzten Jahren mehrfach ausgesprochen, ohne daß, wie es scheint, die That folgte.

Mit der Ansetzung deutscher Kolonisten, freier Erbzinsleute, sollten zunächst den verkommenen polnischen Bauern Lehrmeister an die Seite gestellt werden. „Das sicherste Mittel,“ so schrieb der König noch vor der Besitzergreifung an Domhardt, „diesen sklavischen Leuten bessere Begriffe und Sitten beizubringen, wird immer sein, solche mit der Zeit mit Deutschen zu vermischen, und wenn es nur anfänglich mit zwei oder drei in jedem Dorfe geschehen kann.“ Später hielt er es für zweckmäßiger, die deutschen Zuwanderer in geschlossener Masse anzusetzen: „Es müssen gleich ganze Dörfer und Kolonien, mitten unter dem groben und butten Zeug, angelegt werden, die ganz allein wohnen und ihre Nahrung und Gewerbe vor sich treiben, damit das hiesige Volk um so besser siehet und gewahrt wird, wie jene sich einrichten und wirtschaften.“ So entstanden auch in dieser Provinz neue Dörfer, im Ganzen etwa 50, teils wie anderwärts¹⁾ auf den Domänenvorwerken, die nach des Königs Absicht sämtlich, soweit sie nicht Brauereien enthalten, mit Bauern besetzt werden sollten, auf Rodungen, im Bruchland oder im Streusand, die meisten längs der Reze an der Grenze nach Altpolen. Mecklenburger und Laufitzer, längst als „gute und fleißige Wirte“ bekannt, ferner Pfälzer, Thüringer, Sachsen wünschte der König vorzugsweise als Kolonisten herangezogen, auch Deutsche aus Polen — „schlechterdings aber keine Stockpolen“. An der Grenze ließ er vielmehr scharf fahnden „auf das schlechte polnische Zeug, so ins Land hereinkömmt“. Besondere Bedeutung für Westpreußen gewannen die Württemberger-Kolonien, die in den letzten Regierungsjahren gegründeten Dörfer, deren Bewohner inmitten der plattdeutschen und polnischen Bevölkerung auf 100 Jahre hinaus ihren schwäbischen Typus, ihre Bräuche und ihre Lieder sich gewahrt haben.

¹⁾ Oben S. 368. 369.

Die besten Aussichten hatte die Germanisation in den Städten. Hier hatte das deutsche Element in den Zeiten der Fremdherrschaft sich widerstandsfähiger gezeigt als auf dem platten Lande. Ein polnisches Bürgertum, ein polnischer Handwerkerstand war noch nicht vorhanden. Es kam also hier nur darauf an, die klaffenden Lücken in den deutschen Bürgerchaften auszufüllen, die furchtbaren Spuren des allgemeinen Niederganges der polnischen Wirtschaft.

Der Wiederaufbau der verwüsteten Städte hatte mit dem Sommer 1774 begonnen; bis dahin waren die verfügbaren öffentlichen Mittel durch den Kanalbau und die Herrichtung von Kasernen in Anspruch genommen. Vorweg verfügte der König, daß das städtische Reetablisement „nicht ins Wilde hinein, sondern mit Ordnung und auf eine solide Art“ in Angriff zu nehmen sei, in der Weise, daß zuerst nur die beträchtlichsten Orte Kulm, Graudenz, Bromberg, denen dann noch Mewe angereiht wurde, Berücksichtigung finden sollten. Als die westpreußische Kammer im Herbst 1774 das begonnene Werk gleich auf fünf weitere Städte auszudehnen vorschlug, tadelte sie der König, weil sie in seine Idées schlecht entriere. Die Gesamtkosten dessen, was für die Städte seines westpreußischen Kammerbezirks zu leisten sei, berechnete Domhardt auf 626 402 Thaler. Der König setzte zunächst für jedes Jahr 100 000 Thaler aus. An Lurusbauten durfte dabei freilich nicht gedacht werden. Als nach einigen Jahren die Herstellung des großen Saales im Marienburger Schloß ihm empfohlen wurde, erklärte der König, dazu keinen Pfennig geben zu können. Vielmehr bot der Hofmeisterpalast jetzt einer Webergemeinde, das Hochschloß einer Kaserne Raum.

Die dem Könige einzureichenden Voranschläge hatten zu enthalten ein Verzeichnis der wüsten Stellen in jeder Stadt und Listen für Heranziehung von Kaufleuten und für Ansetzung von Handwerkern, je nach den Aussichten auf Fortkommen, die sich den einzelnen Gewerben nach den örtlichen Verhältnissen boten. Tuchmacher und Weber wollte der König zunächst nicht in die neue Provinz ziehen, wo sie die Absatzbedingungen der neumärktischen Wollindustrie stören würden, sondern „nur die gemeinsten Handwerker“, Maurer, Zimmerleute, Tischler, Lohgerber, Lederarbeiter, Wagenmacher und Vortenwirker. „Schuster und Schneider“, schreibt er noch 1775 aus seinem „Kanada“ an d'Alembert, „sind in diesem Lande gesuchte Virtuosen, weil es keine gibt.“ Maurer und Zimmerleute aus der Fremde schaffte die Berliner Oberbaudirektion auf die jetzt überall herzurichtenden Baupläze herbei. Unter 927 Familien, die zu Friedrichs Zeiten in die von ihm erworbenen polnischen Städte eingewandert sind, begegnen uns 71 Schuhmacher, 64 Schneider, 24 Bäcker, 20 Fleischer, 64 Gärtner, 60 Maurer, 36 Zimmerleute, 51 Tuchwirker, 33 Zeugmacher, 44 Kaufleute. Alle diese Zuwanderer wurden in fertige Häuser und Werkstätten angewiesen.

Ganz lag das alte Braugewerbe der Städte danieder. Gegen die städtischen Privilegien von 1581 hatten allerorten die Starosten, die Edelleute überhaupt, Bierbrauereien und Schnapsbrennereien für den gewerbsmäßigen Verschleiß angelegt, während sie von Rechts wegen nur für ihren eigenen Bedarf brauen sollten, und ihre Krüge schoben sich bis in die städtischen Weichbilder hinein. Der neue Landesherr verbot die Erteilung neuer Braugerechtigkeiten an ländliche Besitzer und befahl die alten KonzeSSIONen zu prüfen; sie alle aufzuheben

wagte er nicht, da er damit wohlverworbene Rechte zu verletzen fürchtete. Aber auf den Domänen ließ er in der Folge das Brauen ganz einstellen und ermunterte dafür die Städte zur Anlegung neuer Brauereien, zumal zur Herstellung des in Polen so beliebten starken Bieres nach englischer Art, das man dann jenseits der Grenze als echtes Gebräu an den Mann bringen mochte.

Allmählich konnte nun daran gedacht werden, den anfänglich absichtlich beschränkten Kreis der Industrien zu erweitern. In Kulm, Konitz, Schönlanke arbeitete sich eine Tuchmanufaktur empor, die der König wieder auf die Nachahmung der englischen Technik hinwies; in Elbing wünschte er eine Färberei anzulegen; die Städte an der Weichsel, wie Marienburg und Mewe, die das polnische Rohleder bequem beziehen konnten, sollten sich auf die Lohgerberei werfen. Auch mit der Fabrication von Strümpfen, Mützen und Handschuhen, Tabakspfeifen und Spiegeln sollte ein Anfang gemacht werden. Alle diese Industrien wurden mit ihrem Absatz vorzugsweise auf Polen angewiesen; je näher ein Ort der Grenze lag, desto geeigneter erschien er zur Entfaltung des Gewerbefleißes. Die Verfertigung der in Polen stets begehrten Schärpen von bunter Wolle wurde ausnahmsweise noch auf dem platten Lande gestattet.

Die Städte blühten sichtlich auf. Es hat lange gedauert, bis Friedrich die ersten Früchte seiner Bemühungen sah, aber noch kurz vor seinem Tode hat er gegen einen seiner Minister es anerkannt, daß die Westpreußen anfangen, „etwas industriöser und aufgeklärter zu werden“; das und überhaupt der Fortgang der Fabriken habe ihn erfreut. Die westpreußischen Stadtkämmereien nahmen 1774 nur 76875 Thaler ein, 1786 schon 141966; die Ziffer ihrer Schulden war in diesen 13 Jahren von 362117 auf 274634 Thaler gesunken.

Nach den vollständig nicht mehr erhaltenen Listen haben sich zu Friedrichs Zeit neben jenen 927 in die westpreußischen Städte eingewanderten Familien auf dem Lande 1279 angesiedelt, ein Zuwachs von etwa 11000 Köpfen auf eine Bevölkerung, die bei der Besitzergreifung auf 5—600000 geschätzt wurde und nach der Zählung von 1782 in den Bezirken von Marienwerder und Bromberg 561372 Köpfe betrug, das Erinland mit mehr als 100000 Einwohnern ungerchnet. Raum blieb in dem dünn bevölkerten Lande noch für viele; im Jahre 1780 legte die westpreußische Kammer einen Entwurf vor, wonach noch 14774 Familien angesetzt werden sollten.

So willkommen der neuen Landesherrschaft jeder arbeitsame Ansiedler war, so unerfreulich waren ihr die zahlreichen Nomaden, die man im Lande vorfand. Gegen Zigeuner und Landstreicher richtete sich gleich eines der ersten Edikte, obgleich der König wußte, daß Husarenpatrouillen hier bessere Wirkung thun würden, als Edikte. Wiederholt ließ er die Tucheler Heide durch Fußvolf und Reiter „abkloppern“, um alle „Vagabunden und loses Gefindel“ aufzugreifen. Betteljuden sollten ebenjowenig wie in den alten Landesteilen geduldet werden; doch bedingten die eigentümlichen örtlichen Verhältnisse, daß die Abschaffung dieser Fahrenden „nur allmählich und ohne Ungeßüm“ zu bewirken war. Bemittelte Juden sollten nach den für Ostpreußen geltenden Bestimmungen in den größeren, den „accisbaren“ Städten, zumal in den Grenzstädten nach Polen zu, eine Freistätte haben.

Von dem Häufertgeschäft der Juden und von der Elbinger Kaufmannschaft abgesehen, war von Handel in der neuen Provinz, wie die amtlichen Erhebungen ergaben, so gut wie gar nicht die Rede. „Wir debitieren nirgends,“ antwortete die Stadt Krone kurz und bündig auf die amtliche Umfrage. Von der durch Domhardt vorgeschlagenen Einsetzung eines kaufmännischen „Kommerzkollegiums“ sah der König unter diesen Umständen ab, bis die Handlung der Provinz erst in „Ordnung und zu besserem Flor“ gebracht sein würde. Noch mehr aber als anderwärts schien es hier angezeigt, großhändlerische Unternehmungen durch Monopole aufzumuntern, ja überhaupt zu ermöglichen.

So wurde am 14. Oktober 1772 zu Berlin die Seehandlungsgesellschaft begründet: sie sollte mit eigenen oder gecharterten Schiffen unter preussischer Flagge unmittelbaren Verkehr mit überseeischen Häfen unterhalten und zur Sicherung ihrer Geschäfte das ausschließliche Recht zur Anfuhr von Seesalz und für das Weichselgebiet zum Aufkauf und zur Ausfuhr von Wachs haben. Für den Absatz des durch die Seehandlung angefahrenen Salzes erhielt gleichzeitig eine andere Gesellschaft, die sogenannte Compagnie de Prusse, das Monopol. Schwer beeinträchtigt fühlte sich durch das Privileg der Seehandlung die ostpreussische Kaufmannschaft, und auch die Schlesier klagten fort und fort über den ihnen dadurch erwachsenden Schaden. Nicht ohne die Billigung des Präsidenten Domhardt versuchte das Königsberger Kommerzkollegium der Neuordnung entgegenzuwirken, bis ihr der König für ihr „mutwilliges und frevelhaftes Widerstreben“ eine strenge, auch den Kammerpräsidenten treffende Rüge erteilte. In dessen wollten die Geschäfte der beiden Monopolgesellschaften nicht blühen. Zumal die zweite geriet in Verlegenheiten durch den Ankauf großer Salzvorräte, für die es an Abnehmern fehlte. Sie wurde nun im Mai 1775 mit der Seehandlung verschmolzen, und diese erhielt, bis die Schulden der aufgelösten Gesellschaft getilgt sein würden, Nachlaß des ihr für ihre Salzzufuhren auferlegten Eingangszolles. Sehr viel versprach sich der König von einem am 3. Januar 1779 getroffenen Abkommen: gegen Erlegung einer Pachtsumme von jährlich 400 000 polnischen Gulden übernahm eine Warschauer Zweiganstalt der Seehandlung den bisher von der Krone Polen betriebenen Salzhandel. Aber die Verwaltung der großen, jetzt österreichischen Salzwerke Galiziens begünstigte Wettbewerber, und so sah sich die Seehandlung veranlaßt, im Mai 1781 ihren Vertrag zu kündigen. Bald darauf erhielt das Ansehen der Gesellschaft einen harten Stoß, als 1782 die gegen ihren damaligen Leiter, den Minister Friedrich Wilhelm v. Görne eingeleitete Untersuchung die unlautere Geschäftsführung dieses Mannes, seine gewagten Geldgeschäfte mit polnischen Magnaten, Wechselreitereien, ja unleugbare Veruntreuungen offenbarte. Zwar wurden die Verluste der Seehandlung durch die Konfiskation Görnescher Güter gedeckt, aber der Kredit der Anstalt blieb erschüttert, bis ganz allmählich die geschickte und sachkundige Leitung des Geheimen Finanzrats Struensee bessere Tage für sie heraufführte.

Alle Bemühungen um die Hebung des Handels blieben freilich Stückwerk, solange man, wie damals gesagt worden ist, nur den Rumpf und nicht das Haupt hatte, solange Danzig außerhalb der preussischen Staatsgrenzen blieb. Der Versuch, die vier preussisch gewordenen Vorstädte am linken Weichselufer —

sie und den Hafen von Neufahrwasser hatte man kurzerhand in die Grenze einbezogen — auf Kosten der Hauptstadt emporzubringen, führte zu keinem befriedigenden Ergebnis; sie blieben wirtschaftlich von Danzig abhängig. Aber der Danziger Handel litt schwer unter dem Differentialtarif des preußisch-polnischen Handelsvertrages von 1775; ¹⁾ den Import der zur Versorgung des westpreußischen Hinterlandes und des Königreichs Polen bestimmten Waren verlor man im wesentlichen an Elbing; im Ausfuhrgeschäft behauptete sich noch ungefähr der alte Kornhandel der Danziger, ihr Holzhandel sank beträchtlich. Schon erhoben sich Stimmen, zumal unter dem jüngeren Geschlecht, die den Anschluß an den mächtigen Nachbar, die freiwillige Unterwerfung empfahlen. Und zahlreiche Danziger wanderten in die neue preußische Provinz aus. Wenn die Stadt in der Umklammerung durch die preußischen Zolllinien und Militärkorbons nicht ganz erstickt wurde, so hatte sie das nur der Fürsprache Rußlands zu danken.

Durchgreifender als alles, was sonst in der neuen Provinz geschah, war die Einführung einer gerechten und wirksamen Rechtspflege und die Schöpfung einer Volksschule.

Ein Federstrich beseitigte den ganzen Wust der alten Gerichtsverfassung, „die weltbekannte, und in öffentlich gedruckten Schriften polnischer Geschichtschreiber selbst abge schilderte tumultuarische und aller rechtsschaffenen, unparteiischen Rechtspflege widerstreitende Prozedur und Gewalt der bisherigen Gerichte, sie haben Namen wie sie wollen“. In diesem unglücklichen Lande, so schilderte Friedrich den bisherigen rechtlosen Zustand in einem Briefe an d'Alembert, habe statt jedes Gesetzes der Stärkere ungestraft den Schwachen unterdrückt; aber das sei jetzt gewesen. Fortan war niemand die Berufung von dem ersten Richter an einen höheren verschränkt. Ueber den nach altländischem Muster eingerichteten Stadtgerichten, Domänenjustizämtern und Patrimonialgerichten stand das Oberhof- und Landesgericht zu Marienwerder, seit 1773 „westpreußische Regierung“ genannt; neben sie trat 1773 für den Nebedistrikt das Hofgericht zu Bromberg. Die dritte Instanz bildete das Berliner Obertribunal. Für die materielle Rechtsprechung erkannte die Instruktion für die westpreußische Regierung vom 21. September 1773 die alten statutarischen Ortsrechte an, während das ostpreußische Landrecht von 1721, das Römische Recht und in gewissen Fällen auch das Corpus Juris Fridericianum von 1751 subsidiäre Geltung haben sollten. Im Strafrecht fanden die uns bekannten menschlichen Grundsätze des Königs Anwendung, der „in criminalibus eher zu gelinde als zu scharf“ erkannt wissen wollte. Und auf dem klassischen Boden der Anduldsamkeit und der Dissidentenverfolgungen galt nunmehr der Satz, daß der Justiz „ohne die mindeste Rücksicht auf die Religion“ ihr Lauf zu lassen sei: „ohne daß nur gefragt wird, zu welcher Religion die Parteien sich bekennen“.

Das Fehlen jeder Schule auf dem platten Lande bemerkte der König gleich auf der Rundreise des Sommers von 1772 als eine der fremdartigsten Begleiterscheinungen der polnischen Anarchie und Barbarei. Er erhob gegen die polnischen Edelleute, die „Tyrammen“ ihres Vaterlandes, die Anklage, sie

¹⁾ Vgl. oben S. 410.

hätten, um das Spiel ihrer Willkür desto weiter treiben zu können, das Volk absichtlich in Unwissenheit verkommen lassen. Erst mit der Zeit, und nur durch eine bessere Erziehung, würde man dahin gelangen, diese Prolesen zu zivilisieren. Nach einem Bericht der Kammer, erschien die Anstellung von zunächst 211 Schulmeistern erforderlich, wenn „die heranwachsende Landjugend“ nicht „gleich ihren Vätern aller Edukation und auch des nothdürftigen Unterrichts“ beraubt bleiben sollte. Der König stiftete einen Schulfonds, dessen Zinsen zu Lehrergehältern verwendet werden sollten; er wollte jeden Lehrer mit 60 Thalern an Bar-einkommen, Brennholz und mit einem Morgen Gartenland ausgestattet wissen. Evangelische Schulmeister mußte der Minister Zebbig herbeischaffen, der sie zum meist dem hallischen Waisenhaus entnahm, deutsche Katholiken der schlesische Provinzialminister, polnische der Bischof von Ermland. Die Fürsorge des Staates für den Volksunterricht galt zunächst den Domanalbörfnern; aber die Rittergüter mußten wohl oder übel dem Beispiel folgen. Zu Ausgang des Jahrhunderts, im dritten Jahrzehnt der deutschen Verwaltung, zählte man in Westpreußen mit Ausschluß des Neapelandes unter 750 Landschulen 173 auf adlichen Gütern. In dem Bromberger Bezirk, der an dem westpreussischen Schulfonds nicht teilhatte, waren bis 1778 58 katholische und 177 evangelische Lehrer berufen worden; es fehlten damals noch 112 Katholiken, 43 Protestanten. Auch in den Städten mußte sich das Schulwesen aus den armeligsten Zuständen emporarbeiten: die Stadt Bromberg war beim Verfall ihrer Kammerei nicht im stande, einen Lehrer für die evangelischen Zuwanderer anzustellen; man mußte die Hülfe des Königs anrufen.

„Es war nur gerecht,“ schrieb Friedrich bald nach der Erwerbung von Westpreußen an Voltaire, „daß ein Land, das einen Kopernikus hervorgebracht hat, nicht länger in der Barbarei jeglicher Art versumpfte, in welche die Tyrannei der Gewalthaber es versenkt hatte.“ Bei der Besitzergreifung hatte er dem verwaahrlosten Lande verheißen, so zu regieren, „daß die vernünftigen und wohl-denkenden Einwohner glücklich und zufrieden sein könnten und keine Ursache haben würden, die Veränderung zu bereuen.“ Der Erfolg hat seine Bemühungen gelohnt, und an Dank hat es ihm in der neuen Provinz nicht gefehlt. „Fragen Sie die Leute, die an der Neße wohnen,“ durfte General Lentulus 1773 zu einem Vertreter der Stadt Danzig sagen, „und sehen Sie denn, wie glücklich und zufrieden dieselben sind.“ Die Aufgabe, vor der die preussische Verwaltung stand, war schwer; schier unermesslich, weil überall schlechterdings von vorn angefangen werden mußte. Aber sie wurde erleichtert durch das Fehlen derjenigen Gegentriebe, die später in den ehemals polnischen Landesteilen der Monarchie die Befestigung des Staatsgedankens und des Deutschtums gehemmt haben.

Noch war nichts zu spüren von einem solidarischen Gegensatz der polnischen Nationalität gegen die preussische Obrigkeit und die deutsche Mitbürgerschaft. Geschädigt fühlte sich nur der bisher herrschende Stand, der in seiner Willkür-herrschaft und in seiner Zuchtlosigkeit gedrückte Adel, und ihm war mit seiner landständischen Verfassung die einzige Möglichkeit zu politischer Opposition genommen, wenn anders er in seiner wirtschaftlichen und sittlichen Verkommenheit überhaupt noch politische Regungen hatte. Der polnische Bauer hatte bei dem

Wechsel der Landesherrschaft nur gewonnen; von einem polnischen Bürgertum, einem polnischen Handwerkerstand, die beide sich in der Folge, dank der neuen Ordnung der Dinge, kräftig entwickelt haben, war wie gesagt noch nicht die Rede. Und vor allem die Geistlichkeit stand entweder teilnahmslos beiseite, oder zeigte sich nach dem Vorgang der Landesbischöfe ergeben und zuverlässig. Aus der Ferne aber geschah nichts, um die Stimmung des polnischen Klerus gegen den preussischen Staat zu erregen. Die Kurie, damals von den katholischen Mächten hart bedrängt, dem König von Preußen aber, wie wir noch hören werden, durch mancherlei Gefälligkeiten zu Dank verpflichtet, enthielt sich jeder Einmischung in das Verhältnis zwischen diesem protestantischen Staate und seinen katholischen Unterthanen. So standen die westpreussischen Katholiken der neuen Herrschaft ohne konfessionelles Mißtrauen gegenüber, während alles, was evangelisch war, ihr warme Sympathien entgegenbrag.

Wesentlich kam ferner der moralischen Eroberung dieser Landschaften der Umstand zu gute, daß nach der Teilung von 1772 noch ein selbständiges Polenreich fortbestand, und daß ein einziger Blick über die Grenze in das alt-polnische Chaos hinein vollaus genügte, um die ungeheure Ueberlegenheit der deutschen Kultur und die Segnungen einer festen Staatsordnung und Verwaltung erkennen zu lassen. Und endlich war der Umfang der neuen Provinz nicht so groß, daß der deutsche Gesamtcharakter des Staates beeinträchtigt, oder daß die Verwaltung vor unmögliche Ausgaben gestellt worden wäre, wie zwanzig Jahre später nach den polnischen Erwerbungen Friedrich Wilhelms II., dem weder geeignete Beamte für die Besetzung der Behörden, noch Geldmittel für die Bewirtschaftung des dem Fiskus massenhaft zufallenden Grundeigentums in ausreichendem Maße zur Verfügung standen.

Für alles weitere sorgte eine weise Verbindung von Schonung und Strenge. König Friedrich hat seine Behörden bei Gelegenheit darauf hingewiesen, daß er gegen die katholische Geistlichkeit mehr „Ménagement“ beobachten müsse, als die dem gleichen Bekenntnis angehörige österreichische Regierung. So wollte er überhaupt die Gefühle der neuen Unterthanen nicht verletzt sehen; ein Landrat im Neapelnde, der es den adelichen Kreisinsassen gegenüber an Takt fehlen ließ, wurde abgesetzt. Auch wünschte der König, daß seine deutschen Beamten zwischen polnischer Bevölkerung der fremden Sprache mächtig sein sollten. Wie aber durften Rücksicht und Schonung zu Handlungen oder Unterlassungen führen, die als Schwäche gedeutet werden konnten. Dem Bromberger Kammerdirektor schärfte drum der König die goldene Regel ein: „So muß Er auch mit denen Polen keine Komplimente machen, denn dadurch werden sie noch mehr verdorben, sondern Er muß scharf darauf achten, daß sie den Ordres gehörig nachleben.“

Die Politik des großen Königs im Weichsel- und Neapelnde in ihrer Sicherheit und Stetigkeit, ihrem Selbstbewußtsein und ihrer Zuversicht kennzeichnen die Worte eines seiner Gehülfen, des Generals Lentulus: „Was gemacht wird, ist nicht auf kurze Zeit, sondern auf die Jahrhunderte gemacht.“

Fünfter Abschnitt.

Staatshaushalt und Heerwesen.

Die Erwerbung von Westpreußen brachte dem Staate an Bevölkerung und zumal an Einnahmen einen so beträchtlichen Zuwachs, daß der König sich endlich am Ziele eines lang gehegten Wunsches sah. Er konnte sein Heer bis zu der Zahl vermehren, die er schon 1752 als für die Sicherheit der Landesgrenzen erforderlich bezeichnet hatte.

Hinter den ersten, allzu erwartungsvollen Anschlägen blieben die finanziellen Erträge der neuen Provinz freilich nicht unerheblich zurück. Friedrich hatte anfänglich auf eine Einnahme von 6 Millionen Thalern gehofft. In einem zweiten Ueberschlage rechnete er bereits vorsichtiger auf nicht ganz $3\frac{1}{2}$ Million. Schließlich wurde in den Staatshaushaltsetat des Generaldirektoriums für 1775/76, den ersten, der die neuen Lande berücksichtigte, die Einnahme von 1 636 595 Thalern für Westpreußen einschließlich des Nezegebiets und von 140 364 Thalern für das Ermiland eingestellt. Thatsächlich schloß die Einnahmerekchnung bald etwas höher ab. Im Jahre 1779 durfte der Ertrag auf 2 111 000 angenommen werden.

Die westpreußische Einnahme des Rechnungsjahres 1775/76 stand zum größeren Teil auf dem Etat der Generaldomänenkasse, mit 922 354 Thalern, von denen nur wenig über ein Zehntel (96 060 Thaler) für die Zwecke der laufenden Verwaltung in der Provinz verblieb. Als Einnahme der Generalkriegskasse aus Westpreußen wurden 714 240 Thaler eingestellt; davon wurden für den Unterhalt der in die Provinz gelegten neu errichteten Regimenter 365 514 angewiesen. Wenn nun auch für diese Truppen aus der Generalkriegskasse unter einem anderen Titel noch weitere 133 682 Thaler gezahlt wurden, so belief sich doch nach dem Etat die reine Einnahme der beiden großen Staatshauptklassen aus Westpreußen auf 1 041 339 Thaler. Sofort konnten 400 000 Thaler von der westpreußischen Einnahme bei der Generaldomänenkasse der Disposition des Königs vorbehalten bleiben, sei es zur Ueberführung in den Staatschatz, sei es für gemeinnützige Unternehmungen oder zur Bestreitung außerordentlicher militärischer Ausgaben. Ein großer Teil der Aufwen-

dungen, die für das Retablissement der neuen Provinz gemacht wurden, ist so mit aus ihren eigenen Mitteln gedeckt worden. So viel vermochte eine geordnete, sparsame und reinliche Haushaltung schon in ihren ersten Anfängen zu leisten.

In dem genannten Rechnungsjahre betrug die etatsmäßige Bruttoeinnahme der Generaldomänenkasse 8095661 Thaler, die der Generalkriegskasse, ohne den Zuschuß aus jener, 4992145, die Einnahme der schlesischen Provinzialkasse etwas über $3\frac{1}{2}$ Million. Zu dieser Gesamteinnahme von rund $16\frac{1}{2}$ Million — von einigen anderen in die Etats der Finanzbehörden nicht aufgenommenen Einkünften abgesehen — trug also Westpreußen mit seinen $1\frac{3}{4}$ Millionen mehr als ein Zehntel bei.

Auch dadurch gewann der König für seinen Staatshaushalt größere Bewegungsfreiheit, daß gleichzeitig mit der Erschließung der westpreussischen Einnahmequelle der Staatsschatz eine vorerst als ausreichend betrachtete Höhe erreichte.

Beim Friedensschluß hatte der König von den großen Summen, die für die Fortsetzung des Krieges bereit lagen,¹⁾ nach Abtragung der Kriegsleihe und nach Aufwendung von $7\frac{1}{2}$ Million für die Neueinkleidung der Truppen und für die Ergänzung der Artillerie und des Fuhrwesens nicht weniger als 14158880 Thaler dem Schatz überwiesen. Doch mußte einstweilen diese Metallmasse zum großen Teile in den während des Krieges ausgeprägten unterwertigen Münzen hinterlegt werden. Alljährlich wurde nun ein Teil dieser schlechten Münze zur Umschmelzung herausgezogen und durch gutes Gold ersetzt; infolgedessen stieg der Kennwert des Schatzgeldes nicht so schnell, als dies im Verhältnis zu der wirklichen Zufuhr hätte geschehen müssen. Ende Mai 1769, beim Abschluß der Jahresrechnung, lagen im Tresor 19157203 Thaler, darunter noch fast 6 Millionen in geringen Sorten. 1770 war der Schatz um 224000 Thaler gestiegen, der Vorrat an schlechter Münze um 2 Millionen verringert. 1771 war kein minderwertiges Geld mehr vorhanden, die Gesamtziffer aber nach dieser Ausstoßung um 960000 Thaler zurückgegangen. 1772 um ein Geringes vermehrt, hatte der Schatz im folgenden Jahr nach einem nochmaligen kleinen Zuwachs die Summe von 19249920 Thalern erreicht. Auf dieser Höhe ließ ihn nun der König zunächst stehen, nachdem er 1768 in seinem zweiten politischen Testament, wie schon in dem ersten von 1752,²⁾ 20 Millionen als die Summe genannt hatte, welcher der Tresor zuzustreben habe.

Außerdem ist der kleine Schatz, der Mobilmachungsfonds, dessen erste Ausstattung von 640000 Thalern sofort ausschließlich in vollwertigem Golde bestand, von 1763 bis 1776 auf 4266863 Thaler gebracht worden.

Nach Erfüllung seines Sparprogramms stand der König jetzt vor der Frage, wie er die im Verhältnis zu dem Gesamteinkommen des Staats sehr erheblichen jährlichen Ueberschüsse verwenden, d. h., wie er das Extraordinarium des Staatshaushalts künftig regeln sollte.

Verfügbar waren in erster Linie 1800000 jährliche Tresorgelder, nämlich je 700000 aus den alten Provinzen und aus Schlesien,³⁾ und jene 400000

¹⁾ Oben S. 353.

²⁾ Dgl. Bd. I, 387.

³⁾ Dgl. I, 385.

aus Westpreußen. Dazu gewisse Einnahmen, die dem Dispositionsfonds unmittelbar aus den Domänenklassen einzelner Provinzen zuzugien. 50 000 aus dem Königsberger und dem litauischen Kammerbezirk, 21 000 aus den Marken, 100 000 aus Ostfriesland. Weiter die in der Forst- und der Domänenverwaltung über den Etat hinaus erzielten Einnahmen, die im Jahr vor dem letzten Kriege 705 000 Thaler betragen hatten und jetzt im Frieden noch stiegen; der Ertrag des Magdeburger Transit-Zmposts,¹⁾ der nach dem Rückgang von 1766 sich bis 1786 wieder auf 102 454 Thaler hob. Endlich die Ueberschüsse der nach dem Kriege neu eingerichteten, den alten Finanzkollegien entzogenen Verwaltungen: Regie, Tabakadministration, Bank, Lotterie, Post.²⁾ Der König hat 1779 die seit 1763 neu erschlossenen Einnahmequellen, abgesehen von den westpreußischen Einkünften, auf fast 3 Millionen berechnet und die für das Extraordinarium verfügbaren Ueberschüsse 1768 auf 4 700 000 Thaler, 1777 auf 5 700 000, 1783 auf 7 120 000 — bei einer Staatseinnahme von nunmehr 21 730 000 Thalern.

Abrechnungen dieses großen, jeder Aussicht der Finanzbehörden und jeder Kontrolle der Oberrechnungskammer entrückten Dispositionsfonds sind uns nicht erhalten. Aber für ein einzelnes Jahr, 1774, liegt der schon erwähnte³⁾ eigenhändige Anschlag des Königs über die „Dépense“ vor, die er aus diesen Ueberschussgebühren zu decken gedachte. Da erscheinen 600 000 Thaler für den Negeskanal,⁴⁾ weiter 40 000 Thaler Entschädigung für die Inhaber der polnischen Starosteigüter,⁵⁾ 340 000 für Meliorationen am Rhyn, in Pommern, der Neumark, im Magdeburgischen; 56 000 für die schlesischen Städte, 80 000 für die Anlage von 30 Dörfern in Oberschlesien; 40 000 an die Stadt Königsberg für Brandschaden; je 200 000 für Berlin und Potsdam, wohl besonders für Fabriken und sonstige Bauten, außerdem 160 000 für den Bau der Berliner Bibliothek. Militärischen Zwecken sollten dienen: 300 000 Thaler für die schlesischen, 200 000 für die westpreußischen Festungen, 230 000 für Kasernen, 170 000 für Veränderung der Infanteriegewehre, 140 000 für die Artillerie. Endlich 480 000 Thaler für die Subsidienzahlung an Rußland.⁶⁾ Danach betrug in diesem Jahre das Extraordinarium für Aufgaben der Landeskultur 1 716 000, der Zuschuß für die Heeresverwaltung (einschließlich der als Ablösung für Hülfstruppen bezahlten Subsidien) 1 520 000 Thaler. Der Zusammenstellungen für die vier letzten Regierungsjahre, die der Minister Herzberg über die zum besten der Landwirtschaft und Industrie und für die Landeswohlfaht insgesamt aufgewandten Gelder veröffentlicht hat, wurde in anderem Zusammenhang⁷⁾ schon gedacht.

Ein Vergleich jener Ziffern mit der Gesamthöhe des jährlichen Ueberschusses läßt ersehen, daß der König auch nach Erfüllung seines ursprünglichen Programms mit Thesaurieren fortfuhr. Der Schatz war gefüllt, nun aber wurde

¹⁾ Oben S. 389. 408.

²⁾ Oben S. 358. 385—392.

³⁾ Oben S. 363. Dort ist 3. 13 v. u. zu lesen statt 1 976 000: 1 716 000.

⁴⁾ Oben S. 485.

⁵⁾ Oben S. 488.

⁶⁾ Oben S. 455.

⁷⁾ Oben S. 363.

ein Anbau nach dem andern angefügt. Zu dem Tresor und dem kleinen Tresor traten drei Nebenabteilungen, zuletzt noch eine vierte.

Ein Schatzdepot zu Breslau, im Keller unter der „Kriegskasse“, das der König 1770 anzusammeln befahl, wurde bis 1774 auf 3269 000 Thaler gebracht, die Jahresquote für die Feldverpflegung eines in Schlesien mobil zu machenden Heeres von 70 000 Mann. Einen entsprechenden Geldvorrat für ein an der Elbe zu versammelndes Armeecorps stellten die sogenannten Magdeburgischen Fouragegelder dar, 1776 mit 900 000 Thaler bei der Bank niedergelegt. Ein eiserner Bestand bei der Generalkriegskasse war bestimmt, die rechtzeitige Auszahlung des Soldes im Kriege sicher zu stellen; vor 1756 nur auf 680 000 Thaler bemessen, den Betrag einer einmaligen Monatslöhnung,¹⁾ zählte er 1777 schon 4 Millionen, und der König beabsichtigte, ihn binnen drei Jahren auf 11 Millionen zu bringen. Endlich verfügte er, erst im letzten Regierungsjahre, daß über weitere Zugänge des Tresors besondere Rechnung „unter dem Titel von Subsidiengeldern“ geführt werden sollte, und stattete dieses neue Konto alsbald mit 3 Millionen aus.

Das fortgesetzte Thesaurieren hatte seine guten Gründe. Der König berechnete nach dem letzten Kriege die Kosten eines Feldzugs auf 11 bis 12 Millionen, außer den Summen, die schon zur Friedenszeit für das Heer angewiesen waren. Hatte er früher gemeint, nur für vier Feldzüge Vorsorge treffen zu müssen, so hielt er es nach einem siebenjährigen Kriege für geraten, sich auf acht Kriegsjahre einzurichten. Im Jahre 1768, als der Schatz nur auf den Fuß von 20 Millionen zugeschnitten war, sah sich Friedrich somit genötigt, wieder mit einer Beschlagnahme des Nachbarlandes, mit den Hülfsmitteln Sachsens²⁾ zu rechnen: 5 Millionen aus Sachsen, 4 700 000 Thaler an Ueberschuß aus den eigenen Staatseinnahmen, die Tresorquanta mitgerechnet, und 2 300 000 aus dem Staatsschatz ergaben den Jahresbedarf von 12 Millionen.

Noch 1776 glaubte er, im Kriegsfall des sächsischen Zuschusses nicht entraten zu können. Zu Grunde gelegt wurde der Rechnung diesmal — denn neue Anschläge ließen eine Ersparnis möglich erscheinen — die Jahressumme von 11 Millionen. Der Ueberschuß der laufenden Einnahme, auf 5 700 000 Thaler berechnet, bedurfte also, um diese Summe zu decken, noch der Ergänzung durch 5 300 000. Verfügbar waren damals an Ersparnissen, außer den Mobilmachungsgeldern, 19 300 000 im Staatsschatz, 3 200 000 in der Breslauer Schatzniederlage, 900 000 Magdeburger Fouragegelder, 4 Millionen als Vorrat der Generalkriegskasse; insgesamt 27 400 000 Thaler. Eine Summe, die um jene 5 300 000 Thaler jährlich gefürzt, in fünf Feldzügen erschöpft war, ja voraussichtlich schon in vier, da in Kriegsläufen ein Ausfall in der ordentlichen Staatseinnahme und mithin ein Rückgang des Jahresüberschusses vorausgesetzt werden mußte. Und darum lenkten sich die Blicke des königlichen Feldherrn und Staatswirthes, der für die doppelte Zeit mit seinem Schatze reichen wollte, auch damals wieder nach Sachsen.

¹⁾ Vgl. Bd. I, 386.

²⁾ Vgl. oben S. 441.

Nun sollte es sich fügen, daß in Friedrichs letztem Kriege die Sachsen nicht gegen ihn, sondern an seiner Seite fochten, Geld also ihm aus dieser Quelle nicht zufloß. Und so geschah es, daß er bei seinen weiteren finanziellen Voranschlägen Sachsen ganz außer Betracht ließ. Der eine Feldzug von 1778 und die Vorbereitung zu einem zweiten haben 17 Millionen erfordert; danach schien es zunächst genügend, in Zukunft 12 Millionen für jeden Feldzug anzusetzen. Ein 1784 entstandener Anschlag geht davon aus, daß der Jahresüberschuß von 7 120 000 Thalern sich zu Kriegszeiten auf 6 Millionen ermäßigen wird; die dann für die Feldzugskosten noch fehlenden andern 6 Millionen will der König drei Jahre hindurch aus den bei den Zweigniederlagen des Staateschatzes aufgestapelten Geldern und für drei weitere Jahre aus dem alten Tresor decken. In einem Anschlag von 1786 wurden die Kosten eines Feldzugs reichlicher zu 14 856 259 Thaler angenommen.

Zu Ende dieser Regierung lagen bei einer Jahreseinnahme von nicht ganz 22 Millionen im alten Tresor 22 638 339 Thaler, einschließlich 3 Millionen „Subsidiengelder“; im kleinen für die Mobilmachung 4 454 411; im schlesischen Schatz 9 330 000; an Magdeburger Fouragegeldern 8 800 000 bei der Bank, die damit (seit 1785) das ihr bei ihrer Gründung in Aussicht gestellte Depositum¹⁾ in voller Höhe erhalten hatte; bei der Generalkriegskasse als eiserner Bestand 6 052 250 Thaler. Im ganzen 51 302 010 Thaler, statt der rund 10 Millionen, die König Friedrich von seinem Vater überkommen hatte.

Für den Unterhalt des Heeres in Friedenszeiten blieben in herkömmlicher Weise die Erträge der Steuerverwaltung und das sogenannte Adjutum der Generaldomänenkasse bestimmt. Dieser Zuschuß ist zwischen 1740 und 1786 von 1 $\frac{1}{2}$ Million auf das Doppelte gestiegen. Das Friedensbudget des Heeres hatte 1740 nicht ganz 5 $\frac{1}{2}$ Million, im letzten Rechnungsjahr vor dem Siebenjährigen Krieg 8 300 000 Thaler betragen; nach dem Krieg hat es sich bis zum Ausgang Friedrichs II. von 9 Millionen auf mehr als 12 $\frac{1}{4}$ Million vermehrt; doch blieb diese Steigerung von 1740 bis 1786 hinter dem Wachstum der inzwischen fast um das Dreifache vermehrten Staatseinnahme erheblich zurück.

Das Heer war im Augenblicke des Friedensschlusses nahezu vollzählig gewesen. Friedrich hat damals gesagt, daß er für einen neuen Feldzug 219 000 Mann, darunter 188 000 Feldsolbaten, in Bereitschaft gehalten habe. Nach Auflösung von 8 Garnisonbataillonen, aller während des Krieges errichteten Freischaren, Rekrutenbataillone und Landmilizen und der letzten Reste der ehemals sächsischen Truppen²⁾ und nach Zurückführung der alten Regimenter³⁾ ungefähr auf die vor dem Kriege ihnen vorgeschriebenen Stärken zählte das Heer

¹⁾ Vgl. oben S. 358.

²⁾ Vgl. oben S. 35. 63. 170.

³⁾ Vgl. oben S. 354.

nach dem Friedensschluß wieder wie beim Ausbruch der Feindseligkeiten¹⁾ etwas über 150 000 Mann.

Die Verringerung der Truppenzahl wurde nicht nur durch finanzielle Erwägungen, sondern vor allem durch den Rückgang der Bevölkerung geboten. Den Kantons mußte Zeit gelassen werden, sich nach der starken Aushebung der letzten Jahre, in denen man die Bauernburschen noch als halbe Kinder den Rekrutenbataillonen eingereibt hatte, zu erholen. Der König traf die Anordnung, daß nicht mehr als 70 000 Landeskinder im Heere dienen sollten. Mit dem Ueberfluß über diese Zahl blieben die Kantons in äußersten Kriegsnöten eine letzte Hilfsquelle für das Heer, die Friedrich „wie einen Augapfel“ hüten zu wollen erklärte. Bei der starken Vermehrung der Bevölkerung in den ersten Friedensjahren²⁾ war die Gesamtziffer der „Enrollierten“, der für den Heerdienst vorgemerkten wehrfähigen Jugend, bereits 1773 beträchtlich größer als 1756, die westpreussischen Kantons ungerechnet.

Schon vor der Erwerbung von Westpreußen war der König 1768 beim Ausbruch des russisch-türkischen Krieges zu einer ersten neuen Heeresvermehrung, im Umfang eines Zehntausends, geschritten: zwölf märkische Musketierregimenter wurden um 40 Köpfe auf die Compagnie, die Husaren um 300 Mann auf das Regiment vermehrt, und Schlessien erhielt ein neues Feldbataillon. Es folgte dann 1772 die Aufstellung von 5 westpreussischen Musketierregimentern, 4 neuen Bataillonen bei den ostpreussischen Garnisontruppen, einem Husarenregiment, 2 Bataillonen Artillerie; zugleich wurden bei 36 alten Infanterieregimentern die Compagnien um je 20 Mann verstärkt.

Das Heer hatte mit dieser Vermehrung die Stärke von 186 000 Mann erreicht und zählte jetzt 110 Bataillone Feldinfanterie, deren Grenadiercompagnien im Kriege zu 25 gesonderten Bataillonen zusammenzutreten hatten, 7 ständige Grenadierbataillone, 1 Bataillon Fußjäger, 36 Garnisonbataillone, 63 Schwadronen an Kürassieren, 70 an Dragonern, 90 an Husaren, 10 an Bosniaken, eine an reitenden Jägern, 8 Bataillone Feldartillerie, 11 Compagnien Festungsartillerie. Für den Kriegsfall wurde vorgesehen die Anwerbung von 23 Freibataillonen in der Stärke von 18 768 Mann, die Errichtung von 5 Schwadronen Dragonern und von 2 Garnisonbataillonen und eine Verstärkung der Cadres bei der Kavallerie und den Feldbataillonen. Ein 1772 bis ins einzelne ausgeführter Mobilmachungsplan setzte die „Summe der ganzen Force“ mit 226 777 Köpfen an, die zum Ausmarsch bestimmten Feldtruppen mit 197 256; dazu sollten 3832 Mann an Landmilizen zusammengesogen werden.

Der preussische Soldat jener Zeiten war nicht mehr der miles invictus, als den ihn nach dem zweiten schlessischen Kriege sein Kriegsherr gepriesen hatte,³⁾ aber es galt auch von ihm, daß er nur in Schlachten, nicht im Kriege überwunden sei: proeliis ambiguus, bello non victus. Und nicht nur hohen

¹⁾ Oben S. 14.

²⁾ Oben S. 372.

³⁾ Vb. I, 544.

Ruhm, auch Popularität hatte sich der Soldat erworben, bei groß und bei klein. Das bezeugte der damals durch den Siebenjährigen Krieg herbeigeführte Aufschwung einer seither in Flor gebliebenen Nürnberger Industrie: das Büllein der Kinderstuben kannte jetzt kein schöneres Spielzeug als die Bleisoldaten. Die Erwachsenen aber konnten sich im Schauspiel nicht satt sehen an den martialischen Gestalten, die Lessing und seine Nachahmer über die Bretter gehen ließen. Minna von Barnhelm, nach Goethes Urteil „die wahrste Ausgeburt des Siebenjährigen Krieges, von vollkommen norddeutschem Nationalgehalt“, ist ein unvergleichliches Denkmal für das damalige preussische Heer geblieben, welches auch darin sein „Soldatenglück“ bewährte, daß es diesen Herold fand. Lessing hatte als Sekretär des heldenmütigen Generals Tauenzien¹⁾ in Breslau und in den Belagerungslinien vor Schweidnitz den Geist des preussischen Offiziercorps kennen und schätzen gelernt, aus dem früher einer der besten ihm als Freund nahe getreten war. Die Züge Ewalds von Kleist lieh er seinem Tellheim, dieser Vertörperung der preussischen Offiziersehre. Die Soldatentypen der „Minna“ waren aus dem Leben gegriffen und, wenn auch verklärt, so doch ohne jede Uebertreibung gezeichnet. Als gute alte Bekannte begrüßte ein Recensent den sachroben und pudelhaft anhänglichen Paktnecht Just und den „lustigen, spaßhaften, ehrlichen“ Wachtmeister Paul Werner, der, nachdem er lange vergebens gehofft, „es sollte hier wieder losgehen,“ Gott preist, daß noch irgendwo in der Welt Krieg ist. Die Kameraden, welche die nun beginnende „Mobilmachung der Armee für das Theater“ einem Tellheim und seinen Getreuen zuführte, reichten an die großen Vorbilder nicht heran, den Schauspielern aber galten die Uniformrollen ohne Unterschied als dankbar, denn das Parterre hatte nun einmal seine Freude dran.

Einem aber war die rechte Freude an diesem gefeierten Preussenheer jetzt verdorben: dem königlichen Anführer. Das Werkzeug seines Feldherrnruhms hatte ihm nicht genug gethan. Er zürnte mit dem Heere, und gar mancher im Heere zürnte ihm.

Es galt nach der Heimkehr in die Friedensquartiere, die aus Rand und Band gekommenen, nach jedem Feldzug notdürftig immer von neuem zusammengefloppelten, schlecht ausgebildeten und noch schlechter erzogenen Regimenten und ihre gelichteten, mit mancherlei zweifelhaftem Nachwuchs durchsetzten, durchaus nicht mehr homogenen Offiziercorps wieder auf die alte Höhe zu bringen. Da griff nun der König zu Abweichungen von dem alten Herkommen, die zumal unter den Offizieren große Verstimmung hervorriefen, teilweise geradezu als Strafen empfunden wurden und bis zu gewissem Grade in der That als solche gedacht waren. Mit unverkennbarer Ironie schrieb der Herzog von Webern, der Feld von Lobositz und Reichenbach, in seinem Versuch zu einer Armeegeschichte: Da die Armee gegen die ganze österreichische, russische, schwedische und einen großen Teil der deutschen Reichs- und französischen Macht sich aufrecht erhalten, so habe das Publikum und der Vulgaire geglaubt, des Königs Majestät würde von den pflichtschuldigst geleisteten Diensten zufrieden sein: „allein Dero scharf-

¹⁾ Oben S. 260.

sichtiges Auge hatte so weit durchgeschaut und befunden, daß nur wenige Personen und Regimenter das Gute, was im Laufe des Krieges geschehen, allein zu Wege gebracht, das Widrige hingegen von dem größten Ueberrest derer anderen verursacht worden, folglich nur wenige Belohnungen verdienten.“ So kamen die Klagen und Anklagen auf und gingen von Mund zu Munde, die später in den Schriften einer jüngeren, während des Siebenjährigen Kriegs herangewachsenen Generation preussischer Offiziere einen Niedererschlag gefunden haben in den „Briefen“ eines Kaltenborn, den „Betrachtungen“ eines Berenhorst: daß Chefs und Kommandeure allzeit in Gefahr geschwebt hätten, aus geringfügigem Anlaß, aus Laune weggejagt zu werden; daß der König die Revue allemal schon bei sich gehalten, ehe er einen Mann von den Truppen sah, daß das Schicksal eines jeden Regiments schon in dem Augenblick festgestanden habe, da der König in Potsdam in den Wagen stieg; daß Mut und Geist und innerer Wert in der Armee ohne gesunde Pflege geblieben seien; daß Friedrich seinen prächtigen Schlachthengst nach und nach so kurz und scharf aufgesetzt habe, bis der zuletzt nicht mehr gewußt habe, wie er treten oder gehen solle.

Noch während in Hubertusburg über den Frieden verhandelt wurde, teilte der König das Heer in eine Anzahl Inspektionen ein, provinzweise und in den Provinzen nach den beiden Hauptwaffen; die Artillerie blieb außerhalb dieser Gliederung. Es war der erste Schritt zu der späteren Corpseinteilung; die Inspektionen wurden die Vorläufer der heutigen Generalkommandos. Die Inspektoren sollten verantwortlich sein für die Ausführung der Verordnungen, für die Gleichmäßigkeit der Disziplin und der Ausbildung bei den verschiedenen Regimentern, für die Einhaltung der richtigen Mitte zwischen Milde und Strenge bei den Kommandeuren, für die Haltung der Offiziere, für die Ordnung beim Aushebungsgeschäft. Sie hatten Vorschläge für Auszeichnungen und für das Avancement zu machen. Der von dem Könige für die Neuerung uns angegebene Grund ist einfach und durchschlagend: die Unmöglichkeit, auf alles mit eigenen Augen zu achten. Die Maßregel sprach für sich selbst, aber sie wirkte peinlich und gehässig vor allem dadurch, daß der König bei der Wahl der Inspektoren sich nicht an die Rangliste hielt und zwar in Schlesien einem Seydlitz bei der Kavallerie und einem Tauenzien beim Fußvolk das neue Amt übertrug, in den anderen Provinzen aber vorwiegend jüngere Generalmajore zu seinen Vertretern bestellte. Der rauhe Ramin an der Spitze der Berliner Inspektion wurde von dem Könige ebenso geschätzt und geküßelt, wie im Heere als „eigentlich in das Zeitalter der Hunnen und Vandalen gehörig“ gefaßt. Einem Hintermann sich unterzuordnen, kam den im Rang oder im Dienstalter höher stehenden Regimentschefs um so härter an, als ihre bisherige Stellung, in der sie unter niemand als dem Könige gestanden hatten, durch die neue Ordnung der Dinge ohnehin wesentlich an Bedeutung, Ansehen und Einfluß verlor. Es verfiel und verschwand, wie damals ganz richtig bemerkt worden ist, die patriarchalische Verfassung des altpreussischen Heeres, nach der bei jedem Regiment „der General gleichsam den Emir des Stammes und die elf anderen Compagnieinhaber die ersten Vorsteher der Aeste bezeichnen“. Der Herzog von Bevern

in Stettin, der als einer der ältesten Generale von der Infanterie den Generalmajor Steinkeller zum Inspekteur erhielt, urteilte bitter, daß den Chefs und Kapitänen fast nichts übrig geblieben sei, als Gehilfen der Inspektoren zu sein und für die Anschaffung der kleinen Monturstücke zu sorgen. Das Mißlichste war, daß die Inspektoren selbst Regimentsinhaber blieben und dadurch, wie wieder Bavern klagte, in die Lage kamen, ihr eigenes Regiment „nach Belieben zu favorisieren“.

In ungleich weitere Kreise wurde die Unzufriedenheit hineingetragen durch eine zweite Neuerung: die Reform der Compagniewirtschaft; denn damit wurde den darbedenden Subalternoffizieren die ermutigende Aussicht auf bereinstige auskömmliche Versorgung abgeschnitten. Wir erinnern uns, daß bisher der Compagniechef die Löhnung für die im Frieden jährlich auf neun bis zehn Monate beurlaubten Landeskinder einbehielt, aus dieser Ersparnis die Kosten der ausländischen Werbung bestritt und noch einen Ueberschuß für sich persönlich zurücklegte.¹⁾ Von nun an übernahm der König die Werbeelder auf eine Zentralkasse, zu der der ersparte Sold der Urlauber bis auf einen geringen, dem Compagniechef vorbehaltenen Betrag eingezogen wurde. Zunächst aus Sparsamkeitsrückichten eingeführt, erhielt diese Umwälzung, von der materiellen Schädigung der Kapitäne abgesehen, dadurch noch einen verletzenden Stachel, daß einige Regimenter in Anerkennung ihrer vorzüglichen Haltung vor dem Feinde auf dem alten Fuße weiterwirtschaften durften. Ja, auch unter sich wurden die deklassierten Regimenter nicht nach gleichem Maße gemessen: hier war der dem Kapitän belassene Bruchteil seiner alten Nebeneinkünfte größer, dort geringer, je nachdem das Regiment in Bezug auf sein Wohlverhalten höher oder niedriger eingeschätzt wurde. Zu der Scheidung zwischen Garde und Linie und zwischen Feldregimentern und Garnisonen war jetzt also noch diese Abstufung der Feldregimenter unter sich nach Betragen und Leistungen getreten. Das leuchtende Prinzip der gleichartigen Standesehre und des gleichen persönlichen Wertes, auf welches das preussische Offiziercorps gegründet war, wurde durch die Versetzung ganzer Regimenter in eine niedere Konduitenklasse verdunkelt.

Die schlimmste Folge aber war, daß die Verkürzung seiner Einnahme manchen Hauptmann, der sich schadlos halten wollte, zu Unterschleifen verleitete und ihn nach dem Vorgange der räuberischen Unternehmerröfiziere des siebzehnten Jahrhunderts die Liste seiner Diensttuer fälschen ließ. Mit Berufung auf „häufige Denunziationen und die befremdliche Menge schmutziger Prozesse bei verschiedenen Regimentern“ hat nach dem Thronwechsel von 1786 ein Kundbefehl des Nachfolgers mit scharfen Worten es gerügt, daß durch Männer von Ehre um schänden Gewinnstes willen die Wahrheit aus den Listen verbannt werde.

Und doch hatten Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. unausgesetzt daran gearbeitet, ihrem Offiziercorps die peinlichste Ehrenhaftigkeit einzuimpfen; glaubte ja Friedrich als desto festeres Pfand für adeliche Gesinnung von seinen Offizieren adeliche Geburt fordern zu müssen.²⁾ Friedrich Wilhelm I. ließ die Bürgerlichen

¹⁾ Bd. I, 537. 538.

²⁾ Bd. I, 530 ff.

zwar zu Leutnants, aber nicht zu Kapitänen aufsteigen; der spätere General Stollhofen, eines Predigers Sohn, mußte bis zu dem Thronwechsel von 1740 warten, ehe er als Roturier Stabskapitän wurde. Friedrich hat dann der Regel nach alte Unteroffiziere überhaupt nicht mehr ins Offiziercorps aufgenommen, denn im wesentlichen nur aus solchen waren die bürgerlichen Leutnants seines Vaters hervorgegangen, da die Söhne des gebildeten Bürgerstandes dem Heere noch fernblieben. Nun aber waren während des langen Krieges zahlreiche Bürgerliche aus guten Häusern freiwillig in das Heer eingetreten, Studenten von den Landesuniversitäten und Gymnasien; hat doch damals das kölnische Gymnasium in Berlin mehrere Jahre hindurch keine Prima gehabt. Diese bürgerlichen Landesfinder hatten das silberne Portepee erworben, wie gleichzeitig die hergelaufenen Abenteuerer, die den Offiziercorps der Freibataillone ihren Ruf verdarben. Nach dem Friedensschluß verwarf der König sie alle, die Gerechten mit den Ungerechten. Die anrühflichen Subjekte wurden entlassen, wer einwandfrei und brauchbar war, wurde bei einem Garnisonregiment untergebracht. Fünf Jahre nach dem Kriege waren bei den Felbregimentern der Inspektion des Generals Möllendorff nur noch vier unadeliche Offiziere, und auch sie beabsichtigte der König zu versetzen. Nicht mit Unrecht haben die davon Betroffenen dies Verfahren grausam genannt; hier wurden wieder viele brave Soldatenherzen mit Bitterkeit erfüllt, und mit den gekränkten Opfern murrte jetzt das ganze Bürgertum.

Wald trat ein Rückschlag ein. Der Nachwuchs aus dem Adel deckte nicht mehr den Bedarf. Nicht jeder Sohn des Landedelmanns hatte Lust zu dienen; eine Erbschaft, eine vorteilhafte Heirat bestimmten manchen jungen Offizier, des Königs Noth wieder auszugehen; der Jahrzehnte hindurch stolz verachtete Zivilstand begann im Ansehen wieder zu steigen. Andererseits sah der König sehr reiche und sehr vornehme Edelleute bei seinen Regimentern nicht gern. Berenhorst hat von seiner „Biosynkrasie gegen Grafen“ gesprochen, und zumal die Söhne der schlesischen Magnaten sah Friedrich mit Mißtrauen kommen, weil ihrer viele schnell wieder gegangen waren. Ja 1783 eröffnete er seinem gräflichen Hofmarschall, daß er schon Befehl gegeben habe, keine Grafen in der Armee anzunehmen: „Junge Grafen, die nichts lernen, sind Ignoranten in allen Ländern. Im Falle nun einmal ein Wunder geschehen und aus einem Grafen etwas werden sollte, so muß er sich auf Titel und Geburt nichts einbilden, denn dieses sind nur Narrenspoffen, sondern es kommt nur allezeit auf sein mérite personnel an.“ Auch von den Söhnen seiner Generale, seiner Minister hat er wohl gesagt, die Leute seien zu reich und wollten nur einige Jahre zum Spaß dienen. Und als General Tauenzien einen Sohn bei den Gendarmen eintreten lassen wollte, entgegnete ihm der König, er sehe es nicht gern, wenn die vornehme Leute alle unter die Gendarmen gehen wollten; nach zwei oder drei Dienstjahren würden dann Brustschmerzen, blödes Gesicht oder Bruchschaden vorgeschützt: „so habens 20 vornehme Leute bei die Gensdarms gemacht, ich will Officiers und keine Durchläufer dabei haben.“

Um Rat gegen den schon fühlbar werdenden Offiziermangel zu schaffen, wurden 1779 die Regimentern allgemein darauf hingewiesen, daß sie aus fremden

Landen Edelleute „von Verstand, Ambition und wahrem Diensteifer“ heranziehen möchten. Auch gewisse Schichten des misachteten Roture suchte man jetzt zu locken. Durch öffentliches Edikt vom 28. Mai 1768 wurde den Söhnen bürgerlicher Rittergutsbesitzer, dieser doch nur als unwillkommene Ausnahme zugelassenen Klasse des ländlichen Grundeigentums, in freilich recht ferner Weite die Aussicht erschlossen, daß sie geadelt werden sollten, wenn sie bei den Garnisonregimentern oder in der Artillerie bis zur Compagnie aufgestiegen sein und zehn Jahre als Kapitän gedient haben würden — denn auch ihnen wurden doch nur diese minder geachteten Waffen zugänglich gemacht.

Daneben behielten die Husaren ihre Sonderstellung. 1779 rügte der König, daß der „wirkliche Husarendienst“ in Verfall gekommen sei, und wollte die Ursache darin sehen, daß zu viel „junge Windbeutel“ als Offiziere Aufnahme gefunden hätten: er verfügte deshalb, daß fortan mehr alte gebiente Wachtmeister zu Leutnants zu befördern seien. Aber auch bei den neu eintretenden Avantageuren kam es ihm hier auf den Stammbaum nicht an. Als General Lossow in einer Meldung den jüngsten Kornet seiner schwarzen Husaren als medlenburgischen Junker bezeichnete, schrieb ihm der König trocken: „Soviel will Ich Euch doch zur Nachricht sagen, daß sein Vater kein Edelmann, sondern ein Jäger und zugleich ein Liebster der alten Herzogin zu Mecklenburg-Strelitz gewesen ist, damit Ihr nur seine ganze Genealogie wissen möget.“ Bürgerlicher Herkunft sind die nachmals geadelten Husarengenerale Möhring, Gänther, Salenmon, Hohenstock gewesen, wie bei der Artillerie die Generale Holzenborff, Moller und Tempelhoff.

Zu allen anderen Gründen der Verstimmung trat noch die Klage über das Zunehmen des Drills und der Kleinigkeitskrämerei. Wieviel war nicht unter Friedrich Wilhelm I. auf den in die Armee gefahrenen Exerzierteufel gescholten worden! Jetzt seufzten die Epigonen, daß das Exerzieren, unter der vorigen Regierung im wesentlichen auf die Übungswochen des Frühlings beschränkt und auch vor dem großen Kriege immerhin noch erträglich, seit dem Frieden bis zum äußersten Ueberdruß, bis zur Ausmergelung der außerhalb der Frühjahrsübungen bei der Fahne verbleibenden Dienstthuer betrieben werde. „Nirgends war Entsaugung nötiger,“ höhnte Berenhorst, „als bei den schlecht rekompensirten Siegern des Siebenjährigen Krieges, wo nun die verfeinerte Ausspinnung der Taktik und deren zahllose Kombinationen, in der nach Fuß, Zollen und Sekunden abgemessenen Ausführung, kein geringes Studium erforderten.“ Wenn der Kriegsherr unaufhörlich auf ein großes Ziel hinwies, die Herstellung der alten Disziplin, Waffenfertigkeit und Beweglichkeit, so sannnen seine Obersten, wie sich versteht, auf Mittel und Wege, dem Ziele möglichst schnell und möglichst sicher nahe zu kommen. Daß mancher Inspekteur oder Regimentschef hier des Guten zu viel an „erfinderischer Strenge“ that, wird nicht bezweifelt werden können. Aber nicht alles, was da ausgeflügelt und ausprobiert wurde, trat in des Königs Gesichtskreis. General von Salbern, der größte Künstler unter den preussischen Taktikern, mußte, wie es heißt, mit seinen Erfindungen behutsam verfahren und führte manches nur unter der Hand, gleichsam verstoßen ein. Denn an sich war der König, wie der gewiß nicht vorein-

genommene Kaltenborn ihm bezeugt, durchaus kein Freund vom Reglementieren und von „zeitraubenden Spielereien“: „Er überschwemmte seine Armee nicht mit Ordrern, in welchen er das schon Befohlene entweder hundertmal wiederholte oder durch einen neuen Befehl wieder aufhob. Er scheute alle Neuerungen; Veränderungen an Montierungen und andere kleine Formalitäten waren weit unter seiner Würde und der, die er seiner Armee zu geben bemüht war.“ Die Kleinigkeitskrämer unter seinen Offizieren nannte er „Stiefelettenmajore“. Wenn er mit Strenge auf vorschriftsmäßigen Anzug hielt, so geschah das nicht aus Kleinlichkeit, sondern in dem Bestreben, keine Modenarrheiten aufkommen zu lassen, der Verschwendungssucht zu steuern, den Offizieren das „Petitmaitre-Wesen“ auszutreiben. Die Lasterer behaupteten, daß er im Zweifelsfalle das Gegentheil der jeweiligen Mode als Vorschrift annahm.

Auch das erkennt Kaltenborn an, daß der König an den Manövertagen den Blick nur auf das Ganze gerichtet hielt: „Von dem Augenblick an, wo er seine Truppen manörieren ließ, behandelte er sie wie in der Stunde der Schlacht und war zufrieden, wenn nur die Hauptsache gut ausgeführt wurde. . . Er manövierte mit ungemein vieler Leichtigkeit, er quälte die Leute nicht mit bogenlangen Dispositionen, man konnte sie fast jederzeit auf ein Kartenblatt schreiben.“ So sei er auch beim Manöver, Tags nach der Revue, fast immer guter Laune gewesen, „gleichsam froh, das Unangenehme, was er zu sagen gehabt hatte, vom Herzen zu haben“. Und nichts sei lehrreicher gewesen, als ihn bei solchen Gelegenheiten sprechen zu hören — „wenn er nicht üble Laune hatte“. „Da war es eine Banne, ihn gleichsam ein militärisches Kollegium lesen zu hören. Er wußte genau, wer gefehlt hatte, woran der Fehler gelegen, und wie er hätte können und sollen gebessert werden. Seine Stimme war sanft und hinreißend, er sah freundlich aus und schien eher einen guten Rat als Befehle erteilen zu wollen.“ Von den großen Herbstmanövern, die wie vor dem Kriege¹⁾ abgehalten wurden, sagt Friedrich selbst, daß die ganze Übung für die Offiziere, die Generale sei, ohne daß man die Aufmerksamkeit auf die Gemeinen richte.

Eine Stufenfolge neuer Veranstellungen zielte auf die bessere Vorbildung und die theoretische Unterweisung der Offiziere ab. Dem Kadettencorps schloß sich als eine Art Selektas die 1765 gestiftete Académie des Nobles an, für fünfzehn ordentliche Mitglieder und ebensoviel Extraneer, während als Voranstalten 1764 die Kadettenschule zu Stolp für die Söhne des hinterpommerschen Adels und 1775 die zu Kulm für die der Erziehung noch mehr bedürftigen westpreussischen Junker begründet wurden. Lehrgänge für Befestigungskunde und für Geographie wurden an den Sigen der neuen Armee-Inspektionen eingerichtet, in der Weise, daß ein Ingenieuroffizier einer Anzahl begabter Kameraden, die nach Vorschlag der Regimenter einberufen wurden, vier Wintermonate hindurch Unterricht erteilte. Wiederum die befähigsten dieser Kriegsschüler, der Regel nach insgesamt zwölf, nahm der König in sein militärisches Gefolge auf. Er hatte sich schon vor dem Siebenjährigen Kriege einen persönlichen Generalstab geschaffen und bildete jetzt diese Einrichtung weiter. Wie er als Kronprinz in Rheins-

¹⁾ Bd. I, 545.

berg mit seinen Gefährten sich in den wissenschaftlichen Unterricht des jüngsten Schloßbewohners geteilt hatte, so hielt er jetzt in seinem Lehrstuhl seinen zwölf militärischen Jüngern Vorträge über die Kriegskunst, um nachher vom Sattel aus sie vornehmlich daraufhin zu prüfen, wie weit sich diese angehenden Quartiermeister Urteil und Sicherheit in Ausnützung des Geländes erworben hatten. Für die Inspekture ließ er 1771 in wenigen Abzügen „Grundsätze der Lagerkunst und Taktik“ drucken, die Ueberarbeitung einzelner Abschnitte aus den alten „Generalprinzipien vom Kriege“. ¹⁾ Die ältere wie die jüngere Lehrschrift, auch eine kurze Zusammenfassung der „Regeln, nach welchen ein guter Kommandeur eines Bataillons zur Zeit des Krieges handeln soll“, wurden den Generalen und Stabsoffizieren unter dem Siegel des Dienstgeheimnisses zugänglich gemacht, „zum Durchlesen, aber nicht zum Abschreiben“.

Der nachmals berühmte Franzose Dumouriez, der das preußische Heer auf seiner Fahrt nach Polen kennen lernte, hat geurteilt, daß sich damals in Preußen eine große Anzahl „evolutionärer Offiziere“ herangebildet habe, ohne daß dadurch die Heranbildung von Generalen erreicht worden sei. Begierig diese Bemerkung aufgreifend, setzte Berenhorst hinzu, nachdem bereits in den Zeiten von 1746 bis 1756 der Typus des gelehrten Offiziers von den Franzosen zu den Preußen herübergetragen worden, sei jetzt einem Teile der offenen Köpfe noch das Licht der Manöverkunst nach und nach aufgegangen: „sie entdeckten die Wege und Schliche derselben auf den Reißbrettern“. Man wird zugeben, daß die gelehrte Ueberschätzung der Terrainskunde in der Folge dem preußischen Heere verderblich geworden ist und daß jener Massenbach, der in Preußens trübster Zeit geradezu das abschreckende Beispiel eines schriftgelehrten Generalstabsoffiziers geworden ist, unter Friedrichs Augen seine erste Ausbildung erhalten hat. Der Grundgedanke aber der pädagogischen Bestrebungen des großen Feldherrn war unzweifelhaft richtig, und auch in Bezug auf diese Erweckung und Pflege des wissenschaftlichen Geistes im Offiziercorps gilt das Wort Kaltenborns, daß Friedrich in die Armee eine ganz andere Lebensart und Ton hineingebracht, als er beim Antritt seiner Regierung vorgefunden habe.

Jene „Regeln für einen guten Bataillonskommandeur“ gipfeln in dem Satze: „Man weiß aus Erfahrung, daß die Tüchtigkeit der Truppen einzig und allein auf der der Offiziere beruht: ein braver Oberst, ein braves Bataillon; und man hat in allen unseren Kriegen gesehen, daß wenn der Kommandeur recht tüchtig war, das Bataillon niemals geworfen worden ist, es sei denn, daß der Kommandeur zuvor verwundet oder getötet war.“ Noch deutlicher, noch herber spricht sich Friedrichs Mißachtung des gemeinen Mannes in dem Testament von 1768 aus: Die Ambition vermag auf den Troupier nicht zu wirken. „Alles, was man aus ihm machen kann, beschränkt sich darauf, daß man ihm den Corpsgeist beibringt, d. h. eine höhere Meinung von seinem Regiment als von allen Truppen des Weltalls, und da bei gewissen Gelegenheiten die Offiziere ihn quer durch die größten Gefahren hindurchführen müssen, so muß er seine Offiziere mehr fürchten, als die Gefahren, denen man ihn aussetzt.“ Wie dank-

¹⁾ Bd. I, 545.

bar hatte einst der junge König, der Sieger von Hohenfriedberg und Soor, den guten Willen, die Beherztheit, die Hingebung auch der Gemeinen anerkannt!) Die Lage seiner Niederlagen, die finsternen Stunden, in denen er seine Soldaten hatte fliehen sehen, diese Schule des Unglücks war für ihn auch ein Kurjus der Menschenverachtung geworden, und der graue Schüler ist nur zu gelehrig gewesen.

Sie selber aber, diese armen Kriegsknechte, die der alte Friedrich verachtete, sie liebten ihn. Die Armee liebte ihren König fast bis zur Abgötterei, bezeugt Kattenborn, nachdem er vorher weidlich auf denselben König geschmäht hat. Und einer der österreichischen Gäste von Reize bestätigt es: so sehr seine Umgebung über des Königs oft unerträgliche Launen klagte und ihn fürchten möge, die Soldaten und zumal die Landeskinder seien immer enthusiastisch von ihm, denn er kümmerte sich um sie und erleichtere ihr Los, wie er nur könne. Die Anrede Fritz oder Vater, worauf die Leute ein Gewohnheitsrecht erworben hatten, das treuherzige Du, das ihr Fritz ihnen gestattete, andere kleine Vertraulichkeiten, auch wohl berbe Erwiderungen, die ihnen nicht übel genommen wurden, alles das wog ihnen der Unbilden und Leiden viele auf. Vollends die Grenadiere vom ersten Bataillon Garde glaubten, wie wieder Kattenborn sagt, wirkliche Mitglieder und gleichsam Hausgenossen der königlichen Familie zu sein; hielten sie sich dadurch für berechtigt, zuweilen über ihren Hausvater zu murren und zwar nicht in den gewähltesten Ausdrücken, sondern in den ärgsten Lästerungen, so hätte doch niemand in ihrer Gegenwart auch nur ein ungebührliches Wort gegen den König wagen dürfen: „Das Bataillon bewies allein, wie weit es jener fast übernatürliche Mann in der Kunst, sich lieben zu lassen, gebracht hatte. . . Ein Blick, ein Wort aus Friedrichs Munde war hinreichend, sie für alles zu entschädigen.“ Es war ein Blick, sagt unser Zeuge ein anderes Mal, „dem nichts widerstehen konnte. Ich habe immer geglaubt, ein Hauptgrund zu der nicht zu erreichenden Größe, die Friedrich erlangte, lag in seinen Augen“. Wie er mit einem der seit Jorndorf ungnädig angesehenen ostpreussischen Regimenter auf der Revue von 1773 seinen Frieden schloß, hat uns ein Leutnant dieses Regiments unter dem ersten ergreifenden Eindruck schlicht und treu geschildert; wie alles sich dankend und jubelnd um den König drängt: „er wollte nun etwas reden; er war aber selbst so gerührt, daß er schwieg und nur weinte. Seine Majestät wollte nun weg, aber wir ließen ihn nicht los. ‚Es ist gut,‘ sagte der König, ‚nun ist ja alles gut. Kinder, laßt mich zufrieden.‘ Der General trat jetzt heran und dankte für das Regiment noch besonders. Da sagte der König: ‚Da hat er seinen Grenadiermarsch wieder!‘ und ritt geschwinde weg.“ —

Als der große Kriegsheld im Frühling von 1764 zum erstenmal wieder nach alter Friedensgewohnheit mit seinen Potsdamer Bataillonen exerzierte, schöpfte er doch wieder Hoffnung, sein einst so treffliches, aber durch den blutigen Krieg ruiniertes Heer „wie einen Phönix aus der Asche“ auferstehen zu sehen. Aber es währte lange, bis alle Nachwehen überwunden waren. Leichter als das Fußwoll

1) Vgl. Bd. I, 543.

erholte sich die Reiterei, die weniger starke Verluste gehabt und ihren Abgang ziemlich leicht ersetzt hatte. Sie hatte sich, wie der König sagte, im Kriege vervollkommenet, während die Infanterie mit dem Dahinschwinden ihrer Veteranen von Stufe zu Stufe gesunken war. Im vierten Jahre nach dem Friedensschluß urtheilte Friedrich, daß noch weitere drei Jahre ins Land gehen würden, bis der alte „*ton de solidité*“ ganz wiederhergestellt sein werde. In der That hat ihm nachmals das Jahr 1770 als die Epoche der vollen Genesung gegolten. Ein General im Gefolge des Kaisers fand 1769 zu Reife die preussische Infanterie, wenn noch nicht völlig erholt, so doch schön, trefflich adjustiert, ungezwungen in allen ihren Bewegungen; man erkenne eben die preussische Truppe, die seit fünfzig Jahren nach denselben Grundsätzen arbeite. Unter der Reiterei gab derselbe Beobachter dem Regiment Seydlitz vor den übrigen weit den Vorzug. Die Husaren bestaunen ihn nach ihrem äußeren Aufzug nicht, aber sie schienen ihm trefflich geschult für den kleinen Krieg, die Sicherung der Märsche, das Scharmügel.

Erhöhte Aufmerksamkeit wandte der König jetzt der Schnelligkeit des Infanteriefeuers zu, seitdem die Erfahrung gelehrt hatte, daß der ehemals von ihnen verlangte Bajonettangriff den Soldaten bei Beginn des Gefechts nicht mehr zugemutet werden durfte.¹⁾ Mit der Sekundenuhr in der Hand ließ er bei den Revuen die Pelotons Probe schießen. Man erreichte, daß der Soldat viermal in der Minute lud und schoß. Der 1773 auf Anregung des Prinzen Friedrich von Braunschweig eingeführte cylindrische Ladestock ersparte das Ummenden des bisher gebrauchten, sich nach unten verzweigenden Stoßkolbens, und eine Erleichterung für das Aufschütten des Pulvers gewährte seit 1781 die Trichterform des Bündloches, die mit dem Orden *pour le mérite* belohnte Erfindung des Leutnants von Freytag. Nun gelang es, mit Exercierpatronen bis zu sechsmal in der Minute zu feuern, während mit scharfen doch kaum mehr als vier oder höchstens fünf Schüsse erzielt wurden. Die Garnisonbataillone schossen weniger schnell, waren sonst aber nach des Königs Urteil bis 1773 auf eine Höhe gebracht, daß kein General sich ihrer in seiner Brigade zu schämen brauchte.

An den Festungen, deren Schutz diesen Garnisontruppen im Kriegsfall oblag, gab es nach dem Friedensschluß viel aufzubauen und zu vervollkommenen. Am Culengebirge entstand das schlesische Gibraltar, Silberberg, mit seiner Kette von Felsenforts, um die Gebirgsstraßen sowohl nach der böhmischen wie nach der bayer Seite zu decken und zugleich der berühmten Schlüsselstellung von Landshut eine Stütze zu geben. In Westpreußen wurde Graudenz befestigt, als Bollwerk sowohl gegen einen Angriff von Polen her, wie als eine vierte Verteidigungsstellung gegen einen durch Ostpreußen vordringenden Feind, dem es gelungen war, den Memelübergang, die Linie der Inster und des Pregel und ein befestigtes Lager in dem Paß von Lözen zu forcieren. Zum Schutze der Ostseeküste wurde Kolberg, dessen strategische Bedeutung der letzte Krieg erwiesen hatte, zu einem Waffenplatz ersten Ranges ausgebaut.

Ehedem, in dem politischen Testament von 1752, hatte König Friedrich

¹⁾ Vgl. oben S. 203.

den Plan erwogen, nach der Erwerbung von Westpreußen mit Danzig für den Küstenschutz schwimmende Batterien, etwa dreißig Galeeren und einige Fregatten auszurüsten, nicht aber Schlachtschiffe. Jetzt, da die Voraussetzung, allerdings unter Wegfall von Danzig, gegeben gewesen wäre, ist er auf diesen immerhin bescheidenen Plan zur Begründung einer Kriegsflotte doch nicht zurückgekommen. „Ich glaube nicht,“ schreibt er 1777, „daß man in diesem Lande sich jemals überreden lassen soll, eine Kriegsmarine zu schaffen. Hier die Gründe. Es gibt in Europa an großen Flotten die englische, die französische, die spanische, die dänische, die russische. Niemals werden wir ihnen gleichkommen können; wenn wir also mit ein paar Schiffen den anderen Nationen immer unterlegen bleiben, so wäre die Ausgabe unnütz. Dazu kommt, daß das Geld, welches eine Flotte kostet, uns nötigen würde, die Landtruppen zu verringern, daß das Land nicht bevölkert genug ist, um Rekruten für das Heer und Matrosen für die Schiffe zu liefern, und endlich, daß die Seeschlachten selten entscheidend sind. Sodasß ich folgere, es ist besser die erste Armee Europas zu haben, als die schlechteste Flotte unter den Seemächten.“

So völlig ging der Eroberer von Schlessien in der von ihm selbst geschaffenen politischen Lage und in den Aufgaben des Augenblicks auf, die allerdings noch fast ein Jahrhundert für ihre endgültige Lösung erfordern sollten. Der Gegensatz gegen Oesterreich blieb andauernd der Exponent seiner politischen und seiner militärischen Rechnung.

Immer von neuem erörterte er Mittel und Möglichkeiten, gegen diesen Gegner, wenn es noch einmal zum Kampf kam, möglichst wichtige Schläge zu führen; so schon 1764 in der Vorrede zu seiner Darstellung des eben beendeten Krieges, so 1768 in dem neuen politischen Testament, 1770 in jenen „Grundsätzen der Lagerkunst und Taktik“, 1775 in den „Reflexionen über Feldzugspläne“ und 1777 in dem gedrängten „Exposé du gouvernement prussien“, das den engen Zusammenhang zwischen Kriegsführung und Politik betont.

Die früher aus den besonderen Verhältnissen des preussischen Staates gezogene Nutzenanwendung „Unsere Kriege müssen kurz und vis sein“, ¹⁾ verallgemeinerte er jetzt zu dem Lehrsatz: „Der Krieg wird nur geführt, um den Feind so schnell als möglich zu zwingen, einen uns vorteilhaften Frieden zu unterzeichnen.“ So verlangte er für einen Krieg gegen die Franzosen, daß ein Invasionsheer nicht sieben bis acht Jahre mit der Belagerung der Grenzfestungen und jährlich einer Schlacht sich aufhalten, sondern in das Herz von Frankreich vordringen und die Hauptstadt bedrohen solle. ²⁾ Große Entwürfe, das ist das Lösungswort auch des alten Königs für künftige Feldzüge. Prinz Eugen, „der größte Krieger des Jahrhunderts“, mit seinen drei glänzendsten Kampagnen, mit Höchstädt, Turin und Belgrad, der ist das Muster, das er sich und seinen Generalen vorhält. „Die großen Feldzugspläne,“ gesteht er, „gelingen nicht alle, aber es kommt immer mehr dabei heraus, als bei diesen kleinen Entwürfen, wo man sich auf die Wegnahme eines Nestes an der Grenze beschränkt.“ . . .

¹⁾ Bd. I, 558; oben S. 17.

²⁾ Vgl. auch oben S. 167.

„Der Mann, dem alle Entwürfe geglückt wären, ist noch nicht geboren, aber wenn ihr euch nur auf kleine einlaßt, werdet ihr immer ein mittelmäßiger Mensch bleiben, und wenn von zehn großen Unternehmungen, auf die ihr euch einlaßt, auch nur zwei euch glücken, so macht ihr euren Namen unsterblich.“

Aber kannte seine Kriegskunst ein Mittel, wies seine Kriegslehre einen Weg, den großen Entwurf zu einem großen Erfolg überzuleiten? Ehedem hatte er seinen Generalen, um das Kriegsglück zu zwingen, die Schlacht als kräftigstes Mittel empfohlen, im freudigen Rückblick auf Hohenfriedberg, Soor und Kesselsdorf, in dem stolzen Glauben, daß den preussischen Truppen auch die angeblich unangreifbaren Stellungen nicht zu stark seien.¹⁾ Jetzt lagen schmerzliche Enttäuschungen, furchtbare Erfahrungen hinter ihm, mörderische Niederlagen und nicht minder mörderische Siege, diese Schlachten, die ihn bei den Methodikern, bei den Bewunderern der zäheren Kriegsführung des Prinzen Heinrich, in den Ruf gebracht hatten, „kein anderes Hilfsmittel als die Schlacht zu kennen“. Der Krieg, sagte er sich, „ist raffinierter geworden, schwieriger, gewagter, weil wir nicht mehr allein Menschen zu bekämpfen haben, sondern vor allem die starken Stellungen und die Artillerie.“²⁾ Es schien nicht wahrscheinlich, daß die österreichischen Generale sich von der Methode des Generals Daun, die Friedrich als die für sie unstreitig gute anerkennen mußte, entfernen würden; so würden sie im nächsten Kriege ebenso auf gute Stellungen bedacht sein, als im letzten. Da will er den Feldherrn tabeln, der sich überstürzen würde, diesen Feind auf Bergeshöhen oder über durchschnittenes Gelände hinweg anzugreifen. Sich selbst, wenn er das bisweilen gethan hat, entschuldigt er mit seiner äußersten Nothlage. „Der Angriff auf einen festen Posten ist ein zu schwer verbauliches Stück; man kann leicht geworfen oder geschlagen werden, und wenn man es zwingt, so geschieht es mit einem Verlust von fünfzehn Tausenden oder zwanzig Tausenden, der eine zu grausame Lücke in das Heer reißt.“ Angesichts solcher Stellungen kann man im Anfang der Schlacht die Kavallerie — die in Friedrichs früheren Schlachten den Kampf regelmäßig eröffnet hatte — nicht benutzen, und will man Infanterie vorschicken, so kann man ebenso gut Bauern mit Knütteln loslassen. Und so weiß der König, entgegen seiner früheren Anschauung, daß Scharmügel kostspieliger als eine Schlacht seien, in seiner gleich nach dem Friedensschlusse geschriebenen Geschichte des Siebenjährigen Krieges und ebenso in dem militärischen Testament von 1768 keinen anderen Rat, als den, viele kleine Erfolge zu häufen: „ihre Summe ergibt große; kleine Erfolge vervielfältigen, das heißt einen Schatz nach und nach sammeln; mit der Zeit sieht man sich reich, ohne zu wissen, wie man es geworden ist.“

Auch die „Reflexions“ von 1775 wiederholen die Lehre, daß die Häufung kleiner Erfolge Ersatz für eine gewonnene Schlacht biete und auf die Länge die Ueberlegenheit entscheide. Aber hier begegnet uns der Satz unter den Ratschlägen für die Defensive. Die Abschnitte über den Defensivkrieg lassen ersehen, daß es keineswegs die Absicht des Königs war, auf die Schlacht zu verzichten.

¹⁾ Bd. I, 554.

²⁾ Vgl. hierzu Bd. I, 551.

Kann er mit überlegener Macht in die Offensive gegen Oesterreich eintreten, so denkt er nach seinem alten Normalplan ¹⁾ Mähren zum Kriegsschauplatz zu erwählen und hier auf dem für den Kampf günstigeren Boden eine entscheidende Schlacht zu liefern, die den Gegner zur Räumung von Böhmen nötigen und dem Sieger den Weg an die Donau, zur Bedrohung der feindlichen Hauptstadt, öffnen soll. Für die taktische Anlage der Schlacht hält er dabei an der alten Regel fest, daß nur der eine Flügel in den Kampf einzusetzen ist.

Einstweilen war der alte Schlachtenheld recht froh, fremden Kriegen zuschauen zu können, ohne selber eingreifen zu müssen: er verglich sich den deutschen Komödianten, die während ihrer Ferien die Aufführungen der Franzosen zu besuchen pflegten, um sich nach ihrem Muster zu bilden. Als Voltaire während des Türkenkrieges der Russen ihm den Wunsch aussprach, daß auch er auf Mustapha losschlagen möge, um die Barbaren aus Europa zu vertreiben, antwortete Friedrich dem aus der Rolle fallenden Friedensapostel: „Wie, mein Herr Heiliger, Sie erstaunen, daß es in Europa Krieg gibt, ohne daß ich dabei bin?“ Wir haben gesehen, wie es damals ihm glückte, seinem Staat den Frieden zu erhalten. Einmal aber mußte doch noch gekämpft sein.

¹⁾ Oben S. 17. 64. 65. 168. 314. Bd. I, 556.

Neuntes Buch.

Letzter Krieg und letzter Friede.

Erster Abschnitt.

Bairischer Erbfolgekrieg.

Durch die Verständigung der drei Osmächte auf Kosten Polens war der Friede zwischen ihnen erhalten worden. Auch aus dem Hintergrund verschwanden allmählich die Wetterwolken. Im russischen Lager von Rutschuk-Rainardsche bei Silistria wurde am 21. Juli 1774 von dem Fürsten Repnin und dem Bevollmächtigten des Sultans Abdul Hamid der Friede auf die von Rußland vorläufig bezeichneten Bedingungen¹⁾ abgeschlossen, und zu Warschau befriedigte im folgenden Jahre der Reichstag die Dissidenten durch eine billige Regelung ihrer Rechtsverhältnisse, im wesentlichen auf der Grundlage der Beschlüsse von 1768, und beseitigte so den Anlaß des langen verderblichen Bürgerzwistes.

Aber kaum war im Orient das Kriegsfeuer erstickt, so entbrannte im fernen Westen jenseits des Weltmeers der große Kampf zwischen dem englischen Mutterlande und den amerikanischen Kolonien, und kaum war die Republik Polen aus ihren inneren Wirren zu einem leidlichen Ruhezustand gelangt, so wurde das deutsche Reich abermals der Schauplatz eines inneren Krieges.

Derweil behauptete sich noch das bisherige Allianzsystem; das preussisch-russische Bündnis auf der einen Seite, das alte Versailler Bündnis von 1756 zwischen Oesterreich und Frankreich auf der anderen. Die fünfte der großen Mächte, England, fand ihre Stellung nach wie vor durch den Gegensatz zu Frankreich vorgezeichnet und sah sich deshalb bei der bestehenden Parteigruppierung auf die beiden nordischen Großmächte angewiesen.

Aber auch Oesterreich war zu diesen beiden Mächten durch seine Mitwirkung bei der polnischen Teilung jetzt in eine Interessengemeinschaft getreten, die allerdings weit entfernt blieb von der durch den König von Preußen bei den Verhandlungen von 1772 gelegentlich als Elirier für den ewigen Weltfrieden empfohlenen Tripelallianz. Eifrig bemüht, die in einer einzelnen Frage wieder-

¹⁾ Oben S. 472.

gewonnenen Beziehungen zu Rußland fester auszugestalten, hatte die Hofburg während der russischen Friedensverhandlungen mit den Türken diesen ihren bisherigen Verbündeten ihr Wohlwollen gänzlich entzogen. Es sei im Grunde gleichgültig, hatte Kaunitz erklärt, ob die Türken, die jetzt von ihm übermütige und unruhige Nachbarn gescholten wurden, etwas mehr oder weniger verlören. In praktischer Nutzenwendung dieses Satzes nahm man 1774 zur peinlichen Ueberraschung des Serrails im Einverständnis mit dem unschwer gewonnenen russischen Oberfeldherrn einen Teil der Moldau in Besitz, die Bukowina, angeblich vor alters ein Anhängsel von Galizien.

Der König von Preußen wußte, daß es der sehnliche Wunsch der Oesterreicher und zumal des jungen Kaisers war, sich in Petersburg „wiedereinzuhängen“ und ihn selbst beiseite zu schieben. Einstweilen aber behauptete dort noch Preußen den breiten Stein. Der König führte, solange der Türkenkrieg währte, seine Subsidien alljährlich bundestreu ab; er wahrte bei seinen Händeln mit Danzig die Rücksicht auf die Zarin und rechnete es sich bei ihr als Verdienst an, wenn er bei den Grenzstreitigkeiten an der Neße schließlich einen Schritt zurückging.¹⁾ Und vor allem, er wurde auch bei einer neuen Frrung zwischen Rußland und Schweden den Erwartungen und Ansprüchen des Bundesgenossen gerecht.

Durch den Staatsstreich vom 19. August 1772 hatte König Gustav III., seit einem Jahre der Nachfolger seines schwachen Vaters Adolf Friedrich, um „Schweden mit Schweden zu versöhnen“, die Vorherrschaft der Reichsstände mit glücklicher Hand beseitigt, erfolgreicher als seine preussische Mutter bei dem Anschlag von 1756. Die umgestoßene Verfassung stand unter Hut und Bürgschaft Rußlands, und die Zarin hatte durch jene Klausel des Vertrags von 1764²⁾ auch Preußen zur Aufrechterhaltung dieser Verfassung verpflichtet. König Friedrich war ganz und gar nicht in den schwedischen Staatsstreich eingeweiht gewesen, wie in Petersburg anfänglich geargwöhnt wurde. Er war nicht minder als die Zarin durch den kühnen Schritt seines Neffen völlig überrascht und empfand es als eine persönliche Niederlage, daß er, der Altmeister der Politik, sich das Jahr zuvor, bei Gustavs Besuch in Berlin, durch die treuherzig klingenden Beteuerungen des jungen Fürsten hatte in Sicherheit wiegen lassen. Auf Gustavs in einem eigenhändigen Briefe niedergelegte „Beichte“ verweigerte er entschieden die erbetene „Approbation“; vielmehr mahnten die beiden Oheime, sowohl König Friedrich wie Prinz Heinrich, eindringlich, „das Geschehene wieder gut zu machen“. Gegen solche Vorstellungen blieb der Vändiger des schwedischen Adels taub; immerhin wurden die in Stockholm abgegebenen Erklärungen dem preussischen König an der Newa als Beweise seines guten Willens hoch angerechnet.

Wären die russischen Streitkräfte damals nicht durch den Türkenkrieg gebunden gewesen, so würde Katharina sicher Schweden mit Krieg überzogen haben, und Preußen wäre zur Bundeshilfe verpflichtet gewesen. So aber fanden die beschwichtigenden Worte, die Friedrich nach Petersburg gelangen ließ, günstige

¹⁾ Oben S. 475. 476.

²⁾ Oben S. 438.

Aufnahme. Rußland lenkte ein. Indes verschärfte sich zum Winter die Lage von neuem, da jetzt ein Krieg zwischen den beiden verschwägerten Königen von Schweden und Dänemark, ein Einfall Gustavs III. in Norwegen bevorzustehen schien. Von neuem erwog Rußland eine bewaffnete Einmischung; am letzten Ende hat doch nur der auch 1773 noch fortgesetzte Widerstand der Türken den Ausbruch eines Krieges im Norden beschworen. Auch blieb Gustav der Meinung, nur eine Gnadenfrist gewonnen zu haben, obgleich Katharina sich 1777 seinen Besuch an ihrem Hofe gefallen ließ.

Die Zusammenkünfte der fürstlichen Herrschaften gehörten jetzt zum stehenden Apparat der Diplomatie. Friedrich ließ seine früheren Bedenken gegen solche Begegnungen fallen. Als die Zarin von neuem den Besuch des Prinzen Heinrich erbat, hätte dieser die beschwerliche Reise sich gern erspart. Aber der König stellte ihm vor, daß er dem Staat ein Opfer bringen müsse, und citierte ihm ein indisches Sprichwort: man müsse den Teufel anbeten, um ihn am Bösesihun zu verhindern. Im Frühling 1776 wurde der Besuch ausgeführt, und die Aufnahme des Prinzen am russischen Hofe war wiederum so herzlich, daß Friedrich dem Bruder dankbar schrieb: „Sie bringen es fertig, alles, was Sie wollen, auszuführen und alles nach Wunsch gelingen zu lassen.“ Das so wohlverdiente Vertrauen, das die Kaiserin dem Prinzen schenkte, sei das festeste Band der Einigung zwischen Rußen und Preußen. Auf der Rückreise begleitete den Prinzen Heinrich der Großfürst-Thronfolger Paul Petrowitsch. Sein Einzug in Berlin am 21. Juli 1776 war ein Ereignis für den Hof und die ganze Bevölkerung der Hauptstadt; in der Königsstraße, durch die der hohe Gast dem Schlosse zufuhr, vermietete man das Fenster für zwanzig Thaler. Paul kam als Werber. Schon seine erste, kürzlich durch den Tod gelöste Ehe hatte er mit einer nahen Verwandten des preussischen Königshauses, einer Prinzessin von Hessen-Darmstadt, geschlossen; jetzt verlobte er sich in Berlin mit Friedrichs Großnichte, der Prinzessin Sophie Dorothee von Württemberg, die bei ihrem Uebertritt zur griechischen Kirche den Namen Maria Feodorowna annahm. „Unter dem Schatten dieser günstigen Aspekte“ erfüllte sich im folgenden Jahre Friedrichs Wunsch, sein Bündnis mit Rußland auf geraume Zeit, bis zum 31. März 1788, verlängert zu sehen.

Die persönlichen Beziehungen zu dem Wiener Hofe, in den Zeiten bedrohlicher Wirren angeknüpft, wurden nach dem Gegenbesuch König Friedrichs zu Mährisch-Neustadt nicht weiter gepflegt; er hat den Kaiser Joseph seitdem nicht wiedergesehen. Seine Hoffnung auf eine allmähliche Ausöhnung der beiden großen deutschen Staaten, auf ihr Zusammenstehen gegen das Vordringen Rußlands, war der Erkenntnis gewichen, daß es „fast unmöglich“ sei, mit dem Hause Oesterreich einen festen Bund zu flechten. Entgegen der Auffassung seines Gesandten Rohd in Wien blieb er der Meinung, daß man es dort auf Baiern abgesehen habe. Daß aber ein österreichischer Anschlag auf dieses Land einen scharfen und blutigen Krieg unvermeidlich machen werde, hatte er schon 1765 vorausgesagt, damals in der Erwartung, diesen Fall selber nicht zu erleben. Den Prinzen Heinrich hat er einmal daran erinnert, daß ihr Vater oft gesagt habe, an seinem Nachfolger werde es sein, die Rechte des Hauses auf Sülich und

Berg zu diskutieren: daselbe gelte in Bezug auf die bairische Frage für das kommende Geschlecht. Zugleich aber sagte er sich: „Stirbt der Kurfürst von Baiern vor mir und wird zum Auffügen geblasen, dann wird man wohl noch in den Sattel müssen.“

Sein politisches System, das er Schritt für Schritt einhalte, entwickelte er dem Bruder am 13. April 1777 in der einfachen Formel: „Mit Rußland so eng verbündet bleiben wie möglich; auf die Schritte des Wiener Hofes, die großen wie die kleinsten, acht haben; mit allen anderen Mächten so gut wie möglich stehen, und zwar sowohl um sich nicht mutwillig Feinde zu machen, als besonders um mit diesen Mächten auf derartigem Fuß zu bleiben, daß man, wenn die Umstände eine Allianz erheischen, Verhandlungen mit ihnen anknüpfen kann.“

Mit Frankreich war man zu einem Handelsvertrag nicht gelangt,¹⁾ aber die 1768 wieder aufgenommenen diplomatischen Beziehungen erlitten keine weitere Unterbrechung. In Versailles trat das alte Geschlecht vom Schauplatz. Als die Marquise Pompadour 1764 starb, sah König Friedrich richtig voraus, daß Choiseul und seine „Eliques“ sich gleichwohl behaupten würden. Erst in den Weihnachtstagen von 1770 gelang es den Umtrieben der Gräfin Dubarry, der letzten und niedrigsten in der Reihe der Gunstbienen Ludwigs XV., den lange allmächtigen Minister durch ihr Werkzeug, den Herzog von Aiguillon, zu ersetzen. Angenehm überrascht durch diesen Sturz des „ci-devant roi de France“, schrieb Friedrich damals mit vergnüglichem Spott an Voltaire: „Ich verlasse mich auf die hohe Einsicht Ihres Monarchen in der Wahl und Verabschiedung seiner Minister und seiner Maitresses.“ Als dieser Monarch am 10. Mai 1774, 64 Jahre alt, seine sechzigjährige Regierung beschloß, widmete ihm Friedrich das Epitaph: „Ein guter Mann, der keinen anderen Fehler hatte, als den, König zu sein.“ In der Satire „Ludwig XV. in den Elysäischen Gefilden“ läßt er den „roi trop phlegmatique“ im Schattenlande, wie auf Erden, sein Tagewerk zwischen Liebe und Langeweile teilen und zum Busenfreund den König Salomo wählen.

Den Nachfolger Ludwigs XV. durchschaute er bald als „regierungsunfähig“. Zugleich aber erkannte er ganz richtig, daß der steinalte Maurepas und das von ihm gebildete Ministerium, welches die Kreaturen der Dubarry ablöste, bei aller Rücksicht auf die österreichische Gemahlin des jungen Königs darauf bedacht waren, Frankreich nicht „unter die Herrschaft der Kunkel“ fallen zu lassen. Noch dem alten Herrscher hatte in seinem letzten Regierungsjahre Graf Karl Franz von Broglie, der Leiter der geheimen Diplomatie Ludwigs XV., die Nachteile der österreichischen Allianz vor die Augen gehalten, indem er auf den König von Preußen hinwies, der heute als derjenige Fürst in Europa zu betrachten sei, welcher den höchsten Grad der Macht erreicht habe. Jetzt nach dem Thronwechsel sprach Broglie es aus, daß Frankreich in dem Bündnis mit Oesterreich durch eine Verkettung von Irrthümern und Fehlern zu einer Macht dritten oder vierten Ranges herabgesunken sei, daß es gelte, den hitzigen und kriegerischen Sinn des Kaisers Joseph zu dämpfen, die alten Beziehungen zu Preußen wieder

¹⁾ Vgl. oben S. 409. 410.

aufzunehmen. So völlig hat nun die Politik Ludwigs XVI. den Kurs nicht geändert. Wohl aber hat sich sein Minister Vergennes die Aufgabe gestellt, zwischen Preußen und Oesterreich das Gleichgewicht aufrecht zu erhalten und auf dem Kontinent einem neuen Kriege vorzubeugen, der die Bemühungen zur Stärkung der französischen Seemacht gestört haben würde. Denn schon wartete man in Versailles auf die Stunde der Abrechnung mit dem Erbfeind, mit England.

Von dem Zerwürfnis zwischen England und den amerikanischen Kolonien hat der König von Preußen frühzeitig vorausgesagt, daß es der englischen Regierung ein Dorn im Fuße sein werde, wenn sie früher oder später einmal mit Frankreich oder Spanien den Kampf erneuern müsse. Wie richtig war sein Urteil in den Anfängen dieses Streites, daß das britische Ministerium keine andere Wahl habe, als die Stempelakte, das Hauptärgernis der Amerikaner, einfach aufzuheben, auf die Gefahr hin, der Autorität des Parlaments dadurch vorübergehend etwas zu vergeben. Der Haber der parlamentarischen Parteien, der das Inselreich jetzt im Frieden um das im letzten Kriege erworbene Ansehen zu bringen schien, war dem preussischen Selbstherrscher ebenso verächtlich wie unverständlich. Wenn die Kabinette kamen und gingen, sah er in allem nur den heimlichen Einfluß des ihm verhaßten Lord Bute; den bösen Geistern ähnlich, von denen man stets spreche und die man nie sehe, hülle dieser Bute sich und seine Umtriebe in tiefstes Dunkel und regiere in Wirklichkeit den König und das Königreich. Eine Auffassung, die insoweit zutreffend war, als das Koalitionsministerium von 1766, in welchem William Pitt, damals zum Grafen von Chatham erhoben, Whigs und Mitglieder der neuen, auf die Stärkung der monarchischen Gewalt bedachten Torypartei unter seiner Führung vereinigte, in der That das Werk Butes gewesen ist; der gemeinsame Gegensatz gegen die Oligarchie des Hochadels, die Parteiherrschaft und Familienkonnexion der Whiggengeschlechter, gegen die Gefolgschaft der Herzoge von Newcastle und Devonshire, hatte den Günstling des Königs und den „großen Commoner“ zusammengeführt. Ganz unabhängig aber von Bute stellte sich sein Nachfolger in der Gunst Georgs III., jener Lord North, dem nach Chathams Rücktritt die Leitung der Geschäfte zufiel und dessen unheilvolle Verwaltung dem britischen Reiche den Verlust der amerikanischen Kolonien eingetragen hat.

„Ganz Europa,“ so schrieb Benjamin Franklin im Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten, „wünscht England gedemütigt, denn England hat alle Nationen durch seine Anmaßungen gekränkt.“ König Friedrich antwortete damals auf die Frage d'Alemberts nach seinem Urteil über den amerikanischen Krieg und über das Verhalten der Engländer, er denke ganz wie die öffentliche Meinung: daß sie sich gegen Treu und Glauben vergangen hätten, durch den Bruch ihres Pakts mit den Kolonien, und zugleich gegen die Regeln der politischen Klugheit und der Kriegskunst, durch die noch dazu ungeschickte Eröffnung eines unvermeidlicherweise schädlichen Bürgerkrieges, durch thörichte Unterschätzung der gegnerischen Hilfskräfte, durch ungenügende und zweckwidrige Vorbereitungen, durch Verzettlung ihrer Streitmacht, durch Rücksichtslosigkeiten gegen die neutralen Staaten.

Aber trotz seiner alten, durch die neuesten Vorgänge nur noch verstärkten Abneigung gegen die „Goddams“ hielt er sich fest an seinen Vorsatz, es mit niemand in Europa zu verderben im Hinblick auf einen künftigen Krieg mit Oesterreich. Die Sendlinge der Aufständischen, die im November 1776 und im folgenden Juni in Berlin erschienen, Carmichael aus Maryland und Arthur Lee aus Virginia, wurden höflich empfangen, ohne irgend welche Zusagen oder auch nur eine Audienz beim Könige zu erhalten. Man müsse alles vermeiden, so wies Friedrich seine Minister an, was die Amerikaner beleidigen oder verletzen könnte; aber er könne sich, um jene zu begünstigen, nicht mit England überwerfen. Er gedenke ruhig abzuwarten, um sich endlich auf die Seite dessen zu schlagen, für den das Glück sich erklären werde. So lange mußte also der Handelsvertrag zurückgelegt werden, um den sich die Kolonien bemühten und der dem Könige von Preußen an sich so willkommen gewesen wäre.¹⁾ Und vollends mußte man es ablehnen, den amerikanischen Kaperschniffen den Hafen von Emden zu öffnen. Allemal konnte darauf hingewiesen werden, daß der Natur der Sache nach Frankreich, das sich noch immer zurückhielt, mit der Anerkennung der neuen Republik den Vortritt zu nehmen habe.

Das Interesse der amerikanischen Freiheitskämpfer und der Wunsch des preussischen Königs, die deutschen Werbeplätze nicht allzu stark in Anspruch genommen zu sehen, begegneten sich, wenn Friedrich im Herbst 1777 den in Deutschland gemieteten englischen Hilfstruppen bei Minden die Wejersfahrt sperrte. Doch gab er den Flußpaß bald wieder frei, als nun mit dem neuen Jahre wirklich der Krieg um Baiern kam und in erhöhtem Maße politische Rücksichten auf den König von England und Kurfürsten von Hannover geraten erscheinen ließ.

Kurfürst Maximilian Joseph von Baiern, der einzige Sohn des unglücklichen Kaisers Karl VII., der letzte der alten bairischen Wittelsbacher, zählte bei seinem Tode am 30. Dezember 1777 erst fünfzig Jahre. „Er hat uns den Streich gespielt zu sterben“, sagte Kaiser Joseph, als er die Nachricht erhielt; denn noch waren die geheimen Verhandlungen des Wiener Hofes mit dem Erben von Baiern nicht zum Schlusse gelangt.

Der Erbe war jener Karl Theodor, der als Sprößling einer pfälzischen Nebenlinie, als Gebieter des kleinen Fürstentums Sulzbach im alten bairischen Nordgau, bescheiden genug angefaugen hatte und dem vor fünfundsreisig Jahren beim Tode des letzten Neuburger Kurfürsten von der Pfalz die gesegneten Kurlande am Ober- und Mittelrhein, die Herzogtümer Jülich und Berg am Niederrhein und das Fürstentum Neuburg an der Donau und der Raab zugefallen waren. Jetzt also war er berufen, mit diesem alten Besitz der rudolfinischen Linie das ganze große Gut der wilhelminischen zu vereinigen, sowohl Ober- und Niederbaiern mit der Herrschaft Mindelheim in Schwaben und der Landgrafschaft Leuchtenberg im Nordgau, wie die der pfälzischen Kur im Dreißigjährigen

¹⁾ Vgl. oben S. 410.

Kriege entriessene Oberpfalz. Zwar war das Haus Wittelsbach beim gänzlichen Mangel an jüngeren Prinzen nicht mehr im Besitz der acht rheinisch-westfälischen und bairischen Bistümer, die um die Mitte des Jahrhunderts die beiden Oheime des letzten bairischen Kurfürsten inne gehabt hatten,¹⁾ immerhin aber ergab die Gesamtheit der bairischen und pfälzischen Lande unter derselben Herrschaft eine Hausmacht von solchem Umfang und Gewicht, daß Kaiser Joseph als Reichsoberhaupt wie als Nachbar allen Grund hatte, dieser Verschiebung der Machtverhältnisse entgegenzuarbeiten. Er that es, indem er eine Verschiebung nach der entgegengesetzten Richtung versuchte und die Gewichte, die er der Schale Wittelsbachs mißgönnte, mit kühnem Griff für die Oesterreichs in Anspruch nahm. Sollte ihm gelingen, was vor einem Menschenalter seinem bairischen Vorgänger auf dem Kaiserthron so kläglich mißglückt war, die Vereinigung der beiden größten Staaten Süddeutschlands? Joseph war entschlossen, eine Gelegenheit, „wie sie nur in Jahrhunderten einmal wiederkehre“, nicht ungenutzt zu lassen.

Die unvergleichliche Gelegenheit bot der Umstand, daß auch Kurfürst Karl Theodor kinderlos war wie sein Vorgänger und sich um das Nachfolgerecht eines Betters von der Linie Pfalz-Zweibrücken herzlich wenig kümmerte. Schon am zweiten Tag, nachdem die Todesbotschaft nach Wien gekommen war, am 3. Januar 1778, setzte dort der Unterhändler Karl Theodors seine Unterschrift unter einen durch Kaunitz ihm vorgelegten Vertrag, und nach einiger Bedenklichkeit erteilte „der stille und fast furchtsame Mann“, als den der Kaiser den Kurfürsten charakterisierte, am 14. Januar seine Ratifikation, im Widerspruch zu den früher von ihm unterzeichneten Hausverträgen, welche die Theilbarkeit der wittelsbachischen Erblande aussprachen.

Durch den Vertrag vom 3. Januar erkannte Karl Theodor einen Erbanspruch Oesterreichs auf alle bairischen Gebiete an, die Herzog Wilhelm von Baiern auf Grund der Teilung von 1353 besessen hatte und die König Sigmund angeblich dem Herzog Albrecht von Oesterreich 1426 zu Lehen gegeben haben sollte — niemand konnte genau sagen, welchen Umfang das so bezeichnete Gebiet hatte. Genug, daß man in Wien den größten Teil von Niederbaiern darunter verstand. Der Kurfürst trat weiter die Herrschaft Mindelheim ab und erkannte das Recht der Krone Böhmen zur Einziehung der böhmischen Lehen in der Oberpfalz an, allerdings unter dem Ausdruck der Hoffnung, sie sich von neuem verliehen zu sehen. Zur Abrundung der abgetretenen Gebiete und zu ihrer besseren Verbindung mit den österreichischen Landen wurde ein freiwilliger Austausch vorbehalten. Joseph hoffte auf diesem Wege zu gewinnen: entweder alles Land östlich einer Linie vom Austritt des Inn aus Tirol, über Wasserburg, Landshut, Donaufauf bis an die böhmische Grenze bei Waldmünchen, gegen Zurückerstattung der westlich dieser Linie gelegenen Teile des durch den Vertrag erworbenen Gebietes; oder ganz Ober- und Niederbaiern diesseits einer geraden Linie von Waldmünchen bis Donaunwörth, gegen Abtretung von Vorderösterreich, Limburg, Luxemburg und der österreichischen Anwartschaft auf Württemberg.

¹⁾ Bd. I, 191.

Obgleich nicht vollständig, werde die Erwerbung doch immerhin schön sein, sagte Joseph; zumal da sie nichts koste. Maria Theresia warnte: noch sei keine derartige Unternehmung geglückt, mit einziger Ausnahme der preussischen von 1741; noch verspüre Oesterreich die Folgen der eigenen Unternehmung von 1756: „Zweihundert Millionen Schulden mehr, und der Wohlstand unserer Völker zertrüttet.“ Doch beruhigte sich die Kaiserin, als die Ratifikation Karl Theodors vorlag. Am 16. Januar rückten 10 000 Oesterreicher in die abgetretenen Gebiete zur Besitzergreifung ein. „Alle Welt scheint ruhig und zufrieden,“ schrieb Joseph zu Ende des ersten Monats.

Aber der König von Preußen hatte diesen Monat nicht verloren, keinen Augenblick geschwankt oder gezaubert. Am 3. hatte er in Berlin das Ableben des Baiernfürsten erfahren; noch in der Nacht empfing er einen seiner Generaladjutanten, den aus Potsdam schleunigst herbeigerufenen Grafen Görz, und eröffnete ihm, daß er seinen Bruder, den Grafen Eustachius Görz, den früheren Oberhofmeister des jungen Herzogs Karl August von Weimar, zu einer geheimen Sendung an die wittelsbachischen Höfe zu benutzen wünsche. Er sei entschlossen, die Zerstückelung Baierns nicht zuzulassen und lieber Krieg bis zum äußersten zu führen; es gelte, erforderlichenfalls einen der wittelsbachischen Agnaten, und sei es der jüngste des ganzen Hauses, gegen die Anschläge des Kaisers zum Einspruch und Widerstand aufzurufen.

Der General eilte im tiefsten Geheimnis nach Weimar und überredete seinen Bruder, den Vertrauensauftrag zu übernehmen. Graf Eustachius überzeugte sich in München, daß der Kurfürst völlig umgarnt sei — schon wurde auch der Vertrag vom 3. Januar der Öffentlichkeit übergeben — hatte aber einen vollen Erfolg bei dem dort zum Besuch eingetroffenen Herzog Karl von Zweibrücken. „Unser Unglück hört auf, sobald Seine Majestät daran teilnimmt,“ sagte Karl von dem preussischen Könige.

Am 16. März übergaben sowohl der zweibrückische Vertreter wie der brandenburgische Komitialgesandte Schwarzenau dem Reichstage zu Regensburg ihre Verwahrungen gegen das Vorgehen des Wiener Hofes, mit Berufung auf die Reichsverfassung und die kaiserliche Wahlkapitulation. Am 26. März verbürgte König Friedrich dem Herzog Karl sein Erbrecht auf Baiern durch feierlichen Vertrag. Die Stimmung in Baiern wandte sich ganz ab von dem neuen Herrn, dem Landfremden, der das Land zerstückeln wollte. Die Witwe des früh verstorbenen Herzogs Klemens, der als Neffe des Kurfürsten Maximilian Joseph sein Erbe gewesen wäre, Herzogin Maria Anna, von sulzbachischem Geschlecht wie Karl Theodor selbst, wurde seine und Oesterreichs eifrigste Widersacherin und forderte in flammenden Briefen den König von Preußen zum Kampfe auf. Das Stoßgebet „Jesus, Maria, Joseph“, so witzelte man, laute jetzt in Baiern bei groß und klein „Jesus, Maria, Friedrich“.

Auch bei den Reichsständen war die Stimmung unter dem Eindruck der brandenburgischen Erklärungen am Reichstag ganz überwiegend, wie man es in Wien sich nicht verhehlte, gegen Oesterreich und für Preußen. Wenn aber Friedrich daran gedacht hatte, gegen das verfassungswidrige Vorgehen des Kaisers eine Association der Reichskreise zu bilden, so erwies sich solcher Versuch schnell als

aussichtslos; die Erfahrung von 1743 wurde von neuem gemacht.¹⁾ Er werde schamrot für Deutschland, zürnte Friedrich; diese Reichsfürsten seien „ganz Furcht“; sie seien nicht einmal zum Vellen zu bringen, während er sich für sie schlage. Nur der junge Kurfürst von Sachsen fand einen Entschluß. Er war an dem bairischen Erbfolgestreit nahe beteiligt durch seine Mutter Maria Antonie, die Schwester des verstorbenen Kurfürsten von Baiern. Ihrem Ansprüche auf dessen Allodialhinterlassenschaft, die man in Dresden auf viele Millionen bezifferte, wurde in Wien eine Vorzugsforderung Maria Theresias entgegengestellt, gegründet auf die Abstammung der Kaiserin von zwei bairischen Prinzessinnen des sechzehnten Jahrhunderts. Auch hatte ein Streit wegen der von Böhmen zu Lehen gehenden, aber unter sächsischer Landeshoheit stehenden gräflich-schönburgischen Besitzungen den Kurfürsten gegen den Wiener Hof aufgebracht. In der Erkenntnis, daß er in einem Krieg zwischen den beiden deutschen Großmächten so wenig wie 1756 seine Neutralität behaupten werde, schlug sich der Dresdener Hof diesmal auf die andere Seite und stellte dem König von Preußen durch einen Vertrag vom 2. April seine 21 000 Mann zur Verfügung.

Entscheidender als alles andere mußte die Haltung der europäischen Verbündeten Preußens und Oesterreichs werden. Nicht nur in Petersburg, auch in Versailles hatte König Friedrich alsbald seine Hebel angelegt. Sowohl Rußland wie Frankreich waren in diesem Augenblick durch eigene Sorgen in Anspruch genommen. Frankreich hatte gerade jetzt durch die Anerkennung der Vereinigten Staaten von Amerika einen Bruch mit England endlich herbeigeführt, Rußland sah den Frieden von Kutschuk-Kainardsche durch einen Zwist mit der Pforte über die Auslegung der auf die Krim bezüglichen Artikel gefährdet.

Zu Versailles hielt der Minister den Bemühungen der Königin, der österreichischen Prinzessin, das Widerspiel. Vergennes war entschlossen, den Fehler von 1756 nicht zu wiederholen, um nicht abermals die Partie gegen England durch das Abenteuer eines gleichzeitigen deutschen Krieges zu verlieren. Und wie durfte man Baiern den Raub Oesterreichs werden lassen, diesen treuesten aller deutschen Bundesgenossen, dem sein Martyrium im spanischen, im österreichischen Erbfolgekrieg auf Frankreichs Schutz das stärkste Anrecht gab? Kurz, als der Wiener Hof auf Grund des Vertrags vom 1. Mai 1756 die Stellung von 24 000 Mann gegen Preußen beantragte, erkannte Frankreich den Bündnisfall nicht an und erklärte seine Neutralität. König Friedrichs anfängliche Hoffnung, die Franzosen sich offen gegen Oesterreich erheben zu sehen, hatte sich nun freilich nicht erfüllt; aber er hatte ganz recht, wenn er sagte, daß Ludwig XV. und die Pompadour bessere Oesterreicher gewesen seien, als Ludwig XVI. und Marie Antoinette.

Aber auch ihm versagte sich sein Bundesgenosse. Die Kaiserin Katharina stellte Waffenhilfe nur unter Vorbehalt in Aussicht und suchte inzwischen durch ihre Diplomatie auf den Wiener Hof einzuwirken. „Gefest, daß sie ein Hilfs-truppen schicken,“ meinte Friedrich Ende März in richtiger Ahnung, „so werden die vielleicht, wenn sie sich sehr beeilen, 1779 ankommen.“

¹⁾ Bd. I, 212.

Niemals, so sagte er in dieser Zeit der Spannung und Vorbereitung, sei so viel Papier in seinem Hause vollgeschmiert worden: „Niemals sind so viel Testamente, Konventionen, Traktate, Reichskonstitutionen mir durch die Hand gegangen, wie jetzt; ich fürchte, ein kleiner Cujacius, ein Pufendorf, ein von dem Hofe Regensburgs angefressenes Tier zu werden, aber man muß auf dieser Welt Chamäleon sein und die Farben der Zeitläufte widerspiegeln. Uebrigens bin ich in der größten Ruhe für die Zukunft, entschlossen meine Pflicht zu thun, sei es als Schreiber, sei es als Soldat, und die Zukunft den unsicheren Geschick zu überlassen.“ Mitte Februar sprach er von der Notwendigkeit, sich auf Krieg als auf etwas Unvermeidliches vorzubereiten. Anfang März wurden Beurlaubten einberufen, am 18. März ergingen die Befehle zur Mobilmachung. Am 20. hielt der König in Potsdam Kriegsrat ab mit dem General, den er vor zehn Jahren in seinem militärischen Testament als seinen einzigen selbstständigen Heerführer völlig gewachsenen Feldherrn bezeichnet hatte: mit dem Prinzen Heinrich. Der Prinz erhielt den Oberbefehl über ein an der Elbe zu versammelndes, aus Preußen und Sachsen gemischtes Heer; der König ging am 6. April von Berlin zu dem Hauptheere ab, das in Schlessien zusammengezogen wurde.

Der Prinz war neben den Ministern Finkenstein und Herzberg auch jetzt der Vertraute aller politischen Entwürfe und Entschlüsse, wie vordem in den polnischen Wirren. Seinen Beifall aber hatten sie nicht. Er meinte, daß der Staat bei dieser Politik sein Interesse nicht fände. Er erklärte dem König von vornherein, daß er „diese bairische Affaire“ unter dem Gesichtspunkt des für Preußen daraus erwachsenden Vorteils betrachte. Und er verstand unter Vorteil Gebietsvermehrung. „Ein Fürst von Ihrer Reputation,“ schreibt er dem König am 29. Januar, „kann einen Krieg nicht unternehmen, wofern derselbe nicht zur Vergrößerung seines Staats dient; in diesem Kriege aber, wo gegen die Oesterreicher Sie allein stehen würden, ist es schlechthin nicht menschenmöglich, etwas Berartiges zu erwarten.“ Als Friedrich über diese Vorstellungen stillschweigend hinwegging, entwickelte Heinrich am 15. Februar einen anderen Gedanken: vielleicht werde der Wiener Hof, auf Widerstand stoßend, geneigt sein, auch dem König einen Gewinn zu gönnen und beide Teile ihr Interesse finden zu lassen. Nicht daß man den Pfalzgrafen und den sächsischen Hof opfern sollte; aber könnten nicht Säkularisationen dazu dienen, alle Welt zufrieden zu stellen? Darauf entgegnete der König mit Nachdruck: „Es handelt sich in dieser Sache, mein lieber Bruder, nicht um Erwerbungen oder Vergrößerung, sondern darum, ein für allemal den österreichischen Ehrgeiz zu duden, damit ihre Autorität im Reich nicht despotisch wird, was uns den größten Abbruch thun würde. Also welche Vorschläge zu Erwerbungen sie mir machen mögen, ich werde sie alle verwerfen, sehr entschlossen, den Degen nicht in die Scheide zu stecken, ehe sie alle ihre Usurpationen zurückerstattet haben werden.“

Den Vorwurf, daß solche Politik das preussische Interesse vernachlässige, durfte er mit Recht zurückweisen. Es sei gar nicht seine Absicht, sich zum Don Quixote der armseligen Reichsfürsten zu machen. Aber auf dem Platz, den er einnehme, dürfe im eigensten Interesse niemand weder die Aufrihtung des

österreichischen Despotismus im Reich dulden, noch eine Verschiebung des Gleichgewichts der Macht durch Vergrößerung des österreichischen Besitzstandes. „Ich weiß sehr wohl, daß allein unser eigenes Interesse uns in diesem Augenblick zum Handeln verpflichtet, aber man muß sich wohl hüten, es zu sagen.“

Auch Herzberg war wenig damit einverstanden, daß der König diese Gelegenheit nicht zur Erlangung greifbarer Vorteile nach dem Grundsatz der Konvenienz benutzen wollte. Immer wieder schlug er diese Saite an; ja, schon im allerersten Augenblick hatte er ein großartiges Tauschprojekt fertig gehabt, das dem einzelne Gedanken ihn durch seine ganze politische Laufbahn begleitet haben: Oesterreich sollte für die Erwerbung von Baiern bis zur Isar mit den Salzwerken von Reichenhall Teile von Galizien mit den Salzwerken von Wieliczka an die Republik Polen zurückgeben, diese dafür Danzig und Thorn und den Grenzstrich westlich der Odra an Preußen abtreten; auch sollte Preußen zu seiner Abrundung dereinst Ansbach und Baireuth gegen die Lausitzen eintauschen dürfen.

Aber auch seinen Ministern konnte der König immer nur sagen, daß man alles vermeiden müsse, womit der Gegner die Uneigennützigkeit Preußens verdächtigen könne. Um den Prinzen Heinrich zu beschwichtigen, schrieb er ihm einmal, Vorteile werde man, wenn das Glück günstig gewesen sein sollte, immer noch als Entschädigung für die Kriegskosten fordern können; das aber müsse man verheimlichen wie einen Mord.

An die Möglichkeit eines Erfolgs im Kriege aber wollte der Prinz eben nicht glauben. Er sah es kommen, daß Preußen nicht den geringsten Gewinn einheimen, Oesterreich aber im Besitz von Baiern bleiben werde. So sprach er sich gegen den König aus und noch viel abfälliger und bitterer gegen andere.

Friedrich erklärte dem Bruder endlich mit ernstern Worten sein Erstaunen über diese düsteren Betrachtungen zu einer Zeit, wo man schwere Gefahren, wie ehemals, für den Staat nicht zu fürchten habe: „Der Mensch ist zum Handeln geschaffen, und wie könnten wir nützlicher handeln, als indem wir das tyrannische Joch brechen, das die Oesterreicher Deutschland auslegen wollen.“ Der Prinz aber in seiner trüben Stimmung und im Vollgefühl seiner besseren Einsicht glaubte sich berufen, zu Gunsten zugleich des Friedens und der preussischen „Konvenienz“ die Vorsehung zu spielen: durch die dritte Hand, seinen Vertrauten Knyphausen, ließ er es dem österreichischen Gesandten, dem Grafen Ludwig Cobenzl, zu Ohren kommen, daß sich eine geeignete Grundlage für einen Vergleich bieten werde, wenn Oesterreich sich mit dem künftigen Austausch von Ansbach und Baireuth gegen die Lausitzen einverstanden erklären wolle.

Mit Unrecht glaubte man in Wien diese Eröffnung auf den König selbst zurückzuführen zu sollen. Fürst Kaunitz sah sich in der Vorstellung bestärkt, daß Friedrich sich nie und nimmermehr zum Krieg entschließen werde, daß es ihm nur um eine ansehnliche Gebietserweiterung zu thun sei, daß er gern bereit sein werde, wie 1772 ein Abkommen nach den Gesichtspunkten der gegenseitigen Konvenienz zu treffen. Nach wie vor sah Kaunitz mit unendlichem Hochmut auf den Staatsmann Friedrich herab. Nicht in scharfsinniger Voraussicht oder gesunder Staatskunst seien die Beweggründe dieses Fürsten zu suchen, so hatte

er noch jüngst gesagt, sondern in seinem persönlichen Charakter, seiner Stimmung, seiner mürrischen Einsamkeit, seinem Menschenhaß, seiner steten Verachtung sittlicher Pflichten, in der Abnahme seiner Gesundheit, in seinen persönlichen, unverföhnlichen Feindschaften. „Gute Menschen können die wilden und fast wahnsinnigen Ausschweifungen eines Gemüths wie das seine, in welchem Leidenschaft und räuberischer Ehrgeiz immerdar regieren, weder voraussehen noch berechnen.“ Der Staatskanzler war mit der Kaiserin-Königin darin einig, daß man die dargebotene Hand nicht zurückstoßen solle. Nun war Kaiser Joseph nicht ohne Kriegslust, nicht ohne militärischen Ehrgeiz. Noch mehr als Kaunitz vertrat er die Meinung, daß Friedrich nicht schlagen werde. Joseph hat damals wohl gesagt, daß er nichts auf das Spiel setze, denn träfe ihn das Unglück, besiegt zu werden, so würde er dem Helden des Jahrhunderts erlegen sein, und falle ihm ein Erfolg zu, so wäre ihm das um so ruhmvoller. Er war im Begriff, nach dem Vorgang seines großen Gegners sich gleichfalls ins Feldlager zu begeben. Aber er ließ sich den Vertragsentwurf, den Kaunitz aufsetzte, gefallen. Der Entwurf stellte die österreichischen Ansprüche auf Teile von Baiern, die preussischen auf Ansbach und Baireuth in Parallele, sah die gegenseitige Anerkennung dieser Ansprüche vor und behielt beiden Theilen das Recht für einen Austausch der bezeichneten Gebiete gegen solche vor, die nicht an die Landesgrenzen des anderen stoßen würden.

Das also der Vorschlag, den der Kaiser am 13. April einem eigenhändigen Briefe an den König beischloß. Er habe, so hieß es in diesem aus Olmütz datierten, aber aus Wien fertig mitgenommenen Schreiben, zu vertraulichen Eröffnungen im Sinne der zu Neisse und Neustadt ausgetauschten Versprechungen¹⁾ erst schreiten wollen, nachdem er der Hauptstadt und folglich „allem, was Sinesse und Politik heiße“, den Rücken gekehrt.

Friedrich ging auf den biedereren Ton ein. Ohne einen Minister oder Schreiber bei der Hand zu haben, müsse er den Kaiser bitten, mit der Antwort eines alten Soldaten vorlieb zu nehmen, der ihm mit Ehrlichkeit und Freimut schreibe. Freimütig war es allerdings, wenn er nun ohne Umschweife fortfuhr: Kernpunkt des ganzen Streites sei die Frage, ob ein Kaiser nach Willkür über Reichslehen verfügen dürfe: „Soll dem so sein, so werden die Lehen zu Timars auf Lebenszeit, über die der Sultan nach dem Tode des Inhabers bestimmt.“ Uebrigens kam die Antwort dem österreichischen Interesse weit entgegen, indem der König dem Kaiser anheimgab, den Pfalzgrafen von Zweibrücken für seine bairischen Erbansprüche durch andere Gebiete zu entschädigen und auch Sachsen und Mecklenburg (das Ansprüche auf Leuchtenberg erhob) durch Abfindungen zufriedeu zu stellen. Die ansbach-baireuthische Nachfolge, ein unbestreitbares Recht des Hauses Brandenburg, bat er den Kaiser gänzlich aus dem Spiele zu lassen.

Im Fortgang der Verhandlung erhielt dann am 20. Mai der preussische Ausgleichsvorschlag eine festere Gestalt: Der Wiener Hof solle, gegen Abtretung von Gelbern und Limburg an das Haus Wittelsbach und nach Ablösung der sächsischen Ansprüche, von dem besetzten bairischen Gebiet zwei an Böhmen und

¹⁾ Vgl. Bd. I, 31.

Oberösterreich anstoßende, durch das Bistum Passau getrennte Stücke behalten dürfen: nördlich der Donau das Revier des bairischen Waldes bis zu den Flüssen Regen und Cham, südlich das Land bis zur Pfar und Salzach; Preußen griff für sich aus dem österreichischen Antrag den Tausch von Ansbach und Baireuth heraus, indem ihm freistehen sollte, beide dereinst gegen die beiden Lausitzen — nach des Kaisers Briefe blieb doch die Oberlausitz, als an Böhmen grenzend, außer Betracht — auszuwechseln. Eine österreichische Antwort vom 31. Mai kam wesentlich auf den ersten Vorschlag zurück, wie ihn der Kaiser übersandt hatte; man stellte sich auf den Standpunkt, daß Oesterreich im Interesse des Gleichgewichts die Vereinigung der beiden fränkischen Fürstentümer mit dem Königreich Preußen mit demselben Recht bekämpfen dürfe, wie Preußen jetzt den Uebergang bairischer Provinzen an das Erzhaus. Mit Lebhaftigkeit bestritt die preussische Erwiderung vom 13. Juni, daß man dem österreichischen Anschlag auf Baiern nur aus Gründen der Politik und des Gleichgewichts entgegenrete; der König wollte jetzt, nachdem sich ohnehin inzwischen sein neuer Verbündeter, der Dresdener Hof, gegen das lausitzische Tauschgeschäft ausgesprochen hatte, seinen fränkischen Erbanspruch gänzlich aus der Verhandlung ausgeschieden wissen und verlangte unumwunden Auskunft über die Entschädigungen, die Oesterreich den Wittelsbachern und dem sächsischen Kurhaus geben wolle. „Ich verstehe die Apokalypsen Cures Kaunis nicht,“ schrieb er an seinen Gesandten Niedesfel nach Wien, „ich bin kein Seher, er muß entweder sprechen oder der Krieg bricht aus.“ Und mit seinem Lieblingscitat aus Racine schloß er: „Dies Drakel ist sicherer als das des Kalkas.“

Daß die neue preussische Note unmittelbar nach Wien gesandt wurde, darin wollte Joseph, noch immer in der Vorstellung von Friedrichs Kampfesstreu befangen, ein gutes Zeichen sehen: offenbar erwarte der König mit der friedliebenden Kaiserin und ihrem Kanzler eher handelseins zu werden, als mit ihm, dem Kaiser, in dem von Bajonetten starrenden Hauptquartier. Er bezeichnete diese Verlegung der Scene nach Wien als eine Selbsterniedrigung des Königs. Darin stimmte die Mutter ihm zu: dieser große Mann sei doch, wenn man ihn nur näher ansehe, sehr klein und ein reiner Charlatan. In der Sache aber, so mußte die Kaiserin zugeben, habe „dieses Ungeheuer“ leider recht: „Unglücklicherweise sind wir es, die sich im Unrecht befinden, da wir nicht deutlich reden, und wir können es nicht, da wir ungerechte Dinge begehren und ihrer habhaft zu werden hoffen, indem wir dem Könige von Preußen die Lausitz als Lockspeise hinhielten.“

So galt denn die preussische Note der Kaiserin als „ganz annehmbar“, dem Kaiser aber als „unverschämt“. Joseph bestand darauf, daß wiederum keine „deutliche“, sondern in der Hauptsache eine ausweichende Antwort erteilt werde; denn die Entschädigungen dürften erst angewiesen werden, wenn die Heere einandergesessen sein würden. Noch am 17. Juni meinte er: „Das einzige, was man urteilen kann, ist wohl dieses, daß des Königs kriegerische Lust sehr klein, dessen Habhaftwerbung der Lausitz aber sehr groß sei, und ich folgere aus all diesem, daß, wenn wir bei einer billigen aber festen Sprache bleiben, der große Friedrich mitsamt seiner Kerres-Armee endlich doch seine donquichotische Sprache

für das Heil Deutschlands mäßigen und seinen wesentlichen Vorteilen und der Ruhe seiner alten Knochen das übrige aufopfern wird.“

Derweil saß der alte Mann, dem solche Charakteristik und Prognose galt, täglich lange Stunden im Sattel und war mit Wort und Beispiel bemüht, seinen Beratern und Gehülfen Mut, Zuversicht und guten Willen einzufößen: dem Minister Herzberg, der immer von neuem auf diplomatische Auswege sann, dem Prinzen Heinrich, der alles Schlimmste voraussah und voraussagte. „Sie müssen mich hinreichend kennen, mein lieber Bruder,“ schreibt ihm Friedrich am 21., „um mir nicht zuzutrauen, daß ich zurückzucken werde, nachdem ich mich so weit in die Verhandlung eingelassen habe. Alles wird gut gehen; guten Mut und Selbstvertrauen, und ich stehe Ihnen dafür ein, daß der Kaiser, ob schon ganz Cäsar, lernen wird, Wasser in seinen Wein zu thun.“

Am 27. Juni erhielt er aus Wien die nichtsagende Antwort auf sein Ultimatum. Am 3. Juli ließ er die Feindseligkeiten ansagen. Am 5. überschritt das schlesische Heer die böhmische Grenze, der König bei der ersten Sektion der Avantgarde.

Der Kaiser war überrascht und bestürzt. Diese Wendung hatte er in der That für ausgeschlossen gehalten. Die Erhaltung der Monarchie, so schrieb er an die alte Kaiserin, hänge bei diesem entstandenen verderblichen und höchst gefährlichen Kriege von wenigen unglücklichen Augenblicken ab. Er verlangte Aufbietung der äußersten Mittel, Aushebung von mindestens 40 000 Rekruten, Erhöhung der Steuern. Die Aufregung, die sich in seinen Briefen spiegelte, theilte sich der Mutter mit und gab ihr einen jähen Entschluß ein. Sie gewann es über sich, acht Tage nach der Kriegserklärung einen Bevollmächtigten in das böhmische Hauptquartier des Königs von Preußen zu schicken und Frieden zu bieten; in einem Begleitschreiben (dem ersten Brief, den sie mit eigener Hand an den „bösen Mann“ gerichtet hat) berief sie sich auf die Unruhe ihres Mutterherzens und sprach ihren lebhaften Wunsch aus, daß das gute Einvernehmen für immer wiederhergestellt werde. Wohl hatte Joseph ihr geschrieben, daß ein Friede zu nur einigermaßen anständigen Bedingungen ein sehr großes Glück sein werde, trotzdem wurde er jetzt durch den Schritt der Kaiserin auf das peinlichste und schmerzlichste berührt. Nachdem sie den Feind um Frieden „ordentlich gebeten“, bleibe ihm kaum etwas anderes übrig, als alles im Stich zu lassen und sich geradeswegs nach Florenz zu begeben.

Zweimal kam und ging der Friedensbote, Baron Thugut. Der König beantwortete das Schreiben der Kaiserin mit Worten hoher Anerkennung für die Hochherzigkeit und Mäßigung, die diese Fürstin in einer strittigen Sache zeige, nachdem sie vordem die Erbschaft ihrer Väter mit heldenmütiger Festigkeit behauptet habe. Aber eine Verständigung wurde nicht erreicht. Bei der zweiten Verhandlung bot Thugut zunächst den völligen Verzicht seines Hofes auf alles bairische Gebiet, wenn Preußen sich verpflichten wollte, Ansbach und Baireuth als Sekundogenitur fortbestehen zu lassen. Als dieser Vorschlag mit Schärfe zurückgewiesen wurde, brachte jener noch einmal das lausitzische Tauschgeschäft

zur Sprache, diesmal auch auf die Oberlausitz erstreckt; aber der Kurfürst von Sachsen sollte mit seinen bairischen Allodialansprüchen wieder auf künftige Abmachungen vertröstet werden. Der König meinte, Thugut spiele die Rolle des Versuchers nicht übel. Aber er widerstand der Versuchung. Am 16. August mußten seine Minister Finkenstein und Herzberg auf sein Geheiß aus Braunau, dem letzten Schauplatz der Verhandlung, abreisen, und der Oesterreicher mußte wohl oder übel ihrem Beispiele folgen.

Eben in diese Tage, da der Faden der Verhandlung abriß, fiel auch die militärische Krise dieses Krieges, die über den Charakter und Verlauf des Feldzugs entschied.

Der preussische Operationsplan ging aus von dem Grundgedanken der fredericianischen Strategie, daß die Entscheidung in Mähren gesucht werden müsse.¹⁾ Von zwei gleich starken Heeren — jedes zählte, die 20 000 Sachsen mitgerechnet, ungefähr 80 000 Mann — wollte der König das eine nach Mähren führen, mit dem anderen sollte Prinz Heinrich von Sachsen aus in Böhmen vordringen. Von einer Schlacht, einem Sieg in Mähren, einer „guten Bataille“ und der Entsendung von 20 000 Mann an die Donau nach Preßburg erhoffte Friedrich die Wirkung, daß die Oesterreicher ihre Truppen aus Böhmen zurücknehmen würden; dann sollte das eine preussische Heer Brünn, das andere Prag belagern. Als weiteres Ziel wurde beiden die Donau gewiesen.

Für die erste Einleitung der Bewegungen hatte nun der Entwurf alsbald eine Abänderung erfordert. Die Masse der österreichischen Streitkräfte zog sich nicht bei Olmütz, wie Friedrich erwartet hatte, sondern im nordöstlichen Böhmen zusammen. Von dort konnte der Feind, wenn der König in Mähren einbrach, in seinem Rücken eine Diverſion nach Niederschlesien machen oder sich auf das Heer des Prinzen werfen und Sachsen bedrohen. Um das österreichische Hauptheer, das der Kaiser in Person befehligte, festzuhalten, war deshalb der König, wie wir eben hörten, Anfang Juli aus den schlesischen Bergen nach Böhmen eingerückt, über Raasdorf. Er versprach dem Prinzen Heinrich, dort zunächst so lange bleiben zu wollen, bis jener von Norden her seinen Einmarsch bewirkt, die Truppen Laudons „weggefegt“ und sich festgesetzt haben würde.

Prinz Heinrich hatte vor Jahr und Tag die Hoffnung ausgesprochen, die Oesterreicher würden, da der Zauberer Daun nicht mehr unter den Lebenden war, in einem künftigen Kriege mit mehr Schnelligkeit und Entschluß als früher operieren und so vielleicht ihren Gegnern eher eine Gelegenheit zum Angriff bieten. Aber gerade im Gegenteil hatten es sich Kaiser Joseph und seine erfahrenen Gehülfen Lacy und Laudon fest vorgeſetzt, ganz in der Defensive zu verharren und ihr Heil in starken Stellungen zu suchen.

An die Elbe gelangt, fand das schlesische Heer den ganzen oberen Lauf des Flusses bis nach Königgrätz durch dreifache Redouten und zahllose Artillerie in einen furchtbaren Verteidigungszustand gesetzt, „schwerer zu bezwingen als die Festung Lille“. Der König urteilte, daß hier eine Offensive aussichtslos sei, und beschloß deshalb, seinen Feldzug nach Mähren, um nicht allzuviel Zeit zu

¹⁾ Oben S. 514.

verlieren, durch ein abgesondertes Corps unter dem Erbprinzen von Braunschweig schon jetzt zu eröffnen. Er dachte, daß dann auch der Kaiser nach Mähren detachieren müßte und daß so, durch eine Folge einander angepaßter Entsendungen von hüben und drüben, sich die Bühne gleichsam unvermerkt auf mährischen Boden hinüberschieben würde.

Prinz Heinrich hatte für den Einmarsch nach Böhmen die Wahl zwischen der Straße zur Linken der Elbe, über den Paskopol, oder dem Uebergang über das Lausitzer Gebirge auf dem rechten Ufer. Am 13. Juli meldete er dem Könige, daß er sich für den zweiten Weg entschieden habe; so denke er Laudon von der Elbe nach der Iser abzubringen und vielleicht die Verbindung mit dem Hauptheer zu gewinnen. Er änderte seinen Entschluß und leitete den Marsch auf dem linken Ufer ein, als er am 15. zu seinem Schrecken den Mittheilungen des Königs über die beabsichtigte Entsendung des Braunschweigers entnehmen zu müssen glaubte, daß Friedrich überhaupt aus Böhmen abziehen wolle. Das war nun die Meinung nicht gewesen; vielmehr verzichtete Friedrich sogar auf die Abzweigung auch nur jenes einen Corps augenblicklich, sobald er Heinrichs erlite Botschaft erhalten hatte, den Bericht vom 13., die Ankündigung des Vormarsches auf dem rechten Ufer. Er begrüßte den Entschluß seines Bruders mit überschwenglichen Lobsprüchen: Ein Gott habe ihm diesen Plan eingegeben. Der Prinz kam demnach am 19. Juli auf sein ursprüngliches Vorhaben zurück, stellte aber die ausdrückliche Bedingung, daß das Hauptheer in Böhmen verharre: „Wenn Sie nach Mähren gehen,“ schrieb er dem Könige, „kann ich nicht in Böhmen bleiben.“

Friedrich gab seinen großen Plan, „Böhmen in Mähren zu erobern“ nicht endgültig auf. Aber er machte seinem Bruder weitgehende Zugeständnisse. Bis gegen Ende September, so verhiess er, wolle er in Böhmen bleiben, und die Entsendungen nach Mähren würden nur ganz allmählich, in kleinen Trupps, vor sich gehen. Doch gestand er, daß ihm die Unthätigkeit, zu der er sich in seinem Winkel von Böhmen verurteilt sah, hart ankomme. „Wir stehen hier,“ schreibt er dem Bruder am 9. August „mit gekreuzten Armen und bewundern Ihre schönen Thaten.“

Die Anerkennung war durchaus aufrichtig; denn der Prinz hatte seinen Feldzug in den letzten Tagen des Juli und den ersten des August auf das glänzendste begonnen, seines Ruhmes aus dem vorigen Kriege, seines großen Namens wert. Auf Pfaden, die als ungangbar gegolten hatten, war er über die Lausitzer Berge gekommen, dem Feldmarschall Laudon zur völligen Ueberaschung. Der Schrecken der österreichischen Commandos war kaum minder groß, als beim Einbruch der Preußen in jenen Apriltagen von 1757. Laudon war fassungslos; ohne Schwertschrei, wie der Kaiser schalt, gab er alle wohl vorbereiteten Verteidigungsstellungen auf; bis Münchengrätz zurückgegangen, erklärte er, auch die Iserlinie nicht halten zu können. Der Kaiser eilte aus dem großen Hauptquartier herbei, er fand bei seiner Ankunft in der Nacht auf den 11. August die Zelte schon abgeschlagen für den weiteren Rückzug, er ließ den Abmarsch nicht zu, aber er gestand am 14. in seinem Bericht an die Kaiserin, daß man, erschöpft und entmutigt wie die Truppen seien, die Stellung an der Iser beim

Nahen des Prinzen Heinrich werde räumen müssen, vielleicht vor Ablauf von zwei Tagen. Und dann war auch seine eigene Stellung am Oberlauf der Elbe nicht mehr haltbar. Die kritische Stunde des Feldzugs war gekommen.

Völlig richtig erfaßte die Gunst des Augenblicks der Generalleutnant von Möllendorff im Heere des Prinzen Heinrich. Er legte dem Feldherrn am 17. August Vorschläge zur Umgehung der feindlichen Stellung vor. Graf Hensel von Donnersmard, auch in diesem Feldzug wie vor 20 Jahren¹⁾ des Prinzen Vertrauter, jetzt Oberst, sah ihn sehr aufgebracht über Möllendorff. Heinrich argwöhnte, sein Untergebener werde sich mit seinem größeren Wagemut brüsten wollen, und ließ sich nur allmählich durch Hensel besänftigen. Möllendorff wurde unverzüglich, noch am 17., ablehnend beschieden. Laudon war außer Gefahr.

Dem Könige meldete Heinrich am 17. August, daß er aus Mangel an Verpflegung in zehn bis zwölf Tagen nach der Lausitz zurückgehen müsse. Friedrich war peinlich überrascht. Er erklärte, daß der Abmarsch, wenn er unvermeidlich würde, vielmehr auf Leitmeritz zu richten sei: „Gesezt daß Sie entschlossen wären, nichts zu unternehmen, würden Sie dann wenigstens Ihr Heer auf Kosten des Feindes leben lassen, und das ist mehr wert als nach der Lausitz zu gehen, nach diesem schönen Debüt, womit Sie den Feldzug eben eröffnet haben.“

Damit doch irgend etwas geschehe, beschloß nun der König, die Offensive selbst auf sich zu nehmen, ganz entgegen den bisherigen Voraussetzungen. Es galt den Versuch, das Heer des Kaisers in der nördlichen Flanke, die minder besetzt schien, zu umgehen und dann von Hohenelbe über Turnau mit dem Prinzen Fühlung zu gewinnen. Der Kaiser, über die Absicht seines gefürchteten Gegners bald im klaren, war einige Tage hindurch in großer Sorge, um so mehr, als gerade jetzt wieder Laudon, der sich, so ganz ohne Grund, noch immer von dem Prinzen Heinrich bedroht glaubte, seinen Rückzug von der Pser als unvermeidlich ankündete. Erst am 24. atmete Joseph auf: es sei unbezahlbar, schrieb er der Kaiserin, daß ihm die Preußen den heutigen Tag für seine Gegenmaßregeln gelassen hätten; jetzt hoffe er einem Angriff widerstehen zu können. Entscheidend war, daß die preußische Artillerie den Marschäulen im Gebirge nicht rasch genug hatte folgen können; auch hatte der Generalmajor von Anhalt am 22. die Besetzung der die Stellung von Hohenelbe beherrschenden Höhen zwischen der großen und der kleinen Elbe versäumt. Der König mußte sich sagen, daß sein Anschlag nach unermesslichen Anstrengungen vereitelt war. In Mähren, meinte er, hätte solches ihm nicht zustoßen sollen.

Von nun an beschränkte sich der Aufenthalt der Preußen in Böhmen, ihre nach Friedrichs eigenem Ausdruck „insipide“ Campagne auf einen „Kartoffelkrieg“, auf die gründliche Ausleerung des von ihnen besetzten Gebiets. Der Feind blieb regungslos, „wie versteinert“. Um so mehr litt man unter Krankheiten und dem ungewöhnlich rauhen Herbst. In den letzten Tagen des September zog Prinz Heinrich, Mitte Oktober der König aus Böhmen ab, zum ungeheuren Jubel der Oesterreicher. Mit Selbstironie sprach Friedrich von den „Heldenthaten der Siebzigjährigen“.

¹⁾ Oben S. 100.

Die bis zuletzt im Auge behaltene mährische Unternehmung führte jetzt, im Oktober, nur noch zur Besetzung von Troppau und Jägerndorf, d. h. zur Sicherung der Operationsbasis für den nächsten Feldzug; denn Friedrich wurde durch seine neueste Erfahrung in seiner alten Meinung nur bestärkt, daß er sich nicht nach Böhmen verlieren dürfe, sondern das Heil in Mähren zu suchen habe.

Die Stimmung im preussischen Heere war nach diesem mit Unfruchtbarkeit geschlagenen Feldzug sehr gedrückt. Die Feldherren, die Offiziere, die Mannschaften, sie alle murrten. Die Soldaten hatten keine Schlacht gehabt, die sie gewünscht hatten und die erfahrungsmäßig die Lebensgeister der Truppe immer auffrischte. „Ich kenne die preussische Armee gegen die vorige nicht,“ schreibt ein Offizier gegen das Ende des Feldzugs, „es ist kein Leben unter Generals und Offizieren, alles läßt den Kopf hängen, und es ist in keinem Stücke die mindeste Ordnung.“ Ein anderer spricht von einer über alle Begriffe eingerissenen Dienstaachlässigkeit. Das Klugreden aber, das Raisonieren und Kritteln war mehr denn je im Schwange. Als in Folge einer Anordnung, die vom König selbst ausgegangen war, einmal einer Zufuhr ein Unfall zustieß, gab sich im Hauptquartier die Schadenfreude offen kund, und als ein dem Heere als Volontär folgender heftiger Prinz seinem Mißfallen über solche Gesinnung Ausdruck gab, spottete man über diesen „Koyalisten“. Ein schwerer Schaden für den Dienst war die große Zahl invalider Stabsoffiziere und altersschwacher Generale. Prinz Heinrich hatte bei seiner Infanterie drei Generalleutnants und drei Generalmajore, die wegen Alters und Gebrechlichkeit ihm nur zur Last waren. Aber auch über die dienstfähigen Generale urtheilte der Prinz in Dausch und Vogen ab; nur den einen Mollendorff ließ er gelten, und dieses Einen guten Rat hatte er nicht befolgt. Velling, der Schwedenverfolger aus dem Siebenjährigen Krieg, für seine ausgezeichneten Leistungen beim Einmarsch aus der Lausitz mit dem schwarzen Adlerorden belohnt, galt ihm als gut für die Ausführung, aber der Leitung bedürftig. Alles im Heere, so klagte er dem Erbprinzen von Braunschweig, sei mechanisch geworden: „Keine Köpfe! In dieser Beziehung sind wir äußerst heruntergekommen. Das ist die Wirkung des Despotismus, das ist die Wirkung der schlechten Beispiele, die eine ganze Nation verderben.“ Zwischen den Zeilen deutete er diese seine Auffassung dem Könige selbst an. Als Friedrich geäußert hatte, daß er wenig Unterstützung finde, antwortete Heinrich: „Die, auf die das geht, sind ohne Zweifel sehr unglücklich, Ihnen nicht genügen zu können, aber, wenn es mir erlaubt ist mit meinem gewohnten Freimut zu reden, so ist es für Sie und für jene besser, andere, denen Sie mehr Vertrauen gewähren, zu wählen. Unter der großen Anzahl von Offizieren, die Sie in Krieg und Frieden gebildet haben, müssen sich solche finden, die Ihren Beifall verdienen werden; die, welche ihn verloren haben, müssen ohnehin an ihrer natürlichen Thatkraft einbüßen, sobald sie bemerken, Ihren Dank nicht mehr zu erwerben. Nichts ist entmutigender, als wenn der Souverän gegen die, welche ihm dienen, verstimmt ist.“

Der Prinz sprach von seinem eigenen Fall; deutlich genug. Er quittierte mit dieser Anspielung und mit ähnlichen Stoßseuffzern die versteckte Kritik seines letzten Feldzugs, die er aus gewissen allgemeinen Betrachtungen in den Briefen des Königs herauslesen konnte. „Krieg und Schlassheit,“ schreibt ihm Friedrich

einmal während dieses Winters, anscheinend ohne jede persönliche Beziehung, „vertragen sich nicht miteinander; wer nach reiflichem Nachdenken über seine Aufgabe nichts unternimmt, wird immer ein armer Herr sein.“ In seinen Denkwürdigkeiten des bairischen Erbfolgekriegs hat Friedrich abfällige Bemerkungen über die Unthätigkeit seines Bruders nicht unterdrückt, ohne doch, wie es scheint, von dem für das Urtheil am meisten entscheidenden Vorgang, jener verhängnisvollen Meinungsverschiedenheit zwischen dem Prinzen und Möllendorff, etwas gemußt zu haben. Heinrich seinerseits legte sich das Bild dieses Krieges so zurecht, daß der König, nach der glänzenden Antrittsrolle der zweiten Armee auf ihn eifersüchtig, ihn durch widerspruchsvolle Befehle in Gefahr gebracht habe, seine Reputation als Feldherr zu verlieren; noch während des Feldzugs ist ihm das gehässige Wort entfahren, er sei gegen die Falschheit des Königs mehr auf der Hut als gegen die Unternehmungen des Feindes.

Aus seinem Winterquartier zu Dresden reichte der Prinz am 3. Dezember ein schon vor Wochen aufgesetztes Abschiedsgesuch ein, das er mit der Zerrüttung seiner Nerven begründete. Der König ließ es zunächst unerledigt; in der Folge bestimmte er für den Fall eines neuen Feldzugs den Erbprinzen von Braunschweig für den Oberbefehl an Heinrichs Statt.

Die Aussicht auf Frieden war zu Beginn der Winterquartiere sehr unsicher. Der König leitete seine diplomatische Campagne von Breslau aus, „von früh bis spät am Schreibtisch“ — er hieß das seine sogenannte königliche Unabhängigkeit — im übrigen einsiedlerisch, „wie die Ratte im Keller“.

Die Kaiserin von Rußland hatte keine Hülfstruppen zum preussischen Heere stoßen lassen, sondern sich darauf beschränkt, am 22. September eine Note an den Wiener Hof zu schicken, deren drohender Ton dort verletzete, aber den König von Preußen nicht befriedigte. „Bloße Worte,“ sagte er, „thun keinen Schaden.“ Fast meinte er, daß man für den Frieden mehr von Frankreich als von Rußland zu erwarten habe.

Frankreichs Vermittelung hatte der Wiener Hof nach dem Mißerfolg der Entsendung Thuguts angerufen. König Friedrich hatte diese Vermittelung mit einigen Vorbehalten und unter der Bedingung angenommen, daß Frankreich die Vermittlerrolle mit Rußland teile. Als man in Wien auf diese Forderung einging, ließ Friedrich Anfang November den beiden Vermittlern eine „Skizze“ für den Friedensvertrag mitteilen. Er forderte für sich, um künftigen Zwistigkeiten vorzubeugen, volle Verfügungsfreiheit, wenn in Ansbach und Baireuth die Nebenlinie ausstarb; er wollte den Oesterreichern eine mäßige Erwerbung in Baiern zugestehen — in einem abgeforderten Schriftstück wurde ein an Böhmen grenzender Strich der Oberpfalz bezeichnet; dagegen sollten sie den Kurfürsten von Sachsen für seine Ansprüche auf das bairische Allodialerbe mit Geld schadlos halten.

In den nächsten Wochen mußten die Kuriere zwischen dem Hauptquartier des Königs von Preußen und den an der Verhandlung beteiligten Höfen noch oft hin und her sprengen, ehe auch nur in den Grundfragen Einigung erzielt

war. In Wien sträubte man sich vor allem gegen eine Geldzahlung an Sachsen und verlangte statt des oberpfälzischen Grenzstriches das schon im vorangegangenen Sommer genannte Gebiet am rechten Ufer von Inn und Salzach; auch wollte man die Erbordnung in den fränkischen Markgraffschaften der Entscheidung des Reiches vorbehalten. Endlich ließ Friedrich am 10. Februar, ohne auf eine noch ausstehende Aeußerung Rußlands länger zu warten, dem russischen und dem französischen Gesandten sein Ultimatum zustellen. Er gestand das Innviertel zu, verzichtete auf den dereinstigen Austausch von Ansbach und Baireuth gegen die Lausitzen und stellte es den beiden vermittelnden Mächten anheim, eine Entschädigung für Sachsen ausfindig zu machen. Für die Feststellung aller Einzelheiten schlug er einen Kongreß vor.

Gegen diese Vorschläge ließ sich füglich nichts mehr einwenden. Maria Theresia war aufrichtig erfreut über so „angenehme Zeitung“, und der Kaiser, der ungern auf die Fortsetzung seines Krieges verzichtete, tröstete sich mit dem Triumphruf, daß der König die letzten österreichischen Bedingungen pure und einfach angenommen habe.

Auch Herzberg ist der Meinung gewesen, daß sein Gebieter den Segnern zu weit entgegenkäme. Es wollte ihm nicht in den Sinn, daß man den Grundsatz der Untheilbarkeit Baierns preisgeben sollte; auf seine Vorstellungen war es geschehen, daß der König anfänglich ein Stück der Oberpfalz geboten hatte; denn hier ließ sich wenigstens bis zu einem gewissen Grade ein Anspruch der Krone Böhmen zugeben. Als Herzberg einmal in einem geradezu pathetischen Schreiben den König beschwor, in der Prinzipienfrage nicht zu wanken, antwortete Friedrich dem bei früherem Anlasse schon sehr schroff abgewiesenen Ratgeber freundlich, aber bestimmt: die Ideen seien vortrefflich und er selbst würde wünschen sie verwirklichen zu können, aber mit Ideen allein könne man keine Politik treiben, es frage sich, ob sie durchführbar seien, und unter diesem Gesichtspunkt möge auch Herzberg die Verhältnisse betrachten.

In Teschen, wo am 10. und 11. März die Bevollmächtigten sich zum Friedenskongreß versammelten, ist dann noch Wochen hindurch zäh gekritten und gefeilscht worden. Der Vertreter der Hofburg, Graf Philipp Cobenzl, ein Vetter des früheren Gesandten am preussischen Hofe, hatte keine leichte Aufgabe: schrieb ihm die Kaiserin, so mahnte sie ihn, nicht zu große Schwierigkeiten zu machen; schrieb ihm der Kaiser, so predigte der ihm Festigkeit. Zwei Fragen standen im Vordergrund: die Auseinandersetzung zwischen Baiern und Sachsen wegen des sächsischen Entschädigungsanspruches und die Sicherstellung der Erbrechte des Pfalzgrafen von Zweibrücken auf Baiern. Für den Sachsen forderten die Gesandten der beiden vermittelnden Mächte, Baron Breteuil und Fürst Nepnin, vier Millionen Thaler; während der bairische Vertreter den Auftrag hatte, eine halbe oder höchstens eine Million Gulden zu bieten. Maria Theresia meinte man dürfe dem mit ihr verbündeten Kurfürsten nicht die Haut abziehen lassen, Friedrich aber trat mit größter Entschiedenheit für den sächsischen Anspruch ein. Er sei zum Glück, so hören wir ihn sagen, nicht darauf angewiesen, den Frieden zu erbetteln; wenn Sachsen keine anständige Entschädigung erhalte, werde sich niemand in Zukunft mit Preußen verbünden wollen. So mußte der Kurfürst

von Baiern wohl oder übel die vier Millionen Thaler bewilligen. Nachgiebiger zeigte sich der König von Preußen in dem zweiten Hauptstücke der Verhandlung. Er hatte zunächst verlangt, als Bürge des österreichisch-bairischen Vertrages bestellt zu werden, durch den das Haus Oesterreich auf die Nachfolge in Baiern für immer verzichtete. Dadurch, so meinte Joseph II., würde der König von Preußen das Ansehen eines Protectors und eine Handhabe zu „tausend Chicanen“ gewinnen. Friedrich begnügte sich dann damit, daß der zwischen Oesterreich und Baiern abgeschlossene Vertrag der österreichisch-preussischen Friedensurkunde angehängt und ausdrücklich als deren untrennbarer Bestandteil bezeichnet wurde. In der Sache ward mit diesem Auskunftsmittel dasselbe erreicht: auch so war die Erbfolge des Pfalzgrafen von Zweibrücken sichergestellt, insofern als Preußen sie auf Grund des Friedensschlusses allemal fordern konnte.

Der von Hertzberg so lebhaft vertretene grundsätzliche Standpunkt kam bei der Friedensverhandlung dadurch zur Geltung, daß in dem Vertrag zwischen den Höfen von Wien und München ihr berufener Pakt vom 3. Januar 1778, die Ursache des Krieges, aufgehoben wurde und daß Oesterreich das Innviertel nicht unter einem Rechtstitel erwarb, sondern in Anrechnung auf gewisse Zugeständnisse und Leistungen an Baiern.

Die Bürgschaft für den Teschener Frieden übernahmen Frankreich und Rußland. Insofern nun die Friedensurkunde eine ausdrückliche Erneuerung des als Reichsgrundgesetz geltenden Westfälischen Friedens enthielt, gleich als wenn er „Wort für Wort dem neuen Vertrag eingefügt wäre“, so gewann dadurch Rußland dasselbe Schutzrecht über den deutschen Verfassungszustand, welches Frankreich seit 1648 besaß — ein Schutzrecht, wie es Rußland sich früher der schwedischen und der polnischen Verfassung gegenüber gesichert hatte. Solches Ziel hatten schon die Staatsmänner der Kaiserin Elisabeth der deutschen Politik Rußlands gewiesen, als man während des Siebenjährigen Kriegs einen europäischen Kongreß in Aussicht genommen hatte,¹⁾ und das damalige Bündnis mit dem Hofe des deutschen Kaisers hätte eine günstige Gelegenheit geboten. Der Kongreß war 1761 nicht zusammengetreten, und bei den Friedensverhandlungen zu Hubertusburg hatte der König von Preußen die russische Vermittelung zurückgewiesen. Jetzt lag die Mitwirkung der ihm verbündeten Zarin in seinem Interesse. Ein späteres Geschlecht, dessen nationales Selbstgefühl empfindlicher geworden war, hat an diesem Einbruch Rußlands in das Gehege des deutschen öffentlichen Rechts Anstoß genommen; in der europäischen Lage von 1779 aber ergab sich die russische Garantie als folgerichtige Ergänzung zu jenem von Frankreich seit mehr als einem Jahrhundert festgehaltenen, erst zum Unglück und dann im Interesse des österreichischen Reichsoberhauptes ausgeübten Schutzrecht.

Am Geburtstag Maria Theresias, dem 13. Mai, wurden die Friedensurkunden zu Teschen unterzeichnet, und um seiner großen Gegnerin eine Aufmerksamkeit zu erweisen, ließ Friedrich gleich desselben Tages, noch vor Ablauf der festgesetzten Frist, die von seinen Truppen noch besetzten österreichischen Städte räumen. Er wußte sehr wohl, daß sie es war, der er diesen Frieden dankte.

¹⁾ Oben S. 279. 283.

Er schulde, so schrieb er der Kurfürstin-Witwe von Sachsen, der Billigkeit der Kaiserin-Königin die Anerkennung, daß sie, sobald sie die Gesezwidrigkeit ihres Vorgehens eingesehen habe, mit all ihrem Können für die Wiederherstellung des Friedens eingetreten sei — minder hartnäckig als Priamus, der das Blutvergießen zehn Jahre habe währen lassen.

Die sächsische Fürstin aus wittelsbachischem Stamm gab das Lob, das Friedrich der alten Kaiserin gespendet, ihm mit Zinsen zurück: „Man dachte 1777, daß Friedrich, Sieger in drei Kriegen, Gesetzgeber und Vater seiner Völker, sich höher nicht erheben könne. . . Bis dahin hatte er vornehmlich für die Seinen gekämpft; jetzt kämpfte er für die andern; er wurde der uneigennütige Schiedsrichter in den Händeln der Herrscher, das Werkzeug der obersten Gerechtigkeit, welche die Nationen richtet.“ Was die Kurfürstin von Sachsen hier emphatisch aussprach, war ohne Frage jetzt die Meinung der meisten in Deutschland. Friedrich hatte die Bewunderer und Joseph die Tadler auf seiner Seite. Der Freiherr vom Stein hat bekannt, daß er zu seinem damaligen Eintritt in den preußischen Staatsdienst bewogen worden sei durch seine „hohe Verehrung für Friedrich den Einzigen, der durch die Erhaltung von Baiern die Dankbarkeit dieses Landes und des ganzen Vaterlandes sich erworben hatte“.

Der König von Preußen war weit davon entfernt gewesen, die Verfassung und Rechtsordnung des vermodernenden Reiches, als deren Schirmer er jetzt gepriesen wurde, um ihrer selbst willen zu verteidigen. Aber er hatte sich, wie wir hörten, gesagt, daß er keine despotische Gewalt des Kaisers im Reiche auskommen lassen dürfe, weil er deren Wirkungen am eigenen Leibe spüren würde. So freute er sich jetzt, „den großen Vorteil“ gewonnen zu haben, „daß man uns im Reich als ein nütliches Gegengewicht gegen den österreichischen Despotismus betrachten wird“. Den von Rußland unterstützten Gegenkaiser nannte ihn Joseph ingrimmig. Schwere fiel für alle Zukunft noch der andere Gewinn in die Waagschale, daß zum zweitenmal wie in der Epoche von 1744 die Selbständigkeit Baierns gerettet, das Vorrücken der österreichischen Macht in Süddeutschland verhindert worden war. Auch dessen freute sich Friedrich, der Ereignisse von 1756 gedenkend, daß diesmal, bei der schnellen Beendigung des Waffenganges der beiden deutschen Mächte, der neue englisch-französische Krieg auf seinen Herd beschränkt blieb: „Ehedem glaubten unsere guten Deutschen, wenn die Kriegsdrummete in Mexiko oder Kanada ertönte, man müsse sich auch in Europa schlagen; es scheint mir, daß man gänzlich von diesem Vorurteil zurückgekommen ist.“

Doch wurde ihm seine Freude über den Frieden und die errungenen Erfolge durch die Voraussicht getrübt, daß zwar die Kaiserin-Königin sich auf einen Krieg nicht mehr einlassen, daß aber ihr Sohn mit den Türken, in Italien und mit den deutschen Reichsständen neue Händel suchen werde.

Das alte europäische Allianzsystem hatte diesen deutschen Krieg überdauert. Aber keine der beiden kriegsführenden Mächte war von der Haltung ihres Verbündeten ganz befriedigt. Kaiser Joseph urteilte jetzt ganz wegwerfend über das Bündnis mit den Franzosen, den „elenden Perückenmachern ohne Herz und ohne Geld“, wie er sie während des Kriegs einmal genannt hat, und auch

Kaunitz meinte, Breteuil habe in Teschen mehr zu Preußens als zu Oesterreichs Gunsten den Friedensvermittler abgegeben. König Friedrich wiederum war zwar mit der diplomatischen Bethätigung Rußlands ebenso zufrieden wie mit der Frankreichs; aber er hatte sich überzeugt, daß er auf eine wirksame militärische Unterstützung von russischer Seite nicht rechnen dürfe. Dazu kam, daß Rußland seine finanziellen Gegenforderungen für eine Waffenhilfe von zweifelhaftem Wert unverhältnismäßig hochgeschraubt hatte. 16 000 Russen würden dem König von Preußen jährlich 3 300 000 Thaler gekostet haben: er berechnete sich, daß er dieselbe Truppenzahl für anderthalb Millionen von deutschen Reichsfürsten würde mieten können. Das russische Bündnis war wenigstens militärisch nicht unerföhrlich.

Zweiter Abschnitt.

Justizpflege und Kirchenpolitik; Landrecht und Staatsform.

Wie König Friedrich bei der Rückkehr aus seinem zweiten Krieg unverzüglich die Durchführung der Justizreform als Lösung ausgegeben hatte, so erhielt bald nach dem Friedensschluß von 1779 das vor einem Menschenalter nur halb geleistete Werk einen neuen Antrieb, durch den es dann noch im alten Jahrhundert seiner Vollendung, der Krönung durch das Allgemeine Landrecht, entgegengeführt werden sollte.

Lange Zeit hatte der König die große Aufgabe der Kodifikation ganz aus dem Auge verloren. Oder vielmehr, er hielt sie bereits für gelöst. Nicht bloß sein geläutertes Strafrecht war sein Stolz. Ohne die blutige Halsgerichtsordnung Kaiser Karls V. aufgehoben zu haben, hatte er sie doch durchbrochen durch die Aufstellung der humanen Grundsätze,¹⁾ an die sich jetzt der preussische Strafrichter zu halten hatte. „Das ist bei uns schon gethan,“ „wir haben unsere Gesetze gemildert und uns gut dabei befunden,“ so rühmte er sich, als nach 1764 unter dem tiefen Eindruck von Beccarias berühmtem Werk *Dei delitti e pene* auch anderwärts Folter und Blutdurst in Verruf kamen. Auch das bürgerliche Recht, nach dem die preussischen Gerichte urteilten, schien ihm auf einer hinreichend sicheren Grundlage zu ruhen. Noch 1777 schrieb er in seinem *Exposé du gouvernement prussien*: „Die Gesetze sind hier zu Lande hinreichend weise geordnet. Ich glaube nicht, daß man nötig hat, sie zu überarbeiten.“ So hoch schätzte er die gesetzgeberische Leistung seines gefeierten *Tribonian*,²⁾ das *Corpus juris Fridericianum*.

Der König stand mit dieser Ueberschätzung der Coccejischen Justizreform nicht allein. Der Großkanzler Jariges pries 1765 das Werk seines Amtsvorgängers als „diese glückliche Revolution“, dank deren in keinem Land der Erde die Justiz mit gleicher Trefflichkeit wie in Preußen gehandhabt werde.

¹⁾ Bd. I, 345 (1. Aufl. S. 344).

²⁾ Bd. I, 347 (1. Aufl. S. 346).

Das ganze Kammergericht, die Hochburg der Jünger Coccejis, urtheilte ungefähr ebenso; auch der Freiherr von Fürst, der ehemalige Präsident dieses Gerichts, der 1770 nach dem Tode von Jariges die Großkanzlerwürde erhielt; auch die anderen Minister des Justizdepartements, Münchhausen und Dorville, die gleich nach dem Kriege eingetreten waren, Zebliß und Dörnberg, die nach dem Tode von Jariges und Dorville das Kollegium ergänzten.

Seine eigenen Wege ging der Justizminister für Schlesien und Chefpräsident der drei dortigen Obergerichte, v. Carmer. Einst Coccejis Gehilfe gleich Fürst, zu dem er je länger je mehr in Gegensatz trat, hatte Carmer in seinem selbständigen provinziellen Wirkungskreis kräftiges Selbstgefühl gewonnen und forderte endlich eine neue Reform in einer von den Coccejischen Grundlagen weit ablenkenden Richtung: dem Prinzip schriftlicher Verhandlung, auf dem der Prozeß bisher beruhte, stellte er die Offizial- oder Inquisitionsmaxime entgegen, indem er dem Richter die Aufgabe zuweisen wollte, von Amts wegen durch mündliche Befragung der Parteien den Thatbestand festzustellen; dabei sollte die Anwaltschaft, nach Carmer die Wurzel alles Uebels, ganz entbehrlich werden. Carmer entwickelte dem König seinen Plan bei der schlesischen Revue von 1774. Der Großkanzler wandte ein, daß bei dem vorgeschlagenen Verfahren die große Errungenschaft der letzten Reform, die Schnelligkeit der Rechtsprechung, gefährdet werden und daß eine erhebliche Verstärkung des Richterpersonals erforderlich sein würde. Beide Teile schickten somit Argumente ins Treffen, die bei dem König auf Beachtung rechnen durften. Er ließ die Vertreter der entgegengesetzten Ansichten, Carmer, dessen rechte Hand der Rat Svarez von der Breslauer Oberamtsregierung war, und den Großkanzler, dem der Kammergerichtspräsident v. Rebeur zur Seite stand, in Berlin persönlich miteinander verhandeln und nahm ihre mündlichen Vorträge entgegen. Nach einer mehrstündigen Audienz, die er Rebeur am 13. Januar 1776 gütlichleitend vom Bette aus erteilte, schnitt er die Erörterung mit einer entschiedenen Absage an Carmers Anträge kurz ab und begnügte sich im Sinne Fürsts mit einer neuen Verordnung zur Abkürzung der Prozesse.

So hatte Carmer zunächst nichts erreicht, als das alte Mißtrauen gegen die Advokaten wieder aufzuwecken. Gegen sie richteten sich in der nächsten Zeit wiederholte Strafandrohungen, die sich bald auch auf saumfelige Richter erstreckten; den einen wie den anderen wurde durch ein Edikt vom 11. September 1776 für Verschleppung eines Prozesses nicht bloß Amtsentsetzung, sondern obenein Festungshaft in Aussicht gestellt.

Auf diese Verfügungen und auf die von dem Könige veranlaßten Visitationsreisen des Großkanzlers bezieht sich in jenem Exposé du gouvernement prussien die Bemerkung, es sei erforderlich, alle drei Jahre die Gerichtshöfe in den Provinzen zu revidieren und alle zwanzig Jahre eine Untersuchung darüber anzustellen, durch welche Schliche die Advokaten die Prozesse zu verschleppen suchten, um ihnen Schranken entgegenzusetzen: wie man es augenblicklich thue.

Bei dieser Razzia gegen die Verdächtigen geschah es nun, daß der Großkanzler Fürst, soeben noch aus dem Kampfe gegen einen Rivalen als Sieger hervorgegangen, das Vertrauen des Gebieters Schritt für Schritt verlor. „Es

kommt mir vor, als wenn die Justiz wieder anfängt einzuschlafen“ — diese am 29. März 1775 an den Großkanzler gerichtete Warnung wurde in den nächsten Jahren bei mehr als einem Anlaß wiederholt. Wenn der König ihm drohte: „Wir werden Unfreunde werden und ich werde müssen andere Mesures nehmen“, so war das deutlich genug gesprochen. Offenbar traute er dem Großkanzler nichts mehr zu. Carmer war sein Mann, der kommende Mann. Und wenn er, wie es bei seiner Unzufriedenheit mit Fürst nicht anders sein konnte, beide im stillen mit einander verglich, so mochte es ihn nachträglich reuen, bei jenen Januarskonferenzen von 1776 nicht durchgegriffen, nicht für den jüngeren Minister, für den Neuerer entschieden zu haben.

Am 27. November 1779 rügte er in einem Kabinettschreiben an Fürst die Verschleppung eines in Kleve schwebenden Prozesses mit dem Ausdruck seiner „höchsten Unzufriedenheit“ und forderte schleunige Abhilfe, mit der Ankündigung: „widrigen Falls und wo das nicht geschieht, werdet Ihr Händel mit mir kriegen“. Vierzehn Tage später vollzog sich das Geschick des Großkanzlers. Nicht der Zufall hat endlich zwischen Fürst und Carmer entschieden. Der Wechsel hatte sich lange vorbereitet und war wohl auch bereits vorbedacht, als ein Tropfen die Schale des Jorns zum Ueberlaufen brachte.

Den Anlaß gab die Klage eines kleinen Mannes, der Streit eines Müllers mit zwei Edelenten.

Der Wassermüller Arnold im Züllichauer Kreise ist seinem Grundherrn, dem Grafen Schmettau, mit der Erbpacht für seine Mühle im Rückstand geblieben. Nach Verfall der wiederholt ihm gewährten Fristen wird durch das Patrimonialgericht die Versteigerung der Mühle verfügt, des Müllers Klage bei dem Obergericht der Provinz, der neumärkischen Regierung, wird abgewiesen; seine Behauptung, daß ein Karpfenteich, den der Landrat v. Gersdorf oberhalb der Mühle wieder in Stand gesetzt hat, ihm das Wasser entzogen habe, wird nicht anerkannt. Nun versucht der Müller es mit Bittschriften beim König; der König läßt durch einen höheren Offizier und ein Mitglied der neumärkischen Regierung den Thatbestand untersuchen. Der Oberst erklärt sich für, der Regierungsrat gegen den Müller, ein Deichinspektor gibt als Sachverständiger das Urteil ab, daß der Karpfenteich in der That den Zulauf des Wassers hemme. Der Küstriner Gerichtshof verwirft in neuer Verhandlung das Gutachten als oberflächlich, widerspruchsvoll und durch Zeugenaussagen entkräftet; er hält, entgegen der Anregung eines einzelnen Mitgliedes, weitere Erhebungen wegen des angeblichen Wassermangels nicht für erforderlich und beharrt bei der Abweisung des Müllers.

Der König wittert Unrat. Er ist von Hause aus mißtrauisch, sobald ein Edelmann gegen einen Bauern vor Gericht obsiegt. Der Adel verweist die ländlichen Untergerichte, er hat die Präsidentenstühle und eine große Anzahl der Richterstellen in den Appellhöfen inne; Friedrich ist dem Argwohn zugänglich, daß „die Bevatterschaft im Lande mehr gilt als die Justiz“. Die Ansicht seines Obersten scheint ihm den gesunden Menschenverstand zu vertreten, das Gutachten des Deichbeamten stützt sie. Schon sehr unwirksam, verweist der König die Sache des Müllers von der Küstriner Regierung an das Kammergericht nach Berlin.

Das Kammergericht ist sich der grundsätzlichen Tragweite des von ihm zu fallenden Urteils bewußt. Der Codex Fridericianus und ihr Eid macht es den preussischen Richtern zur Pflicht, durch Kabinettsresolutionen den Lauf Rechts nicht unterbrechen zu lassen. Wiederholt hat der König noch in letzter Zeit, zwischen allem Grollen und Schelten, sich zu dem Grundsatz der Nichteinmischung bekannt, ja seinem „Abjehen“ gegen Mächtsprüche Ausdruck gegeben. Es gilt eine Probe, eine Kraftprobe. Man behandelt also in der Lindenstraße den Fall sehr erhaben, sehr catonisch, aber auch reichlich pedantisch: von dem „sintischen“ Benehmen des Kammergerichtspräsidenten v. Rebeur hat einer seiner Mitarbeiter gesprochen. Statt dem Könige den Tenor der kammergerichtlichen Entscheidung mit einem aufklärenden Bericht, wie der Referent es vorgeschlagen hat, mitzutheilen, findet man ihn mit der kalten Anzeige ab, daß der Senat gesprochen habe. Materiell schließt sich das der neumärkischen Regierung zur Verkündigung zugestellte Urteil dem Borerkenntnis durchaus an und stellt dabei, so doktrinär als möglich, das unbestreitbare Recht des beklagten Landrats zur Anlegung seines Fischteichs als Hauptpunkt hin, die Frage nach dem entstandenen Schaden, die im übrigen verneinend beantwortet wird, als Nebensache.

Der König aber hält unerträglich an der ihm beigebrachten Meinung fest, daß der Müller aufs Trockne gesetzt worden ist, weil der Edelmann das Wasser für seine Karpfenzucht braucht. Der Sachverhalt scheint ihm einfach und über jeden Zweifel erhaben; alle entgegenstehenden Annahmen betrachtet er als „Fischfackereien“, als frivole und brutale Versuche, das Recht zu verdrehen, zu beugen. Er beschließt, ein Exempel zu statuieren. Er läßt die drei Kammergerichtsräte, die ihm als Verfasser des Urteils bezeichnet werden, und den Großkanzler rufen. In seinem Arbeitszimmer auf dem Berliner Schlosse sitzt er am Nachmittag des 11. Dezember 1779, zornig und von der Gicht gefoltert, zu Gericht über die vermeintlich ungetreuen Richter. Ein Protokoll wird aufgenommen, den bestürzten Kammergerichtsräten fehlt es an Geistesgegenwart, auf die ihnen gestellten Fragen kurz zugleich und einleuchtend ihren Standpunkt darzulegen, sie werden gescholten und beschimpft wie überführte Verbrecher, dem Großkanzler, der einen ganz nebensächlichen Punkt durch eine Zwischenbemerkung richtig stellen will, wird mit dem Donnerwort: „Marsch, Seine Stelle ist schon vergeben!“ die Thür gewiesen, die Räte werden aus dem Audienczimmer nach dem Kalandshofe in das gemeine Gefängniß abgeführt. Durch einen Mächtspruch wird das Urteil kassiert, der Müller in seine Mühle wieder eingewiesen, die Teichanlagen des Landrats werden zerstört, er selbst und der Präsident der neumärkischen Regierung, der Sohn des dem König durch Jugendfreundschaft verbundenen Kabinettsministers Finckenstein, abgesetzt.

Tags nach der Entlassung des Großkanzlers fährt die Berliner Gesellschaft in langer Wagenreihe am Schlosse vorüber bei dem Gestürzten auf, um ihm ihre Teilnahme auszudrücken und zugleich den eigenen Freimut zu bekunden. Vor den Fenstern des Königs aber spielt sich auf dem Schloßplatze eine Hulbigung entgegengesetzten Charakters ab: hier drängt sich das Volk, Bauern vom Lande kommen zu Hunderten, um bei dem Schützer der Armut ihre Bittschriften anzubringen. Manche Bürgerhäuser sieht man abends erleuchtet und

mit sinnbildlichen Darstellungen zum Preise des gerechten Königs geschmückt. Vom Kriminalsenat des Kammergerichts verlangt der König ein Strafurteil gegen die in Haft gesetzten Richter. Der Senat legt mit eingehender Begründung dar, daß er keine Schuld an ihnen findet, und der Minister Zedlig als Chef des Kriminaldepartements erklärt dem König, daß er demnach außer Stande sei, „ein kondemnatorisches Urteil wider die in der Arnoldschen Sache arretierten Justizbedienten abzufassen“. Der König sieht sich genötigt, einen neuen Wachtspruch zu fällen: zwei der Richter werden kassiert und zu einjähriger Festungshaft verdammt.

Wer hatte richtig gesehen und erkannt? Die Frage ist bis auf den heutigen Tag umstritten worden. Und doch wird ein Zweifel nicht bestehen können. Die Behauptung des Müllers, daß das Wasser ihm entzogen sei, widerlegte sich durch die Thatsache, daß eine zwischen seiner Mühle und dem berufenen Karpfenteich gelegene Schneidemühle über Wassermangel nicht zu klagen gehabt hat. Dieser Umstand ist in den Urteilsgründen des Obertribunals, das nach dem Thronwechsel von 1786 den Wachtspruch von 1779 außer Kraft setzte, gebührend in den Vordergrund gerückt worden; die vorher mit diesem Mühlenprozeß befaßten Gerichte und mehr noch den Großkanzler Fürst trifft der Vorwurf, daß sie es verjäumt oder verschmäht haben, über diesen entscheidendsten Punkt den König durch einen kurzen, deutlichen Bericht aufzuklären. Auch rächte es sich an ihnen, daß sie, wenn nun einmal das Gutachten eines angebliehen Sachverständigen gegen ihre Auffassung sprach, dem nicht einen anderen Fachmann entgetreten ließen. So haben die Richter von 1779 in ihrem Männerstolz vor Königsthronen nicht geschickt, nicht klug gehandelt, aber untadelhaft, überzeugungstreu, gerecht. Und Zedligens Weigerung, ein Verdammungsurteil über sie zu fällen, wird zu den schönsten Ruhmestiteln seiner trefflichen Verwaltung gezählt werden müssen.

Hätte der König richtig gesehen und richtig entschieden, so wäre es für wahr mit der Justiz in preussischen Landen damals schlecht bestellt gewesen. Friedrich selbst scheint in der Ueberzeugung von der Gerechtigkeit seines Wachtspruchs nicht irre geworden zu sein; aus dem Umstand, daß er die auf die Festung geschickten Richter vor Ablauf des Strafjahres begnadigte, darf das Gegenteil nicht gefolgert werden. Den Glückwunsch, den d'Alembert ihm nach einem Vierteljahr zu seinem Einschreiten für einen armen Landmann abstattete, beantwortete er mit der Bemerkung, die Gesetze seien zum Schutze der Schwachen bestimmt und würden überall befolgt werden, wenn man aufmerksam die ausführenden Organe überwachte.

d'Alemberts philosophischer Kreis, der die Spitzen des gebildeten Paris vereinigte, stellte sich auf die Seite des preussischen Königs; nur einige Justizgrößen bezeichneten die Bestrafung der Berliner Richter als zu rigoros — richterliche Kannibalen, die den Unschuldigen auf der Folter sterben lassen, schalt d'Alembert diese modernen französischen Juristen, während Voltaire mit den Ehrentiteln „Kannibalen“ und „Affen in schwarzer Robe“ abwechselte. Jene Justizmorde in seiner Heimat, über die Voltaire vor ganz Europa Klage erhob, hatten dem noch aller Orten verbreiteten Mißtrauen gegen den Richterstand neue

Nahrung gegeben. Gleichzeitig hatte die von Kaiser Joseph angeordnete Visitation des Weßlarer Reichskammergerichts schwere Schäden aufgedeckt, zur Absetzung mehrerer Assessoren geführt und dem Juden Nathan Aaron die Verurteilung zu sechsjährigem Gefängnis und einer Geldstrafe von einer Viertelmillion Gulden eingetragen „wegen der bei dem Kaiserlichen Reichskammer-Gericht verübten abscheulichen Justiz-Mallereien und Korruptionen“. Es kam die Zeit, wo nach Goethe, dem unmittelbaren Zeugen des über die Weßlarer Justiz verhängten Strafgerichts, „der Theater- und Romandichter seine Bösewichter am liebsten unter Ministern und Amtsleuten aufsuchte“. „Den Schurken, der die Gesetze fälschmünzt und das Auge der Gerechtigkeit überfälschert,“ schalt damals Schiller in seinem Jugendstil den ungerechten Richter, während Goethes Volksbeglückter Breme vor den „aufgeregten“ Bauern dem alten Frijen das Wort in den Mund legt: „Ich weiß wohl, die Reichen haben viele Advokaten, aber die Dürftigen haben nur Einen, und das bin ich.“

Bei dieser Disposition der öffentlichen Meinung sahen die Berliner Juristen, die sich für ihre Ueberzeugung gepfert hatten, ihr Martyrium über die Kreise des preussischen Beamtentums und der hauptstädtischen Gesellschaft hinaus nicht anerkannt. Nicht seine Tapferkeit im Prozeß des Müllers Arnold hat das Kammergericht Friedrichs des Großen bei Mit- und Nachwelt populär gemacht, sondern das tausendmal wiederholte und selbst auf die Bühne gebrachte Gesichtschen, das doch in das Reich der Sage gehört. Denn jener andere Müller, der in der Fridericianischen Ueberlieferung eine Rolle spielt, der Windmüller von Sanssouci, er hat, wie urkundlich feststeht, nie Veranlassung gehabt, das ihm zugeschriebene Wort: „Es gibt noch Richter in Berlin!“ zu sprechen, weil er in seinem Besitz nie bedroht gewesen ist — am wenigsten durch seinen Nachbarn, den Schloßherrn von Sanssouci, der die historische Mühle vielmehr als ein malerisches Anhängsel seines Lustschlosses betrachtete und ihre Unterhaltung sich ein gut Stück Geld kosten ließ.

Hat Friedrich mit seinem Machtpruch in Sachen des Müllers Arnold geirrt, im besten Glauben und aus dem edelsten Beweggrund Unrecht gethan, so hat er in der großen, seit einigen Jahren schwebenden Zukunftsfrage am 11. Dezember 1779 zweifellos die richtige Entscheidung getroffen, indem er zur Leitung seines Justizwesens jetzt endlich Carmer nach Berlin berief. Ganz davon abgesehen, ob die Reformgedanken dieses Mannes in ihrem vollen Umfange zweckmäßig oder ausführbar waren, kam es damals vor allem darauf an, daß ein frischer Zug in das stockende Triebwerk hineingebracht wurde. Die Gefahr einer wohlgeordneten Bureaucratie wird immer sein, daß sie, von der Trefflichkeit ihrer für die nächsten Zwecke zureichenden Einrichtungen eingenommen, sich an dem bestehenden Zustand genügen läßt, durchaus nicht immer aus Bequemlichkeit und Lässigkeit, sondern vielfach aus einer Scheu vor dem Experiment, vor dem Unberechenbaren, das in jeder Neuerung liegt. Carmers großes Verdienst um die Entwicklung des preussischen Rechts ist es gewesen, daß er frischen Mutes und mit fester Hand zugriff, mit einem Wust von Bedenken aufräumte und auch Schärfe und Rücksichtslosigkeit genug besaß, die Gegner seiner Person und seines Werkes, gescheite, selbstbewußte und erbitterte Gegner, beiseite zu

schieben. Daß er dabei für die eigentlich sachmännische Seite seiner Aufgabe an einem Svarez einen unvergleichlich fähigen Mitarbeiter von unermüdlicher Arbeitskraft, tiefgründiger Gelehrsamkeit und vollendeter Kunst der Formgebung fand, war Carmers großes Glück und doch auch wieder sein großes Verdienst. Gewiß ist Svarez der eigentliche Vater des preussischen Allgemeinen Landrechts gewesen, der die von den übrigen Werkgenossen gelieferten Gußstücke miteinander verschmolzen und dem Ganzen das Gepräge seines eigenen Geistes gegeben hat. Aber so wenig wie Svarez könnte man sich Carmer aus der zweiten preussischen Justizreform fortdenken.

Carmers Berufung bedeutete ein Programm. Die formelle Zustimmung der Krone zu seinen Plänen erzielte der neue Großkanzler durch den Erlaß, der am 14. April 1780 die königliche Unterschrift erhielt. Der Reform wurden darin zwei Aufgaben gestellt: Umgestaltung des Prozesses im Sinne der Inquisitionsmaxime, mit der Verpflichtung für den Richter, die Parteien selbst zu hören, und Herstellung eines allgemeinen Gesetzbuches mit subsidiärer Geltung neben den zur Sammlung zu bringenden Provinzial- und Statutarrechten.

Bei der Ausgestaltung seiner Prozeßordnung, deren Entwurf 1781 als Corpus Juris Fridericianum Buch I erschien und die in der 1793 veröffentlichten Allgemeinen Gerichtsordnung ihre endgültige Gestalt erhielt, hat Carmer auf seinen utopischen Lieblingsgedanken, die gänzliche Beseitigung der Advokatur, verzichten müssen, seinen Gegnern zur nicht unberechtigten Schadenfreude. Sonst aber bedeutete diese Reform einen sehr erheblichen Fortschritt, und ein Gewinn auf immer blieb der freie Spielraum, den sie dem Richter bei Erhebung der Beweise, zumal für die Abnahme von Eiden, eröffnete. Bei der Kodifikationsarbeit gelang der große Wurf, nach den Worten eines zuständigen neueren Beurteilers, „zum ersten Mal für Deutschland den Dualismus des römischen Rechtsstoffes und des deutschen und modernen beseitigt und diese Elemente zu einem organischen Ganzen, einem einheitlichen Rechtssystem verbunden“ zu haben. Gleich den ersten Teil des dem Druck übergebenen Entwurfes begrüßte der angesehenste Rechtshistoriker des damaligen Deutschlands, der Göttinger Pütter, mit dem Wunsche, daß daraus ein ähnliches Gesetzbuch für jeden anderen deutschen Staat, „oder warum nicht selbst für ganz Deutschland?“, erwachsen möchte.

König Friedrich hat diesen ersten Teil 1784 mit huldvollen Worten der Anerkennung für Carmers „unermüdeten Dienstleister“ entgegengenommen; an der zweiten, das Jahr darauf ihm vorgelegten Abteilung übte er die eigenhändige Kritik: „Es ist aber sehr dicke, und Gesetze müssen kurz und nicht weitläufig sein.“ Er hielt also an seiner alten Auffassung fest, daß ein gutes Gesetzbuch den höchsten Grad der Gemeinverständlichkeit erstreben, dem Laien einen Wegweiser durch das Labyrinth der überlieferten Rechte bieten und „durch Klarheit und Schärfe der Bestimmungen“ womöglich jeden Anlaß zum Zwist abschneiden müsse.¹⁾ Daß die Verfasser des Landrechts diesem Standpunkt weite Zugeständnisse gemacht, ja die Auffassung des Königs im wesentlichen geteilt haben, daraus

¹⁾ Bd. I, 346.

sind die später oft gerügten Schwächen ihrer Arbeit zum Teil hergestlossen; so die Ausmerzung der lateinischen Kunstausdrücke, ohne daß es gelungen wäre, in das im übrigen anerkannt treffliche Deutsch des Gesetzbuches hinreichend klare und feste Uebertragungen einzufügen; so ferner die allzu feine verzweigte Kasuistik der Paragraphen mit ihrem ausgesprochenen Bestreben, „nicht nur die Begriffe der rechtlichen Gegenstände und Handlungen, sondern auch die daraus herzuleitenden Folgen so viel als möglich durch positive Gesetze zu regeln, um das Schwankende und Willkürliche der Entscheidung möglichst zu verhüten.“

Das „Allgemeine Preussische Landrecht“, wie es 1794 nach dem Tode Friedrichs des Großen Gesetzeskraft erhielt, war nicht ausschließlich ein bürgerliches Gesetzbuch. Es enthielt auch Sätze aus dem Strafrecht, Sätze aus dem Staatsrecht; es umschrieb das Recht der einzelnen sozialen Schichten, der Berufs- und Geburtsstände; es erstreckte sich auch auf das Verhältnis zwischen Kirche und Staat.

Der erste Titel des zweiten Teiles „Von den Rechten und Pflichten der Kirchen und geistlichen Gesellschaften“ darf als die Abstraktion der Friedericianischen Kirchenpolitik bezeichnet werden, auf die wir in diesem Zusammenhang noch einmal geführt werden.¹⁾

Das Verhältnis der preussischen Staatsgewalt zu der katholischen Kirche war während des Siebenjährigen Krieges getrübt worden sowohl durch Beweise von Untreue aus den Reihen der schlesischen Katholiken, wie durch die verletzende Haltung der Kurie.²⁾

Doch ließ der König die nicht treu erfundenen katholischen Unterthanen nicht dauernd seine Ungnade fühlen. Der nach der Schlacht von Leuthen verfügten Aufhebung des Pfarrzwanges, den katholische Geistliche über evangelische Gemeindeglieder ausgeübt hatten, wurde nach Wiederherstellung des Friedens der Stempel einer Strafbestimmung dadurch genommen, daß jetzt nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit auch Katholiken, die in einem protestantischen Kirchspiel eingepfarrt waren, von Stolgebühren und sonstigen Abgaben an Pfarrer und Küster befreit sein sollten. Ein weiteres Entgegenkommen durften die Katholiken darin sehen, daß der König 1772 zu Gunsten der unter protestantischem Patronat stehenden katholischen Kirchen eine Entscheidung traf, wonach ein Gutsbesitzer auf das Kirchenpatronat und die damit verknüpfte Pflicht, das Gotteshaus, allerdings nur in der Höhe der herkömmlichen Lasten, zu unterhalten, nicht verzichten durfte. Und der Besitzstand an gottesdienstlichen Gebäuden nach dem Fuße von 1742 wurde den Katholiken so streng gewahrt, daß auch dann, wenn nur ein einziger Ortsangehöriger katholischen Bekenntnisses noch vorhanden war, die Kirche den Evangelischen gleichwohl nicht eingeräumt wurde; ja der König gebot, daß selbst beim völligen Erlöschen einer katholischen Ge-

¹⁾ Vgl. Bd. I, 402 ff.

²⁾ Vgl. oben S. 159 ff. 209.

meinde ihre Kirche für die künftig sich etwa ansiedelnden Katholiken offen zu halten war.

Auch für die zwischen der weltlichen und geistlichen Gewalt umstrittenen Grenzgebiete, auf die er kraft seiner landesherrlichen Machtvollkommenheit den Fuß gesetzt hatte, ließ Friedrich es sich angelegen sein, die Empfindungen und Empfindlichkeiten seiner katholischen Unterthanen zu schonen. Wenn er nach dem Vorgang von 1744¹⁾ bei Erledigung geistlicher Pfründen an seinem Nominationsrecht grundsätzlich festhielt, so sah er es doch nicht gern, wenn „ohne Not Schwierigkeiten gemacht und die Sachen aufs Aeußerste getrieben“ wurden. Unnachlässig freilich und unbeugbar zeigte er sich nach dem Kriege bei der Forderung, daß in dem von der schlesischen Geistlichkeit zu erneuernden Treueid die Schwörenden ausdrücklich bekennen sollten, sie wollten mit einem Verstoß gegen diesen Eid Vergebung in diesem wie in jenem Leben verwirkt haben. Hier ließ er den Einwand der Breslauer Domherren, daß diese Klausel dem Sakrament der Buße und der priesterlichen Absolution vorgreife, schlechterdings nicht gelten, sondern zwang diese vornehmen Kleriker durch Androhung der Landesverweisung, den von der Mehrzahl der schlesischen Geistlichkeit bereits geleisteten Eid auch ihrerseits abzulegen.

Einen Gradmesser dafür, wie weit der Anspruch der Staatshoheit ohne Gewissenszwang geltend gemacht werden konnte, gab immer das Beispiel der katholischen Staaten. Der König versah den schlesischen Oberpräsidenten Schlabrendorff mit der allgemeinen Anweisung, daß jedes in Frankreich oder einem anderen katholischen Reiche dem Klerus auferlegte Verbot oder Dnus auch auf Schlesien Anwendung zu finden habe. Daraufhin beantragte Schlabrendorff im März 1765, daß in Zukunft nach dem Vorgang eines soeben in Frankreich erlassenen Gesetzes weder Bullen noch Breven des Papstes ohne königliche Einwilligung veröffentlicht werden möchten. Der König war mit dem Vorschlag durchaus einverstanden und hat in der Folge wiederholt päpstlichen Verordnungen sein Placet vor-enthalten.

Papst Klemens XIII., der während des Krieges den Bund der katholischen Mächte gegen den Rezerkönig so freudig gepriesen hatte,²⁾ schwieg zu dem neuen kirchenpolitischen Anspruch der preussischen Krone still. Und wäre es auf ihn allein angekommen, so würde er gern das freundliche Verhältnis wiederhergestellt haben, das vor seiner Erwählung zwischen dieser in Rom noch immer nicht offiziell anerkannten Krone und der Kurie bestanden hatte. Der Nuntius in Warschau hat nicht lange nach dem Hubertusburger Frieden dem preussischen Residenten die freundschaftlichen Gesinnungen des Papstes gegen den König beteuert und bei diesem Anlaß jenes Gerücht von der Verleihung eines geweihten Degens an den Marschall Daun³⁾ mit Nachdruck in Abrede gestellt. Aber der König ließ völlig ablehnend zurückfragen, bei aller Hochachtung für den römischen Stuhl wünsche er mit dessen derzeitigem Inhaber nichts zu schaffen zu haben.

¹⁾ Bd. I, 409.

²⁾ Oben S. 209.

³⁾ Oben S. 209.

Das hinderte nicht, daß Klemens XIII. ein Jahr später bei einem ärgerlichen Zwischenfall in Schlesien durch seine entgegenkommende Haltung den Frieden zwischen Staat und Kirche rettete.

Noch einmal nämlich führte jener unwürdige Prälat einen Konflikt herbei, dessen Erhebung vor mehr als 20 Jahren bei der Kurie auf so lebhaften Widerspruch gestoßen war. Fürstbischof Schaffgotsch, seit 1757 in des Königs Augen ein Verräter, hatte zu Ausgang des Krieges um seine Aufnahme in die durch den Friedensvertrag vorgesehene Amnestie gebeten, da sein Verhalten zwar nicht von Uebereilung, aber doch von Böswilligkeit frei geblieben sei; er hatte kennzeichnenderweise sein Gnadengesuch mit einem Akt der Simonie verbunden, indem er für den Fall seiner Wiedereinsetzung dem Minister Schlabrendorff eine jährliche Pension von 1000 Dukaten anbot. Der König ließ den Bestechungsversuch auf sich beruhen und beauftragte Schlabrendorff, dem reuigen Sünder die Begnadigung anzukündigen; aber nie sollte Schaffgotsch noch einmal wagen, an den König zu schreiben oder an demselben Ort mit ihm zu verweilen. Dem um so sicherer vorzubeugen, wurde ihm, eine anständige Form der Einschließung, die Stadt Oppeln als beständiger Aufenthaltsort angewiesen. Die Verweisung des Bistums verblieb wie bisher dem Weihbischof und Generalvikar Strachwitz. Lange jedoch hielt es der Heimgekehrte im kleinen Oppeln nicht aus. Im Frühling 1766 flüchtete er ins österreichische Schlesien auf sein Schloß Johannesburg. Die dem Generalvikar erteilten Vollmachten zog er zurück; der König aber untersagte dem Domkapitel jede Verbindung mit dem entwichenen Bischof, der nicht anders zu betrachten sei, „als ob er mit Tode abgegangen wäre“. Da stellte sich nun die Kurie ohne Zögern auf die Seite des Landesherren, indem sie Strachwitz, seinem Antrag gemäß und mit Hinweis auf das an das Domkapitel ergangene königliche Gebot, zum apostolischen Vikar in dem preussischen Teile des Bistums Breslau ernannte.

Wie hätte auch Klemens XIII. auf diesem Außenposten seines geistlichen Machtgebietes einen Kampf mit der protestantischen Staatsgewalt suchen sollen, zu einer Zeit, wo die katholischen Fürsten des romanischen Europas bereits auf der ganzen Linie den Sturm auf gegen die Burg der Hierarchie begonnen hatten. Der häusliche Streit innerhalb der katholischen Christenheit war für die Kirchenpolitik der protestantischen Staaten ein Gewinn.

So wurde es für Preußen gleichgültig, ob einer von den Heißspornen, den „Zelanti“, oder ein „Regalist“, ein Opportunist, den Stuhl Petri einnahm. Als Klemens XIII. 1769 in dem Augenblicke, da ihm seine gekrönten Gegner die schwerste Demütigung bereiten wollten, gestorben war, sah König Friedrich der Wahl des Nachfolgers, „den der heilige Geist und die Könige von Frankreich und Spanien dem Konklave bezeichnen würden“, mit voller Seelenruhe entgegen.

Ganganelli, der aus dieser Wahl als der Vertrauensmann der bourbonischen Kronen hervorging und sich Klemens XIV. nannte, suchte für die Beziehungen zu Preußen auch das persönliche Verhältnis wiederherzustellen, das einst Venedikt XIV. gepflegt hatte. Von diesem Vorgänger, sagte er dem Abbé Ciofani, Friedrichs Agenten in Rom, habe er die Verehrung für den preussischen König geerbt;

denn Benedikt habe ihn immer Friedrichs Zuschriften lesen lassen, und oft hätten sie beide in vertrautem Gespräch die großen und heroischen Tugenden dieses Königs bewundert, die jetzt ganz Europa anerkenne. Das aufmerksame Entgegenkommen, das man in der Grafschaft Glatz dem Vikar des Erzbischofs von Prag auf seiner Visitationsreise durch diesen Teil des Prager Sprengels gezeigt hatte, veranlaßte den Papst zu einem Schreiben an den Erzbischof, das ihm empfahl, durch Dankbarkeit für so große Wohlthat immer größeres Wohlwollen für sich und die Seinen bei dem Fürsten jenes Landes zu verdienen.

Gerade unter dem kurzen Pontifikat Klemens' XIV. sollte nun aber die preussische Regierung zu einem Wahrspruch der Kurie von unermeßlicher Bedeutung sich in offenen Widerspruch setzen: zu der Bulle Dominus ac redemptor, welche die Gesellschaft Jesu aufhob und vertilgte.

Was Friedrich von den Jesuiten hielt, haben wir von ihm selbst gehört.¹⁾ Sie galten ihm an sich unter allen Mönchen als die gefährlichsten. Aber zugleich hatten sich ihm die französischen Jesuiten, die er zum Gegengewicht gegen die schlesischen, die Fanatiker für Oesterreich, an die Universität Breslau gezogen hatte, als brauchbar für die Aufgaben des Unterrichts bewährt. Nur sind ihrer nie mehr als fünf gewesen, und im Laufe des Krieges sind sie samt und sonders davongegangen. Friedrichs Abneigung gegen den Orden wuchs damals. Als in Portugal die Austreibung verfügt war, schrieb er 1761 aus dem Bunzelwitzer Feldlager an d'Argens: „Ich erwartete nicht, die Jesuiten verfolgt zu sehen. Man würde gut thun, diesen Orden aus der Welt zu schaffen, wie man es mit den Templern mit weniger Gerechtigkeit gethan hat. Es gibt in Schlesien viel von dieser Saat. Ich möchte sie nach dem Beispiel der Katholiken abschaffen können. Vielleicht fasse ich mir ein Herz und mache es ihnen nach.“ In der That hat er im Augenblicke des Friedensschlusses sich von Schlabrendorff für ihre Ausweisung einen Plan ausarbeiten lassen. Und als 1765 der Papst noch einmal für sie eintrat, verweigerte der König der Bulle sein Placet: „nicht aus Liebe zu Calvin,“ so schrieb er damals an d'Alembert, „sondern um ein schädliches Ungeziefer im Lande nicht noch mehr zu fördern, das früher oder später das ihm in Frankreich und Portugal schon bereitete Los auf sich nehmen wird.“ Noch 1767, als Spanien den beiden Nachbarreichen sich angeschlossen, beglückwünschte er d'Alembert: „Es leben die Philosophen! Also die Jesuiten aus Spanien vertrieben! Der Thron des Aberglaubens ist unterhöhlt, im kommenden Jahrhundert wird er zusammenbrechen.“

Dann aber änderte er plötzlich seine Sprache, seine Ansicht. Indem er feststellt, daß die Jesuiten jetzt aus der Hälfte von Europa und selbst aus Paraguay verjagt sind, und nicht dafür einsteht, was ihnen beim Tode der Kaiserin in Oesterreich geschehen mag, erklärt er am 7. Januar 1768 demselben d'Alembert: „Was mich anbetrifft so werde ich sie dulden, solange sie sich ruhig verhalten und niemand erwürgen wollen.“ So sehr er Keger sei, schreibt er wenige Wochen später, so werde er sich wohl hüten, das Beispiel der katholischen Mächte, die zum Zeitvertreib gegen die armen Jesuiten Krieg

¹⁾ Bd. I, 413.

führten, nachzuahmen: „Ich werde diesen Orden in Ruhe lassen, solange er sich nicht in die weltliche Gewalt einmischen oder mich und die Meinen erwürgen will. Man unterhält im Zirkus für die Tierkämpfe Tiger und Löwen, warum sollte man nicht auch Jesuiten dulden? Das geselligste unter allen Wesen muß sich mit allen anderen vertragen, und man kann mit Jesuiten, Bonzen, Talapoins, Imams und Rabbinern leben, ohne sie zu beißen oder von ihnen aufgefressen zu werden.“ Dabei blieb er. Als die katholischen Höfe ihr geistliches Oberhaupt ungestümer bedrängten, ließ er im Sommer 1770 in Rom den Wunsch aussprechen, daß eintretenden Falls die Jesuitenkollegien in Preußen von der Auflösung ausgenommen werden möchten. Wie aber hätte solchem Wunsch, wenn einmal zum Äußersten geschritten wurde, sich willfahren lassen! Die Vertilgungsbulle erschien, ohne Vorbehalte und Ausnahmen, und der König von Preußen verbot in seinen Landen ihre Bekanntmachung. Hätte es von ihm abgehungen, so hätte der Jesuitengeneral bei ihm eine Zufluchtsstätte suchen dürfen.

Friedrichs Beweggründe liegen klar zu Tage. Das Jahr zuvor, ehe er sich bei Klemens XIV. für die preußischen Jesuiten verwandte, hatte er von dem Augustinerabt Felbiger einen eingehenden Bericht über das schlesische Schulwesen entgegengenommen, und Felbiger hatte es als notwendig bezeichnet, die Gymnasien der Provinz in den Händen der unentgeltlich unterrichtenden Jesuiten zu lassen, da andere taugliche Lehrkräfte ebensowenig vorhanden seien, als Geldmittel zu ihrem Unterhalt. Doch riet er, diese Anstalten unter Staatsaufsicht, unter einen nicht dem Orden angehörigen Kurator zu stellen. Noch weniger wäre für die Universität Breslau, die einzige Bildungsstätte in Preußen für katholische Theologen, Rat zu schaffen gewesen, wenn man die Jesuiten verlor. Der Satz, den der König anfänglich nur im Scherz, unter einer Anzahl anderer paradoxer Thesen, gegen d'Alembert vertrat: „daß die Gesellschaft Jesu den Staaten nützlich ist“ — der gewann jetzt für ihn unter jenem Gesichtspunkte eine bedingte Wahrheit. Er glaubte prophezeien zu dürfen, daß auch anderwärts, auch in Frankreich die Jesuiten als Lehrer nicht leicht zu missen seien. Und hatte er früher Anlaß gehabt, sie als gefährlich anzusehen, so schien es ihm jetzt damit keine Not zu haben: „Der Cordelier Ganganelli hat ihnen die Krallen gestulzt und das Gebiß ausgerissen und sie in einen Zustand versetzt, wo sie weder krähen noch beißen können.“ Er unterschätzte die Zähigkeit dieses Ordens, wie er die Lebenskraft des Papsttums unterschätzte, wenn er die Zeit des Verfalles für die Macht, welche die Nachfolger Petri sich angemacht hätten, nahe herbeigekommen glaubte und bald schon die Mönche aus der Klosterzelle in die Welt zurückkehren sah.

Ein d'Alembert teilte diese Zuversicht nicht. „Wenn alle Fürsten Friedriiche wären,“ meinte er, „so wollte ich Europa mit Jesuiten gepflastert sehen, ohne sie zu fürchten oder mich um sie zu sorgen; aber die Friedriiche gehen, und die Jesuiten bleiben.“

Außer dem für ihn bereits durchschlagenden Zweckmäßigkeitsgrund, aus dem der König von Preußen seine Jesuiten nicht fallen ließ, stimmten ihn noch andere Erwägungen jetzt ihnen günstig. Von dem Augenblicke an, da sie, die alten Kampfhähne und Verfolger, die Verfolgten und Verfemten geworden waren und nun gegen die einzelnen mit Härte, ja mit Grausamkeit vorgegangen

wurde, empörte sich in Friedrich sein Duldsamkeitsünn. Er sah in diesem Kesseltreiben nur eine neue Bethätigung des Verfolgungseifers derselben katholischen Höfe, die einst um der Religion willen ihre fleißigsten Untertanen über die Grenze oder auf den Scheiterhaufen getrieben hatten.

Als d'Alembert daran erinnerte, aus des Königs eigenem Munde von der Untreue der schlesischen Jesuiten gehört zu haben, antwortete Friedrich, das sei richtig: „Aber bedenkt das Wesen der Milde: man kann diese bewundernswerte Tugend nur üben, wenn man beleidigt gewesen ist, und Ihr Philosophen dürft mir nicht vorwerfen, daß ich die Menschen mit Güte behandle und die Menschlichkeit unterschiedslos gegen alle meine Mitmenschen übe, welcher Religion und welcher Gemeinschaft sie angehören mögen. . . . Verschuldigen Sie mich zu großer Toleranz, ich werde mich dieses Fehlers rühmen: es wäre zu wünschen, daß man den Souveränen nur solche Fehler vorwerfen könnte.“

Wenn endlich das Haus Bourbon, das den großen Feldzug gegen den Orden leitete, im europäischen Staatensystem derzeit auf der antipreußischen Seite stand, so hatte es für den preußischen König einen eigenen Reiz, als „Erjesuit von Sansfouci“, wie er sich jetzt nannte, den bebrängten Vätern gegen ihre und seine Feinde das Widerspiel zu halten, gegen eben diese Höfe, die der Orden durch seine Weichtiger bis vor kurzem beherrscht hatte.

Gegen die bourbonischen Höfe nicht ohne auftrumpfende Gereiztheit, ging doch Friedrich mit seinem Jesuitenschuß nicht zugleich darauf aus, auch der Kurie einen Tott anzuthun, etwa aus Empfindlichkeit, wie wohl angenommen worden ist, wegen der andauernden Vorenthaltung des königlichen Titels von Preußen. Die hat nur seine Minister, nicht aber ernstlich ihn selber bekümmert. Er wußte sehr wohl, daß der Vatikan mit dem Anathema gegen seine alte „Leibgarde“ nicht dem eigenen Triebe, nur der Not gehorchte. Zwar Ganganelli, durch seine eigene Bulle gebunden und in einen scharfen persönlichen Gegensatz gegen den Orden gebracht, konnte nicht mit sich handeln lassen. Aber der zweite Papst nach ihm hat die Gesellschaft Jesu wiederhergestellt, und schon sein unmittelbarer Nachfolger Pius VI. hat ihre verstreuten Ueberbleibsel begünstigt, soweit er es ohne offenen Bruch mit ihren weltlichen Verfolgern konnte. So ist der König von Preußen mit diesem Papst schnell zu einem Verständnis gekommen. Durch eine Verfügung des Kardinals Rezzonico an den Weihbischof von Breslau erklärte sich Pius VI. damit einverstanden, daß den Priestern des vertilgten Ordens in Schlesien unverboden sein solle, das Weichtsakrament zu versehen, zu predigen, die Jugend zu unterweisen und jedes andere Werk der Frömmigkeit zu verrichten; indes nur als Individuen und der bischöflichen Jurisdiktion unterworfen, nicht als Glieder eines geistlichen Ordens. Mit diesem Ausgleich war allen Theilen genügt. Die Kurie wahrte den bourbonischen Kronen gegenüber den Schein. Die bischöfliche Gewalt, der peinlichen Wahl zwischen dem Gehorsam gegen Rom und der Ungnade des Königs überhoben, sah sich ausdrücklich ermächtigt, dem Nachwuchs der angeblich vertilgten Gemeinschaft die Weihen zu erteilen. Die Patres lebten in ihren Ordenshäusern nach wie vor bei einander und setzten ihre gewohnte Thätigkeit fort, nur daß sie ihre Ordensstracht ablegen und sich Geistliche des königlichen Schulinstituts nennen mußten. Der Staat endlich sah

die Lehrkräfte erhalten, die ihm unentbehrlich schienen, und gewann zugleich die unmittelbare Leitung des Unterrichts und die Verwaltung der Einkünfte: Ordensgeneral war jetzt der König oder sein schlesischer Justizminister. Umfang und Bedeutung der Neuordnung hat der König in dem Kabinettsbefehl, durch den er den schlesischen *modus vivendi* auf Westpreußen ausdehnte, scharf umschrieben: „Ihre Bezeichnung als Jesuiten, ebenso wie ihr Habit, sind Dinge, die ich gern dem Willen des Papstes opfern kann. Aber für das Wesentliche muß ihr Institut intakt bleiben und auf demselben Fuße wie in Schlesien.“

Er war also mit dem Ergebnis sehr zufrieden. Einen neuen Erfolg über die Kurie hatte er einige Jahre später zu verzeichnen; sie wich auf dem vielumstrittenen Gebiet der gemischten Ehen einen weiteren Schritt zurück.

Die Haltung der katholischen Kirche gegenüber den Ehen zwischen Katholiken und Protestanten war in jenem Jahrhundert nachsichtig. Man setzte solchen Verbindungen in Gegenden, wo nach der kuralen Sprachweise die Kezerei ungestraft grassierte, eine Schwierigkeit kaum entgegen; die Bischöfe von Breslau erteilten den Dispens für das Ehehindernis verschiedener Religion, ohne Anfrage bei der Kurie und ohne auf die Zusage katholischer Kindererziehung zu bestehen; man fügte sich dem von Staats wegen aufgestellten Grundsatz, daß die Söhne aus gemischten Ehen der väterlichen Konfession, die Töchter der mütterlichen zu folgen hatten. Nur wenn bei Mischehen noch das besondere Hindernis kanonisch un-erlaubten Verwandtschaftsgrades vorlag, ergaben sich Anstände zwischen der Kirche und der Staatsgewalt. Benedikt XIV. hatte der bischöflichen Entscheidung auch in dieser Beziehung Spielraum gelassen; Klemens XIV. und Pius VI. stellten sich indes auf den Standpunkt, daß ein Dispens *a gradibus* nur vom Papst selber und nur dann gewährt werden könne, wenn der nichtkatholische Teil vor der Eheschließung seinen Uebertritt erkläre. Darin sah die preußische Regierung den Versuch der Proselytenmacherei, eine Schädigung der Religionsfreiheit. Nach längerer Verhandlung wirkte endlich die Drohung des Königs, daß er in solchen Fällen, bei fortgesetzter Weigerung der geistlichen Behörde, die Brautleute durch einen protestantischen Pfarrer trauen lassen werde. Der Papst ließ sich 1777 herbei, dem Breslauer Weihbischof eine bedingte Vollmacht für Dispense zu geben, die er selbst, wie er erklärte, wohl duldbenden, obgleich unwilligen Geistes ertragen, nicht aber durch einen Akt seiner Autorität gutheißen könne. Ausdrücklich aber hat Pius VI. bei diesem Anlaß mit warmen Lobeserhebungen die den preußischen Katholiken gewährte schirmende Huld anerkannt.

Bald sollte sich dieser Papst dem preußischen Könige noch zu größerem Dank verpflichtet sehen. Auch für ihn kamen die Tage der Heimsuchung, wie für seine beiden Vorgänger. In Oesterreich schob Joseph II. die Grenzen der Staatsgewalt gegen das geistliche Gebiet weit vor und begann sein Säkularisationswerk, das die Zahl der Klöster und das Besitztum der verschont gebliebenen so gewaltig beschränkte. Vergebens entschloß sich der Papst, „der Abt aus dem Süden“, wie man in Wien spottete, zu einem Bittgang nach Wien, der Kaiser hielt auf dem einmal betretenen Wege nicht ein. „Wenn Braschi unfehlbar wäre,“ hatte König Friedrich vorausgesagt, „so würde er nicht die Dummheit begehen, einen ebenso unnützen wie unpassenden Schritt zu thun.“ Man mußte,

meinte er, um Friedrich II. und Heinrich IV. zu rächen, dem Papst in Wien einen Empfang bereiten, wie einst dem Kaiser zu Canossa: „Rom, das herrliche Rom, unterliegt seinen auffässigen Kindern, die ihm den Gehorsam verweigern, die Kuttenträger entfloßern, ihre Güter sich aneignen und das Joch des Fegefeuers frech abschütteln, und allerorten schreien die Ketzer: wir haben es ja gesagt, daß die babylonische Dirne nicht unfehlbar ist!“

In seiner Eigenschaft als Ketzer, die er gern betonte, mit dem Niedergang des Papsttums, der Demütigung des „Vicegotts von den sieben Bergen“ nicht unzufrieden, mußte er als Politiker alsbald diesen Vorgängen einen Vorteil nach der entgegengesetzten Seite abzugewinnen. Für die endgültige Befestigung der preussischen Herrschaft in Schlesien konnte nichts ihm willkommener sein, als die Drangsale des Klerus in dem katholischen Nachbarreiche, über dessen Grenzen viele der schlesischen Katholiken noch immer hinausgeschaut hatten. Jetzt endlich, nach vierzig Jahren, wurden auch sie innerlich für Preußen gewonnen, als der König am 26. August 1782 bei seinem Besuch in Breslau durch den Weihbischof der gesamten Geistlichkeit bekannt geben ließ, daß kein Stift oder Kloster eine Mehrbelastung oder gar die Aufhebung zu befürchten haben solle, „solange sie sich wie treue und redlich gefinnte Unterthanen verhielten“. Mit aufrichtiger Freude bekannte der Weihbischof in seinem alsbald erlassenen Hirtenbriefe: „Ist mir mein bischöfliches Amt je süß und leicht vorgekommen, so ist es gewiß in dem Augenblick, wo ich insonderheit denen sämtlichen Stiftern und Klöstern diese väterlichen Gefinnungen Seiner königlichen Majestät verkünden kann.“

So waren die konfessionellen Gegensätze in Schlesien zu Ausgang der Regierung des ersten preussischen Herrschers ausgeglichen. Alle Schlesier, ob evangelisch oder katholisch, waren gute Preußen geworden.

Den evangelischen Kirchengemeinschaften gegenüber bot sich der Staatsgewalt nur sehr selten Anlaß zum Eingreifen. Die Zeiten waren vorüber, da der reformierte Landesherr mit dem Mißtrauen und Uebelwillen der Lutheraner zu kämpfen gehabt hatte. Auch war es nicht mehr nötig, zwischen den beiden protestantischen Kirchen häuslichen Frieden zu gebieten; die einst so beliebten Kontroverspredigten über die Unterscheidungslehren kamen immer mehr in Abnahme, wie überhaupt das Schelten und Poltern auf der Kanzel. Die Geistlichkeit im pommerischen Stargard zog sich 1749 einen scharfen Verweis aus dem Kabinet zu, als es noch einmal vorgekommen war, daß Gemeindeglieder wegen ihrer freien Richtung öffentlich in der Kirche gescholten und im Tode vom Friedhof ausgeschlossen wurden. Auch innerhalb des geistlichen Standes ließ man den freisinnigen, ja freigeistigen Köpfen weiten Spielraum. Eine Beschwerde des ostpreussischen Konsistoriums über eine Abhandlung des Königsberger Oberhofpredigers und Generalsuperintendenten Stark, der zugleich Professor an der Albertina war, wurde 1776 als „Ketzerlage“ abgewiesen, da der Verfasser das, „was er einem gelehrten Publikum zur Erweckung weiteren Nachdenkens als Schriftsteller sage“, von dem zu scheiden wissen werde, „was von ihm als Prediger seiner Gemeinde zu lehren nützlich sei“. Das Berliner Oberkonsistorium beanstandete einige Jahre später die „Sittenlehre für alle Menschen ohne Unterschied der Religion“ von jenem märkischen Prediger Schulz, der zum Entsetzen

der Zionswächter als der erste mit dem Zopf statt in der Perücke die Kanzel bestieg. Nun hatte dieser Verfasser an des Königs Abhandlung „Ueber die Selbstliebe als Grundsatz der Moral“ angeknüpft, und als Friedrich dem „Zopfschulzen“ in einem Kabinettschreiben vom 5. Dezember 1783 seinen Dank dafür ausgesprochen „daß Ihr in Eurer Sittenlehre Meinen vorgeseichneten Plan weiter auszuführen gesucht habt“, da mußte die geistliche Behörde wohl oder übel den Rückzug antreten. Ja, der Minister Zebbig erhob die volle Ungebundenheit des kirchlichen Lehramts zum Grundsatz, wenn er als resoluter Jünger der Aufklärung bei diesem Anlaß ausdrücklich erklärte, daß das Konsistorium nur darüber zu wachen habe, ob der Seelsorger seine Gemeindeglieder zu gutgesinnten Menschen bilde und mit eigenem guten Wandel ihnen vorangehe.

Andererseits wollte der König seitens der Geistlichen alles vermieden sehen, was bei ihren Pfarrkindern Anstoß erregen, altüberlieferte und eingewurzelte Anschauungen, auch wenn es seiner eignen Meinung nach Vorurteile waren, verletzen konnte. Als 1781 in der Hauptstadt die Geistlichkeit im Einverständnis mit dem Konsistorium ein neues Gesangbuch einführte, baten vier Berliner Gemeinden den König, sie in ihrer freien Religionsübung gegen die schriftwidrigen Neuerer, die sich klüger dünkten als die Apostel und Luther, huldreichst zu schützen. Der König antwortete ihnen, daß er es sich zum unveränderlichen Gesetz gemacht habe, jedem Unterthanen völlige Freiheit zu lassen „zu glauben und seinen Gottesdienst zu halten wie er will, nur daß seine Lehrsätze und Religionsübungen weder der Ruhe des Staats, noch den guten Sitten nachtheilig sein müssen“. So solle auch in Ansehung des Katechismus und des Gesangbuchs kein Zwang herrschen. Allerdings gab der Schluß des Bescheides der frommen Einfalt zu verstehen, daß vermutlich das neue Gesangbuch verständlicher, vernünftiger und dem wahren Gottesdienst angemessener sein werde, weil so viele andere Gemeinden ihm den Vorzug gegeben hätten. Und in einer eigenhändigen Nachschrift vermochte der Monarch zum großen Schmerz der glaubenseifrigen Bittsteller den Spott nicht zu unterdrücken, es stehe einem jeden frei zu singen: „Nun ruhen alle Wälder und dergleichen dummes und thörichtes Zeug mehr.“ Jetzt brauchten sie für den Spott nicht zu sorgen:

Er ließ uns alle Freiheit, selbst
Die Freiheit, dumm zu sein!

verkündete der Welt Friedrichs alter Bewunderer Gleim. Bald darauf begann in zwei anderen Gemeinden derselbe Streit um das Gesangbuch, und diesmal erklärte sich der König noch entschiedener für die orthodoxen Gemeindeglieder und gegen die rationalistische Geistlichkeit: „die Herren Priester oder Kathederredner, wer sie sind, haben nichts zu befehlen, sondern nur an Christi Statt zu bitten, d. h. schriftmäßig, nicht als die über das Volk herrschen.“ Seinen eigenen Summepiskopat, wie es sein zweiter Nachfolger gethan hat, zur Einführung liturgischer Neuerungen zu benutzen, hätte ihm völlig fern gelegen.

So wollte er auch bei der Wahl der Pfarrer die Wünsche der Gemeinden möglichst beachtet sehen. „Gute Mores ist das erste vor einem Dorfpriester, und wenn er den Bauern gefällt, so muß man sie nicht chicanieren,“ lautete eine

seiner Entscheidungen, und dieses sein „bei Predigerwahlsachen den Gemeinden keine Schicanen machen!“ hat er den Behörden unzählige Male eingeschärft.

Den Sektierern gegenüber wurde das Verfahren beobachtet, daß man sie als Zuwanderer willkommen hieß und da, wo sie bereits angefesselt waren, anerkannte, daß man aber ihrer Propaganda steuerte und deshalb Profelyten von den der Stammgemeinde erteilten Rechten ausschloß. Die 18 Mennonitengemeinden, die man in Westpreußen vorfand, durften sich von der Wehrpflicht mit Geld ablösen. Den vordem aus Polen nach Preussisch-Litauen geflüchteten Antitrinitariern erlaubte der König 1776, ihrem Bethaus die Gestalt einer Kirche zu geben. Schlessien öffnete sich nach der preussischen Besitzergreifung Schwentfeldern und Husiten. Die Herrnhuter, dem Könige wegen ihrer schwärmerischen Richtung persönlich widerwärtig — eine miserable Sekte hat er sie genannt — erfreuten sich auf ihren Niederlassungen in Schlessien und in und bei Berlin ihrer drei im Lauf der Jahre erworbenen Generalkonfessionen. Als ein paar Herrnhuter in einem Mahnschreiben den König zu bekehren suchten, äußerte er: „Man muß den Leuten höflich antworten, sie meinen es nur gut mit mir.“

Wenn er beim Regierungsantritt gesagt hatte, er werde Türken und Heiden, wenn sie das Land bevölkern wollten, Moscheen bauen, so hat er nach der Erwerbung von Westpreußen in der That eine Zeit lang sich darum bemüht, Tataren als Ansiedler für die neue Provinz zu gewinnen.

Das Wort des alten Königs: „Ein jeder kann bei mir glauben, was er will, wenn er nur ehrlich ist,“ hat in der Gesetzesprache des Allgemeinen Landrechts die Prägung erhalten: „Jedem Einwohner im Staate muß eine vollkommene Glaubens- und Gewissensfreiheit gewahrt bleiben.“ Ganz den Grundsätzen Friedrichs entsprachen aber auch die kirchenpolitischen Schutzwahren, mit denen der Staat sich umgab, indem das Landrecht jede Kirchengemeinschaft verpflichtete, ihren Mitgliedern neben der Ehrfurcht gegen die Gottheit „Gehorsam gegen die Gesetze, Treue gegen den Staat und sittlich gute Gesinnungen gegen ihre Mitbürger einzuflöschen“, und indem andererseits das Recht, dem zuwiderlaufende Religionsgrundsätze zu verwerfen und an der Ausbreitung zu verhindern, ausschließlich dem Staate vorbehalten wurde.

Und so begegnen wir auf Schritt und Tritt in den das Gebiet des allgemeinen Staatsrechts berührenden Abschnitten des Landrechts den von Friedrich aufgestellten und angewandten Regierungsmaximen. Wir kennen bereits das Ideal des fridericianischen Ständestaates: wie in dem alten Preußen, nachdem der Absolutismus mit den politischen Ansprüchen des Ständetums auf Mitregierung gründlich ausgeräumt hatte, doch die Gliederung der Gesellschaft eine ständische geblieben war; wie Geburtsstände mit den Berufs- und Erwerbsständen sich decken sollten; wie jedem Stand sein Platz angewiesen, sein Wirkungskreis scharf abgegrenzt, seine Leistungen für das Gemeinwesen genau vorgeschrieben waren; wie zwischen Stadt und Land eine tiefe Kluft lag; wie der ländliche Besitz in seinem Bestand erhalten bleiben sollte und wieder der bäuerliche und der adelige Besitz jeder in dem seinen; wie also der Bauernstand in seinem Besitz geschützt

wurde gegen das Bauernlegen der Herren und der ritterschaftliche Besitz abgesperrt wurde gegen die Anziehungskraft des bürgerlichen Kapitals; wie der Bürgerstand mit seinen schnell sich vermehrenden Mitteln immer wieder auf Industrie und Handel, womöglich Großhandel, hingewiesen wurde; wie dies Steuerwesen und das Heerwesen durchaus diese ständische Gliederung voraussetzten; wie der eigentliche Kern der Truppen der Bauernstand, und die Substanz des Offiziercorps der Adel war; wie man den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht der städtischen Industrie zuliebe durchbrochen hatte. Dieser altüberlieferten, und durch die Verwaltungskunst des modernen Absolutismus sorgsam gepflegten und planvoll ausgebildeten ständischen Gesellschaftsordnung, diesem wohlbedachten „System politischer Arbeitsteilung“, von dem treffend gesprochen worden ist, hat das Landrecht gleichsam den Schlüsselstein eingefügt, die gesetzliche Anerkennung verliehen und damit Aussicht und gewissermaßen Anspruch auf dauernde Gültigkeit gegeben — und das in dem Augenblicke, da in Frankreich der Baum des Feudalismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet wurde. „Personen, welchen vermöge ihrer Geburt, Bestimmung oder Hauptbeschäftigung gleiche Rechte in der bürgerlichen Gesellschaft beigelegt sind, machen zusammen einen Stand des Staates aus,“ so lautet einer der ersten Paragraphen des Landrechts, und auch die äußere Anordnung des Stoffes hat sich diesem ständischen Prinzip anbequemen müssen, in der Aneinanderreihung der Titel des zweiten Buches: „Vom Bauernstande“, „Vom Bürgerstande“, „Von den Rechten und Pflichten des Adelsstandes“, wo nun das ganze Handels-, Wechsel-, See- und Versicherungsrecht sich gefallen lassen mußte, in den Titel „Vom Bürgerstande“ eingezwängt zu werden. Wird doch auch, wieder ganz in Friedrichs Sinne, dem Adel, dem „ersten Stande“ ausdrücklich die vorzügliche Berechtigung zu den Ehrenstellen im Staate zugesprochen,¹⁾ allerdings unter der Voraussetzung, daß er sich dazu geschickt gemacht habe, und unter dem Vorbehalt, daß dem Landesherren die Beurteilung der Tüchtigkeit und die Auswahl unter mehreren Bewerbern unbenommen sein solle.

Um so moderner klingt daneben jene Bestimmung, auf die sich 100 Jahre später der große Bahnbrecher unserer heutigen sozialpolitischen Gesetzgebung berufen hat: die Verkündung des Rechtes auf Arbeit. Nachdem die Verpflichtung des Staates zur Ernährung und Verpflegung derjenigen Bürger ausgesprochen ist, „die sich ihren Unterhalt nicht selbst verschaffen können“, fährt das Landrecht fort: „Diejenigen, welchen es nur an Mitteln und Gelegenheit, ihren und der Ihrigen Unterhalt selbst zu verdienen, ermangelt, sollen Arbeiten, die ihren Kräften und Fähigkeiten gemäß sind, angewiesen werden.“ Friedrich hat das große Problem nicht als schwierig betrachtet. Der Behauptung des radikalen Holbach, daß das Elend die Ursache der meisten Verbrechen sei, hielt er die Worte entgegen: „Es gibt kein Land, wo jeder, der nicht faul oder nichts nutzig ist, durch seine Arbeit nicht genügenden Lebensunterhalt fände.“ Einer verhungierenden Familie würde er das Recht auf Diebstahl zustehen.

Friedrich hat die Aufgabe des Arbeiterschutzes mit Erfolg in Angriff genommen durch Neuordnung des Verhältnisses zwischen den industriellen Unter-

¹⁾ Vgl. oben S. 393; Bb. I, 360.

nehmern und den Arbeitern, das einer scharfen, jenen ebenso lästigen wie diesen nützlichen Staatsaufsicht unterworfen wurde, um sowohl ausbeuterischem Druck auf die Löhne wie willkürlichen Entlassungen einen Kiegel vorzuschieben. Damit und mit gelegentlicher Veranstaltung von Notstandsarbeiten war bei der niedrigen Bevölkerungsziffer und bei den einfacheren wirtschaftlichen Verhältnissen jener Zeit schon viel erreicht.

In einer Richtung aber sind die Verfasser des Allgemeinen Landrechts von den Pfaden ihres Herrn und Meisters abgewichen.

Das liberale preußische Beamtentum aus Friedrichs Schule hatte noch einen anderen Lehrgang durchgemacht. Man bekannte sich zu Montesquieu, zu dem „Geist der Gesetze“, zu dem Grundsatz von der Teilung der Gewalten. Svarez hat 1791 als Lehrer des damaligen Kronprinzen, des späteren Königs Friedrich Wilhelm III., den Grundsatz aufgestellt und als die Schutzwehr der bürgerlichen Freiheit eines preußischen Unterthanen bezeichnet, daß der Souverän, der Träger der ganzen gesetzgebenden Gewalt des Staates, nicht auch die richterliche Gewalt an sich nehmen dürfe. Er hat gleichzeitig in einem vor der Berliner Mittwochsgesellschaft gehaltenen Vortrag seinem allgemeinen Gesetzbuch die Aufgabe zugewiesen, in einem Staat ohne Grundverfassung eine solche gewissermaßen zu ersetzen. Auch Kirchheim, der Präsident des Kammergerichts unter Friedrich Wilhelm II., bekannte sich zu dem Montesquieuschen Satze, daß der Fürst wohl in despotischen, aber nicht in monarchischen Staaten richten dürfe, weil sonst die „Verfassung“ zerstört und eine notwendige „Mittelgewalt“ aufgehoben würde. So ganz nahmen diese preußischen Juristen für ihre Tribunale die Stellung jener „intermediären Gewalten“ Montesquieus in Anspruch, die Stellung, um welche die höchsten Gerichtshöfe des alten Frankreichs, die Parlamente, unter Ludwig XV. so hartnäckig gekämpft haben. „Es ist beinahe, als ob sie eine Art von Parlament vorstellen wollten,“ so hat Friedrich Wilhelm II. solche Ansprüche ganz richtig gekennzeichnet. Auch von anderer Seite wurden sie abfällig beurteilt. Der Minister Herzberg erklärte noch bei Friedrichs Lebzeiten in einer seiner akademischen Festreden, daß er in Provinzialständen geeignete „intermediäre Körperschaften“ sehen würde, als in Justizkollegien.

Der Kampf der Meinungen unter der Regierung Friedrich Wilhelms II. hat dann bekanntlich dahin geführt, daß der Paragraph, welcher „Machtprüche“ der „obersten Gewalt“ vorweg als null und nichtig erklärte, vor der Einführung des Allgemeinen Landrechts aus dem Entwurf entfernt wurde. Immerhin blieb dem Landrecht noch so viel an allgemeinen Bestimmungen über Wesen und Grenzen der Staatsgewalt, daß nachmals der geistvolle Kritiker der französischen Revolution, Alexis de Tocqueville, das Werk von Carmer und Svarez als eine Schöpfung bezeichnen durfte, die zugleich bürgerliches Gesetzbuch, Strafcodez und Verfassungsurkunde sei. Vollständig zutreffend aber hat 1793 ein Gegner jener beiden Männer, der schlesische Justizminister Adolfs v. Dandelman, gegen sie geltend gemacht, daß Friedrich der Große, auf den sie sich bei ihrem konstitutionellen Bestreben gern beriefen, kein Eideshelfer für sie sei; denn Friedrich habe zwar die Mängel des Justizwesens beseitigen wollen, aber nicht entfernt daran gedacht, daß in dem neuen Gesetzbuche von seinen landesherrlichen Bejuga-

nissen oder gar von seinen Verbindlichkeiten die Rede sein werde, „von denen letzteren er glaubte, daß er auf Erden niemandem Rechenschaft schuldig sei, noch nötig habe, durch eine Erklärung derselben gleichsam eine neue Verbindlichkeit zu kontrahieren.“

Friedrich hat sich über die Modetheorie des Jahrhunderts, über Lockes durch Montesquieu weitergebildete und populär gemachte Lehre von der Gewaltenteilung, nie vernehmen lassen. Nur indirekt hatte er ihr mit seinem ungünstigen Urteil über die Wirkungen des englischen Parlamentarismus seine Anerkennung versagt.¹⁾ Die wiederholt von ihm ausgesprochene Forderung, daß alle Zweige der Staatsverwaltung in starker Hand fest zusammenzuhalten seien, enthält eine Kritik nicht der Lehre Montesquieus, sondern der Zerfahrenheit, in der sich die monarchische Verwaltung des gealterten Frankreichs befand. Inzwischen war dort die politische Theorie über Montesquieu weit hinausgegangen. Rousseaus *Contrat social* übte auf das junge Geschlecht einen betäubenden Zauber aus. Auch mit dieser Lehre hat sich Friedrich nicht unmittelbar auseinandergesetzt; aber zu den fortgesetzten Angriffen der modernen Philosophen auf die monarchische Staatsform hat der „Philosoph auf dem Throne“ doch nicht stille schweigen wollen.

Sein positives Bekenntnis enthält der 1777 entstandene „*Essai sur les formes de gouvernement et sur les devoirs des souverains*“. Wohl im Anklang an Rousseau braucht er hier wiederholt den Ausdruck *pacte social*, eine früher ihm fremde Bezeichnung für einen längst ihm geläufigen Begriff. Denn mit der ganzen naturrechtlichen Schule der vorangegangenen Jahrhunderte hatte schon der Kronprinz Friedrich im Antimachiavell die Entstehung des Staates aus einem Vertrage der Mitglieder angenommen. An dieser Auffassung, die ein Svarez kritischer nur als bequeme philosophische Hypothese, nicht als historische Erfahrungssatz gelten lassen wollte, hält der alte König ohne Vorbehalt fest. Das Prinzip der Gesetze und des Gesellschaftsvertrages ist ihm „die große Wahrheit, daß man gegen die anderen so handeln muß; wie man wünscht, daß sie gegen uns handeln“. „Da die Gesetze nicht bestehen und sich nicht vollziehen können ohne eine beständige Aufsicht, so entstanden die Obrigkeiten, die das Volk erwählte und denen es sich unterwarf“ — die Aufrechterhaltung der Gesetze erscheint ihm als „der einzige Grund, der die Menschen veranlaßte, sich Obere zu geben“, als der „wahre Ursprung der Souveränität“. Der Verfasser schildert dann an historischen Beispielen den aus der Unvollkommenheit der menschlichen Einrichtungen herrührenden Verfall so vieler Staatsgebilde: den Untergang der antiken Aristokratien und Demokratien, wobei er dem freien England mit seiner parlamentarischen Korruption, das er noch schärfer beurteilt als 1748, das Schicksal der römischen Republik voraus sagt; die Wandlungen der mittelalterlichen Feudalmonarchie, die uns in Polen „das einzige Modell ihrer abscheulichen Regierungsform“ aufbewahrt habe, während anderwärts in dem Ringen um die entscheidende Gewalt die Vasallen entweder unterdrückt oder, wie im Deutschen Reich, zur Unabhängigkeit gelangt seien. Von der „wahrhaft monarchischen“ Regierung

¹⁾ Vgl. Bd. I, 344.

— er meint die absolute Monarchie — sagt der absolute König von Preußen mit der größten Unbefangenheit, es sei die schlechteste oder die beste von allen, je nachdem sie geführt werde. Er gibt dann das „einzige Mittel“ an, die monarchische Staatsform zu einer guten und vorteilhaften zu machen, indem er ähnlich wie 30 Jahre früher in der poetischen „Apologie der Könige“¹⁾ ein leuchtendes Bild entwirft von dem aufgeklärten Absolutismus in seiner allumfassenden Thätigkeit für die einzelnen Gebiete des Staatswesens, Politik, Diplomatie, Heerwesen, Kriegsführung, Finanzverwaltung, Kultus und Volkserziehung, Landwirtschaft, Industrie, Handel. Wir erkennen alles in allem das Ideal seiner eigenen Regierungs- und Verwaltungskunst. Auf daß der Fürst niemals von diesen seinen Pflichten abirre, soll er sich oft ins Gedächtnis rufen, „daß er Mensch ist, wie der geringste seiner Untertanen.“ „Wenn er der erste Richter, der erste General, der erste Schatzbeamte, der erste Minister der Gemeinschaft ist, so ist er es nicht zur Schaustellung, sondern um die Pflichten dieser Ämter zu erfüllen. Er ist nur der erste Diener des Staats, verpflichtet mit Rechtsschaffenheit, mit Weisheit und mit völliger Uneigennützigkeit zu handeln, wie wenn er in jedem Augenblick seinen Mitbürgern Rechenschaft über seine Verwaltung ablegen müßte.“ Er gesteht zum Schluß, daß diese Skizze eines Fürsten die Zensoren vielleicht erinnern werde an den Urtypus der Stoiker, an die von ihnen ausgeklügelte und nirgends in die Erscheinung getretene Idee des Weisen, der allenfalls der einzige Marc Aurel sich angenähert habe.

Zur Abwehr einzelner besonders leidenschaftlicher und gehässiger Angriffe gegen das Königtum erhebt sich Friedrich in den Kritiken, die er im Jahre 1770 zwei anonymen Schriften des frivolsten aller Pariser Modephilosophen entgegengesetzt hat, dem *Essai sur les préjugés* und dem berufenen *Système de la nature* des Baron Holbach. In seiner Kritik des „*Essai*“ gibt Friedrich eine Position ohne weiteres auf: er will mit seinem Gegner nicht streiten, wenn dieser Königsfeind versichert, daß die Fürsten ihre Macht nicht durch göttliche Verleihung haben. Um so nachdrücklicher wendet sich die Kritik gegen die Anklage, daß die Fürsten die Schlächter ihrer Untertanen seien und zum Zeitvertreib sie in ihren Kriegen sich gegenseitig erwürgen ließen. Friedrich antwortet einfach, daß die Republiken aller Zeiten ebensowohl Kriege geführt haben, als die Monarchien, und daß nach des Verfassers Grundsätzen alle staatlichen Gemeinschaften, mit einziger Ausnahme der Quäker, als tyrannisch verschrien werden müßten. Den Kern aber der Tendenzen, welche die ganze Gruppe der modernen „Monarchomachen“ erfüllten, schält die zweite Kritik scharf heraus, das *Examen du système de la nature*: seine wahren Ansichten über Regierung, sagt Friedrich, enthülle der Verfasser, indem er für die Untertanen das Recht fordere, ihre Souveräne abzusetzen, wenn sie mit ihnen unzufrieden seien.

Diesen aus dem Ideentreis des Jahrhunderts der religiösen Bürgerkriege durch Jean Jacques Rousseau wiederaufgenommenen Anspruch weist der königliche Schriftsteller weit ab; vom Staatsvertrag ausgehend, betrachtet er doch den einmal geschlossenen Vertrag stillschweigend als unlöslich, unkündbar, den

¹⁾ Bd. I, 311 (2. Aufl. S. 312).

der Staatsgewalt, dem Souverän, dem ersten Diener des Staats erteilten Auftrag als unbedingt und unwiderruflich. Zwischen Fürst und Volk besteht nach Friedrichs Theorie kein Dualismus, sondern Identität. Ebenfowenig hatten vor ihm seine Landsleute, die deutschen Theoretiker des Naturrechts, die Pufendorf, Thomafius, Wolff, von französischen und englischen Doktrinen abweichend, dem Unterthanen das Recht des aktiven oder auch nur passiven Widerstands zugestehen wollen. So sehr Friedrich dem Fürsten das Gefühl der Verantwortlichkeit zur Pflicht macht, so gar nicht räumt er dem Volk das Recht ein, Verantwortung zu heischen. Wohl sprach nun der Göttinger Publizist Pütter 1779 in seiner politischen Zeitschrift von „Varianten in der politischen Terminologie“, indem er das dem vierzehnten Ludwig zugeschriebene „L'Etat c'est moi“ mit dem Wort vom „premier serviteur de l'Etat“ verglich, das man in den Werken des Königs von Preußen fand. Aber in dem Anspruch auf fürstliche Vollgewalt, in der Ablehnung eines Anteils der Unterthanen an der Regierung, unterschied sich Friedrichs aufgeklärter Absolutismus von dem Regierungssystem Ludwigs XIV. nicht. „Die Politik verlangt, daß nur ein Herr im Lande sei,“ dies Wort aus Friedrichs ersten Regierungstagen hat ihn durch sein ganzes Leben begleitet. Monarchie und Absolutismus blieben ihm stets, wie in den Königsberger Huldigungstagen von 1740,¹⁾ gleichgeltende Begriffe.

Wenn Friedrich bei seinen theoretischen Erörterungen die Abstufungen der Staatsform, die zwischen dem monarchischen Absolutismus und der reinen Demokratie liegen, außer Betracht gelassen hat, so hat er den Aposteln der Volkssouveränität in jener Kritik der Holbachschen Schrift das ungefähr vorausgesetzt, was bald darauf in Frankreich sich ereignete: daß die Absetzung eines Monarchen der Ausgangspunkt unabsehbarer innerer Unruhen sein wird. „Wenn je die hohlen Ideen unseres Philosophen sich verwirklichen sollen, so müßte man zuvor die Regierungsformen in allen europäischen Staaten umschmelzen, was ihm freilich eine Kleinigkeit erscheint; auch wäre erforderlich, was mir unmöglich erscheint, daß diese zu Nichtern ihres Herrn erhobenen Unterthanen sowohl weise wie billig wären, daß die Bewerber um die Regierung ohne Ehrgeiz wären, daß weder Intrigue noch Kabale noch der Geist der Auflehnung sich geltend machten; erforderlich wäre weiter, daß die entthronte Dynastie völlig ausgerottet würde, oder man würde den Nährstoff zu Bürgerkriegen und Parteihäupter haben, die stets bereit wären, an der Spitze der Parteien den Staat in Unruhe zu stürzen.“ Im Vergleich mit all diesen Unzuträglichkeiten nennt Friedrich die Erbmonarchie, für welche die meisten Völker sich entschieden hätten, das kleinere Uebel, trotz ihrer Gebrechen; und er warnt vor den Arzneien, die schlimmer sind als die Schäden, über die man sich beklagt.

Die Abwehr der Angriffe gegen das Königtum ist nur die eine Seite der Kritik, die Friedrich an das „Système de la nature“ anlegte. Durchweg zog er in seiner Gegenschrift, wie wir weiter sehen werden, scharf die Grenze zwischen sich, als dem Jünger der älteren Aufklärungsphilosophie, und den Trägern der modernen französischen Bildung, den Encyclopädisten.

¹⁾ Vgl. Bd. I, 31.

Dritter Abschnitt.

Der alte König und die neue Bildung.

Am 30. Mai 1778 starb als Gast in seiner Vaterstadt Paris, die er 26 Jahre hindurch gemieden hatte, der Einsiedler von Ferney. Der König von Preußen erhielt die Nachricht von Voltaires Tode inmitten der letzten Vorbereitungen für seinen Krieg gegen den Kaiser. Im böhmischen Feldlager entwarf er die Gedächtnisrede, die er am 26. November in der Berliner Akademie verlesen ließ. Mit dem Geschichtschreiber des Siècle de Louis XIV war ihm der letzte Vertreter dieser klassischen Litteraturperiode Frankreichs dahingegangen. „Mit Ihnen wird man den französischen Parnass begraben“, hatte er vor fünf Jahren nach Ferney geschrieben.

Nach dem schroffen Bruch von 1753 hatte Voltaire im Siebenjährigen Kriege durch seine ebenso geschäftige wie unfruchtbare Vermittlerthätigkeit zwischen den kämpfenden Mächten wenigstens für sich persönlich den Frieden mit dem großen Könige wiederhergestellt. ¹⁾ Freilich nur äußerlich. Ihr Briefwechsel stockte noch wiederholt, ganze Jahre vergingen, in denen von beiden Seiten Stillschweigen beobachtet wurde. Friedrich blieb mißtrauisch, Voltaire ingrimmig. Er hielt daran fest, daß die rohe Behandlung, der er und seine Nichte in Frankfurt ausgesetzt gewesen waren, Sühne erheische, und verlangte sie in mehr oder minder durchsichtigen Andeutungen. Friedrich wies solchen Anspruch mit Schärfe zurück und verbat sich mit Hohn, diese Nichte noch weiter genannt zu hören, die ihn langweile und die nicht das Verdienst ihres Oheims besitze, um ihre Fehler damit zuzudecken: „Man spricht von der Magd Molières, aber niemals wird man von der Nichte Voltaires sprechen.“

Doch Voltaire sollte nicht ewig grollen. Schließlich hat eine Kleinigkeit, wenn man will ein Zufall, sein Herz erweicht. Im Jahre 1770 vereinigten sich seine Freunde und Verehrer in Frankreich, um dem unbestritten ersten aller lebenden Schriftsteller noch bei seinen Lebzeiten ein Standbild zu errichten. In

¹⁾ Vgl. oben S. 122. 150. 245. 281; Vb. I, 523 ff.

den Plan eingeweiht, verlangte der zu Feiernde zuerst in einem scherzenden und dann in einem recht nachdrücklichen Briefe an d'Alembert, daß der König von Preußen zu der Hulbigung heranzuziehen sei: „Er schuldet mir ohne Frage eine Ehrenerklärung, als König, als Philosoph, als Litterat.“ D'Alembert forderte nach einigem Zaudern den König zur Teilnahme auf: „Einen Thaler und Ihren Name, Sire,“ lautete die Bitte. Friedrich ging mit aufrichtiger Freude und der größten Unbefangenheit auf den Wunsch ein, ohne zu ahnen, welche geheime Bedeutung sein Jawort für den „Göttlichen“ hatte. Er schickte tausend Thaler und ein warmes Zustimmungsschreiben, das d'Alembert in öffentlicher Sitzung der französischen Akademie vorlas und protokollieren ließ: „Das schönste Denkmal Voltaires“, so hieß es im Eingang mit horazischem Anklang, „ist das, welches er sich selbst errichtet hat, seine Werke, die länger dauern werden, als die Basilika von St. Peter, als der Louvre und alle diese Bauten, welche die menschliche Eitelkeit der Ewigkeit weiht. Man wird nicht mehr französisch sprechen, und Voltaire wird noch in die Sprache, die der französischen folgen wird, übersezt werden.“ Nun war Voltaire befriedigt, beglückt, gerührt. Er dankte dem „großen Philosophen von der Sekte und der Art Marc Aurels“, dem „Pfleger und Beschützer der Künste“ für die Förderung, die er der Anatomie durch seine Unterschrift zu Gunsten eines alten Skeletts zu teil werden lasse: „Dieses Skelett besitzt eine alte, sehr empfängliche Seele, sie ist durchdrungen von der Ehre, die Eure Majestät ihr erweist.“

Von der Brust des Skeletts war ein Alp genommen. Der Ton seiner Briefe an Friedrich wird seit dieser Zeit sichtlich ungezwungener, wärmer und voller, vergnüglicher. Und die Schmähschrift auf den Preußenkönig, die seit Jahr und Tag in seinem Schreine lag, ersetzte Voltaire jetzt in einer neuen autobiographischen Aufzeichnung durch eine ruhigere Schilderung seiner Erlebnisse und Erfahrungen mit Friedrich, ohne freilich für die Vernichtung des Schanddenkmals zu sorgen, das dann bald nach des Verfassers Tode, mehr ihm als Friedrich zur Unehre, an das Licht trat. Ja, er verstand sich jetzt auch seinerseits zu einer Art „Reparation“, einem artig verummumten Sündenbekenntnis. In einem Brief vom Jahre 1772 erzählt er Friedrich, wie er wißbegierigen Fragern seinen so außerordentlichen Fürsten zu schildern pflege: „Meine Herren, das ist ein Mann, der mit derselben Leichtigkeit eine Schlacht schlägt, wie eine Oper schreibt; der alle Stunden nützlich anwendet, welche andere Fürsten vergeuden, um einem Hunde hinter dem Hirsche her zu folgen; der mehr Bücher verfaßt hat, als irgend einer seiner fürstlichen Zeitgenossen Vastarde erzeugte, und der mehr Siege erfochten, als Bücher verfaßt hat. Hinzufügen werde ich, daß ich dieses Phänomen vor 20 Jahren geschaut habe und es noch schauen würde, wenn ich nicht ein klein wenig unbesonnen gewesen wäre. Wenn Sie erraten haben sollten, wer der Held ist, von dem ich Sie unterhalte, so haben Sie die Güte, ihm meinen unterthänigsten Respekt und die Bewunderung auszudrücken, die er mir seit dem Jahre 1736 eingelöst hat, d. h. genau seit 36 Jahren: nun, eine Anhänglichkeit von 36 Jahren ist keine Kleinigkeit.“

Friedrich antwortete, er denke mit 60 Jahren ebenso wie mit 24, und seine aufrichtigen Gefinnungen grüßen sich dank Voltaires Werken ohne Unterlaß

tiefer in seine Brust ein. Hatte er früher mehr als einmal dem von ihm bewunderten Genius in harten Worten den Abstand zwischen seinem Geist und seinem Charakter vorgehalten, so unterdrückte er von nun an diese Moralpredigten. Selbst wenn Voltaire ihn durch neue Sticheleien gegen den Lappländer Maupertuis reizte — denn der Kampf gegen die „kalte Asche“ des Todfeindes wurde mit heißem Haß fortgesetzt — verwies ihm Friedrich diese Schwäche jetzt nur in milde[m] Ton: „Maupertuis war brüsk, ich gebe es zu, das hat Euch auseinander gebracht; ich weiß nicht durch welches Verhängnis niemals zwei Franzosen in fremden Landen sich Freunde sind.“¹⁾ Offener sprach er gegen d'Alembert sein Mißfallen über solche Unversöhnlichkeit aus; d'Alembert werde ein gutes Werk thun, wenn er jenem wegen dieses Schalles abgestandener Schmähungen, gegen Maupertuis sowohl wie gegen die Schar seiner obskuren Widersacher, einen Verweis erteilen wolle: „Ich schließe aus dem Benehmen Voltaires, daß er als Souverän mit seinen sämtlichen Nachbarn blank stehen würde, seine Regierung würde ein unaufhörlicher Krieg sein, und dann weiß Gott, welcher Argumente er sich bedienen würde, um den Krieg als Naturzustand der Gesellschaft und den Frieden als für den Menschen nicht geschaffen zu beweisen.“

Voltaires mit seiner persönlichen Zanksucht so wenig übereinstimmende Thätigkeit als Friedensapostel, sein Poltern gegen Krieg, sein „herzlicher Haß“ gegen das „Metier Cäsars“, die „große Kunst Luzifers“, war ein weiterer Anlaß für Friedrich zu gelegentlicher neuer Verstimmung. Zwar rief der Friedensfreund den preussischen König, wie wir schon hörten,²⁾ zur Vertreibung der Türken und Befreiung des edlen Griechenvolkes in die Schranken, hielt ihm scherzend das Muster Gottfrieds von Bouillon vor Augen und bedauerte, daß ihm der Hafen von Danzig mehr am Herzen liege als der Piräus. Sonst aber machte er aus seinem Herzen keine Mördergrube und schonte, wo er sich unbemerkt glaubte, auch Friedrich nicht. Nun fanden Verse ihren Weg nach Sanssouci, in denen ein nur zu wohlbekannter Dichter alle Kriegeshelden vom großen Cyrus bis auf „diesen glänzenden König, der Ventulus“³⁾ erzog“, seines Hasses versicherte:

Man rühmt mir ihre Kunst, erhaben ohne Zweifel,
Doch flieh' ich alle sie und wünsche sie zum Teufel.

Friedrich quittierte das Kompliment in einem seiner nächsten Briefe mit der trocknen Bemerkung, er sei als Teutone selbst in Voltaires Schule nicht in alle Freiheiten der französischen Sprache eingedrungen, doch habe er nicht gefunden, daß die Ausdrücke Haß und zum Teufel wünschen in irgend einem Briefsteller für Liebende stünden, es sei denn, daß Tisiphone, Megära oder Mektro ihn verfaßt hätten.

Dichteres Gewölk also zog am Abendhimmel dieser langen Freundschaft nicht mehr auf. Alte Gewohnheit und ein stets neuer Reiz verbanden sich, um Friedrich an den Mann zu fesseln, der ihm auch aus der Ferne ebenso unter-

¹⁾ Bb. I, 526.

²⁾ Oben S. 514.

³⁾ Oben S. 349.

richtende wie unterhaltende Gesellschaft leistete. Die Ankunft eines Briefes von Voltaire war immer eine Art Fest. Liegt der Empfänger an solchem Tage an der Sicht danieder, so erinnert er sich aus Ciceros Tusculanen des Stoikers Posidonius, der schwer krank den großen Pompejus nicht ungegrüßt vorüberreisen lassen wollte, und erklärt, daß seine Krankheit ihn am Antworten nicht hindern soll. Er beneidet den Grafen von Falkenstein, den lustreisenden Kaiser Joseph, der bei der Rückkehr aus Frankreich Ferney wird besuchen können; er spottet, daß der hohe Reisende sich schließlich prüde die unvergleichliche Gelegenheit entgehen läßt: „Der Graf Falkenstein hat die Anziehung gefühlt, aber auf seiner Bahn hat das Gestirn Therese ihm eine centrifugale Bewegung gegeben!“ Auf seinen eigenen Reisen begleiten ihn Voltaires Schriften: „Voltaire und ich,“ schreibt er nach den Revuen von 1775, „haben die ganze Fahrt durch Schlessien gemacht und sind zusammen zurückgekommen.“ — „Nein, es gibt keinen spähhafteren Greis, als Sie,“ ruft er wieder nach dem Eingang eines dieser unvergleichlichen Briefe aus Ferney; „Sie haben sich die ganze Heiterkeit und Anmut Ihrer Jugend erhalten!“ In immer neuen Wendungen beglückwünscht er den „Patriarchen des Geschmacks“, weil er aus der Jugendquelle getrunken hat, weil Voltaire und nur Voltaire die Kunst sich zu verjüngen kennt, weil er mehr Del auf seiner Lampe hat, als die Jungfrauen im Evangelium, thöricht und kluge, zusammengenommen:

Welch Feuer, wie viel Reiz bleibt immerdar dein Eigen!
 Sein Frührot überstrahlt dein Tag im Niedersteigen.
 Wir, schon vom Frost berührt, vom Alter untergraben,
 Verloren allzubald Lust, Anmut, Geist und Gaben.
 Doch deiner Stimme Klang und Frische ist geseit,
 Zum Lort dem Thorenvolk, dem Alter und der Zeit.

„Dies kleine Kompliment,“ setzt Friedrich in Prosa hinzu, „wird Ihnen geschuldet; oder, besser gesagt, es ist ein Wunder, welches Europa in Staunen setzt, es ist ein Problem, welches die Nachwelt zu lösen Mühe haben wird, daß Voltaire unter der Bürde seiner Tage und Jahre mehr Feuer, mehr Frohsinn, mehr Genie besitz, als diese ganze Menge junger Dichter, von denen Ihr Vaterland wimmelt.“

Wohin Friedrichs Auge reicht, auf allen Gebieten der französischen Litteratur glaubt er Verfall, Mittelmäßigkeit, Verwilderung wahrzunehmen, einen schlechten Geschmack, der vielleicht Europa in eine Art Barbarei zurücksinken lassen wird, aus der eine Menge großer Geister uns errettet hatten. „Die Zeitalter, in denen die Nationen ihre Turenne, Condé, Colbert, Bossuet, Bayle, Corneille hervorbringen, folgen sich nicht so schnell aufeinander, die Zeitalter eines Pericles, eines Cicero, eines vierzehnten Ludwig.“ Für den Niedergang der humanen Wissenschaften bietet dem Philosophen von Sanssouci das Emporkommen der Naturwissenschaften und der ökonomischen Studien keinen Ersatz und jedenfalls kein Vergnügen. Ein Zahlengeist scheint ihm in die jetzige Zeit gefahren. Den ganzen Ballast an Werken über Handel und Ackerbau, von Verfassern, die nie weder ein Schiff noch einen Pflug gesehen haben, will er als Bücher über-

haupt nicht gelten lassen. Die Franzosen thun sich jetzt etwas darauf zu gute, tief zu sein, ihre Bücher werden von kalten Klüglern verfaßt, die Grazie, die ihnen früher so natürlich war, wird vernachlässigt. Bald werden sie würdige Kollegen der tüdesken Professoren auf us sein. Von der Geometrie fürchtet er, daß sie das wenige an Reimen ersticken wird, woraus eine neue Kunst erblühen könnte. Ein Myrmidonenschwarm von Geometern verfolgt die schöne Litteratur und schreibt ihr Gesetze vor, um sie zu erniedrigen. „Ihr habt keine Dramatiker in Frankreich mehr,“ ruft Friedrich Voltaire zu, „nicht mehr diese niedlichen Gelegenheitsgedichte, wie sie früher in ganzen Sammlungen erschienen, keine berühmten Redner mehr, keine anmutigen Verse mehr, nichts, nichts mehr von all diesen entzückenden Werken, die ehedem einen Teil des Ruhms der französischen Nation ausmachten. Sie haben als der letzte diesen Ruhm vertreten, aber Sie werden keine Nachfolger haben.“ Voltaire erscheint ihm, und das war völlig aufrichtig gesagt, als die „einzige Stütze“, die „letzte Säule“ in dem allgemeinen Verfall. Sein Trost bleibt: „Was auch kommen mag, ich bin Ihr Zeitgenosse gewesen.“ „Ich habe Voltaire gesehen, und wenn ich ihn nicht mehr sehe, so lese ich ihn, und er schreibt mir.“

In dem ästhetischen Wohlgefallen, in der Bewunderung des litterarischen Genies, der allumfassenden Produktivität ging Friedrichs Verehrung für Voltaire nicht auf. So sah auch dieser in seinem gekrönten Freunde nicht bloß das „Muster der Helden und der guten Gesellschaft,“ nicht bloß den „Verteidiger, Gesetzgeber, Geschichtschreiber und Lehrer“ seiner Unterthanen, nicht bloß den Mann des Jahrhunderts. Voltaire feierte den König von Preußen als den „König der Deisten“, und Friedrich hat in jener Gedenschrift Voltaire nachgerühmt, daß er alle Triebkräfte seines Genies aufgeboten habe, um das Dasein Gottes zu beweisen. Die Grundlage ihrer Weltanschauung war in der Jahre Flucht dieselbe geblieben: das gemeinsame Bekenntnis zu diesem Deismus, den Friedrich als „den einfachen Kultus des höchsten Wesens“ umschrieb.

„Voltaire unterschied stets die Religion von denen, die sie verunehrten,“ sagt Friedrich in jenem Eloge. Man kennt den leidenschaftlichen Kampf des alten Voltaire gegen das, was er die Infame zu nennen pflegte, gegen die Superstition, die Imposture oder im konkreten Sinne gegen die Hierarchie: Babylon im Sinne Calvins, „die Hierarchie und allen damit zusammenhängenden Aberglauben“. Den Monarchen der Infame nennt einmal Friedrich in Voltaires Terminologie den Papst. Friedrich übernahm das Schlagwort in seine Briefe an Voltaire selbst und an d'Alembert; zunächst, wie er diesem gestand, um sich durch Einschaltung der kompromittierenden Geheimformel „Écrasez l'infame“ dagegen zu sichern, daß jener die Briefe ein unberufenes Auge sehen ließ. Im Grunde seines Herzens sah der Reiterkönig diesem Kampf gegen Rom mit Gleichmut zu. Als Klemens XIV. eine anonym erschienene Schrift Friedrichs des Großen auf den Index der verbotenen Bücher setzte, forderte Voltaire, wieder einmal kriegerisch, den Verfasser scherzend auf, sich den Nachfolger Petri vorzunehmen, wie die Kaiserin von Rußland den Statthalter Muhammeds, um Europa gleichzeitig von zwei seltsamen Thorheiten zu befreien. Friedrich vertrat gegen Voltaire wie gegen d'Alembert die Meinung, daß das Papsttum eine

Macht nicht mehr sei. Schon sehe „der Unfehlbare auf den sieben Bergen“ mit Sorge die Reste seines idealen Kredits dahinschwimmen und den Bankerott kommen, wie der französische Generalkontrollleur der Finanzen; freilich werde Frankreich, als das älteste Königreich der Welt, bei dem Bankerott den Vortritt haben. Es gelte das Gebäude der Unvernunft still und geräuschlos zu unterminieren, dann werde es von selbst einstürzen. Voltaire dürfe sich rühmen, beim Belagerungskampf gegen die Wälle des Aberglaubens mit dem Geschütz seines guten Witzes mehr gethan zu haben, als Bayle mit seiner guten Dialektik.

D'Alembert theilte solchen Optimismus nicht, so wenig wie er Friedrichs Rücksicht gegen die Jesuiten billigte.¹⁾ Friedrich verachte die Priester, weil er sie nicht zu fürchten brauche und weil er sie zwingen könne, auch wider ihren Willen duldsam, gemäßigt und verständig zu sein. Aber in grellen Farben schilderte er dem preussischen König immer von neuem, so 1772 wie 1780, den Druck, den in Frankreich die Inquisition der Pfaffen auf die Geister ausübe, die Verfolgung, der die Litteratur mehr als je ausgesetzt sei. Friedrich hat sich über die „erbauliche Vorsicht“ aufgehalten, mit der Voltaire, wo er mit offenem Bistier auftrat, die Kirche schonte: der allerchristlichste König dürfe sich zu einem so orthodoxen Kammerherren beglückwünschen; das heiße die Infame mit der einen Hand kragen und mit der anderen streicheln. Die alte Wahrheit offenbarte sich von neuem, daß nicht ein jeder frei ist, der seiner Fesseln spottet. Voltaire verbringt sein Leben wie Petrus, hat d'Alembert einmal bemerkt, zwischen Verleugnen und Vereuen. Wie er schon zu Ferney wiederholt den Forderungen der katholischen Kirche genügt hatte, so hat er auch in Paris angesichts des Todes ein Sündenbekenntnis abgelegt, unaufrichtig und unter einem Vorbehalt; aber er wollte nicht auf den „Schindanger“ geworfen werden. Friedrich ist durch diese Kapitulation nicht überrascht worden, er hatte sie vorhergesehen, vorhergesagt. Die Kirche aber hat Voltaires halben Unterwerfungsakt nicht gelten lassen, so daß d'Alembert, um seinen und des Toten geistlichen Gegnern aufzutrupfen, den König von Preußen hat, in der eben eingeweihten Hedwigskirche zu Berlin, dem Denkmal Fridericianischer Duldsamkeit ein feierliches Totenamnt für Voltaire veranstalten zu lassen. Das ist geschehen, aber den weiteren Wunsch des herausfordernden d'Alembert, dem Verächter des Kirchenglaubens ein Denkmal in der Kirche errichtet zu sehen, hat Friedrich mit richtigerem Gefühl abgelehnt: Voltaires Büste, mit dieser Erklärung schnitt er endlich die Erörterung ab, gehöre besser in die Akademie, wo es nichts zu „ecrasieren“ gebe.

Hatte Friedrich sich mit Voltaire in den Grundanschauungen stets einig gewußt, das persönliche Verhältnis zu ihm dagegen sehr erschwert und lange Zeit völlig erschüttert gesehen, so hat umgekehrt d'Alembert ihm als Mensch näher, als Philosoph ferner gestanden. D'Alemberts Charakter bot ihm die Bürgschaften für die *sûreté de commerce*, die er bei Voltaire vermisse. Abgesehen von einer ganz vorübergehenden Verstimmung des Königs über die Veröffentlichung einiger Stellen aus seinen Briefen an d'Alembert sind Mißhellig-

¹⁾ Vgl. oben S. 550 ff.

keiten in zwei Jahrzehnten lebhaften und intimen brieflichen Verkehrs nie zwischen beide getreten, und Friedrich beklagte nur immer von neuem, daß dieser anspruchslose, ebenso geistreiche wie liebenswürdige Mann, der ihm bei jener Begegnung im Sommer 1763 aufrichtige Zuneigung abgewonnen hatte, sich von seiner französischen Heimat nicht trennen wollte. An immer neuen Einladungen ließ er es nicht fehlen. „Das eisige Klima des Baltischen Meeres,“ schreibt er 1775, „würde uns Körper und Geist gefrieren lassen, wenn nicht ab und zu ein gallischer Prometheus Feuer aus dem Aether, uns wieder anzufachen, herbeitrüge; ich wüßte wohl einen, der uns diesen Dienst erweisen könnte, aber er wird nichts dergleichen thun.“ Der alte Herrscher mahnt den nur um fünf Jahre jüngeren Philosophen, daß sie keine Zeit zu verlieren haben, soll ihre Begegnung nicht etwa erst im Thale Josaphat stattfinden; er gesteht, daß er an seinem Theil ein Wiedersehen zu Potsdam in Fleisch und Wein vorziehen würde, da eine gespensterhafte Unterredung ohne Zunge und ohne Stimme nicht viel Reiz verspreche. Als dann der Arzt dem Philosophen eine Reise nach Italien verordnet, meint Friedrich, er selber würde vielmehr die preußische Luft zur Heilung verschrieben haben. Er schenkte nun d'Alembert das Reisegeld und wies, als jener am Fuße der Alpen umkehrte, die allzu mathematisch genaue Zurückerstattung des unverbraucht gebliebenen Geldrestes mit dem Pilatuswort zurück: „Was geschrieben ist, ist geschrieben.“ Aber er konnte nicht verstehen, wie jener es über sich gewonnen habe, so nahe am Ziele das gelobte Land nicht zu betreten, zumal da er vor dem Schicksal Galileis in Rom sicher gewesen wäre: denn der Papst habe sich an die Umdrehung der Erde völlig gewöhnt.

Friedrich schrieb an d'Alembert, wie er an Voltaire schrieb: behaglich, sprudelnd von Laune und Wit, geschmackvoll und gedankenreich, voll glücklicher Einfälle, epigrammatisch, ironisch und mit dem Humor, der gelegentlich sich selbst zum besten haben kann. Nur daß hier die jenem gern versetzten Spizen und Bosheiten fehlen; um so wohliger liegt über diesen Briefen an d'Alembert das Abendrot der sonnigen Heiterkeit, in der die Frohnatur des jungen Friedrich einst gestrahlt hatte. Nun hatte Voltaire mit unvergleichlichem Anpassungsvermögen seine Antworten stets auf den Ton seines königlichen Freundes gestimmt, und auch d'Alembert war offenbar bemüht, diesen Ton zu treffen; aber sein Kelchglas wollte doch nicht ganz so hell und kraus schäumen und perlen; seine Rede fließt, wie ein feinsinniger Beobachter gesagt hat, „meist in ruhiger Klarheit dahin, nur leise gehoben durch die ihm reichlich zufließenden Reminiscenzen aus Dichtern und Schriftstellern aller Zeiten und Litteraturen, und was ihm sonst von Fabeln und Anekdoten, Bonmots und Parabeln zuflog, das alles wie farbiges Biergewächs den glatten Spiegel umzog“.

Indessen gab es ein paar Themata, bei deren Berührung der Briefwechsel unverkennbar besangen wurde, so zwar, daß Friedrich den Ton dämpfte und um d'Alembert nicht zu verletzen an sich hielt, dieser aber gleichwohl ein leises Unbehagen fühlte.

D'Alembert war einer von diesen Geometern, deren Formelkram und Verstandeshärte ihm, wie wir ihn vorhin klagend hörten, die alte französische Geistesbildung ersticken zu wollen schienen. Und weiter, d'Alembert war derjenige

Geometer, der ihn zuerst zum Widerspruch gegen eine vermeintliche Vergewaltigung der Poesie gereizt hatte. Eine scharfe Kritik, die jener 1760 anlässlich einer Preisverteilung in der Académie française an den Poetastern der Gegenwart übte, fasste Friedrich so auf, als ob durch einen wohlfeilen Angriff auf die Anzahl der mittelmäßigen Dichter die Dichtkunst überhaupt in Verfall gebracht oder aber unter mathematische Regeln gebeugt werden sollte. Man ersehe an dieser Ueberhebung d'Alemberts, schrieb er damals an d'Argens, daß die Geometrie den Geist nicht so dressiere, wie man es ihr nachrühme; d'Alemberts neueste Sachen schienen ihm der damals umlaufenden schlechten Kriegsmünze gleichwertig. Er setzte den „krummlinigen Gesetzgebern“, den „Wilden“, den „Barbaren“, den „Konoklasten“ eine Widerlegung in Prosa und eine Facétie in Versen entgegen und schickte, da d'Argens kein Arg dabei fand, beides an d'Alembert. Der nahm den Fehhandschuh nicht auf; es sei das Schicksal des Königs, antwortete er artig, immer auf Kriegsfuß zu leben, im Sommer mit den Oesterreichern, im Winter mit der Geometrie; da nun das stolze und fürchtbare Haus Oesterreich sich als besiegt betrachten müsse, so werde die bescheidene Geometrie nicht schwieriger sein wollen. Als dann Friedrich dem großen Mathematiker während des Besuchs von 1763 persönlich näher getreten war, ging er in dem nun beginnenden intimeren Briefwechsel dem Streit über die Grenzen von Geometrie und Dichtkunst aus dem Wege; aber ein Vers in einem Gedicht an Voltaire von 1771

Dur comme un géomètre en ses opinions

forderte d'Alembert zu der Bemerkung heraus: „Ich weiß, daß Eure Majestät immer etwas gegen die Geometrie auf dem Herzen gehabt haben.“

Die Späße und Neckereien über die Geometrie als Kunststückerin waren schließlich weder böse noch auch nur ernst gemeint. Schwerer fiel ein anderes ins Gewicht. Friedrich gewahrte an den Naturwissenschaften ein Mißverhältnis zwischen so viel Aufgebot tiefgründiger Forschung, sublimster Gelehrsamkeit und dem praktischen Nutzen der Ergebnisse: sein klassisches Beispiel war der Fall seines großen Mathematikers Euler, dessen exakte Berechnungen für die hydraulischen Maschinen von Sanssouci die Wasserkünste doch nicht zum Spielen bringen wollten. Hätte Friedrich das Zeitalter erlebt, wo die Naturwissenschaften endlich begannen, die das ganze wirtschaftliche Leben umwälzende Anwendung ihrer großen Entdeckungen zu machen, der große Praktiker wäre der erste gewesen, diese Leistungen anzuerkennen und zu bewundern. So aber hat er d'Alembert ganz offen einmal gefragt: „Ist es nicht wahr, daß die Elektrizität und alle Wunder, die sie enthüllt, nur dazu gedient haben, unsere Neugierde anzuregen? ist es nicht wahr, daß die Anziehungs- und Schwerkraft nur unsere Einbildung in Erstaunen gesetzt haben? ist es nicht wahr, daß alle chemischen Operationen sich in dem gleichen Falle befinden?“ Der Gefragte mußte das bis zu einem gewissen Grade zugeben. „Eure Majestät,“ antwortete er, „behandelt die transcendente Geometrie ein wenig zu schlecht. Ich gebe zu, daß sie oft nur ein Luxus müßiger Gelehrter ist; aber oft ist sie auch nützlich gewesen, und wäre es nur, indem sie die Phänomene des Weltsystems so gut erklärt.“

Noch eine andere Reibungsfläche war vorhanden. Dem Philosophen von Sanssouci war die Gefolgschaft halb lächerlich, halb unheimlich und jedenfalls verdrießlich, die hinter d'Alembert, dem Führer zur Linken, stand, die Schar der nachgeborenen Söhne der Aufklärung, die neue Richtung. Er bewunderte d'Alemberts Discours préliminaire zu der Encyclopédie, diesen genialen Versuch zu einem entwickelnden Ueberblick über die Gesamtheit der positiven Wissenschaften, ihre grenznachbarlichen Berührungen und ihren Stammbaum; aber er verachtete die „Encyclopädisten“, wie er das junge Philosophengeschlecht, gleichviel ob die einzelnen an der Encyclopädie mitarbeiteten oder nicht, unterschiedslos nannte; und nur ironisch bezeichnete er die Encyclopädisten ab und an als seine Mitbrüder, sich selbst als ihren Verehrer, ihren eifrigen Schüler.

Am lustigsten hat Friedrich über die Encyclopädisten gespottet in einer ausschließlich zu seiner eigenen Ergötzlichkeit verfaßten Schrift von 1773, in einem der im achtzehnten Jahrhundert so beliebten Totengespräche, wo er den eben verstorbenen Fürsten Liechtenstein, den österreichischen General, seinen berühmten Vorgängern, dem Prinzen Eugen und Marlborough als das Neueste von der Erde berichten läßt, daß man dort die großen Feldherren nicht mehr achtet, dank der Friedenspredigt der Encyclopädisten. Marlborough hält die Encyclopädisten für eine Art Prolesen, aber Liechtenstein belehrt ihn: „Die Encyclopädisten sind eine zu unseren Tagen entstandene Sette sogenannter Philosophen. Sie glauben sich erhaben über alles, was das Altertum in dieser Art hervorgebracht hat! Mit der Frechheit der Cyniker verbinden sie die edle Schamlosigkeit, alle Paradoxen, die ihnen in den Sinn kommen, zu verbreiten. Sie brüsten sich mit der Geometrie und behaupten, daß die, welche diese Wissenschaft nicht studiert haben, nicht recht klug sind, und daß folglich sie allein die Gabe richtig zu denken besitzen. Ihre landläufigsten Reden sind mit wissenschaftlichen Ausdrücken gespickt. Wenn ein Floh sie gebissen hat, so sind es die unendlich Kleinen der ersten Ordnung, die sie behelligen. Wenn sie einen Fall thun, so geschieht es, weil sie das Centrum der Schwere verloren haben. . . . Alle Wissenschaften, mit Ausnahme ihrer Rechnungen, setzen sie herab. Ein Poet soll nur noch algebraische Gleichungen reimen; was die Geschichte anbetrifft, so wollen sie die von hinten an studiert wissen, mit der Gegenwart angefangen bis zurück vor die Sündflut. Die Regierungen reformieren sie alle, Frankreich soll eine Republik unter einem Geometer als Gesetzgeber werden, und Geometer werden regieren, indem sie alle Schritte der neuen Republik der Infinitesimalrechnung unterwerfen. Diese Republik wird einen beständigen Frieden wahren und sich ohne Heer behaupten.“

Bezeichnenderweise hat der Verfasser dieses Totengespräch an d'Alembert nicht mitgeteilt und gegen Voltaire verleugnet. Aber in den „Briefen über die Vaterlandsliebe“, von denen er d'Alembert 1779 einen Abdruck sandte, las dieser zu seinem Schmerz das überaus herbe Urtheil über die Encyclopädisten, daß neben einer kleinen Anzahl guter Sachen und einer kleinen Anzahl Wahrheiten, die man in ihren Schriften finde, der Rest ein Wust von Paradoxen und leichtfertig, ohne Nachprüfung vorgetragener Ideen sei. Da hielt er sich doch für verpflichtet, für die „ehrenwerten Leute, die an der Encyclopädie mitgearbeitet“ hätten, einzutreten und insonderheit den Vorwurf der Vaterlands-

losigkeit zurückzuweisen: solange er selbst an der Spitze dieses Werks gestanden habe, würde er nie solche Tendenz gebuldet haben; auch erinnere er sich nicht, daß man an irgend einer Stelle dieses gewaltigen Wörterbuches die Dummheit und zugleich die Keckheit besessen hätte, die Vaterlandsliebe zu bekämpfen. Friedrich entgegnete — zu seiner Entschuldigung, wie er sagte —, daß man in Deutschland gemeinhin alle Werke französischer Hohlköpfe auf die Rechnung der Encyclopädisten setze; „ich hoffe, daß Sie eine hinreichend gute Meinung von mir haben werden, um zu glauben, daß ich die d'Alembert nicht mit den Diderot, den Jean Jacques und den sogenannten Philosophen verwechsle, welche die Schande der Litteratur sind“.

D'Alembert gab einen Rousseau ohne weiteres preis. Er haßte und neidete ihn nicht, wie es Voltaire that; aber Rousseau war ihm der Sonderling, der da behaupten konnte, „daß der Mensch, welcher denkt, ein depraviertes Tier sei“; denn so faßte d'Alembert die Lösung zusammen, die jener 1751 für die Preisfrage der Akademie von Dijon, nach dem Einfluß der Wissenschaften und Künste auf die Sitten, gefunden hatte. Den ungeheuren Erfolg dieses Mannes in Gegenwart und Zukunft, den Zauber, den sein radikaler Idealismus, seine Predigt der Rückkehr zur Natur, sein Glaube an die Güte der menschlichen Anlage, sein Unabhängigkeitsfinu, seine Auflehnung gegen das Herkommen, seine „Religion des Herzens“, gerade auf edle Gemüter ausgeübt hat, die von ihm ausgehende Verjüngung der französischen und Befruchtung der deutschen Litteratur, die Fleischwerdung seiner politischen Theorie noch vor Ablauf eines Menschenalters, alles das ahnten oder ermaßen weder Friedrich noch d'Alembert und seine Encyclopädisten. Friedrich sah die Wirkung der Rousseauschen Schriftstellerei nur in der Ansteckung anderer zur Thorheit und Tollheit und ließ es zweifelhaft, ob man den noch zu den Philosophen zählen dürfe, der das Hirn einiger guter Hausväter so weit verwirrt habe, daß sie ihren Söhnen die Erziehung eines Emil gäben. Angewidert durch „die Paradoxen und den cynischen Ton“ dieses „Besessenen“, erklärte er doch in ihm das Unglück ehren, den Verfolgten schützen zu wollen. Es war im letzten Jahre des Siebenjährigen Kriegs, als er im Lager vor Schweidnitz jenen Brief aus Motiers-Travers im Neuenburgischen erhielt: „Sire, ich habe viel Uebles über Sie geredet, ich werde vielleicht noch desgleichen reden. Indes, aus Frankreich, Genf, dem Ranton Vern vertrieben, komme ich, ein Asyl in Ihren Staaten zu suchen; vielleicht war es mein Fehler, daß ich es nicht von vornherein that; dies Lob gehört zu denen, deren Sie wert sind.“ Der König hat an Rousseau nie geschrieben, aber ihrem Mittelsmann, seinem dormaligen Statthalter von Neuenburg, dem philosophischen Lord Marschall von Schottland,¹⁾ antwortete er: „Geben wir dem Unglücklichen ein Asyl. Dieser Rousseau ist ein eigentümlicher Knabe, ein cynischer Philosoph, der nichts außer seinem Bettelsack hat; man muß ihn am Schreiben verhindern, soweit es geht, weil er heikle Gegenstände behandelt, die in Euren Neuenburger Köpfen zu lebhaftere Erregungen hervorrufen und das Geschrei aller Eurer streitsüchtigen und von Fanatismus erfüllten Priester veranlassen würden.“ Er er-

¹⁾ Vgl. oben S. 347.

kannte an, daß die einzige Sünde dieses armen Unglücklichen in seinen seltsamen Ansichten bestehe, die er doch für gut halte; allerdings solle Rousseau ihn nie überreden, zu grasen und auf vier Füßen zu laufen.

An Diderot, den Friedrich nicht höher wertete, mißfiel ihm vorweg der selbstzufriedene Ton, „die Arroganz, die den Instinkt meiner Freiheit empört“. Er erklärte die Lektüre dieses Schriftstellers nicht aushalten zu können, ein so unerschrockener Leser er sonst sei: „So haben Aristoteles, Cicero, Lukrez, Locke, Gassendi, Bayle, Newton nicht geschrieben. Die Bescheidenheit steht aller Welt wohl an, man muß mit Kraft Gründe entwickeln, aber nicht herrisch entscheiden. Das kommt davon, wenn man schneidend sein will; man glaubt, daß ein entscheidener Ton zum Ueberreden genügt, dieser Ton kann dem mündlichen Vortrag helfen, aber bei der Lektüre setzt er sich nicht durch. Wenn man ein Buch in der Hand hat, urteilt man über die Gründe und mokiert sich über die Emphase.“ Wie Rousseau forderte Diderot die Rückkehr zur Natur und kritisierte die bestehende Gesellschaftsordnung; er verbreitete, wie Goethe gesagt hat, „von dem geselligen Leben einen Eitelbegriff“; sein politischer und sozialer Radikalismus, dessen stärkste Aeußerungen allerdings erst aus seinen hinterlassenen Manuskripten bekannt geworden sind, und vor allem wieder sein Schelten auf den Krieg blieb von Friedrich nicht unbemerkt; die Zarin, so schmerzte er, habe von Diderot, den sie verhätschelte, nur für schweres Geld einen Dispens zur Kriegführung gegen die Türken erhalten. Ob Friedrich von dem philosophischen Inhalt der Schriften Diderots, von seinem pantheistischen Zug Notiz genommen hat, ist nicht ersichtlich; hat er es gethan, so mußte auch das ihn abstoßen. Das verwandte System Buffons, der die Naturgeschichte mit pantheistischem Auge betrachtete, hat er gekannt und verworfen.

D'Alembert hätte für seinen hervorragenden Mitarbeiter an der Encyclopädie bei dem König von Preußen gern Stimmung gemacht; als Diderot 1774 vom russischen Hofe zurückkehrte, hoffte jener, daß er bei Friedrich vortreten werde, und war überzeugt, daß ihm „die sanfte Wärme seiner Unterhaltung und das Ansprechende seines Charakters“ gegen des Königs Vorurteil gewonnen Spiel geben würden. Diderot, in Potsdam erwartet, reiste vorbei. „Ein großes encyclopädisches Phänomen“, schrieb Friedrich an d'Alembert, „hat, eine Ellipse beschreibend, die Grenzen unseres Horizonts gestreift, aber die Strahlen seines Lichts sind nicht bis zu uns gedrungen. Pompejus war glücklich genug, den Posidonius zu sehen, obgleich der Philosoph die Sicht hatte; ich habe den großen Diderot weder gesehen noch gehört, obgleich er voller Gesundheit war. Aber es ist nicht jedermann beschieden, nach Korinth zu kommen, und die encyclopädische Fatalität, die über die Geschicke der Menschen entscheidet, hat mich nicht begünstigt, offenbar weil ich die Jesuiten beschütze.“ Ein nochmaliges Plaidoyer d'Alemberts für den encyclopädischen Freund wies er nun mit Entschiedenheit ab: in einem kürzlich ihm in die Hände gefallenem Buche Diderots habe er die Worte gefunden: „Junger Mann, nimm und lies.“ „daraufhin habe ich das Buch zugeklappt, weil ich wohl sah, daß es nicht für mich geschrieben war, da ich sechzig Jahr vorüber bin. . . Ich bewundere Eure Welschen, wenn sie Bonfens und Esprit haben; ich habe alle Achtung vor den Turenne, Luxemburg,

Gassendi, Bayle, Boileau, Bossuet, selbst vor den Deshoulrières und in unserem Jahrhundert vor den Voltaire und d'Alembert; aber da mein Bewunderungsvermögen auf gewisse Grenzen beschränkt ist, so ist es mir unmöglich, in diese Akte der Verehrung die Mißgeburten des Parnass einzubeziehen, die Philosophen der Paradoxen und der Sophismen, die falschen Schöngeister, die Generale, die immer geschlagen werden und nie schlagen, die Maler ohne Kolorit, die Minister ohne Rebllichkeit, die zc. zc. zc."

Von Diderot dem Pantheisten führte der nächste Schritt zu den erklärten Materialisten und Atheisten, zu Helvetius und Holbach. Sie verwarf Friedrich vollends. Von Helvetius' Buch „De l'esprit“ urteilte er, daß es den fast allen systematischen Werken gemeinsamen Fehler besitze, vergebliche Anstrengungen für den Beweis des Paradoxen zu machen. Als der Verfasser ihm 1765 seinen Besuch angekündigt hatte, schrieb er an d'Alembert, nach jenem Buch zu schließen werde der erste Tag ihrer Bekanntschaft der schönste sein. Aber Helvetius als Mensch fand nun Gnade vor Friedrichs Augen. Seine Uneigennützigkeit bewährte sich, sein Charakter schien „bewundernswert“, sein Herz „ebenso rein, wie sein Verstand leicht in die Irre zu führen“, so daß Friedrich nur wünschte, daß er als Schriftsteller weniger seinen Geist als sein Herz zu Rate gezogen hätte. Als Helvetius 1771 starb, erklärte sein königlicher Gönner: „Er war ein so guter Mensch, daß ich mit Vergnügen seine Werke noch einmal lesen will“. Freilich enttäuschten ihn die nachgelassenen Schriften, über die Erziehung und über das Glück, von neuem schwer. Lebhaft bestritt er zumal den Satz, daß alle Menschen mit ungefähr gleichen Anlagen geboren würden.

Die anspruchsvollste und selbstsicherste Leistung der modernen französischen Philosophie war jenes 1770 anonym erschienene „System der Natur“, hinter dem der Baron Holbach stand. Hier sollte das Welträtsel beantwortet, sollten die „Gesetze der physischen und moralischen Welt“ gefunden sein. Goethe hat uns geschildert, wie er, der Straßburger Student, und sein Freundeskreis die graue Theorie dieses Buches, das ihnen „unschmackhaft, ja abgeschmackt“ schien, von sich abschüttelten; wie sie von dieser „tristen atheistischen Halbnacht“ nichts wissen wollten, nichts von dieser Materie, die, von Ewigkeit her bewegt, nun mit dieser Bewegung rechts und links und nach allen Seiten ohne weiteres, selber richtungs- und gestaltlos, die unendlichen Phänomene des Daseins hervorbringen sollte: „alles sollte notwendig sein, und deswegen kein Gott“. Dem jungen Anfänger in Straßburg brachte das „System der Natur“ den negativen Ertrag, daß er nach seinem eigenen Geständnis aller Philosophie, besonders aber der Metaphysik, recht herzlich gram wurde. Auf den alten Mann in Sansfouci, der sein Leben lang sich mit philosophischen Problemen beschäftigt hatte, übte das Buch schließlich eine ähnliche Wirkung aus. D'Alembert und Voltaire kamen überein, daß Friedrich der Philosophie das „System der Natur“ nicht verzeihen könne, daß Metaphysik, ja die ganze Philosophie jetzt nicht mehr viel bei ihm gelte.

Zunächst allerdings gab ihm das, wie er jagt, auf den ersten Blick befriedigende Buch neue Anregung zur Erörterung alter Lieblingsfragen. Er greift zur Feder, er glaubt den Verfasser leicht widerlegen zu können. Er erhebt vor

allem Einspruch gegen den bei Behandlung so schwieriger und dunkler Gegenstände unangebrachten dogmatischen Ton. Er greift dann vier Hauptthesen heraus und an: die Leugnung Gottes, die Leugnung der menschlichen Willensfreiheit, die Anschuldigungen gegen die christliche Religion und gegen die Monarchie.

Friedrichs Entgegnung auf den letzten Punkt hat uns bereits beschäftigt.¹⁾ Die christliche Religion will er unterschieden wissen von ihren Entstellungen durch den Alerus. Wie dürfe man diese Religion als die Quelle alles über das Menschengeschlecht gekommenen Nebels bezeichnen, da doch, von den Lehren der „herrlichen Bergpredigt“ ganz abgesehen die Quintessenz der ganzen Moral enthalten sei in der einen einzigen Vorschrift des Evangeliums: dem Nächsten nur das zu thun, was wir von ihm uns gethan wissen wollen! Holbach dem Gottesleugner hält er sein altes Hauptargument für das Dasein Gottes, den teleologischen Beweis²⁾ entgegen: „Die Zwecke, welche die Natur sich in ihren Werken gesetzt hat, offenbaren sich so einleuchtend, im unendlich Großen, wie im unendlich Kleinen, daß man gezwungen ist, eine überlegene und intelligente Ursache, die über dem Ganzen waltet, anzuerkennen.“ Die ganze Welt dient ihm als Beweis und Zeugnis; das Auge einer Milbe, ein Grassalm genügen, die Intelligenz des Werkmeisters zu beweisen. Mit der Leugnung der menschlichen Willensfreiheit und Verantwortlichkeit endlich, mit dem Dogma des Fatalismus scheinen ihm die Grundlagen aller sozialen Ordnung erschüttert: „Was auch Calvin, Leibniz, die Arminianer und der Verfasser des Systems der Natur sagen mögen, sie werden niemand überzeugen, daß wir nur Mühlräder seien, die eine notwendige und unwiderstehliche Ursache nach ihrer Laune in Bewegung setzt.“

Der Verfasser sandte sein „Examen critique du système de la nature“, sein „Werk gegen den Atheismus“, abgeschrieben an d'Alembert. In seinem Begleitschreiben vom 7. Juli 1770 sprach er von den handgreiflichen Widersprüchen, den schlechten Schlußfolgerungen seines Gegners. Aber d'Alemberts Antwort zeigte ihm, daß der „Atlas unserer Philosophie“, wie Friedrich ihn jüngst genannt hatte, die helle Entrüstung über das „Système“ gar nicht teilte und bis zu gewissem Grade für den Angegriffenen Partei nahm. Ein lebhafter brieflicher Wortwechsel begann, von Friedrichs, des „sechzigjährigen Schülers“, Seite der letzte Versuch, seine philosophischen und religiösen Anschauungen begrifflich zu entwickeln.

Gegen die christliche Religion wiederholte d'Alembert ganz einfach die Anklage Holbachs: er müsse sie für eine der größten Geißeln der Menschheit halten, und zwar wegen der Ströme von Blut, die sie bei der ihr wesentlichen Unbuddsamkeit und Exklusivität, bei ihrem Anspruch, die einzige wahre Art des Gottesdienstes zu sein, mit folgerichtiger Notwendigkeit vergossen habe. Friedrich entgegnete: nicht Kindheitsvorurteile trieben ihn die christliche Religion zu verteidigen, sondern ihr Charakter ursprünglicher Reinheit: „Erlauben Sie mir, Ihnen zu sagen, daß unsere heutige Religion der Religion Christi ebensowenig gleicht wie der Religion der Propheten. Jesus war Jude, und wir verbrennen die Juden.“

¹⁾ Oben S. 560.

²⁾ Ab. I, 502 (2. Aufl. S. 503).

Jesus predigte die Geduld, und wir verfolgen. Jesus predigte eine gute Moral, und wir üben sie nicht aus. Jesus hat keine Dogmen aufgestellt, aber die Konzile haben trefflich dafür gesorgt. Kurz, ein Christ des dritten Jahrhunderts gleicht nicht mehr einem Christen des ersten. Jesus war eigentlich ein Essäer, er war erfüllt von der Moral der Essäer, die viel von der Zenos hat. Seine Religion war ein reiner Deismus („eine Art von Theismus“, hatte Friedrich früher einmal gesagt) und sehen Sie, wie wir sie verbildet haben! Wenn dem so ist, so verteidige ich mit der Religion Christi die Religion aller Philosophen, und ich opfere Ihnen alle Dogmen, die nicht von ihm herrühren.“ Die protestantischen Dogmen gab er nicht weniger preis, als die katholischen, alle Religionen schienen ihm „vom Standpunkt der Philosophie“ ungefähr gleich. Praktisch gab er der protestantischen vor der katholischen weit den Vorzug, als der in minderm Grade mit „Aberglauben“ belasteten und zugleich nicht verfolgungsfüchtigen, und er hat deshalb einst einer Herzogin von Gotha es entchieden widerraten, ihre Tochter um einer vorteilhaften Heirat willen zum Katholizismus übertreten und damit einen Schritt thun zu lassen, der die ganze Ueberlieferung des ernestiniſchen Hauses Lügen strafen würde. Doch gestand er, daß er als Zeitgenosse Martin Luthers es darauf angelegt haben würde, jenen bis zum Socianismus, bis zur „Religion eines einzigen Gottes“, zu treiben; so aber seien „dieser Mönch und seine Genossen“, nachdem sie den Schleier zur Hälfte weggerissen, im besten Zuge stehen geblieben und hätten noch so viel Dunkelheiten ungeklärt gelassen; er beklagte, daß so viel Blut, Gemegel, Krieg und Verwüstung schließlich nur dahin geführt hätten, daß man sich einiger weniger Glaubenssätze zu entschlagen wagte. Ganz in diesem Sinne hatte Friedrich schon vor drei Jahrzehnten den protestantischen Theologen Mangel an Folgerichtigkeit vorgeworfen: „Sie bedienen sich der Argumente der Ungläubigen, um die Transsubstantiation der Katholiken zu bekämpfen, und bekämpfen die Ungläubigen mit denselben Argumenten, mit denen die Katholiken die Transsubstantiation stützen.“

D'Alembert ließ bei Fortsetzung der Diskussion die Gleichstellung des Urchristentums mit dem Deismus gelten, ging jetzt aber alsbald dem Deismus selber zu Leibe. Diplomatisch schickt er das Zugeständnis voraus, er glaube in Bezug auf eine höchste Intelligenz, daß ihre Leugner mehr behaupteten, als sie beweisen könnten. Dann aber stellt er eine Anzahl scharf zugespitzter Fragen, in ihrer Abfolge darauf berechnet, den Gefragten wo nicht auf den Standpunkt des Fragenden herüberzuziehen, so doch von der Unhaltbarkeit des eigenen Standpunktes zu überführen: „Was ist diese höchste Intelligenz? Hat sie die Materie geschaffen oder hat sie die Materie nur geordnet? Ist eine Schöpfung möglich? Und, wenn sie es nicht ist, ist also die Materie ewig? Und wenn die Materie ewig ist und einer Intelligenz nur bedarf, um geordnet zu werden, ist diese Intelligenz mit der Materie vereint oder von ihr unterschieden? Ist sie mit ihr vereint, so ist eigentlich die Materie Gott, und Gott die Materie; ist sie von der Materie unterschieden, wie versteht man, daß ein Wesen, welches nicht Materie ist, auf die Materie einwirkt?“

Run war die Anfangslosigkeit, die Ewigkeit der Welt für Friedrich seit

lange ein Ueberzeugungsfaß; die Annahme einer Schöpfung aus dem Nichts erschien ihm widersinnig; nicht minder die Annahme einer Entwicklung des Kosmos aus dem Chaos zu einem von Gott nach Willkür ausgewählten Zeitpunkt. So gibt er denn die Ewigkeit der Welt d'Alembert ohne weiteres zu. Dann seien sie einig, erwidert dieser befriedigt und fügt sofort hinzu, daß die aus der ihnen gemeinsamen Prämisse „Ewigkeit der Welt“ zu ziehende Folgerung „keine Schöpfung und kein Schöpfer“ den wahren Partisanen des Daseins Gottes wenig gefallen würde, die da eine souveräne, schöpferische, nichtmaterielle Intelligenz verlangten.

Eine zweite, ihnen beiden gemeinsame Voraussetzung war die Unselbständigkeit der Seele, ihre Abhängigkeit vom Körper. Auch von diesem Punkt aus setzt d'Alembert seine Hebel an: „Wenn bei dem Menschen diese Intelligenz, deren Wirkungen und Hervorbringungen wir bewundern, allein die Folge der Organisation ist, warum sollten wir nicht auch in den anderen Teilen der Materie eine Struktur und Disposition von derselben Notwendigkeit und Natürlichkeit, wie die Materie selbst, zulassen, aus der, ohne daß eine fremde Intelligenz sich einmischet, die Wirkungen entspringen, die wir schauen und die uns überraschen?“ D'Alembert fährt fort: „Und somit sind wir beim besten Willen dahin gebracht, allerhöchstens einen materiellen, beschränkten und abhängigen Gott im Weltall anzuerkennen und zuzulassen“ — wieder nicht im Sinne der eifrigen Partisanen des Daseins Gottes: „sie werden uns ebenso gern als Atheisten sehen, wie als die Spinozisten, die wir sind.“

Friedrich gibt sich doch nicht gefangen. Er verwahrt sich dagegen, dem System Spinozas nahe zu stehen, „oder dem der Stoiker, die da alle denkenden Wesen als Emanationen des großen allgemeinen Geistes betrachteten“. Nicht materiell will er sich die Gottheit denken, weil sie dann „durchbringlich, teilbar, endlich“ sein würde. Er wählt jetzt die Umschreibung: „die der ewigen Organisation der existierenden Welten anhaftende Intelligenz“, „das Sensorium des Weltalls“. Und die Beweise für diese Intelligenz sind ihm, er wiederholt es, die erstaunlichen Zusammenhänge, die in der ganzen physischen Zurüstung der Welt, der Gewächse und der beseelten Wesen bestehen, und zweitens die Intelligenz des Menschen: „denn wenn die Natur vernunftlos wäre, wie hätte sie uns geben können, was sie selbst nicht hat?“

D'Alembert blieb dabei, daß man einig sei, nur in der Ausdrucksweise sich trenne; daß nach Friedrichs Deuktion Gott nichts anderes sei, als „die Materie, insofern sie intelligent ist“. Er hatte die Blöße geschickt benutzt, die ihm der Widerspruch in Friedrichs Gottesbegriff bot: die Kluft zwischen seiner teleologischen Beweisführung für das Dasein Gottes einerseits und seiner Leugnung eines Schöpfungsaktes, seiner Leugnung einer immateriellen Seele andererseits. Friedrich verzichtete nun auf den weiteren Versuch zu einer Begriffsbestimmung: „Wir werden nicht die einzigen sein,“ so schloß er das Wortgefecht, „die dazu verurteilt sind, die Natur Gottes immerdar nicht zu kennen.“ Er verwahrte sich nur nochmals gegen den Pantheismus: „Ich habe nicht die Eitelkeit, zu beanspruchen, daß eine Seele eine Emanation des großen Wesens ist und daß sie nach meinem Tode sich ihm wiedervereinigen wird, weil Gott nicht teilbar ist,

weil wir Dummheiten machen, und Gott nicht, und weil endlich die ewige und göttliche Natur sich nicht vergänglichen Wesen mitteilen kann noch darf, Kreaturen, deren Existenz verglichen mit der Ewigkeit nur die Dauer einer Sekunde hat. Das ist mein Glaubensbekenntnis.“

In den Zeiten, da Friedrich noch an eine auch die kleinsten Kleinigkeiten der Weltregierung umfassende göttliche Vorsehung geglaubt hatte, war ihm diese Anschauung ein Argument gegen die menschliche Willensfreiheit gewesen, für die kein Platz zu bleiben schien, wenn alle Handlungen des Menschen nur dem Zwecke dienten, die Beschlüsse der Vorsehung zu erfüllen. In der Folge hatte er, wie wir hörten,¹⁾ seinen Vorsehungsglauben dahin eingeschränkt, daß er den großen Weltenmeister nur mit der Lenkung und Erhaltung des Alls, nicht mit der Fürsorge für das Individuum, den einzelnen Menschen oder den einzelnen Staat, beschäftigt denken wollte. In dieser Resignation war er durch die Drangsale und wirren Wechselfälle und durch die inneren Erlebnisse des schreckenvollsten Krieges nur bestärkt worden: „Gott ist taub gegen die Bitten der zu Boden geschmetterten Sterblichen“, „Gott kann sich zu uns nicht herablassen“, „von ihm zu uns ist der Abstand unermesslich“, so hören wir ihn während dieses Krieges seufzen. Nun hatte er, als er den Glauben an ein bis auf das einzelne Menschenlos erstrecktes Walten der Vorsehung fallen ließ, anfänglich noch nicht zugleich mit seinem alten Determinismus, seiner Ueberzeugung von der Unfreiheit des Willens gebrochen.²⁾ Dieser Bruch war jetzt erfolgt. Als Kronprinz hatte er mit Waffen aus dem Arsenal von Leibniz und Wolff die Unfreiheit, die Notwendigkeit, die Fatalität gegen Voltaire, den damaligen Anwalt der Willensfreiheit, verteidigt: ein Menschenalter später hatten beide den Standort und die Waffen gewechselt; denn Voltaire stand in diesem Streit jetzt auf derselben Seite wie Holbach und d'Alembert. Der Schule seines ältesten philosophischen Lehrmeisters Wolff vorlängst entwachsen, zieh Friedrich jetzt den Verfasser des „Système de la nature“ der Abhängigkeit von jener Schule: er kopiere fast buchstäblich die Lehre von der Fatalität, wie Leibniz sie dargelegt und Wolff sie erläutert habe.

Er machte d'Alembert einen Vermittelungsvorschlag für diese „schwierigste Frage der ganzen Metaphysik“. Er wollte von einer „begrenzten“ oder „gemäßigten“ Freiheit reden. D'Alembert hatte gesagt: „Der Mensch ist frei in dem Sinne, daß er in den nicht maschinenmäßigen Handlungen sich von selbst und ohne Zwang entscheidet; aber er ist es nicht in dem Sinne, daß, wenn er sich entscheidet, selbst freiwillig und aus Wahl, immer eine Ursache da ist, die ihn zu der Entscheidung treibt und die Wage für den Entschluß, welchen er faßt, sich neigen läßt.“ Friedrich entgegnet: Der Mensch sei frei, wenn er seinen Leidenschaften, den Wirkungen seiner elementaren Zusammensetzung, widerstehe, und Sklave, wenn er ihnen gehorche; den Einwand, daß der Grund, aus dem er den Leidenschaften widerstehe, doch allemal der Notwendigkeit unterworfen sei, weist

¹⁾ Bd. I, 503 (2. Aufl. S. 504). Vgl. oben S. 265; „Friedrich der Große als Kronprinz“ S. 147 (2. Aufl. S. 150).

²⁾ Bd. I, 504. 505 (2. Aufl. S. 505. 506).

er mittelst des Erfahrungssatzes ab, daß Strafen und Belohnung geeignet sind, die angeblich zwingenden Gewalten um ihren Sieg zu bringen: also könne der Mensch nicht im strengsten Sinne der Fatalität unterworfen sein. D'Alembert beharrt dabei, es sei sehr schwierig, das System der Notwendigkeit und absoluten Fatalität nicht annehmen zu wollen; jeder Entschluß bleibe notwendige Folge der nicht minder notwendigen Zusammensetzung unserer Organe und der nicht minder notwendigen Wirkung, welche die Aktion anderer Wesen in uns hervorbringt: „Wenn die Steine wüßten, daß sie fallen, und wenn sie Vergnügen am Falle fänden, so würden sie glauben, freiwillig zu fallen.“ Der Wortstreit wird dann noch weiter fortgesetzt. Friedrich ruft: „Sie würden triumphieren, wenn die Leidenschaften es immer uns anthäten, aber man widersteht ihnen oft, ich kenne Leute, die sich von ihren Fehlern gebessert haben.“ D'Alembert ist um die Erklärung nicht verlegen: „Die, welche ihren Leidenschaften widerstehen, sind nötigen Beweggründen unterworfen, welche bei ihnen stärker wirken als selbst die Leidenschaften.“ Friedrich schickt nun einen von ihm genannten Herzog von Mecklenburg ins Treffen, der die Entscheidung an den Knöpfen abgezählt habe: dies Knopforakel, diese Boutonomancie, scheint ihm gegen d'Alemberts starres Zwangsgesetz schwer ins Gewicht zu fallen. Er greift endlich auf einen Trumpf zurück, den er gleich anfangs gegen Solbach ausgespielt hatte: man dürfe nicht den Begriff des Grundes oder der Ursache mit dem der Notwendigkeit verwechseln; alles habe seine Ursache, aber nicht jede Ursache sei notwendig: „Wollen Sie Notwendigkeit nennen, was ich Grund nenne, so ist unser Streit beendet; aber wenn Sie eine verhängnisvolle Notwendigkeit annehmen, die uns wie Marionetten handeln läßt, so würde es mir schwer fallen, auf meine alten Tage Marionette zu werden.“

ist es ein Widerspruch, wenn Friedrich sich sieben Jahre später selbst eine Marionette, „eine der kleinsten der Marionetten“, genannt hat? In seinem Brief an die Kurfürstin-Witwe von Sachsen vom 1. Mai 1778 lesen wir: „Es ist gewiß, daß die Menschen nach den Plänen, die sie sich entwerfen, handeln, ohne voraussehen zu können, wo das Spiel der Ursachen zweiter Ordnung hinführen wird. Also sind wir, die Dinge genau bewertet, nur Marionetten, bewegt von göttlichen Händen, die unseren Willen und unsere Handlungen auf ein gewisses Ziel hinleiten, das wir nicht kennen, aber das sich mit Notwendigkeit in die allgemeine Verkettung der Ursachen des Universums eingliedert.“

Aber wir hörten in der Disputation mit d'Alembert, daß Friedrich für den Willen immer nur eine „begrenzte“ Freiheit in Anspruch nahm. Dort betrachtete er die menschlichen Entschlüsse und Willensakte auf ihre Entstehung und gewährte den Spielraum, welcher der Freiheit gelassen bleibt; hier betrachtet er die Entschlüsse auf ihre Wirkung und gewahrt in der Erkenntnis von der Unsicherheit aller menschlichen Entwürfe die Grenzen jenes Spielraums. Der Mensch ist Marionette, so ist seine Meinung, nicht als ob wir uns nicht frei entschließen könnten, sondern weil die Verwirklichung unserer Vorsätze nicht von uns abhängt, vielmehr durch tausend unvorhergesehene, unberechenbare Ursachen, die Ursachen zweiter Ordnung (causes secondes), gekreuzt wird.

Diese Ursachen zweiter Ordnung sind es, die er der Kürze halber gern als

Zufall oder scherzhaft als „Seine Majestät den Zufall“, den „heiligen Vater Zufall“, bezeichnet. Auf die Rechnung dieses Zufalls will er drei Viertel der Weltereignisse setzen. Aber nicht ein blindes Ungefähr ist ihm dieser „Gazard“. Einen Zufall in diesem Sinne erkennt er nicht an: „was man gemeinhin den Zufall nennt, hat keinen Anteil an den Ereignissen des Lebens“. Sehr bestimmt erklärt er, daß er unter Zufall nichts anderes verstanden wissen will, als „die Verkettung der Ursachen zweiter Ordnung, deren Spiel man erst nachträglich bemerkt, deren Wirkungen aber in der allgemeinen Ordnung der Dinge einbegriffen sind“. Zum Teil entfallen ihm diese Ursachen zweiter Ordnung auf die allgemeine menschliche Schwäche und Unvollkommenheit, und insofern sagt er gelegentlich, daß das, was das Volk Zufall und der Theologe Prädestination nenne, nach dem Urtheil der Weisen seine Ursache in der Unklugheit der Menschen habe. Eine lange Lebenserfahrung und Regierungspraxis hat den philosophischen König, hat den großen politischen und strategischen Rechenmeister davon überzeugt, daß diese Ursachen zweiter Ordnung es vor allem sind, die ein planvolles, geradliniges Handeln unmöglich machen: „Das Leben der Menschen hängt oft nur an einem Haar, den Gewinn oder Verlust einer Schlacht kann eine Bagatelle entscheiden.“ Indem er von den auf Vernichtung Preußens abzielenden Entwürfen seiner Gegner aus dem Siebenjährigen Kriege spricht, fragt er: „Scheint es nicht erstaunlich, daß das denkbar Raffinierteste in der menschlichen Klugheit, verbunden mit der Stärke, sich so oft durch unerwartete Ereignisse oder Schicksalsschläge betrogen sieht? und scheint es nicht, als ob es ein gewisses Etwas gibt, das voll Verachtung mit den Entwürfen der Menschen spielt?“

Ist die Verknüpfung dieser „Ursachen zweiter Ordnung“ dem menschlichen Auge nicht oder nur unvollkommen erkennbar, so spricht doch Friedrich die Ansicht aus, daß das Vorhandensein der allgemeinen und ewigen Gesetze, die das Universum regieren, uns mit Fug auch Gesetze für das Einzelne annehmen lasse. Ja, jene seine Anschauung, daß die Gottheit nur die großen Gesetze vollstrecke, den Individuen aber ihre Aufmerksamkeit nicht zuwende, durchbricht doch bisweilen ein Ausblick auf eine andere Möglichkeit. „Glück, Zufall oder Vorsehung“, „Vorsehung oder auch Fatalität“, das sind die tastenden Formeln, die er braucht, und wenn er in dem ergreifenden Schluß seiner Darstellung des Siebenjährigen Krieges seinen Wünschen für die Zukunft Preußens Worte leiht, wagt sein Gebet, diesen seinen Staat, wenn auch unter Zweifel, dem Himmel zu empfehlen,¹⁾ — „im Falle, daß die Vorsehung ihre Blicke zu den menschlichen Erbärmlichkeiten hinabsenkt.“

Aus Friedrichs Nachlaß ist ein seinen letzten Lebensjahren angehöriges Gebicht über das Dasein Gottes bekannt geworden, ein Nachklang seiner Diskussion mit d'Alembert, seiner Polemik gegen den Atheismus, sein letztes Wort zu den großen, ewigen Fragen, über die er sein ganzes Leben hindurch nachgedenken hatte. Noch einmal erhebt er seinen Protest: „Eine blinde Materie als aller Wirkung erste Ursache annehmen, das widersteht und widerspricht meiner

¹⁾ Vgl. Vb. I, 288 (2. Aufl. S. 289).

Vernunft.“ — „Wenn mein begrenztes Ich fühlt, denkt, will, sich einen Zweck sucht, soll dann das allmächtige Wesen, der Urheber des Alls und meines eignen Daseins, keinen Zweck, keinen Willen haben?“ Und dann tritt der Verfasser, wie schon früher oft, dem landläufigsten Einwand gegen die Weisheit und Güte Gottes entgegen: Alles moralische und physische Uebel, Pest und Krieg, Hunger und Durst, Sicht und Steinleiden, so viel verheerende Naturereignisse, anscheinend wahrlich nicht die Geschenke eines Vaters für seine Kinder, sie alle sind uns nur deshalb unverständlich, weil wir ihre Stellung in der Gesamtordnung der Dinge nicht kennen:

Nicht darfst du Gottes Weisheit schuldig nennen,
Statt deiner Einsicht Schwäche zu bekennen.
Er, der Allmächt'ge, setzte dir die Schranken,
Die all dein Vorwitz nimmer bringt ins Wanken.
Vielleicht will er durch diese Finsternisse
Demüt'gen die Vernunft, die selbstgewisse,
Die schon frohlockte, wenn sie hie und da
Im Streiflicht eine Wahrheit dämmern sah.
Vermeiß'nes Menschenkind, rebellisches Atom!
Wie viel fehlt dir, daß sich dein Glück erfüllte,
Und deinem blöden Blicke sich enthüllte
Das ewige Gesetz im Weltenstrom!
Daß ganz du Gottes Ratschluß könntest preisen,
Müßt' er dir erst sein ganz Geheimnis weisen.

Wortklaubereien nannte Friedrich seine Einreden gegen d'Alembert in ihrem philosophischen Schriftwechsel. Was könne man von einer Wissenschaft wissen, in der leere und mißverständliche Worte als Dolmetscher dienen müßten? Von der Metaphysik dürfe man wohl sagen, daß sie sich Ungeheuer geschaffen habe, um sie zu bekämpfen. Er zog sich wieder ganz auf seinen Skepticismus zurück.¹⁾ Erkennen lernen, das heiße zweifeln lernen; wer die Philosophie recht studiert habe, sei genötigt mit Montaigne zu sagen: Que sais-je? Ueber die Lücken in der Philosophie lasse sich ein Werk schreiben im doppelten Umfange der Encyclopädie.

Er war mit der spekulativen Philosophie jetzt fertig. Aber den Pessimismus seines Erfahrungssatzes „Der Mensch ist zum Irrtum geschaffen“ überwand er durch die tapfere Lebensbejahung: „Der Mensch ist zum Handeln geschaffen.“ Im Dienste des Ganzen, in der Hingabe an das gemeine Wohl sah er die Bestimmung des Menschen, die Bestimmung jedes Einzelnen, wie seinen eigenen großen Königsberuf. Die Erfüllung der Pflicht hatte er von je als das höchste sittliche Gebot hingestellt. An dem Bewußtsein der erfüllten Pflicht und an der „Hoffnung auf sein eignes bestes Bemühen bis zum Tode“²⁾ hatte er sich in den schwersten Prüfungen seines schweren Lebens, wenn jede andere Stütze ihm

¹⁾ Vgl. Bb. I, 505. (2. Aufl. S. 506.)

²⁾ Oben S. 9.

versagte, immer wieder aufgerichtet. Hier war der feste Pol seiner Weltanschauung, im Wirbel aller metaphysischen Zweifel über das Woher und Wohin der Welt und des Menschen. Seinen letzten Willen hat er mit der Betrachtung eingeleitet: „Unser Leben ist ein eiliger Uebergang vom Augenblicke unserer Geburt zu dem unseres Todes; während dieses kurzen Zwischenraumes ist der Mensch bestimmt, für das Wohl der Gesellschaft, an deren Körper er ein Glied ist, zu arbeiten.“ Die Pflicht des Menschen, seinesgleichen zu unterstützen, nannte er den Inbegriff der Moral; ein wackeres Herz werde nicht zufrieden sein, ohne diese Pflicht erfüllt zu haben.

Also spielt er gegen die Metaphysik die Moral aus, als die wahrhaft fruchtbare unter den Provinzen der Philosophie, und gegen die Philosophen der Gegenwart die großen Alten. Wenn er schon unter den Metaphysikern Epikur als den Bahnbrecher einer nichttheologischen Welterklärung über Gassendi, Newton und Locke stellte, die Meister unter den Neueren, so konnte sich ihm vollends in der Moral niemand unter diesen mit den Stoikern messen. Er will den Stoikern alle Verirrungen ihrer metaphysischen Schlüsse¹⁾ verzeihen zu Gunsten der durch ihre Moral herangebildeten großen Männer. Die erste unter allen Philosophenschulen soll ihm die sein, die am meisten auf die Sitten Einfluß gewinnt, die Gesellschaft zuverlässiger, sanfter und tugendhafter macht. Aufklärung ist ihm Erziehung.

„Was nützen der Gesellschaft,“ fragt er d'Alembert, „die Entdeckungen der Modernen, wenn die Philosophie das Gebiet der Moral und Sittenbildung vernachlässigt, darein die Alten ihre ganze Kraft setzten?“ Er bekennt sich als „großen Partisan der Moral“, weil er die Menschen genügend kenne und das Gute wahrnehme, das jene zu wirken vermöge. Ein Algebrist in seinem Studierzimmer sehe freilich nur Zahlen und Proportionen: „das aber hält die moralische Welt nicht im Gleich, und gute Sitten sind für die Gesellschaft mehr wert, als alle Berechnungen Newtons.“

Und so konnte es nicht anders sein, als daß Friedrich auf das lebhafteste die für die öffentliche Ordnung und das Gemeinwohl gefährlichen Anwendungen bekämpfte, welche die neuesten Philosophen aus ihren auf schwankendem Grunde aufgebauten Theorien zogen. „Man muß gestehen,“ schreibt er, „daß der Verfasser des *Système de la nature* zu unverschämte die Fenster eingeworfen hat; dies Buch hat viel Uebel angestiftet, es hat die Philosophie gehässig gemacht durch gewisse Folgerungen aus den Vorderfäßen.“ Er stellte jetzt Voltaire, den Verfasser des *Alfata*,²⁾ als das Muster für diejenige Wohlstandigkeit hin, die jeder Schriftsteller beobachten sollte, um eine zulässige Freiheit nicht in einen frechen Cynismus entarten zu lassen.

D'Alembert und Voltaire hatten also Recht mit ihrer Vermutung, daß Friedrich der Philosophie das *Système de la nature* nicht verzeihe. Die Häupter der französischen Aufklärung wußten es sehr wohl zu schätzen, was die Bundesgenossenschaft des „nordischen Salomo“ für sie bedeutete. Polizei und Censur

¹⁾ Vgl. oben S. 576.

²⁾ Bb. I, 523.

in Frankreich mußten auf das erlauchte auswärtige Mitglied der philosophischen Gemeinde wohl oder übel eine gewisse Rücksicht nehmen; denn wenn die Chikanen und Verfolgungen das Maß des Erträglichen überschritten hätten, so wäre es doch vielleicht einmal zu der Massenauswanderung französischer Philosophen nach dem preussischen Cleve gekommen, die Voltaire eine Zeitlang geplant hat. Und im ganzen übrigen Europa gab der philosophische König von Preußen für andere gekrönte Häupter, die große Katharina und so viele Kleinere und Kleinste, mit seinem Mäcenatentum den Ton an. „Niemand hat die Philosophie und die Litteratur respektabler gemacht,“ so erkannte es Voltaire gegen d'Alembert rückhaltlos an. Somit bedauerten sie es aufrichtig, daß Friedrich sich der Philosophie entfremdete und sich der großen Aufgabe der Aufklärung entziehen zu wollen schien. Als den, der vorherbestimmt sei, die Welt aufzuklären, hatte einst Voltaire den jungen König begrüßt; ¹⁾ jetzt nannte der ergraute Herrscher es verlorene Mühe, diesen unseren Globus aufklären zu wollen, und erklärte es für wichtiger, gut zu verdauen, als das Wesen der Dinge zu erkennen.

Als Friedrich bereits früher einmal, im Jahre 1766, die These aufgestellt hatte, die Masse verdiene nicht aufgeklärt zu werden, da hatte Voltaire erwidert, für die Kanaille treffe das zu, aber nicht für die anständigen Leute, „die denken, die denken wollen“. Friedrich berief sich auf die Erfahrungen, die er in seiner Eigenschaft als Herrscher mit dieser „zweibeinigen Spezies ohne Federn“ gemacht habe; alle Philosophen der Welt würden das Menschengeschlecht nicht von dem Aberglauben, einem untrennbaren Bestandteil seiner Mischung, abbringen. „Was bedeuten,“ so fragt er jetzt d'Alembert, „einige aufgeklärte Professoren, einige weise Akademiker im Vergleich zu der ungeheuren Volkszahl eines großen Staates? Die Stimme dieser Lehrer wird wenig gehört und erstreckt sich nicht über eine begrenzte Sphäre hinaus.“ Er rechnet auf 10 Millionen Einwohner nur 50 000, die nicht durch die Arbeit für das tägliche Brot völlig in Anspruch genommen seien: Adel und wohlhabenden Bürgerstand. Und von diesen 50 000 sehe man die meisten ohne geistige Interessen, in Dummheit, Gleichgültigkeit oder Engherzigkeit oder in frivolem Genuß dahinleben: so möchten vielleicht tausend Gebildete übrig bleiben, nach Geist und Gaben untereinander sehr verschieden. Er verfißt die Ansicht, daß in einer Kolonie von Freidenkern nach Ablauf einer Reihe von Jahren unfehlbar abergläubische Vorstellungen sich verbreiten würden; daß in keinem Religionsystem die Fabeln zu entbehren seien. Die Superstition ist ihm die Tochter der Furcht, der Schwäche und der Unwissenheit; diese Trinität regiere ebenso herrsch in den Seelen der Menge, wie eine andere Trinität in den Schulen der Theologen. Die von den Philosophen verachteten Absurditäten der Hierarchie stütze der Enthusiasmus des Pöbels — auch ohne die Nachhülfe selbstischer Priester und übel berichteter Fürsten. Bei dieser Anlage und Stimmung der Gemüter will ihm Aufklärung als ein sehr unzureichendes Mittel erscheinen: „Man müßte den Menschen Seelenmut einflößen können, sonst werden Erregbarkeit und Todesfurcht immer über die stärksten und methodischsten Beweisführungen triumphieren.“ Also blieb der

¹⁾ Bd. I, S.

Zirkel seines Erdentages: „Bei der Geburt habe ich die Welt als Sklavin des Aberglaubens vorgefunden, und sterbend werde ich sie ebenso zurüclaffen.“

Gern berief sich Friedrich auf Fontenelle, dem mit hundert Jahren verstorbenen Nestor der französischen Akademie, der gesagt, wenn er die ganze Hand voller Wahrheiten hätte, so wollte er sie nicht für das Publikum öffnen. D'Alembert erwiderte: „Die Philosophen, welche die Hand zu plötzlich öffnen, sind Narren, und man schlägt ihnen die Faust ab; aber die, welche sie völlig geschlossen halten, thun für die Menschheit nicht ihre Pflicht.“

Das war nun doch, trotz so mancher mißmutiger Klage über verlorene Mühe, Friedrichs Meinung nicht, der Menschheit die Aufklärung vorzuenthalten. Aber von dem festen Punkte aus, den er für sich selbst gewonnen hatte, steckte er der Aufklärung zugleich mit ihrem praktischen Ziele gewisse Grenzen. Es gilt und genügt, aus der unendlichen Zahl der Irrtümer, deren Verzeichnis einen dicken Folianten füllen würde, diejenigen zu bekämpfen, die der Gesellschaft schaden. Unbekämpft mögen bleiben die unschuldigen, vielleicht sogar nützlichen, die nützlichen und zugleich angenehmen Irrtümer.

Demnach soll man sich nicht bemühen, die Menschen von jeglichem Irrtum zu befreien und sie alle zu Philosophen zu machen, was ohnehin aussichtslos sein würde, sondern man soll sich bescheiden, sie tolerant zu machen, weil Verfolgungseifer den Frieden der Gesellschaft untergräbt. Mit Genugthuung stellt der preußische König fest, daß Deutschland, weniger rückständig als das offizielle Frankreich, sich in diesem Sinne aufzuklären beginnt, daß man hier zu Lande kaum noch jemand nach seiner Konfession fragt. Seinem katholischen Freunde, dem Abbé Bastiani, schreibt er zur Einweihung der Berliner Hedwigs-Kirche, in Bamberg, Würzburg, Salzburg u. s. w. werde freilich weder eine lutherische noch eine calvinische Kirche errichtet werden: „Ihr Andern, was Ihr auch sagen mögt, habt noch die Nachwehen vom hitzigen Fieber des Fanatismus, so seid Ihr auch nur halbe Menschen.“ Auf der anderen Seite bittet er seine philosophischen Freunde in Frankreich, es seinem echt deutschen Phlegma, seiner Zugehörigkeit zu einer Nation mit abgeblaßten Leidenschaften zu gute zu halten, wenn er auch die Rehrseite der Toleranz betont: „Die Toleranz muß in der Gesellschaft einem Jeden die Freiheit sichern, zu glauben, was er will; aber diese Toleranz darf nicht so weit gehen, daß sie die Frechheit und Willkür junger Thoren ermächtigt, was das Volk verehrt, lech zu verhöhnen.“ Vorurteile, welche die Zeit in der Vorstellung der Völker geheiligt, dürfe man nicht „vor den Kopf stoßen“.

Es war wohl schwer, hier eine scharfe Grenze zu ziehen. Empfahl doch Friedrich wiederum, „mit vollen Händen Lächerlichkeit über den Aberglauben auszustreuen“. Und wie in vertrauten Briefen, so hat er auch mit dem Worte, vor seiner engeren Umgebung, an seiner Konfidenztafel, die christlichen Dogmen, katholische und protestantische, nicht geschont und seinen Wig an dem, was für die Gläubigen das Heiligste ist, ausgelassen. Wie dem Papst ein parodistisches Breve,¹⁾ so hat er noch 1779 einem französischen Bischof einen mit natur-

¹⁾ Oben S. 209.

getreuem scholastischen Bombast ausgestaffierten theologischen Kommentar untergeschoben und sich das Vergnügen bereitet, diesen Nachzügler der Litterae obscurorum virorum in die Salons der Pariser Freigeister einzuschwärzen. Aber seine Kritik des Systeme de la nature wollte er doch nicht drucken lassen, da diese Widerlegung des Atheismus ihm an einzelnen Stellen immerhin geeignet schien, frommen Gemüthern Aergernis zu geben; das Jahrhundert sei noch nicht so aufgeklärt, daß man ungestraft ganz laut denken dürfe: „Ich will Niemand skandalisieren, ich habe beim Schreiben nur mit mir selbst gesprochen. Sobald es dagegen gilt, sich vor der Deffentlichkeit vernehmen zu lassen, so ist mein feststehender Grundsatz, die Nützigkeit der abergläubischen Ohren zu schonen.“

Demnach erklärte er sich auch, von d'Alembert um eine grundsätzliche Aeußerung ersucht, gegen eine unbedingte Pressfreiheit: „Ohne die Herren Encyclopädisten, die ich verehere, verletzen zu wollen, so kenne ich die Menschen, weil ich mich lange genug mit ihnen beschäftigt habe, und bin sehr überzeugt, daß sie dämpfender Mittel bedürfen und jede Freiheit, die sie besitzen, mißbrauchen, sodas auf dem Gebiet der Litteratur ihre Werke einer Prüfung zu unterwerfen sind, nicht peinlich, aber so, daß alles, was dem öffentlichen Frieden und dem Wohl der Gesellschaft entgegen ist, unterdrückt wird.“ Ueber das in Frankreich übliche litterarische Autodasé spottete er. Das sei eine Hilfe bei strenger Kälte; werde das Holz knapp, so würden die Bücher es nie werden; doch möge man nur die Schriften und nicht die Schriftsteller verbrennen, denn das werde zu weit führen: „Wollte man den Verfasser des Systeme de la nature verbrennen, ich selbst würde Wasser herbeitragen, seinen Scheiterhaufen zu löschen.“

Die Praxis in Preußen entsprach dieser Theorie. Der König hatte die Bücherzensur, die in den ersten Jahren seiner Regierung fast außer Übung gekommen war, durch das Edikt vom 11. Mai 1749 vier gelehrten Censoren, Juristen und Theologen, nach den vier Gebieten Rechtswissenschaft, Geschichte, Philosophie und Theologie übertragen, mit der ausdrücklichen Erklärung, „daß es seine Absicht keineswegs sei, eine anständige und ernsthafte Untersuchung der Wahrheit zu hindern, sondern nur vornehmlich demjenigen zu steuern, was den allgemeinen Grundsätzen der Religion und sowohl moralischer als bürgerlicher Ordnung entgegen ist“. Die Akademie genoß Censurfreiheit, und die Universitäten übten für die unter ihrer Aegide erscheinenden Werke die Censur selbständig aus. Ueber politische Schriften und die hauptstädtischen Tageszeitungen wachte das auswärtige Amt; in diesem Bereich blieb die öffentliche Diskussion ganz unterbunden. Sonst aber wurde die Censur, solange Friedrich lebte, sehr milde gehandhabt; viele Schriftsteller setzten sich über die Einholung einer Druckerlaubnis einfach hinweg, und als die theologische Fakultät zu Halle 1780 einer in Berlin bereits approbierten Schrift Schwierigkeiten in den Weg legen wollte, verwies ihr der König diese „zweite Censur“ mit dem Bemerken, daß die den Schriftstellern ohnedem äußerst lästige Censur so viel als möglich einzuschränken sei. Als aber bald darauf ein Berliner Litterateur eine Wochenschrift unter dem Titel „Predigerkritik“ herausgab, nahm Friedrich bald Anstand, diese „naseweisen Leute, die nur schwätzen und nicht predigen“, ge-

währen zu lassen; er verbot diese Wochenkritik als den gemeinen Mann verwirrend.

D'Alembert sah in des Königs Verhalten der positiven Religion gegenüber bedenklichen Opportunismus. Er verwarf jene Unterscheidung zwischen den schädlichen Irrtümern und den unschädlichen, erträglichen, ja nützlichen. Der Ansicht, daß „Fabeln“ in keinem Religionsystem zu missen seien, trat er mit dem Sage entgegen, daß man seiner Auffassung nach dem Volke immer die Wahrheit sagen müsse. Er stellte dem König die Gewissensfrage, ob es nützlich sei, in religiöser Beziehung, oder in irgend einer beliebigen Beziehung überhaupt, das Volk zu täuschen. Er betrachtete es als eine Aufgabe der Regierungskunst, das Christentum zu seinem Urstand zurückzuführen, zu der Predigt der Duldsamkeit und Nächstenliebe und zum einfachen Kultus eines rächenden und belohnenden Gottes. Nur daß d'Alembert, der sich zum Anwalt der unbedingten Wahrfähigkeit aufwarf, an diesen Dieu vengeur et rémunérateur doch selbst nicht glaubte! D'Alembert hat schon 1769 dem König nahe gelegt, das Problem der Berechtigung einer Täuschung als akademische Preisfrage auszuschreiben, und acht Jahre später hat sich Friedrich in der That entschlossen, seine Akademie, so sehr sie sich begreiflicherweise sträubte, zu der Fragestellung zu veranlassen: „Ist es dem Volke nützlich, getäuscht zu werden, entweder indem man es zu neuen Irrtümern hinleitet, oder indem man es in den überkommenen beläßt?“

Zu den „nützlichen und angenehmen Irrtümern“, die man nicht bekämpfen soll, zählte Friedrich auch den Ehrgeiz, das „Vorurteil der Reputation“. Freilich bei genauer Prüfung bleibe vom Ruhm sehr wenig übrig: „Von Undankbaren beurteilt und von Thoren geschätzt zu werden, seinen Namen im Munde eines Pöbels zu wissen, der ohne Grund zustimmt, verwirft, liebt und haßt, darauf darf man nicht stolz sein.“ Aber, so fragt Friedrich, „was würde aus den tugendhaften und löblichen Handlungen werden, wenn wir nicht den Ruhm liebten? Alle, die sich um ihr Vaterland verdient gemacht haben, sind in ihren Handlungen durch jenes Vorurteil ermutigt worden. Wohl kann nach unserem Tode unser Ruf uns ebenso gleichgültig sein, wie alles, was beim Turmbau zu Babel gesprochen worden ist — und doch, gewöhnt zu leben, sind wir empfindlich gegen das Urteil der Nachwelt, und die Könige müssen es mehr sein als die Privatleute, da das der einzige Richterstuhl ist, den sie zu fürchten haben. Wer nur ein wenig Empfindung hat, strebt nach der Achtung seiner Mitbürger, man will mit etwas glänzen, man will nicht mit der vegetierenden Menge zusammengeworfen werden. Dieser Instinkt ist eine Wirkung der Ingrebungen, aus denen die Natur uns zusammengesetzt hat: ich habe mein Teil davon.“

Unwillkürlich erinnern wir uns des Bekenntnisses, das der alte König über den Anteil des Ehrgeizes an seiner ersten großen That, an der Unternehmung auf Schlessien, abgelegt hat.¹⁾ Wohl kennt er ein Moralprinzip, das den Ehrgeiz entbehren kann und ausstößt. Er preist und bewundert diese interesselose Moral, das Ideal der Stoiker, diese höchste Sittlichkeit, die nicht auf schnöden Lohn zählt, weder im Himmel noch auf Erden, die uns lehrt und

¹⁾ Vgl. Bd. I, 59. Vgl. auch oben S. 313.

befiehlt, das Gute nur um seiner selbst willen, nur aus Liebe zur Pflicht zu thun.¹⁾ Wohl hat ihm die Lehre der Stoa am Rande des Abgrundes ihren Trost angeboten und gewährt, indem sie ihm die Verächtlichkeit aller irdischen Güter zu beweisen bemüht war. Aber zugleich hatte er sich in solcher Lage doch überzeugt, daß er mit seinen heißen Leidenschaften die „Unempfindlichkeit“ des Stoikers nie erreichen, den Schmerz immer als ein Uebel spüren werde. Er unterdrückte nicht den Vorwurf gegen die Stoa, daß sie dem Menschen Uebermenschliches aufbürde, mehr von ihm verlange, als er leisten könne. Ihr Weiser enthüllte sich ihm als ein „abstraktes Wesen“.

Nicht an den abstrakten Menschen, sondern an den der Schwäche und Versuchung unterworfenen dachte Friedrich, wenn er für die Zwecke der Erziehung ein neues Moralprinzip aufstellte, das Prinzip der Eigenliebe als der verborgenen Triebkraft aller menschlichen Handlungen. Seit seiner Jugend hatte er mit dem Gedanken sich getragen, mit dem er 1770 öffentlich hervortrat: „Ich wünschte, daß man den Antrieb der Eigenliebe benutzte, um den Menschen zu beweisen, daß es ihr wahrhaftes Interesse ist, gute Bürger, gute Väter, gute Freunde zu sein, mit einem Worte, alle moralischen Tugenden zu üben.“ Weisheit und Vernunft galten ihm als Früchte der mittelst Furcht und Hoffnung auf unsere Handlungen einwirkenden Erfahrung. Er erwartete von diesem seinen auf den Nutzerfolg begründeten Moralprinzip, daß es sich kräftiger erweisen werde nicht nur als jenes herbe Gebot der Stoiker, die Tugend selbstlos zu üben, sondern auch kräftiger als die lockende Aufforderung der Epikureer, in der Tugend den mit ihrer Uebung verbundenen Genuß zu suchen, und endlich auch kräftiger als das für stumpfe Seelen allzu erhabene Gebot des Christentums, das Gute aus Liebe zu Gott zu thun; jedenfalls schien ihm sein Vorschlag trefflich geeignet, das christliche Moralprinzip bei der Erziehung zu unterstützen. Der alte König empfiehlt die Erziehungsmethode, die jeder verständige Pädagog beim Kinde anwendet. Seine tiefe Menschenkenntnis, eine lange Erfahrung sagten ihm, daß durchschnittlich die Menschen in dieser einen Beziehung, in ihrem naiven Egoismus, immer Kinder bleiben, nicht Stoiker oder Engel werden.

Den „Essai sur l'amour-propre envisagé comme principe de morale“ ließ der König am 11. Januar 1770 in der Akademie der Wissenschaften verlesen. Die Schrift wirft zum Schluß den Gedanken hin, daß es vielleicht zweckmäßig sein würde, Katechismen zusammenzustellen, aus denen die Kinder von der zartesten Jugend an lernen könnten, daß, um glücklich zu werden, die Tugend ihnen unerläßlich notwendig sei. Einen derartigen Katechismus hat er alsbald eigenhändig ausgearbeitet, den „Dialogue de morale à l'usage de la jeune noblesse“, den er dem Kommandeur der Berliner Kadettenanstalt zustellte: die praktische Anweisung zu einem religionslosen Moralunterricht. Hier also sollte mit dem utilitarischen Moralprinzip eine Probe gemacht werden. Die fünf Jahre früher erlassene, auf wesentlich neue Unterrichtsmethoden hinweisende Instruktion für die Direktion der höheren militärischen Bildungsstätte, der Académie des

¹⁾ Vgl. Bd. I, 501. 502 (2. Aufl. S. 502. 503).

nobles, ¹⁾ hatte dieses Prinzip zwar bereits betont, indem sie die Tugend als „nützlich und sogar sehr nützlich“ anpries, hatte aber im Sinne der Stoa zugleich als den Gipfel der Tugend die vollständigste Selbstlosigkeit bezeichnet.

Der „Versuch über die Eigenliebe“, der „Katechismus“, die „Instruktion“ und noch weitere drei, gleich zu erwähnende Schriften verwandten Inhalts sind die denkwürdigen Zeugnisse für den lebhaften Anteil, den der König in der zweiten Hälfte seiner Regierung an pädagogischen Fragen nahm. Er setzte sich ganz eigentlich vor, jetzt auch der Erzieher seines Volkes zu werden. „Je mehr man im Alter vorrückt,“ schreibt er am 6. Oktober 1772 an d'Alembert, „desto mehr gewahrt man den Schaden, den der Gesellschaft die Vernachlässigung der Jugendberziehung zufügt; ich fasse die Sache auf alle mögliche Art an, um diesen Mißstand zu verbessern. Ich reformiere die Mittelschulen, die Universitäten und gehe bis zu den Dorfschulen; aber es sind dreißig Jahre von nöten, um die Früchte zu sehen. Ich werde sie nicht genießen, aber ich werde mich damit trösten, meinem Vaterland diesen Vorteil, dessen es bisher entbehrt hat, zu vermitteln.“ Von dem Erziehungsideal Rousseaus, welches das junge Geschlecht bejubelte, lenkte diese Schulreform freilich weit ab.

Ein öffentliches Bekenntnis hat der königliche Pädagog über seine grundsätzliche Stellung zur Wissenschaft, Aufklärung und Volksbildung niedergelegt in dem „Discours de l'utilité des sciences et des arts dans un Etat“, der am 27. Januar 1772 in der Akademie zur Verlesung kam. Er schlägt seine Schlacht mit zwei Fronten, gegen die alten und gegen die neuen Fanatiker, gegen die „Gefalteten in schwarzer, brauner, grauer, weißer oder scheffiger Soutane“ hüben und gegen Rousseau drüben. Er nennt Rousseau nicht bei Namen, aber er „schämt sich“, vor der Akademie sagen zu müssen, daß man die Freiheit gehabt habe, es in Frage zu stellen, ob die Wissenschaften der Gesellschaft nützlich oder schädlich seien. Die pessimistischen Töne der Briefe an d'Alembert werden gedämpft; statt der Klage über das Undankbare aller Versuche, den ewig Blinden des Lichtes Himmelsfadel zu leihen, begegnet uns der Hinweis auf einen tatsächlichen Fortschritt: daß zwar die Dialektik dem Verständnis des Pöbels entrückt sei, daß dieser ganze große Teil des menschlichen Geschlechts immer von allen zuletzt die Augen öffnen werde, daß man aber gleichwohl es erreicht habe, auch das Volk von dem Glauben an Zauberer, Adepten und Besessene und von ähnlichen kindischen Thorheiten zurückzubringen. Die Ansicht gewisser schlechter Staatsmänner, daß es leichter sei, ein unwissendes und stumpfsinniges Volk als ein aufgeklärtes zu regieren, bestreitet er auf das lebhafteste: ein von Ignoranten bevölkerter Staat würde dem nur von Tieren bewohnten verlorenen Paradies gleichen. Vom Standpunkt gerade des Staatsmannes legt er dar, was die einzelnen Wissenschaften dem Gemeinwesen praktisch leisten: Mathematik, Physik, Botanik, Anatomie, Mechanik, Astronomie und Erdkunde, Geschichte und Philosophie. Die Verächter der Künste aber erinnert er daran, daß Amphion

¹⁾ Eben S. 508.

durch die Klänge seiner Lyra die Mauern von Theben erstehen ließ, d. h. daß die Künste die Wilden zu sanften Sitten gewöhnten und so Raum für die Begründung der Gemeinschaften schufen. Er führt das Zeitalter der Blüte Athens, das Augustische, die Renaissanceperiode, die Regierung Ludwigs XIV. als die Höhepunkte der Weltgeschichte vor und schließt mit der Warnung, wenn heutzutage ein Staat in Europa verabfüumen wollte, die Wissenschaften zu ermutigen, so würde er bald um ein Jahrhundert hinter den Nachbarn zurückbleiben, wie Polen dafür ein greifbares Beispiel liefere.

Der akademischen Abhandlung war vorangegangen eine pädagogische Flugschrift. Als Brief eines in Preußen lebenden Genfers veröffentlichte der König Ende 1769 Betrachtungen „Ueber die Erziehung“, eine scharfe Kritik der in den Kinderstuben der oberen Schichten seiner Ansicht nach eingerissenen Verweichlichung. Er beklagt, daß man die Kinder einmal durch eine blinde Liebe verzärtelte und andererseits den Händen der Dienerschaft oder ungeschickter Hauslehrer überlasse, die der Erziehung und des Schiffs selber entbehrten¹⁾; er fragt, entschieden ungerecht gegen das Geschlecht des Siebenjährigen Krieges, was Arminius oder der große Kurfürst sagen möchten, wenn sie die verweichlichte Jugend von heute sehen würden. Noch ungünstiger beurteilt er die übliche Erziehung der Töchter. Es empört ihn zu sehen, wie man die volle Hälfte des Menschengeschlechtes bis zu dem Grabe verachte, daß man alles vernachlässige, was ihren Geist bilden könnte. Wo bleibe einem Wesen Zeit zur Besinnung auf sich selbst, dessen Tagewerk sei, zwei bis drei Stunden vor dem Spiegel mit der Betrachtung, Bervollkommnung und Bewunderung der eigenen Reize zuzubringen, den ganzen Nachmittag mit Klatscherei und den Abend mit Theater, Spiel, Mahl und wieder Spiel auszufüllen? Und das in dem Jahrhundert der großen Fürstinnen, die ihre männlichen Vorgänger so weit überträfen — ein Beweis, daß mit männlicherer, kräftigerer Erziehung das weibliche Geschlecht dem männlichen überlegen sein würde.

An diese allgemeinen Bemerkungen über die häusliche Erziehung knüpfte der Verfasser bestimmte, noch zu erwähnende Vorschläge für die Reform des höheren Unterrichts auf Gymnasium und Universität, und nahm deshalb Veranlassung, seine Schrift dem damals an der Spitze des geistlichen Departements stehenden Minister v. Münchhausen zur Beachtung zuzustellen. Doch wurde nicht mehr dieser, sondern sein bald darauf ernannter Nachfolger der Vollstrecker des Programms für die Unterrichtsreform: ein wie Carmers aus Schlesien herangezogener Staatsmann, der bisherige Präsident der Oberamtsregierung zu Brieg, der bei seiner Ernennung zum Minister noch nicht ganz vierzigjährige Karl Abraham v. Zedlitz, der erste große Unterrichtsminister des preussischen Staats, mit seinem freien Blicke und seiner sicheren Hand der Mann nach dem Gefallen des Königs.

Carmers aus Schlesien mitgebrachtem Plane für die Justizreform hatte der König nur seinen Arm geliehen; dem neuen Unterrichtsminister also gab er für seine Aufgabe auch die leitenden Gedanken mit auf den Weg.

¹⁾ Vgl. Bd. I, 498 (2. Aufl. S. 499).

Uebung des Verstandes und des Urtheils hat Friedrich als „das erste Fundament bei der Erziehung“ bezeichnet. Demnächst verkündete Immanuel Kant als „Wahlspruch der Aufklärung“ das horazische „Sapere aude!“: „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen“ — in jener Umschreibung des Begriffes Aufklärung, die der große Philosoph 1784 in der Berliner Monatschrift gab: Aufklärung der Ausgange des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit, aus dem Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Mit Recht durfte sich Kant auf Friedrich selbst beziehen: „Ich höre von allen Seiten rufen: räsionniert nicht! Der Offizier sagt: räsionniert nicht, sondern exerziert! Der Finanzrat: räsionniert nicht, sondern bezahlt! Der Geistliche: räsionniert nicht, sondern glaubt! Nur ein einziger Herr in der Welt sagt: räsionniert, so viel ihr wollt und worüber ihr wollt, aber gehorcht!“

„Wer am besten räsionniert,“ hat der König einmal zu Zedlitz gesagt, „wird immer weiter kommen, als einer, der falsche Conséquences zieht. Ein jeder Bauer muß seine Sache überlegen, und wenn jeder richtig dächte, das wäre sehr gut.“ Brendenhoff, dem der König für das Reetablissement der Neumark und Pommerns¹⁾ auch die Schule besonders empfohlen hatte, faßte 1764 in einem Schreiben an das geistliche Departement die „allerhöchste Intention“ dahin zusammen, „daß das Wohl des Staates durch Erzeugung vernünftiger und gesitteter Unterthanen mehr als durch dumme und unwissende gefördert werde“. Und in jener akademischen Abhandlung von dem Nutzen der Wissenschaften für den Staat heißt es, erfahrungsmäßig sei das Volk, je abgestumpfter, desto verbohrtter und halsstarriger; es sei viel schwieriger, solche Halsstarrigkeit zu besiegen, als ein Volk, das gebildet genug sei, um Vernunft zu hören, von dem Richtigen zu überzeugen. Eine Kabinettsordre von 1769 verlangt, die Landbewohner müßten einen „vernünftigen und deutlichen Unterricht in der Religion“ erhalten, damit „der Verstand mehr aufgeklärt“ und ihnen ein richtiger Begriff der Pflichten gegeben werde: „die mehrsten Bauernkinder bleiben darüber in der größten Unwissenheit, und dieser Dummheit, um mich so auszudrücken, muß notwendig am ersten abgeholfen werden.“ Eben deshalb komme es bei den Bemühungen um das Schulwesen vor allem auf das platte Land an; dort stehe es am schlechtesten, in den Städten möge es mit den Volksschulen noch angehen.

Zu einem Einblick in den Betrieb und die Mängel der Dorfschulen der Mark Brandenburg hatte der König im Feldzug von 1759 Gelegenheit genommen, als er nach der Schlacht bei Runersdorf mit seinem geschlagenen Heere die Hauptstadt deckte. Im Augenblicke des Friedensschlusses²⁾ erinnerte er sich eines vor vier Jahren gefaßten Vorsatzes; eine Anzahl Kabinettsbefehle aus dem Februar, März, April 1763 eröffneten den Behörden, daß der König nach glücklich hergestelltem Frieden „die Aufrechterhaltung der Schulen im Lande und die gute Ordnung bei solchen“ jetzt „mit zum Hauptaugenmerk“ genommen habe. Vom 12. August 1763 datiert das „Generallandschulreglement“ für die evangelischen

¹⁾ Oben S. 354.

²⁾ Oben S. 341.

Schulen, die Arbeit des unermüdblichen Direktors Heder von der 1747 begründeten Berliner Realschule. Für die katholischen Schulen Schlesiens erging am 3. November 1765 ein Reglement; hier hatte der Prälat des Saganer Augustinerstiftes die Feder geführt, der Abt Felbiger, der sich Heders Thätigkeit zum Vorbild genommen hatte; Heder rühmte ihm nach, daß dieser Mönch in Schlesien mehr Eifer für die Verbesserung des Schulwesens zeige, als die Vorstände der evangelischen Schulen.

Die Grundlage, auf der man fußte, war die Gesetzgebung Friedrich Wilhelms I.: das Edikt von 1717, das den Grundsatz der allgemeinen Schulpflicht ausgesprochen und den Eltern geboten hatte, ihre Kinder im Winter täglich, im Sommer wenigstens an zwei Wochentagen zur Schule zu schicken, und die Ausführungsbestimmungen für einzelne Provinzen von 1736 und 1738. Auch 1754 und 1759 waren derartige Einzelvorschriften ergangen, für Minden und für Schlesien. Die neuen Ordnungen von 1763 und 1765 sahen vor: eine geregelte Aufsicht über die Schulen durch geistliche, aber von Staats wegen beauftragte Organe, durch den Ortsgeistlichen und durch einen Inspektor innerhalb eines größeren Bezirks, eine Aufsicht, die sich auch auf die Schulen privaten Patronats erstreckte; sie knüpften die Anstellung der Lehrer an eine vorangegangene Prüfung. Dem Lehrerseminar, das Heder an seiner Realschule eingerichtet hatte, und den älteren in Königsberg, Stettin und Kloster Bergen traten weitere derartige Anstalten zur Seite. Das Reglement von 1763 wollte weiter den Lehrern so gestellt wissen, daß er nicht auf Nebenverdienst angewiesen blieb. Bisher war es die Regel gewesen, daß der Dorfschulmeister zugleich das Schneiderhandwerk übte. In dem Reglement für Schlesien mußte dem Herkommen und den thatfächlichen Verhältnissen das Zugeständnis gemacht werden, daß „die Schneiderprofession, das Wirken und dergleichen“ auch fürderhin „vergönnt“ wurde, „keineswegs aber das Bier- und Branntweinschenken, das Handeln oder das Aufwarten in denen Kretschamen mit Muß“. Auch in den bescheidenen Grenzen, die man sich steckte, stieß die Durchführung der Reglements auf die größten Schwierigkeiten. Die Mitarbeiter des Königs hatten es vorausgesehen, daß „die Natur, die Dummheit, der Stolz und der Eigensinn des Bauers, Pächters und Landedelmanns“ ohne Zwangsmassregeln nicht zu überwinden sein würden. Rühmliche Ausnahmen bildeten die seit 1773 eingerichteten Musteranstalten des Domherrn von Hochow auf seinen Dörfern im Havelland und die Schulen der Malgahnschen Güter in Vorpommern. Nicht einmal die Schulbehörden selber thaten überall ihre Schuldigkeit. Die Herren Inspektoren hielten die Visitationen, wie Zeblyz klagte, wohl unter ihrer Würde, und aus manchem Geistlichen hätte nach dem derben Ausdruck des Ministers erst der Bierlummel herausgepeitscht werden müssen, ehe er zum Aufseher über die Schule geeignet gewesen wäre. Immerhin kam man vorwärts. Eine außerordentliche Visitation, die im Winter 1768/69 auf ausdrücklichen Befehl des Königs vorgenommen wurde, hatte das beste Ergebnis für Ostfriesland, das nächstbeste für Halberstadt, das am wenigsten befriedigende für Pommern und zu zweit für die Neuark. Für Preußen und Schlesien wurden die Zustände wieder als gut bezeichnet. In Schlesien waren vom Frühjahr 1763 bis zum

Herbst 1765 251 katholische Schulen neu begründet worden, bis Anfang 1769 weitere 240 katholische und 238 evangelische. In der Kurmark waren 1771 unter 1997 Dörfern noch 337 ohne Schule.

Das größte Hemmnis blieb der Mangel an geeigneten Lehrern, die Folge der Dürftigkeit der Einkünfte, der noch lange nicht durchweg abgeholfen war, auch nicht, als der König in einzelnen Provinzen die Zinsen der dem Adel vorgeschossenen Kapitalien¹⁾ teilweise für die Verbesserung der Lehrergehälter angewiesen hatte. Nun galt es, die zahlreichen neuen Stellen zu besetzen, demnächst eine ganze, bisher völlig von Landschulen entblöhte Provinz²⁾ mit Lehrkräften auszustatten und endlich für die auszumergenden Gevatter Schneider Ersatz zu schaffen: sie mochten sehen, wie sie allein mit ihrer Nadel sich kümmerlich weiter halfen. Nachwuchs ließ sich schwer heranziehen. Wenn der Lehrer vor dem 22. Lebensjahre füglich nicht angestellt werden sollte, wie fand bis dahin der im Seminar vorgebildete Anwärter sein Auskommen? Wer sich begab zeigte, bezog da lieber in der Hoffnung auf Freitisch und Stipendien die Universität. In einem späteren Zeitpunkt hat jener Brendenhoff, unter dem lebhaften Einspruch des Ministers Zedlitz, dem König vorgeschlagen, alte Unteroffiziere, soweit sie geeignet sein würden, den Dorfschulen vorzusetzen. Aber unter 3443 Invaliden mufterte die Militärbehörde nur 79 als vielleicht brauchbar heraus, und von diesen 79 bestanden dann keineswegs alle die Prüfung vor dem Konsistorium, in einem Bezirk von 13 nur 3, von denen einer wiederum wegen seiner ausgesprochenen Unlust zur Uebernahme einer Schule ausfiel.

Ueber das der Volksschule zu steckende Ziel stimmten die Ansichten des Königs und des Ministers überein. Obgleich statistische Angaben nicht vorliegen, darf man annehmen, daß die Zahl der Analphabeten, die bis auf den heutigen Tag aus den Kulturstaaten nicht ganz geschwunden sind, in dem damaligen Preußen noch beträchtlich war. An diesem Punkt also mußte der Hebel zunächst angefaßt werden. Die Schulordnung für Minden von 1754 kannte nur Religion und Lesen als verbindliche Unterrichtsgegenstände, die Teilnahme der Kinder an den Schreib- und Rechenstunden war in das Belieben der Eltern gestellt. Daß der Bauer nicht schreiben lernen dürfe, galt manchem Gutsherrn als ausgemachte Sache, und ein alter Lehrer hat 1772 die Ansicht geäußert, daß das Schreiben virginibus ein vehiculum zur Lächerlichkeit sei. Zedlitz sagte in einer akademischen Rede von 1777 seinen Standpunkt dahin zusammen: wenn es ungerecht sei, den Bauer wie ein Vieh aufwachsen zu lassen, so sei es eine Thorheit, die künftigen Schneider, Tischler oder Krämer wie einen Konsistorialrat oder Schultrektor zu erziehen. Der Menschenfreund Rochow, dessen Bestrebungen Zedlitz anfänglich warm begrüßt hatte, wurde ihm später als Cosmopolite enthousiaste verdächtig, der die Dorfjugend zu klug mache. Bekanntlich doch auch ein Herder zu der Anschauung, daß „zuviel Klarheit und Raisonnement in Ständen, wo sie nicht hingehört“, eher schädlich als nützlich sei. An dem Grundsatz, daß jeder Staatsbürger nach seinem ihm bestimmten Be-

¹⁾ Oben S. 361.

²⁾ Oben S. 494. 495.

ruse zu unterrichten sei, der Bauer anders als der Bürger und als ein vereinsigter Gelehrter, hielt Zedlig auch in dem Reformplan fest, den er nach dem Thronwechsel von 1786 entwickelt hat: gelehrt dürfe der Bauer nicht werden, aber „ein guter und in seinem Stande verständiger, brauchbarer und thätiger Mann“. Zedligens Leitsatz entsprach ganz der uns bekannten Grundidee des Fredericianischen Ständestaates¹⁾ mit seiner scharfen Sonderung der sozialen Schichten, und aus eben dieser Grundanschauung heraus hat der König dem Minister „ein bißchen Lesen und Schreiben“ als genügend für das platte Land bezeichnet: „wissen sie zu viel, so laufen sie in die Städte und wollen Secretairs und so was werden; deshalb muß man aufm platten Lande den Unterricht der jungen Leute so einrichten, daß sie das Notwendige, was zu ihrem Wissen nötig ist, lernen, aber auch in der Art, daß die Leute nicht aus den Dörfern weglaufen, sondern hübsch da bleiben.“

Was den Religionsunterricht in der Volksschule anbetrifft, so legte der König auf ihn entscheidendes Gewicht. Nicht als ob er geglaubt hätte, die Religion zur Unterstützung der Polizei aufbieten zu müssen; denn er vertrat die Meinung, daß eine kräftige und beharrliche Staatsgewalt die Unterthanen auch ohne die Androhung göttlicher Strafen zum Gehorsam gegen die Gesetze anzuhalten vermöge. Aber wir kennen seine Hochachtung vor der Moral des Christentums.²⁾ Von ihr erhoffte er die sittliche Hebung der Masse. So sollten auf dieser Stufe des öffentlichen Unterrichtes Morallehre und Religionslehre zusammenfallen. Der Grenzen, die aller Erziehungskunst gesetzt sind, blieb Friedrich sich auch hier bewußt. Der Philanthrop, der idealistische Pädagog mag die Achseln zucken, wenn der König von dem Morallehrer der Volksschule nichts weiter verlangt, als daß er die Leute so weit bringen soll, „daß sie nicht stehlen und morden“; der alte Praktiker aber wußte sehr wohl, daß er damit sogar noch zu viel verlangte: „Diebereien werden nie aufhören, das liegt in der menschlichen Natur.“ Und als ihm der Professor Sulzer gutgläubig den Erziehungsgrundsatz der Rousseau und Basedow, daß der Mensch von Natur gut sei, anpreisen wollte, bekam er die Antwort: „Ach, Sie kennen diese verfluchte Rasse nicht genügend, der wir angehören.“

Von dem Religionsunterricht in der protestantischen Volksschule erwartete der König noch ein anderes. Der Lehrer soll den Kindern Attachment zur Religion beibringen, „damit die Leute bei ihrer Religion hübsch bleiben und nicht zur katholischen übergehen, denn die evangelische Religion ist die beste, und viel besser wie die katholische“. Ein Urteil, dem er in anderem Zusammenhang eine besondere Beziehung auf die Moral beider Konfessionen gegeben hat.

In demselben Jahre des großen Krieges, da der König in den Zustand der kurmärkischen Volksschulen einen Einblick gewann, hat er sich auch mit einigen Fragen des höheren Unterrichtes beschäftigt. Um seinen trüben Gedanken eine Ablenkung zu geben, verfaßte er in den schweren Tagen unmittelbar nach der Kapitulation von Maxen³⁾ einen Aufsatz über die Methode, wie man die

¹⁾ Oben S. 556.

²⁾ Oben S. 574.

³⁾ Oben S. 234.

Alten lesen müsse, und über ihr Verhältnis zu den Modernen. Er vertrat die Ansicht, daß man von diesen um so größeren Gewinn haben werde, je gründlicher man mit Geist und Inhalt der Alten vertraut geworden sei. In der Schrift „Ueber die Erziehung“ von 1769 nannte er unter den Gymnasien seines Landes das Joachimsthal, das Domgymnasium zu Brandenburg, das Gymnasium zu Kloster Bergen bei Magdeburg als Beispiele für einen verhältnismäßig guten Unterricht, glaubte aber selbst bei ihnen die Ueberlastung der Schüler mit Gedächtnisstoff rügen zu müssen: man gewöhne sie nicht an selbständiges Denken, übe das Urtheil nicht früh genug, versäume die Seelen aufzurichten und ihnen edle und tugendhafte Regungen einzusößen. Auch hier legte jetzt Zedlitz die Hand an, und mit größerem Erfolg als in der Volksschule. König und Minister kamen überein, daß mit der Reform in der Residenz und in den Hauptstädten der Provinzen anzufangen sei; beide waren auch über die Haupterfordernisse des Gymnasialunterrichtes durchaus einverstanden, wie sie der König dem Minister in der Audienz vom 5. September 1779 noch einmal ans Herz legte: Vom Lateinischen werde er nicht abgehen, auch vom Griechischen nicht: „das sind die wesentlichsten Stücke mit;“ doch werde es gelten, die leichteste Methode für die Erlernung ausfindig zu machen. Friedrich wünschte dringend, von den Klassikern, lateinischen wie griechischen, gute deutsche Uebersetzungen angefertigt zu sehen: „damit die jungen Leute eine Idee davon kriegen, was es eigentlich ist, sonst lernen sie die Worte wohl, aber die Sache nicht.“ Die weiteren Forderungen des Königs waren: ein guter Unterricht im Deutschen nach der besten erreichbaren Grammatik — Zedlitz setzte sich demnächst mit Abtelung für diesen Zweck in Verbindung; Uebungen in der Rhetorik an der Hand des Quintilian; eine Einführung in die Elemente der Mathematik, der Philosophie, Logik, Metaphysik und Geschichte der Systeme, nicht durch einen Geistlichen, „sonst ist es ebenso, als wenn ein Jurist einem Offizier die Kriegskunst lehren soll“; in der Geschichte Bevorzugung der neueren Zeit seit dem sechzehnten Jahrhundert, nach einem Ueberblick über die früheren Perioden, der wiederum das Altertum vor dem Mittelalter bevorzugen sollte.

Mit dem starken Rückhalt am Throne, im Besitz der klar und bestimmt ausgebrückten Befehle des Monarchen vermochte Zedlitz den da und dort ihm entgegentretenden, bald offenen, bald versteckten Widerstand einzelner Schulvorstände, Kuratoren, Lehrerkollegien leicht zu brechen. Der thatkräftige junge Rektor Meierotto vom Joachimsthalischen Gymnasium machte ihm die erste Probe auf die neuen Lehrpläne. Den der altberühmten Anstalt angekündigten persönlichen Besuch hat der König ihr schließlich nicht abgestattet, aber dem Rektor Meierotto und dem Kurator Merian gewährte er am 22. Januar 1783 eine anderthalbstündige Audienz: „Es freuet mich, mein lieber Professor, daß ich Ihn kennen lerne, wie stehts in dem Gymnasium?“ war die erste Anrede; die Unterhaltung wurde dann französisch fortgesetzt, der König sprach mit großer Lebhaftigkeit und ging nach des Rektors Zeugnis „sehr ins Genauere in Ansehung des Gymnasio und besonders der Rhetorik“. Noch manch anderer wärdere Schulmann leistete freudige, verständnisvolle und erfolgreiche Mitarbeit an dem Reformwerk, ein Lieberkühn in Breslau, Steinbart in Jülichau, Struenssee in Halberstadt,

Rötgers in Magdeburg, Büsching und Gebike in der Hauptstadt. Den Dank der Altertumsfreunde für den ihren Studien angebrochenen neuen Tag erstattete Gebike 1781 in seiner „Nachricht von der Einrichtung des Friedrich-Werderschen Gymnasiums“: „Für Alle ist außer dem unmittelbaren Nutzen und Vergnügen der Wunsch unseres großen Monarchen, daß das Studium der griechischen Litteratur eifriger auf den Schulen getrieben werden solle, und das Beispiel eines Jeditz, der täglich im Heiligtum der griechischen Muse sich von den Arbeiten des Staates erholt, und das Beispiel so mancher anderer großer Männer Berlins eine kräftige Aufmunterung.“ Bald entstanden in der Hauptstadt, aus zünftigen und unzüftigen Verehrern von Hellas zusammengesetzt, diese griechischen Gesellschaften, die bis auf den heutigen Tag fortkblühen.

Wie von dem Gymnasium verlangte der König auch von der Universität eine Verjüngung des Unterrichtsbetriebes, den Bruch mit dem Schlenbrian, die Einführung zweckmäßigerer Lehrmethode, die Anleitung der Jugend zu selbständigem Denken und zu eigner Arbeit. Auch hier trat er mit ganzem Nachdruck für die Pflege der klassischen Sprachen ein. Er glaubte zu bemerken, daß das Studium des Griechischen und Lateinischen an den Universitäten nicht mehr so im Schwange sei, wie früher; an d'Alembert schrieb er geradeweg, daß ohne seine Bemühungen die Erlernung der griechischen Sprache sich ganz verlieren würde. Es wollte ihm scheinen, „daß die guten Deutschen, von der tiefen Gelehrsamkeit angewidert, in deren Besitz sie ehebem waren, jetzt mit möglichst geringem Kostenaufwand zu wissenschaftlichem Ruf gelangen wollen“; in falsch verstandener Nachahmung der Franzosen seien sie auf dem besten Wege, oberflächlich zu werden. Dachte der König, als er 1769 solches schrieb, etwa an den hallischen Professor Klog? Es wäre wohl möglich, daß Friedrich durch Quintus Icilius auf das bedenkliche Treiben und den wissenschaftlichen Bankrott dieses neumodischen Philologen aufmerksam geworden wäre, der die Lösung ausgegeben hatte: „Gott erweise Euch die Gnade, weniger gelehrt zu werden.“ Mängel anderer Art tabelt er an den Professoren der Philosophie. Die Monadenlehre und die prästabilierte Harmonie, auf die sie noch immer schwören, nennt er einen „Gallimathias“, und ein andermal, etwas höflicher, den Roman eines Mannes von viel Genie; das ganze System des „doctissimus, sapientissimus Wolfius“ gilt ihm als ebenso absurd und unverständlich wie die früheren Schulsysteme; er rät den deutschen Philosophen, gegen den einzigen Metaphysiker, der die Imagination dem Bonfens geopfert habe, gegen Locke, ihre nationalen Vorurteile aufzugeben. So hatte er schon 1754 persönlich den hallischen Professor Meier veranlaßt, Vorlesungen über Lockes Philosophie zu halten. Den Juristen ruft er zu: „Wir stehen nicht im Jahrhundert der Worte, sondern in dem der Dinge.“ Von den Medicinern, aus deren Wissenschaft er sich allerhand Kenntnisse angeeignet hatte, verlangt er, daß sie Hippocrates und Gallen nur als Ausgangspunkte betrachten und sich an die Lehren der neuen Meister halten sollen. Den akademischen Geschichtslehrern empfiehlt er ungefähr denselben Gang des Unterrichtes und dieselbe Stoffverteilung, wie er beides schon für das Gymnasium gefordert hat: insbesondere eingehendere Behandlung der neueren Geschichte seit Karl V., weil von da ab alles interessant und denkwürdig werde;

weiter soll der Lehrer die Entwicklung der Verfassungszustände und Rechtsordnungen vorführen, eine Geschichte der Ansichten und Meinungen geben und die Ursachen der großen Ereignisse darlegen. Viel mehr Wert als Ueberfüllung mit Jahreszahlen und unverdauten Einzelkenntnissen hat ihm auch beim Geschichtsunterricht Schärfung des Urteils, wozu hier noch der praktische Lehrzweck tritt: die Erweckung der Nacheiferung durch großes und gutes Beispiel.

Der Verwilderung der akademischen Sitten glaubte der König durch das Edikt vom 9. Mai 1750 wirksam gesteuert zu haben, das ganz seiner eigenen Entschließung entsprungen war und bei dessen Abfassung er mit eigener Feder mitgewirkt hatte. Mißtrauisch blieb er gegen Fleiß und Eifer der Professoren. Noch 1784 hat er als die Hauptsache bezeichnet, „daß die Professores meinen Anweisungen und Verordnungen gemäß die Studenten in jeder Fakultät mit aller ersinnlichsten Treue und Sorgfalt unterrichten“. Auch fand er, daß Professores „immer zu weitläufig“ seien. Von seinem Interesse an den Berufungen neuer Lehrer zeugen zahlreiche Randbemerkungen zu den Vorschlägen der Minister. Selbst einem Zedlitz machte er bei solchem Anlaß bisweilen Einwände, obgleich bei ihm dieser Mann, der Jünger und Verehrer von Immanuel Kant, der Gönner von Friedrich August Wolf, auch als Leiter des Universitätswesens eine wohlverdiente Vertrauensstellung einnahm.

In den Dienst des großen Erziehungswerkes, das ihm am Herzen lag, stellte der König endlich auch die Akademie der Wissenschaften. Sie hat in seinem Sinne und auf seine Anregung im letzten Jahrzehnt seiner Regierung ihre Preisfragen vorzugsweise auf das Gebiet der Moralphilosophie gerichtet, um eine Verständigung über die Grundprobleme anzubahnen und diese zugleich zu popularisieren — auch ein Weg, die Menschen besser und toleranter zu machen, wie Friedrich es von der Aufklärung forderte. Solange Maupeoutis die von ihm wiederhergestellte Akademie beherrscht hatte, waren die metaphysischen Preisaufgaben an der Tagesordnung gewesen und im entschiedenen Gegensatz gegen die Leibniz-Wolffsche Philosophie formuliert und beurteilt worden. Dann brachte Sulzer diese Richtung vorübergehend noch einmal zu Ansehen: schon fürchtete Friedrich, Leibnizens „schwängere Monade“ wiederkehren zu sehen, und verlangte jetzt also, im Oktober 1777, daß die Akademie interessantere und mehr praktische Fragen statt der unverständlichen zur öffentlichen Erörterung stellen sollte. Er selbst drängte ihr eben damals jenes heikle Thema von der Zulässigkeit der Täuschung¹⁾ auf, nicht um die Akademie zu verhöhnen, wie wohl behauptet worden ist, sondern weil d'Alembert ihm gesagt hatte, daß nur vor diesem Tribunal, nicht in dem von Vorurteilen erfüllten Frankreich, jene Frage unbefangene gewürdigt werden könne; die Akademie hat dann, nicht das Ergebnis, sondern nur die Methode der Antwortschriften vor ihr Forum ziehend, unter 42 Bearbeitungen des Gegenstandes je einem Anwalt und einem Ankläger der „Täuschung“ den Preis zuerkannt.

Die Fabel, daß der alte König seine Akademie verachtet, ja gehaßt habe, daß er sich den Späß bereitet habe, ungefähr wie sein Vater, ihr eine große

¹⁾ Oben S. 585.

Anzahl Mittelmäßigkeiten aufzusprießen, ist nach Friedrichs Tode von dem Franzosen de Laveaur in Umlauf gesetzt worden, dem die Pforten der Akademie verschlossen geblieben waren und der sich durch seine Angriffe gegen einzelne Akademiker eine scharfe Zurechtweisung seitens des Königs zugezogen hatte. Wenn Friedrich in seinen letzten Lebensjahren zur Zeit seines Berliner Winteraufenthaltes einzelne Akademiker nachmittags zu gelehrter Unterhaltung empfing, so beweist das viel mehr sein Interesse an Akademie und Wissenschaft, als daß ihm mit jenem hämischen Zoilus der Zweck, sich über die Pedanterie seiner Gäste lustig zu machen, angebicdet werden dürfte, gleichviel ob Friedrich in Briefen an d'Alembert diese akademischen Nebenstunden ein wenig drastisch schilderte: „Ich habe die meisten unserer Akademiker gesehen. Die Einen haben mir von einem neuen Glauben gesprochen, die Anderen von einem neuen Kometen, ich warte darauf, daß sie sein Los entscheiden, um ihn entsprechend zu ehren. Was Herrn de La Grange anbetrifft, er rechnet, rechnet, rechnet über seinen Kurven, soviel Sie wollen; Herr Formey macht Lobreden, Acharb dephlogistische Luft, Bequelin studiert, wie man den Dreißigjährigen Krieg hätte schneller beendigen können.“ Daß seine Akademie manches zu wünschen übrig ließ, daß sie nicht viel zuzusetzen hatte, verhehlte er sich nicht: „Ohne glänzend zu sein, geht sie sachte ihren Weg.“ Am übelsten war es schließlich um die philosophische Klasse bestellt, die in der Folge für geraume Zeit eine so große Bedeutung gewonnen hat; sie war der Stolz der Akademie, weil Paris und London, teils aus Scheu vor einem Zusammenstoß mit der Theologie, teils aus Mißtrauen gegen den anspruchsvollen Dogmatismus der berühmten Systeme, eine solche Klasse nicht besaßen; aber diese philosophische Klasse war beim Tode des dem Könige wenig genehmen, aber erträglichen Wolfianers Sulzer 1779 so hilflos, daß sie den Theologen Formey zum Direktor wählen wollte, „den heimlichen Feind der Philosophie“, als den ihn Friedrich verspottete, das unerreichte Muster der Kleinlichkeit, Selbstgefälligkeit und Geschmacklosigkeit. Ihren Ruhm behauptete die Akademie in der Mathematik und den Naturwissenschaften.

Den Präsidentenstuhl ließ der König nach Maupertuis' Tode unbesetzt, da d'Alembert nicht kommen wollte. Die einst Maupertuis übertragene diktatorische Gewalt ¹⁾ übte er jetzt selber aus, nicht ohne Rat und Zustimmung des Kurators in absentia d'Alembert, aber auch nicht ohne eine gewisse Voracht gegenüber den Vorschlägen dieses Beraters, wie sie sich ihm aus seinem Mißtrauen gegen die Philosophen der neuesten französischen Mode ergab. Hat doch auch die Berliner Akademie, vielleicht auf des Königs Geheiß, gegen den Atheismus des „Système de la nature“ ²⁾ eine feierliche Erklärung veröffentlicht. Dem heimlichen Präsidenten in Paris wiederum wurden die Unterlagen für seine Vorschläge, soweit es sich um Einheimische handelte, doch erst von Berlin her, aus den Kreisen der Akademiker, an die Hand gegeben. Die Gegner der Akademie spotteten, daß die von d'Alembert empfohlenen und entsandten Franzosen von eben der Ware seien, welche die Pariser Kaufhäuser als „gut für den Norden“

¹⁾ Bd. I, 495.

²⁾ Oben S. 573 ff.

zu bezeichnen pflegten. Thatsache ist, daß nach 1763 die wahren Vertreter der Wissenschaft in der Akademie die Deutschen waren, und daß die französischen Akademiker, Hugenotten von der alten Kolonie wie die neuen Zuwanderer aus Frankreich und der französischen Schweiz, mit einziger Ausnahme des großen Astronomen La Grange, als Gelehrte nichts bedeuteten. Die Zahl der deutschen Mitglieder aber war bei Friedrichs Tode auf fünf zusammengeschrumpft, fünf Naturforscher. Erst Herzberg hat dann zwölf Deutsche auf einmal, die Vertreter der Berliner fridericianischen Aufklärung, die Epigonen Lessings, in die Akademie eingeführt. Daß sie zu Friedrichs Lebzeiten nicht völlig in Deutschland vereinsamt, auf das geistige Altenteil gekommen, der Vergessenheit anheimgefallen war, hatte die Akademie nur jenen Preisfragen zu danken gehabt, durch die sie mit der neuen deutschen Bildung doch einige Fühlung gewann, nicht bloß mit der Berliner Aufklärung, sondern auch mit den kommenden Männern, den Kant und Herder.

Ueber sein persönliches Verhältnis zu der neuen deutschen Bildung hat König Friedrich, ihren Trägern und Jüngern zum Aergernis und Herzeleid, ein öffentliches Bekenntnis abgelegt. Ende November 1780 erschien die letzte seiner pädagogischen Abhandlungen, die Schrift „De la littérature allemande“.

Der Verfasser entwickelt abermals seine Gedanken für eine Reform des Unterrichtes, im Sinne der „Lettre sur l'éducation“ von 1769, deren Darlegungen hier ergänzt und zum Teil näher ausgeführt werden. Die Reformvorschläge werden begründet durch den Hinweis auf den gegenwärtigen Stand der deutschen Litteratur, deren bisherige Leistungen dem Verfasser als so kläglich erscheinen, daß er den Kampf gegen die Ursachen ihrer Unterwertigkeit für eine dringende nationale Aufgabe hält.

Seit Friedrich am 6. Juli 1737 in einem seiner frühesten Briefe an Voltaire einen Blick auf die deutsche Litteratur geworfen, hatte er von Zeit zu Zeit in einem müßigen Augenblick sich über ihre Fortschritte zu unterrichten versucht, ¹⁾ am meisten immer durch seine dürftige Kenntnis der eigenen Muttersprache behindert: deutsche Texte zu lesen bereitete ihm Mühe, laut vorgelesen wurden sie ihm eher verständlich. In Leipzig hatte er während des Siebenjährigen Krieges den gefeierten, hocherbhabenen Patriarchen Gottsched gesprochen, der ihm bald sehr mißfiel, und den bescheidenen Gellert, dessen Fabeln er seitdem mit Anerkennung zu nennen pflegte. Sein Gesamturteil aber über die Deutschen als Dichter und Schriftsteller blieb das alte. Er schreibt an Voltaire im Juli 1775 nicht anders als im Juli 1737: „Zwei Dinge fehlen den Deutschen, die Sprache und der Geschmack“; daraus erklärt er sich ihren Wortschwall, ihre Sprachmengerei, ihre Urteilslosigkeit über das, was schön, was mittelmäßig oder vollendet, was edel und erhaben ist: „Vorausgesetzt, daß viele R vorkommen, halten sie ihre Verse für harmonisch.“ Deutschland scheint ihm in der Litteratur nicht weiter gekommen zu sein, als Frankreich unter Franz I. Den Geschichtsschreiber Johannes Müller, der ihm 1781, von d'Alembert warm empfohlen,

¹⁾ Vgl. oben S. 285.

vorge stellt wurde, fand er „minutiös“ und bedauerte, daß dieser „Monsieur Mayer“ an der Nationalkrankheit der Deutschen, der λογων διαρροια, leide. Eine Anstellung in Preußen fand Müller ebensowenig, wie vor ihm Windemann und Lessing. Beiden hatte Quintus Scilius die Stätte in Berlin zu bereiten versucht, bei Hofe der eifrige Anwalt der deutschen Bildung. So brachen auch andere Männer in des Königs Umgebung für die deutschen Schriftsteller eine Lanze, vor allen Herzberg und der Baron Grimm. Und schon begannen unter des alten Königs Augen junge Offiziere seiner Garde für den Dichter des Werther zu schwärmen, kündeten ihren Freunden in der Provinz das bevorstehende Erscheinen des Egmont als wichtige Neuigkeit an und priesen „ganz bezaubert“ die Stella als „durchgehends Goethisch, das ist warm und stark“.

Im Widerspruch gegen die an den König herantretenden lobenden und bewundernden Urtheile über die junge deutsche Dichtung ist unser Litteraturbrief entstanden. „Sie wundern sich,“ beginnt der Verfasser, „daß ich meine Stimme nicht mit der Ihren vereinige, um den Fortschritten Beifall zu zollen, welche die deutsche Litteratur, nach Ihnen, täglich macht.“ Wie in dem Briefe an Voltaire von 1775 vermißt er eine gebildete Sprache und einen gebildeten Geschmack. Freilich die Klage, daß die deutsche Litteratur sich in so viel Dialekte zersplittere, als das Reich Kreise zähle, sie verkannte die That sache, daß man eine gemeinsame Schriftsprache, so ungelent und rauh sie sein mochte, längst besaß. Ebenso war es ein Mißgriff, daß Friedrich zur Erläuterung und Bekräftigung seiner Behauptungen über die deutsche Geschmacklosigkeit Beispiele heranzog, die um Jahrzehnte zurücklagen — die den Zeiten entlehnt waren, da der junge Prinz lange Stellen aus der Asiatischen Banise, dem 1688 erschienenen Roman, auswendig gelernt hatte, wie er sie noch nach vielen Jahren dem Baron Grimm aus dem Gedächtnis deklamirte. Herzberg, dem der Verfasser sein Manuskript vor der Drucklegung zeigte, hatte vergeblich vorgeschlagen, die Verse eines Unbekannten, die Friedrich als zehnjähriger Knabe in Wusterhausen gehört haben wollte und jetzt als Beispiel der Geschmacklosigkeit anführte, durch eine Gottschedsche Strophe zu ersetzen; denn so weit war man ja vorgeschritten, daß der „ansehnliche Altvater“ dem öffentlichen Spott ausgesetzt werden durfte. Die Leser ausnahmslos überraschte und verblüffte es, Klopstock, Lessing, Wieland überhaupt nicht genannt zu hören; die Jungen und Jüngsten aber waren empört, daß der größte von allen, ihr Abgott, schroff, wegwerfend abgelehnt wurde: „Man kann Shakespeare die bizarren Verirrungen verzeihen, denn die Geburtsstunde der Künste ist nie der Zeitpunkt ihrer Reife; aber nun, sieh da, tritt noch ein Götz von Verlichingen auf die Bühne, die abscheuliche Nachahmung dieser schlechten englischen Stücke und das Parterre klatscht und verlangt mit Enthusiasmus die Wiederholung dieser niedrigen Plattheiten.“

Friedrich hat ein paar Jahre darauf Wieland ein großes Verdienst um die Bildung des deutschen Geschmacks zuerkannt und hat an den alten Gleim, den er 1785 durch eine Audienz erfreute, die Frage gerichtet, ob Wieland oder Klopstock der größere sei. Er soll über Lessing, die Laveaux behauptet, gesagt haben: „Ich würde ihn schätzen, wenn er nicht die Emilia Galotti geschrieben hätte,“ ein Stück, in welchem der Prinz ein Dummkopf sei, der Kammerherr

ein Meuchelmörder, die Gräfin eine Furie, die Mutter eine Schwägerin, die Tochter beschränkt und der Vater extravagant. Was Shakespeare und Goethe anbetrifft, so darf das Urtheil über sie unter allen schroffen Behauptungen unseres Litteraturbrieses am wenigsten überraschen. Beide hatten damals noch eine starke Partei in Deutschland gegen sich. Noch 1787 sprach Formey in einer öffentlichen Sitzung der Berliner Akademie von gewissen unverrückbaren und unzerstörbaren Vorurtheilen des nationalen Geschmacks, denen, wie es scheint, auch Shakespeare trotz unbestreitbarer Schönheiten ausgesetzt bleibe. Und in Gleims Kreisen freute man sich, daß Friedrich wider „die Shakespearisch wütende Rotte“ hart gesprochen habe. Vor dem Maßstab der Bühnengerechtigkeit, den Friedrich der französischen Tragödie mit ihren erstarrten drei Einheiten entnahm, konnte der Götz freilich nicht bestehen; verwarfen ihn in seiner Uferlosigkeit doch selbst erklärte Gegner der gallischen Aftermuse, des falschen Regelwanges. „Shakespeare hat Euch ganz verdorben,“ meinte Goethes kritischer Freund Merck, während Lessing nicht übel Lust hatte, im Ekel über das im Kielwasser des Götz hereinflutende theatralische Unwesen mit Goethen „trotz allem Genie, worauf er so pocht“, anzubinden. Bald nahm niemand stärkeres Aergerniß als Goethe selber an den Nachfolgern seines Götz, an der wilden Maßlosigkeit des Ritter- und Räuber-dramas. Wenn Friedrich aus der ganzen dramatischen Produktion der Sturm- und Drangperiode gerade das Goethesche Stück heraus hob, so ist damit der Dichtung nur ihr Recht der zeitlichen und geistigen Erstgeburt gewahrt worden. Vielleicht aber wollte der König mit der schroffen Ablehnung des Götz auch dem genialischen Treiben jenes kleinen Fürstenhofes einen Stich versetzen, an dem man einen Poeten zum Minister gemacht hatte. Als der Rektor Meierotto ihm auf seine Frage nach Wielands Wohnsitz Weimar nannte, erwiderte er lachend: „Wo der Herzog mit seinem Goethe lebt.“ Erst bei der Begegnung im Januar 1786 lernte er diesen Herzog schätzen, als den besten des Weimarer Hauses seit Bernhard.

Hätte er nur statt des von ihm als rühmliche Ausnahme angeführten „Postjuges“, eines heute vergessenen Stückes von dem Wiener Ayrenhoff, Lessings Minna genannt, so könnte im übrigen sein abschätziges Urtheil über die deutsche Komödie ohne weiteres bestehen bleiben. Noch jüngst hatte ihr Lessing in der Hamburgischen Dramaturgie das vernichtende Armutszeugnis ausgestellt: „Unsere höchst triviale Komödie.“ Und wie Lessing diese einzelne Gattung, so betrachtete Herder um 1770 unsere ganze Litteratur als dürftig, damals „als er in Straßburg unbarmherzig den „Vorhang zerriß“, der dem jungen Goethe „die Armut der deutschen Litteratur verhüllte“. Gerade das, was Friedrich an den Deutschen vornehmlich tabelte, empfand ja auch Goethe als ein Grundübel, indem er sich sagte, „daß der erste Schritt, um aus der wässerigen, weit-schweifigen nullen Epoche sich herauszuretten, nur durch Bestimmtheit, Präzision und Kürze gethan werden könne“. Nur daß Goethe, unterrichteter und deshalb gerechter als Friedrich, es anerkannte, daß einzelne Schriftsteller mit mehr oder weniger Erfolg „dem breiten Unheil“ zu entgehen gesucht hatten.

Hätte Friedrich sich gründlicher und umfassender unterrichtet, hätte er alles Beste, was zu seinen Tagen bis 1780 in deutscher Sprache geschrieben war, ge-

kannt, sein Urtheil würde gleichwohl nicht anders gelauret haben. Lessings Anti-Goeze würde er als Pfaffengezänk angesehen haben, wie Gutten anfänglich Luthers Thesen, und der Hamburger Dramaturg, der die großen Franzosen von ihrem Throne stürzte, wäre ihm ohne Zweifel als ein Herostrat erschienen. Noch viel entschiedener aber als Lessing hatte sich das jüngere Geschlecht von der klassischen Litteratur des Siècle de Louis XIV. abgewendet, in der Friedrich sein Ideal und die er in Voltaire fortgesetzt sah. Dieser Voltaire, sagt Goethe in der Schilderung seiner Straßburger Zeit, „war selbst bejährt wie die Litteratur, die er beinahe ein Jahrhundert hindurch belebt und beherrscht hatte“. „Bejährt und vornehm“ war diese Litteratur, war Voltaire, war auch Friedrich; so schied ihn von der neuen deutschen Bildung der Gegensatz zweier Generationen, zweier Kulturen.

In der Erregung, in die seine Schrift die Gemüther versetzte, unter dem lauten Schelten, das die Veröffentlichung begleitete, wurden die mancherlei treffenden Bemerkungen des Verfassers von den meisten überhört. Thatsächlich aber kam die deutsche Litteratur in ihrer weiteren Entwicklung dem Standpunkt Friedrichs entgegen, als sie aus dem Sturm und Drang in den Klassizismus einlenkte. Die ein Jahr nach des Königs Tode erschienene Iphigenie würde seinem Schönheitsideal mehr genügt haben als der Ody.

Auch der edle Patriotismus wurde nicht anerkannt, der ihn getrieben hatte, seine Stimme zu erheben, und der ihn hoffen hieß, daß dereinst die deutsche Litteratur den vor ihr gekommenen Weltlitteraturen ebenbürtig sein werde: „Wir werden unsere klassischen Autoren haben; jeder wird sie lesen wollen, um von ihnen zu gewinnen; unsere Nachbarn werde das Deutsche lernen; die Höfe werden es mit Vergnügen sprechen, und es wird dahin kommen, daß unsere Sprache, verfeinert und vervollkommenet, sich dank unserer guten Schriftsteller von einem Ende Europas zum andern verbreitet. Diese schönen Tage unserer Litteratur sind noch nicht gekommen, aber sie nähern sich. Ich künde sie Euch an, sie werden erscheinen, ich werde sie nicht schauen, mein Alter versagt mir diese Hoffnung. Ich bin wie Moses: ich schaue von ferne das gelobte Land, aber ich werde es nicht betreten.“

Das war mehr als eine pathetische Deklamation. Auch hier spricht der alte König nur lang gehegte Gedanken öffentlich aus. Denn schon 1772 hatte er in einem Briefe an d'Alembert, nach einer wehmütigen Klage über die geringe Wirkung seiner Bemühungen um die Läuterung des Geschmacks seiner Landsleute, die Frage aufgeworfen, warum die Wissenschaften, die ja zu reifen pflegten, nach ihrem Besuch in Griechenland und Italien, in Frankreich und England, nicht auch einmal auf einige Zeit in Preußen ihren Sitz aufschlagen sollten: „Man muß sich mit dieser Hoffnung schmeicheln, und schon der Gedanke erfreut mich.“

Wenn Friedrich in seinem Litteraturbrief den Deutschen einen Augustus herbeiwünscht, der die Virgile erwecken möge, so hatte er früher doch gesagt, daß kein Fürst ein Zeitalter wie das augustische oder medizäische herbeizuführen vermöge, daß die Natur die Genies hervorbringen und ihnen da ihren Platz anweisen müsse, wo sie sich entwickeln könnten. Und so ist es bei uns geschehen:

„sie entfaltete die Blume nicht am Strahl der Fürstengunst“ durfte Schiller der deutschen Muse nachrühmen, und auch was er hinzusetzt, entsprach nur der Wahrheit:

Von dem größten deutschen Sohne,
Von des großen Friedrichs Throne
Ging sie schutzlos, ungeehrt.

Doch die deutsche Muse hat dem großen Könige darum nicht gegrollt. Erschöpfend gekennzeichnet waren seine Beziehungen zu der deutschen Geisteskultur mit Schillers Flammenworte noch nicht. Nicht einmal die zu der deutschen Dichtkunst. Der in Friedrichs Litteraturbrief unter allen deutschen Dichtern am unbilligsten angegriffene, der Dichter des nach Friedrichs Geschmack abscheulichen Götz, hat nachmals das klassische Zeugnis abgelegt, daß der erste wahre und höhere eigentliche Lebensgehalt durch Friedrich den Großen und die Thaten des Siebenjährigen Krieges in die deutsche Poesie gekommen ist; und hat nicht Schiller selber daran gedacht, eine Epoche aus Friedrichs Leben, seine Größe im Unglück, zum Gegenstand eines epischen Gedichtes zu wählen? Wiederum blieb in Herders dankbarer Erinnerung Friedrich lebendig als der Vorkämpfer der Humanität, „ein großer Feldherr in der Versammlung der Humanitätsfreunde“. „Wir sind darüber einig,“ bekannte er sieben Jahre nach Friedrichs Tode, „daß wenn ein großer Name auf Europa mächtig gewirkt hat, es Friedrich gewesen.“ Aus des Königs nachgelassenen Schriften trug sich Herder eine reiche Auswahl von „Gedanken und Maximen“ zusammen; er erkannte an, daß dem König in den unhumansten Situationen seines Lebens seine humane Gesinnung nie ganz fremd geworden sei, und sprach den Wunsch aus, daß alle Fürsten und Prinzen seine Werke lesen möchten, „und zwar so, als ob sie den großen König selbst hörten“. Und endlich hat Kant das Zeitalter der Aufklärung „das Zeitalter Friedrichs“ nennen wollen, weil Friedrich die Freiheit gewährt habe, von der Vernunft öffentlich Gebrauch zu machen.

Die Aufklärung und ihre Träger sind viel gepriesen und viel gescholten worden. Die neue deutsche Bildung, der Herder und Goethe das Banner vorantrugen, hatte mit einer kräftigen Auflehnung gegen den um die Mitte des Jahrhunderts zur Vorherrschaft gelangten Rationalismus eingesezt. In seiner „Philosophie der Geschichte“ hatte Herder 1774 zu Gericht gesessen über die durch Voltaire vertretene Geschichtsschreibung mit ihrer Geringschätzung des Mittelalters, über das „arme policierte“ Europa der Gegenwart, über das Jahrhundert der Einförmigkeit und Abstraktion, über Friedrich selber, dessen Uniform das Jahrhundert trage. Wenn nun nach Friedrichs Tode derselbe Herder an den alten Gleim geschrieben hat: „Sie sind aus Friedrichs Zeit, und ich wills auch sein und bleiben“ — so hat er damit anerkannt, daß ein lebendiger Zusammenhang der Entwicklung vorhanden war, daß die einst von ihm bekämpfte Aufklärung seinem eigenen Bildungsideal den Boden bereitet hatte.

Vierter Abschnitt.

Der deutsche Fürstenbund von 1785.

Die Schrift über die deutsche Litteratur war nicht der letzte Betrachtungsstoff, den der alte König von Preußen seinen deutschen Landsleuten bot. Herder hatte im Verlauf der „Litteraturfehde“ gemeint: er wüßte, der König schreibe nicht mehr, lebte aber noch einige Jahre für Deutschland. Friedrich hat die wenigen Jahre, die ihm noch blieben, bis an die letzte Stunde genutzt. Dem müden Greise gelang noch einmal ein großer Wurf. Wer hätte geglaubt, daß nach den blendenden Anfängen des jugendfrohen Eroberers von Schlesien, nach den Zeichen und Wundern, die der Held des Siebenjährigen Krieges im Ringen gegen eine bewaffnete Welt Freunden und Feinden zu schauen gegeben hatte, nach den überzeugenden Beweisen von Weitblick und Augenmaß, von Entschlossenheit und Mäßigung, die der Altmeister der Staatskunst 1772 bei der Wiedererwerbung von Westpreußen und noch jüngst bei der Errettung von Baiern abgelegt hatte, daß nach dieser Fülle der Gesichte die Teilnahme der Welt an dem Helden des Jahrhunderts noch einer Steigerung fähig sein würde? Und doch sollte es so geschehen.

Die Anfänge des neuen Jahrzehnts, die ersten achtziger Jahre, ließen solche Wendung nicht voraussehen. Die preußische Politik verlor den Stützpunkt, der ihr seit 1764 gedient hatte, das Bündnis mit Rußland. Und weiter: aus dem letzten Kriege war der König mit der ernststen Sorge heimgekehrt, daß beim Tode der Kaiserin-Königin ihr Sohn seine Vergrößerungspläne wieder aufnehmen werde.¹⁾

Aus diesem Grunde wünschte man in Berlin der Kaiserin-Königin einen langen Lebensabend, während in Wien dem Ende des Königs mit einer gewissen Ungebuld entgegesehen wurde. Nicht als ob es die Absicht gewesen wäre, den Nachfolger Friedrichs des Großen alsbald mit Krieg zu überziehen. Die Taktik des Fürsten Kaunitz war eine andere: es gelte, so belehrte er den Ge-

¹⁾ Vgl. oben S. 538.

sandten in Berlin schon 1776 während einer Krankheit des Königs, dem Prinzen von Preußen „alle Besorgnis vor widrigen Absichten, die etwa nach dem Tode seines Oheims ausgeführt werden dürften, zu benehmen“: „durch solche persönliche Sicherstellung und Beruhigung kann der bisherige Gang des Kronprinzen zu Pracht und Verschwendung am leichtesten genährt, auf eben diese Art aber die preußische Maschine am sichersten untergraben und allmählich zum Verfall geleitet werden.“ König Friedrich sagte, die einzige Aufgabe des kaiserlichen Gesandten in Berlin sei, ihn auf seine Gesundheit zu beobachten. Den stillen Gedanken, der die österreichischen Herzen erfüllte, hat die junge französische Königin Marie Antoinette in einem Briefe an ihre Mutter unbefangen ausgesprochen: es sei ihr nicht erlanbt, den Tod des Königs von Preußen zu wünschen, aber es würde ein großes Glück sein, wenn er durch seine schlechte Gesundheit außer Stande wäre, sich zu rühren.

Fünf Jahre jünger als der „böse Mann“ in Sanssouci, wie sie den König nannte, ist die große Kaiserin fünf Jahre vor ihm von dem Schauplatz abgetreten, den ihrer beider Widerstreit vierzig Jahre hindurch erfüllt hatte. Sie starb in der Burg ihrer Väter zu Wien am 29. November 1780. Sie starb wie sie gelebt: voll Fürsorge für ihr Land bis zum letzten Tage, voll Liebe und Güte gegen ihre Kinder und ihre ganze Umgebung, voll Ergebung und Dankbarkeit gegen ihren Gott, gläubig, tapfer, ohne Furcht vor der Krankheit, ohne Furcht vor dem Tode. Als Friedrich die Botschaft von Maria Theresias Ableben erhielt, schrieb er an seinen Gesandten Niedeser nach Wien: „Die ausgezeichneten Verdienste dieser großen Fürstin sind allgemein anerkannt. Ganz Europa bewunderte die hervorragenden Eigenschaften ihres Geistes und ihres Herzens. Es gab nur eine Stimme über den Rang, den sie unter den Souveränen einnahm. Man kann ohne Uebertreibung wohl sagen, daß sie einhellig betrauert werden wird.“ Er war entrüstet über die Undankbarkeit des über Steuerdruck klagenden Wiener Pöbels, dessen freche Haltung bei dem Leichenbegängnis einen Mißton in die Trauer der Hauptstadt mischte.

An d'Alembert schrieb Friedrich, trotz seiner durch das Alter gewonnenen Gelassenheit angesichts des Sterbens und Geborenwerdens um ihn herum habe er den Tod der Kaiserin betrauert: „Sie hat dem Thron Ehre gemacht und ihrem Geschlecht. Ich habe Krieg gegen sie geführt und bin niemals ihr Feind gewesen.“ Worte, die, in der französischen Akademie bei feierlichem Anlaß angeführt, stürmischen Beifall weckten. Das schönste Lob hat doch der König seiner großen Gegnerin gespendet, als er in eigener Gefahr sich auf das Beispiel der Standhaftigkeit und des Heldenmutes berief,¹⁾ das einst die junge Königin von Ungarn im Kampf um das Erbe ihrer Väter der staunenden Welt gegeben hatte. Ohne Vorbehalt ist seine Bewunderung für diese Frau freilich nicht gewesen. Als sein Gesandter in Wien ihm bald nach dem Hubertusburger Frieden eine Charakteristik Maria Theresias entwarf, wandte er ein, daß in dem Porträt zwei kennzeichnende Züge vergessen seien: die Bigotterie, von der die Religionsverfolgungen in den österreichischen Erblanden ein Beweis seien, und die Kunst

¹⁾ Bd. I, 253; vgl. oben S. 530.

der Verstellung. In den Thränen der Kaiserin um die Teilung Polens, die heiß und echt waren, wollte er eine Komödie sehen.

Das Urtheil der Geschichte über Maria Theresia, die größte Gestalt seit Karl V. in der Reihe der österreichischen Herrscher, das edelste und reinste Kind des Hauses Habsburg, entspricht dem Urtheil des Königs von Preußen darin, daß diese Fürstin auch der Nachwelt am bewundernswertesten und liebenswürdigsten in der Glorie des heroischen Verteidigungskampfes ihrer sieben ersten Regierungsjahre erscheint. Noch auf der vollen Höhe ihres ungebrochenen Jugendmutes zeigte sie sich dann in der Entschlossenheit, mit der sie, von Kaunitz meisterhaft bedient und rückhaltlos mit ihm einverstanden, den Weltkrieg zur Wiedereroberung des ihr entrissenen Schlesiens und zur Niederwerfung der preußischen Macht vorbereitete, und in der zähen Ausdauer, mit der sie in den Wechselfällen ihres zweiten Siebenjährigen Krieges das große Ziel fest im Auge behielt, bis der Friedensschluß von 1763 ihr die schwerste Enttäuschung ihres Lebens brachte. Jetzt hatte sie die helle Freudeigkeit, die naive Sicherheit ihrer jungen Tage verloren, das innere Gleichgewicht. Nach dem Tode des Gatten wollte es ihr „schier unerträglich“ scheinen, noch in dem „Getümmel der Welt“ zu bleiben: „bete für mich,“ schreibt sie an eine Freundin, „daß Gott mich erleuchte und stärke, so lang ich noch in dieser Welt herumkugeln soll.“ Die Bahnen, die sie den Sohn jetzt einschlagen sah und auf denen er die Mutter mit sich fortriß, führten zu einer neuen, dem Rechtsinn der alten Frau widerstreitenden Ära der österreichischen Politik. Die Mitwirkung bei der Zergliederung Polens, ein Bündnis mit den Ungläubigen und der Verrat dieser Bundesgenossen bei der Fortnahme der Bukowina, zuletzt der Anschlag auf Baiern und der Eintritt in einen neuen Krieg, alles das waren ebensoviele Gewissenskapitulationen, die der Sohn ihr abnötigte; in der Weichheit des Mutterherzens hat die große Herrscherin der Schwäche ihres Geschlechts den Zoll entrichtet.

Sterbend hatte die Kaiserin den Stern ihres Hauses in verheißungsvollem Aufstieg geschaut. Tu felix Austria nube! dem alten Wahlspruch der Dynastie folgend hatte die glückhafte Politik des Fürsten Kaunitz ihr großes Werk, die Allianz mit dem Hause Bourbon, durch vierfaches Ehebündnis gefestigt. Zwei Töchter Maria Theresias nahmen die Throne von Frankreich und von Neapel ein, dem Herzog von Parma war eine dritte vermählt, der Kaiserin zweiter Sohn, Leopold von Toskana, hatte eine Tochter des spanischen Bourbonenkönigs gefreit. Neben der Sekundogenitur Toskana hatte der dritte Sohn, Erzherzog Ferdinand, durch Heimführung der Erbtochter von Modena-Este eine Tertiogenitur seines Hauses in Italien begründet.

Vor allem aber hatte im Sommer vor dem Tode Maria Theresias die österreichische Politik in Deutschland selbst einen großen Erfolg errungen. Auf die Nachfolge in Baiern hatte man verzichten müssen, aber die Erbschaft des Hauses Wittelsbach in der Germania sacra trat das Haus Habsburg-Lothringen jetzt an. Seit der für die katholische Reaktion im Reiche so entscheidenden Wahl von 1583 war das Erzstift Köln bis 1761 ununterbrochen im Besitz bairischer Herzoge gewesen, und mit ihm bald eine größere, bald eine geringere Anzahl der benachbarten Bistümer. Bei dem Prinzenmangel im bairischen Hause, der endlich

zum Erlöschen des Mannesstammes führte, hatte Oesterreich seine Besitzergreifung am Niederrhein 1761 durch die Wahl eines seiner Anhänger, des Reichsgrafen von Königsfeld, bereits vorbereitet; mit der Wahl des Erzherzogs Maximilian, des jüngsten Sohnes der Kaiserin, zum Koadjutor von Köln und von Münster, im Sommer 1780, war die kaiserliche Politik an ihrem Ziele. Ihr Sieg war um so glänzender, je heftiger ihn eine von Berlin aus unterstützte und geleitete Gegenpartei ihr freitig gemacht hatte; die Niederlage der preussischen Diplomatie wurde allgemein bemerkt. Sein Erzhaus mit niederdeutschen Stiftern auszustatten, war einst in den Tagen des Restitutionsedikts der sehnliche Wunsch Kaiser Ferdinands II. gewesen; was sein Ahnherr vergeblich angestrebt hatte, Joseph II. hatte es jetzt erreicht.

Und noch ein anderes großes Ereignis fiel in das letzte Lebensjahr der alten Kaiserin. Der Besuch Josephs II. am Hofe der Zarin im Juni und Juli 1780 stellte sich in der Folge immer mehr als der entscheidende Wendepunkt in dem Verhältnis Rußlands zu den beiden deutschen Mächten heraus. Als Joseph seine Reise antrat, äußerte er den Wunsch, „die Galle des teuren Friedrich“ dadurch so aufzuregen, daß er plazen möge, und seinem Gesandten bei der Zarin schrieb er vorweg, er verbäte sich von ihr Gastgeschenke: „Die einzigen Juwelen, die mir Vergnügen machen könnten, wären Schweidnitz, Glas, Reife und Kosel; aber Sie verstehen sehr wohl, daß die Juweliere Zeit brauchen werden, um sie zu fassen.“

Die Betrachtungen über den Thronwechsel, die der König von Preußen beim Tode Maria Theresias anstellte, führten ihn zu dem Ergebnis: „Des Kaisers Vergößerungspläne werden nicht einen so beschleunigten Gang einschlagen. Solche Pläne werden für gewöhnlich leichter gefaßt, als ausgeführt, und ganz mit ihnen beschäftigt bemerkt man nicht immer die zahllosen Unzulänglichkeiten, mit denen sie oft verflochten sind.“ Zwei Jahre mindestens, so nahm er an, werde der Kaiser brauchen, um das Chaos der Finanzen zu entwirren; auch müsse er für eine große Unternehmung sich erst neue Bündnisse und geeignete Vorwände schaffen; inzwischen werde er im deutschen Reich mit seinen Ränken fortfahren und die fettesten Bistümer an sein Haus zu bringen trachten.

Als der schlesische Provinzialminister Hoyer in einem seiner Berichte auf gewisse friedfertige Anzeichen hinwies, antwortete ihm der König, wenn Joseph sich stelle, als ob er das Militär vernachlässige, so geschehe das nur, um der Welt seine Friedensliebe weiszumachen: „Aber es müssen dumme Leute sein, die sich davon einnehmen lassen. Er ist ein Komödiant, so wie seine Mutter eine Komödiantin war, und bildet sich ein, die Leute mit seinen Schelmereien zu betrügen. . . Dieses, was ich hier schreibe, müßet Ihr hübsch in Euer Archiv legen, damit man hiernächst sehen kann, ob ich nicht recht gesaget habe.“

Daß Joseph ihn aus dem Bündnis mit Rußland hinausdrängen könne, fürchtete Friedrich damals ernstlich noch nicht. Der Buchstabe der wiederholt verlängerten Vertragsurkunde fesselte die Russen noch bis 1788.¹⁾ In dem

¹⁾ Vgl. oben S. 519.

Konflikt zwischen Rußland und Spanien anläßlich einer Verletzung der russischen Handelsflagge wirkte er ausgleichend und ebnete so dem System der bewaffneten Seeneutralität die Wege, in welchem Katharina demnächst die Staaten vereinigte, die an dem Seekriege Englands gegen Frankreich, Spanien und Holland, die Verbündeten der jungen nordamerikanischen Republik, unbeteiligt waren; auch Preußen schloß sich nach einigen Bedenken im Mai 1781 diesem Bunde an, der die von König Friedrich selber vordem verfochtenen Grundsätze für die Sicherheit des neutralen Handels als internationales Gesetz aufstellte. Gestiffentlich betonte man bei diesem Anlaß auf beiden Seiten die Festigkeit des alten Bündnisses.

Verhängnisvoll aber wurde diesem Bündnis, daß Friedrich, ohne ein Arg dabei zu haben, die Zirkel der russischen Orientpolitik störte.

Um seine Defensivstellung gegen Oesterreich zu stärken, plante er die Aufnahme der hohen Pforte in das preußisch-russische Bündnis, und zwar auf eine Anregung hin, die ihm im Herbst 1779 durch einen türkischen Staatsmann gegeben wurde. Wir erinnern uns, daß in den Tagen, da das Bündnis mit Preußen geknüpft wurde, der Gedanke an eine Verständigung zwischen Berlin und Konstantinopel den Petersburger Hof schwer beunruhigt hatte.¹⁾ Diesmal wies Graf Nikita Panin den Vorschlag zu der Tripelallianz, den ihm der preußische Gesandte, jetzt Graf Görz,²⁾ entwickelte, nicht ab; um so entschiedener aber gab Katharina ihr Mißfallen zu erkennen, sodasß Panin dringend riet, nicht noch einmal auf den Plan zurückzukommen. Gleichwohl ließ König Friedrich, mit einem gewissen Eigensinn, man möchte sagen mit Verblendung, an einer liebgewonnenen Idee festhaltend, die Frage stellen, ob Rußland auch gegen ein einseitiges Verteidigungsbündnis zwischen Preußen und der Pforte etwas einzuwenden haben würde. Wieder wies Panin auf die entschiedene Abeigung seiner Gebieterin hin. Um dem preußischen Könige für seine Türken eine Art Ersatz zu bieten, machte man ihm zwei verschiedene Gegenvorschläge: zu einem Bund zwischen Preußen und den deutschen Reichsständen unter russischem Einfluß, aber auch zu einem Dreibunde, in welchem neben Rußland und Preußen nicht die Pforte, sondern Oesterreich der dritte Teilnehmer sein sollte; ja, durch ihren Günstling Potemkin ließ Katharina den preußischen Gesandten ausforschen, ob sein König zu einem neuen Weutzug gegen Polen, der Aufteilung des gesamten polnischen Gebietes unter die drei großen Nachbarmächte, die Hand bieten würde. Friedrich antwortete ohne Zaudern: es gelte, den Besitz zu erhalten, nicht nach neuer Vergrößerung zu streben, vor allem aber den Wiener Hof in Schranken zu halten.

So hatten die Verhandlungen des Herbstes 1779 nur dazu geführt, die Divergenz des russischen und des preußischen Systems zu offenbaren. Expansive Tendenzen waren im letzten Grunde beiden Staaten gemeinsam. Aber der alte König von Preußen hatte 1772 mit seiner letzten Erwerbung noch selber einen größeren Teil des seiner Monarchie vorgezeichneten Erweiterungsprogramms

¹⁾ Oben S. 433.

²⁾ Oben S. 524.

verwirklicht, als er je geglaubt hatte, und hielt jetzt um so mehr an sich, je weniger er sich über den andauernd unsicheren, noch unmittelbar gefährdeten Zustand seiner schlesischen Eroberung täuschte. Dagegen sah Katharina, durch keinen irgendwie ebenbürtigen Gegner im Rücken bedroht, von zwei Nebenbuhlern umworben, das Segel ihrer offensiven Politik von günstigstem Winde geschwellt. Sie hatte ihre orientalischen Entwürfe von 1770 nur zurückgestellt für den gelegeneren Augenblick; sie betrachtete sowohl Polen wie die Türkei bereits als sichere Beute, und mußte nun sehen, wie ihr preußischer Bundesgenosse die Polen schonen, mit den Türken sich sogar verbünden wollte. Sollte sie wieder, wie 1770, auf dem Wege nach Konstantinopel ihrem Siegeswagen den Hemmschuh anlegen lassen? Wer nicht für sie war, der war wider sie. Wer ihr Freund sein wollte, mußte sich ihr ganz und gar verschreiben. Der Kampfpriß war reich genug, um für den Helfer einen Teilgewinn abfallen zu lassen.

Und so begegneten sich Katharina und Joseph. Auch der Kaiser trachtete nach Gewinn und Vergrößerung, auch er wollte nicht erhalten, sondern umwälzen. Die Voraussetzungen zu einer natürlichen Bundesgenossenschaft waren vorhanden.

Bei der Begegnung vom Sommer 1780 war noch nichts verabredet worden. Im folgenden Mai wurde ein Verteidigungsbündnis auf acht Jahre geschlossen. Und wieder nach einem Jahre vertraute Katharina dem Kaiser ihre großen Entwürfe rückhaltlos an — in einem langen eigenhändigen Schreiben vom 10. September a. St. 1782.

Zwei neue Reiche sollen entstehen: das alte griechische Kaisertum mit der Hauptstadt Konstantinopel, als russische Sekundogenitur unter dem Großfürsten Konstantin, dem zweiten 1779 geborenen Sohne des russischen Thronfolgers Paul, und ein Königreich Dacien unter einem Herrscher griechischen Glaubens, zusammenzusetzen aus Bessarabien, der Walachei östlich der Aluta, und der Moldau, ein Pufferstaat, der für ewig grenznachbarliche Reibungen zwischen Rußland und dem neuen byzantinischen Reich und zwischen Rußland und Oesterreich verhindern soll. Katharina gab ihrem Bundesgenossen anheim, wie viel von dem türkischen Gebiet er für sich selbst nehmen wollte.

Joseph stellte also seine Gegenforderung auf: die Stadt Chojim zur Deckung der Bukowina; die Walachei westlich der Aluta; die Donaugrenze von Nikopolis aufwärts bis Belgrad, mit einem Grenzstrich von drei Meilen am Südufer einschließlich der Plätze Widdin und Orsowa; alles türkische Gebiet diesseits einer geraden Linie von Belgrad bis zum Golf von Drin, d. h. Teile Serbiens, Bosnien, die Herzegowina, Montenegro und ein Stück von Albanien; weiter aber noch auf Kosten der mit Morea, Kreta, Randia zu entschädigenden Republik Venedig deren Terra firma, zur Abrundung des Herzogtums Mailand, Istrien und Dalmatien. Joseph forderte endlich Sicherstellung gegen Frankreich und gegen Preußen. Er bezeichnete die Zustimmung Frankreichs zu dem großen Plan geradezu als Voraussetzung des Gelingens, ganz wie Kaunitz 1749 und 1755 den großen Plan gegen Preußen von der Herstellung des Einverständnisses mit Frankreich abhängig gemacht hatte¹⁾; er schlug deshalb

¹⁾ Bb. I, 474. 484 (2. Aufl. 475. 485.)

vor, Frankreich mit Aegypten zu locken. Er erklärte gegen Preußen in dem Alter des Königs, auf das Katharina hingewiesen hatte, eine genügende Sicherung nicht sehen zu können, und empfahl vielmehr ein Bündnis mit Sachsen und die Aufstellung eines russischen Heeres von 40—50 000 Mann an der Grenze von Livland oder noch besser in Polen längs der Weichsel und Warthe.

Auf so viel war Katharina offenbar nicht gefaßt gewesen. Gerade das, was Joseph als seine einzige wirkliche Konvenienz betrachtete, die venetianische Erwerbung, wies sie mit dem Einwand ab, daß man die Republik Venedig schonen und überdies Morea und den Archipel dem neuen griechischen Reich vorbehalten müsse. Die Aufstellung russischer Truppen in der Nähe seiner Grenze würde den König von Preußen nur reizen. Sachsen bringe einem Bundesgenossen, wie die Erfahrung von 1756 lehre, eher Schaden als Nutzen, und die polnische Krone, der von Joseph empfohlene Köder für Sachsen, dürfe nur ein Pfast tragen. Frankreich endlich wollte die Zarin erst im Verlauf ihres Krieges begrüßt und seine Neutralität nur, soweit es unerläßlich sein würde, belohnt wissen.

Joseph fuhr auf. Die Kaiserin wolle ihn düpieren, äußerte er zu Kaunitz. Der alte Staatskanzler erwarb sich das Verdienst, die verletzende Antwort zurückzuhalten, die Joseph absenden wollte und nun doch milderte. So wurde ein Zerwürfniß verhindert. Aber ihren Höhepunkt hatte die österreichisch-russische Freundschaft in diesem Augenblick, Ende Februar 1783, bereits überschritten.

Denn auch Katharina war nun verstimmt. Sie sei der Meinung gewesen, schrieb sie spiz an Joseph, daß bei Cäsar zwischen Annahme und Ausführung eines großen nützlichen und Cäsars würdigen Projekts kein Intervall liegen würde; ein Augenblick habe alle ihre Erwartungen zerstört. Da nun auch der inzwischen abgeschlossene Friede zwischen Frankreich und England diesen Mächten größere Bewegungsfreiheit gab, so erklärte die Zarin dem Cäsar in einem weiteren Schreiben, am 7. April a. St., daß man nach der Umgestaltung der Lage die großen Entwürfe des Vorjahres einzuschränken haben werde. Sie faßte jetzt nur die Erwerbung der Krim und des Kuban ins Auge. Sie machte sich anheischig, diesmal ihren Strauß mit der Pforte auch allein durchzufechten, bot aber dem Kaiser, falls er bei diesem Anlaß seine Regierung durch „Siege und nützliche Eroberungen“ verherrlichen wolle, die einst seiner Erbkrone geraubten Edelsteine an, d. h. die im Frieden von Passarowitz abgetretenen Provinzen. Joseph antwortete kühl mit dem Hinweis auf die gefährdete Lage seiner Staaten, beteuerte aber, daß er der Kaiserin von ganzem Herzen die Krim mit der Halbinsel Taman und ganz Kuban gönne. Ueber seinen eigenen Anspruch schwieg er. Seinem Bruder aber, dem Großherzog Leopold von Toskana, gestand er, daß seine Absichten „nach einer anderen Seite“ gerichtet seien und sein Streich geführt sein solle, ehe man nur davon gesprochen habe.

Die russische Besitzergreifung in der Krim in diesem Sommer von 1783 und die gleichzeitigen Rüstungen Oesterreichs wurden von der europäischen Diplomatie als der Anfang vom Ende der Türkei gedeutet.

Auch der König von Preußen glaubte die beiden Kaiserhöfe zum Neuesten entschlossen.

Er hatte seit jenem Besuch des Kaisers bei der Zarin die Abwandlungen der russischen Politik mit Mißtrauen und wachsender Sorge beobachtet. Katharinas Charakter hatte ihm persönliche Bürgschaften für sein Bündnis mit Rußland nie geboten. Er unterschätzte ihre Begabung und ihre Energie; er sah in Katharina immer nur das eitle und launenhafte Weib, eine zweite Elisabeth, da er doch schon diese Elisabeth ohne Frage unterschätzt hatte. Von Hochmut geschwollen, in der Politik sich nur auf Gewaltthätigkeiten verstehend, behandelte Katharina alle Geschäfte als Bagatellen, indem sie ihrer gewohnten Trägheit kaum einige Augenblicke für die Arbeit entreiße: so hat er sie zu einer Zeit charakterisirt, da die preußisch-russische Allianz sich noch in aufsteigender Linie bewegte. Um wie viel schärfer und bitterer urtheilte er jetzt, als das Bündnis zu Scheiter gegangen war, über die „Pantocratrice“ und ihren unermesslichen Hochmut: sie würde, wenn sie mit Gott dem Vater in Briefwechsel träte, zum mindesten Gleichheit des Ranges in Anspruch nehmen! Und wer dürfe einer Frau vertrauen, die ihren Mann habe umbringen lassen? Musterte er dann Katharinas Umgebung, von der er mit Unrecht die Herrscherin abhängig glaubte, so war das Ergebnis ganz niederdrückend. Panin, so lange der eigentliche Träger des jetzt verworfenen preußischen Systems, war im Frühjahr 1783 gestorben. Bis zuletzt hatte er den Gegnern Preußens als der Mann gegolten, der alle seine Ideen von Seiner Preussischen Majestät empfangen und sie urteilslos sich aneignen, in dessen politischem Glaubensbekenntnis Untwürdigkeit gegen Preußen einen stehenden Artikel bilde. Panins Nachfolger als Minister des Auswärtigen, Graf Jwan Ostermann, der Sohn jenes Beraters der Kaiserin Anna, galt als erklärter Anhänger Oesterreichs. Den Günstling Potemkin und den jüngeren Woronzow betrachtete Friedrich als durch Joseph erkauft, und Potemkin überdies als den Urheber der ausschweifenden Entwürfe der neuesten russischen Orientpolitik. So zählte er nur noch auf den Großfürsten-Thronfolger. Mehr diesem, als der Zarin hat der Besuch gegolten, den der Prinz von Preußen im Herbst 1780 dem russischen Hof abstattete, um der Reise Kaiser Josephs ein Paroli zu bieten. Katharina hat sich über den preussischen Thronfolger, zumal im Vergleich zu seinen beiden Oheimen, dem König und dem Prinzen Heinrich, damals sehr abfällig und spöttisch geäußert: der hochhehrerbietige Lehrjunge müsse noch stark wandern, bis ein Gefelle aus ihm herauskommen werde. Aber die persönlichen Beziehungen zu dem Großfürsten Paul, 1776 in Berlin angeknüpft, sind durch jenen Petersburger Aufenthalt Friedrich Wilhelms ohne Frage befestigt worden, und das wurde für die Zukunft als Gewinn gebucht.

Den Kern der großen Entwürfe Katharinas schälte sich Friedrich aus dem Nebel unsicherer Nachrichten richtig heraus. Er mutmaßte zutreffend, daß Bersprechungen ganz persönlicher Art ausgetauscht seien und daß sich Joseph für das Projekt des russisch-griechischen Kaisertums habe gewinnen lassen.

Das europäische Interesse, das der byzantinische Zukunftskaiser, das Knäblein Konstantin, auf sich lenkte, erstreckte sich bis auf die sechs aus dem Lande der Griechen im voraus für ihn verschriebenen Nationalalammen, die freilich sämtlich im entscheidenden Augenblick für ihren großen welthistorischen Zweck

versagten. Wenn aber der preussische Gesandte Görz die Hoffnung ausgesprochen hatte, das griechische Projekt werde sich verflüchtigen wie die Milch der griechischen Ammen, so sollte dem nicht so sein. Der große Plan spulte weiter, und als demnächst der Zarin neue Großmutterfreuden warteten, meinte der König von Preußen, das kommende Kind, der dritte Enkel, werde zum Großmogul vorherbestimmt sein.

Die Fiktion, daß sein Bündnis mit Rußland fortbestehe, hielt der König geküßentlich aufrecht. Von Selbsttäuschung aber war er frei. „Ich werde ad patres gehen,“ klagt er am 18. Oktober 1782, „und unser Land ohne Verbindungen, ohne Freunde zurücklassen, in einer Lage, in der es die Streiche, die der Kaiser ihm beizubringen trachtet, nicht parieren kann.“ Indem er sich jetzt oft in solchen Klagen erging, meinte er doch, vorerst die weitere Entwicklung der Ereignisse abwarten zu sollen: das Jahr 1783, so nahm er an, würde den Orientkrieg bringen, der die beiden Kaiserhöfe entweder um so fester vereinen oder heillos entzweien würde.

Indes grübelte er fort und fort über den Möglichkeiten einer neuen Allianz. In den Herbsttagen von 1782 dachte er viel an England, das wie Preußen isolierte. Noch vor kurzem waren die Beziehungen zwischen beiden Staaten sehr gespannt gewesen, denn nach dem Teschener Frieden hatte sich Friedrich über die während des bairischen Erbfolgekriegs geübten Rücksichten¹⁾ wieder hinweggesetzt, sodaß ein englischer Minister meinte, der König von Preußen zeige sich an allen Ecken und Enden Europas als Englands böswilliger Feind. Aber nach dem Ministerwechsel vom 20. März 1782 hatte der Wind umgekehrt. In dem gefallenem Lord North hatte Friedrich den Fortsetzer und, ganz mit Unrecht,²⁾ das Werkzeug des bösen Bute gesehen; das neue Whigministerium, dessen Haupt Lord Rockingham und dessen Seele Charles Fox war, betrachtete er als „honett“. Eine Verbindung mit England schien ihm jetzt für Preußen wieder „in den Bereich der Möglichkeit“ getreten zu sein. Fox kam ihm weit entgegen; ein großes programmartiges Schreiben des neuen Staatssekretärs über das Interesse beider Staaten an einer politischen Verständigung blieb nicht ohne Eindruck auf Friedrich. Was aber mehr als alles andere ihn bestimmte, dem Gedanken an ein Bündnis mit England Raum zu geben, war die Hoffnung, mit Englands Hilfe seine Beziehungen zu Rußland wiederherzustellen: unter diesem Gesichtspunkte suchte er den Prinzen Heinrich, der auch jetzt wie seit je vielmehr von Frankreich das Heil erwartete, mit dieser britischen Kombination zu befreunden. In besseren Tagen, Rußlands noch ganz sicher, hatte er England als Dritten im Bunde abgelehnt;³⁾ jetzt also wäre er froh gewesen, seinerseits als Dritter der Tripelallianz sich anschließen zu können, die einst Panin so eifrig empfohlen hatte.

Darin stimmte der König mit dem Prinzen Heinrich überein, daß er das französische Bündnis dem englischen an sich vorgezogen haben würde. Nur daß

¹⁾ Oben S. 522.

²⁾ Oben S. 521.

³⁾ Oben S. 440.

jenes nicht erreichbar schien, solange der österreichische Einfluß sich in Versailles behauptete. Zimmerhin konnte jetzt die Mitwirkung Oesterreichs bei einer Auftheilung der Türkei den Bruch zwischen den Verbündeten von 1756 herbeiführen. Und dann wäre die Reihe wieder an Preußen gewesen. In einer eigenhändigen Denkschrift des Königs vom 19. Dezember 1782 ist diese Perspektive an die Stelle des in den vorangegangenen Monaten vielherörterten englischen Planes getreten. Für den Fall aber, daß ein gemeinsames Vorgehen mit Frankreich nicht erzielt würde, wies dieselbe Denkschrift noch auf eine andere Möglichkeit hin: wenn schon die Türkei nicht zu retten ist, wird es den Versuch gelten, durch kriegerische Demonstrationen im Rücken der Russen und Oesterreicher für Preußen eine Kompensation nach der polnischen Seite zu erzwingen, um das Gleichgewicht der Macht zwischen den drei Staaten nicht allzusehr verrücken zu lassen.

Der weitere Verlauf der diplomatischen Vorgänge ist dann der gewesen, daß seit dem Februar 1783 die französische Politik, in dem Maße, als die Nachrichten aus dem Orient kriegerischer klangen, näher an Preußen heranrückte, während die englische Politik durch Fox jetzt mehr und mehr in das Fahrwasser der beiden Kaiserhöfe hinübergelenkt wurde. Erst der Herbst brachte einen Rückschlag. Entschlossen, der Zertrümmerung der Türkei entgegenzutreten und zu dem Behufe Preußen in ein Bündnis zu ziehen, beruhigte sich Graf Bergennes doch, als er gewahrte, daß Rußland sich mit der Erwerbung der Krim begnügen wollte. Frankreich wies nun die Anregung zu einem Bündnisse zurück, die König Friedrich im Oktober 1783 voreilig, wenn auch nur unter der Hand, gegeben hatte. Am 26. November sah dieser durch eine Erklärung des französischen Gesandten Esterno seine Einbildungen zerstört.

Auf diese Art ließ Frankreich die Krim in russischen Besitz übergehen, um sich siebenzig Jahre später vergebens zu bemühen, das Bollwerk des Schwarzen Meeres von Rußland wieder loszureißen. Am 8. Januar 1784 wurde in dem Gartenpalast zum spiegelnden Horn (Ainali kawak) bei Konstantinopel der Vertrag abgeschlossen, durch den die Pforte Krim und Kuban an Rußland preisgab. Die Gesandten Oesterreichs, Frankreichs, Englands hatten ihr zur Nachgiebigkeit geraten, nur der preussische Vertreter hatte auf Befehl seines Gebieters den Schritten der anderen sich nicht angeschlossen.

König Friedrich erhielt die Nachricht von dieser Lösung Anfang Februar. Er sah den Vertrag als ein für Preußen ungünstiges Ereignis an. Er hätte den Krieg zwischen Russen und Türken gewünscht, weil sich ihm damit die Aussicht auf das Bündnis mit Frankreich, auf die Endschaft der österreichisch-französischen Freundschaft eröffnet hätte. So aber erhielt er nur einen neuen Beweis für die Abhängigkeit der Franzosen von Oesterreich und sagte sich zugleich, daß Kaiser Joseph die Zarin noch lange festhalten werde, da ihr griechischer Plan noch unausgeführt bleibe. England endlich schien bei seiner finanziellen Erschöpfung nach einem verlustreichen Kriege und in den inneren Wirren nach Auflösung der alten Whigpartei auf lange zur Unthätigkeit verurteilt zu sein. Wir werden nicht eine einzige Macht finden, klagte er am 5. Februar seinem Findenstein, „die uns auch nur den Schatten eines Bünd-

nisses bietet, geschweige denn ein wirkliches Bündnis“. Schweden und Dänemark, als „Wesen ohne Energie“, ließ er dabei völlig außer Betracht.

In dieser peinlichen Vereinsamung lenkt der König seinen Blick wieder auf die deutschen Reichsfürsten, nachdem er schon vor Neujahr dem Herzog von Braunschweig erklärt hatte, es sei an der Zeit, eine Liga nach dem Beispiel der Schmalkaldischen zu errichten. Man müsse, schreibt er am 21. Februar an Finkenstein, die deutschen Fürsten zu einer Konföderation vereinigen, „einzig und allein zu dem Zweck, das Reichssystem, so wie es gegenwärtig ist, aufrecht zu erhalten; und ich gestehe, daß, wenn die Dinge zum Kriege kommen sollten, man sich dazu vorbereiten müßte, diese Leute in das Spiel einzusetzen und ihnen Subsidien zu zahlen, was nicht unmöglich sein würde“. Ein Bund der Reichsstände, den er früher als Anhängel zu einem Bunde mit Rußland oder auch mit Frankreich oder England gedacht hatte, sollte jetzt für sich allein die Stütze der preussischen Politik werden, ihre letzte Zuflucht: ein anderes Auskunftsmittel erklärte der König nicht mehr zu sehen. Er dachte in erster Linie an Hannover, Braunschweig und Hessen, seine Bundesgenossen aus dem Siebenjährigen Kriege, weiter aber an die geistlichen Fürsten: Bamberg-Bürzburg, Paderborn, Fulda, Hilbesheim.

Am 6. März erging an die Minister der Befehl zur Einleitung der erforderlichen Schritte. Nicht von heute auf morgen, meinte der König, würden so viele Köpfe sich unter einen Hut bringen lassen; nicht um ein Werk von vierzehn Tagen handle es sich, sondern um ein Werk von anderthalb oder zwei Jahren. Nur noch vor seinem Tode wünschte er den Bund verwirklicht zu sehen.

Einer augenblicklichen Gefahr also glaubte er sich nicht ausgesetzt. Ganz richtig fühlte er heraus, daß nicht wie 1756 ein unmittelbarer Angriff gegen ihn verabredet und vorbereitet war. Denn das bezeichnete doch die Lage, daß Oesterreich durch sein nach Südosten gerichtetes Bündnis mit Rußland von Angriffsplänen gegen Preußen vorerst abgelenkt wurde, und daß Rußland in diesem Bündnisse nur die Zertrümmerung der Türkei, nicht aber wie zu Elisabeths und Bestuschews Zeiten die Niederwerfung Preußens anstrebte.

Auch setzte Friedrich bestimmt voraus, daß er, wenn es schon zum Bruche mit den beiden Kaiserhöfen kam, doch unter keinen Umständen wie im Siebenjährigen Kriege auch die Franzosen unter seinen Gegnern sehen werde. War ihr Bündnis nicht für ihn zu haben gewesen, so blieben doch die Beziehungen zwischen ihnen freundlich, und als Prinz Heinrich im Sommer 1784 eine Reise nach dem französischen Süden antrat, gab sein königlicher Bruder gern seine Zustimmung, daß der Prinz einer ihn in Genf erreichenden Einladung zum Besuche von Paris folgte. Am 17. August traf der Graf von Dels, als welcher Heinrich reiste, dort ein, am 22. begrüßte er König und Königin in Versailles.

Derweil wollten die Verhandlungen nicht recht vom Flecke gehen. Nicht als ob es an den kleinen Höfen an Empfänglichkeit für den Associationsgedanken gefehlt hätte. Zumal auch die geistlichen Höfe waren voll Sorge über die unruhige, ausgreifende Politik des Kaisers. Wie, wenn Joseph eines Tages das

in seinen Erblanden durchgeführte System der Säkularisationen¹⁾ auf die Reichsnister ausdehnte? Seine Streitigkeiten mit den benachbarten Kirchenfürsten von Salzburg und von Passau gaben ihnen allen zu denken. Das Haus Oesterreich verlor auf dem Reichstage mit diesen Bischöfen seine getreueste Fraktion.²⁾ Durch den freisinnigen Bischof von Würzburg und Bamberg, Franz Ludwig von Erthal, wurden Beziehungen zu den protestantischen Höfen von Weimar, Gotha, Dessau, Karlsruhe angeknüpft. Ganz in der Ausdrucksweise der reichsfürstlichen Gegner von Josephs großem Ahnen, Kaiser Karl V., sprach man an diesen Höfen vom Joch, das den Schultern der deutschen Fürsten drohe, von den Fesseln, an denen eifrig geschmiebet werde. In seinem Eifer für die deutsche Libertät, d. h. für die alte Selbstherrlichkeit der Reichsstände, berief sich Herzog Ernst von Gotha sogar auf die amerikanischen Unabhängigkeitskämpfer: ihr Beispiel habe gezeigt, daß Rechte der Menschheit keine Verjährung litten. Schon dachten diese Kleinfürsten zum Schutze gegen den Kaiser an die Aufstellung eines Reichsheeres, dessen Oberbefehl einer aus ihrer Mitte, der neue Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig zu übernehmen haben würde. Nicht bloß den Kaiser, auch Preußen fürchtete man; die preussische Anmaßung, von der man sprach, schien der deutschen Freiheit ebenso gefährlich werden zu können, wie der josephinische Imperialismus. Darum meinte der evangelische Fürstbischof von Osnabrück, der zweite Sohn des englischen Königs, der Fortbestand der Reichsgewalt hänge ganz von dem Gleichgewicht zwischen Oesterreich und Preußen ab. Augenblicklich drohte von Wien die unmittelbare Gefahr. Es kam auf den Versuch an, Preußen dadurch zu binden, auf eine konservative Tendenz festzulegen, daß man diese Macht an einem Bunde zur Aufrechterhaltung der deutschen Libertät beteiligte, dem König von Preußen die Rolle des Beschützers der Reichsverfassung zuschob. In diesem Sinne bemühten sich der Enkel des alten Dessauers, Fürst Leopold Friedrich Franz, und mit ihm der Herzog von Braunschweig, den preussischen Thronfolger und den Minister Herzberg für den Gedanken einer Reichsassociation zu gewinnen.

Hier also hatte die preussische Politik einzusetzen, und bei entschiedenem Zugreifen ließ sich vielleicht schnell etwas erreichen. Aber die eigenen Minister des Königs von Preußen hemmten.

So oft Reichsangelegenheiten in Frage kamen, die seinem vielfach wiederholten Geständnis nach ganz „außerhalb seiner Sphäre“ lagen, ließ ihnen ihr Gebieter für die Verhandlungen wohl oder übel stets sehr weiten Spielraum. Der ältere von ihnen, Graf Findenstein, war vor 35 Jahren zu einer Zeit Minister geworden, als die Berater des jugendlichen Königs es als ihre Aufgabe und Pflicht betrachteten, vielmehr zu hemmen und zu warnen, als zu drängen und Pläne zu schmieden.³⁾ Friedrich schenkte diesem Staatsmanne, dem Freunde, dem Gespielen seiner Knabenjahre, uneingeschränktes Vertrauen; zu Zeiten hat er fast Tag für Tag seine Briefe an ihn gerichtet, um sich über

¹⁾ Eben S. 553.

²⁾ Vgl. Bb. I, 344.

³⁾ Vgl. Bb. I, 543.

die politische Lage und ihre Bedürfnisse mit diesem erfahrenen und einsichtigen, taktvollen und anspruchslosen Vertrauten zu besprechen. Sehr anders geartet war der zweite Minister. Ewald Friedrich v. Herzberg, 11 Jahre jünger als Finkenstein und 13 jünger als Friedrich, suchte vor dem älteren Kollegen, der seiner unruhigen Beweglichkeit und seinem spigfindigen Doktrinarismus mit mißtrauischem Unbehagen gegenüberstand, nicht selten sich vorzudrängen, dem König sich aufzudrängen. Selbstgewiß, gerade heraus, dreist — Junker Plump von Pommerland hat ihn ein fremder Diplomat genannt — hielt er mit seiner Meinung, auch wenn er nicht gefragt war, nicht zurück. Herzberg, schreibt Prinz Karl von Hessen nach seinen Beobachtungen im Breslauer Winterquartier von 1778, 79, „stritt sich immer mit dem König herum,¹⁾ welcher ihn oft tüchtig abführte und zwar in einer sehr derben Weise; er war eigentlich, was man einen Altkennmenschenn nennt, er hatte studiert, war aber kein Politiker“. Andere wollten ihm, dem Verfasser fast aller publizistischen Deduktionen seines Hofes, nur das Verdienst eines guten Archivars zugestehen — als solcher hatte er im Staatsdienst angefangen, wie er sich denn auf seine historischen Kenntnisse und sein allzeit gegenwärtiges Wissen nicht wenig zu gute that. Eine seiner Lieblingsvorstellungen war, daß der Staat nach dem großen Muster von 1772 Erwerbungen ohne Schwertstreich, nur mit den Künsten der Verhandlung, denen er einen übertriebenen Wert beimaß, anstreben müsse; die Kriegserklärungen von 1756 und 1778 hat er stets als zwecklose Uebereilungen betrachtet. Von der Ueberlegenheit seiner politischen Methode und von seiner höheren Einsicht dem alten König gegenüber aufrichtig überzeugt, von seinem untergeordneten Wirkungskreis unbefriedigt, stets geneigt über Zurücksetzung zu klagen, ging Herzberg jetzt an die den Ministern gestellte Aufgabe nur mit dem größten Widerstreben heran.

Was Herzberg im Sinne hatte, waren weitere Erwerbungen in Polen; dazu aber bedurfte es einer Wiederannäherung an die Kaiserhöfe. Von diesem Hintergedanken durften die Einverstandenen im Reiche nichts hören; ihnen gegenüber vertrat Herzberg die Ansicht, daß man nichts überstürzen, daß man nur unter drei Voraussetzungen, nur in einer von drei „Epochen“ Hand ans Werk legen dürfe: beim Ausbruch eines Türkenkrieges, beim Tode des Kurfürsten von Pfalz-Baiern und „noch in einer dritten Epoche“ — gemeint war der Tod des Königs von Preußen, der dem ehrgeizigen und zuversichtlichen Minister endlich einmal freie Hand für seine eigene ungeduldige Politik geben sollte. Herzberg ging so weit, dem Minister des Pfalzgrafen von Zweibrücken vertraulich zu schreiben, da der König plötzlich auf diese Idee gekommen sei, so müsse man ihn wenigstens par manière d'acquit zufriedenstellen. Das blieb sein Lösungswort. So verstrich Monat auf Monat, ohne daß etwas Ernsthaftes geleistet wurde; der König aber schwieg dazu, weil er aus manchen Anzeichen schließen zu dürfen glaubte, daß die Kaiserin von Rußland es nicht zum Bruch mit ihm treiben werde.

Bis dann mit dem Herbst 1784 neue Entwürfe Kaiser Josephs neue Erregung in die politische Welt hineintrugen. Joseph verwand es nicht, bei

¹⁾ Bgl. oben S. 527. 536.

dem letzten, für Rußland so ergiebigen Fischzug seiner Bundesgenossin leer ausgegangen zu sein. So reichte er denn nachträglich seinen Wunschzettel ein. Ein „freier und freiwilliger“ Austausch von Baiern und der Oberpfalz samt dem Erzbistum Salzburg gegen die österreichischen Niederlande, so pries er der Zarin seine „Idee“ an, entspreche auch dem russischen Interesse, weil Oesterreich, der nachbarlichen Berührung mit Frankreich entrückt, mit ganzer Kraft sich dem großen orientalischen Plan werde widmen können. Katharina sprach ihren Beifall aus, wies aber sofort auf die Hindernisse hin, die der Tauschplan sowohl im deutschen Reich wie bei den an seiner Vereitelung interessierten Nachbarn der beiden Kaiserreiche — nur Preußen konnte gemeint sein — finden werde.

Joseph hörte über diese Warnung hinweg. So zuversichtlich war er, daß er seine politische Karre alsbald noch mit einem zweiten Schwergewicht belastete. Im Begriff sich seiner Niederlande zu entäußern, rief er auf belgischem Boden einen Streit mit den holländischen Nachbarn hervor, den letzten Strauß des Hauses Habsburg mit den alten Widersachern Philipps II. Der Westfälische Friede sperrte die Scheldemündung, um Amsterdam und Rotterdam gegen den Wettbewerb Antwerpens zu sichern. Dem Kaiser dünkte es unerträglich, diesen unwürdigen Zustand länger anzuerkennen; er beschloß, die Eröffnung der Schelde mit Gewalt durchzusetzen. In dem zunächst mit der Feder geführten Streit wurden von hüten und drüben bald andere Ansprüche hineingezogen. Es kam dahin, daß am 6. Oktober 1784 das holländische Wachtschiff auf der Schelde einen nach Antwerpen segelnden österreichischen Kauffahrer unter Feuer nahm. Frankreich, mit beiden Theilen im Bundesverhältnis, bemühte sich zu vermitteln. Joseph, der allzu leichtfertig in diese Händel eingetreten war, suchte jetzt nicht ungeschickt den bairischen Tauschplan und den Scheldestreit miteinander zu verknüpfen, indem er Nachgiebigkeit gegen die Holländer hoffen ließ, um Frankreich desto eher für die Verpflanzung der Wittelsbacher nach Belgien zu gewinnen.

Denn das hatte sich sofort herausgestellt, daß Frankreich auch jetzt wie 1778 den Tauschplan scheelen Blickes und mit Unmut betrachtete. Abermals sah man in Versailles nach kurzer Ruhepause die Freundschaft zu Oesterreich auf eine harte Probe gestellt, wie vor einem Jahr in der türkischen Frage und vor einem Jahrzehnt in der polnischen. Abermals führten Minister und Königin, Bergennes und Marie Antoinette, ein Kampf um den schwachen König. Abermals begann der Minister ernstlich mit Preußen zu rechnen. Prinz Heinrich, dessen Anwesenheit in Paris unter dieser Konstellation eine undorhergesehene Bedeutung gewann, sah am Seinestrand die Dinge noch mehr durch die französische Brille, als in seinem Rheinsberg, und glaubte die seit dreißig Jahren heiß von ihm begehrte französische Allianz schon mit Händen greifen zu können. Zu solchem Uebergang aus dem österreichischen in das preussische Lager, wie er vor einem Jahre als letztes Mittel zur Rettung der Türkei ernstlich erwogen worden war, würde sich Frankreich bloß um Baierns willen schwerlich entschlossen haben. Aber so viel setzte Bergennes, von den andern Ministern unterstützt, gegen die Königin durch, daß Ludwig XVI. in einem Schreiben an seinen kaiserlichen Schwager vom 6. Januar 1785 das Schicksal Baierns von einer

Verständigung mit dem König von Preußen abhängig machte, auf die doch nach den Erfahrungen von 1778 nie zu rechnen war.

König Friedrich, über die weiteren Pläne der beiden Kaiserhöfe nach dem Vertrag von Ainali-Kawal im unklaren, betrachtete im Herbst 1784 die europäische Lage als ein „Chaos“. Aber nicht den Preußen liege es ob, diese Rebel zu zerteilen — er mochte an seine Initiative von 1740 oder 1756 denken — sondern vermutlich werde ein Angriff der Kaiserhöfe gegen die Türken oder eine Kriegserklärung des Kaisers gegen die Holländer den andern Mächten das Signal zur Sammlung geben. Nach Eingang der alarmierenden Nachrichten aus den Niederlanden ließ er endlich der stockenden Verhandlung wegen eines Fürstenbundes einen neuen Antrieb; eigenhändig entwarf er am 24. Oktober das „Projekt einer Ligue zwischen den Fürsten Deutschlands, nach dem Modell der schmalkaldischen nachgezeichnet“, eine Richtschnur für Herzberg zur Ausarbeitung der Bundesurkunde. Und als wenige Tage darauf aus Zweibrücken die Nachricht von neuen Versuchungen kam, durch die der Pfalzgraf für den bairischen Tausch gewonnen werden sollte, rief er seinen Ministern ein ungeduldiges „Du feu! du feu! Messieurs!“ zu: „Da sehen Sie deutlich, womit ich mich vor Ihnen zu Tode rede, daß der Kaiser mit seiner Aktivität zuletzt den Sieg über unsere Inbolenz davontragen wird.“

Noch einmal wagten die Minister zu hemmen. Sie warnten vor einer offenen Schilberhebung in einem Augenblicke, da der Kaiser, wie sein schroffes Auftreten gegen die Generalstaaten schließen lasse, des Beistandes von Rußland und Frankreich sicher zu sein scheine. Der König lud sich Herzberg für ein paar Tage nach Potsdam ein, das Für und Wider mit ihm zu besprechen. Herzbergs Gegengründe scheinen nicht ohne Eindruck geblieben zu sein; jedenfalls stand das Werk in den nächsten Wochen von neuem still.

Erst vierzehn Tage nach Neujahr 1785 veränderte sich die Scene. Aus Zweibrücken kam eine neue Warnung, ein Ruf um Hilfe in dräuender, ganz naher Gefahr. Der Vertreter der Zarin am deutschen Reichstag, Rumianzow, war in Zweibrücken erschienen und hatte von dem Pfalzgrafen Karl stürmisch, gebieterisch die Zustimmung gefordert zu dem Austausch von Baiern gegen Belgien, über den der Kaiser und der bairische Kurfürst im Einverständnis mit Frankreich und Rußland sich geeinigt hätten. Der Pfalzgraf hatte sich geweigert. Jetzt wurden doch auch Findenstein und Herzberg besorgt. Durch diesen Tausch, erklärten sie dem König, werde der Kaiser sich in den Stand setzen, das Elsaß und sein Stammland Lothringen zurückzuerobern und dann ganz Deutschland zu unterjochen.

Der Ruhigere war in diesem Augenblick der König. Er wollte noch nicht glauben, daß Frankreich sich gebunden haben sollte, und sein Zweifel war, wie wir gesehen haben, begründet. Auch beteuerte der französische Gesandte Esterno dem Grafen Findenstein, man habe die Sache fallen lassen.

Aber Anfang Februar meldeten die Zeitungen den bairisch-belgischen Tausch als feste und fertige Thatsache und ließen nur die Frage offen, ob das neue mittelbadiſche Königreich in den Niederlanden Belgien, Burgund oder Auſtraſſien heißen würde; Frankreich sollte für sein Jawort mit der Erwerbung von Luxemburg und Namur an dem Geschäft beteiligt sein.

Friedrichs Briefe seit dem 8. Februar zeigen uns seine Erregung von Tag zu Tag im Wachsen. „Nach allem, was Sie mir über Ihre Unterredung mit Herrn Eterno gemeldet haben,“ schreibt er am 10. eigenhändig an Finkenstein, „beginne ich Verdacht zu schöpfen gegen Frankreich selbst. . . Es könnte sehr wohl sein, daß der Cäsar Joseph seinen Schwager durch diesen Köder (Luzemburg) hat bestechen wollen, ich weiß sogar durch ähnliche Gerüchte, daß man sich auch den Spaß gemacht hat, uns ich weiß nicht welchen Anteil zu bestimmen, und der phlegmatische Ton, in dem Herr Eterno Sie über diese Absichten des verteuflerten Joseph unterhalten hat, läßt mich glauben, daß Frankreich in diesem für seine Ehre entscheidenden Augenblicke es an Energie fehlen lassen wird und schließlich wohl Nasenbluten bekommen könnte. O Götter, mit was für einem infamen Zeug haben wir es zu thun! Und wie werden wir, umgeben von feigen und feilen Canaillen, für uns allein die deutsche Verfassung aufrecht erhalten und uns der zügellosen Räuberei dieses verfluchten Wiener Tyrannen widersetzen können? Ich gestehe Ihnen, daß mich alles das aus den Angeln hebt, denn in einer so allgemeinen Verwirrung wie dieser gibt es nicht einmal für Konjekturen hinreichende Anhaltspunkte.“ Und dem Prinzen Heinrich bekannte er drei Tage später, daß sein Greisenthum sehr schlecht zu diesen fortwährenden Treibereien passe, mit denen der turbulente Joseph auf die politische Lage von Europa drücke: „Schon mehr als zur Hälfte jenseits dieser Welt, muß ich Klugheit und Thätigkeit verdoppeln und unausgesetzt die verhassten Projekte im Kopfe haben, die dieser verfluchte Joseph mit jedem neuen Tage neu erzeugt. Ich bin also dazu verurtheilt, einige Ruhe nicht eher zu genießen, als bis ein wenig Erde meine Gebeine decken wird.“

Die nächsten Tage brachten ihm zwar nicht die Ruhe, aber eine starke Beruhigung. Aus Paris wurde ihm in bestimmtester Weise die Erklärung gegeben, daß der Kaiser, wie er es am 18. Januar in seiner Antwort auf jenen Brief Ludwigs XVI. vom 6. in der That gethan hat, auf das Tauschgeschäft verzichte. Er preise den Himmel von Grund seiner Seele, schrieb Friedrich am 21. Februar an Finkenstein, daß dieser Plan zu nichte geworden sei; denn so sei man einem Kriege gegen die beiden Kaiserhöfe entgangen, in welchem es schwer gehalten haben würde, Baiern den Oesterreichern wieder abzunehmen.

Zugleich aber glaubte er, nicht mit Unrecht, annehmen zu dürfen, daß der Plan des Kaisers nur bis zu günstigerer Stunde zurückgelegt, nur aufgeschoben, nicht aufgehoben sei. Aufgeschoben bis zum Tode des Kurfürsten von Baiern, des „unwürdigen Theodor“, oder vielleicht nur bis zu seinem, des Königs von Preußen, nahen Tode. Und deshalb mußten die Verhandlungen mit den deutschen Fürsten fortgesetzt werden.

Am 23. Juli 1785 wurde zu Berlin mit den Vertretern der Höfe von Dresden und Hannover die Urkunde des Fürstenbundes unterzeichnet, zu dem Zwecke, allen Reichsständen, auch den geistlichen, den Besitz ihrer Lande und ihrer Gerechtsame zu sichern. Sonderartikel gaben dem Abkommen den Charakter der alten Kurvereine, indem sich die drei Kurfürsten von Brandenburg, Sachsen und Hannover versprachen, in allen kurfürstlichen Angelegenheiten, wie bei der Wahl eines römischen Königs, Festsetzung der Wahlkapitulation und Errichtung

einer neuen Kur, im Einvernehmen zu handeln. Ein „geheimster“ Artikel verpflichtete die drei Höfe, sich Versuchen zu Austausch oder Wegnahme von Reichsländern mit bewaffneter Hand zu widersetzen.

Durch den Beitritt des Erzbischofs von Mainz, der aber den geheimsten Artikel nicht unterschrieb, gewann der Fürstenbund die Hälfte der Stimmen im Kurfürsterrat. Von anderen Reichsständen haben sich dem Hauptvertrage angeschlossen der an dem Ausgangspunkt der Verhandlungen unmittelbar beteiligte Pfalzgraf von Zweibrücken, der Landgraf von Hessen-Kassel, die Ernestiner von Gotha und Weimar und die mecklenburgischen Herzöge von Schwerin und Strelitz, die Markgrafen von Ansbach und von Baden, die anhaltischen Fürsten von Bernburg, Dessau und Köthen, endlich der evangelische Bischof von Osnabrück.

Das Ergebnis des deutschen Fürstenbundes von 1785 war nicht die abermalige Rettung der territorialen Selbständigkeit Baierns, denn Baiern war schon in dem Augenblick gerettet gewesen, als Frankreich seine Zustimmung zu dem Tauschplan Josephs II. von der Entscheidung des Königs von Preußen abhängig machte. Das vornehmste Ergebnis des Fürstenbundes war ein moralischer Gewinn für Preußen, eine mächtige Steigerung des preußischen Ansehens im deutschen Reiche und in Europa, auf der dunkeln Folie einer großen politischen Niederlage des Kaisers. Friedrich durfte nicht ohne Grund sein Erstaunen darüber äußern, mit welcher Leichtigkeit der Kaiser ungeheure Pläne entwerfe, um sie bei der geringsten Schwierigkeit fallen zu lassen. Joseph machte in einem Briefe an seine russische Bundesgenossin seinem Aegerer mit den Worten Luft, daß man auf Grund absurder Fabeln so viel Dumme zusammenzubringen gewußt habe, um einen sogenannten Bund für die deutsche Freiheit bilden zu können. Und Katharina konnte in ihrer Antwort ihm nur den kahlen guten Rat geben, diesen Bund, nachdem es ihnen nicht geglückt sei, ihn im Werden zu ersticken, mit voller Gleichgültigkeit zu behandeln, ohne Gerechtigkeit durchblicken zu lassen.

Die Niederlage des Kaisers war um so empfindlicher, als er, von den Bestrebungen Preußens unterrichtet, durch ein Rundschreiben an die kaiserlichen Gesandtschaften im Reich die Reichsstände aufgefordert hatte, zur Aufrechterhaltung der Reichsverfassung mit ihm, dem Reichsoberhaupte „eine förmliche und feierliche Verbindung“ einzugehen. Einen derartigen Bund im Reich hatte das Hans Nesterreich ehemals in der Association der vorderen Reichskreise von 1697 und 1702 und in dem schwäbischen Bunde der Zeiten Maximilians I., hatte das wittelsbachische Kaisertum Karls VII. in der Frankfurter Union von 1744 zur Verfügung gehabt; ein Bund im Reiche, der seine Spitze gegen den Kaiser gerichtet hätte, war seit dem Rheinbund von 1658 nicht erlebt worden. König Friedrich hat 1785 für seinen Fürstenbund ohne und gegen den Kaiser weit mehr Teilnehmer gefunden, als 1744 für jene Union unter Vortritt und zum Schutze des Kaisers. Was aber diesen neuen Fürstenbund von seinen Vorgängern wesentlich unterschied, war auf der einen Seite das Fehlen jeder kon-

fessionellen Tendenz, wie sie vom schmalkaldischen Bunde an bis zu den Unionsbestrebungen von 1757¹⁾ sich immer wieder geregt hatte, und sodann der innerdeutsche Charakter dieser Vereinigung: sie war nicht das Werk, Organ oder Anhängsel einer auswärtigen Macht, wie der Rheinbund Mazarins, wie der Heilbronner Bund Ogenstiernas im Dreißigjährigen Kriege oder wie bis zu gewissem Grade auch die Union der deutschen Protestanten von 1609 und der Fürstenbund von 1552 gegen den Sieger von Mühlberg.

Herzberg, der auch hierin seine besondere Meinung vertrat, hätte gern dem Bunde durch Heranziehung Hollands und Englands eine breitere Grundlage, das europäische Rückgrat gegeben. Aber der König wußte sehr wohl, weshalb er auf diese Erweiterung verzichtete. Mit eiserner Beharrlichkeit hielt er sich von jeder Einmischung in die inneren Wirren des niederländischen Freistaates fern; so wenig wie er einst seiner Schwester in Schweden gegen die Oppositionspartei Unterstützung gewährt hatte,²⁾ so wenig durfte im Haag seine Nichte, die Gemahlin des oranischen Erbstatthalters, preussischen Beistand erwarten. Er erzielte durch diese Zurückhaltung den großen Vorteil, daß nun zwar keine der europäischen Großmächte mit ihm verbündet war, daß aber die zwei großen Westmächte, mit einander auch nach ihrem letzten Friedensschlusse noch gespannt, beide Preußens Werke, dem Fürstenbund, wohlwollend zur Seite standen und gleichsam eine Reserve für ihn bildeten. Wie England aus den besonderen dynastischen Rücksichten seines Nebenlandes Hannover, so hieß Frankreich den Fürstenbund gut nach allen Ueberlieferungen seiner an der Erhaltung der reichsfürstlichen Libertät interessierten Politik. In früheren Zeiten, zumal vor und nach dem Dresdener Frieden von 1745, war es Friedrichs Bestreben gewesen, mit England und mit Frankreich womöglich gleich gut zu stehen: war 1756 seine Staatskunst an dem Versuch, die mittlere Linie zwischen beiden zu gewinnen, gescheitert, so hatte er jetzt mit größerem Glücke operiert. Aus dem gefahrvollen Zustande der politischen Vereinsamung, in welchem er sich nach der Lösung seiner Beziehungen zu Rußland sah, hatte er sich mit sicherer Hand einen Ausweg geöffnet. Er nahm jetzt an der Spitze des Fürstenbundes eine Stellung ein, in der er für die konservativen und defensiven Zwecke dieser Vereinigung, die Erhaltung der Verfassung und der Besitzverhältnisse im Reiche, auf die Unterstützung sowohl von Frankreich wie von England rechnen durfte, während Rußland und Oesterreich in den nächsten Jahren immer mehr an Geltung in Europa verloren, je tiefer sich beide in die orientalischen Wirren verstrickten.

In dieser seiner konservativen und defensiven Tendenz lag die Stärke und die Schwäche des Fürstenbundes. Indem der Bund die politische Lage des Augenblickes beherrschte, war er doch seinem Wesen nach unfähig, dem Bedürfnisse der nationalen Zukunft zu genügen. Das Heil für Deutschland konnte nur von einer Reform, einer Umwälzung, einer Neuschöpfung kommen. Das wußte im Grunde niemand besser als das Haupt dieses auf den Grundsatz der

¹⁾ Oben S. 87.

²⁾ Oben S. 46.

Erhaltung gestifteten Bundes, als der König von Preußen, der vordem die Frage aufgeworfen hatte, wie lange wohl dieses „bizarre und überlebte“ Gebilde, das man deutsches Reich nannte, noch zusammenhalten werde, und der als junger Fürst einen Augenblick daran gedacht hatte, das Reich „von Grund aus umzukehren“.¹⁾ Nun hätte eine lebensfähige Neuschöpfung vor allem Stärkung der Zentralgewalt erfordert. Der imperialistische Ehrgeiz des damaligen Reichsoberhauptes, durch die neuen dynastisch-territorialen Bestrebungen des Hauses Oesterreich getragen, erstrebte solche Stärkung ebenso entschieden, wie ihr das Selbstgefühl und der Selbsterhaltungstrieb der jungen preussischen Großmacht entgegenarbeiteten. Preußen wollte seine Macht dem österreichischen Imperialismus noch weniger unterordnen, als die anderen deutschen Fürsten ihre Ohnmacht: so schworen alle auf das Prinzip der Erhaltung des Alten. Nur in diesem rein negativen Programm waren Preußen und seine deutschen Verbündeten von 1785 einig.

Schon damals ist im eigenen Lager, von preussischen Männern, die nur das spezifisch preussische Interesse gelten lassen wollten, die Frage aufgeworfen worden, ob es eine des Königs von Preußen würdige Rolle sei, Ueberlebtes künstlich zu erhalten: das unförmliche Gebäude des deutschen Reiches mit seiner geistlichen und weltlichen Kleinstaaterei, seinen verkümmerten Reichsstädten, der langsamem und parteiischen Rechtspflege seiner Reichsgerichte, dem nichtigen und lächerlichen Gezänk seines Reichstags? Ob der König durch den neuen Titel eines Beschützers deutscher Freiheit sich nicht lediglich Fesseln angelegt habe, in dem Verzicht auf die seinem Staate so nötige Ausrundung und Vergrößerung? Ob die Staatsklugheit nicht vielmehr gebieten würde, nach dem von dem Kaiser auf Kosten der deutschen Nachbarn gegebenen Beispiel zu gelegener Zeit Gleiches zu eigenem Vorteil zu versuchen? König Friedrich hatte noch jüngst seine nunmehrigen Verbündeten mit Machiavell als *principi di Germania bisognosi di scudi* verspottet, hatte in früheren Zeiten eine Verächtigung der Karte von Deutschland durch Ländertausch und die durch den Fürstenbund ausdrücklich perhorrescierte Säkularisation geistlicher Staaten wiederholt in den Bereich seiner politischen Kombinationen gezogen;²⁾ jetzt wies er, wie schon 1778,³⁾ den Gedanken, mit Oesterreich halbpart zu machen, weit von sich. Wir wissen, daß Kaunitz bei dem Kaiser eine unmittelbare Verständigung mit Preußen über die bairische Frage angeregt hat: als ein Gerücht von solchem Vorhaben nach Berlin drang, erklärte Friedrich seinen Ministern, daß er keinen Anerbietungen oder Insinuationen sein Ohr leihen, nicht aus schwächlicher Gewinnsucht bei den destruktiven Plänen des Kaisers gegen die Reichsverfassung mitwirken werde.

Auf die Dauer ist dieser Standpunkt nicht festgehalten worden. Preußen betrat an Oesterreichs Seite die Bahn, die es dem Kaiser aus dem Hause Oesterreich 1785 versperrt hatte. Im Reichsdeputationshauptschluß von 1803 haben beide Staaten mit anderen weltlichen Reichsständen über die geistlichen

¹⁾ Vgl. Bd. I, 204. 212.

²⁾ Vgl. Bd. I, 201.

³⁾ Eben S. 526.

Fürstentümer und über die Reichsunmittelbarkeit so vieler Grafen, Ritter und Städte das Los geworfen. Und als es zwei Menschenalter später zwischen den beiden Großmächten zu dem entscheidenden Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland kam, hat dieser Kampf neue Opfer aus der Zahl der deutschen Souveränitäten gefordert.

Von dem Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland, dem Kampf zur Verdrängung Oesterreichs aus Deutschland, war also Preußen in der Epoche des deutschen Fürstenbundes noch weit entfernt. Nur das Gleichgewicht zwischen seiner neuen Schöpfung und der alten österreichischen Macht wollte Friedrich der Große behaupten, das Gleichgewicht, das er durch die Eroberung von Schlessen hergestellt hatte und das Kaiser Joseph durch die Erwerbung von Baiern wieder aufgehoben haben würde.

Dieses beschränkte Ziel wurde durch die Politik von 1785 voll erreicht. Der unbestreitbare diplomatische Sieg Preußens, dieser neue Erfolg nach dem von 1779 und nach so vielen früheren, hinter dem Geschlecht von 1785 bereits im historischen Halbdunkel zurückliegenden Meisterstücken des alten Helden, wirkte in der Gloriole einer nationalen That auf die Gemüter schier berückend. Sein „Uebergewicht in allem“, um Goethes Ausdruck zu wiederholen, war aufs neue erhärtet; „auf seiner Kraft ruhend“ blieb Friedrich dem nachwachsenden Geschlechte nach dem Goetheschen Bilde „der Polarstern, um den sich Deutschland, Europa, ja die Welt zu drehen schien“.

Fünfter Abschnitt.

Ausgang und Ergebnisse.

König Friedrich hat seine Herrscherthätigkeit von ihren ersten Anfängen an bis nahe an den Ausgang mit einem historischen Rechenschaftsbericht begleitet.

Nach dem Breslauer Frieden von 1742 entstand ein in dieser ältesten Fassung bis auf wenige Bruchstücke verloren gegangener Versuch über den ersten Krieg. Nach dem Dresdener Frieden behandelte Friedrich die Vorgeschichte und den Verlauf des zweiten Krieges, arbeitete die Darstellung des ersten um, stellte beiden Arbeiten einen Abriß der brandenburgisch-preussischen Geschichte voran und gab dem Ganzen den gemeinsamen Titel „Histoire de Brandebourg“, Teil 1 bis 3. Dem Jahr 1753 angehörige Vorbereitungen für eine Fortsetzung von 1746 ab führten zu keinem Ergebnis. Nach dem Hubertusburger Frieden schrieb Friedrich auf Grund der schon beim Schluß der einzelnen Feldzüge zusammengestellten Jahresübersichten die Geschichte des Siebenjährigen Krieges, mit einer gebrängten Einleitung über die zehn vorangegangenen Friedensjahre. Die Erwerbung von Westpreußen gab ihm 1775 Anlaß zur Darstellung der Ereignisse seit 1763, und einmal bei der Arbeit entschloß er sich jetzt zu einer vollständigen Umformung der Geschichte der beiden ersten Kriege; für die ganze Reihe seiner historischen Denkwürdigkeiten seit 1740 wählte er jetzt den Titel *Histoire de mon temps*. Unmittelbar nach dem Teschener Frieden schrieb er dann die Geschichte seines letzten Krieges, stellte die Verbindung mit dem Früheren durch eine Uebersicht über die Vorgänge von 1775 bis 1778 her und gab den Memoiren über die Zeit nach 1763 von 1775 eine neue Gestalt. Und endlich brachte er im Herbst 1784 Bemerkungen „Ueber die Politik“ zu Papier, die als Skizze für eine weitere Fortsetzung der *Histoire de mon temps* betrachtet werden dürfen.

Nur seine Darstellung der älteren Geschichte des Staates hat der Verfasser alsbald nach ihrer Niederschrift als *Mémoires pour servir à l'histoire de la maison de Brandebourg* „zum Nutzen unserer Jugend“ der Öffentlichkeit übergeben. Und auch sie nur bis zum Tode des ersten Königs, seines von ihm so überaus scharf beurteilten Großvaters. Die Geschichte seiner eigenen

Zeit bestimmte er nur für seine Nachfolger auf dem preussischen Throne. Sie ist ihrem Zweck und ihrem Inhalt nach von Friedrichs beiden politischen Testamenten von 1752 und 1768 nicht spezifisch unterschieden; ausdrücklich sagt er im Juli 1752, mit der Ausarbeitung des ersten dieser Testamente beschäftigt, dieses Werk werde seiner Natur nach zu demselben Schicksal, zu ewiger Verborgenheit verurtheilt sein wie seine älteren Geschwister, d. h. wie die Memoiren zur Zeitgeschichte.

Gleichwohl ist dann unmittelbar nach des Verfassers Tod auf Betreiben des Ministers Herzberg die Veröffentlichung der *Histoire de mon temps* durch den Nachfolger gestattet worden zu einer Zeit, wo Preußen, ohne Bündnis mit einer europäischen Macht, aber an der Spitze des Fürstentums in achtunggebietender Stellung, auf keinen der großen Nachbarn besondere Rücksichten zu nehmen brauchte. Immerhin ergab sich damals die Notwendigkeit zu einigen in der späteren Ausgabe ergänzten Auslassungen aus Rücksicht auf noch lebende Persönlichkeiten, vor allem auf den Nachfolger selber.

Die 1788 und 1789 erschienene, noch keineswegs vollständige Sammlung des litterarischen Nachlasses, der *Oeuvres de Frédéric II.*, zählte 25 Bände; mit Recht wurde gesagt, daß hier von einem Manne der That die Fruchtbarkeit der schreibseligsten Schriftsteller erreicht oder übertroffen worden sei.

Eine Erscheinung, die als ein Räthsel dastehen würde, hätte nicht Friedrich selber uns die Lösung gegeben: „Sobald ich ein paar Augenblicke übrig habe,“ schreibt er einmal, „ergreift mich der Schreibkitzel; ich kann diesem leichtsinnigen Vergnügen nicht widerstehen, das unterhält mich, zerstreut mich und macht mich für später, zu der Arbeit, die auf mir liegt, geeigneter.“

Wir haben einen Einblick gewonnen in die harte Arbeit, die ein langes Leben hindurch und Tag für Tag ununterbrochen in Kriege und Frieden, in Diplomatie, Landesverwaltung und Staatswirtschaft, im Rabinett und auf dem Erzerziersitze von diesem Einzigen geleistet worden ist. Wir bewundern eine Schaffenskraft, der die Anspannung ein stetes Bedürfnis ist, der ein Wechsel der Anspannung bereits Erholung bedeutet und verschafft, die keine andere Erholung begehrt, als neben der Königsarbeit die Thätigkeit des Schriftstellers, welche sie als wirkliche Arbeit nicht gelten läßt.

Für die Beurteilung des Schriftstellers Friedrich und zumal auch des Historikers Friedrich ist damit der allein zulässige Standpunkt gewonnen.

Mit dem doppelten Hinweis auf die Dienste, die ihm seine Poeterei für sein persönliches Wohlbehagen leiste, und auf die Selbstbescheidung, mit der sie sich vor der Öffentlichkeit verberge, hat Friedrich selber sie immer entschuldigt. Er scherzt, daß er, der *vieux rimailleur tudesque*, als guter Poet höchstens in Rußland gelten wird; er bekennt, daß jeder, der nicht französisch wie Racine schreiben kann, die Feder lieber aus der Hand legen soll, daß er selbst nur mittelmäßige Verse gemacht hat und daß unter Versen die mittelmäßigen und die schlechten gleich viel wert seien. Aber er bekennt zugleich, daß er sich eines ihm zur Gewohnheit gewordenen Vergnügens schwerlich berauben würde, daß diese Beschäftigung, wenigstens solange sie dauert, ihn glücklich macht; sie

hat ihm in schwerster Seelennot Ablenkung gegeben,¹⁾ sie zerstreut ihn auch, wenn die Sicht ihn plagt.

Andererseits haben die Schwierigkeiten, die der Kampf mit einer fremden Sprache bereitete, den Schriftsteller nicht abgeschreckt, diesen Kampf immer von neuem aufzunehmen. So ist er auch an die Neugestaltung älterer Abschnitte seiner historischen Denkwürdigkeiten wesentlich unter dem formalen Gesichtspunkte herangegangen. „Ich lese meine Kleinen,“ schreibt er 1775 bei Umarbeitung der Anfänge, „ich versuche sie zu glätten, ein Unterschied von dreißig Jahren macht es schwieriger, sich selbst zu genügen, und obgleich dieses Werk bestimmt ist, für immer in einem staubigen Archiv vergraben zu bleiben, will ich doch nicht, daß es schlecht geschrieben sein soll.“ Zu groß war die Ehrfurcht, mit der er zu der Muse der Geschichte aufschaute, als daß er gewagt hätte, im Alltagskleide in ihr Heiligtum zu treten. Unübertrefflich schön hat er den unmittelbaren und persönlichen Gewinn gepriesen, den das Geschichtsstudium bietet: „In die Zeiten eindringen, die uns vorangegangen sind, die ganze Welt mit der vollen Anspannung unseres Geistes umfassen, das heißt wahrlich Eroberungen gegen die Unwissenheit und gegen den Irrtum machen; das heißt in allen Jahrhunderten gelebt haben und thatsächlich Bürger aller Orte und aller Länder werden.“ Nicht minder hoch aber stellte er den erzieherischen Wert der Geschichte, auf den er ihre Lehrer immer wieder hingewiesen hat,²⁾ etwa in dem Sinne, in welchem Goethe das Beste an der Geschichte den Enthusiasmus genannt hat, den sie erwecke. Er hatte weiter eine sehr starke Anregung erhalten durch die neue Richtung in der Geschichtsschreibung, die von Voltaire entwickelt, von Voltaire praktisch angewandten Grundsätze: daß Geschichte und Leben in Verbindung zu bringen seien; daß der Historiker auch die Geschichte des menschlichen Geistes und die Entwicklung des Kulturlebens in den Bereich seiner Betrachtung zu ziehen habe; daß ein Geschichtswerk nicht eine tote Notizenammlung sein dürfe, sich nicht bloß an die Gelehrten, sondern an alle Gebildeten wenden solle; daß die Geschichtsschreibung eine Kunstform entwickeln müsse. Je ungenügender ihm auch auf diesem Gebiet die bisherigen Leistungen der Deutschen schienen, je weniger ihm ihr von Lessing ganz in Uebereinstimmung mit Friedrich gerügter „Mangel an Geschicklichkeit, dem Stoffe eine Gestalt zu erteilen“ entging, um so mehr strebte er an seinem Teile nach geistiger Durchdringung des Stoffes, nach Uebersichtlichkeit der Anordnung und klarem und gefälligen Ausdruck, nach Leben und Anschaulichkeit der Darstellung. Das Reizmittel kleiner prickelnder Einzelzüge aber wollte er nur so weit angewendet wissen, als solche Zugaben wirklich charakteristisch seien für die Sinnesart der Fürsten und ihrer Höfe; an den Memoiren seines Höflings Pölnitz mißfiel ihm, daß sie mit Kleinigkeiten überladen seien. Wenn es bis auf den heutigen Tag ein Fehler vieler Historiker geblieben ist, daß sie über der Kritik des Nichtigten die Kritik des Wichtigen vergessen, so hielt Friedrich auch als Geschichtsschreiber stets den Blick auf das Ganze gerichtet. Er wolle nicht die Geschichte der

¹⁾ Oben S. 120. 281.

²⁾ Vgl. oben S. 594. 595.

Sufaren schreiben, sagte er einmal, sondern die Geschichte der Eroberung Schlesiens. Aber er blieb auch die Antwort nicht schuldig, als Voltaire 1747 das „schreckliche und langweilige Detail“ der Tagebücher über Belagerungen, Märsche, Kontermärsche, Tranchéen als den Unterhaltungsstoff verabschiedeter Majore und Oberstleutnants ins Lächerliche zog und die Bemerkung daran knüpfte, der Krieg müsse wohl an sich eine sehr häßliche Sache sein, weil seine Details so langweilig seien. Man müsse, erwiderte Friedrich, den Stoff unterscheiden von dem Ungeschick der Bearbeiter.

Nach dem Erscheinen der *Histoire de mon temps* hatte Schiller an der Darstellung die „Voltaireische Manier“ auszusetzen, die mit einem witzigen Einfall über erhebliche Details hinwegglitschte, und fand die Auffassung „doch nur individuell“. Freund Körner lobte in einem Brief an Schiller, nach mancherlei Tadel, „die wirklich schöne Art“, in der Friedrich von sich erzähle: „in dem Ton des wahrhaft großen Mannes, mit der Unparteilichkeit eines Fremden, ohne Anmaßung und ohne affektierte Bescheidenheit“. Unter den Mitstreitern aus den beiden letzten Kriegen — Zeitgenossen der beiden ersten lebten nicht mehr — glaubten viele, Prinz Heinrich an ihrer Spitze, ihre eigenen Verdienste von dem königlichen Verfasser verkannt oder verdunkelt und stellten selbst oder durch andere, offen oder im stillen, ihre Gegenrechnung auf, zumeist mit mehr Zuversichtlichkeit als Berechtigung.

Seitdem sind die ursprünglichsten Urkunden der Lebensgeschichte Friedrichs des Großen an das Licht getreten, die sein Tagewerk Schritt für Schritt begleitenden diplomatischen Weisungen, militärischen Befehle und administrativen Verfügungen, wie sie in ungeahnter Zahl aus seinem Kabinet und zum großen Teil unmittelbar aus seiner eigenen Feder hervorgegangen sind; dazu die Fülle seiner Privatbriefe. Die Kenntnis seiner Geschichte schöpfen wir also heute nicht mehr aus seinen Memoiren, sondern aus jenen Urkunden. Gleichwohl sind in neuester Zeit Friedrichs historische Schriften eifriger benutzt worden als je, aber freilich zumeist als *corpus vile* für den Societisch der historischen Seminare unserer Universitäten. „Anders lesen die Knaben, anders Grotius den Terenz“: wer eine Arbeit wie die *Histoire de mon temps* vorzugsweise auf ihre Versehen ansieht, wird der Bedeutung des Werkes und dem Genius des Verfassers freilich nicht gerecht werden und vermutlich als wesentlichsten Gewinn das erhebende Bewußtsein mitnehmen, an Genauigkeit, die für den zünftigen Geschichtsforscher Pflicht und löblich ist, dem großen Staatsmann und Feldherrn, der solcher Arbeit ein paar Ruhestunden opfert, überlegen zu sein. Friedrich selber würde fragen: „Kann Er lesen?“¹⁾

Seine Geschichtserzählung ist beeinträchtigt worden durch eine souveräne Nachlässigkeit in Behandlung der Zahlen und Daten; durch das schlechte Gedächtnis des Verfassers, das seiner Umgebung auffiel und über das er sich selbst beklagt hat; durch gewisse Mängel seiner Unterlagen, denn der Verfasser hielt sich unter anderem an seine Bulletins vom Kriegsschauplatz, die nicht ohne Berechnung geschrieben waren, und an die Berichte seiner Gesandten, die sich

¹⁾ „Friedrich der Große als Kronprinz“ S. 126 (2. Aufl. S. 129).

nicht immer zureichend unterrichtet hatten; weiter durch die fast unglaubliche Schnelligkeit des Arbeitens, ohne die er sein Tagespensum und sein Lebenswerk nie hätte leisten können. Friedrich hat endlich keineswegs ohne Haß und ohne Vorliebe geschrieben, und wie wäre dies überhaupt denkbar in einer zwischen den Kriegen, ja im ersten Entwurf zwischen den Schlachten, entstandenen Darstellung? Ueberall spürt man den Nachklang großer und schwerer Zeit; der Tiefdruck der Atmosphäre hält an, der Sturm hat sich für den Augenblick gelegt, ist aber noch nicht abgezogen. Durch Ironie wird die Leidenschaft zwar eingedämmt und gleichsam verdünnt, der Ton aber wiederum verschärft. Einem Grajen Brühl zeigt der Verfasser auf dem Papier ganz denselben Haß, mit dem er im Kriege die Brühlschen Besigungen hatte verheeren lassen. Ihr Leben und ihre Bewegung, ihre Anschaulichkeit und packende Wirkung verdankt seine Darstellung gerade dieser ihrer Subjektivität.

Friedrich hat die Dinge dargestellt nicht überall so, wie sie objektiv gewesen sind, aber so, wie sie lebendig ihm vor Augen standen. An seiner inneren Wahrhaftigkeit, seiner Beteuerung, daß er die wahre Geschichte schreiben wolle, wird nicht gezweifelt werden dürfen. Und vieles kam ihm zu statten, um ihn andere Memoirenschriftsteller in dieser Hinsicht schlagen zu lassen. Er hatte keine Rücksichten auf Lebende zu nehmen. Er beabsichtigte anders als Cäsar, nicht eine Wirkung auf die Lage des Augenblickes, die Meinung des Tages, die politischen Gegensätze auszuüben. Er konnte, was für Cäsar oder auch für Napoleon unmöglich gewesen wäre, seine Fehler als Feldherr und als Staatsmann eingestehen, und hat es gethan. Vor allem aber: seine Rechenhaftigkeit über die Beweggründe seines Handelns in den entscheidenden Augenblicken, an den großen Wendepunkten seines Lebens hat sich doch schließlich als zuverlässig erwiesen. Er hat nicht verschweigen wollen, daß an seiner ersten Unternehmung der Ehrgeiz seinen Anteil gehabt hat; er hat sich über den Unwert der preussischen Rechtsansprüche auf Pomerellen deutlich genug geäußert;¹⁾ er hat sein Vorgehen bei der Teilung Polens mit einer Offenheit besprochen, die einer unserer hervorragendsten Geschichtsforscher erschreckend genannt hat; je mehr der urkundlichen Zeugnisse über diese Verhandlung an das Licht getreten, um so mehr sind Friedrichs Mitteilungen bestätigt worden. Und für die Vorgeschichte des Siebenjährigen Krieges hat sich seine Darstellung alten und neuen Angriffen gegenüber sieghaft behauptet.

Friedrichs Wahrhaftigkeit hat sich nun auch darin gezeigt, daß er die Dinge beim rechten Namen zu nennen den Mut gewann, ohne sich den Selbsttäuschungen hinzugeben, die den Verfasser des Antimachiavell noch bis zu einem gewissen Grade gefangen gehalten hatten. Er hatte die Welt und sich selbst kennen gelernt. Er nennt es nur zu richtig ein durch die Erfahrung aller Zeiten festgestelltes und erhärtetes Prinzip, daß in Sachen der Politik nicht immer eine genaue Gerechtigkeit, sondern sehr oft die Konvenienz den Vorzug im Räte führt und die Handlungen der Fürsten bestimmt, und deshalb hatte er sehr bald dem einst von ihm so scharf angegriffenen Machiavell eine Ehren-

¹⁾ Vgl. oben S. 478.

erklärung gegeben.¹⁾ Nicht Friedrich hat die Aera der Konvenienzpolitik heraufgeführt, wie von seinen Gegnern, ganz unhistorisch, wohl behauptet worden ist. Von dem „sublimen Recht der Konvenienz“ sprach man schon vor seinem Regierungsantritt, und unendlich viel älter als der Sprachgebrauch ist die Sache. Die Konvenienzpolitik mit ihrem Bestreben, das Staatsgebiet zusammenzuballen und abzurunden, abseitsgelegene Besitztümer, Vorlande, Außenposten abzustossen und gegen Enklaven, Bindeglieder, Füllstücke umzutauschen, starke Grenzen, natürliche Grenzen zu gewinnen, was ist sie anderes gewesen als die gesunde Reaktion gegen die territorialen Ergebnisse des feudalen Staats- und Fürstenrechts, das in Uebertragung rein privatrechtlicher Anschauungen auf das öffentliche Leben Land und Leute als Erbgut und Heiratsgut von einem Besitzer auf den andern, von einer Linie des erlauchten Stammbaums auf die andere übergehen ließ, heute bei einer Erbschaftsteilung auseinanderriß und morgen mit Stücken aus anderer Erbschaftsmasse zusammenschweißte, bis der Wirrwarr der Landkarte immer bunter, die Unnatur der Besitzglitterung immer widersinniger wurde. Die Reaktion war um so berechtigter, als der augenblickliche Rechtszustand, gegen den sie sich richtete, doch im letzten Grunde ein usurpirter war, denn die Erblichkeit hatten im Feudalstaat die Inhaber der Lehnsämter und Lehns Güter erst ertrögt.

Das Recht der Konvenienz hatten zu Friedrich Wilhelms I. Zeiten die großen Staaten, auf ihre Macht pochend, dem schwächeren Preußen aufzwingen wollen. Solch unerträglichem Anspruch nicht zu dulden, war der stolze Vorsatz schon des Kronprinzen Friedrich, dann vom ersten Augenblicke der Regierung an des jungen Königs fester Entschluß gewesen. In seinen Memoiren, die diesen Gesichtspunkt scharf voranstellen, ist das eigentliche Thema die Darlegung, wie sein Preußen sich neben den alten Mächten und gegen sie zur Selbständigkeit emporgerungen, inmitten einer feindlichen Welt das eigene Interesse zu wahren und zu fördern verstanden hat. Nicht umsonst hatte ein erfahrener Mentor einst dem Kronprinzen gesagt, daß die modernen Maximen in der Politik den, welcher dem allgemeinen Brauche nicht folge, fast der Lächerlichkeit preisgäben, und daß ein Fürst, der sich auf Rechtlichkeit versteifen wollte, inmitten aller Schlingen und Fallstricke den schwersten Stand haben würde.

Friedrich war frühzeitig auf den Unterschied zwischen privater und öffentlicher Moral geführt worden, der sich aus dem eigensten Wesen des Staates ergibt: aus der Verpflichtung des Staates, seine Macht zu wahren, sich als Macht durchzusetzen und zu behaupten, aus der „natürlichen“ Verpflichtung dazu, von der Ludwig XIV. einmal gesprochen hat. Rauniß, um noch einen anderen der großen Realpolitiker zu hören, hat während jener Irrungen wegen der Scheldeschiffahrt zu einem holländischen Diplomaten gerade heraus gesagt, kein Vertrag binde länger, als das Verhältnis daure, unter dem er geschlossen sei. Friedrich hat die Eide der Minister als gleichwertig mit den Eiden der Liebenden erklärt. Wie er grundsätzlich sich zu der Frage nach der Verbindlichkeit der Staatsverträge geäußert hat, wie er von dem Fürsten verlangt, daß

¹⁾ Vgl. Bb. I, 181.

er, dem Wohle der Unterthanen sich opfernd, lieber einen Vertrag brechen, als das Staatswohl gefährden soll, wie er diese Forderung in der späteren Fassung der Denkwürdigkeiten über seinen ersten Krieg auf ganz bestimmte Fälle eingeschränkt hat, das haben wir in anderem Zusammenhang bereits gehört.¹⁾

Unverkennbar dämpft der Verfasser der *Histoire de mon temps* den Ton, zumal in den später entstandenen Teilen, wenn die Leistungen der Politik und Diplomatie zu würdigen sind. In dem Vorwort zu der Darstellung des Siebenjährigen Krieges wird „politischen Intriguen“, wenn sie zu nichts führen, kein größerer Anspruch auf Beachtung zuerkannt, als den kleinen Reibereien, den „Tratasserien“ in der Gesellschaft. Am Schluß der *Memoiren* über die Teilung Polens nennt Friedrich bei einem Ausblick in die Zukunft die politischen Berechnungen das Kinderspielzeug der Greise. Immerhin wird von der Politik, die mit „Geduld, Festigkeit und Geschicklichkeit“ die Erwerbung von Westpreußen herbeiführte, mit einem gewissen befriedigten Selbstgefühl gesprochen; um so skeptischer blickt wieder die Schlußbetrachtung der Geschichte des Krieges von 1778 in die Zukunft. Ueber die Kunst der Diplomaten insgemein hat sich Friedrich bisweilen kaum minder verächtlich geäußert, als über die eine, ihm geradezu lächerlich erscheinende Spezies dieser Kunst, die rechtsgelehrten Bevollmächtigten am Reichstage, die Pedanten von Regensburg, und wenigstens zum Teil erklärt sich bei ihm aus dieser Geringschätzung die ganz auffällige Gleichgültigkeit, mit der er nur zu oft bei der Auswahl seiner eigenen diplomatischen Vertreter verfuhr. Die „hohlen und unsinnigen Hirngespinnste der Diplomaten“,²⁾ d. h. alles, was nach Projektensmacherei ausah, waren ihm verdächtig; sein eigener Minister mußte für einen künstlichen Vorschlag zu einem großen Ländertauschgeschäft³⁾ die Zurechtweisung hinnehmen: „Geht spazieren mit Euren unwürdigen Plänen, Ihr seid zum Minister für Coujone wie der Kurfürst von Baiern geschaffen, aber nicht für mich.“

Friedrichs Politik erscheint groß in dem hohen Flug ihrer ersten kühnen Entwürfe; groß in der stolzen Sprache, mit der sie für Preußen den Einlaß in den Kreis der alten Mächte forderte; unvergleichlich groß in der Beherztheit, mit der sie jedesmal in der Stunde der Entscheidung den Entschluß gefunden hat. Sie erscheint groß in der Selbstbescheidung und Mäßigung, die sie sich trotz der ersten großen Erfolge nach dem Einblick in die Beschränktheit ihrer Mittel aufzuerlegen verstand; groß wieder in der Besonnenheit und Festigkeit, mit der sie nach manchen Bedenklichkeiten und längerem Zaudern eine verwickelte diplomatische Aktion, wie die von 1771, zum glücklichen Ende geführt hat; groß endlich in der vornehmen Geschlossenheit, mit der sie bei Anlässen wie dem von 1778 oder 1785, ein würdiges, obgleich beschränktes Ziel im Auge, der Versuchung widerstand, durch begehrlisches Ausgreifen im Geiste jener Herzberg'schen Projekte eine einfache und klare Lage zu verwirren und zu verdunkeln. Aber bei aller Großzügigkeit hat diese Politik in keinem Lebensabschnitt ihres königlichen

¹⁾ Vgl. Bd. I, 179—181 (2. Aufl. S. 180—182).

²⁾ Vgl. Bd. I, 183 (2. Aufl. S. 184).

³⁾ Oben S. 527. 536.

Trägers verzichtet auf die kleinen, ja kleinlichen Künste der herkömmlichen Diplomatie, auf allerhand eigenartige Hausmittelchen, auf das, was Raunig „dienfame Ministerialmittel“ zu nennen pflegte. Ohne Frage waren des großen Friedrich diese kleinen Mittel nicht gerade würdig, und sie standen ihm nicht einmal ganz zu Gesichte; denn wie es einst dem jungen Prinzen schwer geworden war, die „verschwiegene Kunst des Verstellens“ zu erlernen und dem Vater statt des trogigen Gesichts ein freundliches zu zeigen, so hieß es noch von dem greisen Könige bei den fremden Diplomaten, daß er den Ausdruck seiner Züge nicht in seiner Gewalt habe. Friedrich ist in seinen letzten Regierungsjahren, um Frankreich von Oesterreich zu trennen, in seinen Mitteln nicht wählerischer gewesen, als ein Menschenalter zuvor der Wiener Hof in seinem Bestreben, Unkraut in den Weizen des damaligen französischen Bündnisses mit Preußen zu säen. Und er hat, als das Wiederaufsteigen des österreichischen Sterns am russischen Himmel ihn beunruhigte, es bei der Zarin an Umtrieben gegen seinen Nebenbuhler Joseph nicht fehlen lassen. Ja, er hat gelegentlich kleine Künste spielen lassen, von denen er sich doch von vornherein Erfolg nicht versprochen haben würde, hätte er nicht auf die große Mehrzahl seiner fürstlichen Zeitgenossen, die große Katharina nicht ausgenommen, mit Unterschätzung ihrer geistigen Bedeutung herabgesehen.

Auch dafür bieten seine Memoiren zahlreiche Belege, ganz zu geschweigen von dem satirischen „Codicille“ von 1770 oder jenem Briefe von 1782 an den Herzog von Braunschweig, wo er die Fürsten Europas mit ihren Schwächen und ihren Thorheiten Revue passieren läßt. Beispiele wie der Fürst von Anhalt-Röthen, der an der Tafelrunde von Sanssouci über die Volkszahl seines angestammten Reiches nicht Auskunft zu erteilen vermochte, erregten die Spottlust des Königs von Preußen immer von neuem und ließen ihn die Thatsache übersehen, daß in Deutschland und in Europa ein neues Herrschergeschlecht herangewachsen war, welches sich in zahlreichen Vertretern von der Generation von 1740 sehr vorteilhaft unterschied; schon 1775 hatte Voltaire ganz treffend bemerkt, man könne jetzt fast unter allen Souveränen Europas den Wettewer beobachten, sich durch große und nützliche Schöpfungen auszuzeichnen. Friedrichs aufgeklärter Absolutismus begann in Europa Schule zu machen, und bis zu gewissem Grade hat sein Spott über seine fürstlichen Mitbrüder sie angetrieben, dem großen Muster nachzueifern. Sie fürchteten sein spöttisches Gesicht: *ridendo stimulat reges* — das wollte einem Zeitgenossen als passende Umschrift für eine Medaille auf Friedrich erscheinen.

Wir erinnern uns, daß Friedrich einen großen Teil des Zufälligen und Unberechenbaren im Verlauf der Weltbegebenheiten auf die Rechnung der menschlichen Thorheit zu setzen geneigt war;¹⁾ eben in diesem Sinne nennt er die Politik ein Spiel des Zufalls, weil Könige, Fürsten, Minister eben Menschen seien wie die anderen auch. Das Kapitel von den kleinen Ursachen und ihren großen Wirkungen nimmt in seiner Geschichtsbetrachtung einen breiten Raum ein. „Man muß nur alt werden,“ sagt er 1781, „und man wird aus der Erfahrung

¹⁾ Oben S. 579.

lernen, daß nichts unmöglich ist und daß der, welcher die Impertinenz hat, am längsten zu leben, immer etwas Neues vorfindet. . . Ich habe Ludwig XI., kaum im Grabe, mißachtet und vergessen gesehen; ich habe eine Poisson und eine Madame Lange als Königinnen von Frankreich gesehen; ich habe Feuer und Wasser sich vereinen, die Bourbonen mit den Habsburgern sich verbinden sehen; ich habe die Jesuiten vernichtet gesehen; ich habe die Philosophie die Wahrheit aus dem Schacht fördern sehen; ich habe Barbaren Voltaire die letzte Ruhe verweigern sehen; ich sehe rebellische Kinder gegen ihren Vater, den Papst, sich auflehnen; ich sehe noch viele andere Dinge und schweige.“ „Das Los der menschlichen Dinge,“ schreibt er 1779 in dem Schlußheft seiner Zeitgeschichte, „ist dies: kleine Interessen entscheiden über die größten Angelegenheiten.“

Aber in demselben Jahr hat Friedrich in einem Brief an d'Alembert das goldne Wort niedergelegt: „die Evidenz der wahrhaften Interessen der Staaten behält über die vorübergehenden Illusionen die Oberhand.“ Es gebe, setzt er hinzu, auch in der Politik Dinge von annähernd mathematischer Sicherheit; es hänge dann nur von der Zeit und den Umständen ab, daß solche Idee sich durchsetze und daß die Verblendung aufhöre.

Das war dasjenige Maß von Optimismus, dessen seine Gesichtsbetrachtung fähig war, da sie zu der Annahme einer göttlichen Weltregierung sich nicht zu erheben wagte.¹⁾

Friedrichs äußeres Leben verlief seit dem Siebenjährigen Kriege so regelmäßig und einformig wie möglich. Sein Minister Schulenburg hat gesagt, daß man im voraus einen Kalender dafür aufstellen könnte, was er an dem oder jenem Tage thun würde: „Es schien sogar, daß sein Wille dem Physischen gebot, denn wenn er noch vor bestimmten Neuen und Reisen im Bette lag, war er, wenn der Tag erschien, besser und that, was er sich vorgenommen hatte.“ Zum Winteraufenthalt, dem sogenannten Carneval, kam er wie schon in den letzten Jahren vor dem Kriege,²⁾ immer erst in den Weihnachtstagen nach Berlin und blieb den Januar hindurch dort; aber 1768 verließ er die Hauptstadt schon am 23. Januar, dem Vorabend seines Wiegenfestes und machte bald diesen Reisetag zur Regel, um der offiziellen Geburtstagsfeier aus dem Wege zu gehen. Bei diesen Winterbesuchen in der Hauptstadt benutzte der König, der sich sonst nur zu Pferde öffentlich zeigte, für die Fahrten zur Oper und für Besuchsfahrten noch die unförmliche achtpännige Staatskarosse, die vor einem halben Jahrhundert als Glanzleistung der Berliner Wagenbaukunst bewundert worden war, und wie ehemals schritten in zwei Reihen die Läufer mit ihren Stäben, Schärpen und Federhüten voraus; aber ihre Gangart war nicht eben eine beschleunigte, denn es waren Kriegsinvaliden, die in wohlverdientem Ruhestand jetzt den Läuferdienst verrichteten, und der greise Siegesheld ließ aus Rücksicht auf die morschen Knochen seiner wackeren Kriegskameraden seine altmodische Kutsche in feierlichstem Zuge sich fortbewegen.

¹⁾ Vgl. oben S. 577. 579.

²⁾ Bd. I, 526 (2. Aufl. S. 527).

Im April, zugleich mit der Ueberfiedelung aus dem Potsdamer Stadtpfasse nach Sanssouci, begann das militärische Jahr mit den Exercitien der Potsdamer Garnison. Den 10. April, den Jahrestag seiner ersten Schlacht, feierte er jedes Jahr damit, daß er das erste Bataillon Garde antreten und zweimal mit Pelotons Chargieren ließ und dann feierlich mit den Worten entließ: „So machten es eure Vorfahren bei Mollwitz.“ In der ersten Hälfte des Mai kam der König auf zwei bis drei Tage zur Besichtigung der märkischen Regimenter, um den 20. Mai auf drei bis vier Tage zur Parade nach Berlin. Daran schloß sich noch im Mai die Reuenerreise nach Pommern, Anfang Juni die nach dem Magdeburgischen; nach 1772 fanden beide in umgekehrter Reihenfolge statt, da jetzt der König von Stargard aus regelmäßig die weitere Reise nach Westpreußen antrat. An einem Tage um die Mitte des Juni versammelte er in Potsdam die Minister des Generaldirektoriums zur Feststellung des Staatshaushalts für das in diesem Monat beginnende Rechnungsjahr. Es folgten die Wochen, die er als seine Ferien zu bezeichnen pflegte, die ganz stillen Sommertage in Sanssouci oder im Neuen Palais. Fast stets am 15. August wurde für den Rest des Monats nach Schlessien aufgebrochen. Im September wurde seit 1773 auf dem Wedding bei Berlin ein eintägiges Artilleriemandöver abgehalten, das den König veranlaßte, die vorangehende Nacht in unmittelbarer Nähe des Schießplatzes auf dem „Gesundbrunnen“ zuzubringen. Mit dem drei- bis viertägigen Mandöver bei Potsdam in der vorletzten Septemberwoche schloß der Felddienst ab. Erst im November wurde Sanssouci wieder mit dem Potsdamer Stadtschloß vertauscht.

Dem Potsdamer Herbstmandöver und den Reuen durften fremdherliche Offiziere beiwohnen, die von Jahr zu Jahr in größerer Anzahl kamen, Franzosen, Russen, Engländer, Holländer, Sachsen, gelegentlich auch ein Spanier. Bei diesem Anlaß haben sich auf schlesischem Boden die Gegner aus dem amerikanischen Unabhängigkeitskriege, Lord Cornwallis und Marquis de Lafayette, getroffen. Friedrichs Mandöver galten der Welt als die hohe Schule der Kriegskunst. Noch war der Glaube an die Ueberlegenheit der preussischen Taktik, trotz der geringen Erfolge des Feldzugs von 1778, nicht erschüttert. Friedrich hat seinen Nachfolgern empfohlen, an den bestehenden Einrichtungen so lange festzuhalten, als die Kriegskunst sich nicht verändern würde, d. h. solange nicht Fortschritte in der Kriegsführung, neue Erfahrungen in der Praxis zu Veränderungen Anlaß geben würden. Aus solchem Grunde hatte er selbst in seinen Anfängen seine Reiterei sich gleichsam neugeschaffen und die Infanterie zu einer früher ungeahnten Beweglichkeit ausgebildet, in diesem Sinne hat er während und nach dem Siebenjährigen Kriege, zuletzt noch 1782, die Artillerie vermehrt, sie erst zu einer selbständigen Waffe erhoben. Für seine letzte Zeit ist die Aufmerksamkeit kennzeichnend, die er dem zerstreuten Gesecht zuzuwenden begann. Unter Offizieren, die in Amerika mit dieser Kampfesart vertraut geworden waren, stellte er im letzten Regierungsjahr drei ständige Freiregimenter zu je zwei Bataillonen auf, nachdem die Erfahrung des letzten Krieges die Unzulänglichkeiten gezeigt hatte, die mit einer erst bei Beginn des Kampfes bewirkten Anwerbung leichter Truppen verbunden waren.

Die alte Freude aber an seinem Heere gewann der König nicht wieder. Der Feldzug von 1778 hatte ihn noch unzufriedener gemacht. Er rechnete diese Episode gar nicht als Krieg: er spricht in einem Befehl aus dem Jahre 1782 von dem zwanzigjährigen Frieden, den das Heer jetzt gehabt habe. Immer wieder mahnte er, im Friedensdienst „die Kriegsgebanten nicht einschläfern zu lassen“. Immer schwerer wurde es, seinen Anforderungen zu genügen. Bei der Revue von Reife im Herbst 1784 blieb er den ganzen Tag fast immer allein, ohne jemand anzureben; es hieß, daß er seinen Schreckensblick habe. Damals erging an den Inspekteur der schlesischen Infanterie, den sonst so hochgeschätzten Tauenzien, eine in die ungnädigsten Ausdrücke gekleidete Kabinettsordre, die an eine scharfe Kritik der einzelnen Truppenteile das Gesamtverdict knüpfte, daß die Armee in Schlesien noch nie so schlecht gewesen sei, wie jetzt: „wenn ich Schuster oder Schneider zu Generalen machte, könnten die Regimenter nicht schlechter sein“.

Durch die alljährlichen Reisen blieb der Einsiedler von Potsdam mit der Außenwelt in lebendiger Berührung. Wo er erwartet wurde, waren groß und klein, Unterthanen und Fremde gleichmäßig in Bewegung, um seinen Anblick nicht zu versäumen. Ein junger Hamburger Patriziersohn, Piter Poel, der 1783 in Potsdam einer Musterung zuschaute, hat uns den überwältigenden Eindruck geschildert, welchen der Anblick des Greises auf ihn machte, „dessen Name alles Denkwürdige eines halben Jahrhunderts bezeichnete und dessen Thaten, Leiden und Gefahren, dessen königliche und menschliche Worte, dessen angestrengte Arbeiten und heitere Tisch- und Abendgespräche überall, von meiner Kindheit an, ein unerschöpflicher Stoff der Unterhaltung gewesen waren“; tief ergriffen schaute er jetzt vor sich, „die schon durch so viele Abbildungen bekannten Züge und den durchdringenden Blick“; aber das Bild schien „kaum mehr der Gegenwart anzugehören, so sichtbar waren die Spuren der Sinfälligkeit in dem zusammengesunkenen Körper und der schlaffen Bewegung der Glieder“.

Wie war nun die Stimmung, welche die Fremden in Preußen vorfanden. War der alte König bei seinen Unterthanen populär?

Als der Schweizer Zimmermann, der bekannte Arzt, 1771 nach Berlin kam, sagte er sich, so viel Böses niemals und nirgends gegen Friedrich den Großen gehört zu haben, wie in Berlin, eine Wahrnehmung, die ihn mit einem Seitenblick auf die Zustände in der Heimat zu der Bemerkung veranlaßte, er habe in Berlin tausendmal mehr Freiheit gefunden, als in der Schweiz und zumal in Bern: „alle Menschen von jedem Stande konnten sagen, was ihnen liebte, und keinem wird dafür ein Haar gekrümmt.“ Eine ganz veränderte Stimmung fand acht Jahre später — der bairische Erbfolgekrieg lag dazwischen — der Mainzer Georg Forster in Berlin vor. Ihm war es ärgerlich, „daß alles, bis auf die geschicktesten, einrichtsvollsten Leute, den König vergöttert und so närrisch anbetet, daß selbst was schlecht, falsch, unbillig oder wunderbar an ihm ist, schlechterdings als vortrefflich und übermenschlich genannt werden muß“. Der Zimmermannsche und der Forstersche Bericht nebeneinandergehalten, bestätigen die Angaben Friedrich Nicolais über die Wandlungen im Urteil der Berliner

über Friedrich. Nach dem „unbeschreiblichen Enthusiasmus“, der sich während des Siebenjährigen Krieges „sowohl der Unterthanen als selbst weit entfernter Ausländer“ bemächtigt hatte, trat in den ersten Friedensjahren, unter dem Druck einer wirtschaftlichen Notlage ein entschiedener Rückschlag ein: man hielt den König, sagt Nicolai, „fast allgemein für einen bloßen Soldaten, dessen Pläne nur auf Krieg gerichtet wären“. Dieses Vorurteil sei endlich gewichen, zumal seitdem in der Teuerung und Hungersnot zu Beginn der siebziger Jahre¹⁾ sich die Umsicht und der Nutzen seiner Wirtschaftspolitik offenbart habe: „Aufmerksame Beobachter fingen an einzusehen, welche große Wirkungen ununterbrochene Thätigkeit, die nur auf wenige, aber wohlgeordnete Zwecke sich einschränkt, verbunden mit Ordnung und mit unermüdetem Ausdauern hervorbringen kann.“

Forster hatte in Berlin in Nicolais Kreise verkehrt, in der Gemeinde der Aufklärer. Wäre er nicht bloß mit den freisinnigen Theologen, sondern etwa auch mit dem positiver gerichteten Konsistorialrat Büsching in Berührung gekommen, er würde auch minder lobende Urtheile über Friedrich gehört haben. Wie die erklärten Gegner der Berliner Aufklärung dachten, wissen wir aus den Briefen des „Magus im Norden“, des Königsberger Accisesekretärs Hamann. Dem war Berlin das verhasste „Babel“; er schalt, daß alles ein Leisten, ein Schuß sein solle, Fabriken und Heerdienst, Litteratur und Kritik, und von der brandenburgischen Herrschaft über Preußen meinte er: „Es war dem Herzogtum keine solche Schande, von Polen abzuhängen, als es dem Königreich ein Unglück ist, abzuhängen von der Politik der Chalbäer im deutschen Reiche.“ Winder fanatisch, aber hinreichend offenherzig äußerte sich Wieland: „König Friedrich ist zwar ein großer Mann, aber vor dem Glück, unter seinem Stocke sive Scepter zu leben, bewahre uns der liebe Herrgott.“

Begeben wir uns aus dem engeren Kreise der Gebildeten in die Mitte des Volks. Der Breslauer Garve hat zutreffend bemerkt, der König habe sehr wohl gewußt, daß viele seiner Maßnahmen zum Besten des Landes nicht den Beifall des Publikums hatten, sondern bald Mißvergnügen, bald Tadel erregten, wie die Einschränkung des Handels zu Gunsten der Fabriken und selbst die Kolonianlagen; aber er sei im Stande gewesen, sich durch die bloße feste Ueberzeugung von der Nützlichkeit oder der Rechtmäßigkeit einer Handlung für den ausbleibenden Ruhm und selbst für den Tadel schablos zu halten. Nach so mancher Neuerung, durch die er seit 1763 die öffentliche Meinung gegen sich herausgefordert hatte, nach dem neuen Accisetarif, der Berufung der französischen Zöllner, der Besteuerung des Transit handels und dem Tabaksmopol, trug endlich 1781 die Einführung der Kaffeeregie die stärkste Erregung in die Gemüther.²⁾ Und nun spielt sich vor unsern Augen jener kennzeichnende Auftritt ab. Der alte König reitet, nur von einem Reitknecht begleitet, durch die Jägerstraße und sieht schon von weitem, wie am Werberschen Markt das Volk sich drängt. „Sie haben etwas auf Eure Majestät ange schlagen,“ berichtet der vorausgeschickte Heibud, und jetzt nähergekommen gewahrt der König im Wilde

¹⁾ Oben S. 419.

²⁾ Oben S. 384 ff., 391. 392. 406 ff.

sich selbst, kläglich auf einem Fußschemel hockend, eine Kaffeemühle zwischen den Knieen, mit der Rechten mahlend, mit der Linken gierig nach den herausfallenden Bohnen greifend. „Hängt es doch niedriger, daß die Leute sich nicht den Hals ausrecken,“ ruft er mit einer entsprechenden Handbewegung. Ungeheurer Jubel bricht aus, die Karikatur wird in tausend Fetzen zerrissen, unter lauten Hochrufen reitet der König langsam von dannen.

Friedrichs Popularität in den niederen Volksschichten war unzerstörbar, sie trotzte auch dem Aerger über die fiskalische Kaffeeriecherei. Wir hörten, wie im Dezember 1779 nach dem objektiv durchaus fehlgreifenden Machtspruch zu Gunsten des Wassermüllers Arnold und nach der Entlassung des Großkanzlers Fürst die vornehme Gesellschaft bei dem gestürzten Minister in langer Wagenreihe auffuhr, die Berliner Bürger aber ihre Häuser festlich erleuchteten und die Bauern vom Lande unter des Königs Fenster sich versammelten.¹⁾ Daß noch ein jeder, der unter der Bittschriftenlinde am Potsdamer Stadtschloß seinen Brief emporkhielt, sicher war, ihn entgegengenommen zu sehen, das gab dem Volke ein unbegrenztes Vertrauen zu der Gerechtigkeitsliebe des Königs, ob immer den Verwaltungsbehörden und den Gerichten die Prüfung dieser nur zu oft unbegründeten Querelen manche Unbequemlichkeit und viel Zeitverlust verursachte. Unbemerkt in die unmittelbare Nähe des Monarchen zu kommen, war nicht eben schwer. In Sanssouci zog nur für die Nacht ein Unteroffizier mit sechs Grenadieren zur Wache auf; bei Tage war der König hier ohne jede Bedeckung und duldete nicht einmal, daß die Thüren verschlossen wurden. Einer seiner Tischgäste war sehr erstaunt, als er eines Tages eine große Menge Landleute auf der Terrasse beim Schlosse traf, wohl an sechzig; sie wollten eine Bittschrift überreichen, niemand hielt sie zurück.

Ausländer, die zum erstenmal in Berlin weilten, waren höchst überrascht, wenn der König aus Potsdam herüberkam, und sie nun die nergelnden, absprechenden, schmähfüchtigen Berliner gar nicht wiedererkannten. „Sie können sich nicht vorstellen,“ schreibt 1777 der eben eingetroffene englische Gesandte Elliot in einem vertraulichen Brief an einen Verwandten, „wie das Volk sich freute, ihn zu Pferde zu sehen; alles Klubgeschwäg von einem Lande, das unter dem Gewicht seiner Lasten stöhne, und von einer Nation, die mit eiserner Rute regiert werde, verschwand vor dem aufrichtigen Zuruf aller Schichten der Bevölkerung, die sich verbanden, ihre Begeisterung für ihren großen Monarchen zu bezeugen.“ Ritt der König nach einer Truppenbesichtigung vom Tempelhofer Felde in die Stadt ein, unaufhörlich den Hut abnehmend, dann war „das ganze Rondell und die Wilhelmstraße gedrückt voll Menschen, alle Fenster voll, alle Häupter entblößt“; und doch war nichts geschehen, so sagt einer aus der Schar dieser ehrfurchtsvollen Tausende: „Nur ein dreiundsteibzigjähriger alter Mann, schlecht gekleidet, staubbedeckt, lehrte von seinem mühsamen Tagewerke zurück; aber jedermann wußte, daß dieser Alte auch für ihn arbeite, daß er sein ganzes Leben an diese Arbeit gesetzt und sie seit 45 Jahren auch nicht einen Tag versäumt hatte.“

¹⁾ Oben S. 543.

Hören wir nochmals einen Fremden, den Franzosen de Laveaux, der . . . Jahre in Berlin gelebt hat: „Sein Brauch, alle Eingaben der Unterthanen zu lesen, mußte dem König unendliche Mühe und Ueberdruß verursachen, aber er unterrichtete sich dadurch über alles, was vorging, und hielt alle seine Minister und Beamten in einer viel stärkeren Furcht, als sie der blinde Despotismus, der aus Laune Köpfe springen läßt, einflößen kann. Wenn ein Minister einen zu hohen Ton gegen einen Bauern anschlug, setzte der Bauer den Hut auf den Kopf und sagte: Ich gehe zum König! und diese Freiheit, dem Könige alles zu sagen, erleichterte scheinbar die Last, die man für diesen König trug.“ Dazu kam, daß die Spenden aus jenem großen Dispositionsfonds, den Friedrich für außerordentliche Ausgaben bereit hatte, unmittelbar als Wohlthaten aus der eigenen Hand des Königs empfunden wurden. Die weise Verteilung seiner Wohlthaten, sagt derselbe Berichterstatter, „sicherte ihm Segnungen und Liebe in allen Provinzen seines Staates, in allen Verhältnissen, in allen Städten, in allen Dörfern und Weilern. Alles, was in Preußen atmete, hing sozusagen unmittelbar von ihm ab.“

Wir begleiten den alten König auf seiner letzten Dienstreise am 18. August 1785 nach Hirschberg. Viele Tausende erwarten ihn seit Stunden, aus der ganzen Gegend zusammengeströmt. Ein Augenzeuge erzählt: „Man las auf allen Gesichtern, daß man etwas Großes mit Freuden erwarte. Endlich kam er, der Einzige, und aller Augen waren mit dem sprechendsten Ausdruck von Ehrfurcht und Liebe auf ihn gerichtet. Ich kann die Empfindungen nicht beschreiben, die sich meiner und gewiß eines jeden bemächtigten, als ich ihn sah, den Greis, in der schwachen Hand den Hut, im großen Auge freundlichen Vaterblick auf die unzählige Menge, die seinen Wagen umgab und stromweise begleitete. . . . Alle, die das Glück traf, ihn zu sprechen, waren über die väterliche Milde des großen Königs außerordentlich gerührt. Der ganze Tag war für die Stadt ein Festtag, und man sprach von nichts, als daß der König so freundlich gewesen wäre und auf die Menge so mit Wohlgefallen geblickt hätte.“ Hier war es, daß er den Dank einer Abordnung Greiffenberger Bürger für ein Gnadengeschenk zum Wiederaufbau ihrer abgebrannten Häuser „sichtlich gerührt“ mit den Worten ablehnte: „Sie haben nicht Urfach, sich deswegen bei mir zu bedanken, es ist meine Schuldigkeit, daß für bin ich da.“

Friedrich besaß die große Kunst und in den meisten Fällen auch den guten Willen, in jedem Gespräch sich der Sphäre des Angeredeten anzupassen, mochte er nun einen General oder einen Diplomaten, einen Gelehrten oder Künstler, einen Kaufmann oder Handwerker, einen Pächter oder Bauer vor sich sehen. Lord Conway, der 1774 wohl einem menschenscheuen Einsiedler oder gar einem finsternen Menschenfeind gegenüberzutreten erwartet hatte, war erlaunt über die Leichtigkeit und Freiheit, mit der der preußische König das Gespräch über die verschiedenartigsten Gegenstände dahingleiten ließ; es war „das gerade Gegenteil“ von dem, was der Engländer sich vorgestellt hatte. Andere Diplomaten, die an den preußischen Hof gingen, warnte man, vor des alten Königs einnehmendem Wesen und seiner „fast unwiderstehlichen Verehrsamkeit“ auf der

Gut zu sein. Auch Helvetius¹⁾ lernte 1785 einen Charmeur in ihm kennen: „bestechend wie Voltaire, wenn er gefallen will“. Nicht umsonst und nicht bloß wegen seiner politischen Erfolge nannte man ihn den „alten Zauberer“. „Seines eigenen Ruhmes gewiß,“ schreibt ein Engländer 1776, „und der Gemüther kundig, auf die er Eindruck machen will, weiß er, daß ein Lächeln von ihm mehr wirkt, als wenn er all seine Schätze ausgäbe.“ „Wenn man ihn zum erstenmal sah,“ bezeugt Laveaur, „und bei der mit einem so großen Manne verknüpften Idee einige Unruhe empfand, so war man nach der ersten Frage, die er stellte, beruhigt.“ Er hatte die Gabe, es jedermann leicht zu machen (*de mettre tout le monde à son aise*), versichern der Litterat Laveaur und der Diplomat Edelsheim mit den gleichen Worten. Der Rektor Meierotto hatte dieselbe Empfindung: jede Schüchternheit habe verschwinden müssen, bei der Laune und Lebhaftigkeit des Königs. Johannes v. Müller war nach der Audienz, in der er so wenig gefiel,²⁾ enthusiastisch, Zimmermann nach dem ersten Empfang „zu Thränen gerührt“. Der Leutnant Massenbach war alsbald durch die „ungemein sanfte und Vertrauen erweckende“ Stimme bezaubert; von dem Mienenpiel des Siebzigjährigen sagt er: „Ich hatte noch nie einen Menschen gesehen, auf dessen Gesicht alle Gedanken der Seele sich ebenso schnell ausdrückten als Gedanken aufeinander folgen. Das war eine Mobilität, die mich in Erstaunen setzte, dieser königliche Ernst, und dann wieder diese königliche Milde. Den Ausdruck, der in dem Auge dieses Königs lag, hat kein Maler erreicht, er war unerreichbar.“

Friedrich sprach lieber, als er hörte — darin stimmen alle Berichte überein — und liebte kurze und bestimmte Antworten. Mit der Etikette nahm er es dabei nicht genau; Zimmermann wurde nach seiner Audienz von dem gleichzeitig empfangenen Generalstabsarzt Schmuder darauf aufmerksam gemacht, daß er unerhörterweise vor Seiner Majestät gestikuliert hatte. Friedrich liebte es, sagt der Akademiker Thiebault, bei diesen Unterredungen den König anscheinend zu vergessen, allerdings immer mit dem geheimen Vorbehalt, daß der ihm Gegenüberstehende den König nicht vergessen werde. Als 1781 in Schmiedeberg die schlesischen Kaufleute seine Vorschläge zur Hebung ihres Leinenhandels als undurchführbar bezeichnen, erwiderte er: „Nu, nu, es sind nur so Ideen, die ich habe, Sie müssen das freilich besser verstehen, ich komme zu Ihnen in die Schule.“ Auf ihre Bitte um Verbesserung der Landstraßen antwortete er lächelnd: „Ich werde Ihre Befehle respektieren, ich bin darum da.“

Fremde wie Laveaur fanden, daß in Preußen das Volk in gewisser Beziehung sich größerer Freiheit erfreue, als in anderen, an sich minder despotisch regierten Staaten, wo man gleichwohl die Minister, die Sekretäre, die Kammerdiener, die Maitressen und die Kammerfrauen der Maitressen zu fürchten habe: in Berlin fürchte das Volk nur den König, und so bestehe zwischen allen Einwohnern von Berlin eine bürgerliche Gleichheit, die den gesellschaftlichen Verkehr hier sehr angenehm mache; ohne den anmaßlichen Dünkel des Beamtentums suche der

¹⁾ Oben S. 573.

²⁾ Oben S. 597. 598.

Minister sein Ansehen vielmehr durch Verbindlichkeit und Deutlichkeit zu erhöhen. Der Minister wisse im Grunde nur zu gut, wie wenig er eigentlich gelte.

Wir dürfen hinzusetzen, daß die Minister, ja die Beamten insgemein dies nicht bloß wußten, sondern auch peinlich empfanden. Hier treten wir in das Lager der entschieden Mißvergnügten ein.

Der junge König war mit seinen alten Ministern nicht immer sein säuberlich umgegangen;¹⁾ wie hätte der alte König den jungen Beamtennachwuchs schonen sollen. Wenn ehemals Voltaire ihm Artigkeiten sagte, so vergaß er unter allen andern Ruhmestiteln nicht den des Herrschers, der ohne Minister regiere, und in der That spielten in Preußen die Minister ausnahmslos eine sehr bescheidene Rolle im Vergleich zu den hohen Würdenträgern der anderen Staaten. Der König hatte sich für die Behandlung aller seiner Diener eine eigene Pädagogik zurechtgelegt. Getreu seinem Grundsatz, die Menschen, die er für seine Zwecke brauchte, beständig zwischen Furcht und Hoffnung zu halten, war er mit seiner Anerkennung, mit Auszeichnungen und Belohnungen sparsam, und glaubte unterscheiden zu können, wer viel oder weniger Tadel, wer viel oder weniger Lob vertrug. Der einzige schwarze Adlerorden, der in der letzten Hälfte seiner Regierung auf das gesamte Ministerkollegium entfiel, hat den Zweck gehabt, den also Ausgezeichneten für einen ungerecht gegen ihn gehegten Verdacht zu entschädigen. Als Regel galt, daß ein jeder nur Titel und Charakter eines ernstlich von ihm bekleideten Amtes führen sollte. In Polen gebe man jedem Schubflücker einen Charakter, das sei aber hier nicht der Gebrauch. Ein Buchhändler, der Kommerzienrat zu werden wünschte, erhielt den Bescheid: „Buchhändler, das ist ein honetter Titel.“ Zuverlässigkeit im Dienst, so erklärte er einmal, sei der beste „Charakter“ für einen Beamten. Den Anspruch eines Auditeurs auf Beförderung nach dem Dienstalter lehnte er mit dem Marginal ab: „Ich habe einen Haufen alte Maulesels im Stall, die lange den Dienst machen, aber nicht daß sie Stallmeister werden.“

Die Abneigung gegen das Geschlecht der Federfuchser, als die ihm wie seinem Vater die Civilbeamten insgesamt gelten, hat ihn sein ganzes Leben hindurch begleitet.²⁾ Ausgaben für Bureaubedürfnisse war er geneigt als weggeworfenes Geld zu betrachten, und das „enge und feine Geschmiere“ der zierlichen Kanzleihände — „wovon ich die Hälfte erst erraten müssen“ — war seinem Auge ein Greuel. Das Verlewendste für die Beamten war des Königs tief eingewurzeltes Mißtrauen gegen ihre Integrität. Die schlimmen Erfahrungen, die er in seinen letzten Jahren mit zwei hochgestellten Staatsdienern, Brendenhoff und Görne,³⁾ gemacht hat, schienen einem wiederholt geäußerten Argwohn recht zu geben. Und doch sind die von ihm erhobenen Anklagen in ihrer Allgemeinheit gewiß sehr ungerecht gewesen. Trat nun etwa noch der beschwerende Umstand hinzu, daß eine Zivilbehörde das sakrosankte Gebiet des Militärstatus verletzte oder zu verletzen schien, so konnte sich der alte König zu Maßlosigkeiten hinreißen

¹⁾ Bd. I, 14. 20. 130 (2. Aufl. S. 15. 20. 131).

²⁾ Vgl. „Friedrich der Große als Kronprinz“ S. 91 (2. Aufl. S. 94).

³⁾ Oben S. 483. 493.

lassen, wie dem Bescheid an die westpreussische Kammer vom 13. September 1774, als diese wegen der in Marienwerder vorhandenen Wohnungsnot die Verlegung der Garnison beantragt hatte: „Ihr seid alle Narrens. Meinet Ihr, daß ich um einen Kriegsrat, der eigentlich ein Dieb ist, der mit den Beamten und Defraudanten unter einer Decke sticht, meinet Ihr, daß ich um solche Schlingels einen einzigen Dragoner umquartieren sollte, so betrügt Ihr Euch sehr. Unter 100 Kriegeräten kann man immer mit gutem Gewissen 99 hängen lassen, denn wann ein ehrlicher Mann unter sie ist, so ist es viel. Ich wünschte, daß der Herr Vorhoff — der Kammerdirektor — unter der kleinen Zahl begriffen sei, aber ich wollte nicht davor schwören. Ein wenig modester gegen das Militarium!“

Neben solchen Schmähungen nehmen sich andere höchst eigenhändige Küffel, wie sie sich zahllos in den Akten finden, noch harmlos aus. Der grobe Stilus der Kabinettsordres, die Erbschaft der Kanzlei Friedrich Wilhelms I., erhielt durch die *Postscripta regia* eine erhebliche Verschärfung. Minister und Präsidenten, Direktoren und Räte, Verwaltungsbeamte, Richter und Diplomaten, da war keiner, der nicht gelegentlich sein Teil abbekam. „Ach, was hätten die Ministres nötig noch in die Schule zu gehen, da würde der Rektor Zeitvertreib haben,“ lesen wir am Rande eines Berichtes vom Generaldirektorium, und ein andermal stellte der alte König die hier in die Klippschule verwiesenen Exzellenzen mit den verdorbenen Existenzen der Universität in gleiche Linie, indem er ihre Finanzkontrolle mit dem Donnerworte tabelt: „Da habe ich keine Ministres dafür nötig und darf ich nur lieberlichen Studenten das Geld anvertrauen.“ Der Kammerpräsident in Kleve erhält zu Weihnachten 1780 das Zeugnis: „Ich muß schlecht von Euch sein informiert worden, oder Ihr seid ein Esel, daß Ihr die Provinz nicht kennet, oder ein Bindbeutel, der sich um nichts kümmert; man kann keinen dümmern Bericht machen, als den Ihr mir da schicket.“ In demselben Jahre erging über die westpreussische Kammer abermals ein Gesamtverdict: „Ihr seid Erbschäfers, die das Brot nicht wert sind, das man Euch gibt, und verdient alle, weggejagt zu werden. Wartet nur, daß ich nach Preußen komme.“ Eine Rüge für Präsident und Räte der Magdeburger Kammer, daß sie Zeit und Geld verlieren, „um sich mit Lumpereien abzugeben“, schließt mit dem Zeterruf: „O tempora, o mores!“ Es mag überraschen, daß unter so brüskem Regiment gleichwohl einmal ein preussischer Beamter sich dem Monarchen gegenüber einen Scherz erlaubt, wie der junge neumärkische Landrat v. Podewils, der im Herbst 1779 für seinen vom Könige angezweifelten Bericht über das Auftreten von Heuschrecken einige Original Exemplare als lebendige Belege nach Sanssouci schickt, die beim Dessnen ihres mit Luftlöchern versehenen Verlieses die philosophische Stille der klassischen Stätte stören und nun das strenge Gebot veranlassen, daß niemand vor zurückgelegtem fünfundsreichzigsten Lebensjahre zum Landrat ernannt werden soll, denn „Kinder und junge Raseweise wollen Seine Majestät schlechterdings nicht zu Landräten haben.“

Wir gewinnen einen Einblick in die Verstimmung und Verbitterung, die offenbar weite Kreise des Beamtentums ergriffen hatten, wenn wir lesen, wie

einer der thätigsten der hohen Provinzialbeamten, der Oberpräsident Domhardt,¹⁾ in einem vertraulichen Briefe einem endlich zurückgelegten Projekte des Königs den Stoßseufzer nachsendet: „Dieser Choc ist also vorüber, und ich hoffe, man werde weiterhin so wenig sich selbst als uns mit dergleichen widerfinnigen Gedanken nicht mehr beunruhigen.“ Oder wenn derselbe Domhardt sich vorsichtig erkundigt, ob eine seiner Ideen den Anschauungen des Thronfolgers entsprechen würde, und wieder ein anderes Mal einem seiner Söhne schreibt: „Der Himmel lasse uns nur erst eine andre Epoche erleben!“ Von dem Nachfolger erhoffte Domhardt für sich und seine Familie „Grandeur personnelle“. Nicht anders erwartete Herzberg für die auswärtige Politik von dem Thronwechsel die „große Revolution“, eine entscheidende Wendung, großartigen neuen Aufschwung. Herzbergs ausgedehnter Briefwechsel mit den preussischen Vertretern im Auslande liefert die Belege für seine kritische Stimmung in Fülle. Der Fronde im preussischen Heere, der heimlichen Opposition, die sich um den Prinzen Heinrich scharte, ist schon gedacht worden.²⁾

Am 17. Mai 1778 war Goethe mit seinem Herzog in Berlin Gast an der Tafel dieses Prinzen. „Das Wesen der Großen, Mittleren und Kleinen durcheinander“ widerte ihn an. Der König stand schon im Felde, Goethe schaute nur in seine Umwelt, aber er gewann ein lebendiges Bild: „Dem alten Fritz bin ich recht nah worden, da hab ich sein Wesen gesehen, sein Gold, Silber, Marmor, Affen, Papageien und zerrissene Vorhänge, und hab über den großen Menschen seine eigenen Lumpenhunde räsonnieren hören.“

Im diplomatischen Corps erzählte man sich, daß der König, so oft er bei der Rückkehr vom Berliner Carneval sein Zimmer im Potsdamer Stadtschloß betrete, einen tiefen Seufzer der Erleichterung ausstoße; der Berliner Aufenthalt sei für ihn schlimmer als ein Feldzug, während er in seiner Potsdamer Einsiedelei, gleichsam hundert Meilen von Berlin entfernt, sich aller Schrecken und alles peinlichen Zwanges ledig fühle. Dort hauste er also den größten Teil des Jahres inmitten seiner verzogenen Windspiele, als „alter Anachoret“ oder, wieder nach seinem eigenen Ausdruck, als „Vogelscheuche“, in seiner „bis zum Cynismus“ vernachlässigten Kleidung, dem blauen Rock mit ganz einfachen roten Aufschlägen und Kragen, der sogenannten Uniform von der Armee, „vorn mit einer enormen Quantität spanischen Tabacks garniert“, in den vergilbten, ehemals schwarzen Wasserstiefeln.

Zimmer stiller und einsamer war es um ihn geworden; er war schließlich „nur noch von Erinnerungen umgeben“. Er tröstete sich mit der Erwägung, daß man wahre Freunde nur unter seinen Altersgenossen habe, und daß dies unschätzbare Gut des Weisen verloren sei, wenn man seinen Lebenslauf bis in die zweite und dritte Generation ausdehne. Orte, die ihn an teure Tote erinnerten, mied er geflüchtig.

¹⁾ Oben S. 481.

²⁾ Oben S. 236. 288. 504. 535.

Als im Januar 1771 d'Argens während eines Besuchs seiner französischen Heimat starb, nannte ihn sein königlicher Freund seinen Quartiermeister, der „im Lande der leeren Träume“ für ihn Wohnun gen bestellen wollte. Kurz zuvor war derjenige von den alten Rheinsberger Gefährten gestorben, der bis zuletzt in der unmittelbaren Umgebung des Gebieters geblieben war, der podennarbige, schließlich von Hüftweh schwer geplagte Wyllich,¹⁾ in vierzigjähriger Freundschaft bewährt. Im Herbst 1773 ging Seydlitz dahin, wenige Wochen nachdem der König ihn zu Ohlau an seinem Siechenbette besucht hatte; im nächsten Jahre folgte Fouqué, im Mai 1775 starben binnen drei Tagen Krus emark und der tagtägliche Gesellschafter Quintus Zeilius. Alle schien überleben zu wollen der alte Pöllnig, der schon am Hofe Friedrich Wilhelms I. die lustige Person und, gefährlich genug, auch den Geschichtsträger gespielt hatte; er war in das vierundachtzigste Lebensjahr eingetreten und trotz wiederholter Erkrankung Charons Nachen immer wieder entwischt, weil er, wie der König spottete, das Fahrgeld nicht bezahlen konnte; jezt, am 23. Juni 1775, schloß auch er sein bewegtes Leben, „von niemand betrauert als von seinen Gläubigern“. Um so aufrichtiger beklagte Friedrich den Tod des ehrwürdigen Lord George Keith, der während des bairischen Erbfolgekrieges neunzigjährig in Potsdam starb. Ihm folgte noch in demselben Jahre 1778 der französisierte Pommer Krodow, auf dessen Namen der König einen eigenartig gemischten Punsch getauft hatte, und 1781 der halb erblindete Buddenbrock, noch einer von den alten Rheinsbergern, der langjährige Generaladjutant. Und endlich mußte Friedrich auch den seit zwanzig Jahren liebgewonnenen schriftlichen Verkehr mit d'Alembert, der am 30. September 1783 in Paris starb, missen. Der Briefwechsel mit dem gelehrten Marquis Condorcet, nunmehr sein Berater in den Angelegenheiten der Berliner Akademie, gewann einen intimen Charakter nicht.

Längst war auch der alte Kabinettssekretär dahingegangen, der getreue Eichel, Friedrichs verschwiegener Schatten; die Fluten des großen Krieges hatte er noch verrinnen sehen, dann aber nur noch fünf Jahre und nur noch mit einem schwachen Rest von Lebenskräften seines Amtes walten können. Als vielvermögend, wie Eichel, hatte lange Zeit auch Henri de Catt gegolten, der Vorleser, dem seit den mährischen Feldquartieren von 1758 die Gnadensonne strahlte. Aber Catt hatte seit 1780 den Schmerz, sich zurückgesetzt und aus der täglichen Gesellschaft des Herren verbannt zu sehen, doch wohl, weil er in so vielen Jahren nicht gelernt hatte, wie der Kabinettsrat Stellter sich ausdrückte, „den großen Unterschied zwischen den Konversations- und den Arbeitsstunden“ zu erkennen und anzuerkennen.

Männer wie Eichel und Catt hatten nie zu der Tafelrunde gehört. Gerade beim Mahle entbehrte eine von Hause aus so gesellige Natur wie Friedrich die alten Gefährten am schwersten. Ersatz zu schaffen war nicht leicht. Der im Jahre 1768 gemachte Versuch, einen von früher in freundslichem Andenken stehenden Fremden, den schwedischen Diplomaten Rudenschöld²⁾ gegen einen

¹⁾ „Friedrich der Große als Kronprinz“ S. 132 (2. Aufl. S. 135).

²⁾ Vgl. Bd. I, 282, 283.

Ehrenfeld, lediglich zu Friedrichs Gesellschaft, nach Preußen zu ziehen, führte zu keinem Ergebnis. Ein kurzes Phänomen für Potsdam wurde, eine Bekanntschaft aus dem Feldzuge von 1758, jener romantische Sonderling aus Mähren, der alte Graf Hobitz, dessen Zauberschloß Rosswalde, den „Palast Armidens“ Friedrich besucht und besungen hatte; wiederholt dringend eingeladen, kam Hobitz doch erst 1776, als er sich am Bettelstab sah, und der Mann, der „fast wie Voltaire sprach“, nahm nun auch Voltaires Platz bei Tisch zu Sansfouci ein. Aber schon 1778 erlag der alte Lebemann seinem Steinleiden.

Auf einer Reise durch Frankreich und Deutschland begriffen, ließ sich im Jahre 1779 der achtundzwanzigjährige Marschese Girolamo Lucchesini dem König von Preußen vorstellen. Er gefiel und kam auf Friedrichs Einladung bald wieder, um als Kammerherr Dienste zu nehmen. Seit dem Mai 1780 verging kaum ein Tag, daß der junge Italiener dem Könige nicht Gesellschaft geleistet hätte. Mit einem Landsmanne, dem etwas querköpfigen Grafen Pinto, einem Piemontesen, mit dem Oberstallmeister Grafen Schwerin, dem Jugendkameraden, einem der „Plastrons“ für die Pfeile des königlichen Wizes, und mit dem Generalleutnant Grafen Görz¹⁾ bildete Lucchesini jetzt den Stamm der Tafelrunde zu Sansfouci oder im Potsdamer Schloß.

Sein Tagebuch aus der Zeit vom 8. Mai 1780 bis 25. Juni 1782 ist die einzige Quelle, die wir über Friedrichs Tischgespräche besitzen. Selbst wenn außer den drei oder vier ständigen Tischgenossen niemand eingeladen war, pflegte die Unterhaltung höchst angeregt und munter zu sein. „Pranzo lieto“ bezeugt Lucchesini in seinem lakonischen Notizenstil oft genug, auch wenn er nichts inhaltlich Bemerkenswertes aufzubewahren hat. Er verzeichnet Mahlzeiten im kleinsten Kreis, die fünf bis sechs Stunden währten. „Es läßt sich nicht beschreiben,“ versichert er, „mit welcher Freundlichkeit und Liebenswürdigkeit die Tischgenossen behandelt werden; jeder Zwang ist verbannt, es herrscht nur der Unterschied des Geistes und des Wissens.“ Die Hauptkosten der Unterhaltung trug, wie sich versteht, der Wirt; oft riß er das Gespräch ausschließlich an sich, so daß manche seiner Tischreden zu gesprochenen Abhandlungen wurden²⁾. Die Soupers, die zu Voltaires Zeiten die Tagesordnung beschloßen und den Höhepunkt der Geselligkeit bezeichneten, fanden jetzt nicht mehr statt, denn der König hatte sich während der sieben Kriegsjahre der Abendmahlzeit entwöhnt. Aber nach dem Konzert, gegen sechs oder sieben Uhr, erwartete er seine kleine Gesellschaft meist noch einmal, wenn er nicht vorzog, Lucchesini allein rufen zu lassen. Man unterhielt sich eine Stunde oder länger, wie bei Tisch „encyclopädisch“ über litterarische, philosophische, ästhetische, politische und zumal auch wirtschaftliche Fragen; gern auch erzählte der König von seinen Erlebnissen, seinen Schlachten und diplomatischen Schachzügen. Seine Reider haben von dem letzten der Gesellschaftler Friedrichs des Großen gesagt: „Er hat Eiprit genug, um zu bewundern, und nicht so viel, um Nebenbuhler zu sein“. Unbefangenerer Beobachter haben Lucchesini das Zeugnis gegeben, er habe es ohne die geringsten

¹⁾ Oben S. 524.

²⁾ Vgl. Bd. I, 495 (2. Aufl. S. 496).

Schmeißelkünste dadurch getroffen, daß er aufmerksam zuhörte und bei seiner vielseitigen Bildung stets Rede und Antwort zu stehen vermochte; durch seinen Geist wie durch seinen Charakter habe er sich nicht bloß dem Könige, sondern jedermann empfohlen. Ein Zwischenfall, dessen das Tagebuch gedenkt, läßt ersehen, wie der junge Fremdling seine Stellung zu nehmen verstand. Nach einer abfälligen Aeußerung über die italienischen Marquis, die, schnell hingeworfen, von Friedrich nicht böse gemeint war, aber doch verletzen mußte, verstummte Lucchesini und brach während der ganzen Tafel sein Schweigen nicht. Als er abends wieder erschien, war der König „comis, blandus, humanus“: „sprach über die Unmöglichkeit, augenblickliche Einfälle zu unterdrücken“.

Das mußte sich die Umgebung schon gefallen lassen, daß der alte Herr aus dem reichen Schatze seines Gedächtnisses dieselben Anekdoten wieder und wieder zum besten gab, „besonders wenn Fremde hinzukamen, die noch nicht eingeweiht waren“ — so berichtet sein Kämmerer und langjähriger Hausgenosse Schöning, und Lucchesinis Tagebuch gibt in der That mehr als einen Beleg dafür, daß Friedrich damals in seinen letzten Jahren noch immer die lustigen Histörchen erzählte, durch die er im Siebenjährigen Krieg seinen Vorleser Calt zum Lachen gebracht hatte.

Zu den Gesellschaftern, die der König von Zeit zu Zeit sich zu längerem oder kürzerem Besuch nach Potsdam einlud, gehörten die beiden Kabinettsminister Finkenstein und Herzberg, der verabschiedete Minister von der Horst und wiederum ein Italiener, der Dompropst Bastiani. Der Schneidersohn aus Venedig, zwei Jahre jünger als Friedrich, ein Mann von riesenhafter Körpergröße und glatter französischer Bildung, war nach seinem Austritt aus dem Franziskanerorden 1744 Hausgeistlicher des Breslauer Fürstbischofs Singendorff geworden; der Roadjutor Schaffgotsch hatte ihn bei Hofe eingeführt, und der König hatte ihn schon 1747 zu einer Vertrauensendung an den Papst benützt. Nach der Kapitulation von Breslau 1757 als Gefangener in das Stockhaus nach Wien geführt, war er nach seiner Freilassung von Friedrich mit dem Worte begrüßt worden, sein Name werde in dem Martyrologium borussicum bewahrt bleiben. Von Bastiani hieß es, daß der Geist des vollendeten Hofmannes siebenfach auf ihm ruhe. Berühmt waren seine schlagfertigen Antworten; als der König seinen geistlichen Tischgenossen bat, ihn, den Ketzer, dereinst durch die Himmels Thür unter dem Priestermantel mit einzuschmuggeln, erklärte Bastiani seine Bereitwilligkeit unter der Voraussetzung, daß man dort auf die Koutrebande nicht so scharf acht haben werde, wie in Preußen. Ein andermal soll er sich der Sarkasmen des Gebieters mit dem Ausruf erwehrt haben: „Allmächtiger Adler, decke mich mit deinen Flügeln, aber verschone mich mit deinem Schnabel.“ Noch ein anderer dieser weltmännisch gebildeten Prälaten war wiederholt in Potsdam Gast, Graf Ignaz Krasicki, Fürstbischof von Ermland, der Dichter unter den geistlichen Oberhirten.

Von Generalen war Möllendorff aus Berlin bisweilen zu Gaste, auch Dalwig aus Ratibor, der bei Torgau an der Spitze der Spaenschen Kürassiere¹⁾

¹⁾ Eben S. 274. 275.

seinen Ruhm begründet hatte; aber der mürrische, launenhafte, stets zum Widerspruch geneigte Mann war dem König mehr respektabel als sympathisch. Anders Generalleutnant v. Prittwitz, Runersdorfer Angehöriger,¹⁾ der allemal, wenn er von Berlin herüberkam, neuen Gesprächsstoff und zumal die Chronik der Berliner Damenwelt mitbrachte: „je ne ris qu'avec Prittwitz“, soll der alte König gesagt haben. Ein Jugendfreund, mit dem der junge Fürst einst viel gelacht, erschien in Chasot noch einmal auf der Bildfläche. Der glänzende Reiterführer von Hohenfriedberg hatte nach seinem Austritt aus dem preussischen Dienst seine Soldatenlaufbahn als Stadtkommandant von Lübeck sehr friedsam fortgesetzt. Von dort aus ist er nach dem bairischen Erbfolgekrieg in zwei Wintern zu mehrwöchigem Besuch nach Potsdam gekommen; man erging sich in Erinnerungen an fröhliche und an große Tage und kam dabei immer wieder auf Chasots kleine Lübecker Welt zurück: „Chasot,“ schreibt Friedrich am 2. Februar 1784, „spricht nur von Efferei, von Champagner, Rheinwein, Madeira, Ungar, von der Pracht der Herren Kaufleute der Lübecker Börse, von dem großen Strom Trade, von dem Hafen der Stadt und von seinem Garten, für den er mir eine genaue Aufzählung aller Bäume, Sträucher, Pflanzen, Gemüse und Kräuter, die ihn verschönen, gegeben hat.“ Wenn das so weiter gehe, so versprach er sich, demnächst dem großen La Quintinie mit einem Buch über die Gartenkunst Schach bieten und in einer Schrift über die Nomenklatur der Pflanzen mit Linné wetteifern zu können.

Fremde Diplomaten und Offiziere wurden zu des Königs Tafel grundsätzlich nicht zugelassen. Eine Ausnahme wurde im Sommer 1780 mit einem österreichischen General gemacht, dem Fürsten Ligne, dem geistreichen Wallonen, den Friedrich zehn Jahre zuvor bei der mährischen Begegnung mit Joseph II. kennen gelernt hatte. „Der König übertraf thatsächlich sich selbst,“ vermerkt Luchefini am 11. Juli 1780 in seinem Tagebuche, und der Gast war ganz hingerissen von dem, was Friedrich sagte, und noch mehr von der Art, wie er es sagte, von der „Magie seiner Unterhaltung“: er able alles durch sein Gespräch, selbst das Geringsfügigste; „alles das Pridelnde, was da in bunter Abwechslung gesagt wurde, kam aus seinem Munde in einem überaus sanften Tonfall der Stimme, ziemlich leise, ganz so ansprechend wie die Bewegungen seiner Lippen, auf denen eine unbeschreibliche Anmut lag“.

Abendtafel wurde nur noch angesagt, wenn Gäste, die besonders geehrt werden sollten, eingetroffen waren. So pflegten im Herbst die Schwestern des Königs, die Herzogin Philippine Charlotte von Braunschweig und die Prinzessin Amalie, auf einige Zeit zu Besuch nach Potsdam zu kommen; der Bruder bewirtete sie im Neuen Palais²⁾ und nahm dann selber dort Wohnung. Seine Gemahlin, die Königin Elisabeth Christine, sah er nach wie vor nur in Berlin, wenn sich der Hof versammelte. Einmal, im Dezember 1771 hat die schwedische Schwester, die stolze, heißblütige Königin-Witwe Ulrike nach fast dreißigjähriger Abwesenheit³⁾ die preussische Heimat wieder aufgesucht; durch ihre Ankunft wurde

¹⁾ Oben S. 225. 350.

²⁾ Oben S. 356.

³⁾ Vgl. Bd. I, 224. 469.

nach Friedrichs Ausbruch die ganze königliche Familie „neu belebt“, er selbst fühlte sich „um zehn Jahre verjüngt“. Ulrike blieb sieben Monate. Leider hatte der Besuch einen störenden Nachklang, denn kaum hatte die Königin ihre Verwandten verlassen, so kam die Kunde von dem für die preussische Politik so unbequemem Staatsstreich des jungen Königs Gustav,¹⁾ und als Friedrich nun der Schwester mit einem Krieg gegen ihren Sohn drohte, antwortete ihm Ulrike, noch auf der Rückreise aus Stralsund: „Sie werden Ihre eigene Schwester diesen Platz verteidigen sehen; ich werde überall sein, wo Ihre Kugeln einschlagen. Sie werden den Platz einnehmen, daran zweifle ich nicht, aber es wird geschehen um den Preis meines Blutes, und noch bei meinem letzten Atemzuge werde ich Ihrer würdig sein.“

Mit lebhafter Theilnahme hatte der König die Zukunft seines Hauses und des Landes, die drei Kinder des 1758 verstorbenen Prinzen von Preußen, heranwachsen sehen, die Prinzen Friedrich Wilhelm und Heinrich und die Prinzessin Wilhelmine. Als die Prinzessin sich 1767 dem Prinzen Wilhelm V. von Oranien vermählte, begann der König einen Briefwechsel, in welchem er sich zwanzig Jahre hindurch der Niichte wahrhaft als einen Vater gezeigt hat. Nicht minder lieb hatte er den jungen Prinzen Heinrich gewonnen; der plötzliche Tod des Neunzehnjährigen, am 26. Mai 1767, hat ihn tief erschüttert. Er selbst bestimmte den Bibeltext für die Leichenrede: „Meine Gedanken sind nicht eure Gedanken, und eure Wege sind nicht meine Wege.“ „Mein Kind hatte mir das Herz entwandt“, schreibt er vierzehn Tage später, „durch eine Menge guter Eigenschaften, denen kein Fehler gegenüberstand. Ich sah in ihm einen Prinzen, der den Ruhm des Hauses aufrechterhalten würde. Wenn ich denke, daß dieses Kind das beste Herz der Welt hatte, angeborenes Wohlwollen besaß und für mich Freundschaft empfand, so treten mir unwillkürlich Thränen in die Augen und ich muß den Verlust des Staates und meinen eigenen tief beklagen. Ich bin niemals Vater gewesen, aber ich bin überzeugt, daß kein Vater seinen einzigen Sohn anders betrauert, als ich dieses lebenswürdige Kind.“

Wer könnte verkennen, daß solche Worte und mehr noch des Königs später in der Akademie verlesene Eloge auf den jungen Prinzen mittelbar eine Kritik des älteren Bruders, des Thronfolgers, enthalten? Sein Urtheil über diesen Neffen blieb kühl und absprechend, ob immer der Beherztheit des Prinzen im böhmischen Feldzug von 1778 einmal öffentlich ein Lob gespendet wurde. Als 1769 die Ehe Friedrich Wilhelms mit seiner Cousine Elisabeth von Braunschweig bei beiderseitiger Verschuldung getrennt werden mußte, hat der König das Verhalten des Prinzen auf das schärfste verurtheilt. Damals war er ernstlich besorgt um die Zukunft seines Hauses, wie denn auch in Wien bereits auf das Erlöschen des brandenburgischen Mannesstammes gerechnet und gehofft wurde.²⁾ Bald hatte sich dann das Bild geändert. Nicht nur, daß dem jüngsten Bruder des Königs, dem Johanniter-Herrenmeister Ferdinand, in rascher Folge die lange ersehnten Prinzen geboren wurden; der König erlebte auch zu seiner größten

¹⁾ Oben S. 518.

²⁾ Oben S. 457.

Freude, daß dem Thronfolger aus seiner zweiten Ehe mit Friederike Luise von Hessen-Darmstadt vier Söhne erblickten, und man erzählte sich, daß er dem ältesten der Brüder, dem kleinen Friedrich Wilhelm, nach einem erfreulichen Beweise knabenhaften Eigensinnes wohlgefällig zugetrufen habe: „Dir werden sie Schlesiern nicht wieder abnehmen.“

Kennzeichnend für des Königs geringe Meinung von seinem Neffen und Thronerben ist die Thatsache, daß er während eines schweren Gichtanfalles im Winter von 1776 ernstlich daran gedacht hat, für den Fall seines Ablebens seinem Bruder Heinrich einen Anteil an der Regierung zu sichern, ihn „gewissermaßen als Tutor zu bestellen“. Dazu ist es nicht gekommen, und es würde schwer gewesen sein, eine Form für solche Tutel und noch schwerer eine Bürgschaft für ihre Dauer ausfindig zu machen. Ueberdies führte der Verlauf des Krieges von 1778 zu neuer schwerer Verstimmung zwischen den Brüdern.¹⁾ Zwar ihr Briefwechsel wurde bald wieder auf den alten verbindlichen und scherzenden Ton gestimmt, aber der Prinz blieb auf das tiefste erbittert und schalt vor seinen Vertrauten auf den König heftiger denn je. Gast in Potsdam ist er nach dem bairischen Kriege nur noch zweimal gewesen.

Wollte der alte König einen Besuch, den er sich geladen hatte, verabschieden, so deutete er dies mit Vorliebe durch die Wendung an, er habe sagen hören, daß man abreisen wolle.

Das Gleichmaß der Tage hatte für ihn nichts Erdrückendes. Es kamen Zeiten, zu denen es hieß: „Ich arbeite, promenierte und sehe niemand.“ Es war stille um ihn, aber er fühlte sich nicht einsam. Vor allem, weil eine freundliche Gefolgschaft ihm treu geblieben war, die er früh gesucht und gefunden hatte: die Wissenschaften und die Künste, von denen der Greis bekannte, daß er sie seit seiner Jugend geliebt habe und daß es auf dieser Welt kein wahres Vergnügen gebe ohne sie.

Seine genaue Tageseinteilung, in der jede Minute ihre eigene Bestimmung hatte, ließ ihn bei angepanntester Regententhätigkeit für die liebgewonnenen Nebenbeschäftigungen stets reichliche Zeit erübrigen.

In seiner Bildergalerie neben Sansjoui weilte er oft stundenlang. Die Ankäufe von Meisterwerken wurden noch fortgesetzt, unter Bevorzugung der Italiener und der Niederländer.²⁾ Immer sagte sich dabei der erlauchte Sammler, daß man seinen Liebhabereien nicht minder Schranken setzen müsse als seinen Leidenschaften. Einem König August stehe frei, 30000 Dukaten für ein Bild zu zahlen und dafür in Sachsen 100000 Thaler Kopfsteuer auszusprechen, das aber sei seine Methode nicht. Seinen Hofmaler Vanloo, den Nachfolger Pesnes, konnte er zu seinem Bedauern nicht länger als bis 1769 an Berlin fesseln. Das Bildhaueratelier leiteten unter seinen Augen nach dem großen Kriege Sigisbert Michel und seit 1774 Tassaert, der Schöpfer der Standbilder von Keith und Seydlitz. Die Boumann, Vater und Sohn, und Gontard schmückten die Residenzen mit Monumentalbauten, den Schlössern, Tempeln, Thoren in und bei

¹⁾ Oben S. 535.

²⁾ Vgl. Bd. I, 480.

Potsdam, dem Akademiegebäude, dem Palaß des Prinzen Heinrich, den Türmen auf dem Gendarmenmarkt und der Bibliothek in Berlin; auch ließ der König, um in der Hauptstadt einer beginnenden Wohnungsnot zu steuern, in den vornehmsten Straßen die Privathäuser auf seine Kosten in drei- oder gar vierstöckige umbauen und mit Kokoßassaden versehen. Freilich blieb derweil die Akademie der Künste auf dem Niveau einer mittelmäßigen Zeichenschule; ihr ist der große König nur insofern ein Förderer geworden, als er ganz zuletzt, am 25. Januar 1786, dem Minister Heintz die Aufsicht über die Akademie übertrug, der dann alsbald mit fruchtbaren Reformen begann.

Der Dienst, den Friedrich von jeder Kunst für sich verlangte, war Erhebung in eine Feiertagsstimmung, in die leichte Sphäre der Harmonie und Gefälligkeit. Zu den realistischen Gebilden Chodowieckis fand er kein Verhältnis; diese kleinbürgerlichen Stoffe waren für ihn unbedeutend. „Alle Dinge in der Welt,“ sagt er einmal, „haben ihre Grenzen, so auch die Künste, die unserm Vergnügen dienen; dehnen wir sie über ihre Sphäre aus, so denaturieren wir sie, statt sie zu vervollkommen.“

So beharrte auch sein musikalischer Geschmack einseitig bei dem einmal erworbenen innerlichen Besiz. Im Jahre 1777, als Gluck, Haydn und Mozart bereits ihren Siegeslauf begonnen hatten, meinte er nach der Wiederaufführung einer alten Oper von Haffé: „Die guten Sachen bleiben sich immer gleich, und obgleich man sie oft gehört hat, hört man sie gern wieder; überdies ist die neue Musik in einen Charivari entartet, der das Ohr verlegt, statt ihm zu schmeicheln, und der edle Gesang ist den Zeitgenossen nicht mehr bekannt.“¹⁾

Wie ein ähnlich absprechendes Zeugnis der modernen französischen Litteratur ausgestellt wurde, haben wir schon gehört.²⁾ Wohl las Friedrich noch immer viel, aber zumeist seine alten Bekannten; mit den Neuen Bekanntschaft zu machen, schien ihm „nicht der Mühe wert“. Alexanders Leben von Curtius und Diobors Weltchronik, Rollins Geschichte des Altertums und Voltaires historische Arbeiten sind die letzten Werke gewesen, die sein letzter Lektor ihm im Zusammenhang vorgelesen hat.

„Ich unterhalte mich mit den Toten, denen ich bald folgen werde,“ jagte er dann gern. Und wie oft im Lauf der Jahrzehnte hat er nicht mit einem seiner „ältesten Freunde“, mit Cicero, das Lob der litterarischen Studien verkündet, die da die Jugend bilden und das Alter erquicken, im Glück das Glück erhöhen und im Unglück uns Zuflucht und Trost bieten, uns zu Hause erfreuen und bei Fremden nicht stören, mit uns reisen, übernachten und Hütten bauen. Jetzt hatte er in der That an sich erfahren, daß, wenn alle übrigen Vergnügungen im Alter aufhören, diese stille Freude ein unverlierbares Gut sei. Mit Recht durfte Herder nachmals sagen, daß für Friedrich die Litteratur „die Hauptquelle der inneren, höheren Freude und Ermunterung“ gewesen sei.

Auch zum Schreibtisch zog es ihn immer von neuem, wie ihm denn seit je das Schreiben nicht weniger ein Bedürfnis gewesen war als das Lesen. Und

¹⁾ Vgl. Bd. I, 511 (2. Aufl. S. 512).

²⁾ Oben S. 565.

an Betrachtungsstoff fehlte es nicht, mochte er nun vorwärts oder hinter sich schauen.

Blickte er in die Zukunft, so war es zunächst die Persönlichkeit seines Nachfolgers, die ihn mit Sorge erfüllte. „Wenn nach meinem Tode,“ schreibt er 1782 in einer Betrachtung über die europäische Lage, „mein Herr Neffe in Schläffheit einschläft, wenn er sorglos dahinlebt, wenn er, verschwenderisch wie er ist, die Gelder des Staates vergeudet und nicht alle seine Seelenkräfte ansaht, so sehe ich voraus, daß Herr Joseph ihm ein Bein stellen wird und daß heute in dreißig Jahren weder von Preußen noch dem Hause Brandenburg mehr die Rede sein wird.“ Er wußte, daß wenn die Großmacht Preußen sich behaupten wollte, sie in ewigem Gesechte ihren Weg gehen mußte. Er wußte, daß seine Monarchie zur Zeit mehr als durch ihre wirkliche Macht sich durch ihre Reputation behauptete. „Die Reputation,“ so lautet eines der stolzesten Worte seines Lebens, „ist eine Sache ohne Preis und gilt mehr als die Macht.“ Hätte er eine wirkliche Macht hinter sich, soll er gesagt haben, stünde er an der Spitze des französischen Volks, so sollte kein Kanonenschuß in Europa ohne seine Erlaubnis abgegeben werden dürfen. Und nicht ohne tiefen Sinn und einen schwermütigen Beiklang war der scherzhafte Vorschlag für neue Ordensinsignien, den er 1781 seinen Tischgenossen entwickelte: für das Haus Oesterreich der donnernde Jupiter, für England der Piratenkapitän Merkur, für Frankreich der Stern der Venus, „und für uns ein Affe, denn wir äffen die Großmächte nach, ohne es zu sein“.

Dabei war es immer Oesterreich mit seinem donnernden Jupiter Joseph, das er als den dräuenden Feind betrachtete, Oesterreich, die unheimliche Macht, die, wie er sagte, trotz aller Landverluste immer furchtbar blieb. Ein Zusammenstoß Preußens mit Frankreich lag außerhalb seiner Berechnung. Wenn er den Franzosen eine „Revolution“ vorausgesagt hat, so hatte er damit doch nur den Staatsbankrott, nicht einen Volksaufstand im Sinn. Die Aera der Rebellionen schien ihm für Europa vorüber. So hat auch Voltaire gemeint, daß man unter Ludwig XVI. eine Fronde nicht zu befürchten habe, und daß die Theorien der Philosophen die Ruhe der Staaten niemals stören würden.

Das abschreckende Beispiel der französischen Finanzen erhöhte Friedrichs Besorgnisse für die Zukunft des eigenen, nur mit Hülfe peinlichster Sparsamkeit groß gewordenen Staates. Seine eigenhändige Denkschrift vom 20. Oktober 1784 „Ueber die Verwaltung der Finanzen für die preußische Regierung“ richtet an den Thronerben eine eindringliche Warnung: „In der Verwaltung der Finanzen muß man seine Grillen, seine Passionen, seine Liebhabereien zügeln; denn erstens gehören die Einkünfte des Staates nicht dem Souverän, dies Geld hat nur eine rechtmäßige Anwendung: die für das Wohl und die Erleichterung der Unterthanen. Jeder Fürst, der dieses Einkommen in Vergnügungen oder unangebrachten Freigebigkeiten verschwendet, ist in seinem Treiben weniger Herrscher als Straßenräuber, weil er dieses Geld, das reine Blut der Unterthanen, zu unnützen und oft lächerlichen Ausgaben verwendet.“ Er wirft den Fürsten vor, daß sie insgemein den Fehler der Verschwendungssucht und der Abneigung gegen finanzielle Kalkül, daß sie die Dummheit haben, sich gewohnheitsmäßig und gleichgültig durch ihre Beamten bestehlen zu lassen: „Entweder muß man die

Regierung der Staaten nicht anstreben, oder man muß den edlen Vorsatz fassen, sich der Aufgabe würdig zu machen, indem man sich alle Kenntnisse, die den Fürsten ausmachen, erwirbt, und indem man sich durch einen edlen Ehrgeiz ermutigen läßt, keine der Arbeiten und Sorgen von sich zu weisen, welche die Regierung erfordert. Man wird z. B. sagen: „Die Rechnungen langweilen mich.“ Ich erwidere: „Das Wohl des Staates erfordert, daß ich sie nachsehe, und in diesem Falle darf keine Mühe mich verdrießen!“ Der Zerrüttung der französischen Finanzen gedenkend, erklärt er, daß ein Königreich wie Frankreich immerhin unermessliche Hülfsmittel behalte, aber in einem armen Lande, wie Preußen in allen seinen Provinzen es sei, werde der Ruin binnen kurzem vollständig und unheilbar sein.

So wenig wie die Ordnung im Staatshaushalt, schien ihm in seinem Preußen für die Zukunft die religiöse Duldsamkeit gesichert, die er zum Regierungsgrundsatz erhoben hatte. Er wollte nicht dafür gut sagen, daß nicht nach seinem Tode „irgend ein Priester“ für die Wut seines Fanatismus freien Spielraum bekommen werde — an eine bestimmte Persönlichkeit, etwa einen Wöllner, den er gelegentlich einen „intriganten und betrügerischen Pfaffen“ genannt, hat er dabei nicht gedacht. Er blickte mit Befremden und Verachtung auf die Auswüchse in dem Freimaurerorden, dem er früher seine Gunst zugewandt hatte, und beklagte, daß jetzt in den Logen eine religiöse Sekte aufkomme, die, was viel sagen wolle, absurder sei, als alle bisher dagewesenen: das Rosenkreuzertum mit seinem kraffen Aberglauben und seinen Geistesbeschwörungen.

Er selbst dachte noch wie vor vierzig Jahren, als er es ausgesprochen hatte, daß hier zu Lande jeder nach seiner Façon selig werden solle. „Ich lasse jeden Gott anbeten, wie er es für richtig hält“, schreibt er 1782 beim Jahres-schluß, „und ich glaube, daß jeder das Recht hat, nach dem unbekanntem Lande des Paradieses oder der Hölle den Weg einzuschlagen, dem er den Vorzug gibt; ich begnüge mich mit der Freiheit, daß ich auch meinerseits dem Antriebe der Vernunft und meiner Façon zu denken folgen darf.“

„Das unbekanntem Land des Paradieses oder der Hölle“ — er war im Innersten doch der Ueberzeugung, daß niemand es betreten werde, daß ein „Wiedersehen im Thale Josaphat“ nicht zu erhoffen sei. Wie er eine vom Körper getrennte Seele nicht annehmen wollte, so erklärte er auch, von einer unsterblichen Seele keine Vorstellung zu haben. Die Unsterblichkeit ist ihm ein verzaubertes Schloß, das man von ferne schaut und in das niemand Einlaß erhält. Er beruft sich auf einen Philosophen seiner Bekanntschaft, „einen in seinen Ansichten ziemlich entschiedenen Mann“ — er meint sich selber, der einen hinreichenden Grad der Wahrscheinlichkeit für sich zu haben glaube, um zu der Gewißheit zu gelangen, „daß post mortem nihil est“. Tiefes Vergessen, ein andauernd Ruhen, das ist alles, was er sich von Atropos' Schere versprechen will.

Wenn aber Friedrich hie und da die Möglichkeit zuläßt, daß unser Geist seine irdische Hülle überleben wird, dann will er sich getroßt den Armen und dem Erbarmen des allgütigen Gottes anvertrauen, weil er nicht glauben kann, daß der Schöpfer sein Geschöpf mißhandeln könnte.

Ohne grübelnde Sorge wegen eines Zukünftigen, ohne Reue wegen des Zurüdliegenden, ging er auf, bis zuletzt, in der Ausnützung des Augenblickes. Im skeptischen Verzicht auf die Erforschung des Undurchdringlichen hatte er gelebt, so wollte er auch sterben, ohne im Thal des Todes nach Stützen zu greifen, die er auf der Höhe des Lebensweges von sich gewiesen hatte.

Er hat in seinen letzten Wochen geäußert, den Tod fürchte er nicht, nur ärgere er sich über den Tod und möchte ihn mit der Faust weg schlagen. Philosophischer, mit glücklicher Selbstironie hatte er einige Jahre früher an d'Alembert geschrieben: „Wenn man nicht das ist, was man ehemals Hypochonder nannte und was man jetzt mit ungleich mehr Eleganz *Vaporeux* nennt, so muß man dem Zeitpunkt, der unseren Dummheiten und unseren Qualen ein Ende bereitet, fröhlichen Sinnes entgegensehen und sich freuen, daß der Tod uns von den Leidenschaften, die uns peinigen, befreit. Nach reiflicher Ueberlegung dieses wichtigen Gegenstandes denke ich, meine gute Laune zu bewahren, solange meine elende und gebrechliche Maschine dauert. Weit davon, mich über mein nahes Ende zu beklagen, muß ich mich vielmehr beim Publikum entschuldigen, daß ich die Impertinenz gehabt habe, so lange zu leben, es gelangweilt und ermüdet zu haben und ihm drei Viertel des Jahrhunderts zur Last gewesen zu sein, was über den Spaß geht.“ Die Jugend möge am Leben hängen, so philosophiert der Greis ein andermal, weil ihr alles lache, weil ihre Unerfahrenheit ihr alles schön male und weil sie auf den Schwingen des Glückes zum Gipfel ihrer Wünsche getragen zu werden glaube: „Wie bald zerstreut die Wahrheit solche Einbildungen! Sie enttäuscht den Glücklichen durch seine eigenen Erfahrungen und zeigt ihm statt dieser geträumten Glückseligkeiten das Richtige der menschlichen Eitelkeiten.“

Ein poetischer Rückblick auf sein Leben und sein Streben führt ihn auf dasselbe Bekenntnis:

Beim Aufstieg zu dem Thron dem Ehrgeiz unterthan,
 Sprach um Unsterblichkeit den Ruhm ich gläubig an,
 Da doch in seinem Staub das Volk, stumpf und verblendet,
 Den Tadel wie das Lob nur nach dem Zufall spendet.
 In Sorgen und in Mühen verzehrte ich mein Leben,
 Blieb in Bellonas Dienst Uranien ergeben.
 Raftlos ließ ich den Geist von Plan zu Plane schweifen,
 Um in der Dunkelheit der Zukunft Bild zu greifen:
 Der nahen Sorgen Schar gefellte ich die fernen.
 Die Herrscherkunst wollt' ich mit Fleiß und Acht erlernen,
 Um durch den Menscheng Geist, durch ein verdoppelt Ringen,
 Durch kluge Rechnerei das Schicksal zu bezwingen.
 Was aber ist der Mensch und was des Menschen Dichten?
 Ein Nichts wird alsobald der Kurzsicht Plan vernichten.

In der Stimmung dieser Verse, in der Erkenntnis des Mißverhältnisses zwischen Erstrebtem und Erreichtem, in dem Gefühl der eigenen Unzulänglichkeit hat er gern den Ratschlag des „heiligen Epikur“ im Munde geführt, daß der Weise sich von den Staatsgeschäften fernhalten solle; denn alle die, welche damit

je zu thun gehabt hätten, sie wüßten, daß unter 100 Geschäften, die durch Hände gingen, 94 ärgerlich seien, und je größere Angelegenheiten man zu sehen habe, um so mehr sei man den Wechselfällen des Glücks, gewaltsamen Erschütterungen ausgesetzt. So sei ihm völlig klar, daß er, wenn er nur individuelles Glück hätte im Auge haben wollen, es als Privatmann hätte suchen müssen, in einem Stande, der ihm die Annehmlichkeiten des Lebens ausreichend ohne Ueberfluß verschafft haben würde.

Aber wenn vor Jahren einmal die Rede davon gewesen war, daß Maria Theresia an Abdankung denke, so hatte er sehr richtig gesagt, daß solche Anwandlungen, wie sie auch ihm nicht fremd waren,¹⁾ nur einem „passageren Degout“ zuzuschreiben seien. Er wußte, daß der Tüchtige und Thätige die Unlust, die Mattigkeit, die elegische Stimmung, die Trauer über die Unerreichbarkeit der Ideale immer wieder überwinden wird. Er hielt sich an seinen alten Erfahrungssatz: „Man ist in der Welt nur glücklich, indem man sich beschäftigt.“ Er sagte sich weiter, daß für den Herrscher, der schaffen muß, die Bedächtigkeit und Selbstgenügsamkeit, die Resignation und Grämlichkeit des zunehmenden Alters eine Gefahr in sich schließt. Indem er sich inmitten seiner großen Kulturaufgaben nach einem langen Kriege zu dem Grundsatz bekennt, man müsse das Vergangene vergessen, da es bleibe wie es sei, und nur an die Zukunft denken, meint er, das sei freilich einigermassen „die Rede eines jungen Menschen“: „aber bedenkt, daß die Staaten unsterblich sind, und daß die, welche an ihrer Spitze stehen, nicht altern dürfen, solange sie regieren.“ Er gibt zu, „daß alle, die aufrichtig für das Wohl der Gesellschaft arbeiten, den Traum eines Ehrenmannes träumen“, aber er setzt tapfer hinzu: „Das hindert mich nicht, in dem kleinen Kreise, in welchen der Zufall mich gestellt hat, mit dieser Arbeit fortzufahren, um die, welche in diesem Kreise wohnen, glücklich zu machen, und die Praxis der Dinge, die mir täglich durch die Hände gehen, klärt mich über ihre Bedürfnisse auf.“ „Die Menschen glücklich machen,“ das war das Ideal, wie es vor einem halben Jahrhundert der Verfasser des Antimachiavelli in frischer Begeisterung aufgestellt hatte; „sie glücklich machen, soweit es die menschliche Natur zuläßt und die schwachen Kräfte, die ich aufwenden kann, es erlauben,“ das ist der ins Alter gerettete Rest des jugendlichen Idealismus nach den Abstrichen des Lebens.

Friedrich hat solche Grundsätze nicht bloß im Munde geführt. Er ist in der That sein ganzes Herrscherleben hindurch redlich bemüht gewesen, nach seiner besten Ueberzeugung Gutes zu schaffen, Wohlthaten auszustreuen. Er erntete auch manchen Dank für sein Bemühen, aufrichtigen Dank, bisweilen in wahrhaft rührender Weise, wie wir es eben mit ihm in Hirschberg erlebt haben. Aber er brachte sich doch wieder um den besten Teil seines Lohnes, durch die Menschenverachtung, die sich je länger je mehr in ihm festgesetzt hatte.

Ihre Keime hatten von je in ihm gelegen: sein Hang zum Spott, sein scharfer Blick für die Eigenheiten, Schwächen, Lächerlichkeiten der Menschen, das frühzeitig erwachte Gefühl der geistigen Ueberlegenheit über seine Umgebung.

¹⁾ Oben S. 339.

n waren hinzugetreten die lange Uebung des unumschränkten Befehlens, die Hohnheit, die Menschen als Werkzeuge zu betrachten, die mannigfachen Erfahrungen und Enttäuschungen beim Gebrauch dieser Werkzeuge, die Einblicke, die er als Regent, als Feldherr, als Diplomat, die er in seinem eigenen Hause und an seinem eigenen Tische in die dunkeln Tiefen des Lebens, in die schlechten Instinkte des menschlichen Herzens gethan hatte. Nach dem Abfall seines einzigen Bundesgenossen wählte er in den sorgenvollen Herbsttagen von 1761 „Die Schlechtigkeit der Menschen“ zum Thema einer poetischen Epistel. Im bewußten Gegensatz zu Rousseau und in unbewußter Uebereinstimmung mit Kant betrachtete er jetzt den Menschen als im Grunde böse und begegnete den Einwürfen der Optimisten mit seinem überlegenen: „Vous ne connaissez pas cette maudite race.“¹⁾ Er kennt den „Sauerteig von Wildheit“ im Menschenherzen, der nur zu oft wieder aufsteigt, wenn man ihn zerstört zu haben glaubt. Der Mensch ist ihm eine „espèce assez méchante“, gegen die man überall der Zwangsmaßregeln bedarf, soll eine tiefwurzelnde Bosheit nicht alle Schranken der Rechtlichkeit und selbst der Wohlstandigkeit umstoßen; er spottet bitter: „in Anbetracht der Schmachlichkeit und der Verbrechen unserer Gattung dürften wir mit größerer Wahrscheinlichkeit von bösen Geistern, wenn es solche gäbe, abstammen, als von einem Wesen, dessen eigentliche Natur das Gute sein soll.“ Je älter er wurde, je mehr schwand sein Vertrauen zu den Menschen; alle diese schroffsten Aeußerungen gehören seinen letzten Jahren an. Es wird erzählt, daß Friedrich 1785 bei seinem letzten Besuch in Breslau, in einem philosophischen Gespräch mit Garve über diesen Gegenstand, die Menge Canaille genannt habe; Garve habe eingewandt: „Als Eure Majestät gestern in die Stadt kamen und alles Volk zusammenlief, um seinen großen König zu sehen, das war nicht Canaille!“; der König aber habe schnell geantwortet: „Setze Er einen alten Affen aufs Pferd und lasse Er ihn durch die Straßen reiten, so wird das Volk ebenso zusammenlaufen.“

Und doch konnte diesem Menschenverächter in Augenblicken der inneren Bewegung noch das Auge feucht werden, so daß den Seinen hinter der ehernen Herrschermaske sich plötzlich der echte Mensch offenbarte.²⁾ „Sein Auge,“ so beobachtete der Fürst von Saxe, „durch angestrengte Arbeit im Cabinet und die Mühsale des Krieges stehend geworden, verklärte sich in Milde, wenn er einen edlen Zug, etwas Erhebendes oder Rührendes vernahm oder erzählte.“

Schon ein Zeitgenosse ist der irrigen Vorstellung der Fernerstehenden entgegengetreten, als ob Friedrich bei seinem Gang zur Einsamkeit und seiner Menschenverachtung zuletzt in Melancholie verfallen sei. Die, welche damals ein zuständiges Urtheil hatten, stimmen darin überein, daß er „seinen angeborenen Hang zur Freude“ nicht verloren hat; daß es ihm wider die Natur war, mürrisch und verdrießlich zu sein; daß er denen, die um ihn waren, nicht durch Unmut oder Klagen lästig wurde; daß er sich die Fähigkeit bewahrte, alle Dinge „rosenfarben“ zu erblicken. In seinen vertraulichen Briefen haben wir den Spiegel

¹⁾ Oben S. 592.

²⁾ Vgl. oben S. 510.

dieser frohen Laune. Ciceros Briefe ad familiares, hatte ihm einst Voltaire mit einer seiner graziösen Schmeicheleien geschrieben, kämen denen von Frédéric le Grand nicht gleich: Friedrich sei fröhlicher als Cicero, wie er auch der bessere General sei, obgleich Cicero auf demselben Schlachtfeld wie Alexander der Große geschlagen habe. „Sein Frohsinn kam von seiner Ueberlegenheit,“ hat Katharina II. verständnisvoll gesagt.

Friedrich selbst sah in dieser seiner glücklichen Naturanlage seinen besten Trost in körperlichen Leiden und seelischen Erregungen, die freilich wiederum bei diesem lebendigen Temperament um so stärker auf ihn wirkten. Er beglückwünschte sich, daß er sich immer gleich blieb, auch all seine alte Frohnatur nicht verleugnete. „Ich bin alt, zerschlagen, gichtbrüchig, überjählig, aber immer froh und guten Humors,“ schreibt er als Sechziger; „mein Freund, guten Humor!“ ruft er als Fünfundsechziger dem kränkenden d'Alembert zu; „das ist das einzige Viderungsmittel, um die Bürde des Lebens zu tragen.“ Dabei beharrt er. „Man muß versuchen, das Leben fröhlich zu beenden“ . . . „Da ich die Sicht nur in den Füßen und nicht im Kopfe habe, so hindert sie mich nicht, einige Reste meiner alten Fröhlichkeit festzuhalten.“ Sein Wahlspruch, „eine Lektion für uns Greise,“ bleiben die Verse Chaulieus:

Je sème encore de quelques fleurs
Le peu de chemin qui me reste.

Bis in den Herbst von 1785 hat Friedrichs Jahreseinteilung durch seinen Gesundheitszustand eine Störung nicht erlitten. Seine Gichtanfalle — 1776 zählte er den achtzehnten — stellten zumeist sich nur im Winter ein, und wenn sie nur alle drei Jahre kamen, glaubte er sich nicht beklagen zu dürfen. Selbst außerordentliche Anstrengungen griffen seinen Körper nicht erheblich an. Am 13. Juni 1780 kam er nach vierzehntägiger mühevoller Inspektionsreise um halbzehn früh nach Sanssouci zurück, nachdem er um drei Uhr in der Nacht von Küstrin abgefahren war, also 14 deutsche Meilen in sechs Stunden zurückgelegt hatte; er saß dann dreieinhalb Stunden bei Tisch und war „frisch und guter Laune, als ob er noch nichts hinter sich hätte“. Als ihm im folgenden Jahre der Arzt die Fahrt nach Westpreußen verbieten wollte, erhielt er die Antwort: „Doktor, Er treibt sein Geschäft, ich das meinige, ich will bis zu meinem letzten Moment meine Pflicht als König thun.“ Fünf Jahre vorher hatte er einmal erklärt: „Meine Methode, mich nicht zu menagieren, bleibt immer dieselbe. Je mehr man sich verwöhnt, desto empfindlicher und schwächer wird der Körper. Mein Metier verlangt Arbeit und Thätigkeit, mein Körper und Geist müssen sich ihrer Pflicht anbequemen. Es ist nicht nötig, daß ich lebe, aber wohl daß ich handle. Dabei habe ich mich immer sehr wohl befunden.“

Seit Neujahr 1785 machten sich Verdauungsbeschwerden, die Folge fortgesetzter Verflöße gegen die Diät, störender bemerkbar; im Frühjahr stellte sich die Gicht wieder ein; der seit vierzig Jahren regelmäßig gebrauchte Egerbrunnen war in diesem Juni von nachtheiliger Wirkung auf den Magen. So schwach er

sich fühlte, reiste der König nach Schlessien zu den Truppenübungen; in der Erfüllung seines Berufes als „König-Connetable“ hat er den Todeskeim in sich aufgenommen. Nachdem er dem stürmenden Regen des vorletzten Revuetags, des 24. August, sechs Stunden lang, ohne seinen Pelz anzulegen, getrotzt hatte, mußte er nach der Parabetafel fiebernd das Bett aufsuchen; gleichwohl erschien er am nächsten Tage wieder unter seinen Truppen. Vier Wochen später hatte er in Potsdam einen Schlaganfall; dem dortigen Herbstmanöver konnte er nicht beiwohnen.

Der Winter im Potsdamer Stadtschloß verlief qualvoll. Die Anzeichen der Wassersucht traten immer deutlicher zu Tage. Sobald die Witterung im April milder wurde, mußte dem Kranken Nachmittags ein Sessel auf die Freitreppe des Schlosses gesetzt werden, wo die warme Frühlingssonne ihn bestrahlte; „ich habe immer das Licht geliebt“, hörte man ihn sagen.

Bald litt es ihn nicht mehr in der Stadt. Auf einem Umwege von mehreren Meilen ließ er sich am 17. April, nach einer Rundfahrt durch die Dörfer rings um den breiten Schwielowsee, nach Sanssouci bringen. Dort empfing er noch an demselben Tage den Grafen Mirabeau, den letzten vornehmen Fremden, der Audienz von ihm erhielt.

Je kürzer die ihm zugemessene Frist wurde, um so rastloser spannte er seine Thätigkeit an. Sonst waren die Kabinettsbeamten früh um sechs oder sieben Uhr angetreten, jetzt bestellte er sie bereits zu der vierten Morgenstunde. „Mein Zustand,“ eröffnete er ihnen, „zwingt mich, Ihnen diese Mühe zu machen, die für Sie nicht lange dauern wird. Mein Leben ist auf der Neige; die Zeit, die ich noch habe, muß ich benutzen, sie gehört nicht mir, sondern dem Staate.“ Eines Morgens, am 29. Mai, ist einer der Kabinettsräthe inmitten der Arbeit vor den Augen des Königs vom Schläge getroffen zusammengesunken; der König ließ einen anderen rufen und fuhr in seinem Tagewerk fort. Mit Genugthuung sah er doch jetzt, da die Nacht für ihn hereinbrach, wie die große lange Kulturarbeit, an die er sein Leben gesetzt hatte und die er als sein „Kinderpielzeug im Alter“ zu bezeichnen pflegte, bald da bald dort ihrem Ziele sich näherte. Schon 1783 hatte er verfügt, daß es in Pommern auf den Rittergütern mit den Staatszuschüssen für Meliorationszwecke ein Ende haben könne; im Magdeburgischen trat im Sommer 1785 der Zeitpunkt ein, wo „neue Etablissements“ nicht mehr erforderlich schienen; jetzt im Sommer 1786 meinte er, daß man auch in den pommerschen Städten mit „solchen Ameliorationes“ aufhören könne. Aber noch wenige Tage vor seinem Tode hat er wieder angefragt, ob nicht doch vielleicht für Pommern „noch einige nützliche Sachen“ ausfindig gemacht werden könnten, für die er dann auf das nächste Jahr Geld anweisen wollte.

Der König fand in Sanssouci für sein Leiden die Linderung nicht, die er noch gehofft hatte. Die Nächte spendeten immer weniger Schlaf; das Lager aufzusuchen, verbot die Atemnot, der Kranke blieb in seinem Lehnstuhle: „ich stehe nie auf, denn ich gehe nie zu Bette,“ sagte er bei der ersten Begrüßung dem aus Hannover herbeigerufenen berühmten Arzte, dem Ritter v. Zimmermann. Hülfe war nicht mehr möglich. Das Befinden wechselte. Es galt als

ein übles Zeichen, wenn man die Wagen mit den täglichen Gesellschaftern sofort wieder nach Potsdam zurückrollen sah; denn alsdann hatte der König die gemeinsame Tafel abfagen lassen. Am 4. Juli ließ er sich noch einmal auf den Condé, seinen langen Schimmel, setzen und ritt drei Viertelstunden durch den Garten von Sanssouci, sogar im Galopp. Die Wirkung war sehr übel; der Reiter kam ganz entkräftet zurück und mußte sich erbrechen. Am 10. Juli sagte er dem Doktor Zimmermann, daß er ihn in Potsdam nicht aufhalten dürfe, um die Kranken in Hannover der ärztlichen Hülfe nicht länger zu berauben. Als Zimmermann sich am nächsten Morgen beurlaubte, zog der König seinen großen weißen abgetragenen Hut mit der vergilbten Feder und neigte „mit unbeschreiblicher Würde, Huld und Freundlichkeit“ sein Haupt zum Scheidegruß: „Vergessen Sie den guten alten Mann nicht, den Sie hier gesehen haben.“

Zwei Tage zuvor war Herzberg als Sommergast seines Gebieters in Sanssouci eingetroffen. Seine Briefe an seinen Kollegen Findenstein geben uns für die nächsten Wochen bulletinartig, fast Tag für Tag, einen getreuen Bericht von dem Verlauf der letzten Krankheit des Königs.

Am 21. Juli glaubte unser Berichtersteller wahrzunehmen, daß der Kranke sich von Tag zu Tag erhole, aber gegen Ende des Monats zeigte sich eine neue Wendung zum Schlechteren, herbeigeführt durch Verdauungsbeschwerden. Am 30. Juli abends mußte der Vorleser in Voltaires Geschichte Ludwigs XV. beim Jahre 1757 innehalten, weil die Schmerzen allzu gewaltsam auftraten; die Lektüre ist nach diesem Tage nicht wieder aufgenommen worden.

Gerade in diesen Tagen, da die Auflösung schnelle Fortschritte machte, wurde in den Berliner Buchläden ein Pamphlet voll der niedrigsten Schmähungen gegen den König und seine Umgebung frei öffentlich verkauft. Herzberg wünschte das Verbot der Schrift; der König, dem man sie zugeschickt hatte, sagte ihm: „Man muß das verachten.“

Als Friedrich sich in den nächsten Tagen wieder wohler fühlte, verlangte er von seinem Berliner Arzt Selle „mit seiner gewohnten Furchtlosigkeit“, er solle das angesammelte Wasser durch Einschnitte an den Beinen entfernen. Der Arzt konnte sich dazu nicht entschließen, da er ein Hinzutreten des Brandes fürchtete; die Natur half sich am 4. August selber durch eine rosenartige Entzündung des linken Schienbeines mit reichlicher Absonderung von Feuchtigkeit. Der Kranke fühlte sich erleichtert. Sein Appetit blieb vortreflich; er stellte sich täglich die Speisenfolge zusammen und aß reichlich, schwere und leichte Gerichte unterschiedlos. Es war ein Zeichen neuer Lebenslust, daß er von diesem Tage an die ganze nächste Woche hindurch seine kleine Gesellschaft wieder zweimal täglich, morgens gegen elf Uhr und abends gegen sechs, um sich versammelte. Auch Hoym, der schlesische Provinzialminister, wurde in diesen Tagen noch zum Vortrag empfangen. Am 12. äußerte der König, daß er sich wie neugeboren fühle, sank aber bald darauf in Schummer. „Er thut seine ganze Arbeit,“ schreibt Herzberg, „aber doch mit Widerstreben, mit Eile und indem er sich dazu zwingt, so daß er nicht alles mit voller Aufmerksamkeit liest.“ Am Morgen des 13. erzählte er dem Minister nach einer durch Fiebererscheinungen gestörten

Nacht den ganzen Inhalt der aus Wien eingelaufenen Depeschen. Die drei Adjutanten, die er als seine Vertreter zur Teilnahme an den schlesischen Manövern abordnete — der Soldatenwitz hatte die nicht überall gern Gesehenen die heiligen drei Könige getauft — versah er am selben Tage mündlich mit den eingehendsten Weisungen. An diesem Abend schlief er um sieben Uhr in Gegenwart seiner Gäste ein, schickte sie um acht fort und schlief von zehn Uhr ab zwölf Stunden ununterbrochen, ließ dann den Stadtkommandanten und die seit sechs Stunden harrenden Sekretäre vor und diktierte kurze Antworten auf die diplomatischen Berichte. Die Gesellschaften wurden an diesem 14. nicht mehr gerufen.

Am 15. August begann der König die Arbeit mit seinen Kabinettsbeamten wieder früh um fünf. Fieber war nicht vorhanden, dem ihn behandelnden Chirurgen schien der Zustand befriedigend. Aber die Unterschriften, die er noch erteilte, zeigten in ihren verschobenen Zügen unverkennbar die Schwäche des Schreibenden.

Am 16., einem Mittwoch, erschienen die Sekretäre, die Adjutanten, der Stadtkommandant früh zu der einem jeden vorgeschriebenen Zeit; auch heute, wie vorgestern, mußten sie warten. Die Stunden vergingen, endlich ward der General Rohdich gerufen. Der König hatte sich in einem klaren Augenblicke seiner erinnert, er wollte ihm die Parole geben, er fand seine Sprache nicht; er sah Rohdich mit einem klagenden Blicke an, das Haupt sank seitwärts in die Kissen zurück, der General war zu Thränen gerührt und zog sein Tuch vor die Augen, der König schlummerte wieder. Die Truppen, die vor dem Thore exerzierten, erwarteten jeden Augenblick die Nachricht von seinem Abscheiden.

Um drei Uhr nachmittags kam, durch einen Eilboten des Prinzen von Preußen aus Berlin herbeige Holt, der Doktor Selle. Das Bewußtsein war jetzt etwas lichter, der König erkannte die Anwesenden, aber er erinnerte sich nicht der heute noch nicht erledigten Regierungsgeschäfte. Das Gesicht war leicht geröthet, die Augen hatten ihr altes Feuer noch nicht ganz verloren, und die Füße vermochten im Verlauf dieses Abends noch einige Schritte zu machen. Ein sanfter Schlummer brachte gegen sieben Uhr gelinden Schweiß, aber die Beine bis zum Knie aufwärts begannen zu erkalten. Seit neun Uhr lag ein kurzer Husten auf der Brust, von lauten Röcheltönen unterbrochen. Dazwischen noch einige Worte, einige Gebärden. Als die Wanduhr über seinem Haupte elf schlägt, horcht der König auf und fragt: „Was ist die Glocke? Um vier Uhr will ich aufstehen.“ Das Bewußtsein ist ihm noch nicht ganz geschwunden; er fragt nach seinem Windspiel und befiehlt, das fröstelnde Tier mit einem Kissen zuzudecken. Er wehrte nicht, daß sein Kammerhufar Strüßky, der den fort und fort in eine gepreßte Stellung Zusammensinkenden fast alle zwei Minuten aufrichten mußte, sich endlich neben dem Stuhle auf das Knie ließ, ihn umschlang und mit beiden Händen stützte: also verharrete der treue Diener noch an drei Stunden. Nach einem neuen heftigen Hustenanfall, der den Schleim löste, seufzte der Sterbende: „La montagne est passée, nous irons mieux“. In dem Nebenzimmer weilte Selle mit Herzberg, Görz und Schwerin; als der Arzt eine Stunde nach Mitternacht noch einmal das Krankenzimmer betrat, zitterte der

Puls und wick zurück, das Auge war matt und feucht. Der Husten ward feltener und schwächer, das Nöcheln stärker. Zwanzig Minuten nach zwei ein leises Zucken des Mundes, der Tod war gekommen.

Herzberg drückte dem großen König die Augen zu und führte dann den alsbald aus Potsdam herbeigerufenen Nachfolger zu der Leiche. Als am Morgen der junge Prinz Friedrich Wilhelm, der nunmehrige Kronprinz, nach Sanssouci kam, sah er den Toten im Konzertsaal auf seinem Feldbett liegen, einen kleinen Hut auf dem Kopfe, der mit einer Serviette um das Kinn befestigt war, mit einem alten blauen Seidenmantel und darunter einem Pelzhemd angethan, die Füße in großen Gichtstiefeln. Zwei Diener lehrten mit grünen Zweigen die Fliegen von dem Antlitz ab.

Und wenn nun seine Offiziere an diese eilig hergerichtete Bahre herantreten und seine Grenadiere, dann gemahnte es sie ernst und wehevoll an die großen Zeiten der gemeinsamen Kämpfe: also in seinen Mantel gehüllt, hatte er so manche Nacht auf seinem Strohlager mitten unter ihnen geruht. Und die hellen Thränen rannen über ihre Wangen. Dem einen aber von den Getreuen, dem in seine schweizerische Heimat zurückgekehrten General Ventulus, sollte noch vor Jahreschluß sein Wunsch in Erfüllung gehen, den er damals aussprach: seinem Heldenkönig bald als Arrieregarde folgen zu dürfen, wie Zieten zu Anfang des Jahres die Avantgarde gebildet hatte.

Bei der Eidesleistung der Berliner Garnison für Friedrich Wilhelm II., noch am Todestage selbst, richtete General Möllendorff an die Offiziere tief erschüttert, weinend, die schlichten Worte: „Sie haben den größten der Könige, den ersten der Helden verloren, und ich verliere meinen Herrn und, wenn ich es sagen darf, meinen Freund.“

Nicht auf der Terrasse zu Sanssouci, wie er selbst es bestimmt hatte, ist Friedrich zur letzten Ruhe gebettet worden, sondern in der Potsdamer Garnisonkirche an der Seite seines Vaters. Dorthin wurde der Sarg am Abend des 18. August übergeführt, nachdem die Leiche den Tag über im Stadtschloß öffentlich in Parade ausgestellt worden war. Am 9. September fand das feierliche Leichenbegängnis statt, ganz in den Formen, in denen sich einst die Totenfeier für Friedrich Wilhelm I. bewegt hatte.

Noch nie hatte einen Sterblichen eine solche Fülle von Nachrufen zu Grabe geleitet, wie sie uns in der weitwichtigen, alsbald nach Friedrichs Tode aus dem Boden geschossenen Litteratur vorliegt. Leichenpredigten und Gedächtnisreden, Kantaten, Oden und Epitaphe, zusammenfassende Lebensbeschreibungen und Beiträge zu einzelnen Augenblicken seiner Geschichte, Essais und Fragmente und endlich jene zahlreichen Sammlungen gut oder schlecht beglaubigter Anekdoten. Für den Geschichtsforscher sachlich nicht allzu ergiebig, ist diese Litteratur als Ganzes ein vollwichtiges Zeugnis dafür, in welchem Maße Friedrichs Heldenleben den Zeitgenossen Betrachtungsstoff, ihrer Phantasie Beschäftigung geboten hatte. Seine Persönlichkeit war ihnen nun einmal „die größte Merkwürdigkeit des Jahrhunderts“.

Aus der breiten Masse der Nachrufe ragt der eine empor:
 Willst du aber die Meinung beherrschen, beherrsche durch That sie,
 Nicht durch Geheiß und Verbot. Der wahre Mann, der beständige,
 Der den Seinen und sich zu nützen versteht und groß dem Zufall gebietet,
 Der den Augenblick kennt, dem unverschleiert die Zukunft
 In der stillen Zelle des hohen Denkers erscheint,
 Der wo alle wanken noch steht —
 Der beherrscht sein Volk, er gebietet der Menge der Menschen.
 Einen solchen habt ihr gesehen vor kurzem hinaufwärts
 Zu den Göttern getragen, woher er kam. Ihm schauten
 Alle Völker der Welt mit traurigen Blicken nach.

Goethe hat diese flüchtig auf das Papier geworfenen Verse nicht vollendet und nicht veröffentlicht. Wie weit und bis in welche Niederungen Friedrichs Ruhm gedrungen war, dafür traten dem Dichter auf seiner italienischen Reise die Beweise leibhaftig entgegen, von dem päpstlichen Offizier aus Perugia, der da wissen wollte, daß der Preußenkönig insgeheim katholisch gewesen sei, bis zu den sizilianischen Kleinstädtern, deren Teilnahme an diesem Großen so lebhaft war, daß Goethe ihnen seinen Tod verhehlen mußte, um seinen Wirten „nicht durch eine so unselige Nachricht verhaßt zu werden“.

Aber Friedrichs Weltruhm und die volkstümliche Verbreitung seines Bildnisses „auf Pfeisköpfen und Tassen“, an der Goethe später seine eigene Popularität gemessen hat, sie hatten ihre Rehrseite.

Mirabeau schrieb am Abend des Todestages aus Berlin, dieser Tag habe ein bemerkenswertes Schauspiel geboten: „Alles ist düster, nichts traurig; alles ist beschäftigt, nichts bekümmert. Kein Gesicht, das nicht Erleichterung und Hoffnung ankündigt; nicht ein Bedauern, nicht ein Seufzer, nicht ein Lob. Dahinaus also laufen so viel gewonnene Schlachten, so viel Ruhm, eine Regierung von fast einem halben Jahrhundert voll so vieler Großthaten. Alle Welt wünschte ihr Ende, alle Welt beglückwünscht sich dazu.“

Wir haben das Mißvergnügen der vornehmen Gesellschaftsschichten, innerhalb deren Mirabeau in Berlin verkehrte und seine einseitigen Beobachtungen machte, kennen gelernt. Die „große Revolution“, auf die Herzberg und andere mit ihm gehofft hatten, war gekommen. Ein englischer Diplomat hatte schon vor Jahren gesagt: es werde fast dieselbe Geschicklichkeit erfordern, für Preußen die errungene, weit über die natürlichen Verhältnisse hinausreichende Stellung zu behaupten, als sie begründet zu haben. Die Männer aber, die jetzt an der Bahre des großen Königs standen, der Nachfolger und seine Verater, haben sich die Frage nicht vorgelegt, ob ihre Kräfte hinreichen würden, die Arbeit des hundertarmigen Titanen fortzuführen. Genug, daß die Zukunft jetzt ihnen gehörte.

Nicht gegen das Regierungssystem Friedrichs als Ganzes, nur gegen die Anwendung des Systems in Einzelheiten und gegen seine Auswüchse haben sich die Reformanläufe der nächsten Jahre gerichtet. Wie wenig man mit dem Alten scharf brechen, grundsätzlich etwas Neues schaffen, ganze Arbeit leisten wollte,

das beweist nichts schlagender als die damals ausgegebene Losung:¹⁾ Rückkehr zu der Staatsordnung Friedrich Wilhelms I.! Die „glücklichen Zeiten“ dieses Herrschers, von denen doch niemand mehr eine greifbare Vorstellung hatte, waren in aller Munde. Grundsätzlicher Widerspruch gegen das System und zwar vorzugsweise gegen seine volkswirtschaftliche Seite, gegen den Merkantilismus, wurde nur ganz vereinzelt, von einem Fremden erhoben. Nachdem zuerst 1773 der Abbé Raynal in seiner *Histoire politique et philosophique des deux Indes* die Monopole und die Regieverwaltung Friedrichs auf das schärfste verurteilt hatte, richtete jetzt Mirabeau seinen offenen Brief an Friedrich Wilhelm II., mit der sarkastischen Aufforderung, zum Freihandel überzugehen, alle indirekten Steuern durch eine einzige Grundsteuer im Sinne der agrarischen Schulweisheit der Physiokraten zu ersetzen, das stehende Heer durch eine Bürgerwehr abzulösen, alle Adelsvorrechte und alle Monopole abzuschaffen. Mirabeaus großes Sammelwerk „*De la monarchie prussienne*“, die ganz auf die Modetheorien des Verfassers zugespitzte, geistreiche Verarbeitung allerhand eiligst zusammengeraffter, höchst lüdenhafter Nachrichten über die Verwaltung, Volkswirtschaft und Statistik des preussischen Staates, hat dann dem System Friedrichs des Großen durch acht Bände hindurch den Prozeß gemacht; ging es nach Mirabeau, so blieb von dem alten Preußen kein Stein auf dem anderen.²⁾

Derweil hatte Friedrichs Nachfolger seine Flickarbeit, seine restaurierende Thätigkeit begonnen. Man beseitigte die besonders unpopulären Einrichtungen, die französische Acciseverwaltung, die Kaffeeregie, das Tabaksmonopol. Man suchte die durch die Kabinettsregierung herbeigeführte Verbildung der Zentralverwaltung durch kleine Abhülsen zurückzubilden. Man glaubte, den auf den Unterthanen lastenden Druck da und dort erleichtern, die straff gespannten Bände lockern zu können, und geriet dabei, zumal im Staatshaushalt, sehr bald auf eine abschüssige Bahn. Weitergehende Reformgedanken fanden keinen Raum. Wöllners einst dem Prinzen von Preußen entwickelte Vorschläge zur Hebung des Bauernstandes und zur Beschränkung der Adelsvorrechte blieben unausgeführt, ja unerörtert.

Ein grundsätzlicher Bruch mit den Ueberlieferungen der vorangegangenen Regierung vollzog sich nur auf dem einen Gebiete, das außerhalb des unmittelbaren Zusammenhanges der großen Verwaltungsmaschine lag, in der Kirchenpolitik. Hier erhob Wöllner gegen König Friedrich die Anklage, daß er in seinen Landen „den Hauptgrund zur Freidenkerei und zur Verachtung der christlichen Religion“ gelegt habe, und ließ zur Verteidigung des Religionsebiktes von 1788 die wunderfame Mär in Umlauf setzen, Friedrich habe zuletzt seine Reue ausgesprochen und bekannt: „gern gebe er seine schönste Bataille dafür zurück, daß er die Liebe zur Religion und die Moralität wieder so allgemein machen könnte, wie er sie bei seinem Regierungsantritt gefunden habe.“ Wöllners Urteil über Friedrichs Stellung zur Religion haben viele andere und Bessere geteilt, vor allen der Freiherr vom Stein. Aber ein gläubiger Christ, wie der General

¹⁾ Vgl. S. 383.

²⁾ Vgl. oben S. 422.

Leopold v. Gerlach hat sich auf das Zeugnis seines Vaters dafür berufen, daß Friedrich Wilhelms II. auswendige Religiosität, verbunden mit seinem sittenlosen Wandel, der Kirche mehr Schaden gethan habe, als Friedrichs Irreligiosität.

Drei Jahre nach Friedrichs Tod schrieb Katharina II. angeichts der litterarischen Angriffe gegen sein Andenken: „Es ist ohne Frage feltfam, mit welcher Subtilität man dem Ruhm und dem Namen Friedrichs II. zu schaden sucht, und das druckt und veröffentlicht sich in Berlin; dieser große Mann ist indes nicht ersetzt.“ Goethe drückte sich noch kräftiger aus, über die Hunde, die an des „größten Königs Grube“ ihr Unwesen trieben.

Friedrich Wilhelm II. hat den Namen des „Vielgeliebten“, mit dem man ihn begrüßt hatte, nicht lange behauptet. Bei dem Thronwechsel von 1797 wünschte man sich, die Zeiten Friedrichs des Großen wieder anbrechen zu sehen, wie man elf Jahre zuvor die Zeit des ersten Friedrich Wilhelm zurückgesehen hatte. Nun spottete einer von Friedrichs Verkleinerern, sein ehemaliger Flügeladjutant Berenhorst: ein Successor, wie Friedrich Wilhelm II., gehöre wesentlich zu Friedrichs glücklichen Gestirnen: zu dem jetzigen Untenruf der Skribler und Rhetoren von der übermenschlichen Größe Friedrichs sei eine Hauptursache dieser Nachfolger, „den man sehnlich herbeiwünschte, von dem man sich viel, gar zu viel versprach, und der so wenig leistete“.

Nicht im Namen Friedrich Wilhelms I., nicht im Zeichen der Vergangenheit hätte gegen Friedrichs Werk der Angriff eröffnet werden dürfen. Die Gegner, mit denen sich die alte Monarchie auseinandersetzen mußte, waren die jungen Mächte der Zukunft, die Ideen, die, auf französischem Erdreich ausgesät und aufgesproßt, in der Revolution von 1789 ihr Haupt erhoben und sich in Frankreich alsbald wenigstens teilweise durchsetzten. Es war ein Kampf großer, tief liegender, schroff auseinanderstrebender Grundsätze, die in letzter Linie sich auf den einfachen Gegensatz von individueller Freiheit und staatlichem Zwang zurückführten. Das System des preussischen Staates, wie es Friedrich der Große zur schärfsten Anspannung, zur größten Vollendung gebracht hatte, ging auf Centralisation in einer höchsten Spitze hinaus, auf Unterordnung des Einzelnen, der Gemeinden, der ständischen Körperschaften unter die Staatsbehörden, Unterordnung dieser Behörden unter den Souverän: wie zuvor das ständische Regiment durch die Bureaucratie, so war jetzt bis zu gewissem Grade die Bureaucratie durch die Kabinettsregierung mediatisiert worden; der Absolutismus war aufs äußerste gesteigert, auf die beiden Augen des Monarchen gestellt worden. Die französische Revolution gab fünf Jahre nach Friedrichs Tod in der Verfassung von 1791 den Gemeinden Selbstverwaltung, Befreiung von der Bevormundung der Staatsbehörden, den Behörden eine befestigte Stellung neben dem Staatsoberhaupt, einer Volksvertretung Selbständigkeit neben der Staatsregierung. Und wie die politische und administrative Sphäre war nach dem alten System auch das wirtschaftliche Leben nicht bloß der Aufsicht, sondern der unmittelbaren Leitung der Staatsgewalt unterworfen; in dem Merkantilismus hatte sich der Absolutismus seine wirtschaftliche Erscheinungsform gegeben. Die neue Theorie forderte ungehemmten Blutumlauf in dem wirtschaftlichen Organismus, weiten Spielraum für alle Kräfte, freien Wettbewerb der Individuen. Eben derselbe Individualismus verwarf die

soziale Schichtung des alten Staatswesens, die Ordnung und Unterordnung der mit den Geburtsständen im wesentlichen sich noch deckenden Berufsstände, diese soziale Schichtung, die Friedrich, wie wir gesehen haben,¹⁾ auf das sorgfältigste gepflegt hatte. Sollte die alte, ständisch abgestufte Gesellschaftsordnung auch in Preußen fallen und einer einheitlichen staatsbürgerlichen Gesamtmasse Platz machen, dann fiel notwendig mit ihr auch die überlieferte Form der Steuerverfassung und der Wehrverfassung, wie sie kunstvoll und eng jener Scheidung der Stände und der mit ihr zusammenhängenden Scheidung von Stadt und Land angepaßt war.

Die Auseinandersetzung zwischen dem alten und neuen System, 1807 in Preußen begonnen, hat das ganze neunzehnte Jahrhundert durchzogen; denn mehr als hundert Jahre sind nach Friedrichs Tode dahingegangen, ehe ein so wesentlicher Teil des Reformprogramms von 1807, wie die Landgemeinbeordnung, zur Ausführung gelangt war.

Das Ideal der Regierungskunst Friedrichs des Großen mußte in dem Maße erblaffen, als das nachkommende Geschlecht sich das Wort des älteren Mirabeau aneignete, daß „die Wut zu regieren die verderblichste Krankheit der modernen Regierungen sei“ — dieses Wort, das der junge Wilhelm von Humboldt 1792 seinem Versuch über die Grenzen der Staatswirksamkeit als Motto voranstellte. Der Zusammenbruch des alten Preußens am Tage von Jena und Auerstedt war diesseits und jenseits der preußischen Grenzen für viele der Beweis, daß das Fridericianische System völlig verfehlt gewesen sei. Ein französischer Schriftsteller hat sich damals gewundert, daß man Friedrich noch immer den Großen nenne. Als dann der Freiherr vom Stein den Staat neu aufzubauen begann, da konnte es nicht anders sein, als daß er, der alles Heil von „dem lebendigen, fest strebenden, schaffenden Geist“ der Staatsbürger, von ihrer kräftigen Initiative und ihrem Selbstgefühl erwartete, daß Stein ein System verurteilte und beklagte, in welchem alles auf die Selbstregierung eines Einzelnen berechnet gewesen sei, alle Kräfte den bewegenden Stoß von oben erwartet hätten. Gleichzeitig erhob in jenen Tagen der Fremdherrschaft Ernst Moritz Arndt seine leidenschaftlichen Anklagen gegen den undeutschen König, den Franzen-Affen, den Feind und Zerstörer der deutschen Verfassung, dessen Größe Deutschland zum Verderben und dessen Gedächtnis Deutschland zum Fluch geworden sei. Ein anderes Angriffsfeld wählte sich demnächst das Restaurationszeitalter. In ihrem prinzipiellen Gegensatz gegen die naturrechtliche Doktrin und gegen den in ihr wurzelnden aufgeklärten Absolutismus betrachtete Hallers „Restauration der Staatswissenschaften“ das Fridericianische preußische Landrecht als den auffallendsten Beweis von dem unglücklichen Einfluß, den die unphilosophischen Irrtümer auch auf die Fürsten und ihre Umgebungen gehabt hätten.

Uns ist der Absolutismus einfach eine historische Erscheinung, der gegenüber wir lebiglich fragen, was sie politisch geleistet hat. Und dann lautet die Antwort, daß der Absolutismus in Preußen wie anderwärts staatsbildende Kraft in hervorragendem Grade bewährt und zumal bei uns eine in besonderem Maße pünktliche, einsichtige und zuverlässige Verwaltung geschaffen hat; daß in seiner

¹⁾ Oben S. 556. 557.

strengen und harten Schule das preußische Volk erst erzogen, ja erst geformt worden ist; daß unter dem absoluten Regiment das brandenburgisch-preußische Heer zuerst gebändigt und dann zu einem unvergleichlichen Werkzeug ausgebildet worden ist, der landsässige Adel sich zuerst an Gehorsam gewöhnt und dann als treu und hingebend erprobt hat, der Bauernstand zwar nicht aus seiner Abhängigkeit gelöst, aber in seinem Besitz gesichert, durch den Waffendienst allmählich zu Gemeinfinn erweckt und durch die persönliche Fürsorge des Monarchen mit Vertrauen zu dem Gerechtigkeitsfinn der Landesherrschaft erfüllt, das Bürgertum zu Sparsamkeit, Fleiß und Unternehmungsgeist angeleitet worden ist; daß erst der Absolutismus den Boden bereitet hat, dem dann zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts die Saat der Selbstverwaltung anvertraut werden konnte.

Daß das System des Absolutismus auch in Preußen bei den größten Leistungen offenbare Schwächen gehabt hat, ist unserer Betrachtung nicht entgangen. Wir verkennen nicht, daß in diesem System reiche Kräfte gebunden blieben, durch die allzu straffe Spannung erstickt wurden; daß das System, zumal in seiner wirtschaftlichen Ausgestaltung,¹⁾ einseitig den Verhältnissen und Bedürfnissen der mittleren Provinzen, der geschlossenen Kernlande angepaßt war; daß durch die Eigenart des Systems manche Aufgaben, welche die Reformpolitik des Königtums an sich gern gelöst hätte, gehemmt, ja unmöglich gemacht wurden;²⁾ daß die Ueberhöhung des Absolutismus, wie sie in der Kabinettsregierung erfolgte, bis zu gewissem Grade eine Desorganisation herbeiführte;³⁾ daß das System allzusehr auf die Persönlichkeit des Trägers zugeschnitten war.⁴⁾ Der letzte Punkt trifft den Kern des Problems. Aber hat denn der große Mann nicht das mit ihm geborene Recht, seiner Wesensart die Formen anzupassen, die Dinge sich zu unterwerfen, statt sich den Dingen? Jede gewaltige Energie braucht weiten Spielraum, um sich durchzusetzen, sich zu erschließen und auszugeben. Wer diese diktatorische Gewalt beklagen will, mit der noch jede große welthistorische Persönlichkeit die Schranken der Alltäglichkeit durchbrochen hat, dem ist für ein großes Geheimnis des geschichtlichen Lebens der Sinn verschlossen, der verkennt den stärksten Hebel des allgemeinen Fortschritts.

Einer unserer hervorragendsten Geschichtschreiber, Niebuhr hat gesagt: „Es hat immer Menschen gegeben, welche an allem, was groß und schön war, Flecken aufsuchten oder sie anhefteten, und diese haben sich immer vor der Nachwelt verächtlich gemacht.“ Friedrich hat seine eigene Sache geführt in seiner Verteidigung Ludwigs XIV. gegen die Angriffe der Encyclopädisten: „Die Fehler dieses Fürsten sind bekannt, und diese sogenannten Philosophen haben nicht einmal den kleinen Vorzug, sie zuerst aufgedeckt zu haben. Ein Fürst, der nur acht Tage regiert, wird ohne Zweifel Fehler begehen; um wieviel mehr ein Monarch, der sechzig Jahre seines Lebens auf dem Thron zugebracht hat.“ Es ist nicht abzu-

¹⁾ Bd. I, 488; oben S. 400.

²⁾ Vgl. oben S. 377 ff.

³⁾ Bd. I, 315. 316. 386. 395 (2. Aufl. S. 316. 317. 386. 395); oben S. 389.

⁴⁾ Bd. I, 319 (2. Aufl. S. 320).

sehen, wie Friedrich für seine Zeit die großen Leistungen, die er vollbracht hat, mit anderen Mitteln, als denen seines Systems hätte erzielen sollen. „Unsere Nation“, sagte er, für seine Zeit mit vollem Recht, „hat das Auge des Herrn nötig, um aufgemuntert zu werden.“ Und auch Stein hat anerkannt, daß Friedrich, im Gegensatz zu Josef II., von willkürlichem Umformen des Vorgefundnen weit entfernt gewesen sei. Wenn nach der eigenen Bemerkung Friedrichs für die historische Größe eines Menschen alles von dem Zeitpunkt abhängt, zu dem er auf die Welt kommt, so hat in seinem Falle der richtige Augenblick den richtigen Mann gefunden.

Versuchen wir nun, wieder nicht mit den Augen irgend eines vorangegangenen Geschlechts, sondern mit möglichst unbefangenen Blick das festzustellen, was sich, abgesehen von der Bedeutung Friedrichs des Großen für seine Zeit, bis heute als das dauernde Ergebnis seiner Lebensarbeit bezeichnen läßt; versuchen wir, was schon 1808 die Gerechtesten und Ruhigsten, wie Schleiermacher, als Aufgabe und Pflicht bezeichneten, das „Wesentliche und Bleibende“ an seinem Werke von dem „Zufälligen“ zu scheiden.

Friedrich hat die Erwerbung von Schlessien als die Epoche der Größe seiner Dynastie bezeichnet.¹⁾ Er hat noch jung sich rühmen dürfen, mehr als irgend ein anderer beigetragen zu haben zum Wachstum seines Hauses. Dieser Ruhm ist ihm geblieben. Er hat seinen Staat den entscheidenden Schritt thun lassen, ihn in den geschlossenen Kreis der alten Großmächte hineingeführt. Jeder spätere Zuwachs an Macht ist ein gradueller, nicht wieder ein spezifischer gewesen.

Mit dieser preussischen Großmacht war nun weiter die Voraussetzung und der feste Kern geschaffen zu dem deutschen Nationalstaat der Zukunft. Die neue europäische Großmacht Preußen war eine ausschließlich deutsche Großmacht, die deutsche Großmacht, die bisher in Europa gefehlt hatte; denn Oesterreich, mit unheimlichem Besitz überladen, konnte, obgleich mit der Krone des Deutschen Reiches geschmückt, als deutsche Großmacht nicht gelten. Bis dahin war, wie ein preussischer Patriot von 1808, Süvern in seinen Königsberger Vorlesungen, gesagt hat, „die Mitte Europas leer, durch Preußen bekam sie Gehalt und Fülle und Konsistenz“. Noch war die Einheit Deutschlands nicht begründet, aber ein großer innerdeutscher Einigungsprozeß hatte sich vollzogen. Der brandenburgisch-preussische Teil von Deutschland war ein so überwiegendes Bruchstück des Ganzen, daß dieser auf keinen einzelnen Volksstamm beschränkte, an keine landschaftliche Grenze gebundene Staat bereits ein Kleindeutschland, ein Neudeutschland darstellte. Derweil Oesterreichs territorialer Schwerpunkt sich aus Deutschland hinaus hob, war Preußen immer mehr nach Deutschland hineingewachsen. Nicht ein großes nationales Zukunftsbild im Auge, nicht als bewußte Träger einer deutschen Mission, sondern immer von brandenburgisch-preussischen Gesichtspunkten ausgehend, hatten gleichwohl die Hohenzollern mit jeder ihrer Erwerbungen nicht bloß dem eigenen Vorteile, sondern auch der gemeinen Sache, dem Vorteile Deutschlands gebient: schon damals galt, daß Deutschland gewann, was Preußen erwarb,

¹⁾ Vgl. Bd. I, 250.

mochte es sich um das alte Ordensland und das schwedische Pommern, oder um Westpreußen und, wir dürfen es hinzufügen, um Schlesien handeln. Noch war die Losung in Preußen nicht ausgegeben, zur Zeit und Stunde Deutschland unter preußischer Spitze zusammenzufassen; vielmehr hatte Friedrich seinen Nachfolgern den Rat erteilt, den Staat vor allem auf eine noch höhere Stufe der Macht zu erheben und dann erst an Glanz und Schimmer, an einen Titel, an die Kaiserkrone zu denken. Denn auch nach der Erwerbung von Schlesien und Westpreußen galt noch immer das Wort Friedrich Wilhelms I., daß der preußische Staat entweder zu klein oder zu groß sei; wollte er inmitten der alten Mächte, inmitten so vieler Nachbarn seine hart erkämpfte Stellung und Geltung behaupten, so mußte der junge Staat wachsen, sich dehnen, sich abrunden.

Friedrich hat seinen Staat zu einer europäischen Großmacht, zu der deutschen Großmacht erhoben: er hat seinem Volke auch das für eine Großmacht unentbehrliche Selbstgefühl gegeben, hat von seinem eigenen starken Selbstgefühl den Seinen abgegeben. Das gewahrte Goethe¹⁾ an seinem Freunde Philipp Hackert, der als Preuße von Geburt „seinen Teil von der Glorie des großen Königs sich zueignete“, nun aber auch durch „Tüchtigkeit, Strenge, Schärfe, Thätigkeit und Ausdauer“ den Besten seines preußischen Volks ähnelte. Wer hatte vor Friedrichs Zeiten von einem preußischen Volke gesprochen? Die Märker hatten zu Anfang des Jahrhunderts sich gesträubt, den Namen eines fremden Stammes, den nach Bismarcks Ausdruck „damals ziemlich verschollenen“ Namen der Preußen anzunehmen, und die Dynastie selber bezeichnete sich in den ersten hundert Jahren nach Annahme des preußischen Königstitels noch immer als das „Haus Brandenburg“. Friedrich hatte von seinen Unterthanen, vorab von seinen Offizieren und Soldaten verlangt, daß sie sich Preußen nennen sollten. Bald bedurfte es eines Gebotes nicht mehr. Die gemeinsamen Kämpfe und gemeinsamen Siege der unter dem preußischen Zepter vereinigten deutschen Stämme, die Siege der preußischen Waffen unter den schwarz-weißen Fahnen, hatten den preußischen Namen in allen Teilen der Monarchie jetzt vollstümlich gemacht. Man fühlte sich als ein Volk und fühlte sich als ein ruhmvolles Volk. Niemand hat dem bereedteren Ausdruck gegeben als Arndt, trotz seines Verdammungsurteils über das Werk Friedrichs des Großen. Indem er in seinem „Geist der Zeit“ feststellt, daß die meisten Deutschen, „Bürger kleiner Staaten“, „Teilnehmer kleiner Verhältnisse, Geschäfte und Ansichten“, Großes nicht zu verlieren gehabt und somit die Herrschaft der Fremden kaum als ein Unglück empfunden hätten, fährt Arndt fort: „Anderes widerfuhr den Preußen. Sie hatten einen unsterblichen Namen, einen großen Ruhm verloren. Sie konnten ohne Ehre nicht mehr glücklich sein. Alle fühlten das Unglück, aber bitterer fühlten sie die Schande, sie trauerten, aber zürnten noch mehr.“ So konnte die Erinnerung an Friedrich bei der Jahrhundertfeier seines Geburtstags in trübster Zeit einem Fichte, einem Blücher die flammenden Worte eingeben, welche die Herzen der Hörer zu „starker und ernster Begeisterung“ hinrißen. Und so hat Clausewitz eben damals, Anfang 1812, es ausgesprochen, wie von einem Staat mit dieser Vergangenheit ganz Europa

¹⁾ Vgl. auch oben S. 334.

erwarten müsse, „daß er sich noch einmal gegen eine völlige Unterdrückung und Vernichtung erheben und durch einen Kampf auf Leben und Tod Friedrichs Namen sich würdig zeigen werde“.

In konzentrierter Kraft und Schärfe hat das preußische Selbstgefühl in dem Organ fortgelebt, durch das der große König diesen Geist geschaffen hatte, in dem preußischen Heere. Was damals von den Preußen insgesamt gesagt wurde, galt von dem preußischen Offizier und Soldaten insbesondere: ein jeder eignete seinen Teil von der Glorie dieses Königs sich an, der sein *pro gloria et patria* in die preußischen Fahnen geschrieben, der mit seinem Heer in zwölf Kriegsjahren gegen eine Welt von Feinden das Feld behauptet und in härtester Bedrängnis bewährt hatte, daß er „mehr als ein großer Feldherr“, daß er ein Held war. Und wußte nicht jeder im Heere bis zum jüngsten Rekruten, daß der Soldatenstand im Staate der erste war, weil er von dem Könige, der selber den Soldatenrock trug, vor allen anderen Ständen geschätzt wurde? Bereits durch Friedrich Wilhelm I. seinem Volke eingeflößt, ist der militärische Geist in Preußen durch die überwältigenden Erfolge des *Friedericianischen* Heeres so erstarkt, daß er dem Staate bis auf den heutigen Tag gleichsam als *character indelebilis* geblieben ist.

Mit Recht ist betont worden, daß die neue preußische Armee, wie sie Scharnhorst und Boyen gebildet haben, noch die unverkennbaren Grundzüge des *Friedericianischen* Zeitalters trug. So hat sich auch die Reform der Verwaltung, die Umgestaltung der Behörden im neunzehnten Jahrhundert ohne schroffen Bruch mit der Vergangenheit, ohne schroffe Preisgabe der Ueberlieferungen Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II. vollzogen, und noch heute treten uns in der preußischen Verwaltung auf Schritt und Tritt Spuren jenes alten Systems entgegen, die der Zeiten Flucht, die Wandlungen von 1807 und 1848 überdauert haben. Diese Zähigkeit der alten Lebenskräfte, diese Widerstandsfähigkeit des im Heer und im Beamtentum eingewurzelten Geistes hat einst den Freiherrn vom Stein in einer Stunde zorniger Erregung zu der seitdem in mancherlei Variationen wiederholten Anklage gegen die Brandenburger hingerissen, daß sie doch eigentlich nur zu Korporals und Kalkulatoren gemacht seien. Wenn nun Friedrich die um die Mark Brandenburg sich ankrystallisierenden Provinzen an der Elbe und der Oder als den festen und für die innere Politik maßgebenden Kern seiner Monarchie betrachtet hatte, so erinnern auch daran manche Erscheinungen in unserem Staats- und Gesellschaftsleben noch heute deutlich.

Auch in seiner Wirtschaftspolitik ist uns noch heute Friedrich mehr als eine tote historische Erinnerung. In dem Maße, als gegen die lange behauptete Alleinherrschaft einer nationalökonomischen Doktrin sich während des letzten Menschenalters eine Reaktion geltend machte, erschloß sich, dank eindringender urkundlicher Studien, das Verständnis für die Ziele und Leistungen der von jener Doktrin verurteilten *Friedericianischen* Wirtschaftspolitik, und die Praxis der Gegenwart hat an mehr als einem Punkte, wie in der inneren Kolonisation, an die Vorgänge des achtzehnten Jahrhunderts angeknüpft. Bei Erörterung agrarischer Tagesfragen ist Friedrich im Parteikampf geradezu als Zeuge ange-

rufen worden. Sein Industrieschutz darf nicht nach der mehr zufälligen Thatsache beurteilt werden, daß gerade seine Lieblingserschöpfung, die Berliner Seidenmanufaktur, unter veränderten Absatzverhältnissen ihre Thätigkeit wieder eingestellt hat; sein großes Verdienst bleibt,¹⁾ durch seine Bemühungen einen leistungsfähigen Großbetrieb und einen technisch ausgebildeten gewerblichen Arbeiterstand herangezogen und damit auch hier die festen Grundlagen für die spätere Entwicklung geschaffen zu haben.

Uns viel bewußter reicht in die Gegenwart hinein die Nachwirkung seiner im engeren Sinne geistigen Erbschaft: die der Nachwelt zum Gemeingut gewordene Erinnerung an die leuchtende Thatsache, daß Preußens größter König sich persönlich in den Dienst der Wissenschaft gestellt, den Künsten seine Huldigung dargebracht und den Grundsatz der Gewissensfreiheit als das Palladium seines Staates hingestellt hat, einen Grundsatz, der, wo er sich im Verlauf unserer Geschichte je gefährdet glaubte, an kein Tribunal wirksamer hat appellieren können, als an Friedrichs geharnischten Geist.

Das persönliche Verhältnis, das seine Nachfolger zu diesem Könige gesucht und gefunden haben, ist ein verschiedenes gewesen. Der Herrscher, der dem Genius Friedrichs voll warmer Bewunderung, Friedrichs Philosophie mit entschiedenem Widerspruch gegenüberstand, Friedrich Wilhelm IV. hat in schicksalsschwerer Stunde den Hinweis auf das Beispiel des Friedericianischen Heldentums und Wagemuts mit dem Eingeständnis abgelehnt: Er sei kein großer Regent. Nicht Heldengröße läßt sich im Erbganze vermachen; das eine Stück aber aus dem Vermächtnis des Heldenkönigs wird bindend bleiben für alle Erben seiner Krone ohne Unterschied: sein Beispiel der Treue und der Pflichterfüllung, sein Wort, daß der Fürst des Staates erster Diener sein soll.

Wenn einst die heute noch unmittelbar wahrnehmbaren Nachwirkungen der Lebensarbeit des großen Königs sich im Laufe der Zeiten mehr und mehr verflüchtigt haben werden, dann wird noch das Bild seiner ausgeprägten Persönlichkeit, wie sie in ungezählten Urkunden sich offenbart hat, die Teilnahme der kommenden Geschlechter fesseln: die kraftvolle, widerspruchsvolle Mischung der Temperamente, diese einzige Verbindung von Thatkraft und Besonnenheit, Feuer und Mäßigung, Entschlossenheit und Ueberlegung, jäher Impulsivität und zäher Ausdauer, von Schärfe und Weichheit, Leichtherzigkeit und Sentimentalität, Spott und Frömmigkeit, von tiefer Verschlagenheit und herber Wahrhaftigkeit, von Talent und Charakter, Genialität und Selbstsucht. Den Dämon in seiner Brust behielt er in seiner Gewalt und wußte wiederum in derselben Brust bei härtester Not unauslöschliche Glut moralischen Widerstandes anzufachen, aus der Tiefe seiner Seele unüberwindliche Hilfsmächte zu Schutz und Trug aufzubieten. Eine ästhetisch angelegte, genußfähige, dem eignen Geständnis nach epikureisch gerichtete Natur, das echte Kind des schöngeistigen Jahrhunderts, trat aus sich heraus und nahm Heldengestalt an und bewährte das antike Wort, daß das die edelsten Seelen sind, die bei voller Empfänglichkeit für den Genuß und klarer Vorstellung von bevorstehenden Mühsalen und Opfern sich doch nicht ver-

¹⁾ Vgl. oben S. 399.

leiten lassen, den Gefahren aus dem Wege zu gehen. Und also ist es dann geschehen, daß dieses achtzehnte Jahrhundert, das politisch und militärisch als ein Zeitalter der Erschlaffung begonnen hatte, einen Lebenslauf heraufführte, von dem ein Zuschauer gesagt hat, daß künftige Geschlechter dessen Geschichte eher für ein Heldengedicht, als für die wahre Erzählung wirklich geschehener Dinge halten würden.

„Die Stärke der Staaten beruht auf den großen Männern, welche die Natur ihnen zur rechten Stunde geboren werden läßt“ — in diesen Worten hat Friedrich seine Auffassung von der Bedeutung der Persönlichkeit für die Geschichte niedergelegt. Seine eigne Geschichte bestätigt seinen Ausspruch.

Amerkungen.

Die „Politische Korrespondenz Friedrichs des Großen“ (P.C.) liegt 1903 mit Bd. 28 bis Juli 1769 vor und enthält für den Siebenjährigen Krieg ungleich reichhaltigeren Stoff als A. Schäfer in seinem verdienstlichen Werk (Gesch. des Siebenj. Krieges, 3 Bde. 1867—1874) benützen konnte. Zu den älteren militärischen Darstellungen, den Memoiren des Königs, (Euvres de Frédéric le Grand IV. V. (E.), der „Geschichte des Siebenj. Krieges“ von Tempelhoff (6 Bde. 1783 ff.; vgl. Herrmann, Ueber die Quellen L's, Berliner Diss. 1885), den Abhandlungen in der Oesterreichischen Militärischen Zeitschrift (Jahrg. 1811. 13. 20. 22. 24. 26. 33. 35. 41—43) und der „Geschichte des Siebenj. Krieges von den Offizieren des großen Generalstabs“ (6 Bde. 1824 ff.), Th. v. Bernharði, Fr. d. Gr. als Feldherr (2 Bde. 1881) ist jetzt, von mir in dem Anfang 1900 erschienenen Halbband I (die erste Lieferung lag bereits 1892 vor) noch nicht benützt, das neue Generalstabswerk (G. Stab) getreten: „Die Kriege Fr. d. Gr.“ Teil III. Bd. 1—3 (1901), bis Ende August 1757; diese wesentlich andere Zwecke verfolgende, ins einzelne gehende Darstellung von sachmännischer Seite bestätigt mir in den entscheidenden Punkten die Wichtigkeit meiner nur in großen Umrissen ausgeführten Zeichnung; ich verweise auf einen demnächst in der historischen Zeitschrift Bd. 92 von mir zu veröffentlichenden Aufsatz. — Militärische Darstellung von russischer Seite: Rastrowski, Der Siebenj. Krieg überseht von A. v. Drygalski (3 Bde., 1888 ff.), von französischer Seite: Pajol, Les guerres sous Louis XV (1881 ff.) und (im Erscheinen begriffen, auch Gesch. der Politik) R. Waddington, La guerre de sept ans (1899). Für den schwedischen Krieg: Marschall v. Sulin, Der Siebenj. Krieg in P. (1867). Für Oesterreich in erster Linie: A. v. Arneth, Gesch. Maria Theresias V—X, dazu Arneths und Beers Altenpublikationen.

Für die Zeit seit 1763 liegt eine neuere, in den Abschnitten über die auswärtige Politik auf archivalischen Studien beruhende Gesamtdarstellung vor: E. Reimann, Neuere Gesch. des preuß. Staats seit 1763 (2 Bde. bis 1786; 1882—1886). Urkundliches Material zur Gesch. der inneren Politik enthalten für den in dem vorliegenden Bande behandelten Zeitraum vornehmlich: Publikationen aus den preuß. Staatsarchiven (Publ.) XI. XIII. XVIII. XXIV. Acta Borussiae (Seidenindustrie, herausg. von Schmoller und Hünge). Preuß. Urkundenbuch zur Lebensgeschichte Fr. d. Gr. (U.B.).

VI. 1. Verlauf und Wirkungen des Feldzugs von 1756.

(Seite 11—26.) **Vorbereitungen. Besetzung von Sachsen.** Volz, Publ. LXXIV. Für die Kontroverse über den Ursprung des Krieges habe ich dem in der 2. Aufl. des ersten Bandes (S. 645) Bemerkten nichts hinzuzufügen. Seitdem hat sich auch ein norwegischer Forscher gegen die Lehmannsche Hypothese erklärt: Mosgren, Fredrik den store og syvaarskrigens oprindelse (1902); ebenso Hünge in den Forschungen zur brand. und preuß. Gesch. (im Folgenden abgekürzt: FBPG.) XV 280 ff. — Mähren als Offensivziel der fridericianischen Strategie (vgl. A. Raubé, Fr. d. Gr. Angriffspläne, Marburg 1893) halte ich gegen D. Herrmann (Jahrb.

d. deutsche Armee CXI) fest; siehe schon Bd. I 556. Vgl. auch Wolf FBPG. XIII 552. — S a c h s e n: archiv. Material bei [Bischof v. Erbstadt] Geheime des sächs. Cabinets (1866) und in den preuß. Deduktionen von 1756 (Neudrucke in „Preussische Staatschriften“ Bd. III, bearb. von D. Krausle). Vgl. weiter G. Herrmann, Preussische Jahrb. XLVII. XLVIII. Lippert, Jr. d. Gr. und Brühl, Niederlaus, Mitteilungen VII. Volz, Politik und Kriegführung Jr. d. Gr. in den ersten Jahren des Siebenj. Krieges (1896). Zu dem anéantir PC. XII 125 vgl. den Bericht des sächs. Geschäftsträgers Wiedmarkter Revue historique LVIII 14.

(Seite 26—37.) **Oesterreichische Küftung. Lobositz und Pirna.** Künzel, Publ. LXXIV p. CLVII ff. Die Entstehung der Devesche an Esterhazy vom 22. Mai (oben S. 28. Bd. I 647., 2. Aufl.) beurteilt Künzel CLXX anders; vgl. dagegen Hünke FBPG. XV 283. — Für Lobositz grundlegend Granier, Die Schlacht bei L. (1890); über das Verhältnis von Dopf, Das Treffen bei L. (1892) zu Granier vgl. Jumnich FBPG. VI 355. Dem neuen Generalstabswerk sind als Ergänzungen gefolgt: Urf. Beiträge und Forschungen zur Gesch. des preuß. Heeres, Heft I und 4 (Soldatenbriefe und die Relation Ferdinands von Braunschweig, aus der hervorgeht, daß der König den Homolaberg verlassen hat; vgl. oben S. 32).

(Seite 37—53.) **Ausbau der Koalition.** Neben den älteren Werken jetzt Künzel, Publ. LXXIV. Waddington I. Recueil des instructions données aux ambassadeurs de France (1884 ff.) Rastrowski I. Bilbassoff, Katharina II (vgl. I 421, II 24 über die englischen Nachrichten aus Rußland). Zur Kritik der Memoiren von Vernis: Künzel FBPG. XV 117. Für Schweden vgl. Arnheim FBPG. III 611; VI 242. Arnheim, Memoiren der Königin Ulrike Luise (1888). Für das Reich: H. Meyer, Der Plan eines evangelischen Fürstenbundes im Siebenj. Krieg, Bonn 1893 (Diss.); Vitterauf, Die Furban. Politik im Siebenj. Krieg (1901) L. Schulz, Jahrb. des Ver. für mecklenb. Gesch. LIII. LIV. Brunner, Zeitschr. des Ver. für Hess. Gesch. N. F. XIII. — Dreßdener Winterquartiere: PC. XIV; XXII 556. Heinze, Dresden im Siebenj. Krieg (1883), Hendel von Donnerstorf, Mil. Nachsch. (1846) I b 70 ff. (vgl. Lippert FBPG. XIII 497). Volz, Kriegführung und Politik 202. Herrmann FBPG. I 275.

VI. 2. Prag und Kolin.

(Seite 54. 55.) **Vorbemerkungen:** Bharialus: Hendel I b 192. PC. XIV 172; OE. XXVII a 392.; vgl. ebend. VIII 288; XXVIII 11; XXIX 70. 83. 76. 78. 122. 126. 140. PC. I 268. 286; III 136.

(Seite 56—62.) **Verhandlungen mit England und Hannover:** Zu PC. XIV vgl. v. Hassell, Die schles. Kriege und das Kurf. Hannover (1879). Waddington I. Arneth VI.

(Seite 62—76.) **Feldzugsplan.** Testament von 1768 (Miscellaneen zur Gesch. Jr. d. Gr. 143) PC. XIV. Ich habe absichtlich bei Ausarbeitung dieses Abschnittes die vorangegangene Kontroverslitteratur nicht zu Rate gezogen. Inzwischen erschien die lange vermifste Biographie Winterfeldts in dem Buche von L. Mollwo (1899). Eine kritische Biographie Schwerins fehlt noch immer.

(Seite 76—86.) **Prag:** Kritik der Quellen bei Ammann, Schlacht bei Pr. (1887). Wichtige Beiträge zur Quellenkritik für die beiden ersten Feldzüge sind ferner: [v. Spik] Die Süßenbachschen Handschriften, Mil. Wochenbl. 1898, Beiheft 8; Jany, Das Gaudische Journal (Urkundliche Beiträge und Forschungen zur Gesch. des preuß. Heeres, Heft 3).

(Seite 86—98.) **Kolin:** vgl. meine Bemerkungen FBPG. XI 174—200. Für das ganze Kapitel: G. Stab. III, Bd. 2. 3.

VI. 3. Von Kolin nach Leuthen.

(Seite 99—105.) **Aufhebung der Belagerung von Prag.** Ankunft im Lager: Hendel I b 229. Westphalen, Feldzüge des Herzogs Ferdinand II 12 FBPG. XII 252. — Heinrich: PC. XV 28. Raumer, Beiträge, II 246. Meisa: Bülow, Prinz Heinrich (1805) I 12. Phaeton: Arneth V 198. 502. — Rückblicke auf Kolin: Westphalen I 195. Desherr.

Mil. Zeitschr. 1824 S. 44. Bellona I 53. PC. XV 234. Raisons (E. XXVII c 269. — Richter, Destr. Volkschriften und Volkslieder im siebenj. Krieg (1869) S. 39.

(Seite 105—110.) **Räumung von Böhmen.** Tod der Königin: Rutter. PC. XV 203 ff. Raumer II 438. Mitchell Memoirs I 253. 357. E. XII 41. — Prinz von Preußen: E. XXVI Händel II b 152. 178. 179. 183. 184. 255. Valory Mém. II 364. Welschinger, La mission secrète de Mirabeau à Berlin (1900) 177. Händel PC. XV 281. 307. Publ. XXII 375. Zeitschr. für Preuß. Gesch. (ZPrG.) XVIII 48. Ueber die Ausgaben der Apologie des Prinzen: E. XXVI p. XXI. Heinrich: Händel I b 238. 240. 245. 263. Strategische Erwägungen: PC. XV 193. 243. 263. 268. Mitchell I 255. 356.

(Seite 110—111.) **Verhandlung mit England.** Schäfer I 350. 523. Mitchell I 264. 302. PC. XV 89. — Schlacht bei Hastenbed: v. Haffell a. a. D. 357 ff.

(Seite 111—114.) **Operationen in der Lausitz.** PC. XV 280 ff. Keith bei Mitchell II 463. Händel I b 267. 269. 270. Westphalen II 19. Arnetz V 504. 510. — Körperliches Befinden PC. XV 311.

(Seite 114—136.) **Feldzug gegen die Franzosen.** Verhandlungen: PC. XV. Broglie, Voltaire avant et pendant la guerre de sept ans (1898; vgl. Volz a. a. D. 210. Baillet in HZ. LXXXIII 375. v. Rostiz in Hist.-Pol. Blätter CXV 849). Höhenollern: Jahrbuch 1899, S. 136. — Gottha: J. v. d. Osten, Luise Dorothee von S. G. (1893) 162. Burgbaum, Seydlitz S. 50. Händel I b. 298. Nödenbed, Tagebuch I 319. — Wilhelmine: jetzt Fester, Die Baireuther Schwester Fr. d. Gr. (1902) 149 ff. — Die Boesien von 1757: E. XII; vgl. XXVII a 399. Händel I b 307. — Berlin: A. Raubé, Märk. Forschungen XX. — Zur Vorgeschichte von Roßbach vgl. Sturz I 175. 186—189. 192. 203. 342. 343. Für die Reichsarmee grundlegend Brodrück, Quellenstücke und Studien (1858); dort auch die Berichte Rollingers. Zu den in früheren Darstellungen benützten Berichten habe ich außer ungedrucktem Material vor allem Westphalen III 55 ff. herangezogen. Vgl. ferner Nödenbed I 326. Tagebuch des Russetters Dominicus her. v. Kerler (1891) 31. Verenhofst Nachlaß II. Finot et Galmiche, Une mission militaire en Prusse 1786 (1881) p. 86. Sammlung ungedruckter Nachrichten (SUN.) IV 26. E. XII 70. v. Haffell 463. Die württembergische Standarte: Rietzhammer, Mil. Wochenblatt 1879, Beiheft S. 195. Ebenb. 1900 S. 119 ein Vortrag über Roßbach von Dickschuh.

(Seite 136—148.) **Feldzug in Schlessien.** Armeekommando Beverns: Die Relation Bellona VI. VII. (mit Rürungen bei Händel I b 374—379; identisch mit dem Précis in der Süßenbachschen Sammlung vgl. Forschungen zur deutsch. Gesch. XVII 586) ist von Bevern selber; vgl. v. Seidl, Fr. d. Gr. und seine Gegner (1819) 159; als Entgegnung gegen Gotsz (Bellona VII 78.; VIII 3). Vgl. auch Kuxen, Die Tage von Kolin und Leuthen I 185; II 167. 168. — Stimmung im Heere vor Leuthen: Barfemisch, Kriegserlebnisse (2. Aufl. 1863). Warnery, Les campagnes de Frédéric II (1788) 237. 238. SUN. IV 65. 229. [Kaltenborn] Briefe v. alten preuß. Off. I 37. — Ueber die Parochwitzer Rede und den Abend im Schlosse von Lissa habe ich FBPG. I 605—618 gehandelt; die Anführung der traditionellen Begrüßungsworte (oben S. 146) schließt keinen Widerspruch mit jenen Ausführungen ein (vgl. FBPG. XIII 598); die Begrüßung hat stattgefunden, aber die Begegnung mit den abgeschnittenen österr. Offizieren (das war der Schwerpunkt meines Nachweises) war für den König ohne Gefahr. — Die inzwischen erschienene Arbeit von Gerber, Die Schl. b. L. (1901) will als Zahlenverhältnis der beiden Heere 40:66 herausrechnen (?). Vgl. zu Gerber: Mil. Wochenblatt 1902 Nr. 40; ebend. 1900 Beiheft 291 ein Aufsatz von v. Leszczynski über Breslau und Leuthen.

VI. 4. Das Jahr 1758.

(Seite 149—158.) **Preußens Gegner nach Leuthen.** Zum Eingang vgl. Pröhle, Fr. d. Gr. und die deutsche Lit. (1872) S. 70 und Weber, Venetianische Stimmen zum Siebenj. Kriege, FBPG. III. Vgl. jetzt auch d'Ancona, Fr. d. Gr. und die Italiener, deutsch von Schnell, S. 7 ff. — Frankreich und Oesterreich: Archivalisches Material bei Filon, L'ambassade

de Choiseul à Vienne (1872). Arneht V 277. 292 ff. Schäfer II a 525 ff. Stuhr II 1 ff., 423 ff. Kirchenschändung: Schäfer II a 527. Nilon 41. 42. 52. Hufschberg 395. Schloffer, Gesch. des 18. Jahrh. VI 300 (5. Aufl.) — Sachsen: Stuhr I 309. Schäfer II a 5. — Winterfeldzug in Niederdeutschland: Hauptwerk Westphalen, Gesch. der Feldzüge des Herzogs Ferdinand von Braunschweig, 6 Bde. (1859 ff.); vgl. Donalies in FBPG. IX und Daniels in Preuß. Jahrb. Bd. 77. 78. 80. 82. — La face grosse et rubiconde de M. de Bernis: Voltaire an d'Argental, 24. Mai 1758. — Rückzug Pragins, Sturz Westufheims: Arneht V 213. 283. Rastowski I 244 ff. Bilbaffoff I 415 ff. 424. 425. 445. Herrmann in Preuß. Jahrb. XLVII 576 ff.; LXVIII 1. FBPG. XV 539. — Französisch-schwedischer Vertrag: Schäfer II a 10. Vgl. Marschall v. Sulist 84 ff.

(Seite 158—161.) **Breslauer Winterquartiere.** Auf die Episode Lobkowitz (vgl. Holz, Politik und Kriegführung 170) beabsichtige ich bei Veröffentlichung der gleich zu erwähnenden Vorleschen Berichte zurückzukommen. — Raifig: PC. XVI 435. — Zur Stimmung: E. XVIII 112. 114; XIX 48; XX 269; XXIII 18. PC. XVI 156. 157. 160. 174. 175. 189. 190. 198. 227. — Die silesischen Katholiken: Hendel I b 396. Publ. X 111. XV 111. und jetzt Nürnberger, F. Fausthaber (1900: vgl. Granier, Deutsche Lit. Zeitung 1901 Nr. 43).

(Seite 161—170.) **Vorbereitungen für den neuen Feldzug.** Finanzoperationen: vgl. meine Untersuchungen FBPG. XIII. — Verhandlungen mit England: Vertrag vom 11. April 1758. Wenck, Codex jur. gentium III 173. Außer dem gedruckten urkundlichen Material benutzte ich Berichte Yorles aus dem Public Record Office zu London, die ich an anderer Stelle veröffentlichen werde. Ueber Pitt vgl. PC. XVI 875; XVII 26; über Georg II. Haßell 404. Mitchell I 376. 377. Schäfer I 376. — Eventualität eines Vorstoßes nach Frankreich: Berichte Yorles; vgl. PC. XVII 24. Anm. 2. XVII 24. 16. Publ. XXII 361. — Indemnifationsfrage: PC. XVI 348. 377. 398. 403. XVII 24. 25. Dazu eine ungedruckte Denkschrift Hindensteins aus dem Januar 1758 — Feldzugsplan: PC. XVI 303. 332. 342. 346—348. 375. 381. E. IV 192. vgl. Hendel II a 23. Gen. Stab II 211. Arneht V 329. — Ergänzung des Heeres: PC. XVI 175. 227. 286. 291. 376. 401. XVII 62 Märk. Forst. XIX 71. 184. Hendel II a 30.

(Seite 170—175.) **Mährischer Feldzug.** PC. XVII. Catts Tagebücher Publ. XXII. — Höhepunkt der Stimmung: PC. XVII 52. 55. 57. Mitchell II 26. Yorles Bericht 14. Juni 1758. — Vorzeichen des militärischen Rückschlages: PC. XVII 50. 60. vgl. 31; XVI 327. 392. Arneht V 359 ff. — Gefecht von Domstadt PC. XVII 62. Anm. 3. 94. Woberönow bei Hendel II a 67. Mitchell II 33.

(Seite 175—177.) **Rückzug durch Böhmen.** Wirkung des Festschlages: PC. XVII 96. 120. 126. 129. 149. Mitchell II 33. 34. Hendel II a 67. — Weisungen an Dohna: PC. XVII 121. 122. 157. Tempelhoff II 136. — Schlacht beabsichtigt (E. IV 199 nicht erwähnt): PC. XVII 132—134; vgl. 184. Tempelhoff II 174. — Abmarsch aus Böhmen: (nicht, wie Arneht V 401 meint, das Verdienst Dauns) PC. XVII 138. 145. 148. 185.

(Seite 177—186.) **Feldzug gegen die Russen.** Zimmich, Die Schlacht bei Zorndorf (1893) vgl. v. d. Wengen, Deutsche Heereszeitung 1894, Nr. 18 ff. Ueber Fermor vgl. Rastowski II 2 ff. 209. 242. 306. 307. Arneht V 8. — Kanonenfurd der Soldaten: PC. XVI 303. 347; XVII 84. 122. Publ. XXII 356. — Eine neue Biographie von Seydlitz wäre erwünscht; die ältere Lit. verzeichnet Burbaum, Seydlitz (2. Aufl. 1890).

(Seite 186—194.) **Feldzug in Sachsen.** Arneht V 397 ff. PC. XVII 211 ff. Publ. XXII 365 ff. E. XX 271., XXVII a 406. — Dauns Marsch nach Hochkirch: Oesterr. Mil. Zeitschr. 1842, 273.; dagegen Bernhardt I 291. Der Stromberg: Tempelhoff II 230. 281. 283. PC. XVII 295. 296. — Hochkirch: vgl. die Diss. von Hohenemser, Heibelberg 1899. Ein Bericht Gaudis im Gesch. Stk. ist wenig aufklärend. Disposition des Ueberfalls: Hendel II a 82. Warnende Stimmen: Publ. XXII 198. 221. 375. 376. Rehow I 344. Massenbach, Rückerinnerungen I 202.; vgl. PC. XVII 279. E. XXVIII. 162. Kampf um den Kirchhof

(sehr widerspruchsvolle Berichte): Küster, Bruchstück seines Campaignelebens (2. Aufl. 1791) 35. 72. 186. SUN. IV 37. Bellona XV 37. G. Stab. (1824) II 312. Tempelhoff II 327. CE. IV 213. — Rückzug: Küster 53. Barjewitsch 82 Preuß IV 480; vgl. Publ. XXII 376. — Tod Wilhelmminens: Publ. XXII 376. PC. XVII 318 ff.

(Seite 194—196.) **Entsatz von Reife und Dresden. Ausgang des Feldzugs.** PC. XVII 382 ff. Heinze, Dresden 94 ff. Publ. XXII 376 ff. Stühr II 34.

VII. 1. Feldzug von 1759.

(Seite 199—201.) **Strategische Erwägungen.** Montazet: Stühr II 25. 28. 189. — Réfl. sur quelques chargements de la façon de faire la guerre: CE. XXVIII 151. Bgl. PC. XVII 396. 419. CE. XVIII 116. 124. 137. 239. 260. 261. 305; XIX 67. Begeh, Beilage zum Mil. Wochenbl. 1887 Nr. 3. 4.

(Seite 201—207.) **Vorbereitungen.** Dresdener Winterquartiere: CE. XIX 59. Publ. XXII 222. Mitchell II 476. — Ergänzung des Heeres: PC. XVIII 769. Schwarz, Landmilizen 39. 57. PC. XVII 435; CE. XXVIII 163. Hensel II a 89. Ostpreußen: XVIII 224. — Infanterief Feuer: Gen. Stab. (1824) I 37. 187. Barmhagen, Winterfeldt 201. CE. X 229. SUN. II 630; IV 62. Warnery 111. 112. 120. — Disziplin: Publ. XXII 340. 381. Hensel I b 141. 143. Barmhagen, Schwerin 181. Bgl. PC. XVIII 768. — Freibataillone: ebend. XVII 42. 64.; XVIII 57. CE. XXVIII 162. — Verluste an Offizieren: PC. XVIII 407. — Mayr: PC. XVIII 18. Brodrud 304. SUN. IV 487. — Moriz: PC. XVIII 96. Publ. XXII 129. Negow I 357. Berenforst, Betrachtungen (3. Aufl.) 98; Nachlaß II 148. Rußen II 213. — Bayern: Mitchell II 39. Arneht V 514. — Bayr: Hensel I b 243. Lippe, Fusarenbuch 302. — Gessler und D. R. Schwerin: Warnery 57. Lippe, Militaria 107. — Fouqué: PC. XVI 121; XVIII 94. — Heinrich: PC. XVIII 227. und im allgemeinen Schmitt, Pr. S. als Feldherr (1885. 1897). — Ferdinand: Westphalen III 945. PC. XVII 435. — Dohna: Familiengeschichte IV, Beilage 11 (vgl. daselbst S. 13. 72. über Wobersnow). — Anciennitätsverhältnisse: PC. XVIII 138. 167. 177. — Artillerie: ebend. XVIII 266; vgl. v. Duvernois im Mil. Wochenbl. 1900, Nr. 8—14. — Prognostika: PC. XVII 432; XVIII 65. 150.

(Seite 207.) **Politische Beziehungen.** Britische Vorschläge: PC. XVII 405. 415. 428. (Spanien); XVIII 17. 111. 114 (Italien). — Türkei: PC. XVII 258. 263. 375. 420. 438; XVIII 292. 293. — Dänemark: PC. XVII 407. — Warschau: PC. XVII 398. 405; XVIII 6. 8. 36. Arneht V 10. — Zuwartende Haltung: PC. XVII 216. 258. 375. 410. 418.

(Seite 207—209.) **Vorbereitungen der Gegner.** Rücktritt von Bernis: CE. IV 225. PC. XVIII 1. 31. 33. Sizon 70 ff. — Frankreich und Oesterreich: Arneht IV 379. 380. 385. 445. 450; V 2. — Vertrag vom 31. Dez. 1758: Schäfer II a 509 ff. Arneht IV 541. — Oesterreich und Rußland: Arneht IV 448. 537. Schäfer II a 220. 558.

(Seite 209.) **Haltung der Kurie:** Publ. XVIII 36—39. Brosch, Gesch. des Kirchenstaats II 107. Meyer, Plan eines evang. Fürstenbundes 80. — Das satirische Breve: CE. XV 122. Bgl. Publ. XVIII 156. XXII 492. Feigel und Bitterauf, Münchener Allg. Zeitung Beilage, 1895 Nr. 172; 1900 Nr. 209; 1902 Nr. 237; A. Antus, Dauns geweihter Degen (1897).

(Seite 209—213.) **Religiöse und nationale Momente:** CE. XIX 69. Fittie im Progr. des Sophien-Gymn., Berlin 1899. Schild, Der preuß. Feldprediger (1888) 51. 130. 218. Pröbke, Fr. v. Gr. und die deutsche Lit. 57. Böhm Z. Pr. G. VII 445 ff. 573 ff. — Deutsche Libertät: CE. XII 15 ff. 177 und zahlreiche einzelne Stellen. Die Verse XII 9. 167 nach der Uebersetzung bei Treitschke, Deutsche Gesch. I 53.

(Seite 213—216.) **Der Feldzug bis Ende Juli.** Russisch-östr. Abreden: Arneht V 1. 14. 15. Stühr II 189. Rafflowski II 242. 301. — Vorpriel: PC. XVIII 189. 196. — Stillen erster Akt: Bgl. ebend. 305. CE. XIX 73. 74. 79. Publ. XXII 391. —

Dauus Vorstoß Publ. XVIII 386. 390. 392. 398. 408. 458. Arneth V 32. — Dohnas Operationen: GE V 13. PC. XVIII 335. 360. 422. Gaudi bei Dohna a. a. D. 106. Masslowski III 15. 16. 18. FBPG. VI 581.

(Seite 216—225.) **Rag und Kunerödorf.** Instruktion für Wedell: PC. XVIII 424. 442.; vgl. dazu die Tradition bei Gaudi (Dohna a. a. D. 109) Tempelhoff III 152. Bellona XVI 38. Rehow II 87. 88, und Gen. Stab. (1824) III 58. — Für Kunerödorf habe ich außer dem von Stiehl im Mil. Wochenbl. 1859 benutzten Material u. a. den Bericht Platens herangezogen, den inzwischen Laubert, Die Schlacht bei Kunerödorf (1900) S. 127 veröffentlicht hat. Vgl. auch meine Notiz über Seydlitz bei Kunerödorf, HZ. LXXXVII. — Die Liste Finds oben (S. 227) enthält einen von Laubert 52 entdeckten Abditionsfehler; darnach betrug die Gesamtstärke der Preußen nur 49000.

(Seite 225—232.) **Defensive nach Kunerödorf.** Uebertragung des Oberbefehls an Fınd: PC. XVIII 482. 483 vgl. GE. XXVIII 40. A. Raubé in FBPG. VI 251. — Zustand des Heeres: PC. XVIII 492. 494. 496. GE. XIX 82. SUN. IV 144. — Belohnungen: ebend. IV 459. Preuß II 367 — Vermänschungen: Berenhorst, Betrachtungen (3. Aufl.) 108. — Oesterreicher und Russen: Arneth V 40 ff. Masslowski III 51. 112. 129 ff. 426. — Kapitulation von Dresden: Vgl. Krüger, Kritik der Lebensgesch. des Grafen Schmettau (Diff., Halle 1886) S. 50 ff. Die aus Schmettaus Lebensgesch. (1806) II 435 übernommene Angabe, daß sich zu Dresden in der Kriegsstufe 5600000 Thaler befunden hätten (oben S. 230), habe ich inzwischen als tendenziöse Uebertreibung nachweisen können; die Summe betrug nur 350000 Thaler: FBPG. XIII 204. 205. — Kriegsführung gegen die Schweden: Sulici; vgl. Westphalen III 697. — Heinrich und Dau: GE. V 15. FBPG. I 266. — Abzug der Russen: vgl. XVIII 561. 586. Masslowski III 142. 430. Schäfer II a 331. Laudon archiconducteur d'ours: PC. XVIII 551.

(Seite 232—238.) **Magen.** Vgl. Winter in „Historische Untersuchungen“ her. von Jastrow Heft 7. Moskwo, Die Kapitulation von Magen, Marburg 1893 (Diff.) Treusch von Buttler und M. Zimmich in FBPG. VII. Bülow, Prinz Heinrich I 145 ff. GE. XXIX 45. Krankheit des Königs: PC. XVIII 599. 603. 607. 609. 617. — Ankunft an der Elbe: ebend. 623 ff. Publ. XXII 403. — Gerechtigkeit des Prinzen Heinrich: PC. XVIII 589. 604. Schöning II 179. — Friedrichs Ziel: PC. XVIII 627. 636. 644. — Ursprung des Planes: Schöning II 190. Tempelhoff III 351. — Stimmung nach Magen: Publ. XXII 408. 409. PC. XVIII 682. GE. XIX 106 ff. Prinz Heinrich PC. XVIII 696. — Vorstoß gegen Dipoldiswalde: ebend. 681 ff. GE. XXVI 34.

VII. 2. Friedensverhandlungen. Feldzug von 1760.

(Seite 237—247.) **Friedensverhandlungen 1757/60:** Vorverhandlung zwischen Preußen und England: PC. XVIII 759; vgl. XVII 323 — Sächsishe Entschädigungsforderung: ebend. XVIII 591. Westphalen III 832. — Preussische Entschädigungsforderungen PC. XVIII 592. 602. 612. 636. 637. FBPG. II 257. — Deklaration vom 25. Nov. 1759 ebend. 673. 680 (Text bei Schäfer II a 570). — Russische Ablehnung: ebend. XIX 10. 11. — Haltung Frankreichs: Schäfer II a 456 ff. GE. XXIII 51. 60. 66. — Sendung von Edelsheim nach Paris: vgl. Ober in Zeitschr. für Gesch. des Oberrheins N. F. II. III. — Preussische Zusage der Restituierung von Sachsen: PC. XIX 40. 59. 67. 88. — Sendung von Beschlin nach Rußland: vgl. Schmitt in Deutsche Zeitschr. für Geschichtswiss. VI. — Identische Notizen vom 3. April 1760: PC. XIX 257.

(Seite 248—251.) **Maßnahmen der Gegner.** Frankreich und Oesterreich: Schäfer II a 457 ff. Arneth VI 85 ff. 436. — Oesterreich und Rußland: Arneth VI 62 ff. Vertrag vom 1. April 1760: Martens, Recueil I 269. Oesterreichisch-russischer Feldzugsplan: Arneth VI 94 ff.

(Seite 251—254.) **Preussische Vorbereitungen:** Verhandlungen mit der Pforte: Porck a. a. D. Ueber die militärische Leistungsfähigkeit der Türken PC. XIX 296. — Ver-

handlungen mit Dänemark: PC. XIX 627. Vgl. Vedel, Corr. du comte J. H. E. Bernstorff (1882) I 327 ff. Vedel, Bernstorffs Ministerium (1882) p. 144 ff. — Beziehungen zu England: Umschwung der Stimmung in E.: PC. XVIII 588. 595. Schäfer II a 445; b 117. 118. Hirsch, Die letzten Jahre des siebenj. Krieges HZ. XXXVII. — Ergänzung des Heeres: PC. XIX 23. 87. 101. 155. 161. 177. 282. 357. 404. Gen. Stab. (1824) IV 11. 12. FBPG. VII 549 Anm. 4. — Horoskop für 1760: PC. XIX 239. E. XIX 164. Publ. XXII 425; vgl. PC. XIX 24. 48. 55. 324. E. XIX 177. — Operationsplan: PC. XIX 159. 225. 230. 241. 265. 270. 319. 324. — Für Heinrich ebend. 237. 246. 391.

(Seite 254—260.) **Feldzug in Sachsen bis Ende Juli.** Lager von Schlettau: SUN. IV 79. E. XVIII 119. 120. — Eröffnung an die Generale: Tempelhoff IV 47. — Strategische Erwägungen: PC. XIX 91. 102. 167. 236. 344. 395. 521. 522; vgl. E. VII 81. Stuhr II 331. 332. — Anfängliche Ruhe: PC. XIX 360. 364. 390. 398. 407. 451. — Ausmarsch zur Schlacht (19. Juni): ebend. 393. 395. 416. 429. 438. 440. 455. Publ. XXII 426. 427. — Landeshut: E. v. St., Der Feldzug des Generals Jouqué 1760 (1862). Laube, Die Katastrophe von Landeshut (1861). — Plan zum Marsch nach Schlessien: PC. XIX 470. 475. — Belagerung von Dresden ebend. 488 ff. Publ. XXII 431 ff. Arneth V 134.

(Seite 260—265.) **Marsch nach Schlessien und Schlacht bei Liegnitz.** PC. XIX 531 ff. Publ. XXII 430 ff. Mitchell II 187—205. Kuten, Der Tag von Liegnitz (1860). v. b. Wengen, Graf Wied (1890) 220 ff. Barfemisch 108 ff. Bericht Hendels (Gef. St.A.). E. XIX 189. 191; vgl. XVIII 186. 188.

(Seite 265—269.) **Weiterer Feldzug in Schlessien.** Depression der Gegner: Stuhr II 231. 339. Arneth VI 143 ff. 156 ff. 449. 450. — Krieg in den Vorbergen: PC. XIX 559 ff. Arneth VI 163. — Berlin: Granier im 50j. Jahrb. 1898, S. 113.

(Seite 269—277.) **Torgau:** vgl. meine Untersuchung FBPG. XIV 272. — Ergebnis PC. XX 52. 76. 87. E. XVIII 191. — Für Zieten die Biographien von E. Graf zur Lippe (2. Aufl. 1885) und G. Winter (2 Bde. 1885).

(Seite 277—279.) **Entmutigung der Gegner.** Arneth VI 160. 193 ff. 456. 459. Stuhr II 350 ff.

VII. 3. Das Jahr 1761.

(Seite 280—283.) **Abwandlung der Beziehungen zu England.** Tod Georgs II.: E. VI 107. PC. XX 61 ff.; vgl. E. X 72. 73. 142. 148. — Nachdruck der Poesien: vgl. Zurf FBPG. XIII 49 ff.; im wesentlichen bestätigt durch Lemoine et Lichtenberger, *Frédéric II poète et la censure française.* Revue de Paris 1901, Nr. 2. Ueber Friedrichs Flugschriften aus dem Siebenj. Krieg vgl. Cauer, Zur Gesch. und Char. Fr. d. Gr. S. 178 ff. Preussische Staatschriften III 403. — Bute: A. v. Ruville, Pitt und Bute (1895). — Keine Gebietsabtretung: PC. XX 480. 481. 507. Vgl. Schäfer II a 170 ff.; b 338. 400. Arneth VI 262.

(Seite 284.) **Massnahmen der Gegner.** Arneth VI 232 ff. 251. Stuhr II 340. Falsche Vorausicht: PC. XX 273.

(Seite 284—289.) **Preussische Vorbereitungen.** Leipziger Winterquartiere: E. XIX 212. XVIII 145. 193. 194. Die Stelle wird auf Gottschew bezogen; vgl. Pütter's Selbstbiographie S. 406 und die anderen bei Preuß II 472 ff. angeführten Zeugnisse, sowie Publ. XXII 320. — Ergänzung des Heeres: Gen. Stab. (1824) V a 29. 31. 143. 146. 149. 165. PC. XX 100. 140. 161. 196—198. 209. 216. 225. Die Ravensberger: Preuß II 317 ff. Anekdoten VII 31. — Ausfchreitungen: PC. XX 104. 105; XXI 521; vgl. dagegen Publ. XXII 431. E. v. Wiedebach-Nostitz in Niederlausitzer Mitteilungen V, und jetzt (betr. Brühl) Lippert ebend. VII. Wegen Hubertusburg vgl. Preuß II 319. 320, wo aber die Notiz betr. den Austritt von Salsbern unzutreffend ist. — Auswechselung der Kriegsgefangenen;

PC. XXI 132. 456. Arnetz VI 454. — Offiziere: PC. XVIII 695; XX 174; XXI 351. Preuß II 320 Publ. XXII 310. 425. — Contenance: Warszewich 77. 119; vgl. PC. XX 560.

(Seite 289—291.) **Aufstellung der Heere.** Heinrich: Publ. XXII 405. Schmitt II 304. 305. PC. XX 34. Instruktion: ebend. 348. — Hülsen: 250. — Golz: 341. 361. 364. — Stärken: Die Zahlen in der Säubendachischen Liste (bei Herrmann, Ueber die Quellen Tempelhoffs 35) sind zu hoch. Für das Heer in Sachsen: Tempelhoff V 82. Gen. Stab V 605, Schmitt II 131. 164. — Für Pommern: Tempelhoff V 296. Gen. Stab V a 505. Eulich 410. — Für Schlessen: Tempelhoff V 77. Gen. Stab V 179. PC. XX 392. 477. Schöning III 83. — Lager bei Kunzendorf: PC. XX 469. — Militärische Gesamtlage: ebend. 398. 398. 412. 413. 456. 458. 463. 513. — Gebot der Vorsicht: 337. 412. 424. 446. — Golz und Bieten in Polen: 387. 490. Schöning III 99. 106. 112.

(Seite 291—293.) **Oesterreichisch-russische Kooperation in Schlessen.** Laudon in Obereschlessen: E. VI 112. PC. XX 517. 519. 538. 563. 570. 583—586. 600. Arnetz VI 239. 466. — Vereinigung der Gegner in Niederschlessen: PC. XX 596 ff. Tempelhoff V 145. 150. Gen. Stab V a 370 ff. — Bunselwih: Quelle der ausführlichen Darstellung im Gen. Stab V ist Tielke, Beiträge zur Kriegskunst III. Stärkangaben: PC. XX 570. 608. Tielke III 46. Gen. Stab V a 342. Rastrowski III 316. — Die poetische Schilderung: E. XII 163; vgl. XVIII 125. Publ. XXII 444. Küster, Lebensrettungen Friedrichs II. (2. Aufl. 1797) 53. — Disposition vom 3. Sept.: Tielke III 107; vgl. Arnetz VI 466. Rastrowski III 320. — Entsendung Platens: Rastrowski III 324. 325. Zahl der erbeuteten Wagen: E. VI 126 und Gen. Stab V 489 (nach Gaudi) 5000 stammt aus Platens Tagesbericht; nach Tempelhoff V 288 und Tielke III 68 (nur 500) zu berichtigen. Ueber Gostyn Einzelheiten bei Schwarz, Die Prov. Polen als Schauplatz des Siebenj. Krieges (Zeitschr. der hist. Gesellsch. für die Pr. P. V).

(Seite 293. 294.) **Ausgang des Feldzugs, Fall von Schweidnitz und Golberg:** PC. XX 629. 630; XXI 1 ff. 82.

(Seite 294—296.) **Die Rechnung der Gegner.** Neue Kampfeslust Choiseuls: Arnetz VI 274—276. Schäfer II b 191 ff. 327 ff. 393. — Armeereduktion in Oesterreich: Arnetz VI 254 ff. — Das Mirakel von Schweidnitz: ebend. 468; vgl. auch 261. 275. 298. 308.

(Seite 296—300.) **Die Rechnung des Königs von Preußen.** Enge der Winterquartiere: PC. XXI 111. 112. 60000 Mann: Gen. Stab VI 14; vgl. Schmitt II 284. 286. PC. XXI 153. — Barfotisch: PC. XXI 138. Küster, Lebensrettungen Friedrichs II. (2. Aufl.) 65 ff. Preuß II 288 ff. Janto, Leben Laudons 312 ff. — Für die Stimmung: E. XIX 272 ff. Conte du violon: E. XII 203; XIX 262. 278; XXIII 121. 128. 129. — Rücktritt Pitts: PC. XXI 53. — Kriegserklärung Spaniens an England: ebend. 175. — Türkishche Verhandlung Barometer: PC. XXI 87; vgl. 29. 113. 152. Porck a. a. O. und E. XII 178. 179. — Militärische Diskussion mit Heinrich: PC. XXI 151 ff. 171. 191. Schöning III 261. 265. — Alternative: PC. XXI 165. E. XIX 279. Vgl. zu dem ganzen Abschnitt auch S. v. Seybel, Vorträge und Abhandlungen, her. v. Barrentrapp (1897) 188 ff.

VII. 4. Siebenter Feldzug und Friedensschlüsse.

(Seite 301—305.) **Verhandlungen und Friede mit Rußland und Schweden:** PC. XXI 189—478.

(Seite 305—309.) **Lösung des Bündnisses mit England.** A. v. Ruville, Die Auflösung des pr.-engl. Bündnisses 1762 (1892); vgl. Michael in den Göttinger Gelehrten Anzeigen 1894 Nr. 4 und Ruville in Deutsche Zeitschr. für Gesch.-Wiss. XII 160. — Haltung Pitts: Schäfer II a 247. 428. 443. 444; b 177. 417. 418. — Für die Depesche Galizins vom 6. Febr. (PC. XXI 311) vgl. Ruville, Auflösung S. 52 und Raumer II 501. — Die Frage der Subsidien: PC. XXI 109. 192. 223. 302. 318.

(Seite 309—312.) **Finanzen:** vgl. FBPG. XIII, wo sich mir einige Modifikationen ergeben haben.

(Seite 312. 313.) **Bündnis mit Rußland:** Martens, Recueil V 389. (E. XIX 323. 329.

(Seite 313. 314.) **Beginn des Feldzugs.** Offensivpläne: PC. XXI 229. 332. 471. 481. 490. 521. 524. — Brandschatungen in Böhmen: (E. V 185. 186. Publ. XXII 454. v. d. Wengen, Wied 405.

(Seite 313—317.) **Regierungsantritt Katharinas II.** Peter III. „deus ex machina“: (E. XX 285; vgl. XIX 132. 177. — Friedrichs Warnung: PC. XXI 413; vgl. 510. Die bereits von Arneht benutzten Berichte des Grafen Mercy sind im Magazin (Ebornil) der Russ. hist. Gesellschaft XVIII veröffentlicht. — Ermordung Peter's: Bilbassoff, Gesch. Kath. II., II a 167. Semiramis: (E. XIX 369. — Manifest vom 9. Juli und Erlaß an Esaltikow: Bilbassoff 43. 127. 130. 139; vgl. PC. XXII 93. Arneht VI 331. — Die beiden Bottschaften Tschernyschew's: PC. XXII 42. 51 (der Brief an Katharina vom 18. Juli ist vordatiert). Das Geldgeschenk an Tsch. erwähnt das Tagebuch SUN. II 511; ein urkundlicher Beweis fehlt. Vgl. noch Nekow II 415 ff.

(Seite 317—320.) **Kampf um Schweidnitz.** Bursfersdorf: Gen. Stab VI 170. Treusch v. Buttlar, FBPG. X 337. v. d. Wengen, Wied 411 ff. — Zurückstellung der Offensivpläne: PC. XXI 514. 524; XXII 31. 35. 41 (vgl. (E. XXVIII 125) 111. 132. 203. 209. 262. — Reichenbach: neben Tempelhoff und Gen. Stab VI vgl. Bevern, Märk. Jorich. XIX 151. Haller, Vie de Lentulus 54. Hüster, Lebensrettungen 39. Nicolai, Anekdoten IV 52. SUN. II 517. Arneht VI 483. Schöning, Nachrichten zur Gesch. der Artillerie II 249. Miscellaneen 127. Ueber Loffow: ebend. 157. PC. XX 535. 549. 555; XXII 141. 149. — Daun's Rückzug: Arneht VI 333. 339. PC. XXII 150. 155. 178.

(Seite 320—322.) **Fürst Heinrich in Sachsen:** PC. XXI 337. 382; XXII 228. 226. Stärke: ebend. XXI 521. Schmitt II 235. 270. — Freiberg: Schmitt II 274 ff. — Dresden: 209. 223. 226. 251. 273. 314. (E. XIX 371.

(Seite 323—325.) **Friede zwischen England und Frankreich:** Barthélemy, Le traité de Paris, Revue des questions historiques XLIII 420 ff. (1888). V. vermutet (S. 483), daß Bute bestochen war. Vgl. Stuhr II 404 ff. Ueber die Klausel wegen der preussischen Besitzungen am Rhein vgl. Arneht VI 352. 379. 439. Schäfer II b 637.

(Seite 325—331.) **Friede zwischen Preußen, Oesterreich, Sachsen:** v. Beaulieu-Marcconnay, Der Hubertusbürger Friede (1871). Arneht, Schäfer, Festschrift zum 75. Jubiläum des R. Sächs. Altertumsvereins (1900) S. 146 ff. (Lippert über Fritsch). PC. XXII. Publ. XVIII 93 ff. Berichte Repnin's aus dem Moskauer Hauptarchiv.

(Seite 331—336.) **Schlußbemerkungen:** Corr. de Bernstorff avec Choiseul (1871) 112. 113. Arneht, Maria Theresia und Joseph II., I 1—12 (Denkschrift vom 3. April 1761). Schäfer II b 616. Publ. XXII 369. (E. V 43; XVIII 154; XIX 93. 139. 321. 322. 378. 381. 385.

VIII. 1. Das Retablisement.

(Seite 340. 341.) **Vorbemerkungen:** Publ. XXII, 327. Droysen, Friedrich Wilhelm I., I 426. 387; II 388. — Finanzlage: (E. V 230; XXIV 95. 96. PC. XXIV 194. — Bündnis mit Rußland: unten S. 424 ff.

(Seite 341—344.) **Heimkehr aus dem Felde:** (E. XXV 273. Publ. XXII 268. 366. 409 (plan de retraite). — R. D. vom 18. Okt. 1760: Stein, Charakteristik II 306. — Am Vaterland nicht verzweifeln: (E. I 94; VI 74. — Drei Kulturaufgaben: Publ. XI 340; XVIII 308. Korn, Schief, Ebitenfsammlung VII 402. — Besuch von Schlesien: Grünhagen II 262. — Rückkehr nach Berlin: Graf Lippe, Jahrb. für die deutsche Armee 1890. Büfching, Beiträge I 401. Nöbenbed II 211. 212. v. Sahnke, Elisabeth Christine 249 ff. PC. XXIII 4. (E. XIX 49 (gehört nicht zu 1758); XXVI 274. 281. Anekdoten XVIII 86. — Besuch der Provinzen: (E. XXVI 275. Nicolai, Anekdoten VI 178. Preuß III 442 ff.

(Seite 344—352.) **Retablisement des eigenen Hauses.** Besuch d'Alamberts: (E. XXIV 378 ff. Revue Historique XXVI. — Tebeum: (E. XXVI 279. Nicolai, Anekdoten V 122.

— Stillleben: PC. XXVI 108. 347. — Bericht auf Vergnügungsreisen: E. XX 294; PC. XXVI 259. — Zurütretten der Franzosen: [de Laveaux] Vie de Frédéric II, Strasbourg 1787, IV 83. UB. II 233. — d'Argens: E. XIX 386 ff.; XXIII 192. 193. Thiebault, Souvenirs (éd. II, 1805) I 86; V 342. — Algarotti: vgl. jetzt d'Ancona, Jr. d. Gr. und die Italiener, deutsch von Schnell, Rostock 1902, S. 83 ff. — Gräfin Camas: E. XVIII 158; XXVI 38. — Lord Marshall: E. XX 295. 297; XXIII 307. 319. 344. 354. 378; XXIV 354. Murray, Mémoires I 132. d'Alembert, Éloge de milord Maréchal p. 138. Thiebault I 53. — Fouqué: E. XX. — Prinz Heinrich: E. XXVI 283. — Ferdinand von Braunschweig: PC. XXV 139. 171. 175. 228. 229. [Kaltenborn] Briefe eines alten preuß. Off. I 11. Neßow II 477. Thiebault II 372. Preuß II 356; III 578. Westphalen, Biogr. Skizze, Berlin 1866, S. 70. — Seydlitz: Kaltenborn I 86. 90. Blandenburg S. 81. — Zieten: Graf Lippe S. 64. (2 Aufl.). Winter II 474 ff. — Krusemard: Schöning, Leben Nymers S. 449. 450. — Lentulus: Haller, Vie de Lentulus (1787). Neßow II 454. Thiebault III 372; IV 313. Büßing, Charakter S. 203. Kaltenborn I 135. Preuß IV 55. Hof. Jahrb. 1901 S. 141. — F. W. v. Anhalt: Miscellaneen S. 156. E. XX 227. Kaltenborn I 10 ff. ligne, Mémoire sur Frédéric II, p. 23. Lexikon aller Heiden I 69. Berenhorst, Nachlaß II 199. Thiebault IV 318. Observations sur la constitution des armées de Prusse (1778) p. 63. Zweiter Turenne: Bericht Niebs, Sept. 1763 (Wiener Archiv). — Krodow: E. XX p. XVIII; XXV 596. Schöning, Wap. Erbfolgekrieg UB. 143. Kaltenborn I 10. 86; II 141. Briefe eines preuß. Feldpredigers (1791) S. 17 ff. Nicolai IV 61. [Nicolai-Blandenburg] Freimittige Anmerkungen über Zimmermanns Fragmente. II 97. — Frittwik und Lefewitz: Miscellaneen S. 157. Anekdoten I 49. UB. II 236. Berenhorst, Nachlaß II 199. Kaltenborn II 116. Une mission militaire en Prusse (1881) p. 116. Lippe, Hufarenbuch 513. — Quintus Scilius: E. XXVI 368. Nicolai VI 129 ff. Nicolai-Blandenburg I 175. Büßing, Charakter S. 75. Thiebault I 71. 85; V 376 ff. Kaltenborn I 84. 90. Guibert, Journal d'un voyage en Allemagne (1803) I 219. Preuß II 320; UB. II 230. Sarnad, Gesch. der Akademie I 259. 263. An der Uebersetzung nutrimentum spiritus (oben S. 350) dürfte indes Quintus, entgegen der früheren Annahme von Graf Lippe, Militaria aus Jr. d. Gr. Zeit (1866) S. 106, ungeschuldig sein, vgl. Thiebault I 336. — Die braunschweigischen Prinzen: E. XIII 5; XX 287. 295; XXIII 173. 197; XXVI 276. 287; XXVII b 47 ff. Thiebault II 296 ff.; V 346. — Pölnitz: E. XX 91 ff.; XXVI 294. 295. 297. — Verwandtenbesuche: E. XVIII 232; XXVI 281. 282. — Körperliches Befinden: XX 72. 130. 131. 138. Guibert, Journal I 210. 216. 228; II 231 ff. Vgl. Graf Lippe, ZPr.G. XIV 192 ff. — Kur in Landau: E. XIX 398; XX 140; XXIV 93. 95. 399. — Unterbrechungen des Klausnerlebens: E. XXV 184. Anekdoten VIII 111.

(Seite 352—354.) **Vorbereitungen für das Retablissement des Staates.** Allgemeiner Charakter: E. VI 74 ff., vgl. Publ. XI 431. — Verteilung der Vorkomitees beim Friedensschluß: FBPG. XIII 359 ff. E. XXVI 277. 279. 280. 281. Vgl. Gespräche Jr. d. Gr. mit Catt und Lucchesini, übers. von Bischoff S. 198. — Neuordnung der Münze: Niebel, Staatshaushalt S. 109 ff. Preuß III 529. PC. XXII 529. — Ausrüstung: E. V 232; VI 92; XIX 385. 700. Joachim, Domhardt (1899) S. 54. PC. XXII 529. Beheim-Schwarzbach, Hohenzollernsche Kolonisationen S. 310.

(Seite 354—356.) **Retablissement der einzelnen Provinzen.** Pommern: Akten des Generaldirektoriums im Geh. Staatsarchiv. [Meißner], Leben Brendenboffs S. 47. 55. 56. E. V 232; VI 82. Publ. XI 336. 394. 402; 408. 422. 459. 488. 555. 556. Berger S. 105. 107. Herzberg, Huit Diss. p. 175. Roden bei Preuß IV 444. — Neumark: Meißner S. 42—44. FBPG. XIII 330. 361. PC. XXIII 485. Berger S. 108. Büßing, Erdbeschreibung VIII 550. Herzberg 177. — Kurmark: Akten des Gen.-Dir. Publ. XI 391. 430. 451. 491. 544. 568. 591. Herzberg 216. — Preußen: Joachim S. 40. 46. 55. 56; dazu Anschläge aus den Akten. — Schlesien: Nieber, Von Schlesien II 204. Schlabrendorffs Immediatberichte im Geh. Staatsarchiv; die am 7. Sept. 1764 von ihm vorgelegten Häuserlisten weichen von den Ziffern bei Grünhagen II 268 ab. — Vgl. auch E. XX 126. 133. 153. 170; XXIII 107. 108. 112. 170. PC. XXIII 484; XXIV 337. — **Vau des Neuen Palais:**

Sello, Potsdam und Sanssouci S. 388. Lucchesini bei Bischoff S. 185. Zimmermann, Fragmente II 107. 108. Repow II 455. Publ. XXII 354. 363. Preuß I 423. Fr. Buchholz im Berliner Kalender 1827. Zahlenangaben aus den Akten.

(Seite 357—361.) **Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Krisis** (seit Herbst 1763). Bankerotte: PC. XVIII 234; XXIII 93. 116. (E. VI 78. 79; XXVI 285. Revue Historique XXVI 92. Schmoller, Studien über die wirtschaftliche Politik Fr. d. Gr., Jahrb. für Gesetzgebung u. f. w. (Neue Folge) X 28. Hünke, Seidenindustrie II 249. 453. 457; III 155. 164. 165. — Gründung der Preussischen Bank: Niebuhr, Gesch. der Bank (1854). v. Poschinger, Bankwesen und Bankpolitik in Preußen I (1878). Hünke III 165. Raubé in FBPG. V 223 (vgl. oben S. 501). (E. XIII 22 ff. — Massenbach, Rück Erinnerungen II 85. — Invasionsschulden der Städte: (E. VI 82 (berichtigt nach den Angaben der ungedruckten älteren Redaktion). Bericht Schlabrendorffs 6. Sept. 1765 (Geh. St.A.). Vgl. auch Grünhagen II 272 ff. Büchling, Erdkunde (7. Aufl.) IX 50. — Rittergüter: (E. VI 81, vgl. Hünke, HZ. LXXVI 422. Grünhagen II 330. Droysen, Fr. d. Gr. III 44. Preuß III 78 ff. 464. Hödenbeck, Beiträge II 468. PC. XXVII 191. 200. — Schöpfung landwirtschaftlicher Kreditverbände: (E. VI 81. Nabe, Darstellung des Wesens der Pfandbriefe in den preuß. Staaten (1818). Preuß III 74. Hödenbeck, Beiträge II 380. Poschinger I 26. — in Schlesien: Stölzel, Suarez, S. 83—110. Publ. XI 127. 619. — Kurmark: Aneshoten VIII 108—118. Publ. XI 436. Stölzel S. 109. — Neumark und Pommern: Preuß III 62. Publ. XI 564; vgl. Preuß IV 444. Bergér, Fr. d. Gr. als Kolonisateur S. 108 (andere Zahl bei Meißner, Brandenhoff S. 53 und Hertzberg, Huit Dissertations p. 177). — Magdeburg: Publ. XI 526.

(Seite 362. 363.) **Urteil des Königs über die Bewohner der einzelnen Provinzen.** Polst. Testament von 1768, bei Reimann, Bericht über die Thätigkeit der hist. Sektion der schles. Ges. für Vaterl. Kultur 1888. — Pommern: Preuß III 62. Publ. XI 444. — Pferdebesetzung aus Magdeburg: Herzberg, Huit Diss. p. 163; vgl. Meißner, Brandenhoff S. 31. — Treue der Westfalen: Herzberg S. 163. Preuß II 318; III 61. — Ostpreußen (E. VI 80. Joachim, Domhardt S. 62. 188. Preuß III 463. FBPG. XV 403. — Schlesiern: Grünhagen II 473. PC. XXVII 318.

(Seite 363.) **Betrag der Retablissementspenden:** (E. V 232; VI 75. (Redaktion von 1773: 20389000 Thaler.) Dépense de 1774. (Geh. St.A.) Herzberg, Huit Diss. p. 130. 175. 216. 248. Lucchesini bei Bischoff S. 186.

(Seite 363—366.) **Methode der Retablissementsarbeit.** Allgemeine Grundsätze und jährliche Voranschläge: Hünke III 283. Publ. XI 258. 341. 369. 425. 542. — Spezialaufträge: Brandenhoff: Instruktion vom 21. April 1762. — Schüy: Publ. XI 546—654 passim. — Reisenotizblätter im Geh. St.A. Ueber die Reisen in Schlesien mehrere Konvolute im Breslauer Staatsarchiv. Vgl. Fehner, Schlef. Zeitung 1889, Nr. 475. 478. 481. — Staatshilfe bei Brandschaden, Hochwasser, Mißwachs: (E. VI 76. Herzberg, H. D. 269. Lucchesini bei Bischoff 193. Publ. XI 470. 631. FBPG. XV 402 ff. — Meliorationsplan vom 21. Okt. 1774: Beiträge zur Finanzlit. in den preuß. Staaten (1781) I 314. Unsichere Rittergutsbesitzer: vgl. Roden bei Preuß IV 445.

(Seite 366. 367.) **Retablissement der Städte.** Nach Akten des Gen.-Direktoriums — Verordnung vom 29. Jan. 1770: Beiträge zur Finanzlit. I 315. Publ. XI 371. 429. Vgl. auch Weheim: Schwarzach S. 364. Bergér S. 101. 102. Publ. XI 513. — Feuersozietäten und Zöfchordnungen: Preuß III 77; IV 484. Beiträge zur Finanzlit. I 52 ff. Schmoller in ZPr.G. XI 577; XII 364. 368. 441. Publ. XI 418. Grünhagen II 348.

(Seite 367—372.) **Meliorationsarbeit auf dem Lande.** Vgl. im allgemeinen Beckendorff, Zuverl. Nachrichten von wichtigen Landes- und Wirtschaftsverbesserungen (1778). Lamotte, Abhandlungen 1793. — Urbarmachungen: Repe- und Warthebruch: Meißner, Brandenhoff. Publ. XI 393. 422. Die Unvollkommenheiten der Arbeit stellten sich erst später heraus. — Pommern: Petrich, Pommerische Lebens- und Landesbilder (1890) I 283 ff. — Kurmark: Preuß III 85. 86. Publ. XI 397 (Schöneberg). 433. 453. 491. Weheim: Schwarz-

bach 365. — Drömling: Publ. XI 57—59. — Ostfriesland: Publ. XI 55. Preuß III 573. — Westfalen: Büfching, Erbfunde IX 410. — Ostpreußen: Joachim, Domhardt S. 91 ff. Lucchesini bei Bischoff S. 272. — Abbau von Borwerken: G. VI 80 („plus de 150 furent changées en villages“ 1779; die ungedruckte Redaktion der Memoiren von 1773 hat „plus de 80“; Hertzberg p. 193 (1785: „plus de 300“). Vgl. Meisner S. 60. Schmoller, Umrisse und Untersuchungen S. 587. 609. Beheim-Schwarzbach S. 362. 363, sowie den Amtsetat von 1673 (Borwerk mit 13 Seelen) in Urkunden und Akten zur Gesch. des Kurf. Friedrich Wilhelm (sanere Politik) I 202. — Gemeinheitsteilungen: Publ. XI 95. 98. 99. 368. Preuß III 92. ZPr.G. II 581. — Versuche mit englischer Bodenvirtschaft: Publ. XI. G. XXIII 365. Büfching, Erdbeschreibung VI 419. Joachim, Domhardt 80 und jetzt Habernoll in Landwirtsch. Jahrb., her. von Thiel, Bd. 29 (1900). — Aufforstung von Sandhollen: Publ. XI 441. 485. 510. 568. — Forstwirtschaft: G. VI 87; XXIII 72. Publ. XI. Preuß III 94 und Boden ebend. IV 446. Schmoller, Umrisse und Untersuchungen S. 600.

(Seite 372. 373.) **Zunahme der Bevölkerung.** Die Belege werde ich FBPG. XVI geben.

(Seite 373—375.) **Ansetzung von Kolonisten.** Beheim: Schwarzbach, Hohenzollerische Kolonisationen. Schmoller, Schriften des Vereins für Sozialpolitik XXXII (jetzt in „Umrisse und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte“ 1898 S. 562 ff.). — Neumark: Herberg 546. Roden bei Preuß IV 443. Büfching, Erdbeschreibung VIII 546. Beheim-Schwarzbach 369. 569 ff. — Schlesien: Beheim 320, 538 ff. (in diesen Zahlen stehen Widerprüche). Vgl. Grünhagen II 546 ff. Publ. XI 396. G. XXIII 260; XXVI 364. 371. — Pommern: Wehrmann, Jr. d. Gr. als Kolonistator in P. (Progr.), Pyritz 1897. 98. — Kurmark: Publ. XI 58 ff. 622. 633. 634. Beheim 366. — Ostpreußen: G. VI 80. Beheim 373 ff. — Gesamtergebnis Beheim 441 mit der Korrektur von Schmoller (Umrisse S. 574); Schmoller ebend. S. 622.

(Seite 375. 376.) **Vermehrung des Viehstandes:** Beheim S. 441. Publ. XI. 458. 462. 547. 556. — Butterbedarf: ebend. 199. 545. Grünhagen II 554. Joachim, Domhardt S. 167. — Eier: Publ. XI 206 ff. Publ. XXII 354. Lucchesini bei Bischoff S. 250. — Pferdezuucht: Joachim, Domhardt S. 11 ff. 89.

(Seite 376—381.) **Bäuerliche Verhältnisse.** Außer der Bd. I 631 (2. Aufl.) angegebenen Lit. vgl. noch Knapp und Kern, Die ländl. Verfassung von Niedererschlesien (Schmoller, Jahrbuch XIX). Kern FBPG. XIV 176 ff. Theodor Knapp, Ueber die Bauernbefreiung in Ost- und Westpreußen 1719—1808 (Neues Corr.-Blatt für die Gelehrtenschulen Württemberg IV, 1897) Liebermann, Der Gesindehzwang in der Mark Brandenburg, Greifswald 1897 (Diss.), sowie die Urteile von Wöllner (ZPr.G. II 597 ff.), Büfching (Charakter Friedrichs II. S. 206; vgl. dazu Zimmermann, Fragmente II 4; Nicolai-Brandenburg II 10 ff.), Schön (Papiere IV 370 ff.). — Frondienste: vgl. Hynze FBPG. X 287 ff. Publ. XI 481. 605; XXX 36. — Urbarien: Publ. XI 619. Grünhagen II 259 (mit günstigerem Urteil als Schütiaff, Bauerngesetzgebung unter Jr. d. Gr. S. 23. 32). — Abströmen der ländlichen Bevölkerung in die Städte: Joachim, Domhardt S. 181. — Bäuerliches Besitzrecht: Publ. XI 340. 469. Preuß III 466. 467. Die Zahlen des Schlabrendorffschen Berichts (Gef. St.A.) weichen von denen bei Schütiaff S. 31, Keil, Landgemeinde S. 79 ab; Zahlen für 1736 bei Büfching, Erdbeschreibung X 746. Die Ekte vom 13. und 18. Juli 1764 (Knapp, Bauernbefreiung II 63 ff.) ergingen auf eine Kab.-Ordre an Schlabrendorff vom 5. Juli (Gef. St.A.). Zu G. VI 81 vgl. Schmoller, Der Kampf des preuß. Königtums um die Erhaltung des Bauernstandes (Jahrb. für Gesetzgebung R. F. XII 647), sowie Umrisse S. 597. Beheim S. 310. 536; abweichende Zahlen in Schlabrendorffs Bericht vom 20. Mai 1765 (Gef. St.A.).

(Seite 381. 382.) **Schlusß.** Les hochets de ma vieillesse: G. XXIII 360. Vgl. G. XX 249. 250; XXV 62. Publ. XI 544. Neow II 455. Adenbeck, Beiträge II 181.

VIII. 2. Verwaltungsreformen und Schutz der nationalen Erwerbsthätigkeit.

(Seite 383.) **Vorbemerkung.** ZPr.G. II 599; vgl. auch Philippson, Gesch. des preuß. Staatswesens (seit 1786) I 84. 166.

(Seite 384—391.) **Reform der Acciseverwaltung.** Walther Schulze, Gesch. der preuß. Regieverwaltung 1766—1786, I (Staats- und sozialwiss. Forschungen her. von Schmoller VII 3); daselbst S. 352 über die ältere Uebersieferung; vgl. Schmoller, S. V. der Berliner Akad. 1888, S. 63 ff. und Umriffe S. 186. — Frühere Anregungen und allgemeine Tendenz: Schulze 28. 209. Schmoller 83. E. VI 71; IX 205. — Neue Minister: E. VI 75. Heinitz, Mémoire sur ma gestion p. 13. Worte: FBPG. XIII 188 ff. P. C. XXIII 387. 423. — Boden: FBPG. XIII 385. — Rastow: Anekdoten VI 111. — Hagen: Publ. XI 386. E. VI 79. Preuß III 483. — Besuch von Helvetius: E. XVIII 252; XIX 398; XXIV 393. 395. 396. P. C. XXIV 171. Revue Historique XXV 69 ff. Wegen Quintus und Krodow vgl. Anekdoten X 67; Zimmermann, Fragmente II 39. Nicolai-Brandenburg II 97. — Vertrag mit de Launay: Schulze 37 ff. In dem Schreiben an de Launay vom 29. April 1766 ist statt Aréopage de yeux zu lesen: de gueux. — Tarifreform: Schulze 184 ff.; die Erhöhungen: 179. 228. 251 ff. E. XIV 147; XXVII a 410. Joachim, Domhardt 116. — Einschränkung des Schleichhandels: E. VI 77; vgl. Schulze 107 bis 114. Schmoller 76. 85. — Technische Mängel: Hinz, Seidenindustrie III 294. — Der administrative Fortschritt: Schmoller 78 (über die Sonderstellung der westlichen Landesteile vgl. Boden bei Preuß IV 433. Zimmermann, Fragmente II 8 ff. und jetzt Lehmann, Stein, 1902, I 131). — Störung der Einheitlichkeit in der Finanzverwaltung: Schulze 20; vgl. Joachim, Domhardt 69. — Franzosentum: Schulze 125. 360 und FBPG. V 191; vgl. ebend. II 614. Schmoller 77. Klöber, Von Schlesien II 230. — Hohe Betriebskosten: Schulze 141 ff. (vgl. E. IX 183).

(Seite 391. 392.) **Andere Sonderverwaltungen** (vgl. Böllner in ZPr.G. II 602): Postregie: Stephan, Gesch. der preuß. Post (1859) 277 ff. Preuß III 23. — Tabakadministration: E. IX 183. Philippson I 101 (eine andere Zahl bei Riebel, Staatshaushalt 103 und Preuß III 25). Publ. XI 517. 542. 543. 595. 596. Schulze 156. Rapp, Jr. d. Gr. und die Vereinigten Staaten 16. 31. — Kaffeeregie: Preuß III 26 ff. Publ. XI 503. — Lotterie: E. IX 183. Döbberich ZPr.G. I.

(Seite 393—395.) **Organisatorische Änderungen im Generaldirektorium.** Uebersicht bei Preuß III 444 ff. — Schulenburg: Rehuert: B. Raubé, FBPG. XV 73 ff. Schmoller, Jahrbuch für Gesetzgebung X 41 und Umriffe 187. — Michaelis: Büßing, Charakter 208. Publ. XI 502. 509. Grünhagen II 401. — Horst: Hinz, Seidenindustrie III 185. Zimmermann, Fragmente II 146 und passim. v. Hahnke, Elisabeth Christine E. 65. — Görne: Friedberg, HZ. LXV 1 ff. E. XXVII b 56. — Stellung des 5. Departements: Hinz III 187 ff. 283 ff. (vgl. FBPG. IV 624). Schulze 48. Publ. XI 441. 608. 609. Heinitz, Mém. sur ma gestion du 4^{me} et 5^{me} dép.; vgl. FBPG. II 614.

(Seite 395—406.) **Gewerdepolitik.** Allgemeine Tendenz: de La Haye de Launay, Justification du système d'économie pol. et fin. de Frédéric II (1786) p. 57 ff. (Deutsche Uebers.: Friedrichs II. pol. Finanzsystem 1789) und Comptes rendus au roi (I. Okt. 1786) bei Mirabeau, de la monarchie prussienne IV 258 ff. Vgl. Schmoller, Umriffe 560. Hinz III 207. 292. Publ. XI 464. — Fürsorge bis ins Kleinste: HZ. LXV 7. Rössenbeck, Beiträge II 157. Publ. XI 464. 630. Preuß III 49. 51. — Prämien und Subventionen: Wiesfeldt, Studien zur Entwicklungsgesch. der Berliner Industrie 1720—1890 (Staats- und sozialwiss. Forsch. her. v. Schmoller XVI 2) 63. Publ. XI 511. De Launay, Finanzsystem 93. — Berlin: Wiesfeldt 55. 63. FBPG. X 376. Herzberg, HD. 255. — Porzellanmanufaktur: jetzt Seidel, Hoh. Jahrb. 1902. — Tuchindustrie: v. Schrötter, FBPG. X. XI (für Schlesien; vgl. dazu ebend. XV 235). Freig ebend. X (Ludenswalde; vgl. E. XXVI 503). Wiesfeldt a. a. D. Schmoller, Jahrb. XI 820. Rössenbeck, Beiträge II 357 Anm. Publ. XI 496. Heinitz, Mém. sur ma gestion 22. E. XXIII 406. HZ. LX 263. —

Leinenindustrie: Zimmermann, Blüte und Verfall des Leinengewerbes in Schlesien; anknüpfende Kontroverse zwischen Brentano, Sombart, Grünhagen, Kern (Zeitschr. für Sozial- und Wirtschaftsgef. I. II. III). Export: Grünhagen II 535. 536. Herzberg, HD. 255. Heinitz, Mém. 19. Zechner, Garnhandelspolitik in Schlesien, Zeitschr. des Vereins für Gesch. Schlesiens XXV. Ueber die Bielefelder Leinenindustrie vgl. Reese, Hanfsche Gesichtsbücher 1895. — Ueber die industr. Unternehmungen geistlicher Stifter in Schlesien vgl. Zechner (Jahrb. für Nat.-Def. und Statistik, Folge III Bd. 4). — Seidenindustrie: Bd. I 635 (2. Aufl.). Schmoller, Umrisse 530. — Ostpreußen: Joachim, Domhardt 78. 87. 188. 189. Mirabeau, de la monarchie pruss. III 28. 31. — Schiffsbau: Mirabeau III 36. Schmidt, Progr. der Friedrich-Wilhelmschule zu Stettin (1858) S. 35 ff. Büsching, Erdbeschreibung VIII 701. — Industrie-Statistik von 1783: Heinitz, Mém. 22; vgl. Herzberg, HD. 252 ff. — Montanindustrie: Heinitz, Mém. sur les produits du règne minéral de la mon. pruss. (wiederabgedruckt bei Mirabeau II 213 ff.). Zechner, Gesch. des schles. Berg- und Hüttenwesens, Berlin 1903 (Sonderdruck aus Zeitschr. f. d. Berg-, Hütten- und Salinenwesen 1900—1902). Ueber Heinitz vgl. jetzt Steinede, FBPG. XV 421. — Verbot des schwedischen Eisens: Zechner 333 ff. Heinitz a. a. O. 219. 231. 243. 303. Publ. XI 566. v. Schöning, Nachrichten zur Gesch. der brand.-preuß. Artillerie II 287. Lucchesini bei Bischoff 210. 243. 276. — Dampfmaschinen: Zechner 290. — Steinkohlen: Zechner 255 ff. 259 ff. Schmoller, Jahrb. XI 830 ff. Schwemann FBPG. VII 418. — Westfalen: jetzt Lehmann, Stein I 37 ff. — Salinen: Schwemann, Heinitz als Chef des Salzdepartements 1786—96 (FBPG. VII). Schmoller, Jahrb. XI 839 ff. — Ergebnisse: G. VI 88; IX 185; XXIII 326. HZ. LX 263. Urteile von Büsch und anderen Zeitgenossen bei Schmoller, Jahrb. VIII 10.

(Seite 406—409.) Handelspolitik: G. XXIII 350. — Zollkrieg mit Oesterreich: Zechner, Die handelspolit. Beziehungen Preußens zu Oesterreich 1741—1806. Beer, Archiv f. österr. Gesch. LXXII 553 ff. Vgl. FBPG. XI 441. Hünke, Seidenindustrie III 210. — mit Sachsen: Wiederemann in Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft XIX. FBPG. X 182; XI 437. G. XXIV 98 ff. PC. XXV 13. Vgl. Sachregister der PC. unter Oesterreich und Sachsen. — Transitzölle: Schmoller, Jahrbuch X 718 ff., XI 25 ff. v. Schrötter, FBPG. XI 437. Heinitz, Mém. sur ma gestion 19. Klöber II 230. 221. — Verschiebung der Absatzgebiete: vgl. Grünhagen II 542. Zechner 507. Joachim, Domhardt 166. 190. Rödenbeck, Beiträge II 302.

(Seite 409. 410.) Handelsverträge: Fruchtlose Verhandlung mit Frankreich: PC. XXVII 579; XXVIII 491. — Handelsvertrag mit Polen 1775: Eine Untersuchung fehlt noch. Vgl. de Launay, Justification. Heinitz, Mém. sur ma gestion 10. Damas, Zeitschr. des Westpreuß. Gesch.-Ver. XX 62 ff. Zechner, Handelsbeziehungen 499. 508. Hünke III 215. — mit Spanien 1782: vgl. Zimmermann, Schles. Leinengewerbe. Grünhagen II 536. — mit Amerika 1785: Herzberg, Recueil I 472 (2. Aufl.). Rapp, Fr. d. Gr. u. die Ver. Staaten. (1871) 86 ff.

(Seite 410—412.) Monopole: Mirabeau III 334. Hünke III 292. Rödenbeck, Beiträge II 147. 150. FBPG. XI 416. Joachim, Domhardt 189. — Geringer Unternehmungsgeist der Kaufleute: Preuß III 50. Grünhagen II 536. 537. — Économiseurs: G. XIII 22. Vgl. Mangold, Progr. des Kölnischen Gymn., Berlin 1903, S. 16. Lucchesini bei Bischoff 238.

(Seite 412—414.) Handelsgesellschaften: Bank: Poschinger I 58 oben S. 501. — Affekuranzgesellschaft: Nov. Corpus Const. III 575. Schmidt (Stettiner Progr. von 1858) 33. 34. — Brennholz- und Kuchholzgesellschaft: Rödenbeck, Beiträge II 227. — Levantische Kompagnie: Preuß III 72. Hünke III 195. 199. Schmidt a. a. O. 84. Liebhaf, Bank 53. Rödenbeck, Beiträge II 325. — Schweiggerisches Privileg: PC. XXV 398. Schmoller, Jahrbuch X 723. FBPG. XI 447. — Handel nach Ostasien: Herzberg, HD. 257. Preuß III 574. Rödenbeck, Beiträge II 328. King, Asiat. Handlungskompagnien 198 ff. Friedrich schreibt an de Launay 26. Juli 1779: „Le commerce de la Chine qui ne nous convient nullement, l'expérience l'ayant prouvé, lorsque nous voulumes le tenter.“ (Gesch. St.A.). — Embener Heringsfischerei: Nov. Corp. Const. IV 3, Nr. 57. Mirabeau III 316 ff. Rödenbeck, Beiträge II 231. — Seehandlungsgesellschaft: vgl. oben S. 493, unten S. 684.

(Seite 414—416.) **Handelsstatistik und Bilanz:** v. Schrötter, FBPG. X 163. Heintz, *Mém. sur ma gestion* 4 ff. Mirabeau III 372. Rödenbeck, *Beiträge* II 264 ff. Schmoller, *Jahrbuch* VIII 417; XI 33. Schmidt a. a. O. 30. 31. 35. 40. 42. Herzberg, HD. 131. Friedrichs Angaben: (E. IX 184. HZ. LX 263; vgl. Lucchini bei Bischoff 210. Vgl. auch Lohmann, *Handelsstatistik Englands und Frankreichs im 18. Jahrh.*, S. B. der Berliner M. 1898, S. 890. 892.

(Seite 416—422.) **Agrarisches Schutzsystem:** Mirabeau III 353. Landwirte stets unzufrieden: Grünhagen II 533. — **Getreidehandelspolitik:** B. Raubé in „*Deutsche landwirthsch. Presse*“ 1895, Nr. 14. 20 u. „*Deutsches Wochenblatt*“ 1895, Nr. 20. 21, vgl. auch FBPG. XII 305: Ergebnisse der archivalischen Forschungen des Verf. für die Serie „*Getreidehandelspolitik*“ der *Acta Borussica*, von der bisher 2 Bände, bis 1740, erschienen sind (1896 und 1901); vgl. daselbst I 395. 415 über Nachahmung der preuß. Getreidehandelspolitik in Dänemark und Rußland. (E. VI 83. 84; IX 207. Schmoller, *Umriffe* 670 ff. und *Jahrb.* XI 11 ff. Joachim, *Domhardt* 185. Nicolai, *Anekdoten I* Bormort. R. Müller, *Getreidepolitik in Schlesien während des 18. Jahrhunderts* (1897). — **Kornhandelskompagnie:** Mylius IV 3, Nr. 13. 16. 22. Rödenbeck, *Beiträge* II 235. Publ. XI 369. Schmoller, *Jahrb.* XI 13. — **Wollproduktion und -Handel:** v. Schrötter, FBPG. X 137. 167. 174. 176. 180. 182; XI 382. 386 ff. Schmoller, *Jahrbuch* XI 18. Heintz, *Mém. sur ma gestion* 21. 22. (E. XXVI 400. Rödenbeck, *Beiträge* II 359 Anm. Struensee, *Abhandlungen über wichtige Gegenstände der Staatswirtschaft* (1800) II 187.

(Seite 422. 423.) **Schluß:** (E. XXIII 407. Urfinus 1766: UB. III 86—103. Hinz III 166 ff. Ueber *Vertram:* Schulze, *Regie* 270 ff. 305. 323; auch für *Hoym* nimmt *Zechner*, *Handelsbeziehungen* 406, *physiokratische Anwandlungen* an, ebenso für *Heintz* *Lehmann*, *Stein* I 35. 36.

VIII. 3. Bündnis mit Rußland und erste Teilung Polens.

Der eignen Darstellung Friedrichs (E. VI; vgl. F. Preuß, *Die erste Teilung Polens u. die Memoiren Fr. d. Gr.*, ZPr.G. XI.) folgten als archivalisch fundierte Beiträge: [Comte de Görtz], *Mém. relatifs aux négociations qui ont précédé le partage de P.* (1810). v. Schölyer, *Fr. d. Gr. u. Katharina II.* (1859). R. Dunder, *Die Erwerbung von Westpreußen* (ZPr.G. IX, 1872; wiederholt in des Verf. *Abhandlungen zur preuß. Gesch.*). Beer, *Die erste Teilung Polens* (3 Bde. 1873; nach preuß. und österr. Akten). Beer, *Fr. II. u. van Swieten* (1874). Arneht VIII (1877; in *Polemik gegen Beer*). Reimann I. Vom russischen Standpunkt: *Sokolowjow*, *Gesch. des Falls von Polen*, überf. von Spörer (1865). Smitt, *Frédéric II. Cathérine et le partage de Pologne* (1861). Martens, *Recueil des traités conclus par la Russie*. Vgl. auch *Röpell*, *Polen um die Mitte des 18. Jahrh.* (1876).

(Seite 425. 426.) **Verhältnis zu England und Frankreich:** vgl. PC. XXIV 303. 338 mit Publ. XIV 365. PC. XXIII 34. 36. 268. Vgl. *Treusch v. Buttler* in den „*Grenzboten*“ 1898, Nr. 15.

(Seite 426—439.) **Entstehung des Bündnisses mit Rußland:** Urteil von 1746: Publ. IV 302. Nach meiner Auffassung ist für die Beurteilung der Allianzverhandlung mit Rußland das entscheidende Moment, daß es Friedrich gelang, Rußland durch ein Bündnis an sich zu ketten, während Katharina nur ein Zusammengeben in einer einzelnen Frage, der damals aktuellen Frage der polnischen Königswahl gewünscht hätte; nur durch diesen grundsätzlichen Gegensatz wurde der Abschluß der Verhandlung monatelang verzögert, nicht durch die Diskussion über einzelne Bedingungen, gegen die Friedrich nur so lange sich sträubte (was besonders gegen Beer I 103 zu bemerken ist), als der Vertrag an sich noch nicht gesichert war. Ueber frühere Urteile vgl. die letzte Bearbeitung des Gegenstandes durch *Künzel* in FBPG. XIII 75—122; über die Gesichtspunkte Katharinas besonders *Bilbassoff* II 151; vgl. PC. XXIII 52. *Röpell* 172. 192. Die 62 Millionen (S. 428) aus Bericht *Domhardts* vom 21. Nov. 1762 (*Ges. St.A.*) nach einer Mitteilung *Korffs*. — *Polnisches Interregnum 1763/64:* *Askenazy*, *Die letzte poln. Königswahl* (Götting. Diss. 1894). *haltung* *Ruß-*

lands: Bilbassoff II 396. 404. 535. 542; die Briefe vom 17. Okt. 1768: Beer III 80. PC. XXIII 167. — Der türkische Gesandte in Berlin: Rottebohm, Die preuß.-türk. Defensivallianz 1763—65 (Festschrift des Friedrichwerderschen Gymn., Berlin 1881). Beer I 123. PC. XXIII 283. 293. — Panins perspektivische Aeußerung: PC. XXIII 254. — Haltung Frankreichs und Oesterreichs: Beer I 74. 77—81. 90. 116. 137. 143. 151. 168. Choiseuls Programm (12. Okt. 1762): Bilbassoff, Monographien III 211. Vgl. auch Boutaric, Corr. secr. de Louis XV (1866). Saint-Priest, Études politiques et littéraires. — Vertragsurkunde vom 11. April 1764: Martens, Recueil des traités conclus par la Russie VI 1 ff.

(Seite 439—442.) **Zur Charakteristik des Bündnisses.** Sein eigentlicher Wert für Preußen: PC. XXIV 253; XXVI 290. — Gründe gegen Erweiterung des Bündnisses zu einer nordischen Koalition: PC. XXIV 126. 290; XV 71. 74. 359—361. — wegen Sachsens: XXVII 127. 133. 136. 141. — Saldern: PC. XXV 350 (Popilius Laenas: G. VI 15; VIII 23. Publ. LXXII 174). Vgl. PC. XXIII 288. — Einmischung in innere preussische Angelegenheiten zurückgewiesen: PC. XXV 187. 195; XXVI 18. 57. — Traditioneller Grundsatz der polnischen Politik Preussens: vgl. Drozden, Friedrich Wilhelm I., II 236. 237.

(Seite 442—444.) **Beziehungen zu Oesterreich.** Eventualität einer Ausöhnung bei gemeinsamem Gegensatz gegen Rußland: PC. XXVI 300. 304. 323; XXVII 116. 146. — Streit wegen Ausföhrung der Friedensbedingungen: Arneht VIII 93 ff. PC. XXIII—XXV. — Joseph II.: PC. XXIV 348; XXV 356. — Kaunitz: Arneht VII 292. PC. XXIV 325; XXV 148. 216. — Vereitelte Monarchenbegegnung 1766: vgl. Künigel, FBPG. XV 507 ff. — Abrüstungsvorschlag: PC. XXVI 225.

(Seite 444—446.) **Polnische Reichstage von 1764 und 1766 und Konföderation von 1766:** PC. XXIV 422; XXV 392. — „Vous n'ignorez pas qu'avec argent on fait tout en Pologne“: PC. XXIV 191.

(Seite 446—451.) **Gefahr einer bewaffneten Einmischung Oesterreichs 1767.** Oesterreichische Demonstrationen und Rüstungen: Arneht VIII 125 ff. — Preussische Gegenmaßregeln: PC. XXV 359; XXVI 8 ff. 25—27. 54. 58. — Russische Gewaltthaten: XXVI 53. 285. 294. 300. — Neuer Vertrag mit Rußland (4. Mai n. St. 1767): Martens, Recueil VI 37, mit irriger Datierung 12./23. April (vgl. auch PC. XXVI 122 Anm. 1). — Oesterreich lenkt ein: PC. XXVI 45. 77. 83. 188. Raumer, Beiträge zur neueren Gesch. IV 108. 109. — Auflösung der Konföderation von Radom, Windstille: PC. XXVII 18. 39.

(Seite 451.) **Heilige Konföderation von Bar, Ausbruch des russisch-türkischen Krieges 1768:** Herrmann V 434 ff. Saint-Priest, Études I. PC. XXVII 169. 188. 332. 340. 478.

(Seite 452.) **Die Teilung Polens wirkt ihren Schatten voraus.** Prophezeiung Johann Kasimirs 1662: Urkunden u. Akten zur Gesch. des Kurfürsten Friedrich Wilhelm IX 356. ZPr.G. XVII 579. Bilbassow II 517 Anm. — Ältere Entwürfe: vgl. Drozden, Gesch. der preuß. Politik III, 2, 196 (2. Aufl.); IV, 3, 218. 239. 257; 4, 284 ff. Noorden, Eur. Gesch. im 18. Jahrh. II 36. — Pol. Test. vom 7. Nov. 1768: zuerst bei Dunder a. a. D.

(Seite 453—455.) **Preußen umworden.** Frankreich: PC. XXVII 579. 580. — Oesterreich: Beer I 293 ff. Audienz vom 4. Sept. 1768: PC. XXVII 329. — England: ebend. 507. — Verhandlung mit Oesterreich wegen Neutralität für Deutschland und wegen einer Monarchenzusammenkunft: ebend. 441 ff. 453. 454; XXVIII 496.

(Seite 455—457.) **Verhandlung wegen Verlängerung des russischen Bündnisses.** Wirkung des Türkentrieges auf die politische Lage: PC. XXVII 230. 234. 499. — Subsidienzahlung: ebend. 376. 421; XXVIII 146. 153. 169. — Preussischer Vertragentwurf mit Klausef wegen Ansbach-Waireuth: ebend. 28, vgl. XXVII 421. 423. 515. 543. — Der Synarsche Plan: PC. XXVIII 84. 160—162. 194. 195. — Schleppen der Gang der Verhandlung: ebend. 503; an Zindenstein, Anfang August: zuerst bei Beer II 352.

(Seite 457—459.) **Zusammenkunft in Reife 1769:** Beer im Archiv f. österr. Gesch. XLVII. Berichte Josephs II. bei Arneht, Maria Theresia u. Joseph II. (Korresp.) I 300 ff.

Memoiren des Prinzen Albert von Sachsen und Bericht von Anafaja: Arneht 566 ff. Das günstige Urteil Friedrichs über Joseph in der ungedruckten Redaktion seiner Memoiren von 1775 ist wesentlich verändert in E. VI 25. Vgl. im übrigen PC. XXIX (1908 unter der Presse) u. Krause, Progr. des Altstädt. Gymn. in Königsberg 1902.

(Seite 459.) **Bündnis mit Rußland vom 23. Okt. 1769:** Martens, Recueil VI 48 ff.

(Seite 459—461.) **Zusammenkunft in Neustadt 1770:** E. XXVI 320. Beer im Archiv f. österr. Gesch. XLVII. Ergänzungen bei Arneht VIII 576 ff. Ligne, Mémoire sur Frédéric II (1789). Friedrich an Königin Ulrike 1. September 1770 (glaubt Maria Theresia zu treffen). Vgl. E. XXVI 324 ff.

(Seite 461—463.) **Preussische Vermittelung im Türkenkriege, Prinz Heinrich in Petersburg.** Gedanke einer Begegnung zwischen Friedrich und Katharina: PC. XXVIII 108. Prinz Heinrich: E. XXVI 320 ff., ergänzt durch Schlözer 228 ff. Dunder 196 ff. (in berechtigter Polemik gegen Smitt I 134 ff.). Beer II 53 Anm. Martens, Recueil VI 67.

(Seite 463—474.) **Erste Teilung Polens:** Okkupation polnischen Gebietes durch Oesterreich: Beer II 48 ff. 68. Arneht VIII 170 ff. 295 ff. 587. 588. — Wirkung in Petersburg: E. XXVI 345 (vgl. Dunder 229 Anm.). — Für die weitere Verhandlung mit Rußland hat sich mir aus Durcharbeitung des preussischen Aktenmaterials ergeben, daß das Verdienst des Prinzen Heinrich um die Erwerbung von Westpreußen nicht bloß in seinen Petersburger Pourparlers beruht, sondern vor allem darin, daß er bei seiner Rückkehr die gewichtigen Bedenken des Königs zu überwinden vermocht hat. Die in der Fortsetzung des PC. zu veröffentlichten Auszüge aus seinen Briefen an den König werden seinen Anteil an der Verhandlung auf das deutlichste ersehen lassen. — Ergebnislose Verhandlung mit Oesterreich in Berlin (27. April 1771) und Petersburg (31. Mai): Beer II 68 ff. 358 und van Swieten 22 ff. 30. Arneht VIII 309 ff. 591. Dunder 237. 238. Reimann I 391 ff. — Oesterreichisch-türkisches Bündnis (6. Juli 1771): Beer II 16. 20. 36. Arneht VIII 283. 290. 291. 328. — Kaunitz: Beer II 16; III 23 (die 13 Fälle). Arneht VIII 267. — Joseph: Beer III 11 ff. Arneht VIII 256. 267. — Maria Theresia lenkt ein (5. Sept.): Beer II 108 ff. 337 ff. u. Swieten 35 ff. Arneht VIII 323 ff. 329 (gegen Beer) 338. — Entscheidung in Petersburg (Verzicht auf Wolbau und Wallachei) und in Wien (für Mitwirkung bei der Teilung Polens): Dunder 246 ff., Beer II 111; III 173 ff. Arneht VIII 335. — Audienz van Swietens (4. Febr. 1772): Beer, Swieten 58 ff.; vgl. Beer II 341. 357. — Die Teilungsverträge: Martens, Recueil II Nr. 31; VI Nr. 223. 225. — Urteile von Maria Theresia und Kaunitz: Arneht VIII 353. 354. 365 (schon bei Preuß IV 38 aus Hornayrs Taschenbuch 1831) 367. 376. 377. 395. Beer I p. IX; II 340.

VIII. 4. Westpreußen.

(Seite 475—481.) **Besitzergreifung.** Umfang der Erwerbungen der drei Mächte: Nach einer im Staatsarchiv zu Posen gemachten Zusammenstellung über die einschlägigen Forschungen ist annähernd der preussische Teil auf 664 □-Meilen, der russische auf 1692, der österreichische auf 1508 anzunehmen. Evaluation: Beer 3, 121. — Nachträgliche Ausdehnung der Grenzen: Reimann I 504 ff. Beer II 230. 281. 289. 307. Arneht VIII 423. Martens, Recueil VI 99. 100. — Haltung der Protestanten: E. XXVI 359. Graf Lippe, Westpreußen unter Jr. d. Gr. 23. — Skorzewska, E. XXIII 124; XXV 618. Meißner, Brendenhoff 110. — Entwaffnung: UB. IV 37. 98. Preuß III 385 ff. (woburd Kaltenborn II 93 wegen Loffow widerlegt wird). — Urteile Friedrichs über die Polen: PC. XXIII 204; XXVII 352. E. XIV 188 (Guerre des Confédérés); XXIII 205. 208. 210. 220; XXIV 557.

(Seite 477—481.) **Abtretung durch den Reichstag von 1773:** Die Rechtsfrage: E. VI 47; vgl. Herzberg, Recueil I 324 ff. — Ueber den Verlauf der Verhandlungen neben den preussischen Gesandtschaftsberichten im Geh. Staatsarchiv die österreichischen bei Beer II 199—244, die sächsischen bei Herrmann, Gesch. Rußlands V 532 ff. 590 ff. — L'heureuse

anarchie: Bilbaffow II, 1, 541. — Haltung Frankreichs und Englands: Arneht VIII 196. 428. Neimann I 53. P. C. XXVII 428. Michael, Englands Stellung zur ersten Teilung Polens (1890). Aruheim in Deutsche Zeitschr. für Gesch.:Wiss. VIII 151. — Die preussische Erwerbung durchgesetzt gegen das österreichische Interesse: Beer I 93. 119. — gegen das russische: ebend. II 301. Vgl. auch Herrmann V 360; Köppen, Jr. d. Gr. und seine Widerfacher (1840) 148. Dunder, Abhandlungen 259.

(Seite 481—483.) **Einrichtung der neuen Verwaltung**: „Westpreußen“: UB. IV 25; V 227. — Die Gehilfen: über Domhardt vgl. Joachim; über Brendenhoff, Meisner, sowie Petrich, Pommerische Lebens- und Landesbilder I 271 ff. 418. Büfching, Charakter 248. Rödenbeck, Geschichtskalender III 157 und Berg, FBPG. XI 493 ff. — Roden: Preuß III 367 ff. Jazgiewski, Reformen der direkten Steuern im 18. Jahrh. (Schmoller, Forschungen VIII 2) S. 84. — Kabinettsordres betr. Westpreußen: UB. IV 3—195; V 183—234; Preuß IV 374 ff. G. Anders urkundliches Material: Publ. XI. XVIII. XXIV. Graf Lippe, Westpreußen unter Jr. d. Gr. Otto, Aus der fredericianischen Verwaltung Westpreußens, Königs 1887. 189. (Progr.) R. Meyer im Jahrb. der Hist. Ges. für den Regebistritz 1896. — Bearbeitungen: Roscius, Westpreußen 1772—1828 (1829). Kethwisch, Progr. des Wilhelmgymn. Berlin 1872. Boas, Berliner Diff. 1890 u. Jahrb. der Hist. Ges. für den Regebistritz 1891. 1892. Kreisgeschichten für Pr.:Stargard von Plehn (1900), für Deutsch-Krone von Schultz (1902). Eine umfassende Attenpublikation bereitet R. Bär in Danzig im Auftrage der preussischen Archivverwaltung vor.

(Seite 484. 485.) **Besuche des Königs**: Roden bei Preuß III 369. 370. G. XXVI 356 ff.; XXIII 380; XXIV 587. Rödenbeck, Beiträge I 495.

(Seite 485—492.) **Reetablissement**: Kanalbauten: Garbe, Der Bromberger Kanal (1874). Herzberg, H. D. 297 (vgl. dazu Preuß IV 70). — Katasterwerk: Jazgiewski 83 ff., vgl. Publ. XI 535. Graf Lippe 183. Damus in Zeitschrift des westpreuß. Gesch.-Vereins XXX 55. — Lage der Bauern: Beer I 42. Hüppe, Verfassung von Polen 62. Boas, Diff. S. 21. Plehn in Mitteilungen des westpreuß. Gesch.-Ver. I Nr. 1. — Bauernadel: Lippe 9. Herrmann V 593. Boas, Diff. S. 20. 21. — Beseitigung der Starosteiverfassung: G. VI 88. UB. IV 95. 119. Lippe 76. — Schuldigung: vgl. die Basallenliste in Vierteljahrschrift für Wappenkunde XX. — Kirchengut: Publ. XVIII. G. XXIII 242. Kolberg, Notation des Bistums Ermland, Zeitschr. für Gesch. Ermlands IX. X. — Besteuerung: Jazgiewski 87 ff. UB. IV 145. — Zurückdrängung des polnischen Adels: Joachim 173. Publ. XI 428. 435. 573. 603. UB. IV 164. Schmoller, Umriffe 611. — Ansetzung deutscher Kolonisten: Herzberg, HD. 191, vgl. 173. 216. 267. Weheim-Schwarzbach 407 ff. UB. IV 4. 193; V 193. Publ. XI. 479. — Reetablissement der Städte: UB. IV 71. 77. 97. 112. 168. 170. Publ. XI 440. 536. G. XXV 18. Lippe 114. Marienburg: Steinbrecht in Hof. Jahrb. 1902. — Braugewerbe: UB. IV 31. 37. Publ. XI 531. Preuß IV 382. Boas, Diff. S. 26. — Erweiterung der Industrie: Preuß IV 376. 378. 383. UB. IV 97. Publ. XI 536.

(Seite 492.) **Bevölkerungsstatistik**: Siehe FBPG. XVI. — Landstreicher und Betteljuden: Lippe 34. 35. 112. UB. 10. 41; V 228.

(Seite 493. 494.) **Handel**: Lippe 61. UB. V 227. — Seehandlung: Nov. Corp. Const. V B. Nr. 51. 55—57. Preuß III 456. Joachim 164 ff. 204. Kaumer V 266. — Vertrag vom 3. Jan. 1779 abgeschrieben im Ges. Staatsarchiv; einiges Einschlägige enthalten die Berichte des Residenten Blanchot ebend.; vgl. auch G. VI 89. 90. Damus, Zeitschr. des westpreuß. Gesch.-Ver. XX 93. 94. Beer III 249. 250. — Prozeß Görne: Friedberg, HZ. LXV. Nicolai-Blandenburg II 105. G. XXVII b. 56.

(Seite 493. 494.) **Beziehungen zu Danzig**. Damus, Zeitschr. des westpreuß. Gesch.-Ver. XX. Michael, Englands Stellung zur ersten Teilung Polens 21 ff.

(Seite 494.) **Justizpflege**: Publ. XVIII 45 f. G. XXV 18. Nov. Corp. Const. V (die Ordnungen von 1773). Stölzel, Brandenburg-Preußens Rechtsverfassung u. Rechtsverwaltung II 260; die daselbst S. 262 Anm. 2 u. 264 Anm. 4 zitierte Verordnung vom 30 Juli 1774 (Nov. Corp. Const. V 341) bezieht sich nur auf Ostpreußen.

(Seite 494. 495.) **Schulwesen:** *GE. XXIII* 267. *Lippe* 53. 73. 76—78. *UB. IV* 4. 5. 176. *Rethmisch* 16. *Publ. XXIV* 246. 275.

(Seite 495. 496.) **Schluf:** *GE. XXIII* 267. *Damus* 47. *Publ. XI* 573; *XVIII* 470. *UB. IV* 140. 149; *V* 194.

VIII. 5. Staatshaushalt und Heerwesen.

(Seite 497—501.) **Staatshaushalt:** Die Belege gebe ich *F.B.P.G. XVI* (1903).

(Seite 501. 502.) **Heeresstärke:** Reduktion 1763: *Märkische Forschungen XIX* 183. 189 ff. *GE. VI* 92. 101 (in der älteren ungedruckten Redaktion steht: „les régiments étaient sur le grand pied de guerre“); *XIX* 385; vgl. den *Etat* von 1757 in *Sammlung ungedr. Nachrichten V* 450. 454. *G. Stab IIIa* 126. — Fixierung der Zahl der Kantonsisten: *Miscellaneen* 122—124. *GE. IX* 186. Soldaten als Feldarbeiter: *F.B.P.G. X* 301. — Augmentation von 1768 ff.: *GE. VI* 101 ff. 129; *IX* 186. *PC. XXVII* 240. 254. *Märk. Forsch. XIX* 183. Graf *Lippe*, *Westpreußen* 71. Der *GE. VI* 104 erwähnte Mobilmachungsplan hat sich unter den neuerdings an das *Ges. Staatsarchiv* gelangten *Tresorakten* gefunden; er liegt meinen Angaben zu Grunde und soll in den „*Publikationen aus den Staatsarchiven*“ veröffentlicht werden. Ungenaue Ziffern: *Preuß IV* 306. *Büfching*, *Beiträge zur Regierungsgesch.* 391 ff.

(Seite 502—510.) **Reetablisement des Heeres.** Popularität: *Likmann*, *Schröder II* 48 ff. *E. Schmidt*, *Leffing I* 484. — Verfall der Disziplin im Kriege: *GE. VI* 91. 92; *XXVII* b 48. — Inspektionen: *Miscellaneen* 131. *PC. XXIII* 97. 98. *Märk. Forsch. XIX* 169. *Berenhorst*, *Betrachtungen* (3. Aufl.) 171. 179. [*Kaltenborn*], *Briefe eines alten preuß. Off.* II 111. 152 ff. *Gaudi* bei *Jany*, *Geschichtstafel der Infanterie von 1806* (*Beiträge und Forsch. zur Gesch. d. preuß. Heeres V*) 8. Ueber *Kamin*: *Kaltenborn I* 85. 100; II 154. *Zhiebau* *IV* 309. *Denkwürdigkeiten des Landgrafen Karl von Hessen*, übers. von *Bernhardi*, 107, 127. *Hödenbed*, *Tagebuch III* passim. — Reform der *Kompagniewirtschaft*: *Miscellaneen* 121. 122. *Büfching*, *Beiträge zur Reg. Gesch.* 393—410. *Courbière* 115 ff. *Berenhorst* 169. 180. 294 *Ann. Kaltenborn I* 75; II 117. 156. Une mission mil. en Prusse 1786 p. 277. Vgl. auch *PC. XXI* 521. — *Offizierkorps*, *Abel*: *GE. IX* 186. *Schnadenburg*, *Jahrb. f. d. deutsche Armee CXV. v. Taysen*, *Milit. Thätigkeit* *Fr. d. Gr.* während seines letzten Lebensjahres 62 ff. 72. *Preuß III* 332 *Ann. 2.* *Militärlexikon IV* 48. — Abneigung gegen *Grafen*: *Luchefini* bei *Bischoff* 227. *Berenhorst* 198. *Preuß III* 142; vgl. *GE. IX* 120. *Kaltenborn I* 109; an *Tauenzien* 8. *Nov. 1775* (ungedruckt). — *Offiziermangel*: *Preuß III* 133. *Courbière* 115. — *Husaren*: *Lippe*, *Husarenbuch* 480. *Winter*, *Zieten I* 439. *Preuß IV* 388. — Der kleine Dienst: *Berenhorst* 182. 183. 218. *Kaltenborn I* 23. 122. 123. [*v. Loffow*], *Denkwürdigkeiten zur Charakteristik der preuß. Armee unter* *Fr. II* (1826) 230 ff. *Küster*, *Leben Salderns und Neue Militär. Blätter LVIII* 123. — *Manöver*: *Miscellaneen* 132. *v. Taysen* a. a. D. 85 ff. *Kaltenborn I* 24. 25. 29. *v. Seidl*, *Fr. d. Gr. und seine Gegner* 118. „*Daheim*“ 1898 *Nr. 34* (nach den Papieren des *Generalleutn. v. Edbell*). — *Theoretische Unterweisung der Offiziere*: *G. Friedländer*, *Die R. Allg. Kriegsschule und das Militärbildungswesen 1765—1813* (1854). *GE. VI* 95. 99. *Miscellaneen* 140. 156. Une mission militaire 1786 p. 287. 299. — *Cleven*, *Generalstab*: *Miscellaneen* 177. *Friedländer* 143. *Donatich* *F.B.P.G. VIII* 6. 7. *Raffenbach*, *Küsterinnerungen I* 121; II 95 ff. *Perz*, *Steifenau I* 30. *Preußische Jahrb. XLV* (Müchel). — *Elements de castramétrie*: *GE. XXIX* (vgl. *VI* 96). *Regeln für Bat.-Komm.* ebend. — *Dumouriez*: *Berenhorst* 195. — *Gesamtfortschritt des Offizierkorps*: *Kaltenborn I* 124. — *Urteil über die Gemeinen*: *Miscellaneen* 130. *GE. XXIX* 50; vgl. aber die *Anerkennung der „valeur“* *GE. XXIV* 570 (gegen *Guibert*). — *Popularität des Königs bei der Truppe*: *Kaltenborn I* 57; II 50. 110. *Preuß III* 365. *Arnth VIII* 568. *Karoline v. Fouqué*, *Blick auf Gesinnung und Streben in den Jahren 1774—78* (1831) *S. 91*. — *Revue* von 1773: *R. v. Hülßen*, *Memoiren* 185. *Preuß IV* 369. 371. *Kaltenborn I* 34. — *Allmähliche Bervollkommnung des Heeres* *GE. VI* 94. 96. 124; *IX* 186; *XX* 127. 131; *XXVI* 303. 305. 358. 364. *Lippe*, *Militaria* 47 ff. *Arnth VIII* 568 (bagegen *Schöning IV* 38. 39).

(Seite 511.) **Infanteriefener:** (E. IV 222; XXVI 306. Miscellaneen 131. Loffow 257 bis 275. Berenhofst 222. 223. 329. Preuß II 365; IV 177. Mission mil. 1786 p. 250. 295 und jetzt Lang a. a. D. 4. 97, wonach Anhalt 1783 acht Schüsse und achtmal Laden in der Minute verlangte.

(Seite 511.) **Festungen:** Miscellaneen 140. E. IX 186; XXIX 76.

(Seite 512. 513.) **Keine Kriegsmarine:** (E. IX 189. 190; vgl. J. G. Droyfen, Monatsberichte der Berl. Akademie der Wiss., Januar 1881.

(Seite 513. 514.) **Strategie:** (E. IV p. XVIII; IX 190; XXIX 3. 21 ff. 67 ff. Miscellaneen 142 ff. Vie du prince Henri, Paris 1809, 351 Anm.

(Seite 514.) **Schlufbemerkung:** (E. XXIII 154. 155; XXVI 400.

IX. 1. Bairischer Erbfolgekrieg.

Mémoires de la guerre de 1778, E. VI. Hertzberg, Recueil des déductions II (1789). [Arnbt, Vollständige Sammlung von Staatschriften. 5 Teile (1778—1779). Militärisches Hauptwerk noch immer: v. Schöning, Der bayr. Erbfolgekrieg 1859 (Mil. Corr. Jr. d. Gr. mit dem Prinzen Heinrich, IV) mit Urkundenbuch (sitiert: Schöning UB). Campagne des Prinzen: Zeitschr. für Kunst u. Wissenschaft des Krieges 1845. Eine wesentliche Ergänzung bieten die von mir an anderer Stelle mitzuteilenden Briefe des Prinzen Heinrich an den Erbprinzen von Braunschweig im Archiv zu Wolfenbüttel. Zur Kritik der älteren milit. Lit. vgl. Cogniasso IV 285, Dohm, Beiträge V 360 ff., Schöning IV 37 ff. u. v. Seidl, Jr. d. Gr. u. seine Gegner (1819). — Neimann, Gesch. des bayr. E.-K. (1869; umgearbeitet in Neimann, Neuere Gesch. des preuß. Staats II). Arueth X. Beer (nach österr. und preuß. Akten) HZ. XXXV. XXVIII. Kabda, Der bayr. E.-K. u. der Friede zu Teschen (1879).

(Seite 517—522.) **Uebersicht der auswärtigen Politik 1772—1777.** (E. VI 111—133. Idee eines Dreihundes der Ostmächte: Meer, Swieten 89. 108. — Staatsstreich Gustavs III: Arnheim, Beiträge zur Gesch. der nordischen Frage (Deutsche Zeitschr. für Gesch. u. Wiss. VII. VIII; vgl. auch Nationalzeitung 1892, 30. März). Hüffer FBPG. VI 384. — Prinz Heinrich in Petersburg und Großfürst Paul in Berlin 1776: (E. XXVI. Korrespondenz zwischen Heinrich und Solms (Gesch. St.A.). Ebornit XXXVII. — Vertrag vom 1. April 1777: Martens, Recueil VI Nr. 227. — Beziehungen zu Oesterreich: (E. IX 187. — Voraussicht der Anschläge auf Bayern: (E. XVIII 251. XXVI 370. PC. XXVII 320. 358. 387. — Friedrichs System 1777: (E. XXVI 392; vgl. VI 130. Beziehungen zu Frankreich: Tod der Pompadour: PC. XXVI 302. (E. XXIII 183. — Choiseul: vgl. die Sachregister zur PC.; (E. XIV. 179. 240. 260 ff. — Ludwig XV: (E. VI 67; XIV 260 ff.; XXIII 286. 290; XXIV 628. — Ludwig XVI: (E. VI 67; XXVI 370. 398; vgl. PC. XXVIII 424. Broglies Denkschrift 1773: Bontarie, Corr. secrète de Louis XV, T. II. — Bergennes: Tratchevsky, La France et l'Allemagne sous Louis XVI (1880); vgl. Bailien in Revue Critique 1881, Nr. 31. — Beziehungen zu England: Krieg in Amerika: vgl. PC. XXV 42; XXVII 328. — Haber der engl. Parteien und Bute (E. VI 114. PC. XXVI 382. Ranke E.W. XXXI/XXXII 460 („un roi d'Angleterre que Dieu mène par la lisière:“ ebend. S. 105 in Ranke's Uebersetzung mißverstanden). (E. XIII 42 (wo mit dem enfant sur le trône, servilement soumis aux lois de son mentor Georg III., nicht der vom Herausgeber vermutete König von Portugal gemeint ist). v. Kuville, Pitt und Bute (1895) 64 ff. 80. — Verhältnisse zu den Amerikanern: Kapp, Jr. d. Gr. und die Vereinigten Staaten (1871). Bancroft, Gesch. der Ver. St. (überf. von Bartels) X p. V und 52 ff. (E. XXV 45. 82. Rödenbed, Tagebuch III 117.

(Seite 522—530.) **Vorgeschichte des Krieges.** Josephs II. bayrischer Plan: Arueth X 303 ff. Unser in Mitteil. des Instit. für österr. Geschichtsforsch. XV — Preussische Gegenzüge: Görz, Mémoire hist. de la négociation de 1778 (1812). v. Seidl a. a. D. 369 ff. (Befehle an Hymn). Meißner, Herzogin Maria Anna von Bayern (Zeitschr. des Gymn. zu Jauer 1890), vgl. Bitterauf, Die wittelsb. Hausunion 1746/47 (Festsgabe für R. Th. v. Heigel,

München 1903 S. 465 ff.). — Haltung Frankreichs und Russlands: vgl. Schöning UB. 42. 73. — Papierverbrauch: ebend. 9. 11. (E. XXIII 422. — Prinz Heinrich: Miscellaneen 156 (bester Feldherr). Vgl. besonders Schöning UB. 2. 4. 16. 17. 26. 32. 34. 45. — Herberg: Unzer, S. Anteil an den preuß.-österreich. Verhandlungen 1778/79 (1890) 4. 27. 121. — Verständigungsversuche: Arneth X 376. 380. (E. VI 183 ff. Herberg, Recueil II 126 ff.; wegen der Lausitz vgl. schon E. XXVI 372. — Oesterreichische Urteile über Friedrich: Raumer V 317. Arneth X 431 ff.

(Seite 530. 531.) **Verhandlung nach dem preussischen Einmarsch in Böhmen.** Beer, HZ. XXXVIII; vgl. Arneth, Reimann, Unzer.

(Seite 531.) **Preussischer Feldzugsplan.** Erster Entwurf: (E. VI 145; XXIX 121. Schöning UB. 66. — Erste Modifikation: (E. VI 146. 147. Schöning UB. 54. 82. 84.

(Seite 531—535.) **Verlauf des Feldzugs.** Der König vor der oberen Elbe: Schöning UB. 91. 92. (E. XXIV 25. — Vorbereitungen Heinrichs: Schöning UB. 93—95. 102. 107. Hensel von Donnersmard, Milit. Nachsch. II b 171. — Sein Einmarsch, Schrecken der Oesterreicher: Schöning UB. 98 ff. Arneth X 505. Preuß UB. V 177. — Die Krisis des Feldzugs: Hensel a. a. D. 182. 183 (bestätigt durch Möllendorfs Bericht 17. August, Geh. Staatsarchiv). Schöning UB. 102. 107. — Offenstivversuch des Königs: Schöning UB. 117. 119. 128. 131. 138. Anhalt: Preuß IV 391 ff. Preuß UB. V 177. 180. Schöning IV 175 ff. Hensel 187. 200. Karl von Hessen, Denkwürdigkeiten 100. — Les exploits des septuagénaires: (E. XXIV 29. — Mähren bis zuletzt im Auge behalten: (E. VI 161. Schöning UB. 132. 155. 158. — Feldzugsplan für 1779: (E. XXIX 126; vgl. Schöning UB. 184. 192. — Verluste: Wlantenburg-Nicotai II 64. — Kosten: siehe oben S. 501. — Allgemeine Verstimmung: außer den Briefen des Prinzen Heinrich Hensel a. a. D. 216. Schmettau, Ueber den Feldzug von 1778 (1789). Karl von Hessen, Denkwürdigkeiten 85 ff. — Urteile über Generale: Schöning UB. 103. 106. 123. 160. 175. 205. 206. Hensel 216. Ueber Möllendorfs: Graf Lippe, Jahrb. für die deutsche Armee Bd. CIX. — Vorwürfe gegen den Prinzen Heinrich: (E. VI 156. 179; vgl. XXVI 473. Schöning UB. 119. 124. 132. 163. 164. 167. 186. 191.

(Seite 535—539.) **Friede von Teschen.** Breslauer Winterquartiere: Schöning UB. 197. 199. 200. 217. — Gegenkaiser: ebend. 246; vgl. Arneth X 614. — Friedrich über Maria Theresia: (E. XXIV 325. 326. — Die öffentliche Meinung für Preußen: vgl. ebend. 328. Briefe Maria Theresias, her. von Arneth, IV 537. Perz, Stein VI (Beilagen S. 156). Von späteren steht ganz auf Seiten Josephs II. Schloffer, Gesch. des 18. Jahrhunderts III. — Ergebnis für Preußen: (E. XXVI 476; vgl. auch XXIV 326. 327. Reimann II 260. — Unzufriedenheit Josephs mit Frankreich: Arneth X 548. 541. 631. 665. — Der militärische Wert des russischen Bündnisses für Preußen präfer: Reimann II 220. 238. 239.

IX. 2. Justizpflege und Kirchenpolitik; Landrecht und Staatsform.

(Seite 540—542.) **Ergebnisse der ersten Justizreform.** Aeußerungen des Königs: (E. IX 188. 201. 232; XXIII 343. 405. 409. 412; XXV 375. 378. Vgl. indes Holke, Zur Strafrechtspflege unter Fr. Wilh. I. (1894). — Die Schüler Coccejis: Stölzel, Brandenburg-Preußens Rechtsverfassung und Rechtsverwaltung II 248 ff. Holke, Gesch. des Kammergerichts III 281. 282. — Gegensatz zwischen Fürst und Carmer, Inquisitions- und Verhandlungsprinzip: Kampff, Jahrb. für die preuß. Gesetzgebung LVIII. Holke III 288 ff. Stölzel II 265 ff. Stölzel, Svarez 80. 137 ff. Breslau und Isaacsohn, Der Fall zweier preuß. Minister (Danckelman und Fürst) S. 75 ff. W. Raubé FBPG. V 314.

(Seite 542—545.) **Prozeß des Müllers Arnold.** Materialien: Preuß III 489 ff. 538 ff. und ZPr. G. I 129 ff. Diefel, Beiträge zum preuß. Rechte I (1891) S. IX (ebend. Zusammenstellung der Pitteratur). Gegen Diefels Verteidigung des Nachspruchs vom 11. Dez. 1779 Winter, Münchener Allg. Zeitung 1891 Nr. 277 und (vom Standpunkt des Kammergerichts) Holke III. Svarez' Urteil: Stölzel, Svarez 316. 317 (vgl. Dohn bei Preuß III 537. 538). —

Demonstrationen: Preuß III 500. Kalkreuth, Mes paroles (1818). Thiebaut IV 32. Raumer V 341. Büfching, Charakter 255; vgl. auch *E.* XXV 142. 145. FBPG. XV 542. — Grundsatz der Nichteinmischung: Die bei Stölzel II 263 erörterte Kabinettsordre ist vom 27. Dez. 1772: *U. B.* II 19. — Weßlar: Mofer, Von der teutischen Justizverfassung (1774) II 821. Goethe, Wahrheit und Dichtung, Buch 12; vgl. „Die Aufgeregten“ *Alt I* S. 5. — Müller von Sانسжои: vgl. Schneider (*Märk. Forsch.* VI 165 ff.). Lange (Mitteilungen des Ver. für Gesch. Potsdams *N. F.* II 306).

(Seite 545—547.) **Verufung Carmer's. Entstehung des Allgemeinen Landrecht's** Carmer und Svarez; Stölzel II 292 und „Svarez“ 172 ff. (Urteile von Gopler und Klein); abfchätzig gegen Carmer. Solte III 327. — Ordre vom 14. April 1780: Kampf, *Jahrb.* XLVI 225. Stölzel, Svarez 156. — Befriedigung des Königs: ebend. 235. 239. — Vgl. auch Hinfchius, Svarez, Berliner Rektoratsrede 1889.

(Seite 547—549.) **Kirchenpolitik in Schlefien seit 1763.** Regelung der Parochial- und Patronatsverhältniffe: Publ. XVIII 137. 239. 241. 464 (für das Einzelne, auch im folgenden, vgl. die Sachregister des Herausgebers Lehmann zu Publ. XVIII. XXIV). Grünhagen II 428 ff. — Nominationsrecht: Publ. XVIII 92. 135. 139. 198. 419. 438. — Einführung des Königl. Placet ebend. 230. — Klemens XIII.: ebend. 156. 157. — Bifchof Schaffgotsch, Ernennung eines Bifars: ebend. 653.

(Seite 549—553.) **Wahl Klemens XIV. Aufhebung des Jefuitenordens.** Konflave von 1769: *E.* XXIV 168. *P. C.* XXVII 595; XXVIII 503. Publ. XVIII 889. 392. — Abficht zur Ausweifung der Jefuiten aus Schlefien 1763: ebend. 105. *E.* XIX 319. 321; XXIV 610; vgl. ebend. 396. 422; XXIII 135 und noch *P. C.* XXVII 16 (17. Jan. 1768). — Veränderte Haltung seit 1768: *E.* XXIV 149. (1. Febr.) 429. Publ. XVIII 403. Profch, Gesch. des Kirchenftaats II 141 Anm. Beer, *Zwieten* 121. — Beweggründe: *E.* XXIII 168. 414; XXIV 440. 451. 624. Publ. XVIII 347 ff. d'Ancona, *Fr. d. Gr.* und die Italiener, überf. von Schnell, 67 ff. Ligne, *Mémoire sur Frédéric II* p. 54. Ueber die bourbonifchen Höfe *E.* XXV 232. 241. — Erfuit von Sانسжои: *E.* XXIII 378 und öfter. Eine Rancune gegen Klemens XIV. möchte ich, in diesem Punkte von Witte (*Fr. d. Gr.* und die Jefuiten 1892, S. 83; zuerst im Progr. von Schulpforta 1892), der besten Behandlung dieses Gegenstands, abweichend, nicht annehmen. — Verständigung mit der Kurie: Publ. XXIV 73. 326. 473. Vgl. Dittrich in *Zeitschr. für Gesch. Ermlands* XII. *E.* XXIV 618.

(Seite 553. 554.) **Verhältnis zu Pius VI.** Frage der gemifchten Ehen: Publ. XXIV 229. Meydenbauer in Quellen und Forsch. aus ital. Archiven und Bibl. III 195. — Pius VI. in Wien: *E.* XXV 201. 206. 211. 217. 237 (neben dem Schriftwechsel mit der Gefandtschaft in Wien). — Rückwirkung auf Schlefien: Publ. XXIV 504. *E.* XXIII 108. Grünhagen a. a. D. Vgl. noch Schön, *Papiere*, III 68.

(Seite 554—556.) **Staatsgewalt und evangelifche Kirche.** Büfching, Charakter 148 ff. Preuß III 220 ff. Philippson, Gesch. des preuß. Staatswesens seit 1786 I 47. Stölzel, Svarez 341. 352. *E.* XXV 177. 178. 180.

(Seite 556.) **Sekten.** Büfching, Charakter 138 ff. Preuß I 313 ff.; III 277. 278; IV 74. Beseim-Schwarzbach, Kolonifationen 341. 356. 378. 397. 418. Publ. X 68. — Tataren: *E.* XXIII 344.

(Seite 556—558.) **Das Landrecht als Abstraktion Fredericianifcher Regierungsmaximen.** Religionspolitik: Teil II Tit. 2 § 2. 13—15. Vgl. *R. D.* vom 17. Jan. 1781 bei Preuß III 227. — „System polit. Arbeitsteilung“: Hünke, *Acta Borussia* VI a 13. — Arbeitsrechte: Teil II Tit. 9 § 55; vgl. *E.* IX 140; XXIV 580. Zeblyß bei Preuß III 136. — Recht auf Arbeit: Teil II Tit. 19 § 2 (vgl. Bismarck im Reichstage 9. Mai 1884); *E.* IX 165; XXIV 474. 482. Schmoller in FBPG. XII 31. Hünke, Seidenindustrie III 180. 225. 234. 295 ff.

(Seite 558.) **Konfstitutions Tendenzen unter der absoluten Monarchie.** Stölzel, Svarez 185. 313. 314. 333—338. 385. 390. 391; Rechtsverfassung II 249. Hertberg *HD.* 159. Vgl. Tocqueville, *L'ancien régime, notes* („code du grand Frédéric“).

(Seite 559—561.) **Friedrichs Aeußerungen über die Staatsformen.** Die drei späteren Hauptschriften (E. IX 129. 153. 193. Vgl. Publ. XXII 391. HZ. LXI 280 ff. — Englische Parlamentsverfassung: (E. IX 21. PC. passim (vgl. z. B. PC. XXV 43; XXVI. 139. 247. 306, wogegen die poetische Stelle (E. XII 195 nicht ins Gewicht fällt). — Forderung straffer Konzentration: (E. IX 190. 216 („mener de front comme les quadrigues“); vgl. Bd. I 319 (2. Aufl. 321). — Autorité divine: (E. IX 151. — Pacte social: (E. IX 196. 215. — Premier serviteur de l'État: (E. I 123; VIII 66. 168; IX 197. Schläger, Briefwechsel Heft 21 (1779). — Vgl. noch Doß, Der Souveränitätsbegriff von Hobin bis Fr. d. Gr. (1897), mit der Bemerkung von Hinze FBPG. XII 297.

IX. 3. Der alte König und die neue Bildung.

(Seite 562—567.) **Späteres Verhältnis zu Voltaire.** Gedächtnisrede: (E. VII 50; XXV 119; vgl. XXIII 125. 237. — Subskription von 1770: ebend. 166; XXIV 488. 491. 497; XXV 333. — Bekenntnis von 1772: (E. XXIII 213. — Rückblicke auf den Streit mit Raupertuis: ebend. 93—95. 118. 131. 145. 149. 167. 179. 307. 310; vgl. auch PC. XXVII 478. — Der Friedensapostel: (E. XX 111. 257. 265 ff. 273. 282. 284; XXIV 447. 457. 542. 547; XXV 154. — Der Patriarch des Geschmacks: (E. XXIII 95. 138. 156. 190. 348. 355. 399. — Verfall der franz. Litt.: ebenda 97. 99. 107. 110. 113. 125. 126. 162. 178. 184. 212. 237. 266. 295 (zahlreiche Parallelstellen in den Briefen an d'Alembert). — Roi des déistes: ebend. 168; vgl. II 36; VII 63. — L'infâme: (E. XXIII 45; XXV 4; vgl. XXIV 397. — Das Schwinden des idealen Credits des Papsttums: XXIII 348. 381; vgl. XV 24; XXIV 470. 615. 627; XXV 85. 201. PC. XXVII 97. — Intoleranz in Frankreich: (E. XXIV 566. 596. 601; XXV 133. 165. — Voltaires Vorzicht: (E. XXIII 45. 182. 188; XXIV 415. 437. 438. 444. 449. 453. — Totenamt für B. in Berlin: (E. XXV 154; vgl. 157. 161. 163.

(Seite 567—573.) **Verhältnis zu der jüngeren französischen Philosophie.** d'Alembert: vgl. Bahlen, S. d. Berl. Akad. 1899 Nr. 4. (E. XXVI 511. Lucchesini bei Bischoff 244. Geometrie: (E. XXIV 373. 529. Vgl. (E. XX p. XXII; XXIII 421 (Culer); XXIV 523 (Bequelin), 430. 431. — Spott über die Encyclopädisten: Totengespräch von 1773: (E. XIV 253; vgl. XXIII 277 (étudier l'histoire à rebours: XIV 254; XXIV 375. 421). Weiter IX 239; XXIV 559. 582; XXV 132. 136. Miscellaneen 143. Schöning UB. 227. — Rousseau: (E. 172; XX 288. 299 ff.; XXIII 116. 353; XXIV 440. Thiebanlt I 59. 63. Dubois-Reymond, Fr. d. Gr. u. Rousseau (1879; auch in „Reden“ I). — Diderot: (E. XXIII 156; XXIV 620. 624. 630. 631; XXVI 511. — Buffon: XXIV 399; XXV 219; XXVI 506. — Helvetius: XXIII 227. 251. 253; XXIV 395. 396. 557. 561. 563. 569. 620; XXV 82. — Examen erit. du Système de la nature: IX 1. 53; XXIII 183; XXIV 489. — Das Einbringendste über die verschiedenen Strömungen der französischen Philosophie des 18. Jahrhunderts und Friedrichs Verhältnis zu ihnen bietet Dilthey, Fr. d. Gr. u. seine Akademie, Deutsche Rundschau, Juli 1900.

(Seite 574—580.) **Philosophische Diskussion mit d'Alembert 1770/71.** Vgl. Lucchesini 182 und im allgemeinen Jeller, Fr. d. Gr. als Philosoph (1886). Christentum: (E. XXIV 485. 496. 503; vgl. VIII 155; XVIII 239; XXIV 479. — Ewigkeit der Welt: (E. IX 157; XII 199; XIX 265; XXI 35; XXIII 165. 171; XXIV 306. 503; XXV 212. 219. 376. — Gottesbegriff: XXIV 503. 513 ff. 520. 531. 537. Gott taub: (E. XII 96. 199. 200. — Freiheit und Notwendigkeit: (E. XXIII 201—205. (E. XXIV 504. 516. 520 ff. 527. 531. Marionetten: XXIV 313. 532. — Causes secondes, hasard: I 127; IV 223; V 234; VI 179; XVII 20; XVIII 188; XXIV 461. 593; XXV 62. — Vers sur l'existence de Dieu: XIV 18; vgl. IX 89. 90; XII 95. 199. 260.

(Seite 580—587.) **Hintenansehung der spekulativen gegen die Moralphilosophie.** (E. XXIV 430. 469. 472. 508. 526. L'homme est fait pour l'erreur — l'homme est fait pour agir: (E. XXIII 119; XXIV 537; vgl. VII 215; XXV 62. 257. Schöning UB. 45. — Aberglauben unausrottbar: (E. XVIII 240; XXIII 102. 103. 109. 111. 115. 119; XXIV Rojer, König Friedrich der Große. II.

464. 470. 471. 476; XXV 138. 227. 237. — Nur die schädlichen Irrtümer zu bekämpfen: XXIII 235. 341; XXIV 472. — Toleranz und ihre Grenzen: XXV 207. Publ. XVIII 556. (E. XXIII 102. 161. 168. Thiebaut I 93. Vgl. Bigge, Die religiöse Toleranz fr. d. Gr. (1898) und dazu FBPG. XII 299. — Commentaire apostolique (1778): E. XIV 93. — Ueber Pressefreiheit: E. XXIV 561—564; vgl. 408. 507. Preuß III 249 ff. — Zulässigkeit der Täuflung: E. XXIII 376; XXIV 467. 470. 475. 478. 483; XXV 88. 91. 277. Harnad, Gesch. der Akademie I 417. — Selbstliebe als Moralprinzip: E. IX 90; XXV 225. Döring, fr. d. Gr. als Morallehrer (Preussische Jahrb. LXX). Uebermenslichkeit des Stoicismus: E. XII 181 ff.; XIX 79. 109. 117. 163; XXV 226; XXVIIa 204. — Dialogue de morale: IX 85; XXIV 579. — Instruktion von 1765: IX 75.

(Seite 587—597.) **Pädagogische Bestrebungen.** (E. XXIV 578. 580. R. D. vom 5. Sept. 1789 zuerst bei Nicolai, Anekdoten V 33. Trenbelenburg, Kl. Schriften III (Zedlitz). J. Bona Meyer, fr. d. Gr. pädagogische Schriften (1875). Fischer, fr. d. Gr. u. die Volkserziehung (1877). Dissenfötter u. Güterlohn in den Progr. des Gymn. zu Wesel 1892 bezw. der Oberrealschule zu Karlsruhe 1893. Hübler, fr. d. Gr. als Pädagog (2. Aufl. 1900; vgl. FBPG. XV 598). — Discours von 1772, Lettre sur l'éducation: E. IX 113. 169; vgl. XXIII 213; XXV 565. Ueber Frauenbildung vgl. auch XXIII 125. — Volksschule: Clausnitzer in „Deutsche Schule“, hsg. v. Rißmann V (1901) 342 ff. 411 ff. (nach archival. Forschungen u. mit Nachweisung der älteren Litt.). Unteroffiziere als Lehrer: ebend. 419 (die Ausgabe bei Preuß IV 486 wegen Koppy ist nicht zutreffend). Ueber Militärärzte bei anderen Behörden vgl. Holze, Kammergericht III 278; Schmoller FBPG. II 613. Religionsunterricht: Nicolai V 39. Clausnitzer 416; vgl. E. XXVI 500. Die Antwort an Sulzer: Nicolai III 274. — Gymnasium: Methwisch, Zedlitz u. Preußens höheres Schulwesen (2. Aufl. 1886). Petrich, Pommerische Lebens- und Landesbilder 375 ff. (Meierotto). — Universitäten: näheres werde ich FBPG. XVII mitteilen. — Akademie: Harnad I. [de la Veaux] Vie de Frédéric II, IV 70 ff. (E. XIII 104 (Jorney). Publ. LXXXII 298.

(Seite 597—601.) **De la littérature allemande.** (E. VII 89; XXI 78; XXIII 301. 337; XXIV 569. 593; XXV 171. 172. 337 ff.; XXVI 523 (Karl August; vgl. Brunn, Meierotto 269). Beer, van Swieten 27. Vgl. Suphan, fr. d. Gr. Schrift über d. Deutsche Litt. (1888) und die zahlreichen anderen bei Geiger, Deutsche Litt. Denkmale, hsg. von Sauer Nr. 16 (2. Aufl. 1902) u. bei Schüdelkopf ebend. Nr. 122 verzeichneten Arbeiten. Geest, fr. d. Gr. u. Lessing (Jahrb. für die deutsche Armee C X.).

IX. 4. Der deutsche Fürstenbund von 1785.

Urkundliches Material: Hertzberg, Recueil des déductions II 364 ff. (1789). A. Schmidt, Gesch. der preussisch-deutschen Unionsbestrebungen (1851). Ranke, Die deutschen Mächte und der Fürstenbund (1871; S. W. XXXI/XXXII, 1875). Baillet, Der Ursprung des deutschen Fürstenbundes (HZ. XLI, 1879).

(Seite 602—605.) **Maria Theresias Ausgang.** Arneth X 719 ff.; vgl. Archiv f. österr. Gesch. XLVIII 76. Arneth, M. Th. u. M. Antoinette 169. 202. 204. Arneth, Briefe Marias IV 518. PC. XXIII 246. E. XXV 171. 174. Immediaterrasse an Niedeser 3. 6. 17. 20 Dezember 1780; an Hoym, 2. Okt. 1782 (Gesch. St. A.). Martens, Recueil des traités conclus par la Russie VI 99. Matrimoniale Politik Oesterreichs: PC. XXVIII 404. — Wahlen in Köln und Münster: Dohm, Denkwürdigkeiten I 295 ff. Arneth X 692 ff. Reimann II 269 ff. PC. XI 139. — Joseph II. in Rußland: vgl. Arneth X 831. 832. Moens: leben bei Reimann II 275.

(Seite 605—607.) **Preußen und Rußland. Seeneutralität:** Hertzberg, Recueil 450 ff. (2. Aufl.). Dohm II 100 ff. Bancroft, Gesch. d. Vereinigten Staaten, deutsch von Bartels, X 190—192. FBPG. XV 542. Martens, Recueil des traités conclus par la Russie VI 107. Vergbohlm, Die benachtheilte Neutralität 1780—83 (1884). — Türkische Verhandlung: Baillet u. a. O. Zinkeisen, Gesch. des osmanischen Reichs VI. Reimann II 273. Martens VI 120.

(Seite 607—608.) **Der große Plan Katharinas.** Arneht, Joseph II. u. Kath. II. (Briefwechsel; 1869). Arneht, Joseph II. u. Leopold II. (1872).

(Seite 609—612.) **Zwartende Politik Preußens:** Urteile über Katharina I. C. XXVIII 260 (1769). Reimann II 317. 349. Pantocratrice: (E XXVI 497 ff. — Panin: Kaumer V 567. Bancroft X 181. Rapp 78. Reimann II 310. — Potemkin HZ. LX 266. Kaumer V 556. — Konstantin (E. XXV 247. Reimann II 279. — Großmogul: Kaumer V 569. — Der Prinz von Preußen in Petersburg: Brückner, Katharina II. (1883) 327 ff. — Großfürst Paul: HZ. LX 268. — Verhandlungen mit Frankreich und England: Baillet a. a. D. Rapp 77. Reimann II 333. Kaumer V 555. Tratchefski, La France et l'Allemagne sous Louis XVI (1880) mit den Bemerkungen von Baillet, Revue Critique 1881 Nr. 31. Memorials and Correspondence of Fox (1853) I 338. Diaries and Correspondence of Harris (1844) II 47. 51.

(Seite 612—618.) **Entstehung des Fürstenbundes.** Außer den angeführten allgemeinen Darstellungen: Krauel, Prinz Heinrich in Paris (1901); vgl. Krauel, Prinz Heinrich als Politiker (1902) S. 31; die Einladung hatte sich der Prinz, wie G. B. Solz im Archiv des franz. Ministeriums der ausw. Angelegenheiten festgestellt hat, durch den französischen Gesandten Esterno verschafft. — Tappin, Die milit. Thätigkeit Fr. d. Gr. während seines letzten Lebensjahres (1886) S. 20 ff. Corr. de Mercy d'Argenteau p. p. Arneht et Flammermont (1889) I 377. G. Wolf, Oesterreich und Preußen 1780—1790 S. 105. 107. F. K. Wittichen, Preußen und England 1785—1788 (1902). Dreßler, Fr. d. Gr. u. Herzberg in ihrer Stellung zu den holländ. Wirren (Breslauer Diss. 1882). Vgl. Baillet, Herzberg, HZ. XLII. Martens, Recueil VI 134. 137. Dammé, Zeitschr. des Westpr. Gesch.: Ber. XX 132. Erdmannsdörffer, Pol. Korr. Karl Friedrichs v. Baden I (1888). Baillet, Karl August, Goethe und der Fürstenbund, HZ. LXXIII. — Zeitgenössische Kritik vom preußischen Standpunkt: vgl. Dohm III 106 ff.

IX. 5. Ausgang und Ergebnisse.

(Seite 622—630.) **Friedrichs Geschichtsschreibung:** E. I—VI. HZ. LX 266. Fragmente von 1742 mitg. von Arnheim: FBPG. IX (mit Literaturangaben). Miscellaneen zur Gesch. Fr. d. Gr. (1879) S. 21 ff. (Bibliographie), S. 205 ff. (Posner, Genesis der Hist. de mon temps u. der brandenb. Denkwürdigkeiten.) Wiegand, Die Vorreden zur Hist. de mon temps (1874), mit treffenden allgemeinen Bemerkungen. Wilmar, Ueber die Quellen der Hist. de la guerre de sept ans (Straßburger Diss. 1888). Fr. Preuß, ZPr. G. XI 129 ff. (betr. Zeitung Potens; vgl. G. Watz in Göttinger Gel. Anzeigen 1850 S. 707). Prinz Heinrich: Revue des études historiques 1902 (janvier); vgl. HZ. CXXXIX 174. FBPG. I 231 ff. Vgl. weiter Garve, Fragmente II 114. (E. XXIII 81. 94. 121. 197. 320 (über die poetische Produktion); ebend. I p. L.: XX 81; XXIII 334. Publ. LXXII 275. Barrentrapp, HZ. LXXXI 287. Kufelhaus zu Schillers Werken, herausg. von Belfermann XIV 9. 10. — Gedächtnis: Publ. XXII 368. (E XXII 290. — Konvenienzpolitik: PC. XXVIII 144. Publ. LXXII 162. J. G. Droysen, Abhandlungen zur neueren Gesch. 208. „Dienfame Ministerialmittel“ Beer, Zeitung Potens II 276. — Spott über die Fürsten: (E. XII 41 ff.; XVIII 241. PC. XXVIII 285. Ranke, S. W. XXXI/XXXII 460. Zimmermann, Fragmente II 189. — Auswahl der preußischen Diplomaten: F. K. Wittichen a. a. D. S. 157 ff. — Politik „jeu d'hasard“: (E. XXI 230; XXIII 197; XXV 196; vgl. II p. XV; VI 152 und dagegen XXV 130.

(Seite 630. 631.) **Jahresinteilung.** Hödenbeck, Tagebuch III. W. Raubé, Denkwürdigkeiten des Grafen Schulenburg FBPG. XV 413. v. b. Marwitz, Nachlaß (1852) I 17. Kastenborn I 112; II 121 (Ministerreue; vgl. Preuß IV 476.)

(Seite 631. 632.) **Militärische Thätigkeit seit 1779:** v. Tappin, Die milit. Thätigkeit Fr. d. Gr. während seines letzten Lebensjahres (1886). FBPG. VII 300, Essai sur la vie du marquis de Bouillé (1853). Graf Lippe, Militaria S. 52. Allg. Mil. Zeitung 1884 Nr. 4—7. Jahrbücher f. d. deutsche Armee LIV. — Zerstreutes Gesecht: Tappin 16 ff.,

104 ff. Jany, Gefechtsausbildung der pr. Inf. vor 1806 S. 10 ff. Berenhorst, Betrachtungen 517 (3. Aufl.). — Freibataillone 1778: Schönig UB. 164. 167. 177. 274. 275. Hendel II b 169. Die R.-D. an Tauenzien vom 7. Sept. 1784: Mil. Wochenbl. 1902, Nr. 7. Ueber das Revuebild von Cunningham vgl. Ködenbeck III 297. 337.

(Seite 632—639.) **Stimmung im Lande.** Bitter aus vergangener Zeit (Biter Voel) 1884, S. 349. Zimmermann, Fragmente II 191. Karl von Hessen, Denkwürdigkeiten 141. Preuß III 308 (vgl. Suphan a. a. D. 64). Nicolai, Anekdoten I p. X. Garve, Fragmente II 250. — „Niedriger hängen“: Preuß III 275 (wonach der Zweifel bei Nicolai-Brandenburg, Freymüthige Anmerkungen über Zimmermanns Fragmente II 220 ungerechtfertigt erscheint; vgl. Zimmermann, Fragmente II 201. de la Veaux, Vie de Frédéric II, IV 319). Kaumer V 139. Marwig, Nachlaß I 18. de La Beaur IV 122 ff. Ködenbeck III 331. — Friedrich im Gespräch: Conway bei Carlyle Buch XXI, ep. 5. Kaumer V 297. 305. 540. J. v. d. Osten, Dorothea von Sachsen-Gotha 290. de La Beaur IV 66. P.C. XXVIII 117. Massenbach, Rüd-erinnerungen II 104. Ködenbeck III 265. W. v. Gaffell, Die schles. Kriege und Hannover 463. Zimmermann, Fragmente II 147. 148 d'Ancona, Jr. d. Gr. und die Italiener 112. Vieux sorcier: E. XXV 334. Ligne, Mémoire sur Frédéric II, 52. — Verhältnis zum Beamtentum: E. XXIII 116. 151. Zimmermann, Fragmente II 135. Preuß IV 371. Garve, Fragmente I 168. UB. II 227. 229. Publ. XI 472. 522. 626. FBPG. XV 410. Graf Lippe, Westpreußen unter Jr. b. Gr. 98. Histor. Monatsblätter für die Prov. Posen II 185. Joachim, Domhardt 76. 77. 194. 195. 206. Grünhagen II 566 ff. Anderes auch hier aus den Akten. Goethe an Frau v. Stein 17., 19. Mai 1778; an Merk 5. Aug. 1778.

(Seite 639—645.) **Stilleben in Potsdam.** Journal des franz. Geschäftsträgers Gauffen (Abchrift aus Paris jetzt im Geh. St.A.) 23. März 1781. Thiebault I 354. E. XXV 186; XXVI 356; XXVII b 51. Hohenzollernjahrbuch 1897 S. 96 ff. — Umgebung: vgl. die Angaben oben S. 675. d'Argens: E. XXIII 187. 189. 192. 210. 211; XXIV 534. 536. — Wylig: P.C. XXVII 40. — Pöllnik: Thiebault II 142. E. XXIII 246. 250. — Buddenbrock: E. XXVI 53. v. Sahnke, Elisabeth Christine 42. Bischoff a. a. D. 183. — d'Alembergs Tod: E. XXV 349. 351; XXVI 510. — Condorcet: E. XXV 367 ff. — Catt: Publ. XXII Einleitung. Steller an Hoym 2. Febr. 1781 (Geh. St.A.) — Die Notiz über Audenschöld verdanke ich einer freundlichen Mitteilung von F. Arnheim aus A.s hand- schriftlicher, zum Teil 1769 gedruckter Selbstbiographie. — Hobiß: E. XX p. XXIII; XXIII 197. 288. Thiebault I 272. Büßching, Zuverl. Beiträge, Anhang S. 9. Karl von Hessen, Denkwürdigkeiten 122. Graf Lippe in Berliner Revue LIX. LX. — Lucchesini: Bischoff a. a. D. d'Ancona, Jr. d. Gr. und die Italiener, deutsch von Schnell, S. 104. — Schwerin: Thiebault I 323. Kattenborn I 87. Anekdoten I 67; VII 95. Laveaur IV 374. — Bastiani: ZPr.G. XVII 467. Preuß IV 212. 395. Publ. X. XIII. XVIII. XXIV. Karl von Hessen 135. Zimmermann, Fragmente passim. — Krasidi: Lucchesini bei Bischoff 199 ff. E. XX. Publ. XVIII 469. — Dalwig: Bischoff 208. 209. Kattenborn I 61. — Brittwig: Finot et Galmiche, Une mission mil. en Prusse 126. Kattenborn II 117. Berenhorst, Nachlaß II 199. — Chajot: E. XXVI 501. — Ulrike: Thiebault II. E. XXIII 209. Hüffer, FBPG. I 384. — Wilhelmine von Holland: P.C. XXVI ff., ihre Memoiren wird G. W. Solz demnächst veröffentlichen. — Prinz Heinrich juu.: E. VI 16. 23; VII 37; XXVI 308. — Der Thronfolger: Kaumer V 289. 291. 295. Thiebault II 106. Preuß IV 105. 182. E. VI 23. 158; XXVI 376. Vgl. auch Berner im Hohenzollernjahrbuch 1902. — Prinz Friedrich Wilhelm: E. XXVII b 140. G. W. v. Kaumer, Kindheits- und Jugendgeschichte Friedrich Wilhelms III. (Berliner Kalender 1845, S. 25 ff.) Laveaur IV 345. — Verabschiebung der Gäste: Bischoff 204. Karl von Hessen 140. Carlyle Buch XVI ep. 8.

(Seite 645. 646.) **Nebenbeschäftigungen:** Kattenborn I 120. 121. E. XXV 333. — Künste: E. XXIV 422. 492. Seidel, Das Bildhaueratelier Jr. d. Gr. (Jahrbuch der preuß. Kunstsammlungen 1893). Seidel, Französ. Kunstwerke des 18. Jahrh. (1900) S. 205 ff. du Bois-Reymond, Jr. II. in der bildenden Kunst S. 23 (1887). Bode im „Pan“ 1896, Heft 1 u. 4. K. v. Berner in „Deutsche Revue“ Jan. 1897. Publ. LXXII 214. — Lektüre: Dantal, Les délassemens littéraires de Fr. II (1791). E. XXIII 125. 336. Suphan a. a. D. S. 92.

(Seite 646—652.) **Ausblicke, Rückblicke, Stimmungen:** Vgl. die Denkschriften HZ. LX 255 ff. Schöning IV UB. 250. Preuß IV 401. Bischoff 215. v. Seidl, Jr. d. Gr. und seine Segner 30. PC. VIII 46. G. XXI 58; XXIII 374. — Toleranz: G. XXV 168. — Freimaurer: G. XXV 227; XXVI 512. Bischoff 201. 256. Zimmermann, Unterredungen 87. Köbenbed, Tagebuch III 400. — Unsterblichkeit: G. IX 163; XII 99. 188; XXIII 173. 175. 232. 315; XXVI 149. 158. 198. — Todesbereitschaft: G. XXIV 182. Zimmermann, Unterredungen 251. Formey, Souvenirs I 133. — Poetischer Rückblick: G. XIV 96; vgl. XIX 158. 295; XXIV 130; XXV 235; XXVI 482. — Lob der Thätigkeit: G. IX 223; XVII 243; XVIII 219; XXIII 169. 318 (vgl. Zimmermann, Fragmente II 1); XXIV 491. Publ. LXXII 275. PC. XXVII 179. — Menschenverachtung: G. XII 172; XXIII 401. 414; XXV 225. 231. Schön, Papiere I 21. — Frohfinn: Dohm V 447. Garve I 332. Maltzenborn I 122. FBPG. XV 230. G. XXIII 221. 326 (vgl. Cicero ad Atticum V 20); XXV 81. 197.

(Seite 652—656.) **Letzte Krankheit und Tod.** Körperliche Fähigkeit: G. XXIV 144; XXV 44. Bischoff 246. Preuß IV 396. Vgl. im allgemeinen jetzt Mantel, Jr. d. Gr. Beziehungen zur Medicin (1902). Für das Weitere: Danus a. a. O. 137. Martens, Recueil VI 135. G. XXVI 518 ff. Publ. XI 607. 629. 646. 654. Preuß IV 240 ff. Dohm III 181. Seele, Krankheitsgesch. Jr. II. (1786). Rücksichte, Letzte Stunden und Leichenbegängnis Jr. II. (1786). [v. Massenbach], Kurze Nachricht von dem Tode Jr. II. (1786). Herberg, Hist. Dissertations 280. Jahrbuch der preuß.-brandenb. Staatengesch. VII 314 ff. (1796). Berliner Kalender 1845, S. 45 ff. Vgl. meinen Aufsatz in Deutsche Rundschau 1886, August, wo außerdem die ungedruckten Briefe Herbergs benutzt sind. Ueber Mollenborff: Mirabeau bei Welschinger, La mission secrète de M. à Berlin p. 173.

(Seite 656—666.) **Nachklänge und Nachwirkungen.** „Anzeige der durch den Tod Jr. II. veranlaßten Schriften“: Allg. deutsche Bibl. LXXX 253—83. Vgl. Berenhorst, Nachlaß II 158. Goethes Verse: Goethejahrbuch XIII, 227. Zu Mirabeau a. a. O. 172 (siehe auch Witb, Ms. geh. Sendung nach Berlin, 1901, S. 112) vgl. Dohm IV 181. Peter Poel (Wider aus vergangener Zeit 346). Marwit, Nachlaß I 20. Zimmermann, Fragmente III 113. 240. Graf Lippe, Husarenbuch 523. — Ueber Mirabeaus offenen Brief und die Monarchie Prussienne: Schmoller, Jahrbuch f. Gesetzgebung VIII 2 ff. Ueber Raynal: Preuß III 269. Vgl. auch Guibert, Éloge de Fr. II p. 120. Zimmermann, Fragmente III 251. — Rückkehr zu Jr. W. I.: Massenbach, Rückerinnerungen II 33. Wöllner in ZPr.G. II 559; zu ebend. 767 vgl. Gerlach, Denkwürdigkeiten II 737. — Katharina II.: FBPG. XV 230; vgl. Berenhorst, Nachlaß II 192. 212. — Ueber Süvern: Barrentrapp HZ. LXXXI 274; über Nichte: Fouqué, Lebensgeschichte (1840) 296; über Claufewitz: Vertz, Sneyenau III 624. Vgl. auch Wächter FBPG. IX 585. Hinke, HZ. LXXXI 425. Friedrich „mehr als ein großer Feldherr“: Ranke, S. W. XXIV 24. Vgl. weiter Köppen, Jr. d. Gr. und seine Widersacher (1840). Wiegand, Jr. d. Gr. im Urtheil der Nachwelt (1888). Maltzenborn I 125. Tout dépend du moment où l'on vient au monde: G. XXIV 599; vgl. VIII 289. — La force des États consiste dans les grands hommes que la nature y fait naître à propos: G. VII 39.

Verbesserungen.

- ©. 25 3. 17 v. o.: statt Armin lies: Arnim.
©. 92 3. 5 v. u.: statt 16 000 bzw. 14 000 lies: 18 000 bzw. 16 000.
©. 202 3. 8 v. o.: statt der lies: des.
©. 225 3. 14. 15 v. o.: statt am Ufer im Fährhause lies: in einem Hause am Ufer.
©. 318 3. 20 v. u.: statt 7000 lies: 700.
©. 403 3. 10 v. u.: statt Königsfeld lies: Königshuld.
©. 478 3. 5 v. u.: statt gekauft lies: verkauft.
-

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

- Blumenthal, Generalfeldmarschall, Graf von, Tagebücher** aus den Jahren 1866 und 1870/71. Herausgegeben von Albrecht Graf von Blumenthal. Mit zwei Porträts und einem Brief Kaiser Friedrichs in Faksimiledruck
Geheftet M. 5.— In Leinenband M. 6.50
- Boguslawski, A. von, Aus der preussischen Hof- und diplomatischen Gesellschaft.** I. Aus der preussischen Hofgesellschaft. 1822—1826. II. Ernestine von Wildenbruch. 1805—1858. Mit zwei Porträts. Geheftet M. 5.— In Leinenband M. 6.—
- Bojanowski, Eleonore von, Louise, Großherzogin von Sachsen-Weimar und ihre Beziehungen zu den Zeitgenossen.** Nach größtenteils unveröffentlichten Briefen und Niederschriften. Mit einem Porträt. Geh. M. 7.50. In Leinenband M. 9.—
- Caspary, Anna, Ludolf Camphausens Leben.** Nach seinem schriftlichen Nachlaß dargestellt. Mit Camphausens Bildnis. Geheftet M. 8.— In Leinenband M. 9.—
- Curtius, Ernst, Unter drei Kaisern.** Reden und Aufsätze. Zweite vermehrte Auflage
Geheftet M. 5.— In Leinenband M. 6.20
- Fontane, Theodor, Wanderungen durch die Mark Brandenburg.** Wohlfeile Ausgabe.
4 Bände
Geheftet M. 20.— In Leinenband M. 24.—
- **Fünf Schlösser.** Altes und Neues aus Mark Brandenburg
Geheftet M. 7.— In Leinenband M. 8.20
- Hahn, Ludwig, Geschichte des preussischen Vaterlandes.** 25. Auflage. Fortgeführt bis zur Gegenwart. Mit Tabellen und Stammtafeln. Geh. M. 6.— In Leinb. M. 7.20
- Lorenz, Ottokar, Die Geschichtswissenschaft in Hauptrichtungen und Aufgaben kritisch erörtert**
Geheftet M. 7.— In Leinenband M. 8.—
- **Die Geschichtswissenschaft in Hauptrichtungen und Aufgaben.** Zweiter Teil. Auch unter dem Titel: Leopold von Ranke. Die Generationenlehre und der Geschichtsunterricht
Geheftet M. 8.— In Leinenband M. 9.—
- **Goethes politische Lehrjahre.** Mit einem Anhang: Goethe als Historiker
Geheftet M. 3.— In Leinenband M. 4.—
- **Genealogisches Handbuch der europäischen Staatengeschichte.** Zweite, neu bearbeitete und vermehrte Auflage des genealogischen Hand- und Schulatlas. In Leinb. M. 7.—
- **Lehrbuch der gesamten wissenschaftlichen Genealogie.** Stammbaum und Ahnentafel in ihrer geschichtlichen, soziologischen und naturwissenschaftlichen Bedeutung
Geheftet M. 8.— In Leinenband M. 9.—
- **Staatsmänner und Geschichtschreiber des neunzehnten Jahrhunderts.** Ausgewählte Bilder
Geheftet M. 6.— In Leinenband M. 7.—
- Pfister, Albert, Deutsche Zwietracht.** Erinnerungen aus meiner Leutnantszeit 1859 bis 1869
Geheftet M. 6.— In Leinenband M. 7.—
- Stern, Alfred, Geschichte Europas seit den Verträgen von 1815 bis zum Frankfurter Frieden von 1871.** Erste Abteilung: Geschichte Europas 1815—1850.
Drei Bände
Geheftet M. 26.— In Halbfranz gebunden M. 32.—
- Wertheimer, Eduard, Der Herzog von Reichstadt.** Ein Lebensbild. Nach neuen Quellen. Mit sechs Lichtdrucken und einer Briefbeilage in Faksimiledruck
Geheftet M. 9.— In Leinenband M. 10.—

APR 21 1901



